

ED 718 - 20 - 1

Band 20: Materialien zur Ostermarschbewegung
Mai 1962 - Jan. 1963

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 7842/90	Best. ED 718
Rep. Braun	Kat. / 20

Ostermarsch der Atomwaffengegner Kampagne für Abrüstung

ED 718-20-2

Dr. Andreas Büro, 8 München 55, Andreas-Vösl-Straße 5

An das
Kuratorium und den Zentralen
Ausschuss. An die Regionalen
und Landesausschüsse zur Weitergabe
an die örtlichen
Ausschüsse

Zentraler Ausschub
Geschäftsführung
Dr. Andreas Büro
8 München 55
Andreas-Vösl-Straße 5
Fernruf 18361



Postscheck
Hannover 239848
Dr. Andreas Büro
Sonderkonto Braunschweig

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

den

am 29. Dezember 1962

3.1.63

Liebe Freunde,

heute kündige ich Ihnen zwei Veranstaltungen des
ZA an und bitte um Ihre Mitarbeit für ihre Ausführung.

1. Lobby-Woche in Bonn

Die auf das Jahr 1963 verschobene Lobby-Aktion findet nun in
der Woche vom 11. bis 16. Februar in Bonn statt. Die Vorberei-
tungen hierfür sind schon durch die Herren Heinemann und Lieb-
geld vom Freundschaftsheim in Bückeburg in Angriff genommen.
Einige Zeit vor dem Beginn und während der Lobby-Woche wird
ein Sekretariat unter Mitarbeit von Frau de Ondarza in Bad
Godesberg bei Frau E. Schühmehl, Beethovenstr. 16 eingerichtet.
Von hier aus erfolgen die Gesprächsvermittlungen, Einladungen,
die Besorgung von Quartieren usw.

Ich bitte Sie nun in Ihrem Kreise so schnell wie möglich fest-
zustellen, welche geeignete Personen sich an der Lobby-Woche
beteiligen können und wann Sie und diese in Bonn sein werden.
Für den Fall, dass von Ihnen aus niemand kommen kann, bitte
ich Sie ebenfalls um Nachricht. Wir benötigen Ihre Mitteilung
nicht nur zum Vermitteln der Gespräche, sondern auch für den
rechtzeitigen Versand der Lobby-Unterlagen an die Teilnehmer.

Da die Lobby-Woche der Information und dem sachlichen Gespräch
dienen soll, werden wir mit ihr keine demonstrativen Veran-
staltungen verbinden. Dies kommt auch der notwendigen Inten-
sivierung der örtlichen Ostermarsch-Vorbereitung zu gute.

Ich bitte Sie ferner, mir mitzuteilen, ob Sie über Kontakte
verfügen durch die Gespräche mit Parlamentariern, Regierungs-
vertretern oder Diplomaten vermittelt werden können.

Kuratorium: Frank Alloun, Stefan Andrés, Hedwig Barn, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Hackmann, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Klappenburg, Christel Köpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maier, Bodo Marstein, Martin Niemöller, Katharina Peterson, Bertrand Russell, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Johannes Ude, Heinrich Vogel, Fritz Wenzel, Ernst Wolf.

Sprecher des Zentralausschusses: Hans-Konrad Tempel, 207 Ahrensburg/Holstein, Marhagenauer Allee 35, Fernruf 4876

2. Ostermarsch Seminar im Freundschaftsheim in Bückeburg

Auf Veranlassung des Zentralen Ausschusses findet am 23./24. Februar im Internationalen Studienhaus Freundschaftsheim in Bückeburg, Postfach, Tel. 886 unter verantwortlicher Regie des Heimleiters und Mitglied des OM-Kuratoriums, Dr. Werner Haverbeck ein Modell-OM-Seminar statt. Die folgenden Themen werden behandelt:

1. Warum OM-Seminare? Ein Vergleich zur Volkshochschulbewegung.
2. Europa in Ost und West. Ein Beitrag zum Verständnis der Gegenwartssituation.
3. Die militärische Situation zwischen den beiden Machtblöcken.
4. Die Abrüstungsverhandlungen seit Hiroshima. Grundtendenzen und gegenwärtiger Stand.
5. Initiativen zur Friedenssicherung
 - 5.1 Internationaler Gerichtshof, Völkerbund und UNO
 - 5.2 Die Bemühungen der Kirchen in der Gegenwart
 - 5.3 Initiativen von unten: Eine Weltübersicht über die unabhängigen Bemühungen (Hilfsdienste, Kampagnen, Friedensforschung, Weltfriedensbrigade)
6. Die Aufgaben der Kampagne und unsere realen Möglichkeiten. Ein Beitrag zur Strategie der Kampagne.
7. Konsequenzen für die Arbeitsweise und Zielsetzung der OM-Seminare.

Beginn : Sbd. den 23/2.63 um 10.30 , Ende Stg. 24/2. gegen 15.30
Kosten für Übernachtung, Verpflegung und Seminarunkosten 16.-

Wegen der Wichtigkeit dieser Veranstaltung für unsere weiteren OM-Seminare bitte ich Sie, Delegierte aus Ihren Gruppen möglichst bald zur Teilnahme direkt im Freundschaftsheim anzumelden.

Zusammenfassung : Ich bitte Sie

- a. sofort Teilnehmer für die Lobby-Woche in Bonn zu benennen ,
- b. mir Kontakte zur Vermittlung von Gesprächen mit Parlamentariern, Regierungsvertretern, Diplomaten usw. mitzuteilen
- c. die Anmeldungen zum OM-Seminar im Freundschaftsheim vorzunehmen.

Ich danke Ihnen für die Zusammenarbeit im vergangenen Jahr und wünsche uns gemeinsam, dass die Kampagne sich 1963 so kräftigt, dass sie trotz aller Belastungen stärker der Sicherung eines dauerhaften Friedens dienen kann.

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr
Andreas B...



Es gehören dem Kuratorium
„Ostermarsch der Atomwaffen-
gegner“ an:

Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres
Hedwig Born
Benjamin Britten
Canon Collins
Herbert Faller
Prof. Dr. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Gustav Heckmann
Heinz Hilpert
Dr. Robert Jungk
Dr. Erich Kästner
Dr. Anno Klönne
Heinz Kloppenburg DD
Gustaf Küppers
Margarethe Lachmund
Dr. Armin Prinz zu Lippe
Prof. Wilhelm Maler
Dr. Bodo Menstein
D. Martin Niemöller DD
Prof. Katharina Petersen
Prof. Bernhard Russel
Martin Schröter
Prof. Dr. Johannes Ude
Prof. Dr. Dr. Fritz Wanzel
Prof. Dr. Ernst Wolf

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Kampagne für Abrüstung

Aufruf zum Ostermarsch 1963

Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hess. Ausschuß

Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main), Postfach 648

Ein Schritt genügt heute,

um den atomaren Weltkrieg auszulösen, — das hat die Krise um Kuba gezeigt. Noch aber geht gegen jede Vernunft das atomare Wodrüsten in Ost und West weiter. Neue Atomnächte kündigen sich an. Der Tag schält nicht mehr fern, an dem jeder verantwortungslose Politiker in der Lage sein wird, seine Feinde mit einem atomaren Massennord auszutragen. Die Gewöhnung an den Gedanken eines atomaren Krieges und die Vortäuschung von Schutzmöglichkeiten für Jedermann erhöhen die Gefahr des Ausbruchs eines solchen Krieges. Der sogenannten Landesverteidigung, die im Ernstfall nichts als Landesvernichtung wäre, wird mehr und mehr das gesamte gesellschaftliche Leben, werden Politik, Wirtschaft und Erziehung untergeordnet, wird der demokratische Stil des Landes geopfert. Um des Krieges von morgen willen wird die Demokratie schon heute zerstört.

Die sinn- und maßlose Rüstungspolitik in West und Ost verhindert die zur Sicherung des Lebens der anwachsenden Menschheit notwendige friedliche Zusammenarbeit der Völker. Die Rüstungsausgaben der beiden Milliarblöcke sind heute genauso hoch wie das gesamte Volkseinkommen der Entwicklungsländer. Während Milliarden für Waffen aufgewendet werden, die die Welt in die Luft zu sprengen drohen, hungern in anderen Teilen der Welt mehr Menschen als je zuvor. Das darf nicht so bleiben!

Überall in der Welt

melden sich Stimmen der Vernunft. Sie sagen: seit Hiroshima ist der Krieg das Ende aller Dinge. Nur Abrüstung bringt uns Sicherheit. Nur weltweite Zusammenarbeit kann unsere Zukunft sichern. Jedes Risiko, das einer Politik der Abrüstung innewohnt, verläßt gegenüber den Gefahren, die in einem weiteren Rüstungswetlauf liegen.

Der Druck der öffentlichen Meinung in vielen Ländern, die Stellungnahmen der unabhängigen Atomwaffengegner, der Weltkirchen und der blockfreien Staaten veranlassen schon heute die Großmächte, nicht von Verhandlungen abzulassen.

Diesen Druck gilt es zu verstärken. Wir müssen die Staatsmänner zwingen:

- die Kernwaffenversuche einzustellen
- die Ausdehnung des Besitzes von Atomwaffen auf weitere Staaten zu verhindern
- Verträge über atomwaffenfreie Zonen zu schließen
- auf die weitere Produktion von Kernwaffen zu verzichten
- und eine allgemeine Abrüstung vorzunehmen.

Ein neuer Krieg in Mitteleuropa, gleichgültig ob Verteidigungs- oder Angriffskrieg, wäre das Ende der Existenz unseres Volkes. Es muß daher in unserem Lande alles vermieden werden, was den politischen und militärischen Konfliktstoff in Mitteleuropa verschärft. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat auf seinem Kongreß in Hannover die Bundesregierung und die politischen Parteien aufgefordert, eigene Initiativen zur Abrüstung zu ergreifen und auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu verzichten. Dieser Forderung stimmen wir zu. Wir vom Ostermarsch sagen:

- keine Atomwaffen auf deutschem Boden!
- keine deutsch-französische Atomwaffenproduktion!
- Verhandlungen über eine atomwaffenfreie militärisch verdünnte Entspannungszone in Mitteleuropa!

Für Europa und die UNO

Die Forderung nach einer Entspannungszone in Mitteleuropa werden die unabhängigen Atomwaffengegner in aller Welt im Jahre 1963 in den Mittelpunkt ihrer Aktionen stellen. Der Ostermarsch 1963 steht unter dem Motto:

Mitteleuropa — atomwaffenfrei

Mitteleuropa — militärisch verdünnte Entspannungszone

Mitteleuropa — Brücke zwischen Ost und West

Die Menschen aller mitteleuropäischen Staaten werden aufgerufen, eine Kampagne für diese Ziele in ihrem Land aufzunehmen, damit das gemeinsame Interesse aller Völker Mitteleuropas, ihr Gebiet nicht zum Schauplatz eines dritten Weltkrieges werden zu lassen, deutlich wird. Von Polen bis Frankreich müssen die Bürger die verantwortlichen Politiker davon überzeugen, daß die Probleme Mitteleuropas nur ohne Gewalt und ohne Gewaltandrohung, in einer Atmosphäre des Vertrauens und der Entspannung gelöst werden können.

Die Menschen der ganzen Welt fordern wir auf, die Bemühungen der UNO um Entspannung und Abrüstung stärker zu unterstützen, damit aus ihr ein wirksames Instrument weltweiter Zusammenarbeit der Völker wird.

Unsere Kampagne für Abrüstung

hat international und in der Bundesrepublik ständig an Unterstützung und Anerkennung gewonnen. Wir nehmen das gute Recht freier Bürger für uns in Anspruch: uns selbst zu vertreten, wo unsere gewählten Vertreter uns nicht vertreten. Wir tun dies in aller Offenheit, unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung, fern jeder einseitigen Stellungnahme im Kalten Krieg. Wir treten gegen jede Gewaltpolitik auf, von wem auch immer sie betrieben wird.

Wir bitten alle Mitbürger

- sich unserer Kampagne für Abrüstung und Entspannung anzuschließen
- unsere Arbeit geistig und materiell zu unterstützen
- in den Ortsausschüssen bei der Vorbereitung des Ostermarsches 1963 mitzuwirken.

Wer den Frieden will, muß den Frieden mit vorbereiten. Wir arbeiten zu diesem Zweck mit Menschen der ganzen Welt. Arbeiten auch Sie mit uns.

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

ED 748-20-4

An den

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Kampagne für Abrüstung

Hessischer Ausschuß

605 Offenbach (Main)

Waldstraße 99, Postfach 848

Ich bin Gegner von Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in West und Ost. Ich bitte, mir laufend Material über den geplanten Ostermarsch 1963 zu übersenden.

Name: Vorname:

Beruf: Alter: Tel.:

Adresse:

Ich erhalte bereits laufend Material ja nein

Bitte gut leserlich schreiben!

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ostermarsch der ^{ED 718-30-5} Atomwaffengeegner

Offenbach (Main) 4 · Postfach 648

An die
Anhänger
der Ostermarsch-Bewegung

Hessischer Ausschuss

Verantwortlich: Klaus Vack
Offenbach (Main)

Fritz Amann
Darmstadt

Geschäftsstelle: Offenbach (Main)
Waldstraße 99

Postcheck: Frankfurt (M) 57648

Bank: Bank für Gemein-
wirtschaft
Offenbach 710294



Datum: 20.12.1962
Va./Ha.

14.1.63 (?)

Liebe Freunde,

wir wollten Ihnen noch einmal schreiben vor Ende dieses Jahres: weil wir als Verfechter einer gemeinsamen Idee Freunde geworden sind und zusammengehören. Es scheint unpassend, gerade in diesen Tagen vor Weihnachten an Ostern zu denken - an unseren Marsch, unsere politischen Wünsche, die erhofften Erfolge. Sollten unsere Bemühungen in den vergangenen Jahren nicht umsonst gewesen sein oder nur der Selbstbestätigung gedient haben, dann müssen wir sofort Anfang 1963 mit allen Kräften und jeder an seiner Stelle den neuen Marsch vorbereiten. 1961 war ein Versuch, 1962 war die Generalprobe, 1963 soll unser erster Auftritt werden. Doch zur Sache:

1.) Wir haben eine Überraschung und eine Bitte. Die Überraschung: der beigegefügte Kalender des hessischen Ausschusses. Er sollte Sie erfreuen und in Ihrer Wohnung, am Arbeitsplatz, in der Studentenbude Begleiter durch das ganze Jahr sein. Die Bitte: die beigegefügte Zahlkarte "OM-Kalender DM 3.--". Wir sind offen - unser Kalender hat keinen Selbstkostenpreis von DM 3.--. Wenn wir jedoch Herstellungskosten, Verpackung und Porto rechnen, ist die Verdienstspanne kleiner als üblicherweise bei Industrie, Groß- oder Einzelhandel. Und das bei einem Ostermarsch-Kalender. Zahlen Sie noch heute oder morgen, spätestens aber übermorgen - wegen der Schnelligkeit und Vergeßlichkeit in unserer Zeit - die drei Deutsche Mark bei der Post ein. Können Sie darüber hinaus noch einen oder mehrere Kalender verkaufen? - das ist großartig.

Vielleicht glauben Sie, unsere Verkaufsmethode sei erpresserisch. Das ist Ihr gutes Recht, aber bestimmt ein Irrtum. Bitte sind Sie uns nicht böse, schicken Sie den Kalender und Zahlkarte zurück (alles andere bitte rausnehmen). Bedenken Sie immer, die Ostermarsch-Arbeit wird völlig ehrenamtlich geleistet, keiner will dabei Geld machen, jeder nur der Sache dienen.

2.) Der Aufruf für den Ostermarsch 1963 ist fertig. Flugblätter anbei. Sorgen Sie mit dafür, daß sie breite Verteilung finden.

3.) Das PLÄNE-Sonderheft über die Märsche 1962 ist erschienen. 20 Seiten, sehr viele Bilder. Reden von Robert Jungk, Pfarrer Dr. Freudenberg, Rudolf Kofls, Dr. Fritz Katz, Christian Geißler, Frank Allau. Preis DM 3.--.

KURATORIUM:

Stefan Andres
Hedwig Born
Benjamin Britten
Canon Collins
Herbert Falter
Prof. Dr. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Gustav Heckmann
Heinz Hilpert
Dr. Robert Jungk
Dr. Erich Kästner
Dr. Arno Käßner
Dr. Heinz Klappenburg
Christel Köpper
Margarethe Lachmund
Dr. Armin Prinz zu Lippe
Prof. Wilhelm Maler
Dr. Bodo Monstein
Prof. Katharina Petersen
Prof. Bertrand Russell
Martin Schröter
Prof. Dr. Johannes Ude
Prof. Dr. Dr. Fritz Wenzel
Prof. Dr. Ernst Wolf

- 4.) Im FLÄNE-Verlag ist eine Schallplatte "Ostersongs 1962" erschienen. Preis DM 7.80. Bestellungen an: Verlag FLÄNE, 4 Düsseldorf, Krupp-Str. 18.
- 5.) Über den Marsch SAN FRANCISCO - MOSKAU wurde von dem Teilnehmer Reiner Steinweg eine Broschüre veröffentlicht. 28 Seiten, 6 Abbildungen, Preis DM 1.--.
- ✓ 6.) Die beigegefügte Schrift über das geplante "Gesetz über den Zivildienst im Verteidigungsfall" (Zivildienstgesetz) dient nicht der Werbung für den VK, sondern Ihrer Information. Unbedingt lesen!

Nun ist's aber genug. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, die Sie auch diesem langen Rundschreiben wieder gewidmet haben. Wir wünschen Ihnen erholsame und besinnliche Festtage, einen guten Rutsch ins neue Jahr und einen erfolgreichen Start im Ostermarsch 1963.

Für den Hessischen Ausschuß

Ihr

Klaus Vack
(Klaus Vack)

ED 713-20-6



Es gehören dem Kuratorium
„Ostermarsch der Atomwaffen-
gegner“ an:

- Frank Allau
- Günther Anders
- Stefan Andres
- Hedwig Born
- Benjamin Britten
- Canon Collins
- Herbert Faller
- Prof. Dr. Helmut Gollwitzer
- Dr. Gustav Heckmann
- Heinz Hilbert
- Dr. Robert Jungk
- Dr. Erich Kästner
- Dr. Arno Klönne
- Heinz Kloppenburg DD
- Christel Küppers
- Margarethe Lachmund
- Dr. Armin Prinz zu Lippe
- Prof. Wilhelm Maier
- Dr. Bodo Maneteln
- D. Martin Niemöller DD
- Prof. Katharina Petersen
- Prof. Bertrand Russell
- Martin Schröter
- Prof. Dr. Johannes Uée
- Prof. Dr. Dr. Fritz Wenzel
- Prof. Dr. Ernst Wolf

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Kampagne für Abrüstung

Aufruf zum Ostermarsch 1963

Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hess. Ausschuß

Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main), Postfach 648

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ein Schritt genügt heute,

um den atomaren Weltkrieg auszulösen, - das hat die Krise um Kuba gezeigt. Noch aber geht gegen jede Vernunft das atomare Weltrüstern in Ost und West weiter. Neue Atomkräfte kündigen sich an. Der Tag scheint nicht mehr fern, an dem jeder verantwortungsvolle Politiker in der Lage sein wird, seine Fehden mit einem atomaren Massenmord auszulösen. Die Gewöhnung an den Gedanken eines atomaren Krieges und die Vortäuschung von Schutzmöglichkeiten für jedermann erhöhen die Gefahr des Ausbruchs eines solchen Krieges. Der sogenannten Landesverteidigung, die im Ernstfall nichts als Landesvernichtung wäre, wird mehr und mehr das gesamte gesellschaftliche Leben, werden Politik, Wirtschaft und Erziehung untergeordnet, wird der demokratische Stil des Landes geopfert. Um des Krieges von morgen willen wird die Demokratie schon heute zerstört.

Die sinn- und maßlose Rüstungspolitik in West und Ost verhindert die zur Sicherung des Lebens der anwachsenden Menschheit notwendige friedliche Zusammenarbeit der Völker. Die Rüstungsausgaben der beiden Militärblicke sind heute genauso hoch wie das gesamte Volkseinkommen der Entwicklungsländer. Während Milliarden für Waffen aufgewendet werden, die die Welt in die Luft zu sprengen drohen, hungern in anderen Teilen der Welt mehr Menschen als je zuvor. Das darf nicht so bleiben!

Überall in der Welt

melden sich Stimmen der Vernunft. Sie sagen: seit Hiroshima ist der Krieg das Ende aller Dinge. Nur Abrüstung bringt uns Sicherheit. Nur weltweite Zusammenarbeit kann unsere Zukunft sichern. Jedes Risiko, das einer Politik der Abrüstung innewohnt, verblaßt gegenüber den Gefahren, die in einem weiteren Rüstungswettlauf liegen.

Der Druck der öffentlichen Meinung in vielen Ländern, die Stellungnahmen der unabhängigen Atomwaffengegner, der Weltkirchen und der blockfreien Staaten veranlassen schon heute die Großmächte, nicht von Verhandlungen abzulassen.

Diesen Druck gilt es zu verstärken. Wir müssen die Staatsmänner zwingen:

- die Kernwaffenversuche einzustellen
- die Ausdehnung des Besitzes von Atomwaffen auf weitere Staaten zu verhindern
- Verträge über atomwaffenfreie Zonen zu schließen
- auf die weitere Produktion von Kernwaffen zu verzichten
- und eine allgemeine Abrüstung vorzunehmen.

Ein neuer Krieg in Mitteleuropa, gleichgültig ob Verteidigungs- oder Angriffskrieg, wäre das Ende der Existenz unseres Volkes. Es muß daher in unserem Lande alles vermieden werden, was den politischen und militärischen Konfliktstoff in Mitteleuropa verschärft. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat auf seinem Kongreß in Hannover die Bundesregierung und die politischen Parteien aufgefordert, eigene Initiativen zur Abrüstung zu ergreifen und auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu verzichten. Dieser Forderung

An den

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Kampagne für Abrüstung

Hessischer Ausschuß

605 Offenbach (Main)

Waldstraße 99, Postfach 648



3 DM Pl. I. Kto Nr. 57648

Absender:

Zahlkarte

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

auf 3 DM Pf

(Markbetrag in Buchstaben wiederholen)

Drei Deutsche Mark

für Ostermarsch
der Atomwaffengegner
— Hessischer Ausschuß —

Konto Nr.

57648

Postscheckamt
Frankfurt (Main)

in 6050 Offenbach

Eingangs-Nr.

POSTVORMERK

65

(Eint.-Nr., Namestr. d. Annahmestelle, Tag u. Monat)

Pftr. Vermerke des Absenders

OM-Kalender 1963

Eingez. auf Kto Nr. 57648 PSchA Ffm

Einfieferungsschein

- Sorgfältig aufbewahren -

3 Deutsche Mark Pf
(in Ziffern)

für

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
— Hessischer Ausschuß —

in 6050 Offenbach

Postvermerk

(Eint.-Nr., Annahmestelle)

Ihre Postscheckkarte sendet diesen Anweisung dem Zahlungsempfänger

3 DM Pf für Konto

Nr. 57648

PSchA Frankfurt (Main)
Eingezahlt am Absender:

Betrifft: (Rechnungs-Kassenzeich.,
Buchungswinter)

OM-Kalender 1963

5078-21-7

An den
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß
605 Offenbach 4
Postfach 648

B e s t e l l z e t t e l

Ich bestelle folgendes Material:

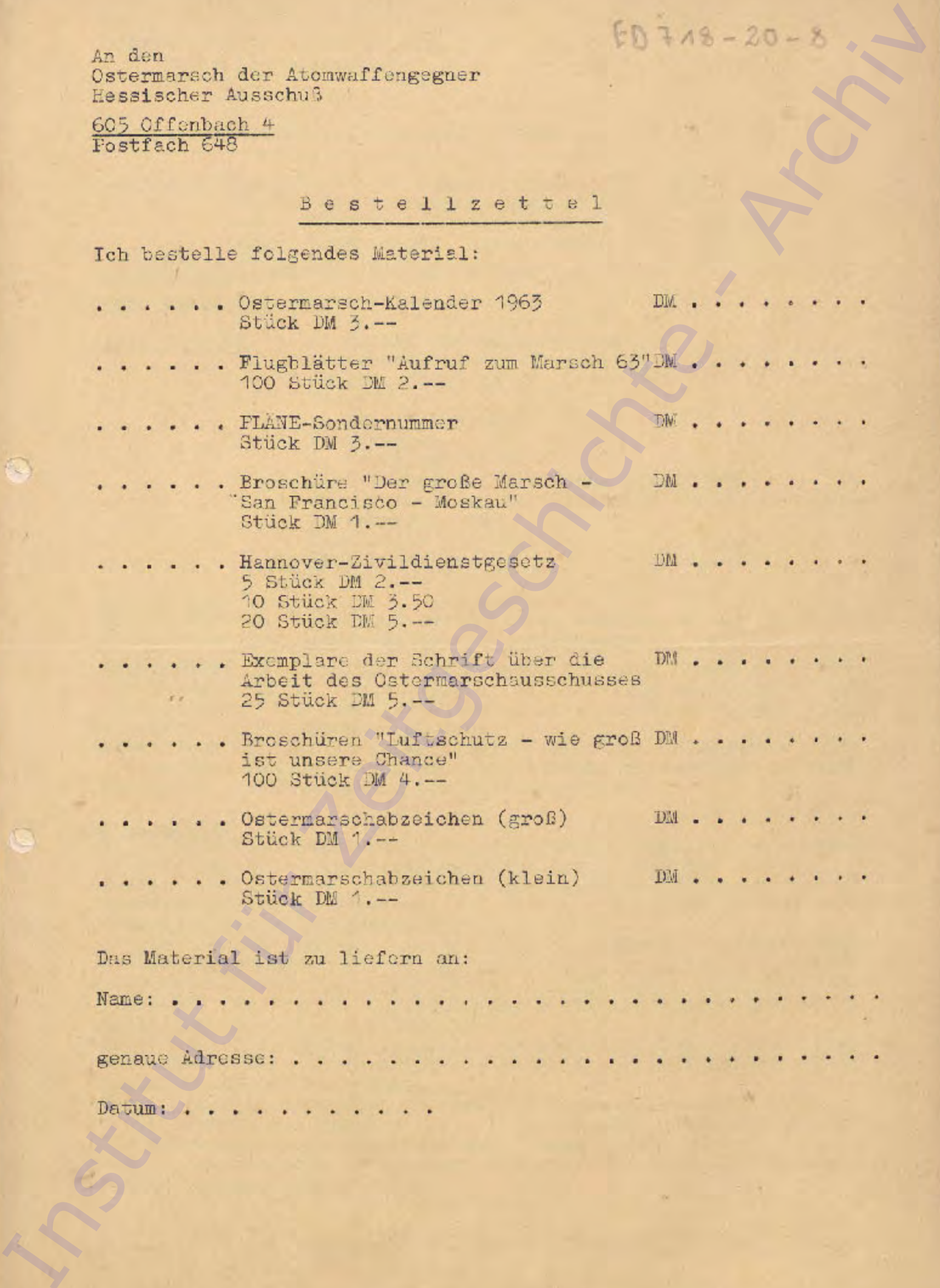
- Ostermarsch-Kalender 1963 DM
Stück DM 3.--
- Flugblätter "Aufruf zum Marsch 63" DM
100 Stück DM 2.--
- PLANE-Sondernummer DM
Stück DM 3.--
- Broschüre "Der große Marsch - DM
"San Francisco - Moskau"
Stück DM 1.--
- Hannover-Zivildienstgesetz DM
5 Stück DM 2.--
10 Stück DM 3.50
20 Stück DM 5.--
- Exemplare der Schrift über die DM
Arbeit des Ostermarschausschusses
25 Stück DM 5.--
- Broschüren "Luftschutz - wie groß DM
ist unsere Chance"
100 Stück DM 4.--
- Ostermarschabzeichen (groß) DM
Stück DM 1.--
- Ostermarschabzeichen (klein) DM
Stück DM 1.--

Das Material ist zu liefern an:

Name:

genaue Adresse:

Datum:



ED 718-20-9
21.12.62

Protokoll

der Sitzung des Hessischen Ausschusses am 17.12.1962 in Frankfurt

Anwesend: Klaus Vack, Dr. Schenck (teilweise), Pfarrer Andres, Pfarrer Farr, Norbert Winkler, Horst Maurer, Jörg-Dieter Hagedorn, Gisela Burbach, Heinz Grossmann, Fritz Amann, Edgar Weick, Hans-Joachim Arlt, Gunnar Tuschy

entschuldigt: Herbert Faller, Heiner Halberstadt

unentschuldigt: Fritz Vilmar

- Tagesordnung:
1. Austritte und Neuaufnahmen
 2. Arbeitsteilung im HA bzw. AA
 3. Satzungsänderung
 4. Neuwahl
 - a) Arbeitsausschuß
 - b) Revision
 - c) Vertreter im RA
 5. Aktivierung der örtlichen Ausschüsse und Mitarbeiter der örtlichen Ausschüsse im HA
 6. Ostermarsch 1963
 7. Beschlüsse
 8. Verschiedenes

Zu Punkt 1

Gisela Burbach bittet aus persönlichen Gründen um Auflösung der Mitgliedschaft. Dieser Bitte wird entsprochen.

Edgar Weick (stellvertr. Vorsitzender des SDS, Frankfurt) wird als neues Mitglied vorgeschlagen. Gleichzeitig soll Gunnar Tuschy (Vorsitzender des Arbeitskreises gegen Atomrüstung an der Uni) als Mitglied aufgenommen werden.

Klaus Vack schlägt vor, Herrn Arlt (Vors. des Offenbacher örtlichen Ausschusses) wegen seiner Aktivität im vergangenen Jahr ebenfalls als Mitglied in den HA aufzunehmen.

Zu Punkt 2

Klaus Vack berichtet über die großen Schwierigkeiten rein organisatorischer und arbeitstechnischer Art. Durch den Ausfall zweier Arbeitskräfte beim VK und der Naturfreundejugend kann die Geschäftsstelle in Offenbach bei weitem nicht mehr so viel Arbeit erledigen wie im vergangenen Jahr.

Er zählt unter anderem Aufgaben auf, die außerhalb der Geschäftsstelle selbständig gemacht werden könnten: Pressearbeit; Plakatierung; Buchhaltung; Lobbyarbeit; Verpflegungsfragen; Flugblätter (Entwürfe und Druck); Betreuung der örtlichen Ausschüsse; Voragitiation auf der Marschstrecke.

In der anschließenden Diskussion erklärt sich Edgar Weick bereit, die anfallenden Arbeiten für die Flugblätter in Verbindung mit Gunnar Tuschy zu übernehmen.

Herr Arlt will versuchen, jemanden für die Buchhaltung zu finden. Die Betreuung der Marschstrecke soll wiederum vom Arbeitskreis für Gewaltlosigkeit Frankfurt übernommen werden.

Der neu zu wählende Arbeitsausschuß wird beauftragt, eine echte Arbeitsteilung vorzunehmen.

Zu Punkt 3

§ 8 Abs. 3 wird einstimmig wie folgt geändert: "

"Der Arbeitsausschuß besteht aus dem Geschäftsführer, seinem Stellvertreter und weiteren Mitarbeitern."

Zu Punkt 4

- a) Klaus Vack erläutert kurz die Aufgaben des Arbeitsausschusses. Edgar Weick, Pfarrer Andres, Norbert Winkler, Hans-Joachim Arlt, Klaus Vack und Fritz Amann stellen sich zur Verfügung. Zum Geschäftsführer wird Klaus Vack, Offenbach, Lohrweg 15 einstimmig gewählt. Zum Stellvertreter wird Fritz Amann, Darmstadt, Traubenweg 164 einstimmig gewählt. Zu Mitarbeitern werden die Herren Andres, Arlt, Weick und Winkler einstimmig gewählt.
- b) Zu Revisoren werden die Herren Farr und Maurer einstimmig gewählt.
- c) Als Vertreter in den Regionalen Ausschuß "Mitte" werden Klaus Vack, Heiner Halberstadt und Dr. Schenk einstimmig gewählt.

Zu Punkt 5

Örtliche Ausschüsse sollen gebildet werden in: Frankfurt, Rüsselsheim, Hanau, Wiesbaden und vor allem auf der Marschstrecke. Die Ausschüsse in Darmstadt, Kassel, Marburg und Offenbach sind noch tätig.
 Die Geschäftsführer der örtlichen Ausschüsse sollen als beratende Mitglieder an den Sitzungen des HA teilnehmen.

Zu Punkt 6

Als Redner für die Abschlußkundgebung haben bereits abgesagt: Niemöller, Gollwitzer, Vogel, Enzensberger und Richter. Verhandlungen werden noch geführt mit: Bartsch, Kloppenburg, Wenzel, Jungk und Kuby. Weiterhin vorgeschlagen werden: Marquardt, Esser, Schröter. Zugesagt haben lediglich: Silvorman od. Brockway und Heydorn.

Für die Eröffnungskundgebung sollen Herbert Faller und Rudolf Rolfs gewonnen werden.

In Mörfelden (am 1. Abend) soll ein bunter Abend mit den "Knallfröschen" und eigenen Kräften (Skiffle etc.) gestaltet werden. In Offenbach (am 2. Abend) ist eine öffentliche Kundgebung mit Fritz Lamm und Dr. Bodo Manstein geplant.

Zu Punkt 7

Es wird jeweils einstimmig beschlossen:

- a) die von Klaus Vack vorbereiteten Ostermarsch-Kalender mit einer Auflage von 2.000 Stück herzustellen und zum Preis von DM 3.-- anzubieten.
- b) 30.000 Aufrufe (des ZA) für den Ostermarsch 1963 zu drucken.
- c) Ein Informationsblatt (für zunächst 4 Monate, jeweils zum Monatsbeginn) für die Teilnehmer und Freunde des Ostermarsches herauszubringen. Das Blatt soll in der Art der "Kontakte" (VK Frankfurt) hergestellt werden und auf der 1. Seite einen Leitartikel tragen, der von einem Redner des letzten Ostermarsches geschrieben wird. Die 2. und 3. Seite sind der Information des Marsches 1963 vorbehalten und auf der 4. Seite wird Material aus der Friedensarbeit aus der ganzen Welt veröffentlicht. Verantwortlich für das Informationsblatt sind Klaus Vack und Horst Maurer. Als Titel wird "Ostermarsch 1963" vorgeschlagen.

Zu Punkt 8

Herr Dörflinger, Frankfurt bittet um Hilfe für fotografische und tontechnische Aufnahmen beim Ostermarsch 1963.

Der Arbeitskreis gegen Atomrüstung an der UNI hat eine Veranstaltung mit 60 Studenten und Dr. Manstein durchgeführt unter dem Thema: "Luftschutz, eine Legende".

Herr Arlt bittet um ein grundsätzliches Gespräch im HA über die Frage: Parteien - Ostermarsch. Vor allem soll die propagandistische Auswertung durch die DFU angesprochen werden. Herbert Faller wird gebeten, ein einleitendes Referat für die nächste Sitzung vorzubereiten. Wenn das Thema ausdiskutiert wurde, soll Fritz Vilmar, der an der Diskussion teilnehmen müßte, einen Artikel über die Unabhängigkeit des Ostermarsches schreiben.

Die nächste Sitzung des HA findet am Mittwoch, 13. Februar 1963 statt.

Der AA trifft sich am Montag, 14.1.1963 in Offenbach.

Im Anschluß an die Tagesordnung wurde die von Herrn Dörflinger zusammengestellte Tonbildserie über den Marsch 1962 vorgeführt.

Offenbach (Main), 19. Dezember 1962

Für die Protokollführung:

Fritz Amann

"HALBERSTADT" 17.12.62

go su rre #
per n e h + 10 hempegnen -
6 Erzähl
7 go o e k l m
am! m n f 10 m

~~the~~ ED 718-20-12

Heiner gesprochen

die 19. 12. Büro

OM

17. 12. 62. I

Kar: Tuschy
Weik

ED 718-20-13

Art (für Arbeitsbes.)

Kaus: Buchsch
~~Prof. Buchsch~~

Arbeitsausschuss - Arbeiten:

- 1) "Presse - Referat" (Verfassen + Versand der Erläuterungen)
- 2) Buchführung (~ 40 Std. jährl.)
- 3) Ps - Versand (je 1500)
- 4) Verpflegung
- 5) Quartiere
- 6) Flugblätter (Art / Thema)
- 7) Werbung

OM

17. 12. 62 II

- 8) Lobby / Unterschriften
- 9) Marschstrecke betreten
- 10) Örtl. Aussch. gründen.

ED 713-20-14

OSTERMARSCH 63

Ka: ~~Di~~ A Mi 13. 2. 63

Aa: Mo 14. 1.

Ostermarsch der Atomwaffengeegner Kampagne für Abrüstung

ED 713-20 -15

Dr. Andreas Büro, 8 München 55, Andreas-Vöst-Straße 5

An das Kuratorium,
den Zentralen Ausschuß
die Regionalen- und Landes-
ausschüsse zur Weitergabe an
die örtlichen Ausschüsse

Zentraler Ausschuß
Geschäftsführung
Dr. Andreas Büro
8 München 55
Andreas-Vöst-Straße 5
Fernruf 18361



Postcheck
Hannover 239 848
Dr. Andreas Büro
Sonderkonto Braunschweig

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

den

Dr. Bu/r

15. Dezember 1962

20.12.62 offh.

Betr.: Unterlagen für die örtliche Lobby-Arbeit

Liebe Freunde!

In unserem Schreiben vom 17.11.1962 haben wir Ihnen verschiedene Unterlagen für die örtliche Lobby-Arbeit angekündigt. Der Text des Aufrufes zum OM 63 haben Sie inzwischen erhalten und vielleicht sogar schon gedruckt. In der Anlage finden Sie:

1. Flugblatt "Ostermarsch der Atomwaffengeegner", unterrichtet über die Organisation, Arbeitsweise und Zielsetzung des OM. Zu beziehen durch mich, Preis je 1000 Stück = DM 25.--.
2. Grundsätze des Ostermarsches, Preis je 1000 Stück = DM 12.--.
3. Kurzreferat über die Zielsetzungen des OM (für den internen Gebrauch, für Seminare und Diskussionen vorgesehen, nicht zur Verteilung).
4. Argumente für Lobby-Aktionen (ebenfalls für den internen Gebrauch).
5. einen Aufsatz von F.L.S. Blackett, den wir im ARTILLERIE-DIENST des OM herausgegeben haben. Dieses ist einer der wichtigsten Beiträge der jüngsten Zeit zur Frage der Abrüstung. Ich bitte Sie, diesen Aufsatz in Ihrer Gruppe weiterzugeben und eingehend zu besprechen.

Die Lobby-Woche in Bonn soll jetzt vom 11.-16. Februar 1963 stattfinden. Die Vorbereitungen hierzu sind im Gange. Ich werde Sie in der nächsten Zeit eingehender über das gesamte Programm unterrichten.

Mit guten Wünschen für die Weihnachtszeit und das Jahr 1963 bin ich

Ihr

gez. Andreas Büro

Kuratorium: Frank Alloun, Stefan Andros, Hedwig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Foller, Ossip K. Friedheim, Christian Geißler, Helmut Goldwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Hedmann, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Klipper, Armin Platz zur Lippe, Wilhelm Maler, Rado Manstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, Robert Schöll, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Johannes Ude, Heinrich Vogel, Fritz Wenzel, Ernst Wolf.

Sprecher des Zentralausschusses: Hans-Konrad Tempel, 207 Ahrensburg/Holstein, Manhagener Allee 33, Fernruf 43 76

OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENEGNER - KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
Zentraler Ausschuß - Geschäftsführung: Dr. Andreas Buro,
München 55, Andreas-Vöst-Str. 5, Tel. 1 83 61

Zur Weitergabe an die
Örtlichen Ausschüsse
und an die Presse

Druck erfolgt durch die Regionalen-
oder Landesausschüsse

November 1962

Aufruf zum Ostermarsch 1963

E I N S C H R I T T G E N Ü G T H E U T E ,

um den atomaren Weltkrieg auszulösen, - das hat die Krise um Kuba gezeigt. Noch aber geht gegen jede Vernunft das atomare Wettrüsten in Ost und West weiter. Neue Atomkräfte kündigen sich an. Der Tag scheint nicht mehr fern, an dem jeder verantwortungslose Politiker in der Lage sein wird, seine Feinden mit einem atomaren Massermord auszutragen. Die Gewöhnung an den Gedanken eines atomaren Krieges und die Vortäuschung von Schutzmöglichkeiten für jedermann erhöhen die Gefahr des Ausbruchs eines solchen Krieges. Der sogenannten Landesverteidigung, die im Ernstfall nichts als Landesvernichtung wäre, wird mehr und mehr das gesamte gesellschaftliche Leben, werden Politik, Wirtschaft und Erziehung untergeordnet, wird der demokratische Stil des Landes geopfert. Um des Krieges von morgen willen wird die Demokratie schon heute zerstört.

Die sinn- und maßlose Rüstungspolitik in Ost und West verhindert die zur Sicherung des Lebens der anwachsenden Menschheit notwendige friedliche Zusammenarbeit der Völker. Die Rüstungsausgaben der beiden Militärblöcke sind heute genauso hoch wie das gesamte Volkseinkommen der Entwicklungsländer. Während Milliarden für Waffen aufgewendet werden, die die Welt in die Luft zu sprengen drohen, hungern in anderen Teilen der Welt mehr Menschen als je zuvor. Das darf nicht so bleiben!

Ü B E R A L L I N D E R W E L T

melden sich Stimmen der Vernunft. Sie sagen: seit Hiroshima ist der Krieg das Ende aller Dinge. Nur Abrüstung bringt uns Sicherheit. Nur weltweite Zusammenarbeit kann unsere Zukunft sichern. Jedes Risiko, das einer Politik der Abrüstung innewohnt, verblaßt gegenüber den Gefahren, die in einem weiteren Rüstungswettkampf liegen.

Der Druck der öffentlichen Meinung in vielen Ländern, die Stellungen der unabhängigen Atomwaffengegner, der Weltkirchen und der blockfreien Staaten veranlassen schon heute die Großmächte, nicht von Verhandlungen abzulassen.

Diesen Druck gilt es zu verstärken. Wir müssen die Staatsmänner zwingen:

- + die Kernwaffenversuche einzustellen
- + die Ausdehnung des Besitzes von Atomwaffen auf weitere Staaten zu verhindern
- + Verträge über atomwaffenfreie Zonen zu schließen
- + auf die weitere Produktion von Kernwaffen zu verzichten
- + und eine allgemeine Abrüstung vorzunehmen.

Ein neuer Krieg in Mitteleuropa, gleichgültig ob Verteidigungs- oder Angriffskrieg, wäre das Ende der Existenz unseres Volkes. Es muß daher in unserem Lande alles vermieden werden, was den politischen und militärischen Konfliktstoff in Mitteleuropa verschärft. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat auf seinem Kongreß in Hannover die

Bundesregierung und die politischen Parteien aufgefordert, eigene Initiativen zur Abrüstung zu ergreifen und auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu verzichten. Dieser Forderung stimmen wir zu, wir vom Ostermarsch sagen:

- + keine Atomwaffen auf deutschem Boden
- + keine deutsch-französische Atomwaffenproduktion
- + Verhandlungen über eine atomwaffenfreie militärisch verdünnte Entspannungszone in Mitteleuropa!

FÜR EUROPA UND DIE UNO

Die Forderung nach einer Entspannungszone in Mitteleuropa werden die unabhängigen Atomwaffengegner in aller Welt im Jahre 1963 in den Mittelpunkt ihrer Aktionen stellen. Der Ostermarsch 1963 steht unter dem Motto:

- Mitteleuropa - atomwaffenfrei
- Mitteleuropa - militärisch verdünnte Entspannungszone
- Mitteleuropa - Brücke zwischen Ost und West

Die Menschen aller mitteleuropäischen Staaten werden aufgerufen, eine Kampagne für diese Ziele in ihrem Land aufzunehmen, damit das gemeinsame Interesse aller Völker Mitteleuropas, ihr Gebiet nicht zum Schauplatz eines dritten Weltkrieges werden zu lassen, deutlich wird. Von Polen bis Frankreich müssen die Bürger die verantwortlichen Politiker davon überzeugen, daß die Probleme Mitteleuropas nur ohne Gewalt und ohne Gewaltandrohung, in einer Atmosphäre des Vertrauens und der Entspannung gelöst werden können.

Die Menschen der ganzen Welt fordern wir auf, die Bemühungen der UNO um Entspannung und Abrüstung stärker zu unterstützen, damit aus ihr ein wirksames Instrument weltweiter Zusammenarbeit der Völker wird.

UNSERE KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG

hat international und in der Bundesrepublik ständig an Unterstützung und Anerkennung gewonnen. Wir nehmen das gute Recht freier Bürger für uns in Anspruch: uns selbst zu vertreten, wo unsere gewählten Vertreter uns nicht vertreten. Wir tun dies in aller Offenheit, unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung, fern jeder einseitigen Stellungnahme im Kalten Krieg. Wir treten gegen jede Gewaltpolitik auf, von wem auch immer sie betrieben wird.

Wir bitten alle Mitbürger

- + sich unserer Kampagne für Abrüstung und Entspannung anzuschließen
- + unsere Arbeit geistig und materiell zu unterstützen
- + in den Ortsausschüssen bei der Vorbereitung des Ostermarsches 1963 mitzuwirken.

WER DEN FRIEDEN WILL, MUSS DEN FRIEDEN VORBEREITEN

WIR ARBEITEN ZU DIESEM ZWECK MIT MENSCHEN DER GANZEN WELT

ARBEITEN AUCH SIE MIT UNS

Ostermarsch der Atomwaffengegner - Kampagne für Abrüstung
Zentraler Ausschuß

Ostermarsch der Atomwaffengegner Kampagne für Abrüstung



- gegen Atomrüstung in West und Ost
- für Entspannung und atomwaffenfreie Zonen
- für Rechtsstaat und Freiheit
- für die Zusammenarbeit aller Völker zur Lebenssicherung der Menschheit

Unter diesem Zeichen wird heute in fast allen Teilen der Welt für die Abrüstung geworben.

ED 748-20-17

Wer steht hinter diesem Zeichen?

Menschen, die froh sind, daß sie eine Möglichkeit gefunden haben, sich mit einem persönlichen Beitrag für ein Zusammenarbeiten aller Völker einzusetzen und damit gegen die überholte Politik der Bombe und der Gewalt- und Kriegsandrohung ihren Protest öffentlich einzulegen. Menschen, und besonders viele junge unter ihnen, die die einigenden Bestrebungen der UNO unterstützen, da sie schon heute über die nationalen Grenzen hinweg verantwortlich im Weltmaßstab denken und handeln wollen.

Der Ostermarsch ist unabhängig von allen politischen Parteien und im Kalten Krieg, den er zutiefst ablehnt, nicht einseitig engagiert. Die Kampagne bemüht sich, in ihrem Land die Position einzunehmen, die die blockfreien Staaten in der internationalen Politik sich in den letzten Jahren bereits zum Vorteil der Menschheit haben erobern können.

Das Symbol, unter dem wir marschieren, ist das internationale Zeichen der Atomwaffengegner. Es ist aus dem Zeichen für N und D des internationalen Signalalphabetes entstanden. ND = Nuclear Disarmament — Atomare Abrüstung.

Ziel Aldermaston, Washington, Moskau

Die Ostermärsche begannen in England, dem Lande der traditionellen Achtung vor den demokratischen Umgangsformen und der Zivilcourage. Sie führten von dem Atomforschungszentrum in Aldermaston nach London. In der Bundesrepublik fanden Ostermärsche bisher 1960, 1961 und 1962 statt.

1962 gab es entsprechende Demonstrationen in Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Belgien, Italien, Irland, Kanada, USA, Neuseeland und Australien. Im nächsten Jahr werden sich weitere Länder anschließen.

Der längste Marsch unter unserem Zeichen dauerte 1 Jahr und führte von San Franzisko nach Moskau. Vor dem State Department in Washington wurden die gleichen Forderungen erhoben wie bei der Mahnwache auf dem Roten Platz. Die Menschen in beiden Städten waren gleichermaßen interessiert wie mißtrauisch gegenüber dieser neuen Ausdrucksform demokratischer Verantwortlichkeit.

Und in Deutschland

Im Unterschied zu den anderen Ländern gehen in der Bundesrepublik die Märsche nicht auf die Hauptstadt zu, sondern es zieht sich ein ganzes Netz von Märschen über das Land. In der Regel werden an drei Tagen je 20 bis 40 km zu Fuß marschiert. Zu Beginn des Marsches und unterwegs werden Kundgebungen abgehalten und die Bevölkerung durch Plakate, Sprechhöre und Lieder auf die Gefahr der Atomrüstung hingewiesen und zu aktivem Verhalten aufgerufen. Höhepunkt der Märsche sind die Abschlußkundgebungen am Ostermontagnachmittag oder -abend. Dabei hatten wir als Sprecher:

Stefan Andres, Erich Kuby, Dr. Erich Kästner, Robert Scholl, Dr. Fritz Katz, D. Martin Niemöller, D. Heinz Kloppenburg, Rudolf Rolfs, Christian Geißler, die englischen Unterhausabgeordneten Frank Allaun, Sidney Silverman und Fenner Brodway und viele andere.

1962 nahmen ca. 15 000 an den Märschen und 23 000 an den Abschlußkundgebungen teil.

Die Versuche fanden doch statt

Der Druck der Weltmeinung war noch nicht stark genug, um die Atomtest-Serien zu verhindern. Er muß deshalb verstärkt werden. Die blockfreien Staaten arbeiten für den Versuchsstopp in der UNO, wir werben dafür in unserem Heimatland. Bei Wiederaufnahme der Atomwaffenversuche durch die UdSSR im September 1961 fanden sofort in mehreren Großstädten Protestaktionen statt sowie ein gemeinsamer Protest vor der russischen und französischen Botschaft in Bonn. Desgleichen gab es 1962 Protestaktionen und -schreiben bei der Fortführung der Atomversuche durch die USA und UdSSR.

Nach dem Ostermarsch 1962 fuhr eine Abordnung der Kampagne zu der Abrüstungskonferenz nach Genf und überreichte zusammen mit Abordnungen aus anderen Ländern unsere Stellungnahme. Wir wurden überall mit Interesse und Verständnis angehört.

Viele örtliche Ausschüsse veranstalteten Mohnwachen oder andere Demonstrationen am Hiroshimatag (6. August) oder am 1. September (Antikriegstag).

ED 745-20-18

Rot oder schwarz finanziert?

Die Arbeit des Ostermarsches wird von einzelnen verantwortungsbewußten Staatsbürgern getragen und finanziert. Über ihre Finanzierung geben die Ausschüsse Rechenschaft. Zugleich aber unterstützen einige unabhängige Organisationen die Kampagne. Personen ihres Vertrauens haben Sitz und Stimme im Zentralen Ausschuß des Ostermarsches. Dieser wird außerdem von je drei Vertretern der fünf Regionalen Ausschüsse gebildet.

Die unterstützenden Organisationen sind: Deutsche Friedensgesellschaft, Versöhnungsbund, die beiden großen Kriegsdienstgegnerverbände (IdK und VK), Naturfreundejugend, Kirchliche Bruderschaften, SDS, Kampfbund gegen Atomschäden, das Komitee gegen Atomrüstung und die Quäker.

Der Ostermarsch der Atomwaffengegner bemüht sich um die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und allen unabhängigen Gruppen.

Der einseitige Protest

Warum findet der Protest gegen Atomwaffen bisher vorwiegend im Westen statt, wengleich auch derartige Aktionen, wie z. B. der San Franzisko-Moskau-Marsch, die Pilgerfahrt von Opfern aus Hiroshima, das Projekt Everyman III oder die freimütigen Gespräche auf dem Kongreß für Frieden und Abrüstung in Moskau, schon weit in das Gebiet des Ostblockes hineinreichten? In Ländern, wo nach amtlicher Auffassung eine vollkommene Einheit zwischen dem Willen der Bevölkerung und dem Handeln der Regierung besteht, ist für solche Aktionen nur wenig Spielraum. Die Demokratie dagegen lebt und bewährt sich in dem verantwortungsbewußten Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition. Ihre Freiheit ist ein Prüfstein der Demokratie, da sie sich auf Anerkennung von verschiedenen, einander widersprechenden oder sich ergänzenden Richtungen als wesentlichen Faktoren der Meinungs- und Willensbildung gründet.

Die Europäische Föderation gegen Atomrüstung, der der Ostermarsch der Atomwaffengegner angehört, bemüht sich gegenwärtig um die Ausweitung der Ostermärsche in Länder des Ostblocks und nach Frankreich. Dabei wird gleiche politische Zielsetzung im Hinblick auf das gemeinsame Interesse an einer mitteleuropäischen Entspannungszone und möglichst starker internationaler Austausch bei den Märschen angestrebt.

Dies sind unsere Ziele

Damit die allgemeine und vollständige Abrüstung erreicht werden kann, müssen vorbereitende Schritte unternommen werden. Dazu gehören:

- Ende aller Atombombenversuche
- Atomwaffenfreie Zonen im mittleren Europa, Afrika und Südamerika
- Club der atomwaffenfreien Mächte
- Entspannung und militärisch verdünnte Zone in Mitteleuropa

Darin enthalten ist der Verzicht auf direkte oder indirekte Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen.

Die allgemeine und kontrollierte Abrüstung setzt eine Stärkung der UNO voraus, sowie die Orientierung der Politik in Richtung der Bestrebungen der blockfreien Staaten. Wird die Abrüstung erreicht, so können endlich die Überwindung des Hungers, der Arbeitslosigkeit, der Unwissenheit und der sozialen Ungerechtigkeit auf der ganzen Erde wirksam in Angriff genommen und die Menschenrechte der Vereinten Nationen für alle Rassen und Erdteile durchgesetzt werden.

Unsere Chancen sind gut

Wir meinen: es bestehen heute reale Chancen, daß die Vernunft sich durchsetzt und eine Politik ohne Bombe an die Stelle der traditionellen Militärpolitik tritt. Diese Umwandlung der Politik können wir nicht den Regierungen allein überlassen. Wir müssen die Öffentlichkeit auf Möglichkeiten und Gefahren der gegenwärtigen Situation aufmerksam machen, damit es zu dieser Wandlung kommt.

Diese Erkenntnis setzt sich offensichtlich in der ganzen Welt mit einer erstaunlichen Geschwindigkeit durch. Dafür zeugt nicht nur der immer größere Einfluß der blockfreien Staaten, sondern auch, daß in zunehmendem Maße Menschen in aller Welt sich zu Gruppen zusammenschließen, um die Aufgaben zu bewältigen, die wir im Ostermarsch, der Kampagne für Abrüstung, angreifen.

Immer mehr Menschen in aller Welt handeln wie wir. Werden Sie sich entscheiden?

Zielsetzung des Ostermarsches *

Dr. Andreas Buro

Zwei Wege - Die Aufgaben unserer Generation - Konsequenzen für den OM - Ostermarsch und andere Organisationen - Was muß der OM also tun?

Zum dritten Male sind in diesem Jahr in der Bundesrepublik Ostermärsche durchgeführt worden. Seit dem ersten Ostermarsch mit dem Ziel Bergen-Belsen haben sich die Teilnehmerzahlen ständig erhöht, und das Interesse an den Ostermärschen ist überall gewachsen. Der organisatorische Aufbau der Ostermarschgruppen hat uns in den vergangenen 3 Jahren voll beansprucht. Er ist, wenn auch nicht ganz, so doch in weitem Maße, inzwischen abgeschlossen worden.

Nach diesen Erfolgen unserer Arbeit ist es gut, wenn wir jetzt eine Bilanz machen und kritisch überlegen, auf welchen Wegen und mit welchen weiteren Mitteln wir die Ziele, die wir uns gesteckt haben, erreichen können. Diese Bilanz soll hier versucht werden:

Eines jedoch müssen wir uns zuvor ganz deutlich machen: Der Ostermarsch der Atomwaffengegner ist keine Vereinigung, die um der Menschen willen besteht, die da organisieren und marschieren!

Der Ostermarsch ist eine Aktionsgemeinschaft, die weit über das "Zu-Ostern-marschieren" hinausreicht. Er ist das Sammelbocken einer außerparlamentarischen Opposition, die erkannt hat, daß die gegenseitige kontinuierliche Bedrohung der großen Militärblöcke nur zu einer Katastrophe führen, nicht aber zur Lösung der europäischen Probleme beitragen kann.

Wenn also der Ostermarsch seiner Aufgabe als dynamische Aktion gerecht werden soll, muß er nach außen wirksam sein und nicht nur der moralischen Rechtfertigung des einzelnen dienen. Er soll letztlich eine Wandlung des politischen Verhaltens der Regierung der Bundesrepublik herbeiführen und zusammen mit seinen internationalen Schwesterverbänden eine Wandlung der politischen Haltung aller Menschen und Regierungen zugunsten des Friedens erwirken.

* Kurzfassung des Referates am 30.6./1.7.1962 vor dem Zentralen Ausschuß

Zwei Wege

Für den Ostermarsch scheinen mir zwei Wege prinzipiell denkbar. Einmal kann er versuchen, im Sinne einer Partei, die Macht zu ergreifen. Sein nächstes Ziel wäre es dann, wichtige Ämter zu besetzen und im parlamentarischen Bereich wirksam zu werden. Solche Machtergreifung auf dem Parteiwege ist nach dem Kriege bereits von verschiedenen oppositionellen Gruppen versucht worden. Sie ist bisher in jedem Falle gescheitert, da wichtige Voraussetzungen für die Parteiarbeit fehlten. Ich glaube daher, ohne näher auf diese Frage einzugehen, daß wir den Weg der Parteibildung und der Machtergreifung über eine Partei grundsätzlich aus unseren Betrachtungen über die OM-Arbeit ausschließen sollten.

Der zweite Weg besteht darin, daß wir meinungsbildend wirken, um dadurch einen Wechsel in der Politik zu erreichen. Dabei kann es nicht unsere Aufgabe sein, Menschen nur von anderen Organisationen fort und zu uns zu ziehen. Wir müssen vielmehr meinungsbildend in alle Parteien und Gruppierungen hineinwirken, um überall unsere Ideen durchzusetzen. Akzeptiert man diese Aufgabe - und ich glaube, daß dies die allgemeine Auffassung des OM ist-, so ist dem OM als Arbeitsfeld klar der außerparlamentarische Bereich zugewiesen. Das schließt natürlich nicht aus, daß unsere Ideen auch den politischen Parteien mit Nachdruck nahegebracht werden.

Die Aufgaben unserer Generation

Es klingt vielleicht etwas weit hergeholt. Aber wir sollten uns doch fragen, welches die Aufgaben unserer Generation sind? Wo haben wir unsere vitalen Interessen, und wofür müssen wir mit aller Kraft arbeiten?

Wir leben in dem Zeitalter der Bevölkerungsexplosion. Die steil anwachsende Kurve der Bevölkerungszunahme zeigt, daß im Laufe der nächsten 40 Jahre, das sind knapp zwei Generationen, die Zahl der Erdbewohner sich etwa verdoppelt. Um das Jahr 2000 werden auf der Erde 6 1/2 bis 7 Milliarden Menschen leben. Jetzt sind es ca. 3,5 Milliarden.

Die technischen, zivilisatorischen Aufgaben, die hierdurch entstehen, sind so ungeheuerlich, daß das weitere Leben der Menschheit nur durch eine Zusammenarbeit der Staaten und der Völker miteinander gesichert werden kann. Dies wird besonders eindringlich, wenn man sich vor Augen führt, in welchem Elend und unter welchen Schwierigkeiten die meisten Menschen heute noch leben. Mir scheint daher die wichtigste Aufgabe: Lebenssicherung der schnell anwachsenden Menschheit. Das Mittel zur Lösung dieser Aufgabe kann nur Zusammenarbeit der ganzen Erdbewölkerung sein. Rüstung und Krieg aber hindern die Zusammenarbeit. Die Rüstung schafft Mißtrauen, Grenzen, Interessensphären. Anstelle von Miteinander schafft sie ein Gegeneinander. Neben dem möglichen Krieg und seinen verheerenden Folgen bekämpfen wir daher die Rüstung, weil sie uns hindert, mit und für alle Menschen zu arbeiten.

Unserer Generation ist es vorbehalten, von den Regierungen in West und Ost die Verwirklichung einer weltweiten Zusammenarbeit der Völker zu erzwingen, zur Vorbereitung auf die Aufgaben, die auf die in Kopffzahl ständig wachsende Menschheit zukommen.

Konsequenzen für den Ostermarsch

Erkennen wir dies als die Aufgabe, so ergibt sich für den Ostermarsch folgende Konsequenz: Protest und Widerstand, die Worte, die bisher in der Antikriegs- und speziell Antiatomwaffenbewegung im Vordergrund gestanden haben, müssen in der Rangfolge hinter unser Ziel zurücktreten. Denn unser Widerstand wird erst sinnvoll, wenn er gegen alles, was uns an dem Erreichen des Zieles hindert, geleistet wird. Außerdem schließen sich Menschen auf die Dauer nicht einer Bewegung an, die nur gegen etwas antritt. Gerade die Vergangenheit der Antiatombewegung hat das deutlich erwiesen. Unser positives Ziel, unsere durchaus realistische Alternative ist das Entscheidende. Sie müssen wir herausstellen, damit die Kraft, der Mut und die schöpferische Phantasie des einzelnen herausgefordert und eingesetzt wird, wobei dann der Kampf gegen Kriegerrüstung und Massenvernichtungsmittel selbstverständlich ist.

Wie ist nun die Situation in Mitteleuropa? Das Spannungsfeld zwischen Ost und West ist in Europa am stärksten, und es stört von hier aus die Zusammenarbeit der Völker in der ganzen Welt. Erst eine Entspannung in Europa wird zu einer Entspannung in anderen Teilen der Welt führen. Wenn uns auch die Lage hier manchmal besonders verzweifelt zu sein scheint, so ist sie doch wiederum günstig, da viele Probleme hier unmittelbar sichtbar werden und weil Gesprächspartner bei uns leichter miteinander Berührung finden.

Als spezielle Aufgabe für den OM ergibt sich:

1. Zur Überwindung der Ost-West-Spannungen in Europa durch "Brückenbau" beizutragen. Dies bedeutet, daß wir eine europäische Lösung der Probleme suchen, wobei nicht eine klein-europäische Lösung, wie sie im Augenblick im westlichen Bereich zur Diskussion steht, gemeint ist. Wir müssen herausstellen, und dies ist ein begeisterndes Ziel, daß Europa nicht an der Elbe aufhört, und daß es trotz seiner augenblicklichen inneren Zwiespältigkeit eine geistige und kulturelle Einheit darstellt, die durch eine Zusammenarbeit der europäischen Völker über die trennenden politischen Systeme hinweg wieder lebendig und fruchtbar gemacht werden muß.

2. Der OM muß im internationalen Rahmen eintreten für die UNO als der Basis solcher weltweiten Zusammenarbeit, denn die UNO ist heute schon durch ihre Aufgabenstellung und ihre Statuten die Koordinationsstelle für Gesamtbestrebungen der Völker auf der Erde. Wir müssen ihre Vorschläge für Zusammenarbeit und Abrüstung aufgreifen und dafür in der Bundesrepublik werben. Bisher haben nur die Regierungen, aber noch nicht die Völker selbst die UNO zu ihrem Instrument gemacht. Die Regierungen aber haben die UNO nur respektiert und benutzt, wenn es gerade irgendeinem Einzelinteresse entsprach. Unsere Aufgabe ist es daher, die UNO so zu unterstützen, daß sie zu einem Angelpunkt weltweiter Zusammenarbeit wird.

Ostermarsch und andere Organisationen

All diese Aufgaben sind so groß, daß wir nicht erwarten dürfen, daß der OM allein sie bewältigen kann. Vielmehr hat er eine bestimmte Aufgabe im Rahmen der gesamten Arbeit zu übernehmen. Die Arbeitsaufgaben der verschiedenen Gruppierungen und Organisationen lassen sich in drei verschiedene Bereiche aufteilen, die sinnvoll von verschiedener Seite her bearbeitet werden müssen. Der erste Bereich ist der der speziellen Organisationen, die jeweils auf ihrem besonderen, eventuell fachlichen Gebiet, z.B. der christlichen Arbeit, der sozialistischen-Unterrichtung oder der Kriegsdienstverweigerung neue Menschen für die Friedensarbeit und damit für den allgemeinen Gedanken der Zusammenarbeit der Völker werben. Diese Organisationen erschließen damit gleichsam neue Quellen für die gemeinsame Aufgabe.

Im zweiten Bereich fließen die Quellbäche, wenn ich das Bild fortentwickeln darf, zu einem See zusammen. Übertragen heißt dies, daß aus den verschiedenen Organisationen und Richtungen die Menschen zusammenkommen, um nun gemeinsam das allen gemeine Ziel weiterzuverfolgen. Sie bilden jetzt eine auch nach außen deutlich kenntliche Gemeinschaft. Dabei soll keine Nivellierung der Eigentümlichkeiten der Einzelgruppen erfolgen, sondern der Wille zur Zusammenarbeit auf das gemeinsame Ziel hin und das Bewußtsein, einer großen Gemeinschaft anzugehören, muß gefördert werden. Diese Funktion hat bisher der OM ausgeübt und sollte es auch weiterhin in verstärktem Maße tun. Die Aufgabe dieses Bereichs ist Willensbildung, Erkenntnis des gemeinsamen Zieles und Schaffung der geistigen Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. Das Schwergewicht der Tätigkeit liegt in der Meinungsbildung der Mitbürger durch Demonstration und Information.

Im dritten Bereich sollen konstruktive, positive Beispiele dafür gegeben werden, wie der einzelne oder wie Gruppen die Zusammenarbeit der Völker vorwärtstreiben oder den hierfür nötigen Druck auf ihre Regierungen ausüben können. Diese dritte höchste Ebene, auf der Kooperation und Entspannung gewissermaßen als Vorbild praktiziert werden, könnte vielleicht einmal von der Weltfriedensbrigade wahrgenommen werden, die im Januar dieses Jahres in Beirut gegründet worden ist, und die zur Zeit bereits eine Aktion in diesem Sinne in Zentralafrika durchführt. In diesem dritten Bezirk ist bisher noch zu wenig geplant oder unternommen worden, hier liegen alle Leistungen noch vor uns.

Was muß der OM also tun?

Diese Frage macht 3 Einzelfragen nötig, und zwar:

Wie sollen wir arbeiten? Welche Voraussetzungen müssen wir uns schaffen? Wofür treten wir ein?

Wie sollen wir arbeiten?

* Wissen: Verbreitung sachlicher Argumente und Tatsachen durch Seminare und kurze, flugblattartige Schriften.

* Lobby: Unterrichtung der maßgeblichen Persönlichkeiten und Organisationen sowohl in einzelnen Orten als auch auf Länder- und Bundesebene, über die Ziele und Haltung des OM, durch systematische Information und durch zielstrebige Herstellung persönlicher Kontakte.

* Aktionen: Gut vorbereitete und qualitativ eindrucksvolle Aktionen sollen uns zwischen den Ostermärschen Gehör erzwingen.

* Gespräch: Durch dynamische Aufsätze muß versucht werden, in Zeitschriften eine echte Auseinandersetzung über die Möglichkeiten unserer Arbeit und die Verwirklichung unserer Ziele in Gang zu bringen.

Welche Voraussetzungen müssen wir uns schaffen?

- + Unsere Neutralität im Kalten Kriege und zwischen den Parteien muß überall sichtbar und bekannt werden, um so das Verhandensein einer echten Arbeitsbasis für die Zusammenarbeit unter Beweis zu stellen. Dazu gehört es auch, klar zu machen, daß der OM weder speziell für eine sozialistische noch für eine kapitalistische Wirtschaftsform kämpft. Vielmehr vertritt er die Überzeugung, daß ein menschenwürdiges Dasein unter allen Wirtschaftsformen möglich ist, in denen die Menschenrechte, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen dargestellt sind, respektiert werden, und daß die Zusammenarbeit zwischen den Staaten mit sozialistischer oder kapitalistischer Wirtschaftsstruktur erreicht werden kann.
- + Freiheit: Zusammen mit unserem Symbol der internationalen unabhängigen Atomwaffengegner müssen wir in West und Ost und besonders den Bürgern der Bundesrepublik glaubhaft machen, daß der OM, ebenso wie er gegen jede totalitäre Bedrohung durch die Massenvernichtungsmittel eintritt, sich auch niemals mit rassischem und politischem Terror abfinden wird. Die echte Freiheit der Person, die weder als Erlaubnis zum sozialen Mißbrauch des Eigentums, noch als "Nur-Übereinstimmung mit dem Staat" mißdeutet werden kann, gilt im OM als wesentliche Grundhaltung.
- + Grundgesetz und Charta der Menschenrechte: Der OM muß überall klar zum Ausdruck bringen und glaubhaft machen, daß seine Bemühungen auf der Präambel des Grundgesetzes beruhen, nach welchem das Deutsche Volk dem Frieden der Welt dienen will. Ebenso muß herausgestellt werden, daß die Charta der Menschenrechte der Vereinten Nationen für uns bindenden Charakter hat, und daß wir diese daher absolut und nicht wie viele Regierungen jeweils nur nach taktischem Gutdünken respektieren.
- + Zur Entwicklung der weltweiten Zusammenarbeit wird der OM zu allen Menschen und Organisationen mit gleichen Zielen in allen Teilen der Welt Verbindung aufnehmen und pflegen. Er wird alles tun, um diese Kräfte zu einer großen Gemeinschaft zusammenzuschließen.

Wofür treten wir ein?

- + Lebenssicherung: Die junge Generation will das Leben der schnell anwachsenden Menschheit sichern. Dies ist nur in einem Miteinander der Völker möglich, nicht in einem Gegeneinander. Wir fordern daher die Zusammenarbeit der Völker.
- + Das durch Wettrüsten und atomare Bedrohung entstandene Mißtrauen hat bisher die Zusammenarbeit verhindert. Wir wollen daher das Wettrüsten beseitigen und die atomare Bedrohung beenden, um dadurch die Zusammenarbeit der Völker zur Sicherung ihres Lebens zu ermöglichen.
- + Für Europa verlangen wir eine Zusammenarbeit über den eisernen Vorhang hinweg, um auf lange Sicht durch eine Annäherung der Völker zu einer wirklich dauerhaften großeuropäischen Lösung zu gelangen.

* Für die UNO fordern wir die Unterstützung der Regierungen und Völker der Erde, um aus ihr ein wirkliches Instrument der weltweiten Zusammenarbeit und Konfliktlösung zu machen, damit die Gewalt und der Krieg als Mittel der Politik aus der Welt verschwinden. Der OM selbst wird eng mit der UNO zusammenarbeiten und ihre Beschlüsse und Auffassungen auf nationaler Ebene vertreten.

Stellt der Ostermarsch sich mit dynamischer Kraft auf diese Ziele ein und vertritt er sie zusammen mit seinen Freunden in der ganzen Welt, so repräsentiert er gleichzeitig die Jugend von morgen, die wie der OM verantwortlich im weltmaßstab denken und handeln wird.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Einige Argumente für's Bonner Lobby

Diejenigen Bürger, die im Ostermarsch mitarbeiten, haben die Absicht, einen Beitrag zur Verhinderung des Krieges und zur Sicherung des Friedens zu leisten.

Ausgangspunkt:

1. Wir unterstellen, daß wir in diesem Ziel - Verhinderung eines Atomkrieges - mit allen Politikern in der Bundesrepublik übereinstimmen.
2. Die allgemeine kontrollierte Abrüstung und Abschaffung der Atomwaffen ist auch von der Bundesregierung in Bonn gefordert, jedoch niemals energisch verfolgt und propagiert worden.
3. Wir unterstellen, daß die Mehrzahl aller Politiker, in Ost wie West, die Anwendung von Atomwaffen, die Führung eines Atomkrieges, für nicht vertretbar hält.

Denn:

- + durch einen Atomkrieg ist kein politisches Ziel mehr zu erreichen,
- + atomarer Krieg führt zwangsläufig auch zur Vernichtung jener Werte, um deren Bewahrung es geht.
- + Im Atomkrieg wird die herkömmliche Unterscheidung von Front und Heimat, von Kombattanten und Nicht-Kombattanten hinfällig;
- + auch die räumliche und zeitliche Eingrenzung der Kriegsfolgen wird äußerst fragwürdig;
- + der Atomkrieg läßt daher die traditionelle Lehre von "gerechten" und "ungerechten" Kriegen nach den Kriterien eben dieser Lehre selbst nicht mehr zu. Von der UNO ist daher die Anwendung atomarer Waffen geächtet worden.

Die besondere Position des Ostermarsches

wird in dem Weg zur atomaren Abrüstung deutlich. Der Ostermarsch ist der Meinung, daß man auf die allgemeine atomare Abrüstung bis zum Bankt Nimmerleinstag warten kann, wenn nicht

- a) überall erste praktische Schritte zur Abrüstung hin getan werden, wobei ein gewisses Risiko für den Frieden in Kauf genommen werden muß.
- b) eine starke und unabhängige Bewegung in der öffentlichen Meinung Druck auf die Politiker in Ost und West ausübt, den Atomkrieg zu vermeiden und Verhandlungen über atomare Abrüstung ernsthaft aufzunehmen.

Zu a) Hier geht es insbesondere

- + um die Verhinderung der Ausdehnung atomarer Bewaffnung auf weitere Gebiete und Staaten und um die Schaffung atomwaffenfreier Zonen. In dieser Frage befinden wir uns offenbar im Gegensatz zur Politik der Bundesregierung. Das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West hängt jedoch keineswegs von deutschen oder deutsch-französischen Atomwaffen ab, ein Indiz hierfür ist schon das Zögern bzw. die Abneigung der USA gegenüber den Atomwaffenwünschen der Bundesregierung bzw. der westeuropäischen NATO.
- + Jede zusätzliche Atomrüstung in Nähe einer der beiden Großmächte bringt für das solcherart gerüstete Land nicht etwa mehr Sicherheit, sondern, im Gegenteil, katastrophale Unsicherheit, bringt außerdem erhöhtes Kriegsrisiko für alle Welt. Das zeigte sich sehr deutlich am Fall Kuba.

- + daß baldige und konsequente atomare Abrüstung kaum noch möglich ist, wenn außer den Großmächten noch eine Anzahl weiterer Staaten Verfügung über Atomwaffen hat.

Zu b): Auch hier gibt der Fall Kuba ein gutes Beispiel. Zur Entschärfung der internationalen Spannungen in der Kubakrise haben ganz offensichtlich nicht zuletzt die Stellungnahmen der Blockfreien, des Papstes und des Weltkriegerates und der unabhängigen Atomwaffengegner - international repräsentiert durch Bertrand Russell - beigetragen. Wir gehen davon aus, daß Kriege meist nicht durch einen vorbedachten und unabänderlichen Entschluß der höchsten Politiker, sondern viel eher durch gleitenden Übergang in eine dann nicht mehr zu kontrollierende Kriegsstimmung entstehen, der die Staatsmänner halb wider Willen oder gar gegen ihren Willen ausgeliefert sind. Deshalb ist es von außerordentlicher Bedeutung, wenn in Zeiten der atomaren Hochrüstung und insbesondere in Krisensituationen das internationale Klima durch derartige, zum Frieden drängende Stellungnahmen gemildert wird. Zudem ist ein solcher Druck der öffentlichen Meinung in friedlicher Richtung auch für die Beschleunigung der Abrüstungsverhandlungen mitentscheidend. Diese unabhängigen Stellungnahmen haben übrigens auch dort Auswirkungen, wo sie sich nicht direkt äußern können: in den Ostblockstaaten. Beispiel wiederum: der sowjetische Ministerpräsident kann heute schon an einer Stellungnahme z.B. Russells nicht einfach vorbeigehen.

Struktur des Ostermarsches - Unabhängigkeit

Es sollten einige Sätze zur Struktur unserer Bewegung gesagt werden. Der Ostermarsch hat seine Parole "Gegen Atomwaffen in Ost und West" konsequent durchgehalten: er hat sich jederzeit und urteilsverständlich gewehrt, wenn seine unabhängige Stellungnahme zugunsten der einen oder anderen einseitigen Richtung verfälscht werden sollte. Wir haben gegen sowjetische Tests genauso scharf protestiert wie gegen Tests der USA. Mitglieder der internationalen Ostermarschbewegung haben mit gewaltlosen Mitteln ihren Protest gegen die Atomrüstung genau so in die UdSSR getragen wie in andere Staaten (San Franzisko-Moskau-Marsch). Auch die Zusammensetzung des Kuratoriums bürgt für diese politische Unabhängigkeit des Ostermarsches. Es gibt beim Ostermarsch keine Fremdfinanzierung, keine hauptamtlichen Kräfte, - der Ostermarsch ist eine von jeder Manipulation freie Initiative einzelner Bürger. Finanzen sind jederzeit kontrollierbar.

Ostermarsch und Demokratie

Abrüstung und Beseitigung des Krieges hängen eng mit der Verwirklichung der Menschenrechte und der Sicherung der demokratischen Formen zusammen. Der OM arbeitet daher auch für diese Ziele.

- + Atomare Abrüstung würde in kommunistischen Staaten eine Liberalisierung erleichtern;
- + würde in Entwicklungsländern durch Freiwerden materieller Möglichkeiten für eine großzügige wirtschaftliche Hilfe den sozialen Fortschritt fördern und damit den Weg zur Demokratie erleichtern;
- + würde schließlich auch in den parlamentarischen Demokratien den Abbau politischer Freiheiten, die zunehmend der Vorbereitung auf den Kriegsfall geopfert werden, verhindern.

Ostermarsch der Atomwaffengeegner

Offenbach (Main) 4 · Postfach 648

Hessischer Ausschuß

Verantwortlich: Klaus Vack
Offenbach (Main)
Fritz Amann
Darmstadt

An die
Mitglieder des
Hessischen Ausschuß
für den Ostermarsch der
Atomwaffengeegner
= = = = =



Geschäftsstelle: Offenbach (Main)
Waldstraße 99

Postscheck: Frankfurt (M) 57648

Bank: Bank für Gemein-
wirtschaft
Offenbach 740294

Datum:

13. 12. 1962

Va. /H.

14. 12. 62

Liebe Freunde,

wie ich Ihnen bereits mitgeteilt habe, findet die nächste Sitzung des Hessischen Ausschuß am kommenden Montag, den 17. 12. 1962, 19.00 Uhr im Haus der Jugend, Frankfurt, statt. Ich schlage Ihnen folgende Tagesordnung vor:

1. Arbeitsteilung im Hessischen Ausschuß bzw. Arbeitsausschuß
2. Neuwahl
 - a) Arbeitsausschuß
 - b) Revision
3. Aktivierung der örtlichen Ausschüsse und Mitarbeit der örtlichen Ausschüsse im Hessischen Ausschuß
4. Ostermarsch 1963
(Zu diesem Punkt bitte ich Sie, zu überlegen, welche Vorschläge Sie zu einer noch besseren und intensivere Verbreitung der Ostermarschidee und damit Stärkung des Marsches 1963 zu unterbreiten haben)
5. Beschlüsse
 - a) OM-Kalender 1963
 - b) Aufruf zum Ostermarsch 1963
 - c) Informationsblatt des Hessischen Ausschuß
6. Verschiedenes

KURATORIUM:

Stefan Andres
Hedwig Born
Benjamin Britten
Canon Collins
Herbert Faller
Prof. Dr. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Gustav Heckmann
Heinz Hilpert
Dr. Robert Jungk
Dr. Erich Kästner
Dr. Arno Klöring
Dr. Heinz Kloppenburg
Christel Köpper
Margarethe Lachmund
Dr. Armin Prinz zu Lippe
Prof. Wilhelm Maser
Dr. Bodo Manstein
Prof. Katharina Petersen
Prof. Bertrand Russell
Martin Schröter
Prof. Dr. Johannes Ude
Prof. Dr. Dr. Fritz Wenzel
Prof. Dr. Ernst Wolf

Ich hoffe, daß wir diese Tagesordnung bis 21 Uhr abhandeln können. Anschließend wird Norbert Winkler eine Tonbildfolge über den Ostermarsch 1962 vorführen.

Ich darf Sie bitten, unter allen Umständen an dieser wichtigen Sitzung teilzunehmen und auch die Vorführung der Tonbildfolge nicht zu versäumen.

Mit besten Grüßen!

Klaus Vack
(Klaus Vack)



pressediensst

nachrichten zum Ostermarsch der Atomwaffengegner

ED 748-20-24

11.12.62

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

An alle politischen Redaktionen und Redakteure
=====

Sehr geehrte Herren,

der Ostermarsch der Atomwaffengegner ist in seiner konkreten Zielsetzung bemüht, für die Abrüstung zu wirken, selbst entsprechende Vorstellungen zu entwickeln und bereits bestehende Vorschläge zu unterstützen. Gerade im westlichen Ausland werden seit einiger Zeit sehr intensive Abrüstungsvorschläge diskutiert. Wir erlauben uns, Ihnen in diesem Zusammenhang beigelegt einen Artikel des Nobelpreisträgers Professor P.M.S. Blackett zu überreichen und würden uns sehr freuen, wenn Sie sich mit den darin gemachten Ausführungen beschäftigen könnten. Vielleicht ist es Ihnen sogar möglich, in der von Ihnen vertretenen Zeitung über den Blackett-Artikel zu berichten oder Auszüge zu veröffentlichen. Indem wir Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit danken verbleiben wir

mit besten Grüßen!

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

Klaus Vack
(Klaus Vack)

ED 948-20-25

Ma 24

OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER - KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
Zentraler Ausschuß, Geschäftsführung: Dr. Andreas Baro, München 55
----- Andreas-Vöst-Str. 5, Tel. 1 83 61 -----

An
das Kuratorium, den Zentralen Ausschuß,
die Regionalen- und Landesausschüsse
zur Weitergabe an die örtlichen Ausschüsse

1. Dezember 1962

5.12.62

Liebe Freunde!

Heute möchte ich Sie auf 3 für uns interessante Publikationen auf-
merksam machen.

1. Sondernummer der PLANE
über den Ostermarsch 1962

Bericht mit vielen Bildern und den wichtigsten Angaben über den
Ostermarsch. Bestellung sehr zu empfehlen, auch zum Weiterverkauf
innerhalb der Gruppen.

Preis DM 2.--, bei Abnahme von mehr als 10 Stück wird den Gruppen
ein Rabatt von 35% eingeräumt, so daß beim Wiederverkauf die
Kosten für die Verteilung gedeckt werden.

Bestellungen bei: Frank Werkmeister, Dortmund-Barop
Stockumer Str. 197

2. Reiner Steinweg: Der Große Marsch von San Franzisko nach Moskau.

Ein sehr interessanter Bericht über den ersten großen Versuch,
unsere Auffassungen gleichermaßen im Osten wie im Westen zu ver-
b.w.

Bitte hier abtrennen -----

Herrn Frank Werkmeister
Dortmund-Barop
Stockumer Str. 197

Herrn
Reiner Steinweg
4925 Hohenhausen bei Lemgo

Herrn
Verband der Kriegsdienstverweigerer
608 Offenbach/Main
Waldstraße 99

treten. Er findet sicher auch Interesse bei denen, die zwar den Krieg nicht wünschen, aber keinen anderen Weg zur Friedenssicherung als den der militärischen Abschreckung sehen.

Preis DM 1.--, bei Abnahme von 10 Stück 15% Rabatt, über 20 Stück 25% Rabatt.

Bestellung bei: Reiner Steinweg, 4925 Hohenhausen bei Lemgo
Postscheckkonto: Reiner Steinweg, München Nr. 18 68 95

3. Rechtsanwalt Heinrich Hannover: Zum Entwurf eines Gesetzes über den Zivildienst im Verteidigungsfall

1x anbei!
Vom VK ist ein außerordentlich wichtiger Artikel von RA Hannover veröffentlicht worden, der über die Bedeutung und die Hintergründe des Zivildienstgesetzes unterrichtet. Alle Ostermarschteilnehmer müssen über diese Dinge genauestens informiert sein.

Preis DM 0,35. Bei Abnahme von mehr als 50 Stück DM 0,25.

Bestellung bei: Verband der Kriegsdienstverweigerer,
605 Offenbach/Main, Waldstraße 99

Alle 3 genannten Schriften scheinen mir ausgezeichnet für unsere Lobby-Arbeit und die allgemeine Werbung geeignet zu sein. Ich bitte Sie daher, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Bitte überlegen Sie bei dieser Gelegenheit auch, in welcher Weise Sie Ihre Freunde zum Weitervertrieb der Schriften einsetzen können.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

gez. Dr. Andreas Buro

Hierdurch bestelle ich Exemplare der Ostermarsch-Sondernummer der PLÄNE 1962.
Meine Anschrift ist:

Unterschrift

Hierdurch bestelle ich Exemplare "Der Große Marsch".
Meine Anschrift ist:

Unterschrift

Hierdurch bestelle ich Exemplare "Zum Entwurf eines Gesetzes über den Zivildienst im Verteidigungsfall!"
Meine Anschrift ist:

Unterschrift

Ostermarsch der E0718-20-26 Atomwaffengegner

Offenbach (Main) 4 · Postfach 648

Hessischer Ausschuß

Verantwortlich: Klaus Vack
Offenbach (Main)
Fritz Amann
Darmstadt



Geschäftsstelle: Offenbach (Main)
Waldstraße 99

Postcheck: Frankfurt (M) 57648

Bank: Bank für Gemein-
wirtschaft
Offenbach 740294

Datum:

28. Nov. 1962

Va./An.

29. 11. 62

An die
Mitglieder des Hessischen
Ostermarschausschusses

Liebe Freunde,

wir hatten für Mittwoch den 5. Dezember 1962 eine Sitzung des Hessischen Ausschusses festgelegt. Zwischenzeitlich haben mir 2 Freunde mitgeteilt, daß sie verhindert sind. Auch unserem stellvertretenden Geschäftsführer, Fritz Amann, wäre eine Teilnahme nicht möglich, da er einen Termin innerhalb der Naturfreundejugend wahrnehmen muß. Ich gestehe, daß es mir darüberhinaus noch nicht möglich war, einige Vorschläge für eine evtl. Arbeitsverteilung innerhalb des Ausschusses zu entwickeln. Ich bitte Sie deshalb um Verständnis, daß die Sitzung am kommenden Mittwoch nicht stattfinden kann.

Merken Sie sich als neuen Termin bitte Montag, den 17.12.1962,
19.00 Uhr, vor. Eine genaue Einladung mit Tagesordnung geht Ihnen noch zu.

KURATORIUM:

Stefan Andres
Hedwig Bom
Benjamin Britten
Canon Collins
Herbert Faller
Prof. Dr. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Gustav Hackmann
Heinz Hilpert
Dr. Robert Jungk
Dr. Erich Kästner
Dr. Arno Klönne
Dr. Heinz Kloppenburg
Christel Küpper
Margarethe Lachmund
Dr. Armin Prinz zu Lippe
Prof. Wilhelm Mäler
Dr. Bodo Manstein
Prof. Katharina Petersen
Prof. Bertrand Russell
Martin Schröler
Prof. Dr. Johannes Ude
Prof. Dr. Dr. Fritz Wenzel
Prof. Dr. Ernst Wolf

Mit besten Grüßen!

Klaus Vack
(Klaus Vack)

ED 718-20-27

Horst Maurer

6000 Frankfurt 14, 19. 11. 62
Burgstr 47

Tel tags üb 20221/4317

Herrn
Richard KIRN

6000 Frankfurt W 13
Giuliettstr 17

Lieber Herr Kirn,

bezüglich unseres kürzlichen Telefonats betreffend Leserbrief nach FNP-Berichterstattung über OSTERMARSCH-Demonstration 30. 10. mußte ich heute leider erfahren, daß der angeregte Leserbrief in unserem Offenbacher Büro versiebt gegangen und nicht geschrieben worden ist. Schade.

- / Anbei 1 x PECE NEWS, London, mit SPIEGEL-story, zur Kenntnis.
- / Weiter 1 x KONTAKTE - bekommen Sie bzw. Ihr Sohn die eigentlich immer? Wenn nein und interessiert, bitte bei uns melden.

Vielen Dank für die weitere Bücher-Sendung, die Freund WINKLER übergeben wurde. Wir kommen wieder!

Noch etwas persönliches: können Sie mir zwei Exemplare FRANKFURT UND DIE DREI WILDEN JAHRE "besorgen", die ich als Weihnachtsgeschenke verwenden möchte?

Anlage

PN 1376
PN-Folder
KONTAKTE 11

+/- offic. Lias...

*Beste Grüße
Maurer*

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Manns

OSTBEREICH DER ATOMWAFFENGEGNER - KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
Zentraler Ausschuß, Geschäftsführung: Dr. Andreas Buro, München 55
Andreas-Vöst-Str. 5

An das
Kuratorium, den Zentralen Ausschuß
an die Regionalen- und Landesausschüsse
zur Weitergabe an die örtlichen Ausschüsse

17. November 1962
20.11.62 VHX

Betr.: Verschiebung der Lobby-Woche auf Ende Januar

Liebe Freunde!

Nach den Ereignissen der letzten Tage haben sich die Mitglieder des Arbeitsausschusses und des Zentralen Ausschusses übereinstimmend dafür ausgesprochen, die für Ende November geplante Lobby-Woche auf Ende Januar bis Anfang Februar zu verschieben. Die Gründe hierfür sind:

1. Durch die Kuba-Krise und die Spiegel-Aktion sind die örtlichen Gruppen außerordentlich belastet worden. Eine weitere Lobby-Arbeit im lokalen Bereich ist gerade in der jetzigen Situation wichtiger und verdient Vorrang vor einer Aktion in Bonn.
2. Im Augenblick ist die Position der Fraktionen in Bonn durch die nicht mehr abreißen lassen internen Auseinandersetzungen so ungewiß, daß die meisten Parlamentarier nicht bereit sein werden, sich auf ein Gespräch mit uns einzulassen.
3. In der gegenwärtigen innen- und außenpolitisch turbulenten Situation werden Meldungen über unsere Aktionen von der Presse gegenüber Berichten von anderen Ereignissen weitgehend zurückgestellt. Beispiel: Everyman III, über deren Ankunft und Verhalten vor Leningrad fast nicht berichtet wurde.

Der Arbeitsausschuß bittet daher die örtlichen Gruppen, ihre Arbeit in den nächsten Wochen auf die örtliche Lobby-Arbeit zu konzentrieren, da hier die größten Wirkungen im Augenblick erzielt werden können. Hierfür wird den Gruppen vom ZA zur Verfügung gestellt:

1. Text des Aufrufes zum OM 63 (Druck am besten durch die Regionalen oder Landes-Ausschüsse)
2. Flugblatt, das die Organisation, Arbeitsweise und Zielsetzung des OM beschreibt (Faltblatt DIN A 4, zu beziehen durch den ZA)
3. Kurzreferat über die Zielsetzungen des OM (vervielfältigt)
4. Argumente für Lobby-Aktionen von Dr. Arno Klönne (vervielfältigt).
5. Grundsätze

Diese Texte erhalten die Gruppen spätestens bis Ende November.

Zum Schluß noch: Bitte reservieren Sie sich einige Urlaubstage und bereiten Sie sich durch intensive Schulung auf die Lobby-Aktion in Bonn für den Anfang des nächsten Jahres vor, damit wir dann wirkungsvoll unsere Auffassung auch zur Vorbereitung des OM 63 vertreten können. Gelder, die speziell für die Lobby-Woche beim ZA eingegangen sind, werden für die Lobby-Aktion im Januar verwendet.

In der Anlage sende ich Ihnen einen Fragebogen für die Entleiher einer ausgezeichneten Dias-Ton-Serie über das Luftschutzproblem. Bitte machen Sie hiervon Gebrauch.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

gcz. Andreas Buro

ED 7/13 - 20 - 29

**Sie unterstützen
den
Ostermarsch
der
Atomwaffengegner:**

- Frank Allaun
- Günther Anders
- Pfarrer Andres
- Stefan Andres
- Prof. Bamberger
- Benjamin Brillon
- Hedwig Born
- Dr. Andreas Buro
- Donnherr Collins
- Dr. Helga Einsele
- Herbert Feller
- Pfarrer Farr
- Prof. Dr. Dr. Flechtheim
- Pfarrer Dr. Freudenberg
- Christian Geissler
- Prof. Dr. Gollwitzer
- Prof. Heckmann
- Prof. Heydorn
- Heinz Hilpert
- Pastor Jasper
- Prof. Dr. Joerges
- Dr. Robert Jungk
- Dr. Erich Kästner
- Dr. Fritz Katz
- Dr. Arno Klönne
- OKR Kloppenburg DD
- Prof. Koch
- Erich Kuby
- Christel Köppers
- Margarethe Lachmund
- Fritz Lamit
- Prof. Dr. Lenz
- Prinz zur Lippe
- Dr. Bodo Manstein
- Christian Meyer-Amery
- Prof. Dr. Dr. Meier
- Pastor Mochalsky
- D. Martin Niemöller
- Prof. Petersen
- Rudolf Rolfs
- Ursula Rütt
- Bertrand Russell
- Paul Schäfflick
- Dr. Hans Schenk
- Robert Scholl
- Prof. Dr. Schückin
- Herbert Stubenrauch
- Hans-Konrad Tempel
- Prof. Dr. Udo
- Klaus Vack
- Prof. Dr. Dr. Wenzel



Ostermarsch der Atomwaffengegner

Kampagne für Abrüstung

Wird es Krieg geben?

— und —

**Was können Sie für den
Frieden tun?**

Erklärung zur weltpolitischen Lage.

Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hess. Ausschuß

Verantwortlich: Klaus Vack, 606 Offenbach (Main), Postfach 648

Der Zentrale Ausschuß des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“ erklärte am 29. Oktober 1962 zur Cuba-Krise:

Die Krise um Cuba bewaist eindringlich, daß die auf der Androhung von Gewalt beruhende Politik der Militärmächte nicht in der Lage ist, mit den Problemen unserer Gegenwart in einer Weise fertig zu werden, die ein Überleben der Menschheit garantiert. Die Entwicklung ist an einem Punkt angekommen, an dem nurmehr eine grundsätzliche Änderung des politischen Verhaltens zu einer dauerhaften Entspannung führen kann. Wenn das lebensgefährliche Spiel der atomaren Politik nicht durch eine Politik der Vernunft ersetzt wird, die die totale Befriedung der Welt auf Grund einer gesicherten politischen Einigung der Völker erstrebt, wird die Katastrophe unausweichlich.

Angesichts der Cuba-Krise stellen wir fest und erkennen:

- daß sich die Bürger der Sowjetunion von den amerikanischen Militärstützpunkten und Raketenbasen in aller Welt mit Recht genau so bedroht fühlen, wie die Amerikaner durch den Bau der sowjetischen Raketenbasen auf Cuba,
- die weitgehende Verantwortlichkeit der USA für die heutige Situation in Cuba, die durch ihr Verhalten die Innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten dieses Landes außerordentlich erhöht hat,
daß die USA den kubanischen Vorschlag, die Insel völlig abzurüsten, wagt Amerika dafür eine Nichtangriffsgarantie übernimmt, zunächst abgelehnt haben und nach den Äußerungen maßgeblicher amerikanischer Politiker das Ziel verfolgen, die derzeitige kubanische Regierung zu stürzen,
- daß der Bau von Raketenbasen auf Cuba durch die Sowjetunion nicht in Einklang steht zu ihren sonstigen Erklärungen zum Frieden, die in ihren Vorschlägen für die vollständige Abrüstung und in den Verhandlungen des Kongresses für allgemeine Abrüstung und Frieden vorliegen.

In dieser Situation unterstützen wir gemeinsam mit unseren Freunden in aller Welt die Bemühungen um die Entschärfung der Situation, wie sie von den zwischen den Fronten stehenden Kräften der UNO, den neutralen Staaten und den unabhängigen Bewegungen für Abrüstung, deren hervorragendster Vertreter Nobelpreisträger Earl Bertrand Russell ist, ausgehen. Wir erkennen ihre Bemühungen an, eine Politik zu entwickeln, die Einplanung und Androhung der atomaren Vernichtung ganzer Völker ausschließt.

Wir erkennen aber auch die in letzter Minute gezeigte Kompromißbereitschaft des Präsidenten der USA und des sowjetischen Ministerpräsidenten. Sowohl die Nichtangriffsgarantie gegenüber Cuba durch die USA, wie auch die Bereitschaft der UdSSR, unter diesen Voraussetzungen die Raketenbasen in Cuba unter Aufsicht der UNO abzubauen, waren wir als einen Akt staatsmännlich-verantwortlichen Handelns.

Eine militärische Auseinandersetzung um Cuba zwischen den beiden Großmächten, würde nicht auf diesen Raum beschränkt bleiben. Deutschland, das an den Schnittpunkten der gegenseitigen Interessen liegt, müßte mit atomaren Vernichtungsschlägen rechnen. Es ist deshalb unverständlich, daß die Regierungen der deutschen Staaten keine positiven und nicht einseitigen Vorschläge zur Lösung der Krise ausarbeiten, sondern es bei Trauererklärungen gegenüber dem Westen bzw. dem Osten belassen.

Es ist unverständlich, daß die auf Mittel- und besonders Deutschland zukommenden Gefahren noch nicht die Bereitschaft gestärkt haben, die Verwirklichung der Pläne für das Auseinanderdrücken der Machtblöcke durch die Schaffung von atomaffen Entspannungszonen zu versuchen, wie sie der Rapack- und der Uden-Plan vorsehen.

Wir erwarten und verlangen von der Bundesregierung, daß sie durch eigene Initiativen im Sinne der Entspannung zur Lösung der Probleme beiträgt, statt den Abbau der demokratischen Rechte durch den Komplex der Notstandsgesetzgebung voranzutreiben, was zweifellos nur zu einer zusätzlichen verschärften Spannung in Mitteleuropa führen kann.

Eindringlicher denn je ergibt sich für den einzelnen Menschen und die Völker in ihrer Gesamtheit, daß sie die Entscheidung über Leben und Tod der Menschheit nicht allein ihren Regierungen überlassen können, sondern ihre vitalen Interessen demokratisch selbst vertreten müssen.

Wir fordern jeden einzelnen deutschen Bürger auf,

in diesem Augenblick der Gefährdung aus seiner Reserve herauszutreten und mit den neutralen und unabhängigen Gruppen, wie dem Ostermarsch der Atomwaffengegner und den in der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände zusammengeschlossenen Organisationen für eine Politik der Entspannung und Abrüstung einzutreten,

seine persönliche Stellungnahme, seinen zuständigen Bundes- und Kommunalpolitikern, der örtlichen Presse und dem Rundfunk mitzuteilen,

sich an örtlichen Diskussionen, Flugblattaktionen und Kundgebungen zu beteiligen.

Wir werden überall der lebensgefährlichen atomaren Politik eine Vernunftpolitik ohne Bombe entgegensetzen.

Sie unterstützen
den
Ostermarsch
der
Atomwaffengegner:

Frank Alloun
Günther Anders
Pfarrer Andres
Stefan Andres
Prof. Bamberger
Benjamin Brillion
Hedwig Born
Dr. Andreas Buro
Donherr Collins
Dr. Helga Fingele
Herbert Fallert
Pfarrer Farr
Prof. Dr. Dr. Flechtheim
Pfarrer Dr. Freudenberg
Christian Geissler
Prof. Dr. Gottwitzer
Prof. Heckmann
Prof. Heydem
Heinz Hilpert
Pastor Jasper
Prof. Dr. Joerger
Dr. Robert Jungk
Dr. Erich Kästner
Dr. Fritz Katz
Dr. Arno Klönne
OKR Kloppenburg DD
Prof. Koch
Erich Kuby
Christel Küppers
Margaretha Lachmund
Fritz Lamm
Prof. Dr. Lenz
Prinz zur Lippe
Dr. Bodo Manstein
Christian Meyer-Amery
Prof. Dr. Dr. Meier
Pastor Mochalsky
D. Martin Niemöller
Prof. Petersen
Rudolf Rolfs
Ursula Rött
Bertrand Ruppell
Paul Schallück
Dr. Hans Schenk
Robert Scholl
Prof. Dr. Schüdkin
Herbert Stubenrauch
Hans-Konrad Tempel
Prof. Dr. Ude
Klaus Vack
Prof. Dr. Dr. Wenzel



Ostermarsch der Atomwaffengegner

Kampagne für Abrüstung

Wird es Krieg geben?

— und —

Was können Sie für den
Frieden tun?

Erklärung zur weltpolitischen Lage.

Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hess. Ausschuß

Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main), Postfach 648

Der Zentrale Ausschuß des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“ erklärt am 29. Oktober 1962 zur Cuba-Krise:

Die Krise um Cuba beweist eindringlich, daß die auf der Androhung von Gewalt beruhende Politik der Militärmächte nicht in der Lage ist, mit den Problemen unserer Gegenwart in einer Weise fertig zu werden, die ein Überleben der Menschheit garantiert. Die Entwicklung ist an einem Punkt angekommen, an dem nurmehr eine grundsätzliche Änderung des politischen Verhaltens zu einer dauerhaften Entspannung führen kann. Wenn das lebensgefährliche Spiel der atomaren Politik nicht durch eine Politik der Vernunft ersetzt wird, die die totale Befriedung der Welt auf Grund einer gesicherten politischen Einigung der Völker anstrebt, wird die Katastrophe unausweichlich.

Angesichts der Cuba-Krise stellen wir fest und erkennen:

- daß sich die Bürger der Sowjetunion von den amerikanischen Militärstützpunkten und Raketenbasen in aller Welt mit Recht genau so bedroht fühlen, wie die Amerikaner durch den Bau der sowjetischen Raketenbasen auf Cuba,
- die weitgehende Verantwortlichkeit der USA für die heutige Situation in Cuba, die durch ihr Verhalten die Innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten dieses Landes außerordentlich erhöht hat,
daß die USA den cubenischen Vorschlag, die Insel völlig abzurüsten, wenn Amerika dafür eine Nichtangriffsgarantie übernimmt, zunächst abgelehnt haben und nach den Äußerungen maßgeblicher amerikanischer Politiker das Ziel verfolgen, die derzeitige cubanische Regierung zu stürzen,
- daß der Bau von Raketenbasen auf Cuba durch die Sowjetunion nicht in Einklang steht zu ihren sonstigen Erklärungen zum Frieden, die in ihren Vorschlägen für die vollständige Abrüstung und in den Verlautbarungen des Kongresses für allgemeine Abrüstung und Frieden vorliegen.

In dieser Situation unterstützen wir gemeinsam mit unseren Freunden in aller Welt die Bemühungen um die Entschärfung der Situation, wie sie von den zwischen den Fronten stehenden Kräften der UNO, den neutralen Staaten und den unabhängigen Bewegungen für Abrüstung, deren hervorragendster Vertreter Nobelpreisträger Earl Borsand Russell ist, ausgehen. Wir erkennen ihre Bemühungen an, eine Politik zu entwickeln, die Einplanung und Androhung der atomaren Vernichtung ganzer Völker ausschließt.

Wir erkennen aber auch die in letzter Minute gezeigte Kompromissbereitschaft des Präsidenten der USA und des sowjetischen Ministerpräsidenten. Sowohl die Nichtangriffsgarantie gegenüber Cuba durch die USA, wie auch die Bereitschaft der UdSSR, unter diesen Voraussetzungen die Raketenbasen in Cuba unter Aufsicht der UNO abzubauen, wozu wir als einen Akt staatsmännisch verantwortlichen Handelns.

Eine militärische Auseinandersetzung um Cuba zwischen den beiden Großmächten, würde nicht auf diesen Raum beschränkt bleiben. Deutschland, das an dem Schnittpunkt der gegenseitigen Interessen liegt, müßte mit atomaren Vernichtungsschlägen rechnen. Es ist deshalb unverstänlich, daß die Regierungen der deutschen Staaten keine positiven und nicht einseitigen Vorschläge zur Lösung der Krise ausarbeiten, sondern es bei Treueerklärungen gegenüber dem Westen bzw. dem Osten belassen.

Es ist unverstänlich, daß die auf Mitteleuropa und besonders Deutschland zukommenden Gefahren noch nicht die Bereitschaft gestärkt haben, die Verwirklichung der Pläne für das Auseinanderdrücken der Machtblöcke durch die Schaffung von atomwaffenfreien Entspannungszonen zu versuchen, wie sie der Respekt- und der Lindén-Plan vorsehen.

Wir erwarten und verlangen von der Bundesregierung, daß sie durch eigene Initiativen im Sinne der Entspannung zur Lösung der Probleme beiträgt, statt den Abbau der demokratischen Rechte durch den Komplex der Notstandsgesetzgebung voranzutreiben, was zweifellos nur zu einer zusätzlichen verschärften Spannung in Mitteleuropa führen kann.

Eindringlicher denn je ergibt sich für den einzelnen Menschen und die Völker in ihrer Gesamtheit, daß sie die Entscheidung über Leben und Tod der Menschheit nicht allein ihren Regierungen überlassen können, sondern ihre vitalen Interessen demokratisch selbst vertreten müssen.

Wir fordern jeden einzelnen deutschen Bürger auf,

in diesem Augenblick der Gefährdung aus seiner Reserve herauszutreten und mit den neutralen und unabhängigen Gruppen, wie dem Ostermarsch der Atomwaffengegner und den in der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände zusammengeschlossenen Organisationen für eine Politik der Entspannung und Abrüstung einzutreten,

seine persönliche Stellungnahme, seinen zuständigen Bundes- und Kommunalpolitikern, der örtlichen Presse und dem Rundfunk mitzuteilen,

sich an örtlichen Diskussionen, Flugblattaktionen und Kundgebungen zu beteiligen.

Wir werden überall der lebensgefährlichen atomaren Politik eine Vernunftpolitik ohne Dornen entgegensetzen.

ED 718-20-31

10.11.62

10.11.62

Lastschriftzettel Bl. 090

Konto Frankfurt (Main)

Nr. 2137 35

5 Deutsche Mark

Für OMA
in Offenbach

a) erhaltene
30 OM-Broschüren
1 OM-Nadel
6X (Rest) Bände



Bitte bei Einreichung an das Postamt jeder Lastschriftzettel über Anzahl und Inhalt anhängen

Den Rücksendungssender dieser Anzahl dem Auftraggeber

Material

am 11.10. 62

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

FCW

Neue Anschrift:
Dr. Andreas Buro, München 55
Andreas-Vöst-Str. 5, Tl. 19800

-0718-20-32
Ostermarsch
der
Atomwaffengegner

Martin
2. Inform.

Dr. Andreas Buro Braunschweig Röhfeld 8

ZENTRALER AUSSCHUSS Geschäftsführung Dr. Andreas Buro
Braunschweig
Röhfeld 8
Fernruf 2 66 88

Betrifft:

Lobby - Aktion



Postcheck

Hannover 330 045
Dr. Andreas Buro
Sonderkonto
Braunschweig

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

402

10. November 1962

13.11.62 VACK

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Ich danke Ihnen, daß Sie bereit sind, sich für einige Zeit an den Gesprächen der Lobby-Woche in Bonn vom 26. Nov. bis zum 1. Dezember zu beteiligen. Ich rechne fest mit Ihrer Teilnahme. Falls sich bei Ihnen in der Zwischenzeit noch Veränderungen ergeben haben, bitte ich Sie, mich sofort zu benachrichtigen.

In der Anlage erhalten Sie einige Unterlagen zur Vorbereitung der Lobby-Gespräche, und zwar:

1. Argumente für die Bonner Lobby-Woche
2. Zielsetzungen des Ostermarsches - Kurzfassung eines Referates
3. Die Kuba-Erklärung des Zentralen Ausschusses
4. Grundsätze des Ostermarsches
5. Bericht des Hessischen Ausschusses über den Ostermarsch.

In Kürze gebe ich Ihnen die Adresse unseres Lobby-Sekretariates in Bonn bekannt, von dem aus auch die Gesprächsaufforderungen an Parlamentarier, Regierungsvertreter, Botschaften, Parteien und andere Organisationen ausgehen werden.

Zum Abschluß noch eine Bitte. Wenn Sie in Ihrem Bekannten- und Mitarbeiterkreis noch Persönlichkeiten kennen, die Ihnen auf Grund ihrer unabhängigen Einstellung und ihres Wissens geeignet erscheinen bei der Lobby-Woche für den Ostermarsch mitzuwirken, fordern Sie sie bitte zur Teilnahme auf. Für eine entsprechende Unterrichtung wäre ich Ihnen dann dankbar.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr

gez. Andreas Buro

Bitte geben Sie uns
noch den genauen
Termin an, wann Sie
in Bonn sein werden.

19.11. AMANN: fällt aus!

Einige Argumente für's Bonner Lobby

Diejenigen Bürger, die im Ostermarsch mitarbeiten, haben die Absicht, einen Beitrag zur Verhinderung des Krieges und zur Sicherung des Friedens zu leisten.

Ausgangspunkt:

1. Wir unterstellen, daß wir in diesem Ziel - Verhinderung eines Atomkrieges - mit allen Politikern in der Bundesrepublik übereinstimmen.
2. Die allgemeine kontrollierte Abrüstung und Abschaffung der Atomwaffen ist auch von der Bundesregierung in Bonn gefordert, jedoch niemals energisch verfolgt und propagiert worden.
3. Wir unterstellen, daß die Mehrzahl aller Politiker, in Ost wie West, die Anwendung von Atomwaffen, die Führung eines Atomkrieges, für nicht vertretbar hält.

Denn:

- + durch einen Atomkrieg ist kein politisches Ziel mehr zu erreichen,
- + atomarer Krieg führt zwangsläufig auch zur Vernichtung jener Werte, um deren Bewahrung es geht.
- + Im Atomkrieg wird die herkömmliche Unterscheidung von Front und Heimat, von Kombattanten und Nicht-Kombattanten hinfällig,
- + auch die räumliche und zeitliche Eingrenzung der Kriegsfolgen wird äußerst fragwürdig;
- + der Atomkrieg läßt daher die traditionelle Lehre von "gerechten und "ungerechten" Kriegen nach den Kriterien eben dieser Lehre selbst nicht mehr zu. Von der UNO ist daher die Anwendung atomarer Waffen geächtet worden.

Die besondere Position des Ostermarsches

wird in dem Weg zur atomaren Abrüstung deutlich. Der Ostermarsch ist der Meinung, daß man auf die allgemeine atomare Abrüstung bis zum Sankt Nimmerleinstag warten kann, wenn nicht

- a) überall erste praktische Schritte zur Abrüstung hin getan werden, wobei ein gewisses Risiko für den Frieden in Kauf genommen werden muß.
- b) eine starke und unabhängige Bewegung in der öffentlichen Meinung Druck auf die Politiker in Ost und West ausübt, den Atomkrieg zu vermeiden und Verhandlungen über atomare Abrüstung ernsthaft aufzunehmen.

Zu a) Hier geht es insbesondere

- + um die Verhinderung der Ausdehnung atomarer Bewaffnung auf weitere Gebiete und Staaten und um die Schaffung atomwaffenfreier Zonen. In dieser Frage befinden wir uns offenbar im Gegensatz zur Politik der Bundesregierung. Das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West hängt jedoch keineswegs von deutschen oder deutsch-französischen Atomwaffen ab, ein Indiz hierfür ist schon das Zögern bzw. die Abneigung der USA gegenüber den Atomwaffenwünschen der Bundesregierung bzw. der westeuropäischen NATO.
- + Jede zusätzliche Atomrüstung in Nähe einer der beiden Großmächte bringt für das solcherart gerüstete Land nicht etwa mehr Sicherheit, sondern, im Gegenteil, katastrophale Unsicherheit, bringt außerdem erhöhtes Kriegerisiko für alle Welt. Das zeigte sich sehr deutlich am Fall Kuba.

- + daß baldige und konsequente atomare Abrüstung kaum noch möglich ist, wenn außer den Großmächten noch eine Anzahl weiterer Staaten Verfügung über Atomwaffen hat.

Zu b): Auch hier gibt der Fall Kuba ein gutes Beispiel. Zur Entschärfung der internationalen Spannungen in der Kubakrise haben ganz offensichtlich nicht zuletzt die Stellungnahmen der Blockfreien, des Papstes und des Weltkirchenrates und der unabhängigen Atomwaffengegner - international repräsentiert durch Bertrand Russell - beigetragen. Wir gehen davon aus, daß Kriege meist nicht durch einen vorbedachten und unabänderlichen Entschluß der höchsten Politiker, sondern viel eher durch gleitenden Übergang in eine dann nicht mehr zu kontrollierende Kriegsstimmung entstehen, der die Staatsmänner halb wider Willen oder gar gegen ihren Willen ausgeliefert sind. Deshalb ist es von außerordentlicher Bedeutung, wenn in Zeiten der atomaren Hochrüstung und insbesondere in Krisensituationen das internationale Klima durch derartige, zum Frieden drängende Stellungnahmen gemildert wird. Zudem ist ein solcher Druck der öffentlichen Meinung in friedlicher Richtung auch für die Beschleunigung der Abrüstungsverhandlungen mitentscheidend. Diese unabhängigen Stellungnahmen haben übrigens auch dort Auswirkungen, wo sie sich nicht direkt äußern können: in den Ostblockstaaten. Beispiel wiederum: der sowjetische Ministerpräsident kann heute schon an einer Stellungnahme z.B. Russells nicht einfach vorbeigehen.

Struktur des Ostermarsches - Unabhängigkeit

Es sollten einige Sätze zur Struktur unserer Bewegung gesagt werden. Der Ostermarsch hat seine Parole "Gegen Atomwaffen in Ost und West" konsequent durchgehalten: er hat sich jederzeit und unmißverständlich gewehrt, wenn seine unabhängige Stellungnahme zugunsten der einen oder anderen einseitigen Richtung verfälscht werden sollte. Wir haben gegen sowjetische Tests genauso scharf protestiert wie gegen Tests der USA. Mitglieder der internationalen Ostermarschbewegung haben mit gewaltlosen Mitteln ihren Protest gegen die Atomrüstung genau so in die UdSSR getragen wie in andere Staaten (San Franzisko-Moskau-Marsch). Auch die Zusammensetzung des Kuratoriums bürgt für diese politische Unabhängigkeit des Ostermarsches. Es gibt beim Ostermarsch keine Fremdfinanzierung, keine hauptamtlichen Kräfte, - der Ostermarsch ist eine von jeder Manipulation freie Initiative einzelner Bürger. Finanzen sind jederzeit kontrollierbar.

Ostermarsch und Demokratie

Abrüstung und Beseitigung des Krieges hängen eng mit der Verwirklichung der Menschenrechte und der Sicherung der demokratischen Formen zusammen. Der OM arbeitet daher auch für diese Ziele.

- + Atomare Abrüstung würde in kommunistischen Staaten eine Liberalisierung erleichtern;
- + würde in Entwicklungsländern durch Freiwerden materieller Möglichkeiten für eine großzügige wirtschaftliche Hilfe den sozialen Fortschritt fördern und damit den Weg zur Demokratie erleichtern;
- + würde schließlich auch in den parlamentarischen Demokratien den Abbau politischer Freiheiten, die zunehmend der Vorbereitung auf den Kriegsfall geopfert werden, verhindern.

Dr. Arno Klönne

Zielsetzung des Ostermarsches *

Dr. Andreas Buro

Zwei Wege - Die Aufgaben unserer Generation - Konsequenzen für den OM - Ostermarsch und andere Organisationen - Was muß der OM also tun?

Zum dritten Male sind in diesem Jahr in der Bundesrepublik Ostermärsche durchgeführt worden. Seit dem ersten Sternmarsch mit dem Ziel Bergen-Belsen haben sich die Teilnehmerzahlen ständig erhöht, und das Interesse an den Ostermärschen ist überall gewachsen. Der organisatorische Aufbau der Ostermarschgruppen hat uns in den vergangenen 3 Jahren voll beansprucht. Er ist, wenn auch nicht ganz, so doch in weitem Maße, inzwischen abgeschlossen worden.

Nach diesen Erfolgen unserer Arbeit ist es gut, wenn wir jetzt eine Bilanz machen und kritisch überlegen, auf welchen Wegen und mit welchen weiteren Mitteln wir die Ziele, die wir uns gesteckt haben, erreichen können. Diese Bilanz soll hier versucht werden:

Eines jedoch müssen wir uns zuvor ganz deutlich machen: Der Ostermarsch der Atomwaffengegner ist keine Vereinigung, die um der Menschen willen besteht, die da organisieren und marschieren!

Der Ostermarsch ist eine Aktionsgemeinschaft, die weit über das "Zu-Ostern-marschieren" hinausreicht. Er ist das Sammelbecken einer außerparlamentarischen Opposition, die erkannt hat, daß die gegenseitige kontinuierliche Bedrohung der großen Militärblocke nur zu einer Katastrophe führen, nicht aber zur Lösung der europäischen Probleme beitragen kann.

Wenn also der Ostermarsch seiner Aufgabe als dynamische Aktion gerecht werden soll, muß er nach außen wirksam sein und nicht nur der moralischen Rechtfertigung des einzelnen dienen. Er soll letztlich eine Wandlung des politischen Verhaltens der Regierung der Bundesrepublik herbeiführen und zusammen mit seinen internationalen Schwesterverbänden eine Wandlung der politischen Haltung aller Menschen und Regierungen zugunsten des Friedens erwirken.

* Kurzfassung des Referates am 30.6./1.7.1962 vor dem Zentralen Ausschuss

Institut

Archiv

Zwei Wege

Für den Ostermarsch scheinen mir zwei Wege prinzipiell denkbar. Einmal kann er versuchen, im Sinne einer Partei, die Macht zu ergreifen. Sein nächstes Ziel wäre es dann, wichtige Ämter zu besetzen und im parlamentarischen Bereich wirksam zu werden. Solche Machtergreifung auf dem Parteiwege ist nach dem Kriege bereits von verschiedenen oppositionellen Gruppen versucht worden. Sie ist bisher in jedem Falle gescheitert, da wichtige Voraussetzungen für die Parteiarbeit fehlten. Ich glaube daher, ohne näher auf diese Frage einzugehen, daß wir den Weg der Parteibildung und der Machtergreifung über eine Partei grundsätzlich aus unseren Betrachtungen über die OM-Arbeit ausschließen sollten.

Der zweite Weg besteht darin, daß wir meinungsbildend wirken, um dadurch einen Wechsel in der Politik zu erreichen. Dabei kann es nicht unsere Aufgabe sein, Menschen nur von anderen Organisationen fort und zu uns zu ziehen. Wir müssen vielmehr meinungsbildend in alle Parteien und Gruppierungen hineinwirken, um überall unsere Ideen durchzusetzen. Akzeptiert man diese Aufgabe - und ich glaube, daß dies die allgemeine Auffassung des OM ist-, so ist dem OM als Arbeitsfeld klar der außerparlamentarische Bereich zugewiesen. Das schließt natürlich nicht aus, daß unsere Ideen auch den politischen Parteien mit Nachdruck nahegebracht werden.

Die Aufgaben unserer Generation

Es klingt vielleicht etwas weit hergeholt. Aber wir sollten uns doch fragen, welches die Aufgaben unserer Generation sind? Wo haben wir unsere vitalen Interessen, und wofür müssen wir mit aller Kraft arbeiten?

Wir leben in dem Zeitalter der Bevölkerungsexplosion. Die steil anwachsende Kurve der Bevölkerungszunahme zeigt, daß im Laufe der nächsten 40 Jahre, das sind knapp zwei Generationen, die Zahl der Erdbewohner sich etwa verdoppelt. Um das Jahr 2000 werden auf der Erde 6 1/2 bis 7 Milliarden Menschen leben. Jetzt sind es ca. 3,5 Milliarden.

Die technischen, zivilisatorischen Aufgaben, die hierdurch entstehen, sind so ungeheuerlich, daß das weitere Leben der Menschheit nur durch eine Zusammenarbeit der Staaten und der Völker miteinander gesichert werden kann. Dies wird besonders eindringlich, wenn man sich vor Augen führt, in welchem Elend und unter welchen Schwierigkeiten die meisten Menschen heute noch leben. Mir scheint daher die wichtigste Aufgabe: Lebenssicherung der schnell anwachsenden Menschheit. Das Mittel zur Lösung dieser Aufgabe kann nur Zusammenarbeit der ganzen Erdbewölkerung sein. Rüstung und Krieg aber hindern die Zusammenarbeit. Die Rüstung schafft Mißtrauen, Grenzen, Interessensphären. Anstelle von Miteinander schafft sie ein Gegeneinander. Neben dem möglichen Krieg und seinen verheerenden Folgen bekämpfen wir daher die Rüstung, weil sie uns hindert, mit und für alle Menschen zu arbeiten.

Unserer Generation ist es vorbehalten, von den Regierungen in West und Ost die Verwirklichung einer weltweiten Zusammenarbeit der Völker zu erzwingen, zur Vorbereitung auf die Aufgaben, die auf die an Kopffzahl ständig wachsende Menschheit zukommen.

Konsequenzen für den Ostermarsch

Erkennen wir dies als die Aufgabe, so ergibt sich für den Ostermarsch folgende Konsequenz: Protest und Widerstand, die Worte, die bisher in der Antikriegs- und speziell Antiatomwaffenbewegung im Vordergrund gestanden haben, müssen in der Rangfolge hinter unser Ziel zurücktreten. Dann unser Widerstand wird erst sinnvoll, wenn er gegen alles, was uns an dem Erreichen des Zieles hindert, geleistet wird. Außerdem schließen sich Menschen auf die Dauer nicht einer Bewegung an, die nur gegen etwas antritt. Gerade die Vergangenheit der Antiatombewegung hat das deutlich erwiesen. Unser positives Ziel, unsere durchaus realistische Alternative ist das Entscheidende. Sie müssen wir herausstellen, damit die Kraft, der Mut und die schöpferische Phantasie des einzelnen herausgefordert und eingesetzt wird, wobei dann der Kampf gegen Kriegsrüstung und Massenvernichtungsmittel selbstverständlich ist.

Wie ist nun die Situation in Mitteleuropa? Das Spannungsfeld zwischen Ost und West ist in Europa am stärksten, und es stört von hier aus die Zusammenarbeit der Völker in der ganzen Welt. Erst eine Entspannung in Europa wird zu einer Entspannung in anderen Teilen der Welt führen. Wenn uns auch die Lage hier manchmal besonders verzweifelt zu sein scheint, so ist sie doch wiederum günstig, da viele Probleme hier unmittelbar sichtbar werden und weil Gesprächspartner bei uns leichter miteinander Berührung finden.

Als spezielle Aufgabe für den OM ergibt sich:

1. Zur Überwindung der Ost-West-Spannungen in Europa durch "Brückenbau" beizutragen. Dies bedeutet, daß wir eine europäische Lösung der Probleme suchen, wobei nicht eine klein-europäische Lösung, wie sie im Augenblick im westlichen Bereich zur Diskussion steht, gemeint ist. Wir müssen herausstellen, und dies ist ein begeisterndes Ziel, daß Europa nicht an der Elbe aufhört, und daß es trotz seiner augenblicklichen inneren Zwiespältigkeit eine geistige und kulturelle Einheit darstellt, die durch eine Zusammenarbeit der europäischen Völker über die trennenden politischen Systeme hinweg wieder lebendig und fruchtbar gemacht werden muß.

2. Der OM muß im internationalen Rahmen eintreten für die UNO als der Basis solcher weltweiten Zusammenarbeit, denn die UNO ist heute schon durch ihre Aufgabenstellung und ihre Statuten die Koordinationsstelle für Gesamtbestrebungen der Völker auf der Erde. Wir müssen ihre Vorschläge für Zusammenarbeit und Abrüstung aufgreifen und dafür in der Bundesrepublik werben. Bisher haben nur die Regierungen, aber noch nicht die Völker selbst die UNO zu ihrem Instrument gemacht. Die Regierungen aber haben die UNO nur respektiert und benutzt, wenn es gerade irgendeinem Einzelinteresse entsprach. Unsere Aufgabe ist es daher, die UNO so zu unterstützen, daß sie zu einem Anknüpfungspunkt weltweiter Zusammenarbeit wird.

Ostermarsch und andere Organisationen

All diese Aufgaben sind so groß, daß wir nicht erwarten dürfen, daß der OM allein sie bewältigen kann. Vielmehr hat er eine bestimmte Aufgabe im Rahmen der gesamten Arbeit zu übernehmen. Die Arbeitsaufgaben der verschiedenen Gruppierungen und Organisationen lassen sich in drei verschiedene Bereiche aufteilen, die sinnvoll von verschiedener Seite her bearbeitet werden müssen. Der erste Bereich ist der der speziellen Organisationen, die jeweils auf ihrem besonderen, eventuell fachlichen Gebiet, z.B. der christlichen Arbeit, der sozialistischen Unterrichtung oder der Kriegsdienstverweigerung neue Menschen für die Friedensarbeit und damit für den allgemeinen Gedanken der Zusammenarbeit der Völker werben. Diese Organisationen erschließen damit gleichsam neue Quellen für die gemeinsame Aufgabe.

Im zweiten Bereich fließen die Quellbäche, wenn ich das Bild fortentwickeln darf, zu einem See zusammen. Übertragen heißt dies, daß aus den verschiedenen Organisationen und Richtungen die Menschen zusammenkommen, um nun gemeinsam das allen gemeine Ziel weiterzuverfolgen. Sie bilden jetzt eine auch nach außen deutlich kenntliche Gemeinschaft. Dabei soll keine Nivellierung der Eigentümlichkeiten der Einzelgruppen erfolgen, sondern der Wille zur Zusammenarbeit auf das gemeinsame Ziel hin und das Bewußtsein, einer großen Gemeinschaft anzugehören, muß gefördert werden. Diese Funktion hat bisher der OM ausgeübt und sollte es auch weiterhin in verstärktem Maße tun. Die Aufgabe dieses Bereichs ist Willensbildung, Erkenntnis des gemeinsamen Zieles und Schaffung der geistigen Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. Das Schwergewicht der Tätigkeit liegt in der Meinungsbildung der Mitbürger durch Demonstration und Information.

Im dritten Bereich sollen konstruktive, positive Beispiele dafür gegeben werden, wie der einzelne oder wie Gruppen die Zusammenarbeit der Völker vorwärtstreiben oder den hierfür nötigen Druck auf ihre Regierungen ausüben können. Diese dritte höchste Ebene, auf der Kooperation und Entspannung gewissermaßen als Vorbild praktiziert werden, könnte vielleicht einmal von der Weltfriedensbrigade wahrgenommen werden, die im Januar dieses Jahres in Beirut gegründet worden ist, und die zur Zeit bereits eine Aktion in diesem Sinne in Zentralafrika durchführt. In diesem dritten Bezirk ist bisher noch zu wenig geplant oder unternommen worden, hier liegen alle Leistungen noch vor uns.

Was muß der OM also tun?

Diese Frage macht 3 Einzelfragen nötig, und zwar:
wie sollen wir arbeiten? Welche Voraussetzungen müssen wir uns schaffen? Wofür treten wir ein?

Wie sollen wir arbeiten?

- + Wissen: Verbreitung sachlicher Argumente und Tatsachen durch Seminare und kurze, flugblattartige Schriften.
- + Lobby: Unterrichtung der maßgeblichen Persönlichkeiten und Organisationen sowohl in einzelnen Orten als auch auf Länder- und Bundesebene, über die Ziele und Haltung des OM, durch systematische Information und durch zielstrebige Herstellung persönlicher Kontakte.
- + Aktionen: Gut vorbereitete und qualitativ eindrucksvolle Aktionen sollen uns zwischen den Ostermärschen Gehör erzwingen.
- + Gespräch: Durch dynamische Aufsätze muß versucht werden, in Zeitschriften eine echte Auseinandersetzung über die Möglichkeiten unserer Arbeit und die Verwirklichung unserer Ziele in Gang zu bringen.

Welche Voraussetzungen müssen wir uns schaffen?

- + Unsere Neutralität im Kalten Kriege und zwischen den Parteien muß überall sichtbar und bekannt werden, um so das Verhandensein einer echten Arbeitsbasis für die Zusammenarbeit unter Beweis zu stellen. Dazu gehört es auch, klar zu machen, daß der OM weder speziell für eine sozialistische noch für eine kapitalistische Wirtschaftsform kämpft. Vielmehr vertritt er die Überzeugung, daß ein menschenwürdiges Dasein unter allen Wirtschaftsformen möglich ist, in denen die Menschenrechte, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen dargestellt sind, respektiert werden, und daß die Zusammenarbeit zwischen den Staaten mit sozialistischer oder kapitalistischer Wirtschaftsstruktur erreicht werden kann.
- + Freiheit: Zusammen mit unserem Symbol der internationalen unabhängigen Atomwaffengegner müssen wir in West und Ost und besonders den Bürgern der Bundesrepublik glaubhaft machen, daß der OM, ebenso wie er gegen jede totalitäre Bedrohung durch die Massenvernichtungsmittel eintritt, sich auch niemals mit rassistischem und politischem Terror abfinden wird. Die echte Freiheit der Person, die weder als Erlaubnis zum sozialen Mißbrauch des Eigentums, noch als "Nur-Übereinstimmung mit dem Staat" mißdeutet werden kann, gilt im OM als wesentliche Grundhaltung.
- + Grundgesetz und Charta der Menschenrechte: Der OM muß überall klar zum Ausdruck bringen und glaubhaft machen, daß seine Bemühungen auf der Präambel des Grundgesetzes beruhen, nach welchem das Deutsche Volk dem Frieden der Welt dienen will. Ebenso muß herausgestellt werden, daß die Charta der Menschenrechte der Vereinten Nationen für uns bindenden Charakter hat, und daß wir diese daher absolut und nicht wie viele Regierungen jeweils nur nach taktischem Gutdünken respektieren.
- + Zur Entwicklung der weltweiten Zusammenarbeit wird der OM zu allen Menschen und Organisationen mit gleichen Zielen in allen Teilen der Welt Verbindung aufnehmen und pflegen. Er wird alles tun, um diese Kräfte zu einer großen Gemeinschaft zusammenzuschließen.

Wofür treten wir ein?

- + Lebenssicherung: Die junge Generation will das Leben der schnell anwachsenden Menschheit sichern. Dies ist nur in einem Miteinander der Völker möglich, nicht in einem Gegeneinander. Wir fordern daher die Zusammenarbeit der Völker.
- + Das durch Wettrüsten und atomare Bedrohung entstandene Mißtrauen hat bisher die Zusammenarbeit verhindert. Wir wollen daher das Wettrüsten beseitigen und die atomare Bedrohung beenden, um dadurch die Zusammenarbeit der Völker zur Sicherung ihres Lebens zu ermöglichen.
- + Für Europa verlangen wir eine Zusammenarbeit über den eisernen Vorhang hinweg, um auf lange Sicht durch eine Annäherung der Völker zu einer wirklich dauerhaften großeuropäischen Lösung zu gelangen.

- * Für die UNO fordern wir die Unterstützung der Regierungen und Völker der Erde, um aus ihr ein wirkliches Instrument der weltweiten Zusammenarbeit und Konfliktlösung zu machen, damit die Gewalt und der Krieg als Mittel der Politik aus der Welt verschwinden. Der OM selbst wird eng mit der UNO zusammenarbeiten und ihre Beschlüsse und Auffassungen auf nationaler Ebene vertreten.

Stellt der Ostermarsch sich mit dynamischer Kraft auf diese Ziele ein und vertritt er sie zusammen mit seinen Freunden in der ganzen Welt, so repräsentiert er gleichzeitig die Jugend von morgen, die wie der OM verantwortlich im Weltraßstab denken und handeln wird.

ED 748-20-37

Sie unterstützen
den
Ostermarsch
der
Atomwaffengegner:



Ostermarsch der Atomwaffengegner

Kampagne für Abrüstung

- Frank Aillaun
- Günther Anders
- Pfarrer Andres
- Stefan Andros
- Prof. Bamberger
- Benjamin Britten
- Hedwig Born
- Dr. Andreas Buro
- Domherr Collins
- Dr. Helga Einsale
- Herbert Faller
- Pfarrer Farr
- Prof. Dr. Dr. Fleckheim
- Pfarrer Dr. Freudenberg
- Christian Gaisler
- Prof. Dr. Golwitzer
- Prof. Heckmann
- Prof. Heydom
- Helix Hilpert
- Pastor Jasper
- Prof. Dr. Joerger
- Dr. Robert Jungk
- Dr. Erich Kästner
- Dr. Fritz Katz
- Dr. Arno Klönne
- OKR Kloppenburg DD
- Prof. Koch
- Erich Kuby
- Christel Küppers
- Margarethe Lachmund
- Fritz Lemm
- Prof. Dr. Lanz
- Prinz zur Lippe
- Dr. Bodo Menstein
- Christian Mayer-Arnay
- Prof. Dr. Dr. Meier
- Pastor Mochalsky
- D. Martin Niemöller
- Prof. Petersen
- Rudolf Rolfs
- Ursula Rütt
- Bertrand Russell
- Paul Schallück
- Dr. Hans Schenk
- Robert Schöll
- Prof. Dr. Schückin
- Herbert Stübenrauch
- Hans-Konrad Tempel
- Prof. Dr. Ude
- Klaus Vack
- Prof. Dr. Dr. Wenzel

Wir sind gewarnt!

— und —

**Was können Sie für den
Frieden tun?**

Erklärung zur weltpolitischen Lage.

Ostermarsch der Atomwaffengegner, Zentr. Aussch.

Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main), Postfach 648

Der Zentrale Ausschuß des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“ erklärte am 29. Oktober 1962 zur Cuba-Krise:

Die Krise um Cuba beweist eindringlich, daß die auf der Androhung von Gewalt beruhende Politik der Militärmächte nicht in der Lage ist, mit den Problemen unserer Gegenwart in einer Weise fertig zu werden, die ein Überleben der Menschheit garantiert. Die Entwicklung ist an einem Punkt angekommen, an dem nurmehr eine grundsätzliche Änderung des politischen Verhaltens zu einer dauerhaften Entspannung führen kann. Wenn das lebensgefährliche Spiel der atomaren Politik nicht durch eine Politik der Vernunft ersetzt wird, die die totale Befriedung der Welt auf Grund einer gesicherten politischen Einigung der Völker anstrebt, wird die Katastrophe unausweichlich.

Angesichts der Cuba-Krise stellen wir fest und erkennen:

- daß sich die Bürger der Sowjetunion von den amerikanischen Militärlagerpunkten und Raketenbasen in aller Welt mit Recht genau so bedroht fühlen, wie die Amerikaner durch den Bau der sowjetischen Raketenbasen auf Cuba,
- die weitgehende Verantwortlichkeit der USA für die heutige Situation in Cuba, die durch ihr Verhalten die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten dieses Landes außerordentlich erhöht hat,
- daß die USA den cubanischen Vorschlag, die Insel völlig abzurüsten, wenn Amerika dafür eine Nichtangriffsgarantie übernimmt, zunächst abgelehnt haben und nach den Äußerungen maßgeblicher amerikanischer Politiker das Ziel verfolgen, die derzeitige cubanische Regierung zu stürzen,
- daß der Bau von Raketenbasen auf Cuba durch die Sowjetunion nicht in Einklang steht zu ihren sonstigen Erklärungen zum Frieden, die in ihren Vorschlägen für die vollständige Abrüstung und in den Verlautbarungen des Kongresses für allgemeine Abrüstung und Frieden vorliegen.

In dieser Situation unterstützen wir gemeinsam mit unseren Freunden in aller Welt die Bemühungen um die Entschärfung der Situation, wie sie von den zwischen den Fronten stehenden Kräften der UNO, den neutralen Staaten und den unabhängigen Bewegungen für Abrüstung, deren hervorragendster Vertreter Nobelpreisträger Earl Bertrand Russell ist, ausgehen. Wir erkennen ihre Bemühungen an, eine Politik zu entwickeln, die die Einplanung und Androhung der atomaren Vernichtung ganzer Völker ausschließt.

Wir erkennen aber auch die in letzter Minute gezeigte Kompromißbereitschaft des Präsidenten der USA und des sowjetischen Ministerpräsidenten. Sowohl die Nichtangriffsgarantie gegenüber Cuba durch die USA, wie auch die Bereitschaft der UdSSR, unter diesen Voraussetzungen die Raketenbasen in Cuba unter Aufsicht der UNO abzubauen, werten wir als einen Akt staatsmännlich-verantwortlichen Handelns.

Eine militärische Auseinandersetzung um Cuba zwischen den beiden Großmächten, würde nicht auf diesen zum beschränkt bleiben. Deutschland, das an den Scheitelpunkten der gegenseitigen Interessen liegt, müßte atomaren Vernichtungsschlägen rechnen. Es ist deshalb unverständlich, daß die Regierungen der deutschen Staaten keine positiven und nicht einseitigen Vorschläge zur Lösung der Krise ausarbeiten, sondern es bei Treueerklärungen gegenüber dem Westen bzw. dem Osten belassen.

Es ist unverständlich, daß die auf Mitteleuropa und besonders Deutschland zukommenden Gefahren noch nicht die Bereitschaft gestärkt haben, die Verwirklichung der Pläne für das Auseinanderdrücken der Machtblöcke durch die Schaffung von atomaffenfreien Spannungszonen zu versuchen, wie sie der Repack- und der Udén-Plan vorsehen.

Wir erwarten und verlangen von der Bundesregierung, daß sie durch eigene Initiativen im Sinne der Entspannung zur Lösung der Probleme beiträgt, statt den Abbau der demokratischen Rechte durch den Komplex der Notstandsgesetzgebung voranzutreiben, was zweifellos nur zu einer zusätzlichen verschärften Spannung in Mitteleuropa führen kann.

Eindringlicher denn je ergibt sich für den einzelnen Menschen und die Völker in ihrer Gesamtheit, daß sie die Entscheidung über Leben und Tod der Menschheit nicht allein ihren Regierungen überlassen können, sondern ihre vitalen Interessen demokratisch selbst vertreten müssen.

Wir fordern jeden einzelnen deutschen Bürger auf,

in diesem Augenblick der Gefährdung aus seiner Reserve herauszutreten und mit den neutralen und unabhängigen Gruppen, wie dem Ostermarsch der Atomwaffengegner und dem in der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände zusammengeschlossenen Organisationen für eine Politik der Entspannung und Abrüstung einzutreten,

seine persönliche Stellungnahme, seinen zuständigen Bundes- und Kommunalpolitikern, der örtlichen Presse und dem Rundfunk mitzuteilen,

sich an örtlichen Diskussionen, Flugblattaktionen und Kundgebungen zu beteiligen.

Wir werden überall der lebensgefährlichen atomaren Politik eine Vernunftpolitik ohne Bombe entgegenstellen.

Grundsätze des Ostermarsches der Atomwaffengegner

Die politischen Erfahrungen der Ostermarsch-Organisatoren in den vergangenen zwei Jahren haben gezeigt, daß die Absichten dieser Aktionen aus den verschiedensten Gründen nach dieser oder jener Seite hin missgedeutet wurden — und zwar nicht nur von unseren Gegnern, sondern auch von unseren Freunden. Um dieser Gefahr für die Zukunft zu begegnen und um damit zugleich zu größtmöglicher politischer Zielsetzung zu kommen, soll im folgenden eine ganz einfache, unmißverständliche Darstellung der Zielsetzung und der organisatorischen Struktur des Ostermarsches gegeben werden, in der alle hergebrachte Gesichtspunkte mit neuen verbunden sind. Diese Grundsätze sind vom Zentralen Ausschuß auf seiner Sitzung am 14./15. Oktober 1961 in Kassel gebilligt worden. Sie sind daher für die weitere Arbeit des Ostermarsches verbindlich.

Zur Zielsetzung der Ostermarsch-Arbeit

A. Allgemeine Zielsetzung

1. „Widerstand gegen Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in West und Ost“

Dies bedeutet:

- Unter „Atomwaffen jeder Art“ sind z. B. alle atomare Massenvernichtungsmittel auf atomarer Basis zu verstehen, Flugabwehrgeschosse mit Atomsprenkopf ebenso wie Atomraketen und Wasserstoffbomben. Logischerweise gehören dazu auch z. B. Wasserstoffbomben, die zwar ohne atomaren Sprengkopf einsetzbar sind, aber speziell für den Atomkrieg konstruiert worden sind. Drittens schließt dieser Begriff alle Massenvernichtungsmittel ein, die den genannten entsprechen, seien es chemische, bakteriologische oder herkömmliche Waffen, und zwar viertens nicht nur in Zustand der Anwendung, sondern auch der Konstruktion, Herstellung, Erprobung und Lagerung.

- Unter „Atomwaffen jeder Nation“ sind die Massenvernichtungsmittel aller Nationen und Staatengruppen oder Partysysteme zu verstehen. Dieser Begriff schließt also die Massenvernichtungsmittel der UdSSR und des Warschauer Paktes ebenso ein wie die der USA und der NATO oder wie die Frankreichs oder Chinas. Der Zusatz „in West und Ost“ dient lediglich nur der Verdeutlichung und Verstärkung.

- Unter „Widerstand gegen Atomwaffen“ ist erstens die uneingeschränkte Verneinung von Massenvernichtungsmitteln durch aktive Maßnahmen von einzelnen oder Gruppen in Tat, Wort, Bild und Schrift im Rahmen des Grundgesetzes und der Charta der Menschenrechte der UNO zu verstehen. Dazu gehören z. B. auch:

die Absicht, politischen Einfluß zu erlangen und das Gewissen der Staatsbürger zu schärfen, der Wille, alle Handlungen zu verweigern, die der Konstruktion, Herstellung, Erprobung, Lagerung und Vorbereitung der Anwendung von Massenvernichtungsmitteln dienen, und andere Forderungen, dasselbe zu tun, die Entschlossenheit, sich keinen Druck — weder durch Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Wirtschaftskreise noch durch Behörden und Presse — zu lassen, der darauf zielt, uns von unserem Widerstand abzubringen oder abzuhalten.

2. Wir begründen unseren Widerstand wie folgt:

Wir sehen uns vor unserem Gewissen verpflichtet, mit allen uns zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln jede Politik der Gewalt (deren höchstes Zeichen die Atom-bomben darstellt) zu bekämpfen, weil durch sie nicht nur die Menschheit schrecklich in ihrem Bestand gefährdet ist, sondern auch der einzelne Mensch auf Grund der Menschenverachtung der Regierungen entmündigt und entwürdigt wird.

- „Die Menschheit ist in ihrem Bestand gefährdet!“ Diese Feststellung haben die bedeutendsten Physiker und Biologen bei der Machtübertragung aller Verhandlungen der Politiker unmißverständlich ausgesprochen. Sie bedeutet, daß die Menschheit allein bei der Fortführung der atomaren Tests unbeschützbar Gesundheits-schädigungen ausgesetzt ist und sich auch ohne kriegerische Auseinandersetzung am Rande der Selbstvernichtung befindet. Ein atomarer Krieg würde sogar noch der Meinung von Militärsachverständigen die totale Zerstörung ganzer Staatengruppen, wenn nicht ganzer Erdteile bewirken.

- „Der einzelne Mensch wird auf Grund der Menschenverachtung der Regierungen entmündigt und entwürdigt“.

Erstens: Regierungen in West und Ost, die Atomwaffen zum Mittel internationaler Politik machen, machen Wollen oder als Mittel behandeln wollen, handeln unmenschlich; sie offenbaren, daß ihre politischen Prinzipien, wie immer sie diese nach außen deklarieren, nicht die Billigkeit und die Würde des Menschen resp. derer, da sie den Tod von Millionen von Menschen als Mittel zur Erreichung ihrer politischen Ziele einkalkulieren. Eine Wasserstoffbombe kann bei „Günstigkeit“ eine Gebiet von 200 km Länge und 50 km Breite total zerstören, so daß das Leben sämtlicher Einwohner von Moskau mit einer einzigen Bombe ebenso ausgelöscht werden kann wie das Leben sämtlicher Bewohner von London, also jeweils mehr als 6 Mill. Mensch. Nach einhaltigen wissenschaftlichen Aussagen gibt es keinen wirkungsvollen Schutz gegen eine solche Vernichtungsbombe. Wer trotzdem die Möglichkeit eines atomaren Krieges bewußt in Kauf nimmt, handelt in Menschenverachtung.

Zweitens: die tatsächliche Anwendung von Atomwaffen unterscheidet sich wesentlich von der Anwendung herkömmlicher Komplexität:

- Das Ausmaß der Vernichtung ist nicht mehr vorstellbar. Eine Honest-John-Rakete hat die Zerstörungskraft der Hiroshima-Bombe (unmittelbare Wirkung 34.000 Tote); eine Nike-Flugabwehr-Rakete kann ein ganzes Geschwader (750 Flugzeuge) in der Luft zerstören.

- Die Wirkung der Vernichtung ist nicht mehr kontrollierbar. Weder die unmittelbare Explosionskraft, noch die Druckwelle sind exakt voraussehbar. Die radioaktive Strahlung und der später einsetzende radioaktive Staubfall können überhaupt nicht gesteuert werden.

- Der Ort der Vernichtung ist nicht mehr überschaubar. Die akute Vernichtung ist nicht im Augenblick der Explosion zu Ende. Strahlenschäden können noch Tage Jahren auftreten. Die Verantwortung für die Anwendung

solcher Instrumente kann kein Mensch mit vollem Bewusstsein tragen. Wer kleinere oder größere Atomwaffen anwenden oder sich auf deren Anwendung vorbereiten soll, ist moralisch überfordert. Wer ihn trotzdem dazu anhält, entmündigt und entwürdigt ihn. Somit ist der Mensch bereits vor der faktischen Anwendung in seinem Menschsein gefährdet.

5. Wir erkennen, daß militärisches, mit der atomaren Massenverichtung reichendes Gewaltdenken und eine undemokratische und totalitäre Entwicklung eng miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig stützen und fördern. Daher gilt: „Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie“, eine Absege an politischen Terror und totalitäre Bezoehung. Wir widersetzen uns insbesondere jeder Behinderung unseres Protestes gegen die atomare Bewaffnung in West und Ost.

B. Konkrete politische Zielsetzung

1. Die Bundesrepublik soll an ihrem Platz aßez sein, damit eine Welt ohne Furcht

und Haß, ohne Krieg und Unterdrückung entsteht. Die Bundesrepublik soll daher konkrete Vorschläge zur Entspannung und Abrüstung ausarbeiten und propagieren. Sie soll den Willen zu Verhandlungen aufbringen, in denen die Bereitschaft zu einer verlässlichen und auch für ihre Nachbarn annehmbaren Politik zum Ausdruck kommt.

2. Wir fordern den Verzicht auf jegliche militärische Verwendung der Atomenergie in Ost und West und appellieren mit unserem Menschen an unsere Bundesregierung, durch Verzicht auf eine atomare Aufrüstung mit gutem Beispiel vorzugehen. Insbesondere verlangen wir:
- Sofortige und endgültige Einstellung aller Kernwaffenversuche
 - Verzicht auf weitläufige Produktionen von Kernwaffen
 - Verhandlungen über die Bildung atomarwaffenfreier Zonen
 - Allgemeine kontrollierte Abrüstung und Abschaffung aller vorhandenen Kernwaffen

Zur Struktur der Ostermarsch-Arbeit

A. Die Ebene des Widerstandes

1. Die Grundform unseres gemeinsamen Widerstandes ist der öffentliche Protest gegen Atomwaffen. Die Grundform unseres individuellen Widerstandes ist die Ablehnung jeder unmittelbaren Dienstleistung zugunsten der atomaren Bewaffnung.
2. Der gemeinsame Widerstand findet regelmäßig Ausdruck in den Ostermärschen, die zu Ostern jeden Jahres, im allgemeinen als Stummmärsche, die verschiedenen Atomwaffengegner zu etwa fünf Demonstrationsgruppen veranlassen.
3. Andere Aktionen werden je nach den politischen Gegebenheiten auf örtlicher oder auf Bundesebene durchgeführt.
4. Die Grundbedingungen für alle Widerstandsaktionen lauten:
 - Jeder gemeinsame Protest findet grundsätzlich auf verfassungsmäßiger Basis statt.
 - Jeder gemeinsame Protest ist grundsätzlich ein Protest von Einzelnen, nicht von Organisationen. Die Namen der unterstützenden Organisationen treten nur in Ausnahmefällen, die der ZA feststellt, in Erscheinung.
 - Jeder gemeinsame Protest findet im allgemeinen auf Massenbasis statt.
 - Jeder gemeinsame Protest repräsentiert die Gesamtheit der Internationalen, unabhängigen Atomwaffengegner.

B. Die organisatorische Form

1. Der OM ist keine Mitglieder-Bewegung, sondern stellt eine lockere Aktionseinheit von gleichgesinnten Staatsbürgern dar.
2. Unabhängige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bilden zum Zweck der äußeren Repräsentation des Kuratoriums und bürgen mit ihrem Namen für die politische Unabhängigkeit des Ostermarsches.
3. Das Führungsgremium auf Bundesebene ist der Zentrale Ausschuss (ZA). Zu seinen Sitzungen werden die Kuratoren eingeladen. Sie sind im ZA stimmberechtigt. Der ZA setzt sich zusammen aus:
 - dem Sprecher und dem Geschäftsführer
 - je drei Vertretern der Regionalen Ausschüsse
 - je einem Vertreter der unterstützenden Organisationen und Institutionen.Die Aufgaben des ZA sind:
 - Festlegung der politischen Linie (u. a. für Reden, Slogans, Flugblätter)

Festlegung der Richtlinien für die organisatorische Planung

Vertretung des Interesses auf Bundesebene

Administration durch Einrichtung einer Geschäftsstelle

Der ZA wählt aus seiner Mitte den Sprecher und den Geschäftsführer, sowie weitere 5 Personen für den Arbeitsausschuß. Diese 5 Personen, der Sprecher und der Geschäftsführer sind der Arbeitsausschuß.

4. Der Arbeitsausschuß (AA) bearbeitet die zentralen Aufgaben im Auftrage des ZA. Die Mitglieder des AA erhalten einzelne Aufgabengebiete, die sie in enger Führungnahme miteinander bearbeiten. Der Geschäftsführer wird von den AA-Mitgliedern über ihre Tätigkeit auf dem laufenden gehalten.

Wichtige Entscheidungen im Rahmen seiner Kompetenzen trifft der AA gemeinsam. Der Sprecher des ZA ist auch Vorsitzender des AA.

5. Die praktische organisatorische Arbeit leisten die örtlichen Ausschüsse, die Landesausschüsse und die Regionalen Ausschüsse.

Von ihnen kommen die Anregungen für die künftige gemeinsame Arbeit.

Sie arbeiten selbständig und aus eigener Initiative, sind aber im Interesse der einheitlichen politischen Wirkung an diese Erklärung und an die Beschlüsse des ZA gebunden.

In sämtlichen Planungen berücksichtigen sie die Bedürfnisse der anderen regionalen Marschgruppen und bleiben allen deutschen Atomwaffengegnern verpflichtet.

6. Dem Auftrag für die Vorbereitung und Durchführung von Aktionen erhalten die verantwortlichen Organisationen von keiner Instanz als dem eigenen Gewissen. Sie sind deshalb nicht vor irgendwelchem fremden Gremium für diese Arbeit wählbar. Ausgenommen die Vertreter der Organisationen im ZA oder absetzbar.
7. Die Arbeit des OM wird unter dem Zeichen der internationalen Atomwaffengegner geführt.

**OSTERMARSH DER ATOMWAFFENGEGNER
Zentraler Ausschuss**

Geschäftsführung: Dr. Andreas Baro, 8 München 55, Andreas-Voest-Strasse 5, Telefon 1 98 80
Verantwortlich: Hans-Konrad Tempel, 207 Ahrensburg, Manhegauer Allee 33

Druck: Göttinger Druckerei- u. Verlagsgesellschaft mbH., Göttingen, Maxamühlweg 8/16

Protokoll

der Versammlung des Hessischen Ostermarschausschusses am 5.11.1962
in Frankfurt/M. 13.11.62

Anwesend: Vack, Halberstadt, Pfarrer Farr, Pfarrer Andres, Dr. Schenk,
Hagedorn, Burbach, Winkler, Maurer, Großmann, Faller, Anand
als Gäste: Arlt, Malkomes, Tuschy

Tagesordnung:

1. Berichte
 - a) vergangene Arbeit
 - b) Kasse
 - c) Revision
2. Entlastung des Vorstandes
3. Evtl. Aufnahme neuer Mitglieder
4. Wahlen (wurde auf die nächste Sitzung vertagt!)
5. Zukünftige Veranstaltungen
6. Ostermarsch 1963
7. Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO:

a) Klaus Vack berichtet über die verschiedenen Schwerpunkte der letzten Monate:

Am 6. August fanden in vielen Orten Veranstaltungen und Mahnwachen zum Hiroshimatag statt. Von der Geschäftsstelle wurden an die örtlichen Ausschüsse aus diesem Anlaß rund 50.000 Flugblätter gegeben.

Die Veranstaltung zum 1. September in Frankfurt brachte eine Fortsetzung der Behinderung durch die Polizeiverwaltung. Es wurde der Römer als Kundgebungsort versagt, die Benutzung einer Lautsprecheranlage verboten und schließlich die Vorlage der Transparente beim Polizeipräsidium zur Auflage gemacht. Dieser letzten Auflage ist die Geschäftsstelle nicht nachgekommen. Sie hat schärfstens gegen diese Maßnahme protestiert und einen Widerspruch gegen das Lautsprecherverbot eingelegt. Eine Entscheidung ist bis heute nicht gefällt. Eine Behinderung während des Demonstrationzuges durch die ausführenden Polizeiorgane erfolgte nicht. Rechtsanwalt Kinast hat in diesem Zusammenhang empfohlen, eine Verwaltungs-klage gegen das wiederholte Verbot auf Benutzung einer Lautsprecheranlage einzuleiten. Der Hessische Ausschuss stimmt diesem Verfahren einstimmig zu.

Zur Kuba-Krise wurde am 30. 10. 1962 ein Demonstrationzug durchgeführt. Hierbei zeigte sich, daß der Ostermarsch im Grunde recht schwerfällig ist. Es vergehen mindestens 6 Tage von der Anmeldung bis zur Durchführung einer Veranstaltung.

Die Hinzunahme von zwei Slogans über die SPIEGEL-Affäre hat sich vor allem positiv in der FRANKFURTER RUNDSCHAU ausgewirkt. Auch bei dieser Veranstaltung hatte die Polizei die Lautsprecheranlage verboten und die Route beachtlich geändert und gekürzt.

In der anschließenden Diskussion wird vorgeschlagen, ein Kuriersystem aufzubauen, durch das eine schnelle Information der Interessenten erfolgen soll.

Die Ostermarsch-Schrift ist bei den Interessenten gut angekommen und wird laufend bei der Geschäftsstelle bestellt.

Heinz Großmann schlägt vor, die Flugblätter zu normieren und damit bessere graphische Gestaltung und schnellere Herstellung durch Stehsatz zu erreichen.

Heiner Halberstadt erläutert kurz die Gründe seiner Neubeschäftigung bei der Stadt Frankfurt ab 1. 1. 1963.

b) und c) Kassen und Revisionsbericht liegen diesem Protokoll bei.
Gisela Burbach wird für den ausgetretenen Reinhard Göpfert für das abgelaufene Rechnungsjahr zum Revisor gewählt.

Zu Punkt 2 der TO:

Auf Antrag der Revision wird dem Geschäftsführer und seinem Stellvertreter für die Kassenführung einstimmig Entlastung erteilt.

Zu Punkt 3 der TO:

Fritz Vilmar, Frankfurt (Arbeitskreis der Frankfurter Friedensverbände) wird nach eingehender Diskussion bei einer Enthaltung als Mitglied aufgenommen.

Gunnar Tuschy, Frankfurt (Arbeitskreis gegen Atomrüstung an der UNI) wird als beratender Mitarbeiter zu allen künftigen Sitzungen eingeladen. Eine spätere Aufnahme als Vollmitglied ist vorgesehen.

Zu Punkt 4 der TO:

Dieser Punkt wird auf die nächste Sitzung vertagt.

Zu Punkt 5 der TO:

Heiner Halberstadt berichtet über die vorgesehene Lobby-Woche in Bonn. Es war vorgesehen mit den Abgeordneten, den ausländischen Botschaften und Missionen Gespräche zu führen und zu Abschluß eine große Pressekonferenz mit den Kuratoren des Ostermarsches in Anlehnung an die Bundespressekonferenz abzuhalten. Weiterhin sollte eine zentrale Großkundgebung abgehalten werden.

Nach eingehender Diskussion des Für und Wider und nach Bekanntwerden der Beschränkung auf Besuche bei den Botschaften beschließt der Hessische Ausschuß, dem Zentralen Ausschuß vorzuschlagen, die Aktion zu verschieben. Sie soll gegebenenfalls etwa 4 Wochen nach Ostern stattfinden, wenn der Ostermarsch 1963 ein entsprechender Erfolg war und noch im Gespräch ist.

Im Bereich des HA soll in Frankfurt am 23. März eine großangelegte Podiumsdiskussion mit repräsentativen ausländischen und deutschen Referenten stattfinden. Sie soll Startschuß sein für den Marsch 1963.

In den örtlichen Ausschüssen sollen Filmveranstaltungen, Vorträge u.ä. durchgeführt werden.

Der Arbeitskreis gegen Atomrüstung wird ein Standard-Flugblatt entwerfen und dabei die Vorschläge von Großmann berücksichtigen.

Gezielte Flugblattaktionen nach bestimmten Kino- und Theatervorstellungen sollen in die Vorbereitungsarbeit aufgenommen werden. Die Flugblattverteilung vor Betrieben hat sich bewährt und soll beibehalten werden.

Zu Punkt 6 der TO:

Die Marschstrecke Gießen - Frankfurt war zu lang und bot nicht die gewünschte Vielzahl von Ortschaften. Deshalb legt Klaus Vack folgenden Rechenplan vor, der bei einer Enthaltung akzeptiert wird:

<u>1. Tag:</u>	Darmstadt - Arheiligen	6 km	
	Arheiligen - Wixhausen	2,5 km	
	Wixhausen - Gräfenhausen	3,5 km	
	Gräfenhausen - Mörfelden	6 km	18 km

<u>2. Tag:</u>	Mörfelden - Langen	8,5 km	
	Langen - Sprendlingen	3,5 km	
	Sprendlingen + Neu-Isenburg	4 km	
	Neu-Isenburg - Offenbach	10 km	26 km

3. Tag: Offenbach, Rosenhöhe, Sprendlinger Landstr., Starkenburgring, Friedrichring, Waldstraße, Feldstraße, Karistraße, Bieberer Straße, Frankfurter Straße, Klein-Überweg.

Obermainbrücke, Langstraße, Zeil, Friedberger Anlage, Bergerstraße, Saalburgallee, Ostpark
Saalburgallee, Am Buchwald, Bornheimer Landwehr, Arnaburger Straße, Sandweg, Zeil, Hauptwache, Biebergasse, Kalbäckergasse, Bockenheimer Straße, Neue Mainzer Straße, Weißfrauenstraße, Berliner Straße, Neue Kräme, Römerberg.

Die Vorteile sind: Engeres Marschgebiet mit entsprechend aktiven örtlichen Ausschüssen gewähren beste Vorbereitung.

Als Nachteil wird angesehen, daß die Ankündigung Ostermarsch Darmstadt-Frankfurt nicht die optische Wirkung hat wie etwa Miltenberg - Frankfurt bzw. Gießen-Frankfurt.

Über die Frage eines gesonderten Marsches von Hanau soll in der nächsten Sitzung nochmals gesprochen werden.

Zu Punkt 7 der TO:

Die nächste Zusammenkunft des Hessischen Ausschusses wird am Mittwoch, dem 5. 12. 1962 um 19.00 Uhr in Frankfurt sein.

Zur Sitzung des Regionalen Ausschusses am 6. 11. können wegen Terminüberschneidung Klaus Vack und Fritz Amann nicht kommen. Dr. Schenck wird die Vorstellungen des HA vortragen.

Gegen den Artikel im FDP-Wahlblatt unter dem Titel "Genossen unter sich" soll vom Ostermarsch nichts unternommen werden.

Ende 22.20 Uhr

Für die Protokollführung:

Fritz Amann

Offenbach (Main), 7. 11. 1962

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Revisionsbericht
=====

Am 31. 10. 1962 wurde von den gewählten Revisoren Horst Maurer und Gisela Burbach die per 30. 9. abgeschlossene Buchführung geprüft und zwar für den Zeitraum vom 1. 11. 61 bis 30. 9. 1962.

Die Übereinstimmung mit der am 17. 10. vervielfältigten vorgelegten "Einnahmen- und Ausgabenrechnung für das Geschäftsjahr 1962" wird bestätigt.

Die Revision bestätigt der Geschäftsführung ordentliche Führung der Buchhaltung.

In Erledigung der noch offenstehenden Beanstandung aufgrund der letzten Revision (Protokoll 5. 2. 1962 zu 2)) wird mitgeteilt, daß das reklamierte Abschleppseil nach Auskunft der Geschäftsführung im Laufe des Ostermarsches 1961 total verschlissen wurde, da ständig ein Wagen abzuschleppen war.

Aus Gründen der Arbeitersparnis wird die Verbuchung der eingehenden Spenden en bloc nach Eingangsdatum vorgenommen. Die Revision empfiehlt, wenigsten die Beiträge von Organisationen nach Spendern getrennt gegenzubuchen, um mögliche Rückfragen schneller erledigen zu können bzw. einen eigenen Überblick zu schaffen.

Insgesamt gab die Revision zu keinen nennenswerten Beanstandungen Anlaß; die Revisoren beantragen Entlastung der Kassenführung.

gez. Burbach

gez. Maurer

5. 11. 62
Sitzung

ED 718-20-42

Einnahmen- und Ausgabenrechnung für das Geschäftsjahr 1962

Einnahmen:

Spenden („ 3,- / 5,- / 10,- “)	DM	13.035,74
Teilnehmergebühr	DM	10.110,80
Materialverkauf	DM	6.627,10
		<hr/>
	DM	29.773,64
		=====

Ausgaben:

Agitation, Flugblätter, Plakate usw.	DM	14.880,69
Bus- und Transportkosten	DM	1.994,70
Verpflegung und Übernachtung	DM	5.076,33
Kundgebungen	DM	952,00
Bürokosten (Porto, Telefon, Papier)	DM	3.653,03
Fahrgelder	DM	475,40
Div. Ausgaben (auch Gerichtskosten)	DM	306,92
		<hr/>
	DM	27.339,07
		=====

Bilanz:

Defizit am 1.12.1961	DM	1.834,25
Mehreinnahmen 1962	DM	2.434,57
		<hr/>
Bestand am 30.9.1962	DM	600,32
		=====
Haben Postscheckkonto 30.9.1962	DM	557,74
Haben Bankkonto 30.9.1962	DM	42,58
		<hr/>
	DM	600,32
		=====

Für die Richtigkeit der Angaben

Offenbach (Main), 17. Okt. 1962

A. M. ...

Vorschlag für Ostermarsch 1963:

5.11.62
Fitzg.

1. Tag: Darstadt - Arheilgen 6 km
 Arheilgen - Wixhausen 2,5 km
 Wixhausen - Gräfenhausen 3,5 km
 Gräfenhs. - Mörfelden 6 km 18 km

2. Tag: Mörfelden - Langen 8,5 km
 Langen - Sprendlingen 3,5 km
 Sprendlingen - Neu Isenburg 4 km
 Neu Isenburg - Offenbach 10 km 26 km

3. Tag: Offenbach, Rosenhöhe, Sprendlinger Landstr.,
Starkenburgring, Friedrichsring, Waldstr.,
Feldstr., Karlstr., Bieberer Str., Frankfurter
Str., Ffm-Oberrad,
Obermainbrücke, Langestr., Zeil, Friedberger
Anlage, Bergerstr., Saalburgallee, Ostpark
Saalburgallee, Am Buchwald, Bornheimer
Landwehr, Arnsburger Str., Sandweg, Zeil,
See Hauptwache, Biebergasse, Kalbäckergasse
Bockenheimer Str., Neue Mainzer Str.,
Weißfrauenstr., Berliner Str., Neue Kräme,
Rümerberg.

ED 718-20-43

Institut für Zeitgeschichte

OTMB

5. 11. 62

Wahlen = \emptyset — VACK kann nicht mehr,
bringt Vorschläge ~ 4 Wochen.

To sonst wie vorgehl.

Verteiler:

ED 718-20-44

10,- von uns für Presedienste ?

Wai: M: 5. 12. 19.00 h

Achtung - Achtung! Der...
Beispiel gege...
Tausende von Kriegsversehr...
haben bei Sport und Spiel ihre

3.11.62

FRANKFURTER RUNDBLICK, Rothschildallee 6-8. Für den Inhalt verantwortlich: Elfriede Rink, Verlag und Redaktion: Rothschildallee 6-8, Tel.: 49 21 78 -
Anzeigen: Carl H. Liebrecht KG., Frankfurt am Main, Mainzer Landstraße 139. - Auftragsbestätigung dieser Ausgabe: 231 000.

Druck: Bintz-Dohany, Offenbach am Main,

Nr. 8/6. Jahr | M. 62 | FDP Wahlergebnis

lich, denn jetzt zwingen die
sionsschäden an den Rohren
den Betonfußboden aufzu-
gen und die Verlegung der
in Kanäle vorzunehmen.
richtig muß der aufgebrochene
wieder repariert werden
ein Stück aus dem Tollhaus
ist die Feststellung in der
stratsvorlage, daß in der
sch-frischen Abteilung jetzt
Lüftungsanlage eingebaut
en muß, weil der Ruheraum
mäßig feucht und warm ist.
gesagt, nicht nur die Freien
icraten, auch die Presse
bert sich und das zitierte

kannlich der anderen kein Auge
aus!

Aus der Etatdebatte

Die FDP-Fraktion verlangte für 1963
unter anderem:

- Koordinierung der städt. Entwick-
lungshilfe mit Bonn, um Fehlleit-
ungen zu vermeiden.
- Verstaatlichung der Polizei, ins-
besondere der Kripo.
- Verzicht auf Vermehrung der Ge-
meinschaftshäuser.
- Finanzielle Sicherstellung der Ge-
samtverkehrsplanung.
- Förderung des Wohnungsbaues,
indem die Gesellschaften sich
z. T. die notwendigen Mittel
durch Verkauf der 1- und 2-Fam-
ilien-Heime an die Mieter be-
schaffen.
- Überprüfung der städt. Straßen-
reinigungsgeldern auf Grund
der neuen landesgesetzlichen Re-
gelung.
- Baldige Verlegung der überlie-
chenden Tierkörperverwertungs-
anstalt außerhalb Frankfurts.
- Völlige Beseitigung der Ge-
tränkesteuer.
- Senkung der Grundsteuer C von
1000 % auf 255 %.

Nun wieder Schweizer Platz

Auf Antrag der Freien Demo-
kraten wurde der Gustav-Adolf-
Platz wieder in Schweizer Platz
umbenannt. Damit wurde einem
vielfach geäußerten Wunsch der
Frankfurter Bevölkerung Rech-
nung getragen.

Nicht mehr Opernhaus?

Die FDP-Stadtvorordnetenfrak-
tion richtete an den Magistrat die
Anfrage, ob, wie aus einer ent-
sprechenden Vorlage zu schließen
sei, das wiederaufzubauende
Opernhaus nur noch „Konzert-
und Kongreßhaus“ heißen soll.

Vertriebenen

wanke, und Stadtverord-
Tietze haben bei der
des neuen Bürgermeisters
Hetsfeld nicht den Hel-
vertriebenen Oberregierungs-
rathar Scholz (früher Bres-
also einen Schleksalsgenos-
sondern den Regierungsrat
Hessemer vom Regie-
peididum Darmstadt ge-
Die beiden BHE-Stadtver-
waren bei Stimmen-
heit von SPD und CDU/FDP
11 Stimmen das Zünglein
er Waage. Es schlug nach
aus, denn Hessemer gehört
SPD an.

Verhaltung aus Vertriebe-
weisen sah sich Treppmacher-
anke jetzt gezwungen, eine
nung abzugeben. Der GDP-
vorw. Hände erklärte sein Ver-
mit dem Hinweis, der aus
zu stammende Heimatver-
die Oberregierungsrat Scholz
kein Mitglied des Bundes
ebener Deutscher und habe
nicht mehr Rechte zu be-
rechnen als jeder in Hessen. In
heid fragt man sich nach die-
klärung, ob die Mitglieder
D mehr Rechte als die Hes-
sien sollen.



Genossen unter sich

Vor einigen Tagen feierte die
Ortsgruppe Frankfurt des Touri-
stenvereins „Die Naturfreunde“
im Volksbildungsheim ihr 50-
jähriges Jubiläum. Herzlich be-
grüßt wurden die Genossen
Staatsminister H e m s a t h,
Rudi Arndt (Vorsitzender der
SPD-Landtagsfraktion), Frank-
furts Gründezernent Bürger-
meister Menzer und sein Forst-
direktor Ruppert. Das alles
wäre nichts Besonderes, denn
schließlich haben die Natur-
freunde nie ein Hehl daraus ge-
macht, daß sie eine Organisa-
tion der Arbeiterbewegung stets
gewesen und bis heute auch
geblieben sind. Uns hat eigent-
lich nur ein Satz aus der Rede
des Herrn Ministers hellhörig
gemacht, der jetzt wie ein Wan-
derprediger im Wahlkampf
durch die Lande zieht. Nach
Zeitungs- und Agenturmeldun-
gen sagte Hemsath nämlich,
daß sich die hessische Landes-
regierung mit der Zielsetzung
der Naturfreunde identifiziere!

Ganz so nebulos sind diese
Worte des Herrn Ministers nicht,
wenn man weiß, daß die Haupt-
akteure der sogenannten Oster-
marsch-Bewegung der Atom-
waffengegner aus den Reihen
der Naturfreunde kommen, als
da sind der sattsam bekannte
Bundesjugendleiter Herbert
Faller, der im Frankfurter
Jugendamt tätig ist (!), und
jener Klaus Vack aus Offen-
bach vom Landesvorstand, der
sich in Pamphleten so schützend
vor seinen Gesinnungsgenossen
Heiner Halberstadt, den
unentwegten Marschierer der
„Atomtödler“ vor dem US-
Generalkonsulat in Frankfurt,
gestellt hat.

Zwar ist die offizielle
SPD-Führung von den Oster-
marschierern abgerückt und hat
ganz offen zu verstehen ge-
geben, daß ihr diese Organisa-
tion nicht ganz astrein erscheint.
Wenn jetzt aber ein SPD-Mini-
ster zur Zeit des Wahlkampfes
sich so ostentativ hinter die
Ziele der Naturfreunde stellt,
dann beschleicht einen doch
wohl nicht zu Unrecht ein sehr
ungutes Gefühl, und dann fragt
sich unwillkürlich, ob dem Herrn
hessischen Arbeitsminister die
enge Verbindung von Spitzen-
funktionären der Naturfreunde
mit der Ostermarschbewegung
etwa gänzlich unbekannt ge-
blieben sind. Sein Genosse, der
Innenminister Heinrich Schnei-
der, hätte ihm sicher vorher
eine kleine Lektion über Oster-
marschierer und ihren Umgang
geben können.

Mit welcher Zielsetzung? Nun,
dies wurde insofern klar, als der
Herr Minister den Naturfreunden
einzureden versuchte, sie soll-
ten sich nicht nur um die Pflege
des Brauchtums und das Wan-
dern kümmern, sondern „Kämp-
fer für eine bessere Welt“ wer-
den. Er wurde noch deutlicher
mit dem Hinweis, ein echter
Naturfreund müsse auch auf der
politischen und gesellschafts-
politischen Ebene tätig werden
und aus seiner Einstellung kein
Hehl machen.

- überall
Ihr
Nachbar -

Gentner-Detektive
Frankfurt a. M., Elbestr. 46. Telefon 38 35 40
Für Aufträge nach auswärts:
Hauptbüro Stuttgart, Marienstraße 19, Telefon 70 92 31

Christ OPER
Opernplatz · Beckenhaimers Landstr.

Briefmarken
kauft Piroth, Ffm., Friedensstraße 5
Tel. 2 46 13/72 64 16. Veroid. Taxator
Dr. Dipl.-Kaufmann, 30/177, eine re-
präsentative Persönlichkeit in jeder
Beziehung und baldiger Erbe großen
Vermögens, wünscht baldige Heirat.
P - 87 Großeheanbahnung „Alpenland“.
Josef Illinger, 6 Frankfurt/M., Linné-
straße 31. Telefon 4 27 69.

WER SICH ZU TRAUEN TRAUT,
der fahr' zuerst mit seiner Braut
Heiratsuchende
Original-Heiratsvorschläge mit
Foto! Institut Walter P.O. 217

Sie unterstützen
den
Ostermarsch
der
Atomwaffengegner:

Frank Allain
Günther Anders
Pfarrer Andres
Johan Andres
Prof. Bamberger
Benjamin Britten
Hedwig Born
Dr. Andreas Buro
Domherr Collins
Dr. Helga Einsiedl
Herbert Faller
Pfarrer Farr
Prof. Dr. Dr. Flechtel
Pfarrer Dr. Freudenberg
Christien Geissler
Prof. Dr. Gottwitzer
Prof. Heckmann
Prof. Heydorn
Heinz Hilpert
Pastor Jasper
Prof. Dr. Joergler
Dr. Robert Jungk
Dr. Erich Kästner
Dr. Fritz Katz
Dr. Arno Klönne
OKR Kloppenburg DD
Prof. Koch
Erich Kuby
Christel Kuppers
Margarethe Lachmund
Fritz Lamm
Prof. Dr. Lenz
Prinz zur Lippe
Dr. Bodo Manstein
Christian Mayer-Amery
Prof. Dr. Dr. Meier
Pastor Mochalsky
D. Martin Niemöller
Prof. Petersen
Rudolf Rofis
Ursula Rüll
Bertrand Russell
Paul Schallück
Dr. Hans Schenk
Robert Scholl
Prof. Dr. Schückin
Herbert Stubenrauch
Hans-Konrad Tempel
Prof. Dr. Uda
Klaus Vack
Prof. Dr. Dr. Wenzel



Ostermarsch der Atomwaffengegner

Kampagne für Abrüstung

Wird es Krieg geben?

— und —

**Was können Sie für den
Frieden tun?**

Erklärung zur weltpolitischen Lage.

Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hess. Ausschuß

Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main), Postfach 648

Der Zentrale Ausschuß des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“ erklärt am 29. Oktober 1962 zur Cuba-Krise:

Die Krise um Cuba beweist eindringlich, daß die auf der Androhung von Gewalt beruhende Politik der Militärmächte nicht in der Lage ist, mit den Problemen unserer Gegenwart in einer Weise fertig zu werden, die ein Überleben der Menschheit garantiert. Die Entwicklung ist an einem Punkt angekommen, an dem nurmehr eine grundsätzliche Änderung des politischen Verhaltens zu einer dauerhaften Entspannung führen kann. Wenn das lebensgefährliche Spiel der atomaren Politik nicht durch eine Politik der Vernunft ersetzt wird, die die totale Befriedung der Welt auf Grund einer gesicherten politischen Einigung der Völker anstrebt, wird die Katastrophe unausweichlich.

Angeichts der Cuba-Krise stellen wir fest und erkennen:

- daß sich die Bürger der Sowjetunion von den amerikanischen Militärstützpunkten und Raketenbasen in aller Welt mit Recht genau so bedroht fühlen, wie die Amerikaner durch den Bau der sowjetischen Raketenbasen auf Cuba,
- die weitgehende Verantwortlichkeit der USA für die heutige Situation in Cuba, die durch ihr Verhalten die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten dieses Landes außerordentlich erhöht hat,
- daß die USA den kubanischen Vorschlag, die Insel völlig abzurüsten, wenn Amerika dafür eine Nichtangriffsgarantie übernimmt, zunächst abgelehnt haben und nach den Äußerungen maßgeblicher amerikanischer Politiker das Ziel verfolgen, die derzeitige kubanische Regierung zu stürzen,
- daß der Bau von Raketenbasen auf Cuba durch die Sowjetunion nicht in Einklang steht zu ihren sonstigen Erklärungen zum Frieden, die in ihren Vorschlägen für die vollständige Abrüstung und in den Verlautbarungen des Kongresses für allgemeine Abrüstung und Frieden vorliegen.

In dieser Situation unterstützen wir gemeinsam mit unseren Freunden in aller Welt die Bemühungen um die Entschärfung der Situation, wie sie von den zwischen den Fronten stehenden Kräften der UNO, den neutralen Staaten und den unabhängigen Bewegungen, deren hervorragendster Vertreter Nobelpreisträger Earl Bertrand Russell ist, ausgehen. Wir erkennen ihre Bemühungen an, eine Politik zu entwickeln, die Einplanung und Androhung der atomaren Vernichtung ganzer Völker ausschließt.

Wir erkennen aber auch die in letzter Minute gezeigte Kompromißbereitschaft des Präsidenten der USA und des sowjetischen Ministerpräsidenten, Sowohl die Nichtangriffsgarantie gegenüber Cuba durch die USA, wie auch die Bereitschaft der UdSSR, unter diesen Voraussetzungen die Raketenbasen in Cuba unter Aufsicht der UNO abzubauen, werten wir als einen Akt staatsmännlich-verantwortlichen Handelns.

Eine militärische Auseinandersetzung um Cuba zwischen den beiden Großmächten, würde nicht auf diesen Raum beschränkt bleiben. Deutschland, das an den Schnittpunkten der gegenseitigen Interessen liegt, müßte mit atomaren Vernichtungsschlägen rechnen. Es ist deshalb unverständlich, daß die Regierungen der deutschen Staaten keine positiven und nicht einseitigen Vorschläge zur Lösung der Krise ausarbeiten, sondern es bei Treuerklärungen gegenüber dem Westen bzw. dem Osten belassen.

Es ist unverständlich, daß die auf Mitteleuropa und besonders Deutschland zukommenden Gefahren noch nicht die Bereitschaft gestärkt haben, die Verwirklichung der Pläne für das Auseinanderdrücken der Machtblöcke durch die Schaffung von atomwaffenfreien Entspannungszonen zu versuchen, wie sie der Rapacki- und der Udén-Plan vorsehen.

Wir erwarten und verlangen von der Bundesregierung, daß sie durch eigene Initiativen im Sinne der Entspannung zur Lösung der Probleme beiträgt, statt den Abbau der demokratischen Rechte durch den Kompromiß in der Notstandsgesetzgebung voranzutreiben, was zweifellos nur zu einer zusätzlichen verschärften Spannung in Mitteleuropa führen kann.

Eindringlicher denn je ergibt sich für den einzelnen Menschen und die Völker in ihrer Gesamtheit, daß sie die Entscheidung über Leben und Tod der Menschheit nicht allein ihren Regierungen überlassen können, sondern ihre vitalen Interessen demokratisch selbst vertreten müssen.

Wir fordern jeden einzelnen deutschen Bürger auf,

in diesem Augenblick der Gefährdung aus seiner Reserve hervorzutreten und mit den neutralen und unabhängigen Gruppen, wie dem Ostermarsch der Atomwaffengegner und den in der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände zusammengeschlossenen Organisationen für eine Politik der Entspannung und Abrüstung einzutreten,

seine persönliche Stellungnahme, seinen zuständigen Bundes- und Kommunalpolitikern, der örtlichen Presse und dem Rundfunk mitzuteilen,

sich an örtlichen Diskussionen, Flugblattaktionen und Kundgebungen zu beteiligen.

Wir werden überall der lebensgefährlichen atomaren Politik eine Vernunftspolitik ohne Bombe entgegensetzen

ED 718-20-47

An die
Anhänger der Osternarchbewegung
der Atomwaffengegner

=====

Liebe Freunde,

schon wieder ein Rundschreiben, werden Sie denken und deshalb fassen wir uns kurz:

1. Demonstration für Frieden und Demokratie

Die mit unserem letzten Rundschreiben angekündigte Demonstration mit anschließender Kundgebung haben wir am vergangenen Dienstag trotz kalten und regnerischen Wetter durchgeführt. Wir bitten Sie, den beigegeführten Pressedienst und dem auf dieser Rückseite abgedruckten Bericht aus der FRANKFURTER RUNDSCHAU Ihre Information über den Ablauf unserer Veranstaltung zu entnehmen. Wir sind mit der Teilnehmerzahl zufrieden, wenn man bedenkt, daß die Kuba-Krise schon in eine Phase der Entspannung eingetreten war und bei dem Wetter schon wirklich viel dazu gehört, um auf die Straße zu gehen. Trotzdem darf gerade schlechtes Wetter kein Grund dafür sein, daß eine unserer Aktionen ein "Schlag ins Wasser" werden könnte.

2. Pressedienst des Hessischen Osternarchausschusses

Seit der Vorbereitung des Osternarch 1962 hat der Hessische Ausschuß einen Pressedienst in ca. 50 verschiedenen Ausgaben herausgebracht. Dieser Pressedienst geht an sämtliche hessischen Zeitungen, an den Rundfunk, an die Presseagenturen und an wichtige außerhessische Zeitungen und Zeitschriften.

Wir konnten aber darüber hinaus feststellen, daß auch einige Anhänger der Osternarchbewegung an unserem Pressedienst persönlich interessiert sind, oder ihn an Redakteure und Journalisten, mit denen sie persönlich bekannt sind, weitergeben möchten. Wir haben deshalb erwogen, unseren Pressedienst zu verbreitern und diesen auf Wunsch Interessenten zuzusenden. Leider können wir dies bei der wieder zu erwartenden Zahl von über 50 Pressediensten bis nach Ostern 1963 nicht kostenlos tun. Wir bitten deshalb alle, die für unseren Pressedienst Interesse haben, per Zahlkarte DM 10,- auf unser Postscheckkonto zu überweisen und zu vermerken: "Für OM-Pressedienst". Sie werden dann den Pressedienst laufend in je einem Exemplar erhalten.

3. Erklärung des Zentralen Ausschusses zur Kuba-Krise

Der Zentrale Ausschuß hat zur Kuba-Krise eine ausführliche Erklärung abgegeben. Wir haben diese Erklärung in einem Flugblatt herstellen lassen, das in einem Exemplar beigelegt ist. Weitere Flugblätter können zum Preis von DM 2,- für 100 bei der Geschäftsstelle bestellt werden.

Die Erklärung ist noch am Sonntagabend über den Osternarchpressedienst an über 500 Zeitungen in der Bundesrepublik gegangen. Sie wurde auch an die UNO, die neutralen Staaten und die Vertreter der im Kuba-Konflikt engagierten Militärmächte, sowie an die Vorsitzenden der deutschen Parteien und Gewerkschaften gegeben.

Der Zentrale Ausschuß beabsichtigt, daß anhand und mit dieser Erklärung, die die Stellung und Politik der Osternarchbewegung in der Kuba-Krise verdeutlicht, eine lokale Lobby-Aktion gestartet wird. Alle Freunde des Osternarches der Atomwaffengegner sind aufgerufen, den maßgeblichen Personen im lokalen Bereich die Erklärung zuzuschicken. Darüber hinaus kann man die wichtigsten Vertreter der Behörden, Organisationen und Kirchen persönlich aufsuchen, um ihnen unseren Standpunkt und unsere Konsequenz aus dieser Situation darzulegen. Besonders wichtig ist aber nach wie vor die

Verteilung solcher Materials im Freundes- und Bekanntenkreis und, soweit möglich, am Arbeitsplatz um dann zu einer ausführlichen Diskussion zu kommen.

Das wäre für heute alles.

Mit freundlichen Grüßen!

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Über unsere Demonstration für Frieden und Demokratie berichtete die FRANKFURTER RUNDSCHAU ausführlich. Neben dem Artikel war ein großes Bild mit Demonstranten und unserem Transparent: "Mit dem Spiegel fing es an - Wann kommt die Rundschau dran?" abgedruckt, das mit folgendem Text kommentiert wurde: "Die großangelegte und heißumstrittene Polizeiaktion gegen das Nachrichtenmagazin 'Der Spiegel' löste in Frankfurt - wie in vielen Städten der Bundesrepublik und des Auslands - heftige Protestaktionen aus. In Frankfurt demonstrierten neben den Studenten auch die Anhänger des Ostermarsches der Atomwaffengegner. In ihrem Fackelzug trugen sie Transparente, die - ohne Wissen der Redaktion - verkündeten: 'Mit dem 'Spie^gl fing es an. Wann ist die 'Rundschau' dran?' und 'Die Presse ist frei? Die Redakteure sind verhaftet!' Bei einer Kundgebung auf dem Dominikanerplatz demonstrierten sie gegen die 'Politik der Stärke' und gegen die 'atomare Aufrüstung'."

Außerdem war ein kleineres Bild veröffentlicht, das im Vordergrund Demonstranten, die Umhängeschilder mit unseren Slogans tragen, zeigt und im Hintergrund ein großes Transparent mit dem Text: "Die Presse ist frei? Die Redakteure sind verhaftet!". Dieses Bild war wie folgt kommentiert: "Bei Wind und Regen zogen die Demonstranten zum Dominikanerplatz. Auf Transparenten stand, was sie dachten."

Der Artikel selbst hatte folgenden Inhalt:
"PROTEST GEGEN DIE POLITIK DER STÄRKE"

Gegen die Politik der Stärke und gegen die atomare Aufrüstung demonstrierten am Dienstagabend dreihundert Anhänger des Ostermarsches der Atomwaffengegner mit einem Fackelzug und einer eindrucksvollen Kundgebung auf dem Dominikanerplatz. Unter starkem Beifall der Kundgebungsteilnehmer erklärte der Bundesvorsitzende des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer, Herbert Stubenrauch (Wuppertal): "Wir sind noch einmal davon gekommen." Die in den letzten Tagen oft gehörte Frage "Wird es Krieg geben?" sei ein Eingeständnis der Politik der Stärke, erklärte Stubenrauch

"Wir danken Präsident Kennedy, daß er die Invasion Cubas gestoppt hat; wir danken Ministerpräsident Chruschtschow für sein vernünftiges Handeln; wir sagen Bertrand Russell Dank, daß er sich für den Frieden eingesetzt hat und wir sagen Dank dem Generalsekretär der UN, U Thant", rief Stubenrauch. Es wäre schön, wenn man auch der Bundesregierung Dank sagen könnte, fuhr der Redner fort, "aber trotz des Kompromisses über Cuba hat die Bundesregierung noch am Montag dem Bundesverteidigungsminister Sondervollmachten erteilt." Stubenrauch nannte die "Spiegel"-Redakteure die letzten mächtigen Repräsentanten einer funktionierenden Opposition in unserer Gesellschaft. "In was für einem Staat leben wir eigentlich?" fragte der Redner, wo es möglich sei, eine ganze Redaktion lahmzulegen und wo Strauß noch Minister sei? Von der DDR sei man nichts anderes gewöhnt, als daß sie die Opposition mundtot mache, aber daß sich dies auch in unserem Land abspiele - dies sollte zu denken geben! Stubenrauch schloß mit dem Ruf: "Die Bombe muß weg, wir alle wollen leben." Deutschland könne nur durch die Politik der Vernunft gerettet werden und nicht durch eine Politik der Stärke, erklärte das Mitglied des Hessischen Ausschusses der Ostermarschierer, Heiner Halberstadt. Die unmittelbare Gefahr für den Frieden sei vorüber, aber man dürfe nicht vergessen, was sich in den letzten Tagen in der Bundesrepublik abgespielt habe, sagte Halberstadt. "Haben wir nicht alle das Gefühl gehabt, in einem Volk von politischen Analphabeten zu leben?" Ich fühle mich bedroht von einem Staat, dessen Verteidigungsminister SPD-Abgeordnete 'aufhängen' lassen will," rief Halberstadt aus. Er wandte sich dann gegen die "etwas müde gewordenen Atomgegner der SPD" und warf ihnen vor, in der Cuba-Frage nicht energisch genug gegen die Bundesregierung aufgetreten zu sein. o-k



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Zu einer Demonstration für Frieden und Demokratie hatte der Hessische Ausschuss für den Ostermarsch der Atomwaffengegner aufgerufen. Anlaß waren die Kuba-Krise und die in diesem Zusammenhang von der Bundesregierung immer stärker vertretene Forderung nach einer Notstandsgesetzgebung, sowie die Aktion gegen das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“.

Trotz kalten und regnerischem Wetter trafen sich am Dienstag, den 30. Oktober 1962 um 19.30 Uhr, an der Kirchner-Schule in Frankfurt (Main)-Bornheim, rund 350 Demonstranten, die ihren Fackelzug über die Bergerstrasse, Friedberger Anlage, Zeil, Langestrasse, Allerheiligenstrasse, Klingersbrasse zum Dominikanerplatz führten. Unter anderem wurden Transparente mit folgenden Slogans mitgeführt: Kuba - kein Sieg der Stärke, Sieg der Vernunft; Jetzt auch Deutschland atomwaffenfrei; Nicht Reis hamstern - Kurs ändern; Keine Feuerpatschen - atomwaffenfrei; Keine Bildzeitungshysterie - selbst informieren, selbst denken; Mit dem Spiegel fing es an, morgen kommt die Rundschau dran; Die Presse ist frei? - die Redakteure sind verhaftet!; Notstandsgesetz: Gute Nacht, deutsche Demokratie.

Die Kundgebung auf dem Dominikanerplatz wurde von Pfarrer Rudolf Farr (Mitglied des Hessischen Ausschusses) eröffnet. Farr erinnerte als evangelischer Pfarrer, daß man am Vorabend des Reformationstages stehe, an dem Martin Luther vor über 400 Jahren der Freiheit eine Gasse geschlagen hatte. Auch die Atomwaffengegner würden heute für eine freiheitliche, vernünftige Friedenspolitik eintreten. Farr brachte den Protest der Atomwaffengegner gegen die Frankfurter Polizeibehörden zum Ausdruck, die nun zum 2. Mal die Benutzung einer Lautsprecheranlage untersagt haben. Auch der Demonstrationsweg wurde von der Polizei geändert und verkürzt, so daß einige Straßen im Zentrum nicht wie gewünscht benutzt werden durften. Die Kundgebung, die auf der Hauptwache stattfinden sollte, wurde an den Dominikanerplatz verlegt. Farr forderte die zuständige Behörde auf, endlich dafür Sorge zu tragen, daß die ständige Behinderung der Atomwaffengegner und Einschränkung der Versammlungsfreiheit ein Ende nimmt.

Zu den Demonstranten sprach dann Herbert Stubenrauch, Bundesvorsitzender des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer. Stubenrauch überbrachte die Grüße der Atomwaffengegner aus dem Ruhrgebiet. Er sagte u.a.:

„Wir sind noch einmal davon gekommen. Die Kuba-Krise hat bewiesen, daß der 3. Weltkrieg nicht ausbricht wie Pest, Thyphus oder ein Unwetter, sondern das Ergebnis der Politik der Stärke sein wird. . . .“

- 2 -

Wir müssen heute Dank sagen dem amerikanischen Präsidenten Kennedy, für seine Zusicherung, keine Invasion auf Kuba zu unternehmen. Wir müssen Dank sagen, dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow für seine Bereitschaft, die Raketen auf Kuba abzubauen und zurückzutransportieren. Wir sagen Dank unserem Freund, dem Philosophen und Atomwaffengegner, Earl Bertrand Russell für seine Vermittlerrolle, und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen U Thant. Wir möchten auch unserer Bundesregierung dankeschön sagen können, haben dazu nur leider keinen Anlaß. Im Gegenteil, die Bundesregierung konnte sich nicht schnell genug für die Blockade Kubas aussprechen und "im Namen des Deutschen Volkes" eine Treueerklärung gegenüber den USA abgeben. Sie zeigte nicht im geringsten eine Eigeninitiative im Sinne einer Entspannung, die zur Lösung der Probleme hätte beitragen können. . . .

In der Weltkrise wollte die Bundesregierung einen Grund für beschleunigte Notstandsgesetzgebung finden. Sie stattete noch nach der Entspannungswelle Strauß mit Sondervollmachten aus. Die Opposition wurde in Gestalt der Spiegelredakteure hinter Gitter gesetzt. Augstein ist verhaftet, Strauß ist noch immer Minister!"

Nach Stubenrauch sprach Heiner Halberstadt. Er sagte u.a.:

" Ich spreche nicht in meiner Eigenschaft als Geschäftsführer des Vereins "Haus der offenen Tür". Ich spreche in meiner Eigenschaft als Mensch, Bürger von Frankfurt und Mitbewohner der deutschen Bundesrepublik. Ich erhebe meine Stimme aus sehr persönlichen Gründen: Ich fühle mich bedroht, - von einem Staat und in einem Staat, dessen sogenannter Verteidigungsminister SPD-Abgeordnete aufhängen lassen möchte, und der nach Atombomben greift, wie ein 6-jähriger Knabe nach einer Flasche Nitro-Glyzerin. . . .

Meine Stimme ist bescheiden. Aber auch ohne Lautsprecheranlage kann sie noch das Ohr meiner Mitbürger erreichen. Sie mögen Polizeiverordnungen haben und auch anwenden: die Stimme der Vernunft und die Stimme der Menschlichkeit wird stärker sein. Inge Scholl, Karl von Ossietzky, Albert Schneider, Julius Leber und Wilhelm Louschner hatten keine Lautsprecheranlagen. Aber sie waren stärker als alle Duschschön's und alle Eichmänner zusammen. . . .

Ich weiß, daß Oberbürgermeister Bockelmann und viele seiner politischen Freunde nicht gegen uns sind. Aber wäre es nicht besser, wenn diese etwas müde gewordenen Atomwaffengegner und Demokraten jetzt, und vor allem in den vergangenen Tagen aus dem Rathaus auf den Römerberg gegangen wären, um zu den Menschen in dieser Stadt zu sprechen. Denn von Straße zu Straße, von Haus zu Haus erklang die Frage: wird es Krieg geben? Und sie hätten antworten müssen: es wird kein Krieg geben, wenn ihr Nein sagt! Nein zu Atomwaffen, nein zur Hysterie der Bildzeitung, nein zur Politik der Stärke. . . .

Die Gefahr einer Krise sei doch gebannt meinen so viele, die heute achselzuckend unsere Demonstration gesehen haben. Richtig! Was aber lasen wir in unseren Zeitungen - von wenigen Ausnahmen abgesehen (und wir haben eine solche Ausnahme Gottsei dank auch hier in unserer Stadt!) Wir lasen: Kuba, - ein Sieg der Politik der Stärke! So wird die Wahrheit gefälscht. Die Vernunft wird der Hybris einer verblendeten Machtpolitik zum Fraße vorgeworfen. Und zwar: damit die Raketenbasen in unserem Lande unangefochten stehen bleiben können. . . .

Deutschland und die Welt kann nur gerettet werden, wenn wir die Politik selbstmörderischer Stärke durch eine Welt der Vernunft ersetzen. . . ."

Offenbach (Main), den 31. Oktober 1962 - Vaack

Sie unterstützen
den
Ostermarsch
der
Atomwaffengegner:

Frank Ailau
Günther Anders
Pfarrer Andreas
Stefan Andros
Prof. Bamberger
Benjamin Britton
Hedwig Born
Dr. Andreas Buro
Danherr Collins
Dr. Helga Einicke
Harbert Fallert
Pfarrer Farr
Prof. Dr. Dr. Flothheim
Pfarrer Dr. Freudenberg
Christian Geissler
Prof. Dr. Gollwitzer
Prof. Heckmann
Prof. Heydorn
Heinz Hilpert
Pastor Jasper
Prof. Dr. Joerger
Dr. Robert Jungk
Dr. Erich Kästner
Dr. Fritz Katz
Dr. Arno Klönne
OKR Kloppenburg OD
Prof. Koch
Erich Kubly
Christel Klüppers
Margarethe Lachmund
Fritz Lamm
Prof. Dr. Lenz
Prinz zur Lippe
Dr. Bodo Mansteln
Christian Mayer-Amery
Prof. Dr. Dr. Meier
Pastor Michelsky
D. Martin Niemöller
Prof. Petersen
Rudolf Rolfs
Ursula Rott
Bertrand Russell
Paul Schallück
Dr. Hans Schenk
Robert Schöll
Prof. Dr. Schückin
Herbert Stubenrauch
Hans-Konrad Tempel
Prof. Dr. Uds
Klaus Vank
Prof. Dr. Dr. Wenzel



Ostermarsch der Atomwaffengegner

Kampagne für Abrüstung

Wird es Krieg geben?

— und —

**Was können Sie für den
Frieden tun?**

Erklärung zur weltpolitischen Lage.

Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hess. Ausschuß

Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main), Postfach 648

Der Zentrale Ausschuß des „Osternarsch der Atomwaffengegner“ erklärte am 29. Oktober 1962 zur Cuba-Krise:

Die Krise um Cuba beweist eindringlich, daß die auf der Androhung von Gewalt beruhende Politik der Militärmächte nicht in der Lage ist, mit den Problemen unserer Gegenwart in einer Weise fertig zu werden, die ein Überleben der Menschheit garantiert. Die Entwicklung ist an einem Punkt angekommen, an dem nurmehr eine grundsätzliche Änderung des politischen Verhaltens zu einer dauerhaften Entspannung führen kann. Wenn das lebensgefährliche Spiel der atomaren Politik nicht durch eine Politik der Vernunft ersetzt wird, die die totale Befriedung der Welt auf Grund einer gesicherten politischen Einigung der Völker anstrebt, wird die Katastrophe unausweichlich.

Angesichts der Cuba-Krise stellen wir fest und erkennen:

- daß sich die Bürger der Sowjetunion von den amerikanischen Militärstützpunkten und Raketenbasen in aller Welt mit Recht genau so bedroht fühlen, wie die Amerikaner durch den Bau der sowjetischen Raketenbasen auf Cuba,
- die weitgehende Verantwortlichkeit der USA für die heutige Situation in Cuba, die durch ihr Verhalten die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten dieses Landes außerordentlich erhöht hat,
- daß die USA den cubanischen Vorschlag, die Insel völlig abzurüsten, wenn Amerika dafür eine Nichtangriffsgarantie übernimmt, zunächst abgelehnt haben und nach den Äußerungen maßgeblicher amerikanischer Politiker das Ziel verfolgen, die derzeitige cubanische Regierung zu stürzen,
- daß der Bau von Raketenbasen auf Cuba durch die Sowjetunion nicht in Einklang steht zu ihren sonstigen Erklärungen zum Frieden, die in ihren Vorschlägen für die vollständige Abrüstung und in den Verlautbarungen des Kongresses für allgemeine Abrüstung und Frieden vorliegen.

In dieser Situation unterstützen wir gemeinsam mit unseren Freunden in aller Welt die Bemühungen um die Entschärfung der Situation, wie sie von den zwischen den Fronten stehenden Kräften der UNO, den neutralen Staaten und den unabhängigen Bewegungen für Abrüstung, deren hervorragendster Vertreter Nobelpreisträger Earl Bertrand Russell ist, ausgehen. Wir erkennen ihre Bemühungen an, eine Politik zu entwickeln, die Einplanung und Androhung der atomaren Vernichtung ganzer Völker ausschließt.

Wir erkennen aber auch die in letzter Minute gezeigte Kompromißbereitschaft des Präsidenten der USA und des sowjetischen Ministerpräsidenten. Sowohl die Nichtangriffsgarantie gegenüber Cuba durch die USA, wie auch die Bereitschaft der UdSSR, unter diesen Voraussetzungen die Raketenbasen in Cuba unter Aufsicht der UNO abzubauen, wenn wir als einen Akt staatsmännlich-verantwortlichen Handelns.

Eine militärische Auseinandersetzung um Cuba zwischen den beiden Großmächten, würde nicht auf diesem Raum beschränkt bleiben. Deutschland, das an den Schnittpunkten der gegenseitigen Interessen liegt, müßte mit atomaren Vernichtungsschlägen rechnen. Es ist deshalb unverständlich, daß die Regierungen der deutschen Staaten keine positiven und nicht einseitigen Vorschläge zur Lösung der Krise ausarbeiten, sondern es bei Treuerklärungen gegenüber dem Westen bzw. dem Osten belassen.

Es ist unverständlich, daß die auf Mitteleuropa und besonders Deutschland zukommenden Gefahren noch nicht die Bereitschaft gestirkt haben, die Verwirklichung der Pläne für das Auseinanderrücken der Machtblöcke durch die Schaffung von atomwaffenfreien Entspannungszonen zu versuchen, wie sie der Rapacki- und der Udén-Plan vorsehen.

Wir erwarten und verlangen von der Bundesregierung, daß sie durch eigene Initiativen im Sinne der Entspannung zur Lösung der Probleme beiträgt, statt den Abbau der demokratischen Rechte durch den Komplex der Notstandsgesetzgebung voranzutreiben, was zweifellos nur zu einer zusätzlichen verschärften Spannung in Mitteleuropa führen kann.

Eindringlicher denn je ergibt sich für den einzelnen Menschen und die Völker in ihrer Gesamtheit, daß sie die Entscheidung über Leben und Tod der Menschheit nicht allein ihren Regierungen überlassen können, sondern ihre vitalen Interessen demokratisch selbst vertreten müssen.

Wir fordern jeden einzelnen deutschen Bürger auf,

in diesem Augenblick der Gefährdung aus seiner Reserve herauszutreten und mit den neutralen und unabhängigen Gruppen, wie dem Osternarsch der Atomwaffengegner und den in der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände zusammengeschlossenen Organisationen für eine Politik der Entspannung und Abrüstung einzutreten,

sowie persönliche Stellungnahme, seinen zuständigen Bundes- und Kommunalpolitikern, der örtlichen Presse und dem Rundfunk mitzuteilen,

sich an örtlichen Diskussionen, Flugblattaktionen und Kundgebungen zu beteiligen.

Wir werden überall der lebensgefährlichen atomaren Politik eine Vernunftspolitik ohne Bombe entgegensetzen.



ED 718-10-50

Haben Sie schon Ihren Fördererbeitrag
für den Ostermarsch fertig gemacht? Danke!

Denken Sie immer daran!

Postscheckkonto Frankfurt (Main) 57 6 4 8

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Hessischer Ausschuß

605 Offenbach (Main) 4

Postfach 648

Für Vermerke des Absenders

DM Pf f. Kto Nr. 57648

Absender:

Eingez. auf Kto Nr. 57648 PSchA Ffm

Zahlkarte

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

Einlieferungsschein
- Sorgfältig aufbewahren -

DM Pf

auf DM Pf

(Markbetrag in Buchstaben wiederholen)

Deutsche
Mark

in Ziffern

Deutsche
Mark

Pf

für

für Konto
57648

für

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
— Hessischer Ausschuß —

Konto Nr.

57648

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
— Hessischer Ausschuß —

Absender:

605 Offenbach 4

Postscheckamt
Frankfurt (Main)

in 605 Offenbach 4

Postvermerk

Eingangs-Nr.

Postvermerk

(Einschl.-Nr., Name und Anschriften, Tag u. Monat)

Postamt 124 (Kl. III B)
E 860 601 21

(Einschl.-Nr., Anschriften)

Das Postamt hat diesen Abschnitt dem Einsendekontopfänger

15-20-51

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Offenbach (Main) 4 - Postfach 648

Hessischer Ausschub

Verantwortlich: Klaus Vaack
Offenbach (Main)
Fritz Amann
Darmstadt

An befreundete Verbände
und Organisationen des
Ostermarsches der Atom-
waffengegner

=====



Geschäftsstelle: Offenbach (Main)
Waldstraße 99

Postcheck: Frankfurt (M) 57648

Bank: Bank für Gemein-
wirtschaft
Offenbach 740294

Datum: 1. 11. 1962
Va. /E.

2.11.62

ED 718-20-52

Liebe Freunde,

wir haben in diesem Herbst verschiedene Aktionen durchgeführt und trotzdem mit Spendenbitten gegenüber den Gruppen, die im Ostermarsch mitarbeiten, Zurückhaltung gewahrt. Der Hessische Ausschub ist jedoch zur Zeit wieder einmal in einer finanziell besonders ungünstigen Situation. Wir wagen es auch nicht, schon wieder an unsere Anhänger mit Spendenaufrufen heranzutreten, da wir die Gebefreudigkeit nicht so sehr strapazieren dürfen, daß sie evtl. ins Gegenteil umschlägt.

Überprüfen Sie bitte in Ihrem Vorstand oder in dem für Ihre Organisation verantwortlichen Gremium, ob nicht wieder einmal die Möglichkeit besteht, dem Ostermarsch eine einmalige - im Rahmen Ihrer finanziellen Möglichkeiten vielleicht nicht unerhebliche - Spende zu überweisen. Wir sind gerade jetzt, wo bald wieder die Vorbereitungen für den Ostermarsch 1963 beginnen, darauf angewiesen, daß der Hessische Ausschub möglichst bald genügend Geld hat um besser und freier disponieren zu können. In diesem Sinne sagen wir bereits im Voraus herzlichen Dank und verbleiben mit

freundlichen Grüßen!

KURATORIUM:

Stefan Andres
Hedwig Born
Benjamin Britten
Canon Collins
Herbert Faller
Prof. Dr. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Gustav Hedemann
Heinz Hilpert
Dr. Robert Jungk
Dr. Erich Kästner
Dr. Arno Klönne
Dr. Heinz Kloppenburg
Christel Köpper
Margarethe Lachmund
Dr. Armin Prinz zu Lippe
Prof. Wilhelm Maler
Dr. Bodo Marstein
Prof. Katharina Petersen
Prof. Bernhard Russell
Martin Schröter
Prof. Dr. Johannes Ude
Prof. Dr. Dr. Fritz Wenzel
Prof. Dr. Ernst Wolf

Fritz Amann
(Fritz Amann)

Klaus Vaack
(Klaus Vaack)

FNP

TEIL* REPORTAGEN



Am Montag nahmen sie an Frankfurtern bewarben sich die wie der Stadt Wiesbaden um die Frankfurter Lehrer Sieger. In punktgleich mit dem Lahnkreis. So mußte gelost werden. Die das Los zum Sieg.

Foto: Kerner

Scheunen wurden zu Garagen Das Bild der einst ländlichen Vororte

Der Begriff „Vorort“ ist heute bei dem rapiden Wachstum der Großstadt Frankfurt nicht mehr eindeutig zu klären. Die Abgrenzungen zwischen der City, dem Industriegebiet, den kompakten Wohnvierteln und den Vororten verwischen sich immer mehr. Nicht nur, was im äußeren Anlagenring liegt, auch ganz Bockenheim, Bornheim und Sachsenhausen sind in die große Stadtmasse eingeschmolzen und zeigen längst kaum noch Vorortcharakter.

Dennoch gibt es noch eine Anzahl Stadtbezirke, vornehmlich im nördlichen Frankfurt, die sich einigermaßen deutlich vom Stadtmassiv abzeichnen und als Vororte zu bezeichnen sind: Seckbach, Preungesheim, Berkersheim, Eckenheim, Bonames, Ginnheim, Hedderheim, Niederursel, Frauheim, Hausen sind da zu nennen.

Die alten Kernstücke dieser Orte, die früher richtige Dörfer waren, haben noch ein Stück Eigenart bewahrt. Doch man kann nicht sagen, daß sie ein besonders anziehendes Bild bieten. Neue Wohnviertel und Straßen sind ihnen zugewachsen, die mit den alten Ortskernen keine harmonische Verbindung gefunden haben.

Bäuerlicher Betrieb ist nur noch wenig zu finden. Die alten Gehöfte, die Scheunen, die die Feldfrucht bargen, die Stallungen, in denen das Vieh brüllte, dienen dem Zweck, für die sie gebaut wurden, längst nicht mehr. Nur eine Anzahl Gärtnerreien sind noch geblieben. Doch die Baulichkeiten im „alten Dorf“ sind bis auf die Dunggrube noch vorhanden. Man kann sie nicht einfach wegreißen, und sie lassen sich nur wenig modernisieren.

Man nehme als Beispiel den Vorort Eckenheim, den man in mancher Hinsicht als typisch für diese vorgelagerten Stadtbezirke ansprechen kann. Als Zeugen der dörflichen Vergangenheit des alten Eckenheim, das ebenso wie das beschabte Preungesheim älter als das frühmittelalterliche Frankfurt ist, stehen in Eckenheim noch rund fünfzig Scheunentore im Ort. Das heißt also, daß in wenigstens 50 Gehöften im alten Dorf landwirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt wurde.

Daß die Wohnhäuser der früheren Landwirte mit einigen Umänderungen zu Wohnzwecken weiter gebraucht werden, ist selbstverständlich. Doch was macht man mit den Scheunen, Stallungen, Schuppen und sonstigen Nebengebäuden? Eine Ausnutzung als Garagen scheint eine günstige Lösung zu sein. Aber das Ein- und Ausfahren in die schmalen, verkehrsüberlasteten Straßen des alten Ortsteils ist schwierig und gefährlich. Ansonsten sucht man die

mehr oder minder planvoll gebauten Hofgebäude für alle möglichen Verwendungszwecke, wie Lagerräume, kleinere Arbeitsstätten für Gewerbe und Handwerk, Zuhilfenbetriebe für die Industrie und so fort zu nutzen.

Schöner ist die Erscheinung der alten Ortsteile dadurch nicht geworden. Der Unterschied zwischen den neuen Vierteln der Vororte, die sich mit hübschen Häusern, gepflegten Geschäftslokalen und Grünflächen präsentieren, ist gegenüber den zweckentfremdeten Anwesen des alten Dorfes, mit teilweise auch verfallenen Wohnhäusern, oft drastisch genug sichtbar.

Das stetig wachsende Frankfurt, dessen Zerstörungswunden noch nicht ganz verarzt sind, steht gewiß noch vor gewaltigen Bauaufgaben. Die Sorge um eine zeitgemäße Umgestaltung der Vororte, die nun oftmals keine Dörfer mehr sind, sollte nicht an letzter Stelle stehen.

Ad. L.

Ein Fackelzug

Protest der Atomwaffengegner

Die „Spiegel“-Affäre benutzten Hessens Atomwaffengegner als Anlaß zu einem Fackelzug von Bornheim zur Innenstadt. „Die Presse ist frei — die Redakteure sind verhaftet“, so und ähnlich lauteten die Schlagzeilen, mit denen man auf Transparenten ernsthafte Probleme unserer Demokratie zu einer privaten Kundgebung mißbrauchte.

Begleitet von Lautsprecherwagen der Polizei trafen sich dann im kalten Wind vor Frankfurts Blumenmarkthalle etwa 200 Personen, um im Schutze eines starken Polizeiaufgebots den Rednern zu lauschen. Pfarrer Farr eröffnete die Kundgebung, auf der dann der 1. Vorsitzende der Kriegsdienstverweigerer, Herbert Stutenwanz aus Wuppertal, und Heiner Halberstadt aus Frankfurt sprachen.

M.R.

Freibank Frankfurt-Süd: Fleischverkauf am Donnerstag, 1. November, Nr. 401 bis 600 von 9 bis 10 Uhr. Von 10 bis 10.15 Uhr Verkauf von Fleisch- und Wurstkonserven an jedermann.

Unterschlagungen. Von einer Frau, die in Leopoldville im Kongo lebt, wird ein Frankfurter Kaufmann beschuldigt, als Verwalter ihrer hiesigen Wohnung 1600 Mark an vereinnahmten Mieten unterschlagen zu haben. — Ebenfalls der Unterschlagung bezichtigt wird eine 26jährige Geschäftsführerin, die ein Kofferradio-gerät im Wert von 200 Mark an sich gebracht haben soll. Sie wurde in einem Hotel festgenommen.

Winter tern ist groß

et nur kurz, es taut, dann reg-
wieder, und ehe man sich ver-
nd die Baugruben unter Wasser.
hört jedes Arbeiten auf, denn
gibt es noch keinen Schutz, und
daher die Eile verstehen, und
jetzt noch versucht wird, Hoch-
nigstens aus dem Keller her-
ngen. Mauern können wir, auch
„trieb“, sagte Dr. Teschenma-

Situation hat natürlich dazu ge-
ab die Nachfrage nach Bauarbei-
te ist...

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 31. 10. 1962
Waldstraße 99, Postfach 648

2. 11. 62

ED 948-20-54

An den

Hessischen Ausschuß
für den Ostermarsch
der Atomwaffengegner
= = = = =

Liebe Freunde,

am 22. 10. 1962 habe ich Sie zur Jahreshauptversammlung des Hessischen Ostermarschausschusses für

Montag, den 5. November 1962, 19.00 Uhr

in das Haus der Jugend, Frankfurt (Main), eingeladen. Da ich es für möglich halte, daß in den letzten turbulenten Tagen unter den vielen Rundschreiben die Einladung verloren gegangen ist, möchte ich Sie hiermit noch einmal wiederholen. Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Berichte
 - a) Bericht über vergangene Arbeit
 - b) Kassenbericht
 - c) Revisionsbericht
2. Entlastung des Arbeitsausschusses
3. Eventuelle Aufnahme neuer Mitglieder
4. Wahlen
5. Zukünftige Veranstaltungen
6. Ostermarsch 1963
7. Verschiedenes

Wie Sie wissen, ist es notwendig, daß wir zu verschiedenen Tagesordnungspunkten nur bei Anwesenheit 2/3 der Mitglieder beschlußfähig sind. Ich darf Sie deshalb recht herzlich bitten, an der Versammlung teilzunehmen. Im Falle einer Verhinderung sollte eine Entschuldigung noch rechtzeitig telefonisch erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen!

Ihr

Klaus Vack
(Klaus Vack)

31.10.62

Mündlicher Revisionsbericht MAURER

bei JH-Versammlung OMB/Hess. Ausschuß am 5. 11. 62 -

eingerücktes = Protokollaufnahme

ED 718-20-55

Am 31. 10. 62 wurde von den gewählten Revisoren Horst Maurer und Gisela Barbach die per 30. 9. abgeschlossene Buchführung geprüft, und zwar für den Zeitraum vom 1. 11. 61 bis 30. 9. 62.

Die Übereinstimmung mit der am 17. 10. vervielfältigt vorgelegten "Einnahmen- und Ausgabenrechnung für das Geschäftsjahr 1962" wird bestätigt.

Die Revision bestätigt der Geschäftsführung ordentliche Führung der Buchhaltung.

Es wurde eine Verkehrtbuchung festgestellt (Kinderfähnchen als Verpflegungskosten); aufgrund dessen wäre die Ausgabe-Position "Agitation" um etwa 345,- zu erhöhen und die Position "Verpflegung" um etwa 345,- zu vermindern.

In Erledigung der noch offenstehenden Beanstandung aufgrund der letzten Revision (Protokoll 5. 2. 62 zu 2)) wird mitgeteilt, daß das reklamierte Abschleppseil nach Auskunft der Geschäftsführung im Laufe des Ostermarsches 1962 total verschlissen wurde, da ständig ein Wagen abzuschleppen war.

Aus Gründen der Arbeitersparnis wird die Verbuchung der eingehenden Spenden en bloc nach Eingangsdatum vorgenommen. Die Revision empfiehlt, wenigstens die Beiträge von Organisationen nach Spendern getrennt gegenzubuchen, um mögliche Rückfragen schneller erledigen zu können bzw. einen eigenen Überblick zu schaffen.

Zu dem Darlehen gem. letzter Abrechnung von 2500,- der NF kann gesagt werden, daß hiervon 2000,- als Spende erlassen worden sind.

Es wurden 500 Abzeichen (Kunststoff) aus England bezogen, die per Stück 28 Pf kosteten. - Künftig sollen diese Abzeichen in Blechausführung vom deutschen ZA gekauft werden, zum Stückpreis von 40 Pf, wobei der ZA etwa 25 Pf verdient.

Es wurden 2000 Garnituren Wegwerfgeschirre gekauft zum Stückpreis von etwa 17 Pf (Becher und Gefäße). ??.

Insgesamt gab die Revision zu keinen nennenswerten Beanstandungen Anlaß; die Revisoren beantragen Entlastung der Kassenführung.

1x an AMANN
BARBACH) am 5. 11.

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

E0713-20-56

Einnahmen- und Ausgabenrechnung für das Geschäftsjahr 1962

E+A-Kto

Einnahmen:

Spenden	DM	13.035.74	✓
Teilnehmergebühr	DM	10.110.80	✓
Materialverkauf	DM	6.627.10	✓
	DM	29.773.64	✓
		=====	

Ausgaben:

Agitation, Flugblätter, Plakate usw.	DM	14.880.69	✓	+ ~ 345,-
Bus- und Transportkosten	DM	1.994.70	✓	- 340,-
Verpflegung und Übernachtung	DM	5.076.33	✓	+ 345,-
Kundgebungen	DM	952.00	✓	- 340,-
Bürokosten (Porto, Telefon, Papier)	DM	3.653.03	✓	
Fahrgelder	DM	475.40	✓	
Div. Ausgaben (auch Gerichtskosten)	DM	306.92	✓	
	DM	27.339.07	✓	
		=====		

(Fehlenden) 12.4.62(70)

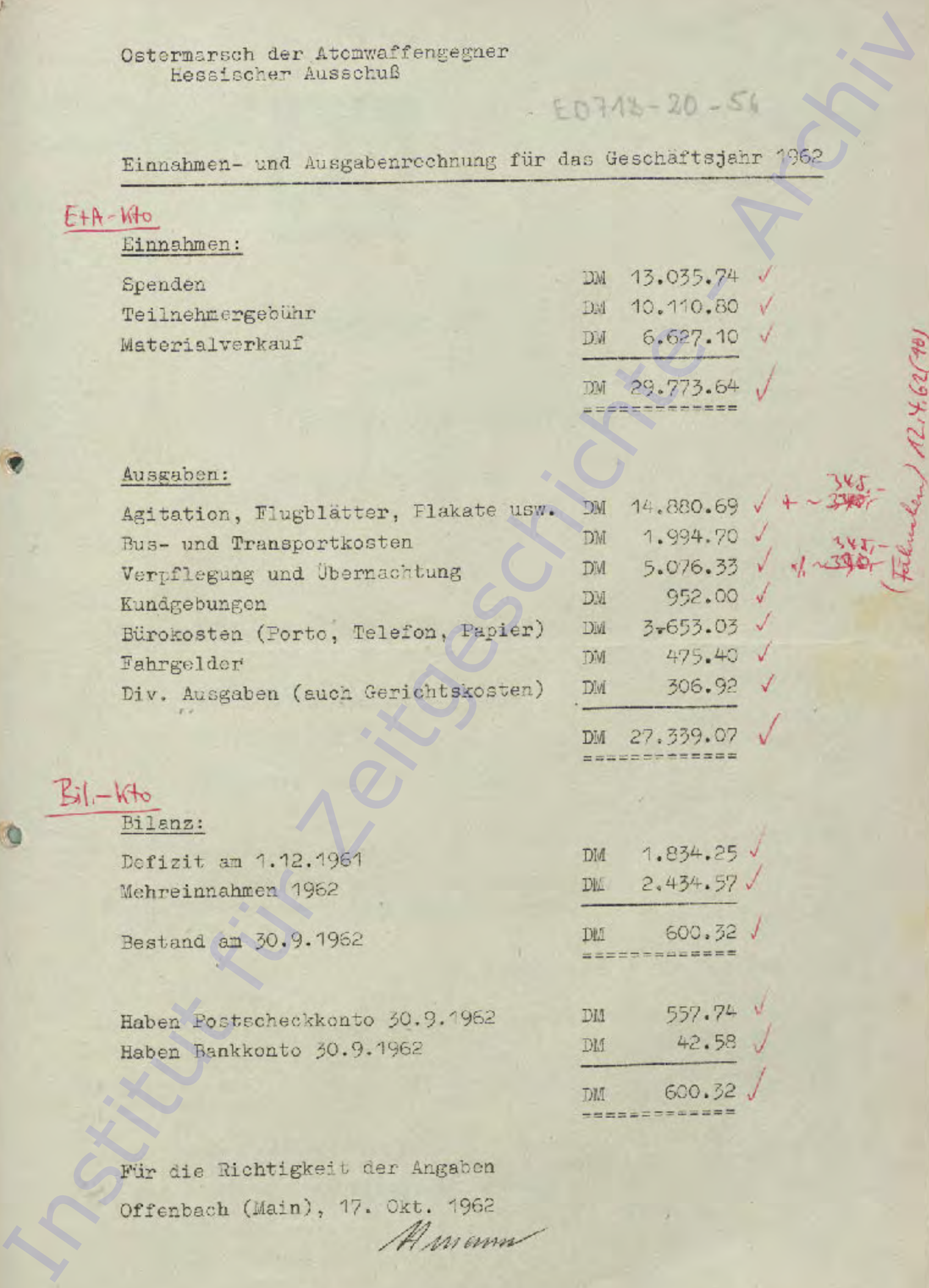
Bil.-Kto

Bilanz:

Defizit am 1.12.1961	DM	1.834.25	✓
Mehreinnahmen 1962	DM	2.434.57	✓
Bestand am 30.9.1962	DM	600.32	✓
		=====	
Haben Postscheckkonto 30.9.1962	DM	557.74	✓
Haben Bankkonto 30.9.1962	DM	42.58	✓
	DM	600.32	✓
		=====	

Für die Richtigkeit der Angaben
Offenbach (Main), 17. Okt. 1962

A. M. M.



31. 10. 68
VAEX

Sie unterstützen
den
Ostermarsch
der
Atomwaffengegner:



ED 743-4-57

- Frank Altaun
- Günther Anders
- Hanno Andres
- Stefan Andres
- Prof. Bamberger
- Benjamin Britten
- Hedwig Born
- Dr. Andreas Büro
- Domherr Collins
- Dr. Helga Einsele
- Herbert Fallier
- Pfarrer Farr
- Prof. Dr. Dr. Flechtheim
- Pfarrer Dr. Freudenberg
- Christian Geissler
- Prof. Dr. Gollwitzer
- Prof. Heckmann
- Prof. Heydorn
- Heinz Hilpert
- Peter Jasper
- Prof. Dr. Joerger
- Dr. Robert Jungk
- Dr. Erich Kästner
- Dr. Fritz Katz
- Dr. Arno Köhne
- OKR Kloppenburg DD
- Prof. Koch
- Erich Kuby
- Christel Köppers
- Margarethe Lachmund
- Fritz Lamm
- Prof. Dr. Lenz
- Prinz zur Lippe
- Dr. Bodo Manstein
- Christian Meyer-Amery
- Prof. Dr. Dr. Meier
- Pastor Mochalsky
- D. Martin Niemöller
- Prof. Petersen
- Rudolf Rolfe
- Ursula Rütt
- Bertrand Russell
- Paul Schallück
- Dr. Hans Schenk
- Robert Scholl
- Prof. Dr. Schückin
- Robert Stabenrauch
- Hans Konrad Tempel
- Prof. Dr. Ude
- Klaus Vack
- Prof. Dr. Dr. Wenzel

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Kampagne für Abrüstung

Wird es Krieg geben?

— und —

Was können Sie für den
Frieden tun?

Erklärung zur weltpolitischen Lage.

Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hess. Ausschuß

Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main), Postfach 848

Der Zentrale Ausschuß des „Osternmarsch der Atomwaffengegner“ erklärte am 29. Oktober 1962 zur Cuba-Krise:

Die Krise um Cuba beweist eindringlich, daß die auf der Androhung von Gewalt beruhende Politik der Militärmächte nicht in der Lage ist, mit den Problemen unserer Gegenwart in einer Weise fertig zu werden, die ein Überleben der Menschheit garantiert. Die Entwicklung ist an einem Punkt angekommen, an dem nurmehr eine grundsätzliche Änderung des politischen Verhaltens zu einer dauerhaften Entspannung führen kann. Wenn das lebensgefährliche Spiel der atomaren Politik nicht durch eine Politik der Vernunft ersetzt wird, die die totale Befriedung der Welt auf Grund einer gesicherten politischen Einigung der Völker anstrebt, wird die Katastrophe unausweichlich.

Angesichts der Cuba-Krise stellen wir fest und erkennen:

- daß sich die Bürger der Sowjetunion von den amerikanischen Militärstützpunkten und Raketenbasen in Innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten dieses Landes außerordentlich erlich hat,
- die weitgehende Verantwortlichkeit der USA für die heutige Situation in Cuba, die durch ihr Verhalten die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten dieses Landes außerordentlich erlich hat,
- daß die USA den cubanischen Vorschlag, die Insel völlig abzurüsten, wenn Amerika dafür eine Nichtangriffsgarantie übernimmt, zunächst abgelehnt haben und nach den Äußerungen maßgeblicher amerikanischer Politiker das Ziel verfolgen, die derzeitige cubanische Regierung zu stürzen,
- daß der Bau von Raketenbasen auf Cuba durch die Sowjetunion nicht in Einklang steht zu ihren sonstigen Erklärungen zum Frieden, die in ihren Vorschlägen für die vollständige Abrüstung und in den Verlautbarungen des Kongresses für allgemeine Abrüstung und Frieden vorliegen.

In dieser Situation unterstützen wir gemeinsam mit unseren Freunden in aller Welt die Bemühungen um die Entschärfung der Situation, wie sie von den zwischen den Fronten stehenden Kräften der UNO, den neutralen Staaten und den unabhängigen Bewegungen für Abrüstung, deren hervorragendster Vertreter Nobelpreisträger Earl Bertrand Russell ist, ausgehen. Wir erkennen ihre Bemühungen an, eine Politik zu entwickeln, die die Einplanung und Androhung der atomaren Vernichtung ganzer Völker ausschließt.

Wir erkennen aber auch die in letzter Minute gezeigte Kompromißbereitschaft des Präsidenten der USA und des sowjetischen Ministerpräsidenten. Sowohl die Nichtangriffsgarantie gegenüber Cuba durch die USA, wie auch die Bereitschaft der UdSSR, unter diesen Voraussetzungen die Raketenbasen in Cuba unter Aufsicht der UNO abzubauen, werten wir als einen Akt staatsmännisch-verantwortlichen Handelns.

Eine militärische Auseinandersetzung um Cuba zwischen den beiden Großmächten, würde nicht auf diesem Raum beschränkt bleiben. Deutschland, das an den Schnittpunkten der gegenseitigen Interessen liegt, müßte mit atomaren Vernichtungsschlägen rechnen. Es ist deshalb unverstänlich, daß die Regierungen der deutschen Staaten keine positiven und nicht einseitigen Vorschläge zur Lösung der Krise ausarbeiten, sondern es bei Treuerklärungen gegenüber dem Westen bzw. dem Osten belassen.

Es ist unverstänlich, daß die auf Mitteleuropa und besonders Deutschland zukommenden Gefahren noch nicht die Bereitschaft gestärkt haben, die Verwirklichung der Pläne für das Auseinanderdrücken der Machtblöcke durch die Schaffung von atomaffen freien Entspannungszonen zu versuchen, wie sie der Rapacki- und der Udén-Plan vorsehen.

Wir erwarten und verlangen von der Bundesregierung, daß sie durch eigene Initiativen im Sinne der Entspannung zur Lösung der Probleme beiträgt, statt den Abbau der demokratischen Rechte durch den Komplex der Notstandesgesetzgebung voranzutreiben, was zweifellos nur zu einer zusätzlichen verschärften Spannung in Mitteleuropa führen kann.

Eindringlicher denn je ergibt sich für den einzelnen Menschen und die Völker in ihrer Gesamtheit, daß sie die Entscheidung über Leben und Tod der Menschheit nicht allein ihren Regierungen überlassen können, sondern ihre vitalen Interessen demokratisch selbst vertreten müssen.

Wir fordern jeden einzelnen deutschen Bürger auf,

in diesem Augenblick der Gefährdung aus seiner Reserve herauszutreten und mit den neutralen und unabhängigen Gruppen, wie dem Osternmarsch der Atomwaffengegner und den in der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände zusammengeschlossenen Organisationen für eine Politik der Entspannung und Abrüstung einzutreten,

seine persönliche Stellungnahme, seinen zuständigen Bundes- und Kommunalpolitikern, der örtlichen Presse und dem Rundfunk mitzuteilen,

sich an örtlichen Diskussionen, Flugblattaktionen und Kundgebungen zu beteiligen.

Wir werden überall der lebensgefährlichen atomaren Politik eine Vernunftpolitik ohne Bombe entgegensetzen.

Ostermarsch ^{Mann} der Atomwaffengegner

Dr. Andreas Buro Braunschweig Röhrfeld 9

ZENTRALER AUSSCHUSS Geschäftsführung Dr. Andreas Buro

Braunschweig

Röhrfeld 9

Telefon 3 88 98

ED 718-20-58

An die

Regionalen- und Landesaus-
schüsse zur Weitergabe an
die Örtlichen Ausschüsse

Zentraler Ausschuss



Postcheck

Hannover 139 848

Dr. Andreas Buro

Sonderkonto

Braunschweig

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

den

28. Oktober 1962

2. 11. 62

Liebe Freunde!

Anbei sende ich Ihnen eine Erklärung des Zentralen Ausschusses des Ostermarsches der Atomwaffengegner, die zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände herausgegeben worden ist, um die Übereinstimmung aller für den Frieden eintretenden Kräfte in der Bundesrepublik in der Kuba-Frage zu unterstreichen.
Bitte beachten Sie folgendes:

1. Diese Erklärung ist vom Zentralen Ausschuss an die Nachrichtenagenturen und die Presse gegeben worden, ferner an die UN, die Neutralen Staaten und die Vertreter der im Kuba-Konflikt engagierten Militärmächte sowie an die Vorstände der deutschen Parteien und Gewerkschaften.
2. Die Regionalen- oder Landesauschüsse sollen diese Erklärung auf ihren Briefbogen vervielfältigen, so daß alle örtlichen Ausschüsse eine ausreichende Anzahl davon zur Verfügung gestellt bekommen können.
3. Anhand und mit dieser Erklärung, die die Stellung und Politik des Ostermarsches in der Kuba-Frage verdeutlicht, bitten wir Sie im lokalen Bereich sofort eine Lobby-Aktion zu beginnen, in dem Sie
 - + den maßgeblichen Personen in Ihrem Bereich die Erklärung zuschicken,
 - + mit ausgesuchten Leuten zu den wichtigen Vertretern der Behörden, Organisationen und der Kirche geben, um ihnen unseren Standpunkt und unsere Konsequenz aus dieser Situation darzulegen. Dazu ist es natürlich notwendig, daß sich die Vertreter des OM genau über die Entwicklung der Situation in Kuba informieren.
 - + Gut wäre ferner, eine Aktion "Scheiberwischer" oder überhaupt "Flugblattverteilung" vorzunehmen. Dazu müßten Sie den Text der Erklärung als Flugblatt drucken lassen und damit gleichzeitig zu einer kurzfristig angesetzten Kundgebung in Ihrem Bereich einladen.

- 2 -

4. Zur Entlastung der OM-Gruppen lassen wir den Fackelmarsch in Bonn zum Abschluß der dortigen Lobby-woche am 1. Dezember ausfallen. Wir werden an diesem Tage nur eine Kundgebung abhalten, die von den nahegelegenen örtlichen Gruppen unterstützt werden wird. Sie brauchen daher nicht eine größere Zahl von OM-Teilnehmern nach Bonn zu schicken, das eingesparte Geld verwenden Sie bitte für die Lobby-Aktion in Ihrem Bereich.
5. Die Lobby-woche in Bonn vom 26.11. - 1.12.1962 findet selbstverständlich wie geplant statt. Sie hat angesichts der Situation in Kuba erhöhte Bedeutung. Wir bitten Sie, uns hierzu sofort ausgesuchte Persönlichkeiten zu benennen, die bereit sind, als Diskussionsredner für einen oder mehrere Tage an der Lobby-woche teilzunehmen.

Ich bitte Sie, mich über den Verlauf Ihrer örtlichen Aktionen zu unterrichten und bin

mit freundlichen Grüßen

Ihr

gez. Andreas Buro

P.S. Kleinere Mengen an Flugblättern mit der Erklärung des Zentralen Ausschusses können bei sofortiger Bestellung über den Hessischen Ausschuß, Offenbach/M

Waldstr. 99, Tel. 88 37 64

bezogen werden. Sofortige telefonische Bestellungen sind anzuraten.

D.O.

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Dr. Andreas Buro Braunschweig Röhfeld 8

ZENTRALER AUSSCHUSS Geschäftsführung Dr. Andreas Buro

Braunschweig
Röhfeld 8
Fernruf 88898



Erklärung zur Cuba-Krise
28. Oktober 1962

Postcheck Hannover 88848
Dr. Andreas Buro
Sonderkonto
Braunschweig

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

den

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände und der Ostermarsch der Atomwaffengegner, die beiden Dachorganisationen der unabhängigen und neutralen Friedenskräfte in Deutschland geben gemeinsam die folgende Erklärung zur Cuba-Krise ab:

Erklärung

Die Krise um Cuba beweist eindringlich, daß die auf der Androhung von Gewalt beruhende Politik der Militärmächte nicht in der Lage ist, mit den Problemen unserer Gegenwart in einer Weise fertig zu werden, die ein Überleben der Menschheit garantiert. Die Entwicklung ist an einen Punkt gekommen, an dem nurmehr eine grundsätzliche Änderung des politischen Verhaltens zu einer dauerhaften Entspannung führen kann. Wenn das lebensgefährliche Spiel der atomaren Politik nicht durch eine Politik der Vernunft ersetzt wird, die die totale Befriedung der Welt auf Grund einer gesicherten politischen Einigung der Völker anstrebt, wird die Katastrophe unausweichlich.

Angesichts der Cuba-Krise stellen wir fest und erkennen:

- + daß sich die Bürger der Sowjetunion von den amerikanischen Militärstützpunkten und Raketenbasen in aller Welt mit Recht genauso bedroht fühlen wie die Amerikaner durch den Bau von sowjetischen Raketenbasen in Cuba.
- + die weitgehende Verantwortlichkeit der USA für die heutige Situation in Cuba, die durch ihr Verhalten die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten dieses Landes außerordentlich erhöht hat.
- + daß die USA den cubanischen Vorschlag, die Insel völlig abzurüsten, wenn Amerika dafür eine Nichtangriffsgarantie übernimmt, zunächst abgelehnt haben und nach den Äußerungen maßgeblicher amerikanischer Politiker das Ziel verfolgen, die derzeitige cubanische Regierung zu stürzen.
- + daß der Bau von Raketenbasen auf Cuba durch die Sowjetunion nicht in Einklang steht zu ihren sonstigen Erklärungen zum Frieden, wie sie in ihren Vorschlägen für die vollständige Abrüstung und in den Verlautbarungen des Kongresses für allgemeine Abrüstung und Frieden vorliegen.

b.w.

In dieser Situation unterstützen wir gemeinsam mit unseren Freunden in aller Welt die Bemühungen um die Entschärfung der Situation, wie sie von den zwischen den Fronten stehenden Kräften der UNO, den neutralen Staaten und den unabhängigen Bewegungen für Abrüstung, deren hervorragendster Vertreter Nobelpreisträger Earl Bertrand Russell ist, ausgehen. Wir erkennen ihre Bemühungen an, eine Politik zu entwickeln, die die Einplanung und Androhung der atomaren Vernichtung ganzer Völker ausschließt. Wir erkennen aber auch die in letzter Minute gezeigte Kompromißbereitschaft des Präsidenten der USA und des sowjetischen Ministerpräsidenten. Sowohl die Nicht-Angriffsgarantie gegenüber Cuba durch die USA wie auch die Bereitschaft der UdSSR, unter dieser Voraussetzung die Raketenbasen in Cuba unter Aufsicht der UNO abzubauen, werten wir als einen Akt staatsmännisch verantwortlichen Handelns.

Eine militärische Auseinandersetzung um Cuba zwischen den beiden Großmächten würde nicht auf diesen Raum beschränkt bleiben. Deutschland, das an den Schnittpunkten der gegenseitigen Interessen liegt, muß mit atomaren Gegenschlägen rechnen. Es ist deshalb unverständlich, daß die Regierungen der deutschen Staaten keine positiven und nicht-einseitigen Vorschläge zur Lösung der Krise ausarbeiten, sondern es bei Treueerklärungen gegenüber dem Westen bzw. dem Osten belassen.

Es ist unverständlich, daß die auf Mitteleuropa und besonders Deutschland zukommenden Gefahren noch nicht die Bereitschaft gestärkt haben, die Verwirklichung der Pläne für das Auseinanderrücken der Machtblöcke durch die Schaffung von atomwaffenfreien Entspannungszonen zu versuchen, wie sie der Rapacki-, Pflleiderer- oder Undén-Plan vorsehen.

Wir erwarten und verlangen von der Bundesregierung, daß sie durch eigene Initiativen im Sinne der Entspannung zur Lösung der Probleme beiträgt, statt den Abbau der demokratischen Rechte durch den Komplex der Notstandsgesetzgebung voranzutreiben, was zweifellos nur zu einer zusätzlichen Verschärfung der Spannungen in Mitteleuropa führen kann.

Eindringlicher denn je ergibt sich für den einzelnen Menschen und die Völker in ihrer Gesamtheit, daß sie die Entscheidung über Leben und Tod der Menschheit nicht allein ihren Regierungen überlassen können, sondern ihre vitalen Interessen demokratisch selbst vertreten müssen.

Wir fordern jeden einzelnen deutschen Bürger auf, in diesem Augenblick der Gefährdung aus seiner Reserve herauszutreten und mit den neutralen und unabhängigen Gruppen wie dem Ostermarsch der Atomwaffengegner und den in der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände zusammengeschlossenen Organisationen für eine Politik der Entspannung und Abrüstung einzutreten, seine persönliche Stellungnahme seinen zuständigen Bundes- und Kommunalpolitikern, der örtlichen Presse und dem Rundfunk mitzuteilen und sich an örtlichen Diskussionen, Flugblattaktionen und Kundgebungen zu beteiligen. Wir werden überall der lebensgefährlichen, atomaren Politik eine Vernunftpolitik ohne Bombe entgegensetzen.

50 742-20-40

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach (Main), 28.10.62
Waldstr. 99, Postfach 648

30.10.62

Liebe Freunde,

in der Cuba-Krise hat sich plötzlich eine entspannende Wende gezeigt. Die Bereitschaft Chruschtschows, bedingungslos unter Kontrolle der UNO die Raketenbasen auf Cuba abzubauen und in die Sowjetunion zurückzutransportieren, wird von vielen westlichen Machtpolitikern als ein Erfolg der Politik der Stärke dargestellt werden.

Wir dürfen aus der neuen Situation keineswegs die Konsequenz ziehen, die Gefahr ist behoben und eine Demonstration damit sinnlos geworden. Wir müssen vielmehr feststellen, daß gerade jetzt, stärker als bisher, unsere Forderungen nach atomwaffenfreier Zone, allgemeine, kontrollierte Abrüstung und Abschaffung aller vorhandenen Kernwaffen deutlicher und nachdrücklicher in der Öffentlichkeit vertreten werden müssen.

Keinesfalls dürfen wir die innenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik übersehen (für die wir einen ursächlichen Zusammenhang mit der Cuba-Krise vermuten können), die dazu führte, daß Redakteure des oppositionellen Nachrichtenmagazins "Der Spiegel" verhaftet und das Archiv des Spiegels beschlagnahmt wurde. Es muß sich die Befürchtung aufdrängen, daß man auf dem Höhepunkt der Cuba-Krise bereits ohne Vorhandensein eines Notstandsgesetzes die grundsätzlichen Rechte in einem freiheitlich demokratischen Staat völlig zunichte machen will. Es kommt auch nicht von ungefähr, daß gerade in diesen Tagen von der Bundesregierung und von profilierten Sprachern mehrerer Fraktionen nachdrücklich eine schnellstmögliche Regelung in der Notstandsgesetzgebung gefordert wird.

Wir werden deshalb unsere angemeldete und geplante Demonstration am kommenden Dienstag, dem 30.10.1962 durchführen. Wir bitten Sie noch einmal, die Dienstag-Ausgabe der Frankfurter Rundschau zu kaufen und einer Annonce des Hessischen Ostermarsch-Ausschusses nähere Hinweise über die Veranstaltung zu entnehmen.

Auf jeden Fall treffen wir uns um 18.30 Uhr an der Kirchner-Schule in Frankfurt (Main)-Bornheim in der Berger-Straße - Alt-Bornheim.

Liebe Freunde, wir bitten Sie herzlich, alles dafür zu tun, daß unsere Demonstration eine große Veranstaltung und damit der Öffentlichkeit gezeigt wird, daß es in Krisen-Situationen, wie in diesen Tagen, nicht nur die Möglichkeit der Resignation, sondern der Aktion gegen die unvernünftige Politik der Stärke gibt.

Mit freundlichen Grüßen,

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Institut



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

28. 10. 62

30. 10. 62

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Zentraler Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände und der Ostermarsch der Atomwaffengegner, die beiden Dachorganisationen der neutralen und unabhängigen Friedenskräfte in Deutschland geben gemeinsam folgende Erklärung zur Cuba-Krise ab:

Die Krise um Cuba beweist eindringlich, daß die auf der Androhung von Gewalt beruhende Politik der Militärmächte nicht in der Lage ist, mit den Problemen unserer Gegenwart in einer Weise fertig zu werden, die ein Überleben der Menschheit garantiert. Die Entwicklung ist an einem Punkt angekommen, an dem nurmehr eine grundsätzliche Änderung des politischen Verhaltens zu einer dauerhaften Entspannung führen kann. Wenn das lebensgefährliche Spiel der atomaren Politik nicht durch eine Politik der Vernunft ersetzt wird, die die totale Befriedung der Welt auf Grund einer gesicherten politischen Einigung der Völker anstrebt, wird die Katastrophe unausweichlich.

Angesichts der Cuba-Krise stellen wir fest und erkennen:

- + daß sich die Bürger der Sowjetunion von den amerikanischen Militärstützpunkten und Raketenbasen in aller Welt mit Recht genau so bedroht fühlen, wie die Amerikaner durch den Bau der sowjetischen Raketenbasen auf Cuba.
- + die weitgehende Verantwortlichkeit der USA für die heutige Situation in Cuba, die durch ihr Verhalten die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten dieses Landes außerordentlich erhöht hat.
- + daß die USA den cubanischen Vorschlag, die Insel völlig abzurüsten, wenn Amerika dafür eine Nichtangriffsgarantie übernimmt, zunächst abgelehnt haben und nach den Äußerungen maßgeblicher amerikanischer Politiker das Ziel verfolgen, die derzeitige cubanische Regierung zu stürzen.
- + daß der Bau von Raketenbasen auf Cuba durch die Sowjetunion nicht in Einklang steht zu ihren sonstigen Erklärungen zum Frieden, die in ihren Vorschlägen für die vollständige Abrüstung und in den Verlautbarungen des Kongresses für allgemeine Abrüstung und Frieden vorliegen.

In dieser Situation unterstützen wir gemeinsam mit unseren Freunden in aller Welt die Bemühungen um die Entschärfung der Situation, wie sie von den zwischen den Fronten stehenden Kräften der UNO, den neutralen Staaten und den unabhängigen Bewegungen für Abrüstung, deren hervorragendster Vertreter Nobelpreisträger Earl

- 2 -

Bertrand Russell ist, ausgehen. Wir erkennen ihre Bemühungen an, eine Politik zu entwickeln, die Einplanung und Androhung der atomaren Vernichtung ganzer Völker ausschließt.

Wir erkennen aber auch, die in letzter Minute gezeigte Kompromissbereitschaft des Präsidenten der USA und des sowjetischen Ministerpräsidenten. Sowohl die Nichtangriffsgarantie gegenüber Cuba durch die USA, wie auch die Bereitschaft der UdSSR, unter diesen Voraussetzungen die Raketenbasen in Cuba unter Aufsicht der UNO abzubauen, werten wir als einen Akt staatsmännisch-verantwortlichen Handelns.

Eine militärische Auseinandersetzung um Cuba zwischen den beiden Großmächten, würde nicht auf diesen Raum beschränkt bleiben. Deutschland, das an den Schnittpunkten der gegenseitigen Interessen liegt, müßte mit atomaren Vernichtungsschlägen rechnen. Es ist deshalb unverständlich, daß die Regierungen der deutschen Staaten keine positiven und nicht einseitigen Vorschläge zur Lösung der Krise ausarbeiten, sondern es bei Treueerklärungen gegenüber dem Westen bzw. dem Osten belassen.

Es ist unverständlich, daß die auf Mitteleuropa und besonders Deutschland zukommenden Gefahren noch nicht die Bereitschaft gestärkt haben, die Verwirklichung der Pläne für das Ausrücken der Machtblöcke durch die Schaffung von atomwaffenfreien Entspannungszonen zu versuchen, wie sie der Rapacki- und der Undénplan vorsieht.

Wir erwarten und verlangen von der Bundesregierung, daß sie durch eigene Initiativen im Sinne der Entspannung zur Lösung der Probleme beiträgt, statt den Abbau der demokratischen Rechte durch den Komplex der Notstandsgesetzgebung voranzutreiben, was zweifellos nur zu einer zusätzlichen verschärften Spannung in Mitteleuropa führen kann.

Eindringlicher denn je ergibt sich für den einzelnen Menschen und die Völker in ihrer Gesamtheit, daß sie die Entscheidung über Leben und Tod der Menschheit nicht allein ihren Regierungen überlassen können, sondern ihre vitalen Interessen demokratisch selbst vertreten müssen.

Wir fordern jeden einzelnen deutschen Bürger auf, in diesem Augenblick der Gefährdung aus seiner Reserve hervorzutreten und mit den neutralen und unabhängigen Gruppen, wie dem Ostermarsch der Atomwaffengegner und den in der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände zusammengeschlossenen Organisationen für eine Politik der Entspannung und Abrüstung einzutreten, seine persönliche Stellungnahme, seinen zuständigen Bundes- und Kommunalpolitikern, der örtlichen Presse und dem Rundfunk mitzuteilen, sich an örtlichen Diskussionen, Flugblattaktionen und Kundgebungen zu beteiligen.

Wir werden überall der lebensgefährlichen atomaren Politik eine Vernunftspolitik ohne Bombe entgegensetzen.

Offenbach (Main), 28. Okt. 1962 - Büro

OMB

ED 718-28-67

Horst Maurer

6000 Frankfurt 14, 28. 10. 62 21.00

mit der Idee, Staatsrat der SPD zu sein - ...
Burgstr. 47

Tel über 49 10 61

tags 20221/4317

Notiz

sowie zur Kenntnis an VACK Offenbach / Eilbrief So 22.10h
 VIEMAR Pfm }
 ZIMMERMANN Pfm } Briefe So 22.10h
 EBERT Stuttgart
 (Gewaltlose Aktion)
 FALLER, Pfm
 TEMPEL

SPIEGEL - Affäre

Die Hamburger GEWALTLOSE-AKTION-Gruppe um TEMPEL sowie TEMPEL selbst teilten mir telefonisch mit, daß evtl. eine Aktion in Sachen SPIEGEL gestartet werden müsse; Näheres sollte ich sonntag mittag erfahren; abschließend per sonntag abend folgendes:

In Hamburg steht die Presse kopf; sämtlich pro SPIEGEL.

AUGSTEIN kann wegen "Landesverrat" verhaftet werden, wenn STRAUSS erklärt, daß die veröffentlichten Einzelheiten geheim seien und die Veröffentlichung die Landesverteidigung gefährdet; die Justiz muß diese STRAUSS-Behauptung dann gewissermaßen hinnehmen, da eine richterliche Prüfung bereits wieder wegen "Geheim" nicht möglich ist. - Demnach scheint AUGSTEIN in STRAUSS' Hand gegeben.

Vorerst soll von uns abgewartet werden, welche weiteren Schritte die Bundesanwaltschaft unternehmen wird und besonders, ob die SPIEGEL-Ausgabe vom 5. 11. wird erscheinen können; vorerst wird sich montag entscheiden, ob die Redakteure ab Montag wieder in ihre eigene Redaktion können. - STERN/ZEIT-BUCHHEISS hat bereits angeboten, den nächsten SPIEGEL in den STERN-Redaktionsräumen von den SPIEGEL-Leuten machen zu lassen.

TEMPEL bittet, Aktionen von Gruppen vorerst zurückzustellen, da diese momentan mehr schaden als nützen könnten, und zwar 1) da dem SPIEGEL Beifall seitens des OSTERMARSCHES oder auch des VK oder einzelner Gruppen wegen deren Wenig-Beliebtheit nicht nützen würden und 2) seitens unserer Opposition die ganze Sache so gesehen werden könnte, daß "außer dem Journalistenverband und den paar üblichen Meckerern" sich niemand ernstlich um die Sache kümmere.

Stattdessen soll in dieser jetzigen ersten Phase versucht werden, möglichst viele einzelne Persönlichkeiten zu einer Protest-Stellungnahme zu veranlassen, und zwar ganz allgemein "für die Pressefreiheit". "Für die Pressefreiheit" besonders deswegen, weil zur Zeit beim SPIEGEL nicht nur in bezug auf den einen Artikel recherchiert wird, sondern man die Gelegenheit benutzt, das gesamte Archiv zu durchstöbern und dabei natürlich viel mehr finden wird, als momentan akut ist - eine schwerwiegende Attacke gegen die Pressefreiheit an sich scheint gegeben.

Ich bitte VACK, in diesem Sinn an die uns bekannten Einzelpersönlichkeiten zu schreiben, daß sich diese sofort an die Öffentlichkeit wenden (TEMPEL dachte hauptsächlich an BIERMÖLLER). Es muß aber, wie gesagt, klargemacht werden, daß es sich (vorerst) nicht um eine OSTER-

ED 318-20-05

DMP

8000 Frankfurt 14. 28. 10. 82
MARSCH-AKTION handelt. - VACK bitte ich deshalb, weil bei ihm
die Adressen konzentriert sein dürften. Ich danke an

- NIEMÖLLER
- ROLES
- EINSELE
- NIKEL
- MOCHALSKI

Darüberhinaus natürlich sämtliche "Persönlichkeiten".
TEMPEL gibt in den nächsten Tagen bekannt, ob und wie doch
Gruppenaktionen zu starten sind.

Ho. Post. 14. 28. 10. 82
Brief. 20. 25. 82

TEMPEL
FALLER, Fm

SPIEGEL - AKTION

Die Hamburger GEWALTLOSE-AKTION-Gruppe um TEMPEL sowie TEMPEL selbst
stellen mir folgende mit, das evtl. eine Aktion in Baden SPIEGEL
gestartet werden könnte; letzteres sollte ich Sonntag mitteilen
abschließend per Sonntagabend folgendes:

In Hamburg steht die Presse Kopf; sämtlich pro SPIEGEL.

AUGSTEIN kann wegen "Landesverrat" verhaftet werden, wenn STRAUSS
erklärt, das die veröffentlichten Informationen geheim seien und die
Veröffentlichung die Landesverteidigung gefährdet; die Justiz um
diese STRAUSS-Behauptung dann Revisionen einreichen, da eine
richterliche Prüfung bereits wieder wegen "Geheim" nicht möglich
ist. - Demnach scheint AUGSTEIN in STRAUSS' Hand gegeben.

Vorort soll von uns agiert werden, welche weiteren Schritte
die Bundeswehrmacht unternehmen wird und besonders, ob die
SPIEGEL-Angabe von 2. 11. wird erproben können; Vorort wird
sich Montag entscheiden, ob die Redaktion ab Montag wieder in
ihre eigene Redaktion können. - STERN/ZEITUNG hat bereits
angeboten, den nächsten SPIEGEL in den STERN-Redaktionsräumen
von den SPIEGEL-Leuten machen zu lassen.

TEMPEL bittet, Aktionen von Gruppen vorerst zurückzustellen, da
diese momentan mehr schaden als Nutzen könnten, und zwar 1) da den
SPIEGEL Teilfall mit dem des GÖTTENBERGERS oder auch des VK oder
einer Gruppe wegen deren Weite-Kollektivität nicht hätten werden
und 2) wenn unserer Opposition die ganze Sache so gesehen werden
könnte, das "außer dem Journalistenverband und den paar Pfaffen
Kocherern" sich niemand ernstlich um die Sache kümmere.

Steffensen soll in dieser Zeitigen ersten Phase verhaftet werden,
möglichst viele einzelne Persönlichkeiten zu einer Protest-Stellung-
nahme zu veranlassen, und zwar ganz allgemein "Ganz für die Presse-
freiheit". "Für die Pressefreiheit" besonders deswegen, weil zur
Zeit beim SPIEGEL nicht nur in Bezug auf den einen Artikel reden-
orientiert wird, sondern man die Gelegenheit benutzt, das gesamte Archiv
zu durchsuchen und dabei natürlich viel mehr finden wird, als momentan
aktuell ist - eine schwerwiegende Attacke gegen die Pressefreiheit an
sich scheint gegeben.

Ich bitte VACK, in diesem Sinn an die am bekanntesten Mitarbeiter
koffen zu schreiben, das sich diese sofort an die Öffentlichkeit zu-
den (TEMPEL dachte ausschließlich an NIEMÖLLER). In dem aber, wie es
neut. klarsteht werden, das es sich (Vorort) nicht um eine GÖTTEN-



pressediensst

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Presseerklärung zur Cuba-Krise

Was von Atomwaffen- und Kriegsgegner immer wieder warnend in der Öffentlichkeit aufgezeigt wurde, ist in den letzten Tagen Wirklichkeit geworden. Der kalte Krieg, das atomare Wettrüsten, haben in der Cuba-Krise einen neuen unheilvollen Höhepunkt erreicht. Die Politik der Stärke hat die Welt an den Rand eines Atomkrieges geführt.

Bedauerlicherweise hat die Bundesregierung in dieser Situation, wie schon so oft, darauf verzichtet, eigene Vorstellungen zu entwickeln und das Vorgehen der Vereinigten Staaten rückhaltlos und ohne ausführliche Prüfung gebilligt. In anderen Staaten, die der westlichen Hemisphäre angehören, z.B. Großbritannien und Frankreich hat man sich wesentlich zurückhaltender geäußert.

Obwohl am heutigen Tage auf eine Entspannung, die sich in der Cuba-Krise abzeichnen soll, hingewiesen wird, weiß jeder, der die politische Situation realistisch einschätzen kann, daß die große Gefahr für die Weiterexistenz der Menschheit noch nicht gebannt ist.

In aller Welt erheben deshalb oppositionelle Kreise und vorwiegend die Atomwaffengegner ihre Stimme und fordern eine Politik der Entspannung, eine Politik ohne Säbelrasseln. Auch der Ostermarsch der Atomwaffengegner sieht sich veranlaßt, mit Kundgebungen in die Öffentlichkeit zu treten. Bereits heute abend versammeln sich in Offenbach (Main) Kriegsdienstverweigerer zu einer Kundgebung unter dem Motto "Der kleine Mann und der große Krieg". Weitere solche Veranstaltungen sind in Darmstadt, Marburg und Kassel vorgesehen.

Für Dienstag, den 30.10.1962 hat der hessische Ostermarsch-Ausschuß zu einer Demonstration und Kundgebung in Frankfurt (Main) aufgerufen. Die Hauptforderung dieser Kundgebung wird sein: Nicht schießen - verhandeln.

Sie finden beigelegt ein Flugblatt, das nähere Hinweise zu dieser Veranstaltung gibt. Wir werden uns erlauben, Sie auch weiterhin über diese Angelegenheit zu unterrichten.

Offenbach (Main), 27.10.1962 - Vack

27. 10. 62

Wird es Krieg geben?

Stoppt den Krieg! 22. Oktober 1962: 35-Megatonnen-Bombe im Notwurf von amerikanischen Düsenbomber B-52 über Nord-Carolina abgeworfen . . . nur die letzte Sicherung verhinderte eine Explosion.

Auch über unserem Land fliegen B-52-Maschinen mit H-Bomben an Bord!

Die deutsche Bundesregierung will es so!

Stoppt den Krieg! 23./24. Oktober 1962: Amerikanische und sowjetische Streitkräfte machen gefechtsklar . . . wegen Kuba.

Auch die Raketenstationen in Deutschland haben Alarm!

Die deutsche Bundesregierung will es so!

UND WIR?

Sollen wir mit Höscherl's Feuerpatsche resignieren und vor Angst in den Keller gehen?

Wichtig ist: Jetzt mutig und mit Vernunft handeln.

Das betrifft alle: **DEMONSTRATION FÜR DEN FRIEDEN!**

Am Dienstag, dem 30. Oktober 1962, um 18.30 Uhr

Treffpunkt: Kirchnerschule in Bornheim
Ecke Bergerstraße und Alt-Bornheim
Fackel-Schweige-Marsch über Bergerstraße,
Arnsburgerstraße, Sandweg, Zeil zur Hauptwache

19.30 Uhr: Kundgebung auf der Hauptwache

Motto: **Stoppt den Krieg**

Noch ist es nicht zu spät

Wir wollen keinen Krieg

Keine Atomwaffen im Kuba-Konflikt

Weg mit den Atomwaffen aus Deutschland

Weg mit den Atomwaffen in West und Ost

Nicht schießen: **VERHANDELN!**

Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß

Verantwortl.: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main), Postfach 648

Druck: W. Plouain - Offenbach am Main



zu
1) Wir fordern atom- ~~...~~ X
~~...~~ rüstungsfreien füstel.
1) um beide Militärblöcke

zu
2) Das Verheizen der
2) Deutschen fängt bei
Kuba an

Weder für Kuba noch für X
3) Berlin sterben -
Machtstreben
✓ ~~Kommunismus~~ geistig
überwinden!

4) Wir wollen nicht
verheizt werden!

5) Wir überwinden ~ Komm. (X)
nicht durch Sterben in Kuba
oder Bln!

zu
3
6) Kuba als Vorwand X
für deutsches Notstandsgesetz?

7) Soll K. so Notg. N. h. h.?
7) ✓

8) Geistige Initiative ~~...~~ X
anstatt Notstandsgesetz! ~~...~~
✓ ~~...~~

9) Wieso so Notg. an Kubakrise?

VACK

26. 10. 62

Ho tel II

Weitere Program-
Vorschläge an
VACK

kann höchstens
2-3 ver-
wenden, da ins-
gesamt nur Druck
v. 6-8 möglich
(evtl.)

Einseitige Anti-Komm.
Überwindungs-Forderung.
lehnt er ab. -
auch Gefahr des
Imperialismus betonen!

ED 748-20-60

Sa 27. 10.

Ho tel an VACK sen. + VILMBR,
dass am Di 2
SPIEGEL-Verheften.
mit einbezogen werden.

X: für VK-Mit. empfohlen
(→ 26. 10. 62 VK Bund)

Der Magistrat
Ausgleichsamt

Frankfurt (Main),
Berliner Straße 33 - 35

Geschäftsstelle

Az.:

VS	KS	Ost	HF	KSR	
----	----	-----	----	-----	--

An

.....
.....
.....
.....

Betr.: Aktenübersendung für
geb. am bisher Frankfurt/M.,
jetzt:

Der/Die obengenannte Geschädigte ist in den Bereich Ihres Amtes ver-
zogen. Wir übersenden daher zuständigkeitshalber die zu nachstehenden
Anträgen angefallenen Vorgänge:

Feststellungsantrag nach dem FG in doppelter Ausfertigung

Kriegsschadenrente nach dem LAG

Hausratentschädigung nach dem LAG

Hauptantrag auf Gewährung von Soforthilfe nach dem SHG

mit e) Ergänzungsantrag auf Gewährung von Unterhaltshilfe

Handwritten notes:
KW
Cul
off
B
B

ED 748-20-66

Zeitgeschichte

VACK

883764

26. 10. 62

Handel I

I: Hände weg / Kubra - bleibt
n / / Blm - \emptyset weg

(um Kredit geht fließen)

II: a) "Kontrolle + für polit. El / W N"
e b) "Kontrolle + Kontrolle für El
"Militärblocks" in etwa so geplant

- 2) n G Bundesreg. "pro USA"
Verheißungs-Angebot an NATO/USA } ja -
noch
Slogans
vorab
- 3) — Kubra als Vorwand e Notstandsges.
n DGB — } vorab

26. 10. 62

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach (Main), 25.10.1962
Waldstr. 99, Postfach 648

Liebe Freunde,

in diesen Tagen ist die Welt durch den Kuba-Konflikt an den Rand eines Weltkrieges geraten. Der Hessische Ostermarschausschuß sieht sich deshalb veranlaßt unverzüglich zu einer Demonstration aufzurufen, die Anfang nächster Woche stattfinden wird und zu der Sie die Einladung morgen oder übermorgen erhalten.

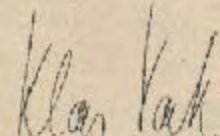
Zur Vorbereitung der Kundgebung in der Stadt Frankfurt möchten wir alle Freunde, die Pkw's besitzen, bitten, ihre Fahrzeuge in den nächsten Tagen mit Plakaten, die auf den Kuba-Konflikt und unsere geplante Kundgebung hinweisen, zu behängen und damit durch die Stadt zu fahren. Auch Motorradfahrer und Mopedfahrer werden gebeten, so weit es möglich ist, solche Schilder an ihren Fahrzeugen zu befestigen.

Die Plakate werden am kommenden Samstag, 27.10.1962 im Walter-Welker-Heim, Frankfurt-Bockenheim, Rödelheimer Str. 12 von 9 - 15 Uhr ausgehändigt.

Wir bitten recht viele Freunde, dieses Vorhaben zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen,

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß


(Klaus Vack)

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

23. 10. 62
605 Offenbach, 22. 10. 1962
Waldstraße 99, Postfach 648

ED 718-20-68

An den

Hessischen Ausschuß
für den Ostermarsch
der Atomwaffengegner
= = = = =

Liebe Freunde,

ich lade Sie zu unserer nächsten Sitzung für Montag, den 5. November 1962, 19.00 Uhr, ins Haus der Jugend, Frankfurt (Main), ein. Diese Sitzung trägt den hochtrabenden Namen

"Jahreshauptversammlung"

weil wir uns mit der Wahl eines neuen Arbeitsausschusses beschäftigen müssen. Ich schlage folgende Tagesordnung vor:

1. Berichte
 - a) Bericht über vergangene Arbeit
 - b) Kassenbericht
 - c) Revisionsbericht
2. Entlastung des Arbeitsausschusses
3. Eventuelle Aufnahme neuer Mitglieder
4. Wahlen
5. Zukünftige Veranstaltungen
6. Ostermarsch 1963
7. Verschiedenes

Ich möchte Sie besonders darauf hinweisen, daß wir zur Beratung verschiedener Tagesordnungspunkte nur beschlußfähig sind, wenn 2/3 der Mitglieder anwesend sind. Ich darf Sie deshalb recht herzlich um Ihre Anwesenheit bitten. Im Falle einer Verhinderung sollte eine Entschuldigung spätestens 3 Tage vor der Sitzung erfolgen, damit wir im Notfall für die Tagesordnungspunkte, bei denen 2/3 der Mitglieder anwesend sein müssen, schriftliches Einverständnis einholen können. Ich verbleibe

mit freundlichen Grüßen,

Ihr

Klaus Vack

(Klaus Vack)

22. 10. 62

Tel an Man

VACK

bittet zur OM-Revision;

ich + BURBACH, da RÖPFERT ausgefallen ist.

Mi 31. 10. 17.30^h im Offentuch 121-

Mo. 5. 11. OM-JH mit Bericht

Ostermarsch der Atomwaffengeegner

Offenbach (Main) 4 - Postfach 648

An alle
Teilnehmer und Freunde
des Ostermarsches der
Atomwaffengeegner

=====

Hessischer Ausschuss

Verantwortlich: Klaus Vack
Offenbach (Main)

Fritz Amann
Darmstadt

Geschäftsstelle: Offenbach (Main)
Waldstraße 99

Postcheck: Frankfurt (M) 57648

Bank: Bank für Gemein-
wirtschaft
Offenbach 740294

Datum:



18. 10. 1962
Va. /H.

20. 10. 62

Liebe Freunde,

jetzt in den Monaten vor Jahreschluß wird die Aktivität des Ostermarsches in der Öffentlichkeit etwas zurück gehen. Wir haben leider finanziell und organisatorisch noch nicht die Kraft, ständig größere Aktionen durchzuführen. Unser Hauptaugenmerk wird deshalb bis in den Monat Dezember darauf gerichtet sein, die organisatorische Vorbereitung gegenüber den Behörden für den Ostermarsch 1963 zu treffen. Es ist dann geplant, Ende Januar, Anfang Februar als Startschuß für den kommenden Ostermarsch eine große öffentliche Kundgebung mit internationaler Beteiligung durchzuführen.

In der Zwischenzeit sollten Sie aber nicht ruhen. Es gilt gerade in den kommenden Monaten für den Ostermarsch zu werben und neue Anhänger zu gewinnen. Wir haben nach dem 1. September zur "Aktion 2. Mann" aufgerufen, die das Ziel hat, die feste Teilnehmerzahl für den Ostermarsch 1963 zu verdoppeln. Um Ihre Bemühungen in dieser Richtung zu unterstützen, haben wir nun eine Schrift herausgebracht, die den Interessierten über Zielsetzung, organisatorischen Aufbau der Ostermarschbewegung und über die Form unseres Widerstandes Aufklärung gibt. Wir haben 1 Exemplar dieser Schrift beigelegt und richten nun an Sie, liebe Freunde, die Bitte, weitere Exemplare zu bestellen und im Kreis Ihrer Bekannten zu verteilen. Jeder von uns muß überzeugt sein, daß seine Teilnahme an den Aktionen des Ostermarsches nicht genügt und daß er darüber hinaus durch persönliche Gespräche mithelfen muß, den Ostermarsch stärker und größer zu machen. Der Schrift sind, wie es auch bei dem beigelegten Exemplar der Fall ist, die Grundsätze des Ostermarsches, eine Karte für Interessentenmeldung und eine Zahlkarte beigelegt. Da unsere finanziellen Mittel immer noch knapp sind und wir trotz der Fördererbeiträge, die dankenswerter Weise in immer stärkerem Maße eintreffen, nicht in der Lage sind, alle Vorstellungen zu realisieren, müssen wir auch Sie bitten, neben der Arbeit und dem Einsatz, die mit der Verteilung der Schrift verbunden sind, auch noch in den Geldbeutel zu greifen und die Kosten für die Schrift zu tragen. Wir müssen Ihnen deshalb für 25 Exemplare (mit Beilagen) DM 5,- in Rechnung stellen. Wir glauben aber, daß wir mit dieser Aktion dann einen großen Erfolg haben, wenn alle Anhänger der Ostermarschbewegung in Hessen 25 Exemplare kaufen und auch zur Verteilung bringen.

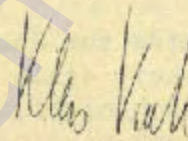
KURATORIUM:

Stefan Andras
Hedwig Born
Benjamin Britten
Canon Collins
Herbert Feller
Prof. Dr. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Gustav Heckmann
Heinz Hilpert
Dr. Robert Jungk
Dr. Erich Kästner
Dr. Arno Klönne
Dr. Heinz Kloppenburg
Christel Köpper
Margaretha Lachmund
Dr. Armin Prinz zu Lippe
Prof. Wilhelm Maler
Dr. Bodo Manstein
Prof. Katharina Petersen
Prof. Bertrand Russell
Martin Schröter
Prof. Dr. Johannes Uda
Prof. Dr. Dr. Fritz Wenzel
Prof. Dr. Ernst Wolf

Über diese individuelle Werbeaktion hinaus erscheint es uns notwendig, daß der Ostermarsch auch außerhalb des Zentrums Frankfurt mehr in der Öffentlichkeit in Erscheinung tritt. Zur örtlichen Aktivität im Namen des Ostermarsches ist aber die Bildung örtlicher Ausschüsse notwendig. Der Hessische Ausschuß hat bereits vor dem Ostermarsch 1962 Leitsätze für die örtlichen Ausschüsse aufgestellt. Diese Leitsätze zeichnen die wichtigsten Aufgaben und auch die Möglichkeiten der Betätigung von örtlichen Ausschüssen auf. Wir fügen Ihnen diese Leitsätze bei und bitten alle Freunde, die bereit sind, in einem örtlichen Ausschuß mitzuarbeiten, an die Geschäftsstelle des Hessischen Ausschusses Mitteilung zu geben.

Mit freundlichen Grüßen!

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß


(Klaus Vaack)

ED 718-20-71



**Ostermarsch
der
Atomwaffen-
gegner**

Hessischer Ausschuß

605 OFFENBACH (MAIN) 4 · POSTFACH 648 · WALDSTRASSE 99

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

uns ist bekannt geworden, daß Sie sich für unsere Bewegung „Ostermarsch der Atomwaffengegner“ interessieren. Wir sind darüber sehr erfreut und möchten uns Ihnen mit dieser Schrift vorstellen.

Der Hessische Ausschuß für den Ostermarsch der Atomwaffengegner ist eine Untergliederung des Zentralen Ausschusses und verantwortlich für die Aktionen der Atomwaffengegner in Hessen.

Unsere Hauptveranstaltung jedes Jahr ist der Ostermarsch, der 1961 von Miltenberg (Main), 1962 von Gießen nach Frankfurt führte.

Entwicklung der Ostermärsche

Die ersten großen Märsche der entschiedenen Atomwaffengegner haben in England stattgefunden. Besonders bekannt wurde der Marsch von dem Atomforschungszentrum Aldermaston nach London zu Ostern jeden Jahres. — Der erste deutsche Ostermarsch wurde von Hans Konrad Tempel und Helga Stolle und einigen Freunden 1960 organisiert. Er führte von Hamburg, Bremen, Hannover und Braunschweig zu dem Nato-Übungsplatz Bergen-Hohne, wo die ersten Raketen in Deutschland erprobt worden waren. Nach diesem Marsch bildete sich ein Zentraler Ausschuß, der mit Hilfe regionaler und örtlicher Ausschüsse bereits für 1961 in allen Teilen der Bundesrepublik Märsche vorbereitete und durchführte.

An den verschiedenen Märschen 1961 beteiligten sich ca. 3000 Menschen. Die Schlußkundgebungen in Großstädten wie Hamburg, Hannover, Dortmund, Kassel, Mannheim, Stuttgart, Nürnberg und München waren von rund 25 000 Menschen besucht.

Diese guten Anfangserfolge ermutigten die Verantwortlichen auch Ostern 1962 Märsche durchzuführen. Die Beteiligung an diesen insgesamt 20 Märschen stieg von Tag zu Tag. Am Ostersonntag betrug sie etwa 4000 Personen, am Ostersonntag zwischen 8000 bis 10 000 und am Ostermontag etwa 15 000. Bei den Anfangs-, Zwischen- und Schlußkundgebungen hatten sich über 50 000 Demonstranten versammelt. An den Ostertagen 1962 fanden in der ganzen Welt unter unserem Abzeichen Märsche statt, z. B. in Australien, Kanada, Dänemark, England, Holland, Italien, Schweden und den USA. In Deutschland waren als Gäste Atomwaffengegner vertreten aus: USA, Peru, Chile, Japan, Indien, Afghanistan, Iran, Westafrika, Marokko, Türkei, Jugoslawien, Italien, Holland, Belgien, Norwegen, Schweden, Dänemark, Frankreich, Spanien, England. Einer dänischen und einer französischen Delegation wurde als „unerwünschte Ausländer“ die Einreise von den deutschen Behörden verweigert.

Prominente Redner auf den Kundgebungen waren die englischen Unterhausabgeordneten Frank Allaun, Fenner Brockway und Sidney Silverman, Frau Pat Arrowmith, die Gründerin der englischen Ostermarsch-Bewegung, Dr. Robert Jungk, Christian Goister, Erich Kuby, Chefarzt Dr. Bodo Manstein, Rudolf Rolfs, Leiter der Schmiere, Dr. Helga Elhsele, Leiterin des Frankfurter Frauengefängnisses, Pfarrer i. R. Dr. Freudenberg, die Professoren Dr. Gustav Heckmann, Dr. Dr. Wenzel, Dr. Katharina Petersen und viele andere.

Weitere Aktionen der Atomwaffengegner

In fast allen größeren Städten der Bundesrepublik werden neben den Ostermärschen Veranstaltungen anlässlich des Hiroshima-Tages (6. August) und des Antikriegstages (1. September) durchgeführt. Bei diesen Veranstaltungen wird die Form von Mahnwachen, Feierstunden, Fackelzügen, Kundgebungen und Protestmärschen gewählt. Besonders deutlich hat sich der Ostermarsch im Herbst 1961 gegen die Wiederaufnahme der Atomversuche durch die Sowjets ausgesprochen. Keine Organisation in der Bundesrepublik hat sich eindeutiger und mit kraftvolleren Aktionen gegen die 50-Megatonnen-Bombe der Sowjetunion gewandt. Ebenso deutlich waren die Proteste und Aktionen gegen die Wiederaufnahme amerikanischer Tests auf den Weihnachtsinseln.

Über diese Art Aktionen hinaus sollen zukünftig Teilnehmersammlungen, Foren und Seminare stattfinden, bei denen die Möglichkeiten eines politischen Friedenskampfes erörtert werden.

Symbole der Ostermarschbewegung

Das Symbol, unter dem wir marschieren, ist das Internationale Zeichen der Atomwaffengegner. Es ist aus dem Zeichen für N und D des internationalen Signalalphabetes entstanden. ND = Nuclear Disarmament – Atomare Abrüstung. Dieses Symbol steht in Form von Kleinen und großen Abzeichen zum Stückpreis von DM 1,- zur Verfügung.

Organisation und Zielsetzung

1. Organisation:

In der Bundesrepublik wurden ein Kuratorium, ein Zentraler Ausschuß, Regionale und Örtliche Ausschüsse für den Ostermarsch gebildet. Sprecher des Zentralen Ausschusses ist Hans-Konrad Tempel, Kuratoren sind: Stefan Andres, Hedwig Born, Benjamin Britten, Canon Collins, Herbert Faller, Helmut Gollwitzer, Gustav Heckmann, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Prinz zur Lippe, Wilhelm Maler, Bodo Manstein, Katharina Petersen, Bertrand Russell, Robert Scholl, Martin Schröter, Johannes Ude, Fritz Wenzel, D. E. Wolf.

Jeder gemeinsame Protest ist grundsätzlich ein Protest von einzelnen, nicht von Organisationen und findet auf der Basis der Verfassung statt. Der Ostermarsch ist parteipolitisch neutral!

2. Allgemeine Zielsetzung:

- „Widerstand gegen Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in Ost und West“.
- Wir sehen uns vor unserem Gewissen verpflichtet, mit allen uns zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln jede Politik der Gewalt (deren äußeres Zeichen die Atombombe darstellt), zu bekämpfen, weil durch sie nicht nur die Menschheit schlechthin in ihrem Bestand gefährdet ist, sondern auch der einzelne Mensch

auf Grund der Menschenverachtung der Regierungen entmündigt und entwürdigt wird.

- c) Wir erkennen, daß militärisches, mit der atomaren Massenvernichtung rechnendes Gewaltdenken und eine undemokratische und totalitäre Entwicklung eng miteinander verbunden sind und sich gegenseitig stützen und fördern. Daher gilt: „Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie“, eine Absage an politischen Terror und totalitäre Bedrohung. Wir widersetzen uns insbesondere jeder Behinderung unseres Protestes gegen die atomare Bewaffnung in Ost und West.

3. Konkrete politische Zielsetzung:

- a) Die Bundesrepublik soll an ihrem Platz alles tun, damit eine Welt ohne Furcht und Haß, ohne Krieg und Unterdrückung entsteht. Die Bundesrepublik soll daher konkrete Vorschläge zur Entspannung und Abrüstung ausarbeiten und propagieren. Sie soll den Willen zu Verhandlungen aufbringen, in denen die Bereitschaft zu einer vernünftigen und auch für ihre Nachbarn annehmbaren Politik zum Ausdruck kommt.
- b) Wir fordern den Verzicht auf jegliche militärische Verwendung der Atomenergie in Ost und West und appellieren mit unserem Marsch an unsere Bundesregierung, durch Verzicht auf eine atomare Aufrüstung mit gutem Beispiel voranzugehen.

Insbesondere verlangen wir:

Sofortige und endgültige Einstellung aller Kernwaffenversuche

Verzicht auf weitere Produktion von Kernwaffen

Vereinbarungen über die Bildung atomwaffenfreier Zonen

Allgemeine kontrollierte Abrüstung und Abschaffung aller vorhandenen Kernwaffen.

(Wir bitten Sie, noch die beigefügten „Grundsätze des Ostermarsches der Atomwaffengegner“ zu lesen, die Ihnen weitere organisatorische und politische Hinweise geben.)

Ratschläge für Marschteilnehmer

Der Erfolg unserer Aktion hängt nicht nur von der Zahl der Teilnehmer ab. Es kommt vor allem auch darauf an, ob wir überzeugen können. Deshalb sollten wir in unserem Verhalten gelassen und diszipliniert sein und alles vermeiden, was unsere Gegner zur Diffamierung des Ostermarsches ausnutzen könnten.

Der Protest muß vom ersten bis zum letzten Tag vollkommen eindeutig bleiben: Wir fordern den Verzicht auf jegliche militärische Verwendung der Atomenergie in Ost und West. Es darf unter keinen Umständen durch unüberlegtes Verhalten zu Gewalttätigkeiten irgendwelcher Art führen. Die Erfahrungen in anderen Ländern wie USA und England bei gewaltlosen Demonstrationen und Märschen gegen den Atomkrieg haben gezeigt, daß nur dann ein Erfolg zu erwarten ist, wenn ein solcher Protest unerschrocken, gewaltlos und mit Würde durchgeführt wird.

Jeder einzelne trägt also für das Gelingen des Ostermarsches die Verantwortung mit und wird deshalb auch dafür sorgen, daß die folgenden Punkte von allen Teilnehmern beachtet werden: Sollten Sie nach ernsthafter Prüfung der Meinung sein, daß Sie unseren Ratschlägen im Ernstfall nicht folgen könnten, so bitten wir Sie, nicht an der Aktion teilzunehmen.

1. Selbstdisziplin

Wir erwarten, daß jeder Teilnehmer sich den Anordnungen und Bitten des Organisationsausschusses und der Order des Marsches in sichtbarer Weise fügt. Insbesondere dann, wenn eine nicht sofort durchschaubare Anweisung gegeben werden muß, sollte ohne Kritik Folge geleistet werden. Die für den Marsch Verantwortlichen könnten Ereignisse berücksichtigen müssen, die den übrigen noch nicht bekannt sind. Bei Fragen oder Schwierigkeiten können am besten die Ordner helfen, die ständige Verbindung mit dem Organisationsausschuß halten. Wenn Sie vermuten, daß durch Personen oder besondere Ereignisse eine Störung unserer Demonstration erfolgen könnte, teilen Sie dies bitte sofort dem für Sie zuständigen Ordner mit und versuchen Sie nicht, den Schwierigkeiten im Alleingang zu begegnen.

2. Verhalten auf dem Marsch

Ruhiges, freundliches Verhalten ist die beste Reaktion auf jeden beleidigenden Zuruf oder tätlichen Angriff durch Außenstehende. Niemand darf sich in eine handgreifliche Auseinandersetzung einlassen, selbst dann nicht, wenn ihm sein Plakat oder seine Handzettel entrissen werden sollten. Selbstverständlich darf kein Teilnehmer des Marsches selbst Ursache oder Anstifter einer gewalttätigen Handlung sein, ist aber irgendwo ein tätlicher Streit ausgebrochen, werden wir ohne Anwendung von Gewalt zu schlichten versuchen. Indem wir uns ruhig zwischen die Streitenden stellen, um sie voneinander zu trennen.

Jeder Teilnehmer halte sich an die Abmarschzeiten und -plätze. Auf den Rastplätzen darf auf keinen Fall Papier und Abfall zurückbleiben.

Besonders beim Durchqueren von Ortschaften und am Zielort ist größte Disziplin geboten. Eine ernst und schweigend marschierende Gruppe wird den größten Eindruck machen.

3. Kleidung und Verpflegung

Jeder Teilnehmer sollte sich auf kalte Witterung einstellen und auch auf Regenperioden eingestellt sein. Dabei muß immer bedacht werden, daß das Äußere der Teilnehmer gepflegt und möglichst normal sein sollte.

4. Verhalten der Polizei gegenüber

Den Anordnungen und Bitten der Polizei ist selbstverständlich — notfalls durch Rücksprache mit den Ordnern — zu folgen. Bei allem ist zu bedenken, daß die Polizisten in Ausübung ihres Dienstes handeln und deshalb auch mit Recht Verständnis von unserer Seite erwarten dürfen.

Bericht über den letzten Tag beim Ostermarsch 1962

Am Ostermontag setzte sich die Ostermarschgruppe Gießen-Frankfurt in Bad Vilbel in Bewegung, um die letzte Marschstrecke zu bewältigen. Die ersten beiden Tage wurden von ca. 700 Marschteilnehmern zurückgelegt. Als der Zug vor dem Bad Vilbeler Kurhaus startete, war die Marschsäule auf 1000 angewachsen. Je näher wir der Stadt Frankfurt kamen, um so größer wurde unsere Gruppe. Im Frankfurter Ostpark war Mittagsrast. Von dort stiegen rund tausend Luftballons mit Grußadressen und den politischen Forderungen der Atomwaffengegner in die Höhe. Als wir uns wieder auf den Weg machten, waren weitere Teilnehmer hinzugekommen. Unter großem, langanhaltendem Beifall zogen wir dann mit 2000 Teilnehmern auf dem Frankfurter Römerberg ein.

Die Marschgruppe aus dem Saargebiet war bereits da und zählte rund 300 Demonstranten. Wenig später kam auch die Marschgruppe Mannheim-Heidelberg mit 600 Teilnehmern. Alle Gruppen wurden von den anwesenden Zuschauern und Kundgebungsteilnehmern mit großer Begeisterung begrüßt. Insgesamt nahmen 4000 bis 5000 an der Kundgebung auf dem Römerberg teil.

Unsere Skifflegroups, die bereits in den ersten Tagen in vielen Städten und Gemeinden guten Anklang fanden, sangen vor Eröffnung der Kundgebung ihre Lieder zum Ostermarsch. Zur Eröffnung der Kundgebung sagte Heiner Halberstadt: „Die Ostermärsche und diese Schlußkundgebung haben gezeigt, daß man die Atomwaffengegner nun nicht mehr einfach totschiessen kann. Die sprunghafte Entwicklung in zwei Jahren von einigen Hunderten zu vielen Tausenden ist Zeugnis dafür, daß auch im deutschen Volk der Haß gegen die Bombe und das Ja zum Leben so stark sind, daß auch die verantwortlichen Politiker hiervon endlich Kenntnis nehmen müssen.“ Halberstadt gab bekannt, daß alle drei Marschsäulen in den drei Ostertagen 80 bis 90 Kilometer zurückgelegt haben. Besonders hob er die Beteiligung von Professoren, Ärzten, Wissenschaftlern, Schriftstellern, Künstlern und Pfarrern hervor. Für die Geistlichen machte er den Ausspruch: „Es muß noch ein Buch geschrieben werden mit dem Titel: Deutschland, Deine Pfarrer stehen an erster Stelle.“

Obwohl fast alle großen Gruppierungen der Bundesrepublik vor den Ostermärschen gewarnt hatten, ihren Mitgliedern empfohlen, nicht teilzunehmen, fanden sich für die Frankfurter Schlußkundgebung vier prominente Redner. Als erster sprach Christian Gelsler, bekannt als Autor des Buches „Die Anfrage“. Wir geben folgende wörtlichen Zitate aus der Rede Gelslers:

„... Die Politik des Lebens mit der Bombe ist der Ausdruck einer grandiosen menschlichen Verkommenheit. Wer Politik machen will ohne Bombe setzt auf die vernünftige lebensfrohe Zukunft der Menschen ...

... Die Bombe muß weg – der politische Mensch muß her. Menschen, die auf ein Wunder hoffen, werden eines Tages auch auf Wunderwaffen hoffen ...

... Eine Gesellschaft, die die Politik mit der Bombe widerspruchslos hinnimmt, steht ihren Anführern an Verkommenheit in nichts nach. Wer gegen die Bombe kämpfen will, muß für den Menschen kämpfen. Wer für den Menschen kämpfen will, muß die Verhältnisse durchschauen, die seine Vernunft verdummen ...

wundert. Sie haben uns mitleidig belächelt, weil wir die Unbequemlichkeit eines strapaziösen Fußmarsches der Annehmlichkeit eines Osterbratengenusses vorzogen. Aber aus vielen Fenstern wurde uns ein „Bravo!“ zugerufen, aus vielen vorbeifahrenden Autos zugewinkt. Das sollte manchen unserer leisetretenden Politiker stutzig machen, der uns bequemer als „Ostzonensöldner“ abtun möchte . . .

Was für Menschen sind wir, die wir über die Straßen gewalzt sind? Natürlich sind wir „arme Irre“, denn wir sind für eine Idee eingetreten. Wir wissen, daß es in unserem Mitläuferparadies eine Dummheit ist, für eine Idee einzutreten, die das Weiterleben der Menschheit bezwecken soll. Das ist nicht populär. Populär wäre es hier in Frankfurt eher gewesen, für das Leben von zweitausend gesundheitsgefährdeten Tauben einzutreten. Wohlwollende Schlagzellen und behördliches Schulterklopfen wären uns sicher gewesen. Tierschutz ist bei uns populärer als Menschenschutz. Aber dann wollen wir lieber „arme Irre“ sein solange es als normal gilt, das Herz in seiner Brieftasche zu haben und das reine Gewissen im Parteibuch zu verstecken . . .

Man diffamiert uns Ostermarschteilnehmer. Das soll uns stolz machen. Vor Menschen, die man diffamiert, hat man Angst . . .

Wer uns unterstellt, wir würden kommunistisch ferngelenkt, den möchte ich fragen, ob unsere Protestaktion im Winter mit denselben Plakaten gegen die sowjetische 50-Megatonnen-Bombe etwa auch kommunistisch ferngelenkt war? . . .

Wir hoffen leidenschaftlich, daß sich in Genf der Sinn unseres Ostermarsches erfüllen wird. Ansonsten: bin ich beim nächsten Ostermarsch wieder dabei, egal wie hoch die Preise für Schuhsohlen auch steigen sollten! . . .“

Als letzter Redner sprach Pfarrer I. R. Dr. Freudenberg (Bad Vilbel). Wir zitieren: Wozu bedarf es eigentlich dieser merkwürdigen Demonstration mit Märschen, Tafeln und Transparenten, Formen die aus Großbritannien stammen und unserem öffentlichen Leben bisher wenig bekannt waren? Sind sich denn nicht alle halbwegs vernünftigen Menschen in dem Wunsch einig, vor dem drohenden Atomtod gerettet zu werden? Warum richten wir unsere Forderung nach einer neuen Politik zur Erreichung dieses Zieles nicht nach den Regeln der parlamentarischen Demokratie an die politischen Instanzen, die Parteien und die angeblich freie Presse? — Die Antwort ist ebenso einfach wie schmerzlich: Wir können es nicht. Der politische Apparat der Bundesrepublik Deutschland, unsere blutarme, immer mehr erschlaffende Demokratie einschließlich der Presse in ihrer Mehrheit, bilden eine einzige Verschwörung des Schweigens. Sie fürchten, daß ihr längst überholtes Denken in Kriegerüstung als törichte Illusion entlarvt werden könnte. Darum suchen sie die Stimme der Wahrheit vom Wahnsinn des selbstmörderischen Spiels mit dem Feuer zwischen den Wattewänden des Apparats mundtot zu machen. Weil dem leider so ist, müssen wir auf die Straße, um gewaltlos aber deutlich zu Worte zu kommen . . .

Der Haupteinwand, mit dem man uns fertig machen will, ist die Unterwanderung durch die gerissenen Kommunisten. „Der Deutschlandsender von Pankow hat zur Teilnahme an den deutschen Ostermärschen aufgerufen“.

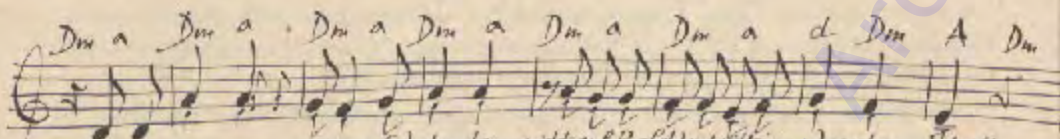
Da haben wir's ja! Unsere großen Parteien haben sich geräuschvoll von den Ostermärschen distanziert. Unsere Antwort auf solche Einwände ist eine schlichte Gegen-

frage: Wer bestimmt eigentlich bei uns die politische Willensbildung? Sind wir das selber, oder werden wir von den verheulenen Kommunisten regiert? Können wir nicht mehr unbefangenen unserem Gewissen folgen? Soll die Hasenangst vor der Unterwanderung uns daran hindern, was die Stunde gebietet: das Vernünftige und Recht-schaffene? Wir rufen allen Distanzieren heute zu: vertraut doch endlich dem freien Spiel der geistigen und politischen Kräfte in unserem Volk; denn allein von ihnen lebt die freiheitliche Demokratie, lebt die sogenannte freie Welt...

... Wir erklären in aller Ruhe: wir werden die Ostermärsche fortsetzen und uns andere gewaltlose Aktionen vorbehalten, solange die Gefahr des Völkermordes durch die fluchwürdigen Atomwaffen nicht gebannt sind. Wir haben Grund zur Hoffnung auf den Sieg des Lebens und des Friedens. Es ist nicht umsonst Ostern!...

Institut für Zeitgeschichte Archiv

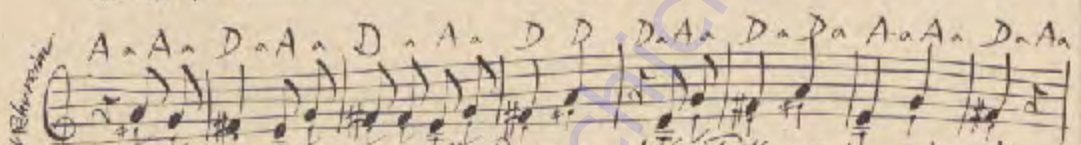
Ostermarschlied



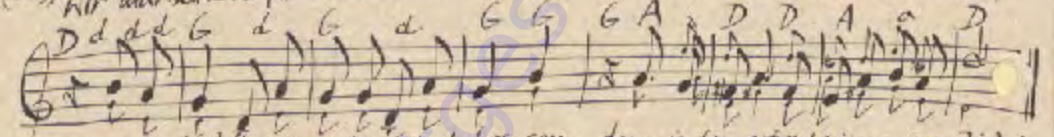
(1) Wir marschie-ren nicht wie Sol-da-ten, nicht auf Befehl und nicht im glei-chen Schritt;



und wir füh-ren keine Bom-ben und Kra-na-ten auf wissem Ostermarsch des Friede-nen tuit.



(1-3) Wir marschie-ren für Men-schen aller Ras-sen, ohne Tritt und nie Zi-vil;



wenn die Völ-ker ein-an-der tödt mehr las-sen, dann, ja dann erst sind wir an unserm Ziel!

Text und Musik: Wilhelm Keller, Eigentum des Komponisten

Wir marschieren für keine Nationen,
und nicht für Propaganda Ost und West,
brauchen nicht Raketen, Panzer und Kanonen,
zu kämpfen gegen die Atomkriegspest.

Wir marschieren für Menschen aller Rassen...

Wir marschieren für keine Partelen,
ob rot, ob schwarz, ob bunt gefärbt ihr Kleid;
gegen alle, die nach Höllenwaffen schreien
und spielen mit der Menschheit Tod und Leid
Wir marschieren für Menschen aller Rassen...

Anmerkung für Gitarrespieler: Großbuchstaben bedeuten Durdreiklang (z. B. „A“ = A-Cis-E), Zusatz „m“ bedeutet Mollldreiklang (z. B. „DM“ = D-F-A), Kleinbuchstaben bedeuten Einzellöne (in beliebiger Oktavverdoppelung)

Bombe weg!

Hörst du nicht H-Bomben-Donner, denkst du dir - denn nichts dabei? Menschen müssen langsam sterben, ist's dir wirklich einleuchtend? Willst du, daß die kleinen Kinder elendig zugrunde gehn, und die Nachbarn und die Freunde, willst du sie verbrennen sehn? Bombe weg für alle Zeiten - ist jetzt oberstes Gebot, einig sein in diesem Ziele oder wir sind morgen tot

(Melodie: Miners Lifeguard)

Hörst du nicht H-Bomben-Donner,
denkst du dir denn nichts dabei?
Menschen müssen langsam sterben,
ist's dir wirklich einleuchtend?
Willst du, daß die kleinen Kinder
elendig zugrunde gehn,
und die Nachbarn und die Freunde,
willst du sie verbrennen sehn?

Chorus: Bombe weg für alle Zeiten
ist jetzt oberstes Gebot,
einig sein in diesem Ziele
oder wir sind morgen tot.

Sag's den Führern der Nationen,
sag's der ganzen weiten Welt,
Strontium 90 trifft uns alle,
wenn das Gift vom Himmel fällt.
Tod bedroht jetzt alle Menschen
hier und im entfernten Land.
Wenn du nicht mit protestierst,
hast du Blut an deiner Hand.

Nur an deiner Stimme liegt es,
ob die Welt zu Asche wird,
nur an deinem Handeln sieht man,
ob Vernunft dein Herz regiert.
Deshalb mußt du mit uns gehen,
denn es ist schon furchtbar spät;
dein Gewissen muß jetzt sprechen,
daß es jedermann versteht.

Geh mit uns!

The image shows a handwritten musical score for the song 'Geh mit uns!'. It consists of five staves of music in G major (one sharp) and 6/8 time. The lyrics are written below the notes. The score includes a main melody and a chorus section. The lyrics are: 'Halt, bleib stehn, geh' nicht an uns vorbei! Beachte unsere Warnung! Hör auf unseren Schrei! Ächte alle Bomben, damit der Krieg gebannt, und steck' nicht wie der Vogel Strauß den Kopf in Wüstensand. Chorus: Geh mit uns, egal wer du auch bist; geh mit uns, Freidenker oder Christ! Geh mit uns, und sei nicht länger blind, wie es die Mächtigen der Welt und ihre Helfer sind!' The score ends with a double bar line and a fermata over the final note.

(Melodie: Spiritual „Bye and Bye“)

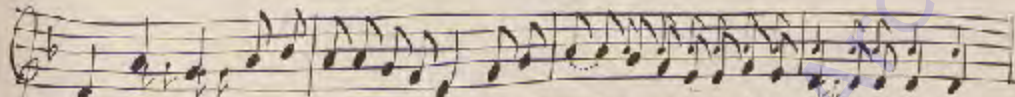
Halt, bleib stehn,
geh' nicht an uns vorbei!
Beachte unsere Warnung!
Hör' auf unseren Schrei!
Ächte alle Bomben, damit der Krieg
gebant,
und steck' nicht wie der Vogel Strauß
den Kopf in Wüstensand.

Chorus: Geh mit uns,
egal, wer du auch bist,
geh mit uns.
Freidenker oder Christ!
Geh mit uns, und sei nicht länger blind,
wie es die Mächtigen der Welt und ihre
Helfer sind.

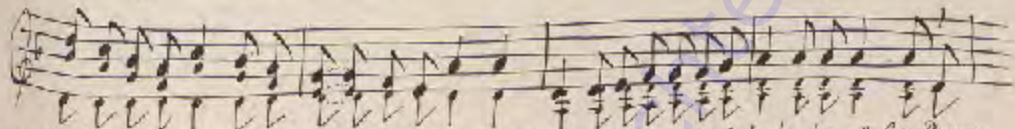
Siehst du nicht
die Hungernden der Welt,
siehst du die Probleme nicht,
vor die man dich jetzt stellt?
Menschlich denken, das ist deine Pflicht,
wenn du auch sterben willst,
deine Kinder wollen's nicht.

Möchtest du,
daß diese Welt zerbricht,
die Leiden von Hiroshima
rühren sie dich nicht.
Hast du denn aus diesem Leid wirklich
nichts gelernt?
Protest! Protest! Bombe weg,
bevor sie dich entfernt.

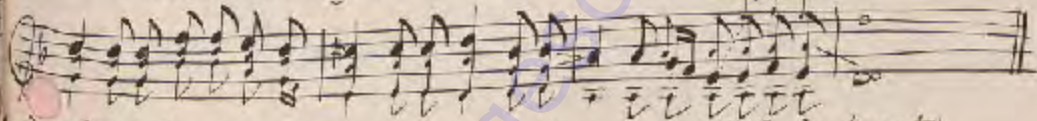
Hiroshimalied



- (1) Dort, wo un - sere Stadt verichtet wurde, wo warbestatteten die Asche unserer Lie - ben
- (2) Tauf - ter Regen träufelt Eise herab von Him - mel, die Fische tragen Tod - in die Tiefen des Meeres
- (3) Him - mel hängt sich ein Leichentuch darü - ber, die Sonne ist im Kerker einer tief schwarzen Wolke
- (4) Ad - zes was Men - schen mit ihren Händen schafften und mit ihrem Geist zu - Runder Nicht in der Irle - ben



- (1) dort wächst nur braun, düst und trübet Reiche Unkraut: Tödlische Ernte der A - tom - bomben - ernte. Drum
- (2) Fischeboote ru - hen, die Fische sind erchlundet Tödlische Ernte der A - tom - bomben - ernte. Drum
- (3) Keine Vögel fliegen zum Blei - orner Himmel Tödlische Ernte der A - tom - bomben - ernte. Drum
- (4) Raum erschattet werden, im Augenblick vor nicht Tödlische Ernte der A - tom - bomben - ernte. Drum



(4) Auf, Brüder, Schwestern, ihr müßt wachen und sorgen, daß niemals die dritte Bombe kommt!

Die Toten mahnen

oder die Voraussetzung der Hiroshima-Bombe

(Melodie: Frankie und Jonny)

In jedem Staat gibt es Führer
 Sie haben politische Macht
 sie können nur sich und ihre Ziele
 wir sagen dir: gib acht!
 sie brauchen dich,
 ohne dich sind sie nichts.

Um sich und der Welt zu bewisen
 daß sie klug und vernünftig sind,
 halten sie sich Wissenshaftler
 die leidet käuflich sind.
 Doch sie brauchen auch dich,
 ohne dich sind sie nichts.

Und so wurde die Bombe geboren,
 sie war der Tod in ihrer Hand;
 sie warfen sie ab auf Menschen
 in einem fremden Land.
 Doch sie fragten dich nicht,
 ohne dich taten sie es.

Und so starben die Menschen wie Fliegen
 Zerlassen, geplatzt und verbrannt;
 unter der Asche sah ich sie liegen
 stumm erhoben sie ihre Hand:
 oh, seid nicht dumm,
 werdet ihr niemals stumm.

Und wie ist die Moral der Geschichte,
 die ich Euch gerade erzählt?
 der kleine Mann wurde geschunden,
 der kleine Mann wurde gequält.
 Oh, seid nicht dumm,
 werdet ihr niemals stumm.

Protestiert mit uns gegen die Wehrpflicht,
 gegen Aufrüstung, H-Bombe und Krieg,
 verweigert auch den Kriegsdienst,
 so erlangen wir den Sieg.
 Weder Ulbricht-Heer
 noch Bundeswehr!

ED 7 18-20-79

Ich bin Gegner von Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in West und Ost. Ich bin deshalb interessiert an den Aktionen des Ostermarsches der Atomwaffengeegner und bitte, mir laufend das Material des Hessischen Ostermarschausschusses zu übersenden.

Name: Vorname:

Beruf: Alter: Tel:

Adresse:

Bitte gut leserlich schreiben!



Ostermarsch der Atomwaffengeegner, Hessischer Ausschuß
Verantwortl.: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main), Postfach 648

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Schicken Sie Material über die Ostermarschbewegung
an folgende Adressen:

.....
Name

.....
Adresse

.....
Name

.....
Adresse

.....
Name

.....
Adresse

.....
Name

.....
Adresse

An den

**Ostermarsch
der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss**

605 Offenbach (Main) 4

Postfach 648

57648

DM Pf f.Kto.Nr.

Absender:

Für Vermerke des Absenders

Eingez. auf Kto.Nr. 57648

PSchA Ffm

Zahlkarte

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

Einlieferungsschein
- Sorgfältig aufbewahren -

auf DM Pf

(Markbetrag in Buchstaben wiederholen)

Deutsche Mark Pf
(in Ziffern)

für

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
— Hessischer Ausschuß —

Konto Nr.

57648

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
— Hessischer Ausschuß —

in

605 Offenbach 4

Postcheckamt
Frankfurt (Main)

in

605 Offenbach 4

Postvermerk

Eingangs-Nr.

Postvermerk

Das Postscheckamt sendet diesem Absender den Geschäftsbriefempfang



für Konto
57648

PSchA Frankfurt (Main)
Eingezahlt am
Absender:

Postvermerk
Kassenzeichen, Buchungsnummer

Institut für Zeitgeschichte Archiv

LEITSAATZE

für die örtlichen Ausschüsse des Ostermarsches der Atomwaffengegner
=====

Der Hessische Ausschuß für den Ostermarsch der Atomwaffengegner hat in seiner Satzung folgendes über die Arbeit der örtlichen Ausschüsse festgelegt:

§ 4

- 1) Zur Intensivierung und Verbreiterung der Arbeit dienen "örtliche Ausschüsse" die der Bestätigung durch den Hessischen Ausschuß bedürfen.
- 2) Die örtlichen Ausschüsse bestehen aus mindestens 3 und höchstens 7 Personen.
- 3) Die örtlichen Ausschüsse sind in ihrer Arbeit an die Beschlüsse des Hessischen Ausschusses gebunden.
- 4) Der Hessische Ausschuß läßt bei Bedarf von jedem örtlichen Ausschuß eine Person ein.
- 5) Der Hessische Ausschuß kann mit 2/3 Mehrheit örtliche Ausschüsse auflösen, wenn sie gegen seine Beschlüsse verstoßen, diese Satzung oder die Grundsätze des Ostermarsches der Atomwaffengegner verletzen.

Daneben gelten folgende Leitsätze für die Bildung der örtlichen Ausschüsse:

- 1. Teilnehmer oder Freunde des Ostermarsches 1962, die einen örtlichen Ausschuß bilden wollen, setzen sich schriftlich oder persönlich mit dem Geschäftsführer des Hessischen Ausschusses oder dessen Stellvertreter in Verbindung. Sie teilen mit, wer weiterhin zur Mitarbeit gewonnen werden könnte. Aus den Unterlagen der Geschäftsstelle werden weitere Anschriften ermittelt und die entsprechenden Personen um Mitarbeit gebeten.
- 2. Ein Beauftragter des Hessischen Ausschusses trifft sich mit den Interessenten und bildet den örtlichen Ausschuß.
Die Ausschüsse des Ostermarsches sind Zusammenschlüsse von Einzelpersonen. Befreundete Organisationen werden also nicht offiziell als Verband mitarbeiten, sondern durch die Berufung eines profilierten Mitglieds oder Funktionärs in die Ausschüsse die Ostermarschbewegung unterstützen.
Der neugebildete örtliche Ausschuß wählt einen Geschäftsführer und wenn notwendig, einen Stellvertreter.
Der Ausschuß führt den Namen: Ostermarsch der Atomwaffengegner, örtlicher Ausschuß
Jeder örtliche Ausschuß sollte zur Verfügung haben: Telefonanschluß; Raum, wo Besprechungen geführt, Materialien gelagert und verteilt werden können; einsatzbereiten PKW; DM 20,-- bis DM 100,-- (je nach Größe) als finanzielle Reserve.
- 3. Die Aufgaben des örtlichen Ausschusses sind
 - a) Bis Ostern sollten zwei bis drei öffentliche Veranstaltungen durchgeführt werden. (Filme, Tonbildfolgen und Redner müssen rechtzeitig beim Hessischen Ausschuß angefordert werden.)
 - b) Sämtliches Flugblatt-, Plakat- und sonstiges Material des Hessischen Ausschusses ist schnellstens und zweckmäßig zu verteilen. (Örtliche Ausschüsse stellen kein eigens Material her.)
 - c) Eine Atomwahnwache sollte in den letzten 8 - 14 Tagen vor Ostern aufgestellt werden (großes Plakat, Dreieckständer, Rakete o.ä.). In der Wahnwache werden Flugblätter verteilt, Unterschriften gesammelt, Abzeichen verkauft usw. (Genehmigungspflichtig!)

- d) Zusammenführung der örtlichen Teilnehmer zur Klärung organisatorischer Fragen (gemeinsame Anreise, Kleidungsfrage ect.)
- e) Information der örtlichen Presse durch Erklärungen des Zentralen und des Hessischen Ausschusses. Berichterstattung über örtliche Aktionen.
4. Die örtlichen Ausschüsse berichten dem Hessischen Ausschuß ständig über Erfolge und Schwierigkeiten.
Anmeldungen geben sie sofort dem Hessischen Ausschuß weiter.
Sie bemühen sich, das vom Hessischen Ausschuß zu beziehende Material selbst zu finanzieren und umgehend zu bezahlen.
Sie vermittelt dem Hessischen Ausschuß Anschriften von Interessenten und Spendefreudigen.
5. Die Anschrift des Geschäftsführers des Zentralen Ausschusses lautet:

Dr. Andreas Buro
8 München-Laim
Andreas-Vöat-Str. 5 Tel. 19800

Die Anschrift des Geschäftsführers des Hessischen Ausschusses lautet

Klaus Vack
605 Offenbach (Main) - 4
Postfach 648 (Waldstraße 99)

Stellvertreter: Fritz Amann
gleiche Anschrift Tel. 88 37 64

Postscheckkonto: Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß
Offenbach (Main) Am Pfm. Nr. 57648

Offenbach (Main), den 17. Oktober 1962

An den

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach (Main)

Postfach 648

Ich bin interessiert, an einem örtlichen Ausschuß für den Ostermarsch
der Atomwaffengegner mitzuarbeiten.

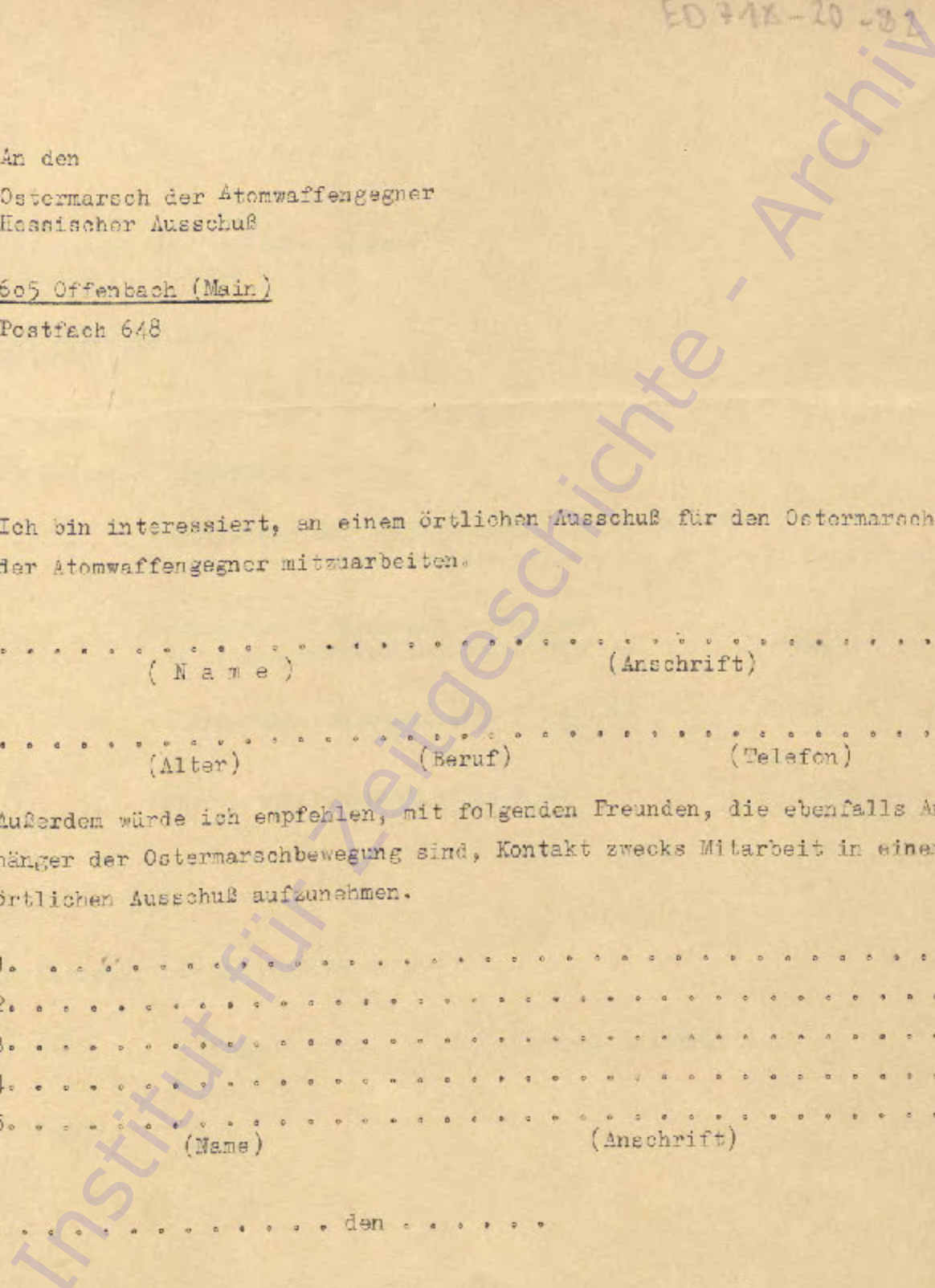
.....
(Name) (Anschrift)

.....
(Alter) (Beruf) (Telefon)

Außerdem würde ich empfehlen, mit folgenden Freunden, die ebenfalls An-
hänger der Ostermarschbewegung sind, Kontakt zwecks Mitarbeit in einem
örtlichen Ausschuß aufzunehmen.

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.
(Name) (Anschrift)

..... den



An den
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach - 4
Postfach 648

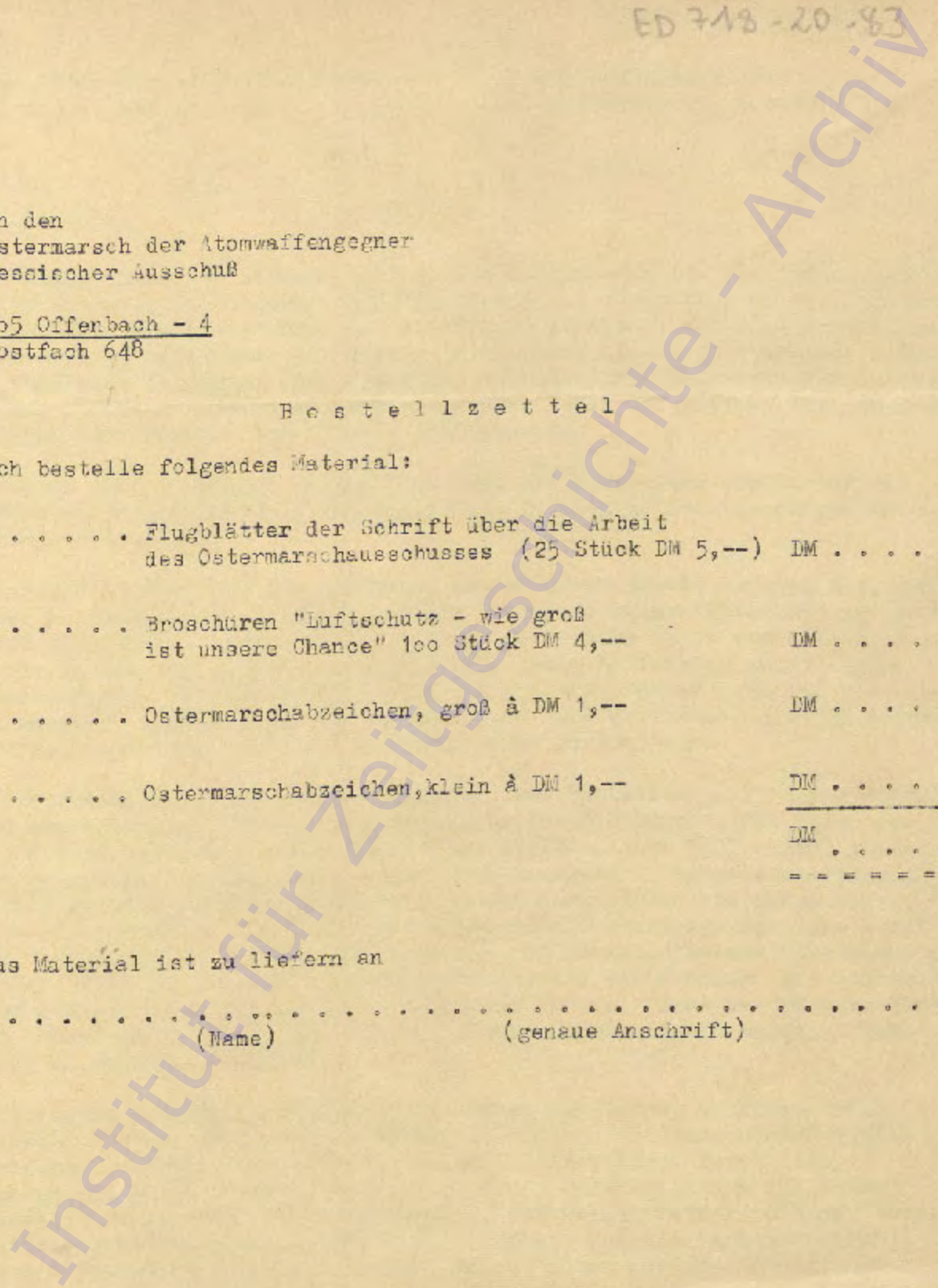
B e s t e l l z e t t e l

Ich bestelle folgendes Material:

- Flugblätter der Schrift über die Arbeit
des Ostermarschausschusses (25 Stück DM 5,--) DM
 - Broschüren "Luftschutz - wie groß
ist unsere Chance" 100 Stück DM 4,-- DM
 - Ostermarschabzeichen, groß à DM 1,-- DM
 - Ostermarschabzeichen, klein à DM 1,-- DM
- DM

Das Material ist zu liefern an

. (Name) (genaue Anschrift)



Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

ED 748-20-84
605 Offenbach, 16. 10. 1962
Waldstraße 99, Postfach 648

20. 10. 62

Liebe Freunde,

der Verein "Haus der offenen Tür" e.V. hat seine zum 31. 12. 1962 gegenüber Heiner Halberstadt ausgesprochene Kündigung zurückgezogen. Da der Vorstand des Vereins jedoch weiterhin den Standpunkt einnimmt, daß eine Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses mit Heiner Halberstadt als Geschäftsführer unter den gegebenen Umständen trotzdem nicht mehr möglich sei, wurde der Arbeitsvertrag zwischen Halberstadt und dem Verein "Haus der offenen Tür" im gegenseitigen Einvernehmen zum 31. 12. 1962 gelöst.

Ab Januar 1963 übernimmt Halberstadt eine ihm angebotene Stelle bei der Stadtverwaltung Frankfurt, die tarifmäßig in etwa seiner bisherigen Anstellung entspricht.

Heiner Halberstadt hat dazu erklärt, daß er nicht bereit war und sei, von seiner politischen Überzeugung und vor allem von seiner Mitarbeit am Ostermarsch abzurücken. Da aber der Vorstand des Vereins "Haus der offenen Tür" und die in ihm zum Ausdruck kommende politische Auffassung unter diesen Voraussetzungen das Vertrauen zu ihm als Geschäftsführer nach wie vor "als gestört" ansieht, sei ihm keine andere Wahl geblieben, als der Lösung des Arbeitsverhältnisses als Geschäftsführer zuzustimmen.

Die Protestaktionen des Ostermarsches und das Verhalten zahlreicher Menschen, denen demokratische Prinzipien persönliche Verpflichtung sind, haben dem Stand der Sache nach einen Teilerfolg erreicht. Heiner Halberstadt wurde nicht gekündigt. Er hat statt dessen eine annehmbare Weiterbeschäftigung in einem anderen Bereich erhalten. Zugleich aber müssen wir feststellen, daß es nicht möglich war, einem entschiedenen Atomwaffengegner eine berufliche Tätigkeit zu erhalten, die kommunal und sozialpolitisch von Bedeutung ist. Der "Fall Halberstadt" bleibt somit Warnung und Mahnung. Die Ablösung Heiner Halberstadts als Geschäftsführer des Vereins "Haus der offenen Tür" zeigt wieder einmal mehr, daß die politische Demokratie in unserem Staat ständig an Substanz verliert.

Der Hessische Ausschuß glaubt nach dem Stand der Dinge, unter den "Fall Halberstadt" einen Schlußstrich ziehen zu können. Wir danken noch einmal all unseren Freunden, die sich durch Leserbriefe, durch persönliche Schreiben und durch finanzielle Unterstützung unserer Aktion für Heiner Halberstadt eingesetzt haben. Wir wissen, daß Heiner Halberstadt nur einen Teilerfolg erreichen konnte. Wir hoffen jedoch, daß die Verantwortlichen der Stadt Frankfurt unseren massiven Protest nicht nur zur Kenntnis genommen haben, sondern daraus auch eine Lehre ziehen und in Zukunft dem Ostermarsch und seinen Anhängern keinerlei Schwierigkeiten mehr machen.

Mit freundlichen Grüßen!

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Klaus Vack
(Klaus Vack)

01742-20-85

Man. ser

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Bitte neue Anschrift beachten:
Dr. Andreas Buro, München 55
Dr. Andreas Buro, Braunschweig, Mohrfeld 8
Andreas-Vocst-Str. 5, T. 19800

ZENTRALER AUSSCHUSS Geschäftsführung Dr. Andreas Buro
Braunschweig
Mohrfeld 8
Fernruf 80088

An die
Mitglieder des Kuratoriums
des Ostermarsches der Atom-
waffengegner



Postcheck Hannover 209849
Dr. Andreas Buro
Sonderkonto
Braunschweig
den

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

Mo. 10. 62
12. Oktober 1962

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Wie Sie wissen, hat der Zentrale Ausschuss für den Ostermarsch vorgesehen, in der Woche vom 26. November bis 1. Dezember 1962 eine Lobby-Woche in Bonn abzuhalten. Hierzu sollen in dieser Zeit die besten Vertreter des Ostermarsches einen oder besser mehrere Tage in Bonn sein, um mit Abgeordneten, Regierungsvertretern und wichtigen Persönlichkeiten der Parteien zu sprechen und den Standpunkt des Ostermarsches darzulegen.

Für dieses Vorhaben sind wir in besonderem Maße auf die Hilfe unserer Kuratoren und der älteren und erfahreneren Vertreter unserer Kampagne angewiesen.

Wir werden zur Vorbereitung der Lobby-Woche etwa 10 Tage im voraus einen verantwortlichen Organisator mit einer Sekretärin nach Bonn schicken, die dort alles im einzelnen vorbereiten und auch entsprechende Verabredungen mit den Persönlichkeiten treffen, die wir zu sprechen wünschen. Für Montag, den 26. November ist eine Pressekonferenz vorgesehen. Die Woche soll am 1. Dezember, also am Sonntagabend, mit einem großen Fackelmarsch und einer Kundgebung in Bonn beendet werden. Zu dieser Veranstaltung kommen aus vielen Teilen Deutschlands Teilnehmer des letzten Ostermarsches.

Ich richte nun an Sie die Frage und Bitte, ob Sie bereit sind und ob es Ihnen möglich ist, in dieser Woche einen oder mehrere Tage in Bonn zu sein, um dort wirksam unser Anliegen zu vertreten. Darf ich Sie bitten, mir sobald wie möglich, spätestens jedoch bis zum 30. Oktober, Ihre Antwort zugehen zu lassen. Ich werde Sie dann sofort über weitere notwendige Einzelheiten unterrichten. In Erwartung Ihrer Nachricht bin ich mit freundlichen Grüßen

Ihr

gez. Andreas Buro



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Der Verein "Haus der offenen Tür" e.V. hat seine zum 31. 12. 1962 gegenüber Heiner Halberstadt ausgesprochene Kündigung zurückgezogen. Da der Vorstand des Vereins jedoch weiterhin den Standpunkt einnimmt, daß eine Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses mit Heiner Halberstadt als Geschäftsführer unter den gegebenen Umständen trotzdem nicht mehr möglich sei, wurde der Arbeitsvertrag zwischen Halberstadt und dem Verein "Haus der offenen Tür" im gegenseitigen Einvernehmen zum 31. 12. 1962 gelöst.

Ab Januar 1963 übernimmt Halberstadt eine ihm angebotene Stelle bei der Stadtverwaltung Frankfurt, die tarifmäßig in etwa seiner bisherigen Anstellung entspricht.

Heiner Halberstadt hat dazu erklärt, daß er nicht bereit war und sei, von seiner politischen Überzeugung und vor allem von seiner Mitarbeit am Ostermarsch abzurücken. Da aber der Vorstand des Vereins "Haus der offenen Tür" und die in ihm zum Ausdruck kommende politische Auffassung unter diesen Voraussetzungen das Vertrauen zu ihm als Geschäftsführer nach wie vor "als gestört" ansieht, sei ihm keine andere Wahl geblieben, als der Lösung des Arbeitsverhältnisses als Geschäftsführer zuzustimmen.

Die Protestaktionen des Ostermarsches und das Verhalten zahlreicher Menschen, denen demokratische Prinzipien persönliche Verpflichtung sind, haben dem Stand der Sache nach einen Teilerfolg erreicht. Heiner Halberstadt wurde nicht gekündigt. Er hat statt dessen eine annehmbare Weiterbeschäftigung in einem anderen Bereich erhalten. Zugleich aber müssen wir feststellen, daß es nicht möglich war, einem entschiedenen Atomwaffengegner eine berufliche Tätigkeit zu erhalten, die kommunal und sozialpolitisch von Bedeutung ist. Der "Fall Halberstadt" bleibt somit Warnung und Mahnung. Die Ablösung Heiner Halberstadts als Geschäftsführer des Vereins "Haus der offenen Tür" zeigt wieder einmal mehr, daß die politische Demokratie in unserem Staat ständig an Substanz verliert.

Offenbach (Main), den 11. Oktober 1962 - Vack

13.10.62

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Offenbach (Main) 4 : Postfach 648

An die
Teilnehmer und Freunde
des Ostermarsches der Atom-
waffengegner

Hessischer Ausschuß

Verantwortlich: Klaus Vack
Offenbach (Main)

Fritz Amann
Darmstadt

Geschäftsstelle: Offenbach (Main)
Waldstraße 99

Postscheck: Frankfurt (M) 57648

Bank: Bank für Gemein-
wirtschaft
Offenbach 740294

Datum: 2. Okt. 1962

Va./An.

5. 10. 62



Liebe Freunde,

am 24.9.1962 haben wir Ihnen ein Rundschreiben geschickt, dem die Dokumenta-
tion zum "Fall Halberstadt" beigelegt war. Diese Dokumentation hat bei
unseren Freunden und weit über den Kreisen der Ostermarschanhänger hinaus
ein erfreuliches Echo gefunden. Wir haben viele zustimmende Briefe erhalten
und glauben, daß eine nicht mindergroße Zahl an den Oberbürgermeister der
Stadt Frankfurt und den Vorsitzenden des Vereins "Haus der offenen Tür" ge-
schickt wurden. Auch unserer Bitte um einen zweckbestimmten Fördererbeitrag
von DM 3.-- für die Dokumentation wurde aus breiten Kreisen entsprochen und
wir haben die Hoffnung, daß alle die bisher noch nichts überweisen konnten
in den nächsten Tagen noch folgen werden. Die Fördererbeiträge werden dann
so ansehnlich sein, daß es sich vielleicht noch ermöglichen läßt, in Frankfurt
eine Flugblattaktion für Heiner Halberstadt zu starten.

Zwischenzeitlich hat Heiner Halberstadt die Kündigung durch den Verein "Haus
der offenen Tür" erhalten. Zur Abrundung der in der Dokumentation dargelegten
Tatsachen, geben wir Ihnen beigelegt unsere Presseerklärung zu dieser Kündi-
gung und eine persönliche Stellungnahme von Heiner Halberstadt.

Weiterhin fügen wir zu Ihrer Information die Abschrift eines Artikels aus
der Frankfurter Rundschau bei, der für unsere Diskussion mit Außenstehenden
und auch Gegnern einige weitere Argumente bietet.

Zum Schluß dürfen wir Ihnen noch die Einladung zur Teilnahme an
einer internationalen Podiumsdiskussion unter dem Thema "Neue Linke
im restaurativen Europa" beifügen. Der Arbeitsausschuss möchte aus-
drücklich darauf hinweisen, daß die Versendung dieser Einladung
nicht einer engen Verbindung der sozialistischen Förderergesellschaft
mit dem Ostermarsch entspricht. Die Aufgaben der sozialistischen
Förderergesellschaft liegen auf einer ganz anderen Ebene wie die des
Ostermarsches. Der Versand dieser Einladung erfolgte weil wir glau-
ben, daß die internationale Podiumsdiskussion für viele unserer Freun-
de von Interesse sein dürfte. Wir glauben weiterhin, daß die Em-
pfänger unserer Rundschreiben selber wissen in welcher Weise sie
über die Ostermarschbewegung hinaus politisch festgelegt sind und
ihre Entscheidung nach eigener Überzeugung treffen werden.

Dies wäre für heute alles.

Mit freundlichen Grüßen
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

Ihr
Klaus Vack
(Klaus Vack)

KURATORIUM:

Stefan Andres
Hedwig Born
Benjamin Britten
Canon Collins
Herbert Faller
Prof. Dr. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Gustav Hedemann
Heinz Hilpert
Dr. Robert Jungk
Dr. Eridi Kästner
Dr. Arno Klönne
Dr. Heinz Kloppenburg
Christel Küpper
Margarethe Lohmund
Dr. Armin Prinz zu Lippe
Prof. Wilhelm Maler
Dr. Bodo Manstein
Prof. Katharina Petersen
Prof. Bertrand Russell
Martin Schröter
Prof. Dr. Johannes Ude
Prof. Dr. Dr. Fritz Wenzel
Prof. Dr. Ernst Wolf

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

DOKUMENTATION ZUM "FALL HALBERSTADT"

Am 20.9.1962 hat der hessische Ostermarschausschuß eine Dokumentation verbreitet, die den Titel trug

DER FALL HALBERSTADT
EIN BEITRAG ZUR DEMOKRATIE.

Diese Dokumentation fand in der Öffentlichkeit ein breites, fast unerwartetes Interesse. Bei einer Auflage von 10.000 Exemplaren, war die Dokumentation innerhalb weniger Tage vergriffen, sodaß heute bereits eine 2. Auflage vorbereitet werden muß.

So weit die Empfänger dieser Dokumentation von uns erreichbar sind, möchten wir heute eine wesentliche Ergänzung nachreichen. Der Einfachheit halber tun wir dies, indem wir unseren Ostermarsch-Pressedienst abschriftlich zur Kenntnis geben.

Wir bitten unsere Freunde, weiterhin aktiv für die Verbreitung der Dokumentation und dieses Nachtrags tätig zu sein.

Ostermarsch-Pressedienst

Heiner Halberstadt muß gehen!

"An jenem 27.9.1962 wurde wieder ein Stück Demokratie zu Grabe getragen", so wird der Chroniker späterer Jahrzehnte feststellen, wenn er in den Archiven einer Stadt Frankfurt (nicht an der Oder sondern am Main) arbeitet. Warum? Was ist an jenem Tag geschehen, der für uns, die wir heute leben, noch nicht Vergangenheit wurde. Am 27.9.1962 haben Stadtrat Dr. Prestel und Magistratsrat Blöisinger in einem kurzen, laibidaren Schreiben dem Geschäftsführer des Vereins "Haus der offenen Tür", Heiner Halberstadt, nach § 53 des Bundes-Angestellten-Tarifs per 31.12.1962 das Dienstverhältnis gekündigt. Natürlich ohne Gründe, denn man hatte keine. Was bisher nur von einer unseriösen Presse gefordert, von der Verwaltungsbürokratie verheimlicht, von den politischen Freunden Halberstadts vermutet wurde, ist Wirklichkeit geworden: der offene Verstoß gegen die Hessische Verfassung, in der es heißt:
"JEDERMANN HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG FREI UND ÖFFENTLICH ZU AUSSERN. DIESES RECHT DARF AUCH DURCH EIN DIENSTVERHÄLTNISS NICHT EINGESCHRÄNKT WERDEN, UND NIEMAND DARF EIN NACHTEIL WIDERFAHREN, WENN ER ES AUSÜBT."

Hunderte Frankfurter Bürger haben wegen der Repressalie gegen Heiner Halberstadt protestiert, Recht vor Macht gefordert und an das erhoffte demokratische Gewissen von Oberbürgermeister, Vereinsvorstand und Magistrat appelliert. Der Versuchsballon "Fall Halberstadt" wurde gestartet. Wieviel "Fälle" werden folgen?

Wir fragen den Herrn Oberbürgermeister:

Wie können Sie es mit Ihrer Ehre als Oberhaupt des freiheitlich-demokratischen Frankfurt vereinbaren, daß der Name dieser Stadt einen dunklen, schmutzigen Fleck erhält, der sich ausbreiten wird wie eine schwere unheilbare Krankheit.

Wir fragen die Herren Dr. Prestel und Blösinger:

Sie haben zur Kündigung JA gesagt. Sagen Sie auch: warum muß Halberstadt gehen? Haben Sie vergessen, daß Sie auf die Hessische Verfassung vereidigt sind, gegen die Sie mit der Kündigung Halberstadts verstoßen?

Wir fragen den Magistrat:

Wie können Sie die Verantwortung für die Entlassung Halberstadts ablehnen und die Kompetenzen dem Verein und insbesondere seinem Vorsitzenden in die Schuhe schieben? Wenn eines Tages unsere deutsche Nachkriegsdemokratie gescheitert ist, trägt nicht der Vereinsvorstand "Haus der offenen Tür" die Hauptschuld, sondern diese Verantwortung fällt auf Sie zurück.

Wir fragen die SPD:

Wie können Sie diese Repressalie gegen Heiner Halberstadt dulden? Wie können Sie dulden, daß ein Mensch aus seiner Stelle entfernt wird, obwohl er nur fortsetzt, was Sie mit der Paulskirchen-Bewegung begonnen haben? Wie können Sie das Vorgehen gegen Heiner Halberstadt vereinbaren mit dem Grundsatzprogramm Ihrer Partei, in dem "eine menschenwürdige Gesellschaft, frei von Not und Furcht, frei von Krieg und Unterdrückung" gefordert wird?

Wir fragen die CDU:

Bedeutet für Sie Demokratie: Alleinherrschaft Ihrer politischen Idee? Stehen Sie heute zum Grundgesetz, wie zu Ihrem Ahlener Programm? Wollen Sie die geplanten Notstandsgesetze vorpraktizieren?

Wir fragen die FDP:

Wissen Sie, wie weit sich Ihre Partei von dem liberalen Geist eines Theodor Heuss entfernt hat? Was heißt das: FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI?

Man könnte noch viele Fragen an die Verantwortlichen für diese Repressalie gegen Heiner Halberstadt richten. Das Schlimmste ist wohl, daß die Tragweite des "Falles Halberstadt" von vielen, die dafür verantwortlich sind, heute noch nicht erkannt wird. Man hat aus allen Parteien nach 1945 an die junge Generation die Aufforderung gerichtet, mit anzufassen, ein neues demokratisches Deutschland aufzubauen. Auch Heiner Halberstadt gehört zu jenen, die 1945 Jugendliche waren, diese Aufforderung ernst nahmen und ihr heute noch dienen: Viele, die 1945 von dem neuen demokratischen Staat sprachen, haben heute vergessen, was sie damals sehr richtig erkannten. Unser nachhaltiges Eintreten auf Recht für Heiner Halberstadt soll mit dazu beitragen, daß die verantwortlichen Politiker der Stadt Frankfurt erkennen, wie gefährlich der Weg ist, den sie eingeschlagen haben. Dieses Motiv bitten wir auch, die von uns informierte Presse, zu berücksichtigen.

Bisher hat sich Heiner Halberstadt in "seinem Fall" die gebührende Zurückhaltung auferlegt, um auch nicht in ein schwebendes Verfahren einzugreifen. Er hat uns am 22.9.1962 eine persönliche Stellungnahme zur Verfügung gestellt, die wir heute nach der ausgesprochenen Kündigung veröffentlichen.

Offenbach (Main), den 28.9.1962 - Vack

Das Persönliche und das Prinzipielle des "Falles H" in Frankfurt.

Die öffentliche Auseinandersetzung um den "Fall H" in Frankfurt mag manchem Zeitgenossen persönlich überzogen oder überbewartet, d.h. künstlich hochgespielt erscheinen. Jedoch bei näherer Untersuchung der Fakten dieser Angelegenheit und bei ihrer Einordnung in bestimmte Bezüge gewinnt die Sache prinzipielle politische Bedeutung. Deshalb glaube ich als Betroffener das Recht zu haben, einen eigenen Beitrag zur Darstellung und Kommentierung des "Falles H" zu liefern.

Einige Frankfurter Zeitungen und politische Personen fordern seit Monaten nachhaltig meine Entlassung als Geschäftsführer des Vereins "Haus der offenen Tür". Dieser Verein verwaltet und leistet (technisch und pädagogisch) von der Stadt Frankfurt am Main geförderte öffentliche Jugendfreizeiteinrichtungen. Zur Zeit unterstehen ihm 6 solcher Jugendhäuser, 4 weitere werden gegenwertig neu errichtet.

Die Tätigkeit als Geschäftsführer dieses Vereins übe ich seit 6 Jahren objektiv und sachgerecht bemüht, mit persönlicher Leidenschaft der Jugendarbeit zugetan, aus. Der Erfolg meiner Arbeit wird allseitig anerkannt und von meinen Gegnern mindestens nicht bezweifelt.

Die Richtlinien der Satzungen des Vereins und die Beschlüsse seines Vorstandes (Vorsitzender ist der Frankfurter Stadtrat Dr. Prestel, CDU; Vorstandsmitglieder sind Vertreter des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung und des Jugendamtes) sind die Grundlagen meiner Tätigkeit. Die praktische Arbeit in den Jugendhäusern wird von 25 hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeitern ausgeführt. (Diese Mitarbeiter haben persönlich durchaus unterschiedliche politische Auffassungen und differenzierte weltanschauliche Orientierungen; sie arbeiten jedoch wirkungsvoll zusammen auf der Grundlage einer verbindlichen sachbezogenen Aufgabenstellung.)

Seit 1945 nehme ich zugleich aktiven Anteil am politischen Leben. Seit dieser Zeit bin ich Mitglied der SPD und der Sozialistischen Jugend.

Ich habe mich bemüht, zur Fundierung meiner politischen Tätigkeit, theoretische gesellschaftliche Einsichten zu gewinnen. Mit kritischer Grundhaltung und Bewußtsein habe ich meinen Standort als demokratischer Sozialist bezogen.

Dabei sehe ich es als meine vordringliche Verpflichtung an, mich mit dafür einzusetzen, daß ein neuer Weltkrieg verhindert und die Rüstungspolitik in Ost und West eingestellt wird. Alternativ trete ich dabei für politische Lösungen ein, die eine friedliche Transformation der gesellschaftlich und ökonomisch unterschiedlichen Strukturen der Staaten und Völker dieser Erde in eine sozial gerechtere- von humanen Prinzipien getragene - Gesellschaftsordnungen ermöglichen.

In diesem Sinne habe ich mich unter anderem auch an den Aktionen des "Ostermarsches der Atomwaffengegner" von Anfang an beteiligt. Ich weiß dabei aus eigener Kenntnis, daß diese Bewegung, solange sie sich an die von ihr aufgestellten Grundsätze hält; von Gegnern der Demokratie nicht mißbraucht werden kann.

Dabei habe ich stets darauf geachtet, meine politischen Anschauungen und Aktivitäten von meiner beruflichen Tätigkeit als Geschäftsführer des Vereins "Haus der offenen Tür" streng zu trennen. Ich habe das nicht aus taktischen Gründen getan, sondern ein solches Verhalten entspricht völlig meiner eigenen Arbeitsauffassung. Alle bisher von den Zeitungen und politischen Gegnern verbreiteten gegenteiligen Behauptungen sind subjektive Konstruktionen ohne Sachgehalt oder böswillige und diffamierende Erfindungen.

Diese persönliche Darstellung muß als Sachgehalt vorangestellt werden, damit die prinzipielle politische Bedeutung des "Falles H" nunmehr umso deutlicher wird.

Gewiß, wir Atomwaffengegner sind im umfassenden Sinne nunmehr, zugleich auch politische Opposition geworden. Unser politisches Verhalten und unsere politischen Forderungen stehen in einem scharfen Widerspruch zur Politik der deutschen Bundesregierung und den sie tragenden oder sie unterstützenden politischen Kräften und Institutionen. Wenn wir auch nicht deren breite Machtmöglichkeiten haben - anmaßend identifiziert man sich auf dieser Seite bereits gelegentlich mit dem Staat an sich - so vertreten wir doch auf jeden Fall in einer Demokratie, deren Grundlage das Grundgesetz ist, eine der möglichen und notwendigen Alternativen. Sicher, wir wollen nicht nur ein Korrektiv sein; wir wollen die heutige Politik tatsächlich in ihrer Anlage und in ihrer Zielsetzung in einigen wichtigen Positionen grundsätzlich verändern; oder besser: beeinflussend mit dem Ziel einer Veränderung wirksam sein.

Leider ist es notwendig, bei solcher Betrachtung immer wieder darauf hinzuweisen, daß die zur Macht drängenden Alternativkräfte und -Konzeptionen kein antagonistischer Widerspruch zur politischen Demokratie sind, sondern daß diese Art des Widerspruchs der lebendigste Gehalt politischer Demokratie an sich ist. An den Funktions- und Realisierungsmöglichkeiten des Widerspruchs zur Politik der herrschenden Kräfte kann man die tatsächliche Substanz einer Demokratie messen.

Wenn wir aber das Verhältnis betrachten, das die regierenden politischen Kräftegruppen zu uns, zu einer konkreten Opposition einnehmen, welcher Methoden in der Auseinandersetzung mit uns man sich zu bedienen anschickt, dann ist es tatsächlich an der Zeit, von uns her zu prüfen und festzustellen, ob die regierenden oder die an der Macht Beteiligten noch die demokratischen Partner sind, als die wir sie bisher ansahen und ansprachen.

Ist es unangebracht, jetzt zu fragen: was verbindet sich eigentlich für eine Denkart, was für eine politische Haltung hinter der Stil, mit dem sich die herrschenden politischen Kräfte mit einer demokratischen legitimierten Opposition heute glauben (wieder?) umgehen zu können?

Der von ihnen angewandte Stil: Verzerrungen von Sachverhalten; durch nichts bewiesene persönliche Unterstellungen und Diffamierungen; der Griff nach materiellen Repressalien; vor allem auch der Versuch, die wirklichkonkrete Opposition ständig in die prokommunistische Ecke anzudrängen. In allzu frappierender Schlichtheit und das Emotionale berechnender Schlaueit wird landein landaus der Öffentlichkeit suggeriert: wer gegen Atomwaffen grundsätzlich, d.h. gegen westliche genauso wie gegen östliche Atomwaffen auftritt, wer stattdessen für Abrüstung, Neutralität, Entspannung und Koexistenz plädiert, der optiere in Wirklichkeit für Ulbricht und Co.

Man kann also durchaus mit Recht von den so angewandten Mitteln ursächlich auch auf den allgemeinen geistigen Habitus der Anwender schließen. Auf politische Tendenzen, die sich durch sie und mit ihnen personifizieren.

Tatsächlich erheben die herrschenden politischen Kräfte immer mehr für sich den Anspruch, allein die richtigen Einsichten und Ansichten zu vertreten. Und je weniger sich dergleichen noch mit der Wirklichkeit deckt, desto zynischer, bornierter und hysterischer werden ihre Reaktionen.

Aus einer solchen Haltung heraus kann man natürlich ihr Bemühen verstehen, die Macht, die ihnen einst formal demokratisch in die Hände geriet, nunmehr nicht mehr abzugeben, D.h. sie mehr und mehr mit undemokratischen Mitteln nach außen und gegen andere anzusichern. Sie wollen die Welt (ihre Welt?) vor dem Kommunismus - und was sie alles als Kommunismus auffassen! - bewahren. Auch dabei ist ihnen bei ihrer Grundausrichtung jedes Mittel recht. Andere politische Lösungsvorschläge bekämpfen sie als sogenannte Aufweichungen.

An dieser Stelle muß unsere Frage noch konkreter werden. Denn, was ist der Mittelpunkt, ja der gesamte Inhalt der politischen Konzeption, die sie vertreten, unter solchen Vorzeichen geworden? Es ist nichts weiter, als der dogmatische Versuch, wenigstens den gegenwärtigen "Status Quo" einer zweigeteilten Welt aufrecht zu erhalten. Und das nur, nachdem die Zurückdrängung des Kommunismus, die "Befreiung" der Welt vom Kommunismus "auch mit Atomwaffen", der sie gestern noch offiziell huldigten, nunmehr angesichts einer realistischeren Einschätzung des tatsächlichen ökonomischen und militärischen Kräftepotentials des Ostens (vorerst) zum Stillstand gekommen ist. Das ist statisches Denken, das geradewegs in einer cornierten militärischen Metaphysik landet, deren Unterbau die Resignation und der Fatalismus breiter Schichten der so regierten und manipulierten Völker ist.

Wir meinen deshalb: wer die Rechte der Opposition und die Pflicht der Opposition zur Entwicklung einer Alternative, wer das legitime Recht, diese Alternative auch demokratisch durchsetzen zu können, nicht mehr anerkennen will, wer die Notwendigkeit dazu nicht mehr begreift, wer der Opposition also so gegenübertritt, wie es hierzulande üblich geworden ist, der bereitet den Bankrott der bürgerlich demokratischen Gesellschaft vor. Die weitere Folge wird sein, daß am Ende einer solchen Entwicklung wieder ein Totalitarismus auferstehen wird, sei es im faschistischen, sei es im anderen Gewande, der die Welt dann schließlich in den Abgrund eines totalen atomaren Krieges stürzt. Dieser Totalitarismus wird zudem diesmal in unser Land unangefochten über die Straße des Konformismus und Opportunismus kommen, - wenn sich nicht Entscheidendes ändert.

Um das Allgemeine abschließend wieder zu einer tendenziösen Banderscheinung zurückzuführen: ich bin nicht geneigt, den "Fall II" zu überschätzen. Er ist zunächst nur lokal von einigen Interesse; er steht leider aber auch im Zusammenhang mit - sich andernorts summierenden - "Fällen" und Tendenzen. Nur deshalb sollte man dergleichen nicht unterschätzen und beharrlich eben diese Zusammenhänge aufzeigen.

Frankfurt (Main), 22.9.1962 - hehe

Abschrift aus der Frankfurter Rundschau vom 1.10.1962:

CONTERGAN-SCHÄDEN DURCH STRAHLEN?

Forscher glaubt an Einfluß von Radioaktivität auf Heilmittel

Innsbruck, 30. September (dpa/UPI).

Der Präsident der Internationalen Gesellschaft für Nahrungs- und Vitalstoff-Forschung, Professor Schweigart, Hannover, erklärte am Wochenende in Innsbruck zum Problem der Strahlenverseuchung, das der soeben beendete Achte Internationale Konvent für Vitalstoffe behandelt hatte: Immer wieder werde betont, die radioaktive Verseuchung durch Zündung von Atombomben sei noch nicht gefährlich. Erst in unserer Nachkommenschaft, so betonte Professor Schweigart, werde sich jedoch herausstellen, wann die Maximaldosis, also die für die Erbanlagen gefährliche Menge in den Keimzellen, erreicht sei.

"Sehr wahrscheinlich" bestehe durch die atomare Verseuchung der Luft auch ein Zusammenhang mit der "Contergan-Tragödie". Man müsse sich fragen, wie auf einmal mißgestaltete Kinder zur Welt kommen, weil die Mutter in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft zu einem Beruhigungsmittel gegriffen habe. Auch früher seien ähnliche Pillen von werdenden Müttern ohne schädliche Folgen für das Kind eingenommen worden. "Es liegt sehr nahe", so sagte Prof. Schweigart, "daß die atomar verseuchte Luft entweder das Medikament oder die Mutter beeinflusst."

Naturkatastrophen vorausgesagt

Als Folge der sowjetischen Kernwaffenversuche in der Arktis im Herbst vorigen Jahres sagte gleichzeitig der schwedische Wissenschaftler Sven Svantesson in Stockholm Naturkatastrophen - Erdbeben und Unwetter - für die Zeit vom 14. Oktober bis 10. Dezember dieses Jahres in verschiedenen Teilen der Erde voraus. Svantesson erklärte, er habe statistische Zusammenhänge zwischen Atomwaffenversuchen, der Sonnenaktivität und seismischen sowie meteorologischen Störungen entdeckt. Für die Flutkatastrophe in Spanien machte Svantesson die unterirdischen Atomversuche Amerikas in der Wüste von Nevada im vergangenen März verantwortlich.

ED 748-20-92

Horst Maurer

6000 Frankfurt 14. 30. 9. 62

Burgstr 47

Herrn
Kurt Steinland

6 Frankfurt 1
Postfach 2311

Lieber Herr Steinland,

anbei neuesten Pressedienst in Sachen HALBERSTADT, der in-
zwischen ja wohl endgültig "tot" ist - zu Ihrer Information.

Vielleicht geben Sie die Anlage auch zur Kenntnis von MÜLLER,
RÄNKER und BACHMANN, die sich ja auch dafür interessieren.
Und dann an mich zurück, wenn ich wiederkomme.

+ v. 28.9.

Fryp
Hans



pressediens

ED 748-20-93

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

22./28.9.62

29.9.62

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

GRUNDGESETZ:

"NIEMAND DARF WEGEN ... SEINER RELIGIÖSEN ODER POLITISCHEN ANSCHAUUNG BENACHTEILIGT ODER BEVORZUGT WERDEN".

"JEDER HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG IN WORT, SCHRIFT UND BILD FREI ZU AUSSERN UND ZU VERBREITEN ..."

HESSISCHE VERFASSUNG:

"JEDERMANN HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG FREI UND ÖFFENTLICH ZU AUSSERN. DIESES RECHT DARF AUCH DURCH EIN DIENSTVERHÄLTNISS NICHT EINGESCHRÄNKT WERDEN, UND NIEMAND DARF EIN NACHTEIL WIDERFAHREN, WENN ER ES AUSÜBT."

WIR FORDERN:

"RECHT FÜR HEINER HALBERSTADT"

Heiner Halberstadt muß gehen!

"An jenem 27.9.1962 wurde wieder ein Stück Demokratie zu Grabe getragen", so wird der Chroniker späterer Jahrzehnte feststellen, wenn er in den Archiven einer Stadt Frankfurt (nicht an der Oder sondern am Main) arbeitet. Warum? Was ist an jenem Tag geschehen, der für uns, die wir heute leben, noch nicht Vergangenheit wurde. Am 27.9.1962 haben Stadtrat Dr. Prestel und Magistratsrat Blöisinger in einem kurzen, labidaren Schreiben dem Geschäftsführer des Vereins "Haus der offenen Tür", Heiner Halberstadt, nach § 53 des Bundes-Angestellten-Tarifs per 31.12.1962 das Dienstverhältnis gekündigt. Natürlich ohne Gründe, denn man hatte keine. Was bisher nur von einer unseriösen Presse gefordert, von der Verwaltungsbürokratie verheimlicht, von den politischen Freunden Halberstadts vermutet wurde, ist Wirklichkeit geworden: der offene Verstoß gegen die Hessische Verfassung, in der es heißt: "JEDERMANN HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG FREI UND ÖFFENTLICH ZU AUSSERN. DIESES RECHT DARF AUCH DURCH EIN DIENSTVERHÄLTNISS NICHT EINGESCHRÄNKT WERDEN, UND NIEMAND DARF EIN NACHTEIL WIDERFAHREN, WENN ER ES AUSÜBT."

Hunderte Frankfurter Bürger haben wegen der Repressalie gegen Heiner Halberstadt protestiert, Recht vor Macht gefordert und an das erhoffte demokratische Gewissen von Oberbürgermeister, Vereinsvorstand und Magistrat appelliert. Der Versuchsballon "Fall Halberstadt" wurde gestartet. Wieviel "Fälle" werden folgen?

- 2 -

Wir fragen den Herrn Oberbürgermeister:

Wie können Sie es mit Ihrer Ehre als Oberhaupt des freiheitlich-demokratischen Frankfurt vereinbaren, daß der Name dieser Stadt einen dunklen, schmutzigen Fleck erhält, der sich ausbreiten wird wie eine schwere unheilbare Krankheit.

Wir fragen die Herren Dr. Prestel und Blösinger:

Sie haben zur Kündigung JA gesagt. Sagen Sie auch: warum muß Halberstadt gehen? Haben Sie vergessen, daß Sie auf die Hessische Verfassung vereidigt sind, gegen die Sie mit der Kündigung Halberstadts verstoßen?

Wir fragen den Magistrat:

Wie können Sie die Verantwortung für die Entlassung Halberstadts ablehnen und die Kompetenzen dem Verein und insbesondere seinem Vorsitzenden in die Schuhe schieben? Wenn eines Tages unsere deutsche Nachkriegsdemokratie gescheitert ist, trägt nicht der Vereinsvorstand "Haus der offenen Tür" die Hauptschuld, sondern diese Verantwortung fällt auf Sie zurück.

Wir fragen die SPD:

Wie können Sie diese Repressalie gegen Heiner Halberstadt dulden? Wie können Sie dulden, daß ein Mensch aus seiner Stelle entfernt wird, obwohl er nur fortsetzt, was Sie mit der Paulskirchen-Bewegung begonnen haben? Wie können Sie das Vorgehen gegen Heiner Halberstadt vereinbaren mit dem Grundsatzprogramm Ihrer Partei, in dem "eine menschenwürdige Gesellschaft, frei von Not und Furcht, frei von Krieg und Unterdrückung" gefordert wird?

Wir fragen die CDU:

Bedeutet für Sie Demokratie: Alleinherrschaft Ihrer politischen Idee? Stehen Sie heute zum Grundgesetz, wie zu Ihrem Ahlener Programm? Wollen Sie die geplanten Notstandsgesetze vorpraktizieren?

Wir fragen die FDP:

Wissen Sie, wie weit sich Ihre Partei von dem liberalen Geist eines Theodor Heuss entfernt hat? Was heißt das: FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI?

Man könnte noch viele Fragen an die Verantwortlichen für diese Repressalie gegen Heiner Halberstadt richten. Das Schlimmste ist wohl, daß die Tragweite des "Falles Halberstadt" von vielen, die dafür verantwortlich sind, heute noch nicht erkannt wird. Man hat aus allen Parteien nach 1945 an die junge Generation die Aufforderung gerichtet, mit anzufassen, ein neues demokratisches Deutschland aufzubauen. Auch Heiner Halberstadt gehört zu jenen, die 1945 Jugendliche waren, diese Aufforderung ernst nahmen und ihr heute noch dienen. Viele, die 1945 von dem neuen demokratischen Staat sprachen, haben heute vergessen, was sie damals sehr richtig erkannten. Unser nachhaltiges Eintreten auf Recht für Heiner Halberstadt soll mit dazu beitragen, daß die verantwortlichen Politiker der Stadt Frankfurt erkennen, wie gefährlich der Weg ist, den sie eingeschlagen haben. Dieses Motiv bitten wir auch, die von uns informierte Presse, zu berücksichtigen.

Bisher hat sich Heiner Halberstadt in "seinem Fall" die gebührende Zurückhaltung auferlegt, um auch nicht in ein schwebendes Verfahren einzugreifen. Er hat uns am 22.9.1962 eine persönliche Stellungnahme zur Verfügung gestellt, die wir heute nach der ausgesprochenen Kündigung veröffentlichen.

Offenbach (Main), den 28.9.1962 - Vack

Das Persönliche und das Prinzipielle des "Falles H" in Frankfurt.

Die öffentliche Auseinandersetzung um den "Fall H" in Frankfurt mag manchem Zeitgenossen persönlich überzogen oder überbewertet, d.h. künstlich hochgespielt erscheinen. Jedoch bei näherer Untersuchung der Fakten dieser Angelegenheit und bei ihrer Einordnung in bestimmte Bezüge gewinnt die Sache prinzipielle politische Bedeutung. Deshalb glaube ich als Betroffener das Recht zu haben, einen eigenen Beitrag zur Darstellung und Kommentierung des "Falles H" zu liefern.

Einige Frankfurter Zeitungen und politische Personen fordern seit Monaten nachhaltig meine Entlassung als Geschäftsführer des Vereins "Haus der offenen Tür". Dieser Verein verwaltet und leistet (technisch und pädagogisch) von der Stadt Frankfurt am Main geförderte öffentliche Jugendfreizeiteinrichtungen. Zur Zeit unterstehen ihm 6 solcher Jugendhäuser, 4 weitere werden gegenwärtig neu errichtet.

Die Tätigkeit als Geschäftsführer dieses Vereins übe ich seit 6 Jahren objektiv und sachgerecht bemüht, mit persönlicher Leidenschaft der Jugendarbeit zugetan, aus. Der Erfolg meiner Arbeit wird allseitig anerkannt und von meinen Gegnern mindestens nicht bezweifelt.

Die Richtlinien der Satzungen des Vereins und die Beschlüsse seines Vorstandes (Vorsitzender ist der Frankfurter Stadtrat Dr. Prestel, CDU; Vorstandsmitglieder sind Vertreter des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung und des Jugendamtes) sind die Grundlagen meiner Tätigkeit. Die praktische Arbeit in den Jugendhäusern wird von 25 hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeitern ausgeführt. (Diese Mitarbeiter haben persönlich durchaus unterschiedliche politische Auffassungen und differenzierte weltanschauliche Orientierungen; sie arbeiten jedoch wirkungsvoll zusammen auf der Grundlage einer verbindlichen sachbezogenen Aufgabenstellung.)

Seit 1945 nehme ich zugleich aktiven Anteil am politischen Leben. Seit dieser Zeit bin ich Mitglied der SPD und der Sozialistischen Jugend.

Ich habe mich bemüht, zur Fundierung meiner politischen Tätigkeit, theoretische gesellschaftliche Einsichten zu gewinnen. Mit kritischer Grundhaltung und Bewußtsein habe ich meinen Standort als demokratischer Sozialist bezogen.

Dabei sehe ich es als meine vordringliche Verpflichtung an, mich mit dafür einzusetzen, daß ein neuer Weltkrieg verhindert und die Rüstungspolitik in Ost und West eingestellt wird. Alternativ trete ich dabei für politische Lösungen ein, die eine friedliche Transformation der gesellschaftlich und ökonomisch unterschiedlichen Strukturen der Staaten und Völker dieser Erde in eine sozial gerechtere- von humanen Prinzipien getragene - Gesellschaftsordnungen ermöglichen.

In diesem Sinne habe ich mich unter anderem auch an den Aktionen des "Ostermarsches der Atomwaffengegner" von Anfang an beteiligt. Ich weiß dabei aus eigener Kenntnis, daß diese Bewegung, solange sie sich an die von ihr aufgestellten Grundsätze hält, von Gegnern der Demokratie nicht mißbraucht werden kann.

Dabei habe ich stets darauf geachtet, meine politischen Anschauungen und Aktivitäten von meiner beruflichen Tätigkeit als Geschäftsführer des Vereins "Haus der offenen Tür" streng zu trennen. Ich habe das nicht aus taktischen Gründen getan, sondern ein solches Verhalten entspricht völlig meiner eigenen Arbeitsauffassung. Alle bisher von den Zeitungen und politischen Gegnern verbreiteten gegenteiligen Behauptungen sind subjektive Konstruktionen ohne Sachgehalt oder böswillige und diffamierende Erfindungen.

Diese persönliche Darstellung muß als Sachgehalt vorangestellt werden, damit die prinzipielle politische Bedeutung des "Falles H" nunmehr umso deutlicher wird.

Gewiß, wir Atomwaffengegner sind im umfassenden Sinne nunmehr zugleich auch politische Opposition geworden. Unser politisches Verhalten und unsere politischen Forderungen stehen in einem scharfen Widerspruch zur Politik der deutschen Bundesregierung und den sie tragenden oder sie unterstützenden politischen Kräften und Institutionen. Wenn wir auch nicht deren breite Machtmöglichkeiten haben - anmaßend identifiziert man sich auf dieser Seite bereits gelegentlich mit dem Staat an sich - so vertreten wir doch auf jeden Fall in einer Demokratie, deren Grundlage das Grundgesetz ist, eine der möglichen und notwendigen Alternativen. Sicher, wir wollen nicht nur ein Korrektiv sein; wir wollen die heutige Politik tatsächlich in ihrer Anlage und in ihrer Zielsetzung in einigen wichtigen Positionen grundsätzlich verändern, oder besser: beeinflussend mit dem Ziel einer Veränderung wirksam sein.

Leider ist es notwendig, bei solcher Betrachtung immer wieder darauf hinzuweisen, daß die zur Macht drängenden Alternativkräfte und -Konzeptionen kein antagonistischer Widerspruch zur politischen Demokratie sind, sondern daß diese Art des Widerspruchs der lebendigste Gehalt politischer Demokratie an sich ist. An den Funktions- und Realisierungsmöglichkeiten des Widerspruchs zur Politik der herrschenden Kräfte kann man die tatsächliche Substanz einer Demokratie messen.

Wenn wir aber das Verhältnis betrachten, das die regierenden politischen Kräftegruppen zu uns, zu einer konkreten Opposition einnehmen, welcher Methoden in der Auseinandersetzung mit uns man sich zu bedienen anschießt, dann ist es tatsächlich an der Zeit, von uns her zu prüfen und festzustellen, ob die regierenden oder die an der Macht Beteiligten noch die demokratischen Partner sind, als die wir sie bisher ansahen und ansprachen.

Ist es unangebracht, jetzt zu fragen: was verbirgt sich eigentlich für eine Denkungsart, was für eine politische Haltung hinter dem Stil, mit dem sich die herrschenden politischen Kräfte mit einer demokratischen legitimized Opposition heute glauben (wieder?) umgehen zu können?

Der von ihnen angewandte Stil: Verzerrungen von Sachverhalten; durch nichts bewiesene persönliche Unterstellungen und Diffamierungen; der Griff nach materiellen Repressalien; vor allem auch der Versuch, die wirklichkonkrete Opposition ständig in die prokommunistische Ecke anzudrängen. In allzu frappierender Schlichtheit und das Emotionale berechnender Schlaueit wird landein landauf der Öffentlichkeit suggeriert: wer gegen Atomwaffen grundsätzlich, d.h. gegen westliche genauso wie gegen östliche Atomwaffen auftritt, wer stattdessen für Abrüstung, Neutralität, Entspannung und Koexistenz plädiert, der optiere in Wirklichkeit für Ulbricht und Co.

Man kann also durchaus mit Recht von den so angewandten Mitteln ursächlich auch auf den allgemeinen geistigen Habitus der Anwender schließen. Auf politische Tendenzen, die sich durch sie und mit ihnen personifizieren.

Tatsächlich erheben die herrschenden politischen Kräfte immer mehr für sich den Anspruch, allein die richtigen Einsichten und Ansichten zu vertreten. Und je weniger sich dergleichen noch mit der Wirklichkeit deckt, desto zynischer, bornierter und hysterischer werden ihre Reaktionen.

Aus einer solchen Haltung heraus kann man natürlich ihr Bemühen verstehen, die Macht, die ihnen einst formal demokratisch in die Hände geriet, nunmehr nicht mehr abzugeben, D.h. sie mehr und mehr mit undemokratischen Mitteln nach außen und gegen andere anzu-sichern. Sie wollen die Welt (ihre Welt?) vor dem Kommunismus - und was sie alles als Kommunismus auffassen! - bewahren. Auch dabei ist ihnen bei ihrer Grundausrichtung jedes Mittel recht. Andere politische Lösungsvorschläge bekämpfen sie als sogenannte Aufweichungen.

An dieser Stelle muß unsere Frage noch konkreter werden. Denn, was ist der Mittelpunkt, ja der gesamte Inhalt der politischen Konzeption, die sie vertreten, unter solchen Vorzeichen geworden? Es ist nichts weiter, als der dogmatische Versuch, wenigstens den gegenwärtigen "Status Quo" einer zweigeteilten Welt aufrecht zu erhalten. Und das nur, nachdem die Zurückdrängung des Kommunismus, die "Befreiung" der Welt vom Kommunismus "auch mit Atomwaffen", der sie gestern noch offiziell huldigten, nunmehr angesichts einer realistischeren Einschätzung des tatsächlichen ökonomischen und militärischen Kräftepotentials des Ostens (vorerst) zum Stillstand gekommen ist. Das ist statisches Denken, das geradewegs in einer bornierten militärischen Metaphysik landet, deren Unterbau die Resignation und der Fatalismus breiter Schichten der so regierten und manipulierten Völker ist.

Wir meinen deshalb: wer die Rechte der Opposition und die Pflicht der Opposition zur Entwicklung einer Alternative, wer das legitime Recht, diese Alternative auch demokratisch durchsetzen zu können, nicht mehr anerkennen will, wer die Notwendigkeit dazu nicht mehr begreift, wer der Opposition also so gegenübertritt, wie es hierzulande üblich geworden ist, der bereitet den Bankrott der bürgerlich demokratischen Gesellschaft vor. Die weitere Folge wird sein, daß am Ende einer solchen Entwicklung wieder ein Totalitarismus auferstehen wird, sei es im faschistischen, sei es im anderen Gewande, der die Welt dann schließlich in den Abgrund eines totalen atomaren Krieges stürzt. Dieser Totalitarismus wird zudem diesmal in unser Land unangefochten über die Straße des Konformismus und Opportunismus kommen, - wenn sich nicht Entscheidendes ändert.

Um das Allgemeine abschließend wieder zu einer tendenziösen Randerscheinung zurückzuführen: ich bin nicht geneigt, den "Fall H" zu überschätzen. Er ist zunächst nur lokal von einigem Interesse; er steht leider aber auch im Zusammenhang mit - sich andernorts summierenden - "Fällen" und Tendenzen. Nur deshalb sollte man dergleichen nicht unterschätzen und beharrlich eben diese Zusammenhänge aufzeigen.

Frankfurt (Main), 22.9.1962 - hoha



Dokumente Kommentare Fragen

ED 718-20-90

Unser NEIN zur Bombe ist ein JA zur Demokratie

Sie unterstützen
den
Ostermarsch
der
Atomwaffengegner

Ich hasse ihre Meinung,
aber ich bin bereit dafür zu sterben,
daß sie sie aussprechen dürfen.
Voltaire

DER FALL HALBERSTADT EIN BEITRAG ZUR DEMOKRATIE

Prof. Ackermann
Frank Allaun
Günther Anders
Pfarrer Andres
Stefan Andres
Prof. Bomberger
Benjamin Britten
Hedwig Born
Dr. Andreas Buro
Domherr Collins
Dr. Helga Einsele
Herbert Fallert
Pfarrer Farr
Prof. Dr. Dr. Flechtel
Pfarrer Dr. Freudenberg
Christian Geiskler
Prof. Dr. Gollwitzer
Prof. Heckmann
Prof. Heydorn
Heinz Hilpert
Pastor Jasper
Prof. Dr. Joergler
Dr. Robert Jungk
Dr. Erich Kästner
Dr. Fritz Kaly
Dr. Arno Klöpper
OKR Klippenburg DD
Prof. Koch
Erich Kubly
Christel Küppers
Margarethe Lachmund
Fritz Lamm
Prof. Dr. Lenz
Prof. Linke
Prinz zur Lippe
Prof. Maler
Dr. Bodo Marstein
Christian Mayer-Amery
Prof. Dr. Dr. Meier
Pastor Mochalsky
Dr. Martin Niemöller
Prof. Dr. Otto
Prof. Petersen
Rudolf Rolfs
Ursula Rüt
Bertrand Russell
Paul Schallück
Dr. Hans Schenk
Robert Scholl
Martin Schröder
Prof. Dr. Schöckin
Herbert Stubenrauch
Hans-Konrad Tempel
Prof. Dr. Ude
Klaus Vack
Prof. Dr. Dr. Wenzel
Prof. Wolf

DEMOKRATIE - es verbirgt sich zuviel hinter diesem Namen, man erkennt nicht die Mächer so genau, die der Freiheit den Strick drehen und nicht die Pioniere, die Demokratie und Freiheit praktizieren, festigen und mit Leben erfüllen.

DEMOKRATIE - ein Wort, das nicht nur Rechte in sich birgt, sondern verpflichtet. Verpflichtet, nicht nur eine Meinung zu haben, sondern diese kund zu tun, allen und wo immer nur möglich.

DEMOKRATIE - offenbar einem Volk an die Hand gegeben, das dieses rätselhaftes Pseudonym für Freiheit wohl nie so recht erfaßte. Doch die Frage heute ist nicht: sind wir immer noch demokratische Anfänger? - nein: sind wir bereits wieder demokratische Aufhörer?

DEMOKRATIE - ein imaginäres Etwas, das gehaßt und verfolgt wird von so Mächtigen, wie Bürokratie, planmäßige Ordnung, Obrigkeit.

DEMOKRATIE - Leidenschaft Weniger, Feind der Mächtigen und ihrer Helfer, aber unzweifelbar legitimes Recht Aller.

- . - . -

Hans Konrad Tempel, Sprecher des Zentralen Ostermarsch-ausschusses sagte im Entstehungsjahr der deutschen Ostermarschbewegung:

"Der Wert einer Demokratie ist daran zu messen, wie in ihr die Minderheiten behandelt werden. Es gibt eine geschichtliche Wahrheit, vor der die Verantwortlichen des Ostermarsches der Atomwaffengegner bestehen können. Unsere Verleumder hier und unsere sogenannten "Förderer" drüben werden nicht vor dieser Wahrheit bestehen. Für uns gilt nach unserem Gewissen: UNSER NEIN ZUR BOMBE IST EIN JA ZUR DEMOKRATIE."

FRANKFURT:
FREIHEITLICHE STADT

Es begann schon früher (sicher in der Frankfurter Paulskirche), aber wir beginnen Ostern 1962. Ein merkwürdiger Zug zieht durch die Straßen Frankfurts. Die Mitgänger in diesem Zug - nicht zu verwechseln mit den Mitläufern dieses oder früherer Reiche - sind durch die Presse in der Öffentlichkeit als Ostermarschierer (in Anführungszeichen) mit einem Namen belegt worden. Trotzdem, viele schauen neugierig, lesen verstaubte Flugblätter und Plakate, bewundern politischen Mut und touristische Leistung, ja schließen sich an. An der Spitze des Zuges gehen einige, sagen wir etwas bekanntere Persönlichkeiten Frankfurts, gehen die "Organisationsbosse" (von einer Zeitung geprägter Ausdruck, deshalb nicht unbedingt ernst zu nehmen!), gehen die Redner für die Schlußkundgebung auf dem Römerberg. Zwei dieser Redner nutzen die Gelegenheit für ein Gespräch. Frank Allaun, der britische Unterhausabgeordnete und der Schriftsteller Christian Geissler sprechen über jene Stadt durch die man demonstriert. Geissler braucht sich nicht die Mühe zu machen, den Gesprächspartner über Schein und Wirklichkeit bundesrepublikanischer Demokratie aufzuklären. Man weiß in England Bescheid, vielleicht besser als bei uns. Christian Geissler spricht deshalb über etwas Positives und zwar über Frankfurt. "Wissen Sie, so dunkel es in unserem Land auch aussieht, es gibt noch Lichtblicke. Diese Stadt Frankfurt, weltoffen, fortschrittlich und oft Zentrum liberaler Bewegungen, hat sich ihre humane Tradition eigentlich stets bewahrt. Hier spürt man wenig von dieser provinziellen, engstirnigen, separatistischen Politik des Nachkriegsdeutschland. Die politische Luft um den Römer ist freier und atmet sich leichter als anderswo..."

EINIGE FAKTEN VORWEG

Heiner Halberstadt ist Frankfurter Bürger. Er ist aktiv in der Ostermarschbewegung tätig, und zwar Mitglied des hessischen Ausschusses und von diesem delegiert in den Regionalausschuss Mitte und den Zentralen Ausschuss der Atomwaffengegner. Heiner Halberstadt hat für den Regionalausschuss Mitte, am Ostermontag die Abschlussskundgebung auf dem Römerberg geleitet. Bei dieser Kundgebung waren der Schriftsteller Christian Geissler; Rudolf Bolfs, Leiter der Frankfurter Schmiere; der britische Unterhausabgeordnete Frank Allaun; Pfarrer A. Freudenberg, bekannt geworden durch die Heilsbergsiedlung in Bad Vilbel.

Kurz nach Ostern, am 25.4.1962 nahmen die Vereinigten Staaten von Amerika auf den Weihnachtsinseln ihre Atomtests in der Atmosphäre wieder auf. Der hessische Ausschuss

beschloss, gegen diese Versuche gegenüber dem amerikanischen Generalkonsulat eine Mahnwache, besetzt von 10 Personen, zu errichten. Verantwortlicher für die Mahnwache: KLAUS VACK. Eigentlich war man der Auffassung, daß eine solche Mahnwache nicht mit einer Kundgebung in Sinne des Versammlungsgesetzes gleichzusetzen ist und mehr der Ordnung halber wurde die Frankfurter Polizei informiert. Auch in dem Haus der "Gefürchteten" (gefürchtet, weil sie die Macht besitzen), teilte man vorerst einmal die Meinung: DIESE MAHNWACHE IST KEINE KUNDGEBUNG. Dann aber kam man zu anderen Feststellungen: Mahnwache ist Kundgebung; Kundgebung muß 48 Stunden vorher angemeldet werden; diese Frist wurde nicht eingehalten; DIE MAHNWACHE IST VERBOTEN. Trotzdem trafen sich jene, die für die Mahnwache vorgesehen waren, zum verabredeten Zeitpunkt, am 28.4.1962 vormittags in der Nähe des amerikanischen Generalkonsulates. HEINER HALBERSTADT WAR DABEI. Die Polizei hatte am Tag vorher festgestellt, daß die Mahnwache schon deshalb nicht möglich sei, weil die Vorbereitungen für den polizeilichen Einsatz zu schwierig seien. Bei Genehmigung der Mahnwache hätte ein Polizeibeamter genügt. An jenem Morgen aber, waren mehrere Bereitschaftswagen im Einsatz, um das arme Konsulat vor Plakaten zu schützen, wie "Amerikaner, Sowjets - auch Tote sind Mord" oder "keine Atomtests in Ost und West". Jene, die zur Mahnwache gekommen waren, glaubten, daß man nun, wo zwar das Aufstellen einer Mahnwache verboten war, doch mit einem Umhängeschild auf und abgehen dürfe. Klaus Vack, der VERANTWORTLICHE, händigte die Schilder aus, doch die Polizei verhinderte das Tragen. Es gab kein Handgemenge, keine Beamtenebeleidigung, sondern nur eine kurze Diskussion zwischen Demonstranten und Polizei, dann folgte man den unverständlichen, rechtlich kaum haltbaren polizeilichen Behauptungen, war guter, folgsamer, Staatsbürger wider besseres Wissen und Gewissen. Und: HEINER HALBERSTADT WAR DABEI.

Sie haben die Schilderung über den 28.4.1962 gelesen. Lesen sie auch folgenden Kommentar aus der FRANKFURTER NEUEN PRESSE vom 30.4.1962:

Polizei sperrte ab
PLAKATE AUF DEM RÜCKEN
Atomwaffengegner versuchten Demonstration

Der Geschäftsführer des Frankfurter Vereins "Haus der offenen Tür", Hainer Halberstadt, wird von der Polizei als der Hauptakteur einer von starken Polizeieinheiten unterbundenen Demonstration sogenannter Atomwaffengegner angesehen, die am Samstag mit Plakaten der "Ostermarschbewegung" auf dem Rücken vor dem amerikanischen Generalkonsulat in der Siesmayerstraße aufmarschieren wollten. Halberstadt lehnt jede Verantwortung ab.

Die Gruppe von etwa 20 Mann hatte sich kurz nach acht Uhr nahe der Kreuzung Bockenheimer Landstraße/ Siesmayerstraße versammelt. Als sie sich in Marsch setzten, stand Halberstadt, der dem Komitee der Ostermarschbewegung angehört, keine zehn Schritte von den Demonstranten entfernt. Polizeibeamte bildeten eine dichte Sperrkette, und zwei Oberbeamte der Schutzpolizei gingen auf die Gruppe zu. Der eine erklärte, man habe zwar nichts gegen die Ostermarschbewegung, was schon daraus hervorginge, daß die Organisation am Ostermontag auf dem Römerberg eine Kundgebung abhalten konnte, aber hier handele es sich um eine genehmigungspflichtige Demonstration, die von den Veranstaltern nicht angemeldet worden sei.

Von einem anderen Beamten wurden die Demonstranten aufgefordert, die umgehängten Plakate abzunehmen, da diese sonst beschlagnahmt werden müßten. Erst bei der dritten Aufforderung und nach dem Hinweis, daß die Nichtbefolgung als Widerstand ausgelegt werde, klappten die Jugendlichen ihre Plakate zusammen. Sie kündigten an, daß sie einen Antrag stellen werden und die Demonstration vor dem Generalkonsulat im Falle der Genehmigung im Laufe der kommenden Woche wiederholen wollen.

Halberstadt erklärte uns, er habe die Aktion nicht veranlaßt. Man könne nicht von einer Demonstration, sondern nur von einem "Spaziergang" vor dem Generalkonsulat sprechen.

Während der Auseinandersetzung zwischen der Polizei und den Demonstranten tauchten ostzonale Foto- und Kameralaute auf. Bis Sonntagmittag war keine Auskunft darüber zu erhalten, was der Magistrat gegen Halberstadt zu tun gedenkt, der als Geschäftsführer des Vereins der Offenen Tür städtischer Angestellter ist. Schon einmal mußte sich der Magistrat mit dem Auftreten Halberstadts befassen, gegen den das Komitee "Rettet die Freiheit" im Zusammenhang mit der kommunistischen Wählerarbeit in der Bundesrepublik schwere Beschuldigungen erhoben hat. Bei einem Prozeß gelang es Halberstadt nicht, den Gegenbeweis zu erbringen.

BEHAUPTUNGEN UND RICHTIGSTELLUNGEN

Es wird behauptet:

Heiner Halberstadt wird als der Hauptakteur der geplanten Mahnwache angesehen.

Wir stellen fest:

Nicht Heiner Halberstadt, sondern Klaus Vack war hierfür verantwortlich.

Es wird behauptet:

Während der Auseinandersetzung zwischen der Polizei und den Demonstranten tauchten ostzonale Foto- und Kameralaute auf.

Wir stellen fest:

Von der geplanten Mahnwache wurden telefonisch Dpa und Upi sowie die Frankfurter Tageszeitungen informiert.

Wir fragen:

Woher weiß die Frankfurter Neue Presse, daß "ostzonale Foto- und Kameralaute" anwesend waren? Bestehen so gute Kontakte oder arbeitet man gar zusammen? Oder hat man vielleicht die "ostzonalen Foto- und Kameralaute" auf Umwegen selbst herbeordert, um dann einen hinterhältigen Schuß auf die Ostermarschbewegung abfeuern zu können?

Die Neue Presse formuliert:

Bis Sonntagmittag war keine Auskunft darüber zu erhalten, was der Magistrat gegen Halberstadt zu tun gedenkt, der als Geschäftsführer des Vereins der Offenen Tür städtischer Angestellter ist.

Wir stellen fest:

Ein solcher Satz muß als Aufforderung an den Magistrat gewertet werden, Halberstadt abzuschließen. Man muß in diesem Satz eine Nötigung sehen, denn dem Magistrat wird auf Umwegen eine ungesetzliche Handlung (Verstoß gegen das Grundrecht der freien Meinungsäußerung nach der Hessischen Verfassung und dem Grundgesetz der BRD) angeraten.

Es wird behauptet:

Schon einmal mußte sich der Magistrat mit dem Auftreten Halberstadts befassen gegen den das Komitee "Rettet die Freiheit" im Zusammenhang mit der kommunistischen Wählerarbeit in der Bundesrepublik schwere Beschuldigungen erhoben hat.

Wir fragen:

Identifiziert sich die Frankfurter Neue Presse mit "Rettet die Freiheit", jener rechtsradikalen Vereinigung, die selbst CDU-, FDP- und SPD-Bundestagsabgeordnete der Kommunistenhörigkeit bezichtigt hatte? Wenn ja - dann wird es für manchen Bürger Zeit bei einer gewissen Zeitung das Abonnement zu kündigen. Hat man übrigens vergessen, daß sich der Magistrat seinerzeit vor Heiner Halberstadt stellte?

"SERIÖSE" PRESSE

Nicht nur die Frankfurter Neue Presse, sondern auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung richtete in jenen Tagen scharfe Angriffe gegen Heiner Halberstadt. In unsachlicher, teilweise verleumderischer Form wurden die Leser mit Unwahrheiten und Verdrehungen gespeist. Die aufgegriffenen "Vorkommnisse" schienen diesen "seriösen" Zeitungen so eklatant, daß sie "der Splittergruppe der Ostermärschler" breite Spalten widmeten. Immer deutlicher wurde dabei die Tendenz, Heiner Halberstadt wegen seiner Mitarbeit beim Ostermarsch der Atomwaffengegner abzuschließen. Die Aufforderungen an den Frankfurter Magistrat, Heiner Halberstadt von seinem Posten zu entlassen, wurden zum Schluß so deutlich, daß man sich fragen muß, ob nach 1945 einige Redakteure des "Stürmers" in Frankfurt untergetaucht sind.

Viele Freunde des Ostermarsches reagierten sofort auf die Hetzkampagne. Auch nicht dem Ostermarsch zugehörige, demokratische Bürger waren empört. Von den vielen Briefen, die damals geschrieben wurden, geben wir einen ungekürzten Leserbrief zur Kenntnis, den Rudolf Rolf, Leiter der Frankfurter Schmiere, an die Neue Presse schrieb.

Rudolf Rolfs schreibt an die Frankfurter Neue Presse

Sehr geehrter Herr Kirn, in einer sehr, sehr wichtigen Sache möchte ich mich an Sie wenden, mit der Bitte um Gehör. Es handelt sich nicht um eine Angelegenheit der Schmiere, es handelt sich um viel mehr. Herr Kirn, bitte geben Sie dem Rufmord Einhalt. Ich lese soeben im lokalen Teil den Artikel "Plakate auf dem Rücken". Im Rahmen dieses Artikels soll ein Mann fertiggemacht werden, weil er nicht die politische Anschauung Ihrer Leitartikler hat. Ich frage Sie: darf ein städtischer Angestellter nicht gegen die Atombombe sein? Schließt ein Anstellungsvertrag mit der Stadt die eigene Meinung aus? Sollten wir nicht glücklich darüber sein, daß dem Verein "Offene Tür", der für Jugendliche gedacht ist, ein Mensch mit jugendlichem Elan vorsteht? Soll an diese Stelle ein linientreuer Mitläufer treten?

Leider bleibt in Ihrem Artikel unerwähnt, daß die Aktion vor dem amerikanischen Generalkonsulat der Polizei vorher mitgeteilt wurde und man, allerdings fälschlicherweise, die Auskunft erteilte, daß eine Sache in diesem kleinen Maßstabe nicht genehmigungspflichtig sei. Ich bin Teilnehmer einer jeden Demonstration gegen die Atomwaffen. Ich habe an den Ostermärschen ebenso teilgenommen, wie an der Protestaktion der gleichen Leute vor der russischen Militärmission gegen die sowjetische 50-Megatonnen-Bombe. Noch niemand hat mir kommunistische Wühlarbeit nachgesagt, weil ich von den Rechten und Pflichten eines Demokraten Gebrauch mache.

Sehr geehrter Herr Kirn, Sie werden den Artikel nicht geschrieben haben. Sie werden ihn vorher nicht gelosen haben. Der Hinweis darauf, daß ostzonale Kamera- und Filmleute bei dieser Aktion vor dem amerikanischen Generalkonsulat gewesen sein sollen, ist in Verbindung mit dem Namen Halberstadt hinterhältig. Dürfen die Leute in Ostern nicht erfahren, daß man in unserer Demokratie Leute findet, die von der Demokratie Gebrauch machen? Sollen wir uns von Ulbricht diktieren lassen, in wie weit wir das Grundgesetz nur als ein Stück Papier werfen sollen? Sollen wir mit den Mitteln derer da drüben unserer Demokratie den Lebensnerv abknöpfen. Außerdem, wenn es um die Atombombe geht, so interessieren mich nicht mehr kleinliche, nationalistische Belange. Hier geht es um den Sauerstoff, den ich als Lebewesen auch morgen benötige.

Bitte, Herr Kirn, versuchen Sie nicht einen Menschen abzuknallen, nur weil er pfeift. Wir werfen unseren Eltern vor, daß sie 1933 nicht gepfiffen haben. Herr Kirn, bitte pfeifen Sie mit gegen die Verleumder, die Rufmörder, die Intoleranten, die Anonymen, die Sorte von Antikommunisten, welche mit den Mitteln der Kommunisten unsere Demokratie ad absurdum führen. Erlauben Sie mir den Hinweis, daß ich Herrn Halberstadt nur von kurzen Begegnungen kenne und diesen Brief nur mit dem roten Farbband schreibe, weil die blaue Seite abgeschrieben ist.

Mit freundlichen Grüßen
Rudolf Rolfs

DIE MACHT DER PRESSE!
DIE OHNMACHT
DES MAGISTRATS-ODER?

Nach einigen Leitartikeln war es der Neuen Presse und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gelungen, den Vorstand des Vereins "Haus der offenen Tür" und den Frankfurter Magistrat ins Bornhorn zu jagen. Man ließ verlauten, der "Fall Halberstadt" würde überprüft und man wolle feststellen, ob es geraten erscheint aus der Angelegenheit die "personellen Konsequenzen" zu ziehen. "Der Römer" war wie die Neue Presse schrieb "in Verlegenheit".

DEMOKRATIE IST
NICHT EINFACH!
WARUM SO MANCHER
HOCHGESTELLTE
GRUNDGESETZ UND
HESSISCHE VERFASSUNG
VERFLUCHEN WIRD.

Der Römer war nun wirklich in Verlegenheit gekommen. Einerseits war die Hetzkampagne um Heiner Halberstadt endlich die gegebene Möglichkeit, um dem etwas unbequemen Ostermarsch ein auszuwischen. Leute, die eine eigene Meinung haben und sich unter Berufung auf das Grundgesetz auch noch erlauben, diese Meinung "frei und öffentlich" zu äußern, sind unbequem. Also Schluß machen mit Heiner Halberstadt war die richtige Konsequenz. Da gibt es aber noch eine Hessische Verfassung, eine Verfassung mit Grundrechten, die bei solcher Geisteshaltung wie sie zwei Frankfurter Zeitungen propagierten eigentlich nicht mehr in die heutige Zeit passt. Wie schreibt die Neue Presse unter dem 2.5.1962: "Es bleibt dem Mitbürger Halberstadt unbenommen, seiner Überzeugung entsprechend zu handeln, aber der Geschäftsführer des Vereins "Haus der offenen Tür" hat der Allgemeinheit gegenüber Verpflichtungen, die seinem Tun und Lassen in der Öffentlichkeit bestimmte Grenzen setzen". Wie aber heißt es in der Hessischen Verfassung:

JEDERMANN HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG FREI UND ÖFFENTLICH ZU ÄUSSERN. DIESES RECHT DARF AUCH DURCH EIN DIENSTVERHÄLTNIß NICHT EINGESCHRÄNKT WERDEN, UND NIEMAND DARF EIN NACHTEIL WIDERFAHREN, WENN ER ES AUSÜBT.

Der Römer war also in Verlegenheit, denn wollte er Heiner Halberstadt entlassen, mußte er gegen die Hessische Verfassung und natürlich auch das Grundgesetz verstoßen oder: ER MUSSTE EINE GUTE ODER SCHLECHTE AUSREDE FÜR EINE RÜNDIGUNG ERFINDEN.

Am 29.5.1962 war es dann wieder einmal die Frankfurter Neue Presse, die der interessierten Öffentlichkeit verkünden konnte, wie der Vorstand des Vereins "Haus der offenen Tür" mit dem unbequemen Heiner Halberstadt fertig zu werden gedenkt.

Ohne Vertrauen FALL HALBERSTADT VOR DEM ABSCHLUSS

Geht der Fall Halberstadt jetzt still und leise zu Ende? Wird der Geschäftsführer des Vereins "Haus der offenen Tür" unbemerkt von der Bühne abtreten, nachdem er mehr als einmal, zuletzt mit der Demonstration gegen Atomversuche vor dem amerikanischen Generalkonsulat, in Frankfurt für Wirbel um seine Person und für Theaterdonner gesorgt hatte?

Fast sieht es so aus. Seine Abberufung war gefordert worden. Man machte Heiner Halberstadt in der Öffentlichkeit nicht seine Einstellung zum Vorwurf - sie steht im selbstverständlich frei, er darf ihr auch in extremer Weise anhängen, sondern man sagt mit Recht, als Mann, der so eng mit der Frankfurter Stadtverwaltung verbunden ist, dürfe er nicht eine Form wählen, die Frankfurts Ruf schädigt. Es geht nicht, daß der Geschäftsführer des Vereins "Haus der offenen Tür" immer wieder in Kapriolen verfällt, die das Absehen der Stadt mindern.

Nachdem der Magistrat lange zugeschaut hatte, beauftragte er nach dem letzten Zwischenfall vor einigen Wochen den Vorsitzenden des Vereins "Haus der offenen Tür", Stadtrat Dr. Prestel, mit einer Untersuchung. Der Bericht liegt jetzt vor. In ihm steht klipp und klar, daß der Vorstand einstimmig zu dem Entschluß gekommen ist, Heiner Halberstadt habe nicht mehr sein Vertrauen. Es wird gesagt, man möge Halberstadt behilflich sein, eine andere Stellung zu finden. Das heißt mit anderen Worten: Halberstadt muß gehen. Nach Lage der Dinge hat er sich das selbst zuzuschreiben. Die Entscheidung konnte nicht anders fallen. Im Magistrat wurde über den Bericht nicht diskutiert. Er war ausgelegt, niemand nahm dazu das Wort. Offensichtlich versucht die SPD mit dem Fall Halberstadt intern fertig zu werden.

Nach dem Vorstandsbericht dürfte es nur noch eine Frage der Zeit sein, wann Halberstadt einer anderen Beschäftigung - die durchaus im Rahmen der Stadtverwaltung liegen kann - nachgeht. Eine Beschäftigung, der nicht das politische Gewicht zukommt und die nicht im Blickpunkt des Interesses der Öffentlichkeit liegt, wie die Stelle des Geschäftsführers des Vereins "Haus der offenen Tür". Lauter oder leiser Abgang; es ist gleich; der Vorhang fällt dann, und der Verein "Haus der offenen Tür" kann unter einem neuen Geschäftsführer seine wichtige Arbeit der Jugenderziehung erfüllen - ohne Halberstadt und dessen Extratouren. AB

Zweierlei konnte man diesen Artikel entnehmen. Einmal war deutlich die Tendenz spürbar, mit der gegen Halberstadt gehetzt wurde. Man versuchte ein öffentliches Interesse an einer Kündigung gegenüber Heiner Halberstadt vorzutäuschen, das gar nicht bestand. Vermutlich hatten nur einige gehässige Zeitungsschreiberlinge und vornehmlich einige Parteifunktionäre, die ihre Politik mit den Schlagworten "christlich" oder "freiheitlich" betreiben, ein Interesse, Halberstadt abzuschließen.

Zur anderen mußte man dem Artikel entnehmen, daß der Vereinsvorstand zu feige war, öffentlich zuzugeben, daß Heiner Halberstadt aus politischen Gründen gehen soll. Deshalb versteckte man sich hinter der vagen Behauptung, der Vorstand habe zu Halberstadt kein Vertrauen mehr.

Der hessische Ausschuß für den Ostermarsch der Atomwaffengegner sah sich deshalb veranlaßt, einen Leserbrief an die Frankfurter Neue Presse zu schreiben.

Leserbrief der Atomwaffengegner vom 8. Juni 1962

In Ihrem Artikel "Ohne Vertrauen" behaupten Sie von unserem Ausschußmitglied, Herrn Halberstadt, seine "Kapriolen" minderten das Ansehen der Stadt Frankfurt am Main. Mit "Kapriolen" bezeichnen Sie Herrn Halberstadts Mitwirkung bei den Aktionen des Ostermarsches. Demgegenüber stellen wir fest, daß der Ostermarsch eine demokratische und internationale Aktion ist, die sich gegen Atomwaffen in Ost und West richtet. In unseren Grundsätzen wurde ausdrücklich festgelegt, daß jeder Protest auf verfassungsmäßiger

Basis stattfindet. "Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, eine Absage an politischen Terror und totalitäre Bedrohung." Herr Halberstadt hat sich in keinem Schritt von diesen Grundsätzen entfernt. Er hat unsere Kundgebung auf dem Römerberg geleitet, bei der Rudolf Rolfs, der englische Unterhausabgeordnete Frank Allsun und Pfarrer Freudenberg sprachen, und er hat vor dem amerikanischen Generalkonsulat den jungen Atomwaffengegnern mitgeteilt, daß die Demonstration nicht erlaubt sei und deshalb nicht stattfinden könne.

Dieses Verhalten kann das Ansehen der Stadt Frankfurt am Main nicht schädigen. Im Gegenteil, es gehört zu ihrem Ruf als freiheitliche Stadt, daß sie in der Vergangenheit und in der Gegenwart Bürger besaß, die öffentlich für das Gemeinwohl und für den Frieden eingetreten sind. Die Hessische Verfassung billigt und schützt ein solches Verhalten. "Jedermann hat das Recht, seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. Dieses Recht darf auch durch ein Dienstverhältnis nicht eingeschränkt werden und niemand darf ein Nachteil widerfahren, wenn er es ausübt."

Wir protestieren gegen Tendenz und Formulierung Ihres Artikels und erinnern daran, daß auch Sie die Luft der Freiheit der Meinung - auch der anderen Meinung - zum Atmen brauchen.
Damit verbleiben wir, gez. Klaus Vack, gez. Herbert Waller.

Dieser Leserbrief wurde ordnungsgemäß abgeschickt und ist bestimmt auch an der entscheidenden Stelle angekommen und dort zur Kenntnis genommen worden. Selbstverständlich sah es die Wie-heißt-sie-doch-gleich-Zeitung nicht für opportun an, diesen Leserbrief auch nur auszugsweise zu veröffentlichen. Mancher, der bisher noch glaubte, eine "unabhängige" oder "neutrale" Zeitung abonniert zu haben, muß erkennen, daß ihn die Wie-heißt-sie-doch-gleich-Zeitung nicht nur einseitig informiert, sondern die richtigstellende Gegenmeinung sogar in einem Leserbrief unterschlägt. Mancher sollte sich überlegen, ob für ihn unter diesen Voraussetzungen die Wie-heißt-sie-doch-gleich-Zeitung noch tragbar ist.

HIER MUSS DER
MAGISTRAT
STELLUNG NEHMEN!

Dem aufmerksamen Leser dieser Dokumentation ist klar geworden, daß der "Vertrauensentzug" des Vereinsvorstandes gegenüber Heiner Halberstadt einzig und allein politische Gründe hat. Dies wird auch im Folgenden weiter nachgewiesen. Es ist deshalb verständlich, daß der hessische Ostermarschschuß alles daransetzte und daransetzt, die ungerechtfertigte Repressalie zu verhindern und Heiner Halberstadt zu seinem Recht zu verhelfen. Am 16. Juni 1962 wurde deshalb von dem Geschäftsführer Klaus Vack ein Schreiben an Oberbürgermeister Bockelmann gerichtet. Dieses Schreiben fand leider lange keine Beantwortung, sodaß sich die Pressestelle des Ostermarsches veranlaßt sah, die wahren Gründe für die Repressalie gegen Heiner Halberstadt immer wieder zu verbreiten.

Brief von Klaus Vack an Oberbürgermeister Bockelmann vom 16.6.62

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, vor mir liegt die "Frankfurter Neue Presse" mit ihrem Artikel "Ohne Vertrauen". Dieser Artikel, für dessen gehäßige Formulierungen der Magistrat der Stadt Frankfurt nicht verantwortlich gemacht werden kann, beraubt mich allein durch den Tatbestand den er darstellt meines letzten Vertrauens - des Vertrauens in unsere Demokratie, des Vertrauens in Wirklichkeit des Grundgesetzes und der Hessischen Verfassung. Wie weit ist es in Deutschland wieder gekommen? Waren wir vor 17 Jahren noch demokratische Anfänger, so sind wir heute bereits demokratische Aufhörer.

"Der Fall Heiner Halberstadt" wurde von der bürgerlichen Presse hochgespielt, einer Presse, die der Frankfurter SPD-Mehrheit nie wohlgesonnen war. Man tat dies mit der üblichen Methode, indem man Verdrehungen, Verdächtigungen, Verleumdungen und glatte Lügen geschickt mischte und in Verbindung zu Halberstadts Dienstverhältnis bei der Stadt Frankfurt brachte. Diese Methode ist so alt wie die Menschheit selbst. Man kann von den ewig Gestrigen nicht mehr verlangen.

Was ist das Bedrückende, ja das Unbegreifliche an dieser Situation? Daß sich ein sozialdemokratisches Mehrheitsparlament und ein sozialdemokratischer Mehrheitsmagistrat von der bürgerlichen Presse - durch eventuell von der CDU lancierte Artikel - hinreißen läßt, eine undemokratische Maßnahme zu sanktionieren.

Es heißt in der Hessischen Verfassung: "Jedermann hat das Recht, seine Meinung ...". Diese Hessische Verfassung, geschaffen unter Führung der Sozialdemokraten, wird vom Magistrat der Stadt Frankfurt mißachtet, wenn stimmt, was die Neue Presse zwischen unsachlichen Zweckformulierungen an Tatsachen im "Fall Halberstadt" berichtet.

Ich habe mich als junger Mensch, der politische Grundhaltung, den Willen zu einer friedlichen Zukunft und den Kampf um Demokratie jedem taktischen Verhalten voranstellt, in den ehrenamtlichen Dienst der Ostermarschbewegung gestellt. Es war dies für mich die konsequente Fortsetzung der Paulskirchen-Bewegung und von "Kampf dem Atontod", die mich während meiner ersten politischen Gehversuche prägten. Diese Ostermarscharbeit hat mir viele Illusionen genommen und mich mit Schein und Wirklichkeit unserer Demokratie vertraut gemacht. Es ist schwer, ein guter Demokrat zu sein, sehr schwer. Wer nicht im großen Strom des Konformismus mitschwimmt, muß einen Höllenkampf gegen Windmühlen führen. Alle bitteren Erfahrungen der letzten Jahre werden jedoch übertriften von den Vorgängen gegen Heiner Halberstadt. Nun ist die Auseinandersetzung mit dem politisch andersdenkenden, der Untoleranz, dem Totalitarismus gewichen. Eine Demokratie erkennt man nicht daran, wie sich die Großen um die Macht raufen, sondern wie eine Minderheit, wie der Einzelne behandelt wird. Was ist das für eine Demokratie, wo der Einzelne wegen seiner nonkonformistischen Haltung um Stellung, Gehalt und Parteibuch bangen muß.

Man scheint, nach den Presseberichten zu urteilen, Heiner Halberstadt vorzuwerfen, er habe den Ruf Frankfurts geschädigt. So lange Heiner Halberstadt von seinen demokratischen Grundrechten Gebrauch macht, wird er dem Ruf Frankfurts kein Leid antun. Wenn aber die Stadt Frankfurt Heiner Halberstadt seiner Rechte beschneidet, dann schädigt sie ihren Ruf selbst. Dann werden nicht nur die Proteste unserer Freunde aus allen Kreisen der Bevölkerung,

such im Inn- und Ausland, sondern gerade die Proteste Außenstehender, die sich nicht mit der Ostermarsch-Bewegung identifizieren, zeigen, wer im Unrecht ist.

Schr geehrter Herr Oberbürgermeister, verschließen Sie sich nicht diesen Argumenten. Tun Sie alles, nicht nur für Heiner Halberstadt, sondern für Recht und Wahrhaftigkeit. Verzeihen Sie diesen harten Brief, der vielleicht an die falsche Adresse gerichtet wurde. Verzeihen Sie, aber es mußte gesagt werden und muß so lange gesagt werden, bis unsere Politiker wieder den Mut und die Kraft besitzen, um alles zu wagen, wenn es um Gerechtigkeit, egal für wen, geht. Bis dahin, ja bis dahin, werden wir weiter arbeiten unter dem Motto "Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie." In vorzüglicher Hochachtung, Ihr, gez. Klaus Vack.

PROTESTSCHREIBEN-
OHNE ERFOLG?

Diesem Schreiben an Oberbürgermeister Bockelmann folgten weitere. Sie waren gerichtet an den Oberbürgermeister, den Magistrat, den Vorsitzenden des Vereins "Haus der offenen Tür", Stadtrat Dr. Prestel. Sie kamen aus allen Teilen der Bevölkerung, von Persönlichkeiten, vom sogenannten kleinen Mann. Organisationen und Verbände faßten Entschließungen, schickten Schreiben. Sicher sind Oberbürgermeister, Magistrat und Vereinsvorstand insgesamt weit über hundert Schreiben zugegangen. Doch man hüllte sich in Schweigen. Bestimmt war das Schweigen nicht so zu verstehen, daß man sich im Recht fühlte, denn man hat ja mehrere hochdotierte Juristen in der Stadtverwaltung, die die Hessische Verfassung und das Grundgesetz sehr gut kennen. Es war also kein Schweigen des Rechtes, sondern ein Schweigen der Macht.

Aber trotzdem, all diese Briefe und all jene, die noch folgen werden, waren und sind nicht umsonst. Vielleicht erinnern sich jene, die sie lesen der Ziele, mit denen sie sich verbunden fühlten, als sie in die Politik eintraten. Vielleicht bewundern sie Heiner Halberstadt und seine Freunde, weil sein politischer Weg so mutig, so gradlinig verläuft. Vielleicht sogar bedauern sie sich selbst, weil so viel von dem ehemaligen Ich verloren ging. Wenn wir bei manchen jener Großen dieses Gewissen wieder geweckt haben, wird dies zwar Heiner Halberstadt vorerst wenig nützen, aber in uns doch die Hoffnung nähren, daß einstmals unser Volk, seine Presse, seine Führung reif sind für die Demokratie.

Mit diesem halb wehmütigen, halb optimistischen Satz hätten wir diese Dokumentation beschloßen, wenn sie in den ersten Tagen des Monats Juli veröffentlicht worden wäre. Dann aber kam der große Lichtblick. Nicht nur Persönlichkeiten und interessierte Verbände forderten Klarheit von Magistrat und Vereinsvorstand, sondern eine wirklich unabhängige Frankfurter Zeitung.

Die Frankfurter Rundschau veröffentlicht am 20.7.62 folgenden Artikel

HIER MUSS KLARHEIT GEFORDERT WERDEN!

WARUM SOLL DER GESCHÄFTSFÜHRER HALBERSTADT VOM VEREIN "HAUS DER OFFENEN TÜR" GEHEN?

von Hans-Jürgen Hoyer

Einer ebenso festgefahrenen wie verfahrenen Situation sehen sich seit einiger Zeit der Vorstand des Vereins "Haus der offenen Tür" e.V. in Frankfurt und jene Gremien gegenüber, die über ihre Vorstandsmitglieder Einfluß auf den Verein haben. Es geht um den Vereinsgeschäftsführer Heinz Halberstadt, einen selbstbewußten, einigen Leuten offensichtlich unbequemen jungen Mann. Er vertritt nach Auffassung mancher Kreise seine (linke) politische Auffassung zu radikal. Man sagt ihm außerdem "Ostkontakte" nach. Schließlich hat er sich mehrfach beim "Osternarsch der Atomwaffengegner" hervorgetan. Ein Mann also, der das Zeug dazu hat, nicht nur seinen politischen Gegnern ein Dorn im Auge zu sein.

Knall und Fall

Dieser Heinz Halberstadt soll nun, nachdem er lange genug ein "Fall" war, auch einen Fall tun. Mit anderen Worten: Er soll aus seiner Stellung verschwinden. Der Vorstand des Vereins hat ihm schriftlich mitgeteilt, daß er sein (des Vorstands) Vertrauen nicht mehr besitze und sich bis zu einem bestimmten Termin nach einer anderen Position umsehen möge. Tue er das bis dahin nicht, so könne man leider nicht umhin, ihm zu kündigen. So lautet sinngemäß der einstimmig gefaßte Beschluß des Vorstands, von dessen neun Mitgliedern vier der SPD und - mit dem Vorsitzenden, Stadtrat Dr. Prestel - zwei der CDU angehören.

Hätte Halberstadt silberne Löffel gestohlen oder sich anderweitig strafrechtlich schuldig gemacht, hätte er sich dienstliche Verfehlungen zuschulden kommen lassen oder sich als eine ausgesprochene Null in seiner Stellung erwiesen (was wiederum nicht erst nach fünfjähriger Tätigkeit ans Tageslicht dringen dürfte) - wir würden davon gewiß unterrichtet sein. Solche Vorwürfe aber werden gegen ihn gar nicht erhoben. Welches sind also die wirklichen Gründe für die Maßnahme des Vorstands? Wir haben sie trotz vieler Bemühungen nicht erfahren können. Man hat uns vielmehr immer wieder versichert, sie seien nicht in Halberstadts politischer Auffassung und Aktivität zu suchen. Wo dann? Man habe eben kein Vertrauen mehr zu ihm, hieß es nur. Kann das genügen?

Der erwähnte Vorstandsbeschluß hat seinen Urhebern inzwischen schon manches Kopfzerbrechen bereitet. Es ist nämlich nicht alles so gelaufen, wie man es erwartet hat oder lieber gesehen hätte. Beispielsweise hat die Tatsache, daß die SPD-Mitglieder des Vorstandes auch gegen Halberstadt gestimmt haben, in maßgebenden SPD-Kreisen nicht etwa nur Zustimmung gefunden. In der Tat kann die Übereinstimmung aller Vorstandsmitglieder in der Frage der Kündigung ohne nähere Begründung als lediglich mit der des mangelnden Vertrauens allzu leicht politisch mißdeutet werden. Vor allem aber verführt das angewandte Verfahren trotz aller gegenteiligen Beteuerungen zu einer weit gefährlicheren Mißdeutung - nämlich der daß hier ein Mann in seiner Stellung nicht tragbar sei und zum Abtreten gezwungen werden solle, weil er einer bestimmten politischen Meinung Ausdruck gibt und sie auf seine Weise konsequent vertritt.

Wir meinen daher, es sei dringend notwendig, daß die Verantwortlichen im Fall Halberstadt jedweden Verdacht in dieser Richtung durch konkrete Angaben ausräumen. Sie sind es nämlich, die sich in eine peinliche Situation hineinmanövriert haben. In einer Sache, die man tunlichst von allen Möglichkeiten der politischen Argumentation hätte fernhalten müssen, schafft man dem Betroffenen eine Plattform für die Rolle des politischen Märtyrers - eine Rolle, die ihm zu dem noch förmlich auf den Leib geschrieben wird. Mehr noch: Man begibt sich leichtfertig in den Verdacht politischer Intolleranz und Unterdrückung, ohne auch nur einen Finger zu rühren, um ihn zumindest als böswillige Unterstellung weit von sich zu weisen. Und schließlich findet man nichts dabei, daß auch auf diese Weise fleißig Wasser auf die Mühle derjenigen geschüttet wird, denen man doch gerade das Wasser abgraben will und für die Halberstadt nun aufs Schafott geht. Die Zwickmühle ist vollkommen!

Öffentliche Angelegenheit

Der Verein "Haus der offenen Tür" wird als eine öffentliche Einrichtung der Jugendpflege stark unterstützt. Die Stadt nimmt erheblichen Einfluß auf ihn; Oberbürgermeister Bockelmann hat erst kürzlich erklärt, es könne der Stadt nicht gleichgültig sein, was im Verein vor sich gehe. Aber auch der Öffentlichkeit wird und darf es nicht gleichgültig sein, zu erfahren, welcher Art die Verfehlungen des Geschäftsführers eines Vereins sind, der die Frankfurter Jugendheime betreut, sodaß seine Kündigung gerechtfertigt erscheint. Die Öffentlichkeit wird gewiss Verständnis für jede Korrektheit im Vorgehen gegen ihn haben. Deshalb fragen wir die Verantwortlichen: Warum muß Halberstadt gehen? Deshalb fordern wir in aller Öffentlichkeit: Klarheit und Wahrheit im "Fall Halberstadt"!

Man kann bestimmt nicht unterstellen, daß Hans Jürgen Hoyer in diesem Artikel Partei für Heiner Halberstadt ergreift. Ihm geht es um Klarheit und um die Grundprinzipien der Demokratie. Fast zwei Monate sind verstrichen, aber weder der Vorstand des Vereins noch der Magistrat fühlten sich von der Aufforderung der Frankfurter Rundschau angesprochen. Man hüllt sich weiterhin in Schweigen, was deutlich macht, daß der wahre Grund für die Repressalie gegen Halberstadt nur seine politische Tätigkeit beim Ostermarsch der Atomwaffengegner ist. Das darf man allerdings nicht öffentlich bekunden, da man sonst, wie in dieser Schrift schon mehrfach festgestellt, in Konflikt mit der Hessischen Verfassung gerät. Gerade das Schweigen des Vereinsvorstandes und des Magistrates nach dem Rundschau-Artikel sollte uns veranlassen, weiterhin energisch und leidenschaftlich Recht für Heiner Halberstadt zu fordern. Nicht Heiner Halberstadt durch seine Tätigkeit beim Ostermarsch, nicht die Atomwaffengegner selbst, sondern der Vereinsvorstand haben sich durch ihre ungeheuerliche Repressalie diese Suppe eingebrockt. Man kann es ihnen leider nicht ersparen, sie nun auch auszulöffeln und den Beschluß auf Entlassung von Heiner Halberstadt rückgängig zu machen.

Viele Leserbriefe sind der Frankfurter Rundschau nach ihrem Artikel zugegangen. Drei wurden veröffentlicht und man kann bei der Objektivität dieser Zeitung voraussetzen, daß unter den vielen nicht veröffentlichten Leserbriefen nicht ein einziger war, der gegen Heiner Halberstadt Stellung bezog. Wir erlauben uns, auch hier den Leserbrief von Rudolf Rolfs zu zitieren, weil er die Frage nach der "Klarheit im Fall Halberstadt" so konsequent fortsetzt.

Viele Brüger haben mit Genugtuung gelesen, daß die Frankfurter Rundschau versucht, in das dichte Gestrüpp, welches sich offiziell-erweise um den "Fall" des Geschäftsführers des Vereins "Haus der offenen Tür" in Frankfurt am Main rankt, eine Gasse zu schlagen. Den unfairen Angriffen und Verleumdungen gegen Halberstadt, der nur von seinem Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch macht, wurde in der FR außerordentlich sachlich begegnet. Mein Kompliment! Mich, als Verehrer des Grundgesetzes, interessiert es jetzt, nachdem viele Tage seit Erscheinen des Artikels verfloßen sind, wie die darin zur Antwort aufgeforderten Stellen reagieren. Die FR möge bitte uns Leser darüber orientieren, damit wir wissen, ob sich in diesem Land ein städtischer Angestellter noch eine eigene Meinung leisten darf oder nicht. Es wäre schön, wenn ich mit Überzeugung sagen könnte: Wir leben schließlich in Frankfurt am Main und nicht in Halberstadt!

DER
OBERBÜRGERMEISTER
ANTWORTET!

Auf das Schreiben, das Klaus Vack am 16.6.1962 an Oberbürgermeister Bockelmann gerichtet hatte, wurde mit Zwischenbescheid vom 6.7.1962 mitgeteilt, daß der Oberbürgermeister in Urlaub sei. Am 30.7.1962 hat Oberbürgermeister Bockelmann dann sein Antwortschreiben an Klaus Vack gerichtet, in dem er schreibt:

Sehr geehrter Herr Vack, (dann folgt die Entschuldigung für die Verzögerung bei der Beantwortung des Schreibens). Die Personalangelegenheiten des Vereins "Haus der offenen Tür" sind nicht unmittelbar eine Sache des Magistrats unserer Stadt. Herr Halberstadt steht in einem Dienstverhältnis privatrechtlicher Art zu diesem Verein und ist in seiner Tätigkeit dem Vorstand verantwortlich.

Die Differenzen, die zwischen Herrn Halberstadt und dem Vereinsvorstand aufgetreten sind, beruhen nicht auf der politischen Haltung Halberstadts. Wohl hat sich der Magistrat mit den in der Frankfurter Presse erhobenen Vorwürfen gegen Herrn Halberstadt aus Anlaß des diesjährigen Ostermarsches der Atomwaffengegner beschäftigt und auch mit der zeitlich später liegenden Demonstration vor dem amerikanischen Generalkonsulat. Dabei kam der Magistrat zu der Feststellung, daß aus der Teilnahme von Herrn Halberstadt keine Schlußfolgerungen hinsichtlich seines Beschäftigungsverhältnisses gezogen werden können, da sowohl die Teilnahme an dem Ostermarsch wie auch die spätere Demonstration vor dem amerikanischen Generalkonsulat keinen Grund für arbeitsrechtliche Maßnahmen darstellen. Obwohl Herr Halberstadt bei den Anlässen die nach den einschlägigen Gesetzen und den tarifvertraglichen Verpflichtungen (§ 53 BBG, § 68 HBG, § 8 BAT) gebotene Zurückhaltung vermissen ließ, sah der Magistrat hierin noch

keinen Grund, dem Vorstand oder dem Vorsitzenden des Vereins eine Auflage zur Lösung des Dienstverhältnisses zu machen.

Diese zweifellos eindeutige Haltung des Magistrates wird unterstrichen durch die dem Vorsitzenden des Vorstandes gegenüber zum Ausdruck gebrachte Bereitwilligkeit der Stadtverwaltung, Herrn Halberstadt anderweitig zu beschäftigen, soweit gewichtige Gründe gegen ein Verbleiben in der Stellung als Geschäftsführer des Vereins "Haus der offenen Tür" vorliegen. Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich nicht in der Lage bin, ihnen die Gründe darzulegen, die den Vorstand des Vereins "Haus der offenen Tür" veranlaßt haben festzustellen, daß Herr Halberstadt nicht mehr das Vertrauen genießt, das ein Geschäftsführer haben muß, um seine Tätigkeit sinnvoll und ersprießlich zu erfüllen.

An der Entscheidung des Vorstandes, Herrn Halberstadt mit Ablauf des Monats Dezember 1962 aus seinen Dienstpflichten zu entlassen, vermag ich nichts zu ändern, stehe aber zu der Zusage, einer anderweitigen Beschäftigung in unmittelbarem städtischen Dienst unter Bedingungen, die der Vorbildung von Herrn Halberstadt entsprechen. Mit vorzüglicher Hochachtung, gez. Bockelmann.

IST DAS
EINE ANTWORT, HERR
OBERBÜRGERMEISTER?

Lieber Leser, wenn sie sich in unserer Dokumentation bis hierhin durchgelesen haben, dann empfehlen wir ihnen, das Antwortschreiben des Oberbürgermeisters noch einmal und vielleicht noch einmal durchzulesen. Wer Herrn Bockelmann kennt und um seine bisherige Meinung weiß, wenn es um Recht und Freiheit ging, der wird diesen Brief sehr bedauern. Der Oberbürgermeister schreibt einmal, er habe mit dem Verein nichts zu tun, zum anderen aber, der Magistrat habe keinen Grund gesehen, "dem Vorstand oder dem Vorsitzenden des Vereins eine Auflage zur Lösung des Dienstverhältnisses zu machen".

Der Oberbürgermeister schreibt einmal, aus Halberstadts Teilnahme an Veranstaltungen der Atomwaffengegner können "keine Schlußfolgerungen hinsichtlich seines Beschäftigungsverhältnisses gezogen werden". Er schreibt zum anderen aber, der Magistrat habe dem Vorsitzenden des Vereins gegenüber die Bereitwilligkeit der Stadtverwaltung zum Ausdruck gebracht, "Herrn Halberstadt anderweitig zu beschäftigen, soweit gewichtige Gründe gegen ein Verbleiben in der Stellung als Geschäftsführer des Vereins "Haus der offenen Tür" vorliegen".

Der Oberbürgermeister schreibt einmal, er sei nicht in der Lage die Gründe darzulegen, "die den Vorstand des Vereins veranlaßt haben, daß Herr Halberstadt nicht mehr das Vertrauen genießt". Er schreibt zum anderen aber, daß Heiner Halberstadt mit Ablauf des Monats Dezember 1962 aus seinen Dienstpflichten entlassen wird. Man muß nicht besonders gewitzt sein, um auch aus diesem Brief zu lesen, daß es für das fehlende Vertrauen nur einen Grund gibt: Halberstadts Mitarbeit beim Ostermarsch.

ODER -
IST DER
OBERBÜRGERMEISTER
NICHT KOMPETENT ?

Nach dem Schreiben, das Oberbürgermeister Bockelmann am 30. Juli 1962 an den hessischen Ostermarschausschuß gerichtet hat, muß man natürlich auch die Frage ableiten, ob die Verantwortlichen für die geplante Repressalie gegen Heiner Halberstadt an anderer Stelle sitzen. Zweifellos geht die Hetzkampagne gegen Halberstadt nicht nur von den Wie-heißt-sie-doch-gleich-Zeitungen aus, sondern scheint vor allen Dingen von der CDU lanciert. Die CDU-Magistratsmitglieder, allen voran der Vereinsvorsitzende, Stadtrat Dr. Prestel, werden deshalb den Magistrat und die SPD stark unter Druck gesetzt haben. Man kann daraus die Schlüsse ziehen, daß es gerade jene Partei ist, die sich christlich-demokratisch nennt, die am ersten bereit ist, die Hessische Verfassung zu einem Fetzen Papier zu erklären, wenn es gilt, politische oder personelle Macht durchzusetzen.

So veröffentlicht eine Wie-heißt-sie-doch-gleich-Zeitung am 23. 8. 1962 einen kurzen Artikel über die Demonstration der Atomwaffengegner gegen die sowjetischen Atomtests. Nach diesem Artikel bezeichnete CDU-Stadtrat Ernst Gerhardt die Teilnahme Halberstadts an dieser Demonstration "taktisches Theater". Die Wie-heißt-sie-doch-gleich-Zeitung hat diesen CDU-Ausspruch selbstverständlich veröffentlicht, obwohl sie im vorjährigen Herbst ein Bild über die Demonstration der Atomwaffengegner gegen die sowjetische 50-Megatonnen-Bombe brachte, auf dem Heiner Halberstadt deutlich erkennbar abgebildet ist. Der hessische Ausschuß sah sich deshalb veranlaßt, zu dieser neuerlichen Verleumdung Stellung zu nehmen und richtete einen Leserbrief an diese Wie-heißt-sie-doch-gleich-Zeitung.

Unterm 23. 8. 1962 brachten Sie einen Artikel mit dem Titel "CDU: 'Taktisches Theater' Halberstadts". In diesem Artikel veröffentlichen Sie eine Behauptung des CDU-Stadtrates Ernst Gerhardt, die Beteiligung von Heiner Halberstadt an der Ostermarschdemonstration gegen die sowjetischen Atombombenversuche sei "taktisches Theater". Wir müssen diese Behauptung scharf zurückweisen, nach dem Heiner Halberstadt bereits im vergangenen Jahr, als die Sowjetunion einseitig das Versuchsmoratorium brach an einer ähnlichen Demonstration vor der Sowjetischen Militärmission aktiv teilgenommen hat. Registrieren Sie bitte in Ihrer "Sündenkartei", daß Heiner Halberstadt zweimal vor der Sowjetischen Militärmission und einmal vor dem Amerikanischen Generalkonsulat demonstriert hat. Wir hoffen, daß man sich nun mit seinen Vermutungen und Behauptungen nicht noch weiter steigert und vielleicht feststellt, daß Heiner Halberstadt Ihre böswillige Pressekampagne bereits vorausgesehen und deshalb schon im vorigen Herbst "taktisches Theater" gemacht hat. Vielleicht erinnern Sie sich auch, was Demokratie bedeutet und veröffentlichen diesen Brief in seinem vollen Wortlaut. Hochachtungsvoll! gez.: Klaus Vack

Auch die andere Wie-heit-sie-doch-gleich-Zeitung sieht von Zeit zu Zeit die Notwendigkeit den "Fall Halberstadt" warmzuhalten und damit einige noch leere Zeilen in der Zeitung zu füllen. So veröffentlichte sie ein Interview mit CDU-Stadtrat Dr. Frostel, der feststellte: "Ich habe für Halberstadt in meinem Amtsbereich keinen Platz, wie er ihn offenbar sucht. Unsere Linie ist klar, denn Halberstadt ist völlig unzugänglich und uneinsichtig."

Der Stadtrat und Vereinsvorsitzende geht also davon aus, daß Halberstadts Entlassung fest beschlossen sei. Er hat sich damit abgefunden, gegen die Hessische Verfassung zu verstoßen und fühlt sich dabei so im Recht, daß er Halberstadt unterstellt, er sei "völlig unzugänglich und uneinsichtig".

Wichtig bei all diesen offensichtlich von der CDU lancierten Artikeln ist die politische Tendenz, die ganz deutlich zu Ausdruck kommt. In dem oben erwähnten Artikel, der unter der Überschrift "AUF EIS?" erschien, steht zum Beispiel folgender Satz: "Halberstadt soll innerhalb der Stadtverwaltung eine andere Position erhalten, nach dem ihm der Verein wegen seiner zahlreichen politischen Eskapaden, besonders wegen seines Verhaltens bei der Demonstration der Atomwaffengegner vor dem amerikanischen Generalkonsulat in Frankfurt, das Vertrauen entzog."

AUCH FDP
WILL IM
"FALL HALBERSTADT"
IHR SÜPPCHEN
KOCHEN.

Auch die "Freie"- "Demokratische"-Partei muß natürlich in dieser Angelegenheit rumrühren und ihr politisches Süppchen kochen. Sicher versteht diese Partei unter Freiheit soviel wie Verleumdung und unter Demokratie soviel wie politische Verfolgung. Anders kann man den folgenden Ausspruch der FDP wohl nicht auslegen: "Es kann keine Meinungsverschiedenheit darüber geben, daß ein Mann, der dem Regime sowjetzonaler Menschenjäger und Menschenschinder wie Halberstadt gegenübersteht, mit Duldung des Magistrats der Stadt Frankfurt weiterhin in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer des Vereins 'Haus der offenen Tür' Einfluß auf die Jugend nehmen darf." Ein Glanzstück der Verleumdung; am Anfang warf man Heiner Halberstadt vor, er habe sich beim Ostermarsch exponiert; dann sagte man, er habe aus Anlaß der amerikanischen Atombombenversuche im Mai 1962 gegen das Amerikanische Generalkonsulat und damit gegen die deutsch-amerikanische Freundschaftswoche demonstriert; die FDP unterstellt nun ein positives Verhältnis zu dem "Regime sowjetzonaler Menschenjäger und Menschenschinder".

Institut für

Da Oberbürgermeister Dr. Bockelmann auf unser Schreiben und auf die vielen Briefe unserer Freunde keine Antwort geben konnte oder wollte, warum Heiner Halberstadt nicht mehr das Vertrauen des Vereins hat, nachdem das lange Schweigen des Vereinsvorstandes und des Magistrats fast unheimlich wird, nachdem CDU- und FDP-Politiker (darunter Magistratsangehörige der CDU) sowie die Wiescheißen-sie-doch-gleich-Zeitungen klar und deutlich zum Ausdruck gebracht haben, daß es wieder politische Verfolgung in der Bundesrepublik gibt, nach alle dem sah sich der hessische Ausschuss noch einmal veranlaßt, eine deutliche Frage an Stadtrat Dr. Prestel, dem Vorsitzenden des Vereins "Haus der offenen Tür" zu richten: WARUM MUSS HEINER HALBERSTADT GEHEN?

Schreiben des hessischen Ausschusses vom 6. 9. 1962 an Stadtrat Dr. Prestel:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, am 16. Juni 1962 habe ich im Namen des hessischen Ostermarschausschusses in einem Schreiben an Herrn Oberbürgermeister Bockelmann, gegen die geplante Entlassung von Herrn Halberstadt aus seinem Dienstverhältnis bei dem Verein "Haus der offenen Tür" protestiert. Durch Urlaub und andere wichtige Verpflichtungen konnte der Herr Oberbürgermeister dieses Schreiben erst am 30. Juli 1962 beantworten. Im wesentlichen geht aus seinem Schreiben hervor, daß sich Oberbürgermeister Bockelmann nicht in der Lage sieht, die Gründe darzulegen, die den Vereinsvorstand veranlaßt haben, festzustellen, daß Herr Halberstadt nicht mehr das Vertrauen genießt, daß ein Geschäftsführer haben muß. Man konnte dem Schreiben weiterhin entnehmen, daß die Hauptverantwortung für die Schritte gegen Herrn Halberstadt nicht bei dem Magistrat, sondern bei Ihnen liegt.

Ich wende mich nun an Sie, mir und meinen Freunden beim Ostermarsch der Atomwaffengegner mitzuteilen, welche Gründe zu dem Vertrauensbruch führten. Ich sage Ihnen ehrlich, daß ich bisher fest überzeugt bin, daß die Entlassung Halberstadts ausschließlich eine Repressalie wegen seiner Mitarbeit beim Ostermarsch ist. In dieser Überzeugung wurde ich noch bestärkt, nachdem auf die sehr deutliche Aufforderung der Frankfurter Rundschau "Klarheit im Fall Halberstadt", keine Stellungnahme des Vereinsvorstandes erfolgte. Das deutliche Bekenntnis von FDP- und CDU-Politikern, daß Halberstadt politisch untragbar sei, bestärkt mich weiterhin in dieser Meinung. Trotzdem sagte der Herr Oberbürgermeister in seinem Schreiben, daß der Magistrat - damit sicherlich der Vereinsvorstand - keine politischen Gründe sah, das Dienstverhältnis zu lösen. Ich frage Sie deshalb und danke wirklich für eine ehrliche und offene Antwort: warum ist das Vertrauen zu Heiner Halberstadt gestört? Aus welchen nicht politischen Gründen soll er gehen? Hat er gestohlen? Hat er seine Mitarbeiter unrecht behandelt? Hat er den anvertrauten Jugendlichen eine Tracht Prügel verabreicht? Was hat er so plötzlich getan, daß er so plötzlich gehen muß? wir wollen endlich wissen, was ist Ihre Begründung?

Sie werden vielleicht sagen, daß geht Sie und den Ostermarsch nichts an. Sie hätten Recht, wenn man Heiner Halberstadt irgendwann einmal gekündigt hätte. Es wurden aber direkt nach Ostern und nach unserer Demonstration vor dem Amerikanischen Generalkonsulat von einigen Frankfurter Zeitungen Hétzgesänge angestimmt und gefordert, diesen Mann aus politischen Gründen aus seinem Amt zu entfernen. Nach dieser Pressekampagne kam die Entscheidung des Vorstandes, das Vertrauen sei gestört. Deshalb geht es auch den Ostermarsch etwas an, deshalb wollen die Atomwaffengegner wissen: warum muß Herr Halberstadt gehen.

Sehr geehrter Herr Stadtrat, Sie kennen die Hessische Verfassung. Sie wissen, daß eine politische Repressalie gegen Herrn Halberstadt einen Verfassungsverstoß darstellt. Erkennen Sie endlich deutlich die beiden Möglichkeiten, die Ihnen und Ihrem Vorstand bleiben. Entweder Sie legen die Gründe des Vertrauensbruches der Öffentlichkeit vor oder Sie belassen Herrn Halberstadt in seinem Amt. Und vergessen Sie bitte nicht, diesen Brief zu beantworten. Mit freundlichen Grüßen, gez.: Klaus Vack

"FALL HALBERSTADT"
IST
NOCH NICHT
ABGESCHLOSSEN.

Unser letztes Schreiben an Stadtrat Dr. Prestel ist bisher unbeantwortet. Wir hoffen sehr, daß wir bald eine Antwort erhalten, zumal wir wissen, daß unseren Freunden und befreundeten Verbänden, die ebenfalls an Dr. Prestel schrieben, diese Botschaft bis heute nicht zuteil wurde.

Für uns ist der "Fall Halberstadt" noch nicht abgeschlossen. Sollte die unglaubliche Tatsache zutreffen, daß Heiner Halberstadt in den nächsten Tagen sein Entlassungsschreiben erhält, werden wir unsere Proteste noch breiter und stärker in die Öffentlichkeit tragen. Es darf nicht wahr sein, daß in einem demokratischen Staat die Macht so rücksichtslos gebraucht wird. Es darf sich nicht wiederholen, was heute noch "unbewältigte Vergangenheit" ist und wo politischer Terror mit der beruflichen Verfolgung Andersdenkender beginnt und mit Zuchthaus, Konzentrationslager und alles vernichtendem Krieg endet.

Deshalb werden wir weiterhin alle Kräfte einsetzen um der Repressalie gegen Heiner Halberstadt zu begegnen. Wir werden arbeiten und den politischen Kampf führen für Heiner Halberstadt, für den Ostermarsch der Atomwaffengegner, für die Verwirklichung der Demokratie. UNSER NEIN ZUR BOMBE IST EIN JA ZUR DEMOKRATIE.

HESSISCHE VERFASSUNG:
JEDERMANN HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG FREI UND ÖFFENTLICH ZU ÄUSSERN. DIESES RECHT DARF AUCH DURCH EIN DIENSTVERHÄLTNIß NICHT EINGESCHRÄNKT WERDEN, UND NIEMAND DARF EIN NACHTEIL WIDERFAHREN, WENN ER ES AUSÜBT.

WIR FORDERN:
RECHT FÜR HEINER HALBERSTADT!

O., den 20.9.1962

10 113-20-115

DOKUMENTE
KOMMENTARE
FRAGEN

DER FALL HALBERSTADT
EIN BEITRAG ZUR DEMOKRATIE

Anlage zur 19-seitigen Dokumentation im "Fall Halberstadt",
herausgegeben vom Ostermarsch der Atomwaffengegner, hessischer
Ausschuß.

Lieber Leser, viele fanden es für richtig und hatten den Mut, nachdem die Kampagne gegen Heiner Halberstadt in der Presse zu der öffentlichen Verlautbarung führte, der Vereinsvorstand habe nicht mehr das Vertrauen zu seinem Geschäftsführer, Briefe zu schreiben und Erklärungen abzugeben, um Klarheit im Fall Halberstadt zu bekommen. Es waren bestimmt weit über hundert Schreiben, die an Oberbürgermeister Bockelmann, Stadtrat Dr. Prestel den Magistrat der Stadt Frankfurt und die Frankfurter Zeitungen gerichtet wurden. Wir haben viele dieser Briefe im Ostermarsch-Pressedienst veröffentlicht. Ein großer Teil konnte bei uns keine Verwendung finden, hat aber hoffentlich bei den entsprechenden Stellen seine Wirkung nicht verfehlt. Wir möchten Ihnen nun zur Ergänzung unserer Dokumentation einige Ausschnitte aus diesen Briefen zur Kenntnis geben. Wir tun dies auch mit dem Hinweis, ein Gleiches zu tun (selbstverständlich nur, wenn Sie, so wie wir, von dem Unrecht gegen Heiner Halberstadt überzeugt sind). Überlegen Sie: jeder Brief an die entsprechenden Stellen ist eine Stimme mehr für Demokratie und Recht. Ruhen Sie nicht, so lange die Demokratie in Gefahr ist.

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer, Gruppen Frankfurt und Offenbach, hat in einem Schreiben an den Oberbürgermeister zum "Fall Halberstadt" Stellung genommen. Er schreibt u.a.:

Mit großer Bestürzung haben die südhessischen Kriegsdienstverweigerer, zusammengeschlossen im Verband der Kriegsdienstverweigerer, zusammengeschlossen im Verband der Kriegsdienstverweigerer in der War Resisters' International e.V., der Neuen Presse entnommen, daß der Magistrat der Stadt Frankfurt dem Geschäftsführer des "Verein Haus der offenen Tür", Heiner Halberstadt, das Dienstverhältnis kündigen wird. Besonders die Begründung - man wirft Heiner Halberstadt "Kapriolen, die das Ansehen der Stadt mindern!" vor - zeigt, wie weit unsere Demokratie schon ohne Notstandsgesetze gekommen ist.

Wir Kriegsdienstverweigerer berufen uns auf das Recht der freien Gewissensentscheidung. Wir fordern auch die Erhaltung des Rechtes der freien Meinungsäußerung, wie es im Grundgesetz und der Hessischen Verfassung verankert ist. Wir protestieren entschieden gegen diese ersten Versuche, die Grundrechte eines einzelnen oder auch einer politischen Minderheit einzuschränken, oder ihre Anwendung zu bestrafen. Täglich erfahren wir aus den Verhältnissen in der "DDR" was Unfreiheit bedeutet.

Die Naturfreundejugend Deutschlands, Landesverband Hessen, hat sich an Stadtrat Dr. Prestel gewandt. Sie schreibt u.a.:

Die durch die Neue Presse publizierte Maßregelung gegenüber Herrn Halberstadt hat in unserem Jugendverband Empörung ausgelöst. Gerade wir jungen Menschen werden uns nicht damit abfinden, daß die in der Verfassung garantierte Freiheit in diesem Maße eingeschränkt wird. Wir treten leidenschaftlich für eine wahrhaftige Demokratie ein und erwarten dies auch von unseren Politikern, die trotz ihres Einflusses genauso den Grundrechten verpflichtet sind, wie der kleine Mann.

Der Zentrale Ausschuß für den Ostermarsch der Atomwaffengegner hat sich in einem ausführlichen Schreiben im "Fall Halberstadt" an den Magistrat der Stadt Frankfurt gewandt. Wir zitieren die wesentlichsten Auszüge aus diesem Schreiben:

Leider haben wir bisher nichts über die konkreten Vorwürfe hören können, die von seiten des Frankfurter Magistrats bzw. des Vereins gegen Herrn Halberstadt erhoben worden sind. Im Gegenteil haben wir aus den Pressemeldungen nur entnommen, daß anscheinend unterschiedliche politische Grundauffassungen eine Rolle spielen, wie sie ja auch auf anderer Ebene in der Ablehnung des Ostermarsches durch die SPD zum Ausdruck gekommen sind. Trotzdem hat die SPD niemals Persönlichkeiten, die im Ostermarsch mitarbeiten, aus ihren Reihen ausgeschlossen. Vielmehr hat sie in letzter Zeit erkannt, daß es sich beim Ostermarsch um eine echte demokratische Initiative von unten handelt, die durchaus eine mögliche Form der Wahrnehmung der demokratischen Rechte darstellt, gleichgültig, wie die einzelnen Parteien auch zu den Anliegen des Ostermarsches stehen mögen. Daß eine Entlassung von Herrn Halberstadt nur deshalb, weil er im Gegensatz zum Magistrat eine andere politische Auffassung vertritt, ein eklatanter Verstoß gegen die Grundprinzipien unserer freiheitlichen Demokratie wäre, ist Ihnen wie uns gleichermaßen geläufig. Sie werden darin mit uns übereinstimmen, da es so etwas in Deutschland nicht wieder geben darf und alle demokratischen Gruppierungen hierüber wachen müssen.

Hans-Joachim Arlt, Offenbach, Vorsitzender des örtlichen Ostermarschausschusses, schrieb an Stadtrat Möller u.a.:

Im Rahmen Ihrer Tätigkeit für das Frankfurter Volksbildungsheim hatte ich Gelegenheit, Ihre Bekanntschaft zu machen. Ich erinnere mich noch sehr gut, daß Sie einmal mit berechtigtem Stolz darauf verwiesen, daß Sie nicht zu denen gehören, die das "Godesberger Programm" befürwortet hatten, sondern klar und eindeutig zu Ihrer Meinung gestanden haben.

Die Tatsache, daß Sie in einer so entscheidenden Frage Rückgrat bewiesen haben, ermutigt mich, Sie um Ihre Intervention in einem Falle zu bitten, in dem man seitens der Mehrheitsfraktion im Frankfurter Stadtparlament ganz offensichtlich bereit zu sein scheint, Praktiken einzuführen, die das Beiwort "demokratisch" nicht mehr verdienen, sondern die im Gegenteil sogar in einen Verstoß gegen die Hessische Verfassung einzumünden scheinen. Es handelt sich hierbei um den "Fall Halberstadt".

Hier wird versucht, einem jungen Menschen die politische Initiative auszutreiben, weil er noch den Mut zur eigenen Meinung und Haltung besitzt. Mit einer widerlichen Kampagne, zu der sich die bürgerliche Presse Frankfurts hergegeben hat, wurde der Versuch unternommen, den wenigen Leuten, die sich noch heute zu den Grundsätzen und Zielen der von der SPD ins Leben gerufenen Aktion "Kampf dem Atontod" bekennen, durch Diskriminierung Schwierigkeiten zu bereiten.

Die Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK), Gruppe Marburg, richtete ein von Med.-Rat Dr. Fr. Kaufmann unterzeichnetes Schreiben an den Oberbürgermeister:

. . . Daß man nun Herrn Halberstadt seiner eindeutigen demokratischen Haltung wegen diskriminieren will, erfüllt uns mit tiefer Bestürzung. Ist es in Deutschland nun auch im westlichen Teil so weit, daß man nicht gegen den Strom schwimmen kann, ohne im Berufsleben benachteiligt zu werden? Wird schon wieder das unveräußerliche Menschenrecht der freien und öffentlichen Meinungsäußerung mißachtet? Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, über-

Anlage (3)

prüfen Sie bitte die Angelegenheit und verhindern Sie eine Diskriminierung des Herrn Halberstadt.

Fünfzig Teilnehmer am Ostermarsch 1962 nach Stuttgart richteten ein Schreiben an Oberbürgermeister Bockelmann. Das Schreiben trug vorwiegend Unterschriften von Mitgliedern und Funktionären aus den Arbeiterjugendverbänden und dem Verband der Kriegsdienstverweigerer. Man schreibt u.a.:

Herr Halberstadt hat - wie wir - beim Ostermarsch der Atomwaffengegner mitgewirkt. Er hat sich damit zu den entschiedenen Atomwaffengegnern in Ost und West bekannt.

Die Kündigung des Vertrauens durch den Vorsitzenden des "Verein der offenen Tür", Herrn Stadtrat Dr. Frestel, und dessen Vorstand dürfte wohl ausschließlich auf diese Tatsache zurückzuführen sein.

Das Mitglied des Kuratoriums im Ostermarsch der Atomwaffengegner, Oberkirchenrat H. Kloppenburg DD, richtete ein Schreiben an Oberbürgermeister Bockelmann, aus dem wir folgendes zitieren:

Ich kann mir gar nicht denken, daß ein solcher Beschluß wirklich gefaßt und durchgeführt werden soll. Es würde eine tiefgehende Beunruhigung schaffen und darüber hinaus den Namen der Stadt Frankfurt, die einen so hervorragenden Ruf gerade hinsichtlich ihrer demokratischen Verwaltung hat, auf das empfindlichste schädigen.

Es geht mir aber gar nicht in erster Linie um Frankfurt, Sie könnten mir mit Recht entgegenhalten, daß das die Sorge der Stadtväter und des Oberbürgermeisters sei, sondern es geht m.E. darum, daß man mit Menschen nicht so umgehen kann, wie es hier offenbar geschieht. Was soll denn eigentlich werden, wenn dumme Presseangriffe genügen, um ausgezeichnete junge Menschen aus ihrer Arbeit zu vertreiben?

Internationale Bedeutung gewann der "Fall Halberstadt" als 16 britische Unterhausabgeordnete dem hessischen Ostermarsch-ausschuß eine Solidaritätserklärung für Heiner Halberstadt übergaben. Wir geben diese Erklärung in vollem Wortlaut wieder:

Von unseren Freunden aus Frankfurt haben wir erfahren, daß der Vorsitzende des Vereins "Haus der offenen Tür", Stadtrat Dr. Frestel, das Dienstverhältnis seines Geschäftsführers, Heiner Halberstadt, kündigen will. (Der Verein "Haus der offenen Tür" ist eine ausgezeichnete Einrichtung, getragen vom Magistrat der Stadt Frankfurt, um die verborgenen Talente junger Menschen z.B. auf dem Gebiet des Töpferns oder der Fotografie außerhalb der Schule zu entwickeln.)

Die Gründe sind die Mitarbeit von Heiner Halberstadt beim Ostermarsch der Atomwaffengegner und seine Teilnahme an einer Demonstration gegen die amerikanischen Atomtests.

Die unterzeichneten britischen Unterhausabgeordneten stehen seit Jahren als entschiedene Atomwaffengegner in der Campaign for Nuclear Disarmament. Einige beteiligten sich dieses Jahr an den deutschen Ostermärschen. Frank Allaun, der am Marsch von Gießen nach Frankfurt teilnahm, hatte Gelegenheit, Heiner Halberstadt kennenzulernen und kann bestätigen, daß er ein ehrlicher und entschiedener Atomwaffengegner ist.

Wir wissen, daß nach 1945, als die Bundesrepublik am Boden lag, im Grundgesetz das Recht der freien Meinungsäußerung verankert wurde. Wir hoffen, daß dieses Recht nicht eingeschränkt wird.

Anlage (4)

In unserer Sorge um eine demokratische und friedliche Zukunft Deutschlands hoffen wir, daß die Verantwortlichen des Vereins "Haus der offenen Tür" und der Stadt Frankfurt, Heiner Halberstadt in seinen Rechten nicht beschneiden. Deutschland sollte dankbar sein für einen solchen Bürger, der so energisch für den Frieden eintritt.

Die deutschen Atomwaffengegner, - junge Sozialisten, Christen und Pazifisten - die am Ostermarsch teilnahmen, bestärken sehr unsere Hoffnung auf ein friedliches und demokratisches Deutschland.

Der Brief wurde von folgenden Unterhausabgeordneten unterschrieben: Frank Allaun, Stan Awberry, Fenner Brockway, Mrs. Joyce Butler, George Craddock, Harold Davies, Michael Foot, Richard Kelley, Ben Parkin, Lawrence Pavitt, John Rankin, Julius Silverman, Mrs. Harriet Slater, Stephen Swingle, William Warbey, Konni Zilliacus.

Pastor Mochalski, Frankfurt, schrieb an Oberbürgermeister Bockelmann u.a. folgendes:

Wer kann Ihnen und Herrn Stadtrat Prostel abnehmen, daß Herr Halberstadt als Geschäftsführer des städtischen Vereins "Haus der offenen Tür" aus einem anderen Grunde entlassen werden soll als dem, daß er gegen die mörderischen Atomtests in Ost und West öffentlich demonstriert und redet? - Was wäre gegen Herrn Halberstadt plötzlich so organisiert vorgebracht worden, wenn er nicht am Ostermarsch teilgenommen hätte? - Nun soll die Entlassung Halberstadts auch noch durch den abgefaulsten Aufmord der CDU, Halberstadt habe bloß aus "taktischen Gründen" gegen sowjetische Atomtests demonstriert, gedeckt und gerechtfertigt werden. Sie, sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, waren einmal in Frankfurt der Wortführer im Kampf gegen den Atontod. Jeder Bürger weiß das. Sie haben diesen Kampf aufgegeben. Das ist Ihre Entscheidung, deren Gründe mir nicht bekannt sind, die ich nur vermuten kann. Halten Sie es aber für fair, Herrn Halberstadt, der die von Ihnen einmal geteilte Ansicht heute noch hat und vertritt, Ihrer anderen Verhaltensweise zu opfern? Wenn Sie Ihre Meinung geändert haben, sollten Sie wenigstens für die eintreten, die sie nicht geändert haben und von ihnen in der Verfassung verbrieften Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch machen.

Wir zitieren aus einem Schreiben, das der Vorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Hochschulgruppe Frankfurt, an den Magistrat gerichtet hat:

Wir haben beunruhigt das Kesseltreiben gegen den Geschäftsführer des Vereins "Haus der offenen Tür" Heiner Halberstadt, verfolgt und mußten jetzt mit Bestürzung zur Kenntnis nehmen, daß der Vorstand des Vereins als Ergebnis seiner "Untersuchungen" Herrn Halberstadt ohne Angabe eines Grundes das Vertrauen abgesprochen und ihm nahegelegt hat, sich nach einem neuen Posten umzusehen. Die Hintergründe zu dieser Entscheidung sind, auch wenn man sich gehütet hat, sie in wünschenswerter Klarheit auszusprechen, zu offensichtlich, als daß man es sich noch leisten könnte, von einer angeblich mangelnden beruflichen Qualifikation zu sprechen. Herrn Halberstadt aktive Beteiligung an den Protestdemonstrationen der Atomwaffengegner ist jenen ein Dorn im Auge, die im Widerstand gegen die westliche Rüstungspolitik einen Angriff auf i h r e Demokratie sehen.

Anlage (5)

Der Aktionskreis der Frankfurter Friedensverbände richtete ein Schreiben an den Magistrat und stellt unter anderem fest:

Es entsteht bei allen Interessierten, insbesondere in unserem Kreis, der Eindruck, daß man nicht wagt, offen gegen das Grundrecht der freien Meinung zu verstoßen indem man einen entschiedenen Atomwaffengegner aus seiner bisherigen öffentlichen Tätigkeit verdrängt. In Wahrheit weiß man aber keinen anderen realen Grund anzugeben und hüllt sich stattdessen gegenüber der Öffentlichkeit in unverständliches Schweigen über den angeblichen wahren Grund. Da wir bisher bei verschiedenen Gelegenheiten mit Heiner Halberstadt zusammengearbeitet haben, haben wir wohl ein berechtigtes Interesse daran, endlich eine klare Auskunft über die Gründe seiner Entlassung zu erhalten, über die uns auch Halberstadt selbst nichts mitteilen konnte.

Gerd Müller, vom örtlichen Ostermarschschuß Marburg, schrieb an Stadtrat Dr. Prestel u.a.:

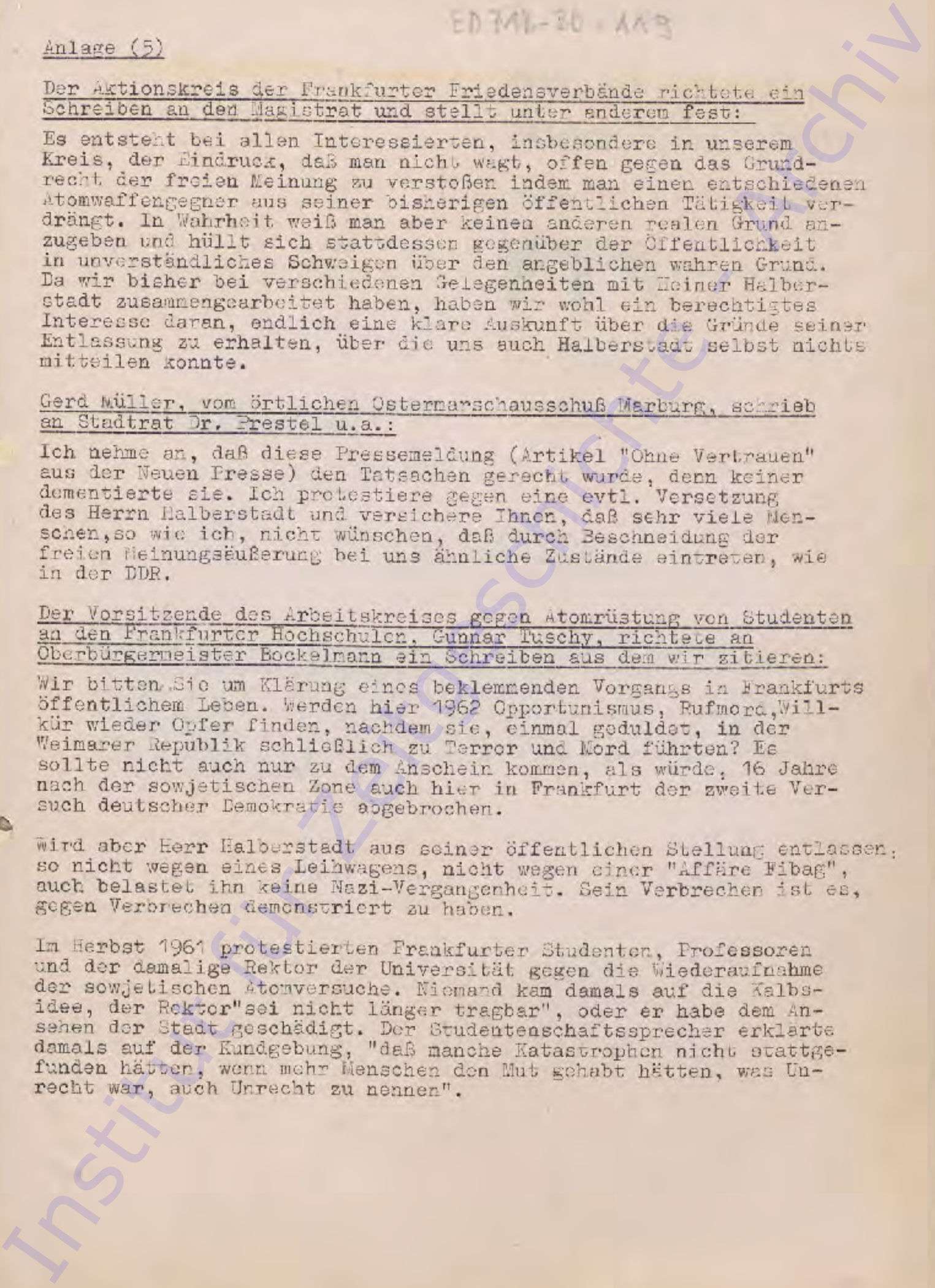
Ich nehme an, daß diese Pressemeldung (Artikel "Ohne Vertrauen" aus der Neuen Presse) den Tatsachen gerecht wurde, denn keiner dementierte sie. Ich protestiere gegen eine evtl. Versetzung des Herrn Halberstadt und versichere Ihnen, daß sehr viele Menschen, so wie ich, nicht wünschen, daß durch Beschneidung der freien Meinungsäußerung bei uns ähnliche Zustände eintreten, wie in der DDR.

Der Vorsitzende des Arbeitskreises gegen Atomrüstung von Studenten an den Frankfurter Hochschulen, Gunnar Tuschy, richtete an Oberbürgermeister Bockelmann ein Schreiben aus dem wir zitieren:

Wir bitten Sie um Klärung eines beklemmenden Vorgangs in Frankfurts öffentlichem Leben. Werden hier 1962 Opportunismus, Rufmord, Willkür wieder Opfer finden, nachdem sie, einmal geduldet, in der Weimarer Republik schließlich zu Terror und Mord führten? Es sollte nicht auch nur zu dem Anschein kommen, als würde, 16 Jahre nach der sowjetischen Zone auch hier in Frankfurt der zweite Versuch deutscher Demokratie abgebrochen.

Wird aber Herr Halberstadt aus seiner öffentlichen Stellung entlassen, so nicht wegen eines Leihwagens, nicht wegen einer "Affäre Fibag", auch belastet ihn keine Nazi-Vergangenheit. Sein Verbrechen ist es, gegen Verbrechen demonstriert zu haben.

Im Herbst 1961 protestierten Frankfurter Studenten, Professoren und der damalige Rektor der Universität gegen die Wiederaufnahme der sowjetischen Atomversuche. Niemand kam damals auf die Kalbsidee, der Rektor "sei nicht länger tragbar", oder er habe dem Ansehen der Stadt geschädigt. Der Studentenschaftssprecher erklärte damals auf der Kundgebung, "daß manche Katastrophen nicht stattgefunden hätten, wenn mehr Menschen den Mut gehabt hätten, was Unrecht war, auch Unrecht zu nennen".



Institut für Zeitgeschichte - Archiv

26. 9. 62 Om Off. ---

ED 718-20-120

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach,
Waldstraße 99, Postfach 648

P r o t k o l l n o t i z

über ein Telefongespräch des Arbeitsausschusses

=====

In einer telefonischen Rundfrage habe ich heute mit den weiteren Mitgliedern des Arbeitsausschusses, Fritz Amann, Pfarrer Andres und Norbert Winkler, geklärt, ob beim nächsten Rundschreiben des Ostermarsches eine Einladung für die öffentliche Veranstaltung der Sozialistischen Förderergesellschaft am 6. 10. 1962 beigelegt werden kann. Es haben sich hier keine Bedenken ergeben, so daß der einstimmige Beschluß gefaßt wurde, daß dies möglich ist.

Für die Protokollnotiz:

Klaus Vack

Offenbach (Main), den 28. 9. 1962

1.10.62

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ostermarsch der Atomwaffengeegner

Offenbach (Main) 4 · Postfach 648

An die
Teilnehmer und Freunde
des Ostermarsches der
Atomwaffengeegner

Hessischer Ausschuß

Verantwortlich: Klaus Vack
Offenbach (Main)
Fritz Amann
Darmstadt



Geschäftsstelle: Offenbach (Main)
Waldstraße 99

Postcheck: Frankfurt (M) 57649

Bank: Bank für Gemein-
wirtschaft
Offenbach 740294

Datum:

24. 9. 1962
Va. /H.

Liebe Freunde,

eigentlich wäre es schon lange Zeit gewesen, daß der Hessische Ostermarsch-
ausschuß seinen Freunden gegenüber Stellung zum "Fall Halberstadt" bezieht.
Viele von Ihnen wissen, daß nach unserer Demonstration gegen die amerikanischen
Atomtests von einigen Frankfurter Zeitungen eine ungeheuerliche Hetzkampagne
gegen Heiner Halberstadt gestartet wurde. Den entsprechenden Zeitungen war
es innerhalb weniger Wochen gelungen, den Vorstand des Vereins "Haus der
offenen Tür" und gleichermaßen den Magistrat der Stadt Frankfurt ins Boxhorn
zu jagen, so daß eines Tages verlautete: Heiner Halberstadt wird von seiner
Stellung als Geschäftsführer des Vereins "Haus der offenen Tür" entfernt.
Der hessische Ausschuß hat in seinem Pressedienst seit dieser Zeit immer wieder
Stellung für sein Mitglied Heiner Halberstadt bezogen und unter Bezugnahme
auf die Hessische Verfassung und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutsch-
land Recht für Heiner Halberstadt gefordert. Viele Protestschreiben, vor allen
aus der Frankfurter Gegend, sind bei Oberbürgermeister Bockelmann, dem Magistrat,
dem Vereinsvorstand und vor allen Dingen auch bei der "Hetzpresse" eingegangen.

Wir haben heute die Entwicklung im "Fall Halberstadt" und einen kleinen Teil
der Schreiben für Heiner Halberstadt in einer Dokumentation zusammengestellt,
die wir Ihnen beigelegt überreichen. Wir glauben, daß diese Dokumentation ein
wirklicher Beitrag zur Demokratie ist und wieder einmal
deutlich macht, wie wahr unser Slogan ist: Unser Nein zur
Bombe ist ein Ja zur Demokratie. Wir bitten Sie, diese
Dokumentation zu lesen und auch in Ihrem Freundes- und Be-
kanntenkreis herumzureichen. Die Dokumentation darf nicht
nur von 10.000, sondern muß von 30.000, ja 50.000 Menschen
gelesen werden.

Wir haben die Dokumentation auch deshalb bisher nicht ver-
breitet, weil damit eine ungeheure finanzielle Belastung
verbunden ist. Es fällt uns schon schwer, aber wir fordern
Sie deshalb alle auf, wenn irgend möglich, einen zweckbe-
stimmten Fördererbeitrag von DM 3,- für die Dokumentation
aus unser Konto zu überweisen. Bisher sind einige Freunde,
die finanziell schon viel für den Ostermarsch getan haben,
in Vorlage getreten, um diese breite Information in der
Öffentlichkeit zu ermöglichen...

KURATORIUM:

Stefan Andres
Hedwig Born
Benjamin Britten
Canon Collins
Herbert Faller
Prof. Dr. Helmut Gallwitzer
Prof. Dr. Gustav Heckmann
Heinz Hilpert
Dr. Robert Jungk
Dr. Erich Kästner
Dr. Arno Klönne
Dr. Heinz Klöppenburg
Christel Küpper
Margarethe Lachmund
Dr. Armin Prinz zu Lippe
Prof. Wilhelm Maier
Dr. Bodo Manstein
Prof. Katharina Petersen
Prof. Bertrand Russell
Marlin Schröter
Prof. Dr. Johannes Ude
Prof. Dr. Dr. Fritz Wenzel
Prof. Dr. Ernst Wolf

Wir werden auch weiter keine Ruhe im "Fall Halberstadt" geben. Bei der hartnäckigen Mißachtung des Rechts durch den Vereinsvorstand, ist zu erwarten, daß Heiner Halberstadt in den nächsten Tagen seine Kündigung per 31. 12. 1962 in den Händen hat. Wir werden dann wieder von uns hören lassen und fordern Sie heute schon auf, nichts unversucht zu lassen, um Recht für Heiner Halberstadt zu fordern und zu erlangen.



Mit freundlichen Grüßen!

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

Ihr

A handwritten signature in black ink that reads "Klaus Vack". The letters are cursive and somewhat stylized.

(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Horst Maurer

6000 Frankfurt 14, 16. 9. 62

Burgstr 47

Tel tags 20221/4317

OSTERMARSCH

ED 718-20-172

6050 Offenbach
Postfach 648

"Pressedienst" für RICHARD KIRN/"Frankfurter Neue Presse"

Ich hatte heute in anderer Sache eine persönliche Unterhaltung mit dem Lokalredakteur der "Frankfurter Neuen Presse", Richard KIRN (RK).

Auf HALBERSTADT angesprochen, meinte er, ihm sei diese Sache schon so zuwider, daß er es ablehnen würde, wenn er in seinem Lokalteil nochmals Platz dafür hergeben sollte - auch er findet das Kesseltreiben gegen HALBERSTADT billig und infam.

Er hat noch nie unsere PRESSEDIENSTE gesehen, und er bittet, daß wir außer dem offiziellen an die FNP nochmals an RICHARD KIRN/FNP jeweils ein Exemplar senden.

Bitte merkt das vor und schickt möglichst auch die seitherigen - US-ATOMPROTEST, HALBERSTADT und 1. 9. - nochmals an ihn.

Horst Maurer



pressediensst

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

ED 748-20-123

12.9.62

20.9.62

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

GRUNDGESETZ:

"NIEMAND DARF WEGEN . . . SEINER RELIGIÖSEN ODER POLITISCHEN ANSCHAUUNG BENACHTEILIGT ODER BEVORZUGT WERDEN".

"JEDER HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG IN WORT, SCHRIFT UND BILD FREI ZU ÄUSSERN UND ZU VERBREITEN . . ."

HESSISCHE VERFASSUNG:

"JEDERMANN HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG FREI UND ÖFFENTLICH ZU ÄUSSERN. DIESES RECHT DARF AUCH DURCH EIN DIENSTVERHÄLTNISS NICHT EINGESCHRÄNKT WERDEN, UND NIEMAND DARF EIN NACHTEIL WIDERFAHREN, WENN ER ES AUSÜBT."

WIR FORDERN:

"RECHT FÜR HEINER HALBERSTADT"

Die FRANKFURTER NEUE PRESSE veröffentlichte wieder einen Artikel im "Fall Halberstadt". Da es die NEUE PRESSE sicher nicht tut, veröffentlichen wir einen Leserbrief auf diesen Artikel. Wir geben den interessierten Zeitungen von beiden Stellungnahmen Kenntnis.

Artikel der FRANKFURTER NEUEN PRESSE:

AUF EIS?

Fall Halberstadt immer noch in der Schwebe

Der Fall des noch immer amtierenden Geschäftsführers des Vereins "Haus der offenen Tür", Heiner Halberstadt, liegt gegenwärtig im Rathaus "auf Eis". Halberstadt soll innerhalb der Stadtverwaltung eine andere Position erhalten, nachdem ihm der Verein wegen seiner zahlreichen politischen Eskapaden, besonders wegen seines Verhaltens bei der Demonstration der Atomwaffengegner vor dem amerikanischen Generalkonsulat in Frankfurt, das Vertrauen entzog.

Inzwischen ist Halberstadt eine Versetzung ins ausgleichsamt angeboten worden. Er hat jedoch abgelehnt und setzt zur Zeit alles daran, Schwierigkeiten zu machen. Stadtrat Dr. Prestel erklärte uns auf Anfrage, daß die weitere Verwendung Halberstadts nicht seine Sache sei, sondern Angelegenheit des Personaldezernenten, dessen Rückkehr aus dem Urlaub man noch abwarten wolle. "Ich habe für Halberstadt in meinem Amtsbereich keinen Platz, wie er ihm offenbar sucht. Unsere Linie ist klar, denn Halberstadt ist völlig unzugänglich und uneinsichtig", sagte der Stadtrat.

Er habe jedenfalls nicht lust, einen Mann aus dem Jugendamt ver-

setzen zu lassen, nur um Halberstadt Platz zu machen, betonte Dr. Prestel. In Kreisen der SPD gibt es offenbar verschiedene Standpunkte. Während die einen noch versuchen, aus Halberstadt eine Art Märtyrer zu machen, sind die anderen der Auffassung, daß er sich alles selbst zuzuschreiben habe und sein Fall endlich bereinigt werden sollte, daß er auch für die Partei und für alle, die um eine klare Trennungslinie zum Osten bemüht seien, nur eine Belastung darstelle.

ran.

Antwort des Ostermarsches der Atomwaffengeegner:

Sie berichteten vor einigen Tagen in Ihrem Artikel "Auf Eis? - Fall Halberstadt immer noch in der Schwebe" über eine Stellungnahme von Stadtrat Dr. Prestel, der erklärt habe, daß die weitere Verwendung Halberstadt's nicht seine Sache sei. Prestel hat erklärt: "Ich habe für Halberstadt in meinem Amtsbereich keinen Platz, wie er ihn offenbar sucht. Unsere Linie ist klar, denn Halberstadt ist völlig unzugänglich und uneinsichtig." Dieser Stellungnahme von Dr. Prestel liegt die Ansicht zu Grunde, als sei die Repressalie, die man gegen Heiner Halberstadt vor hat, völlig zu recht. Es muß immer wieder kargestellt werden, daß bis heute in der Öffentlichkeit von seiten des Vereinsvorsitzenden Dr. Prestel und auch von seiten des Frankfurter Magistrats nicht die Gründe dargelegt wurden, warum Halberstadt nicht mehr das "Vertrauen" hat. Eine Frankfurter Zeitung, allerdings nicht Ihr wertvolles Blatt sondern die Rundschau, hat sich mit der deutlichen Frage an den Magistrat gewandt "Warum muß Halberstadt gehen?". Die Rundschau fordert Klarheit im "Fall Halberstadt" weil sie sich als Publikationsorgan ihrer Pflicht bewußt ist, für Demokratie und Recht einzutreten. Wenn Halberstadt gehen muß, darn aus politischen Gründen, wie aus Leitartikeln der Neuen Presse mehrfach zu entnehmen war. Eine Repressalie dieser Art verstößt aber gegen die Hessische Verfassung und das Grundgesetz, womit wohl auch die Gründe klar sind, warum sich der Vereinsvorstand und der Magistrat in Schweigen hüllen. Wenn einige Zeitungen immer deutlicher fordern, Heiner Halberstadt muß aus seinem Amt entlassen werden, so bedeutet dies natürlich ebenfalls ein Verstoß gegen die Verfassung oder ist mindestens als Nötigung aufzufassen. Ihr Blatt und Stadtrat Dr. Prestel sollten deshalb etwas zurückhaltender sein und nicht davon sprechen, daß Halberstadt "unzugänglich und uneinsichtig" sei. Wenn Halberstadt im Recht ist, wäre er schön dumm, wenn er sich von seinem Amt wegloßen ließe. Halberstadt will auch sicher nicht eine andere Stelle des Jugendamtes einnehmen, sondern nach wie vor Geschäftsführer des Vereins "Häuser der offenen Tür" bleiben.

Sie werden diesen Brief sicher nicht veröffentlichen, sondern in den Papierkorb werfen. Trotzdem müssen von uns solche Leserbriefe geschrieben werden, damit einige Presseleute immer deutlich erkennen, wie wenig sie auf dem Boden der Demokratie und der Verfassung stehen, wie wenig sie sich ihrer Verantwortung bewußt sind.

Offenbach/Main, 12. 9. 1962 - Vack



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

ED 718-20-124

7. 9. 62

8. 9. 62

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

GRUNDGESETZ:

"NIEMAND DARF WEGEN . . . SEINER RELIGIÖSEN ODER POLITISCHEN ANSCHAUUNG BENACHTTELT ODER BEVORZUGT WERDEN".

"JEDER HAT DAS RECHT SEINE MEINUNG IN WORT, SCHRIFT UND BILD FREI ZU ÄUSSERN UND ZU VERBREITEN. . ."

HESBISCHE VERFASSUNG:

"JEDERMANN HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG FREI UND ÖFFENTLICH ZU ÄUSSERN. DIESES RECHT DARF AUCH DURCH EIN DIENSTVERHÄLTNIS NICHT EINGESCHRÄNKT WERDEN, UND NIEMAND DARF EIN NACHTEIL WIDERFAHREN, WENN ER ES AUSÜBT."

WIR FORDERN:

"RECHT FÜR HEINER HALBERSTADT"

Am 25. August 1962 veröffentlichte die Frankfurter Allgemeine folgende Meldung, zur Teilnahme Heiner Halberstadt an der Demonstration der sowjetischen Atombombenversuche :

"CDU: 'Taktisches Theater' Halberstadts.

Der Kreisvorsitzende der CDU Frankfurt, Stadtrat Ernst Gerhardt, hat dem Geschäftsführer der Frankfurter Jugendeinrichtungen, Heiner Halberstadt, an Mittwoch vorgeworfen, er habe mit seiner Beteiligung an der "Demonstration" der Ostermarschierer gegen sowjetische Atomwaffenversuche "taktisches Theater" gespielt. Halberstadt und der hessen-nassauische Pfarrer Herbert Mochalski waren am Dienstag mit über hundert Ostermarschierern in der Nähe der sowjetischen Militärmission im Frankfurter Vorort Niederrad mit Plakaten gegen Atomwaffenversuche vorbeimarschiert. Halberstadt hatte bisher immer den Unwillen weiter Kreise der Öffentlichkeit auf sich gezogen, weil er nur gegen amerikanische Kernwaffenversuche protestiert hatte."

Am 3. September 1962 richtete der Verantwortliche für den hessischen Ostermarschausschuss, Klaus Vack, folgenden Leserbrief zur Veröffentlichung an die Lokalredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

"Unterm 23. August 1962 brachten Sie einen Artikel mit dem Titel "CDU: 'Taktisches Theater' Halberstadts". In diesem Artikel veröffentlichen Sie eine Behauptung des CDU-Stadtrates Ernst Gerhardt, die Beteiligung von Heiner Halberstadt an der Ostermarschdemonstration gegen die sowjetischen Atombombenversuche sei "Taktisches Theater". Wir müssen diese Behauptung

herausgeber: „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach (Main), Waldstraße 99
ruf: 88 57 64, postcheckkonto: ffm. 57 64 6

scharf zurückweisen, nachdem Heiner Halberstadt bereits im vergangenen Herbst, als die Sowjetunion einseitig das Versuchsmoratorium brach, an einer ähnlichen Demonstration vor der sowjetischen Militär Mission aktiv teilgenommen hat. Registrieren Sie bitte in Ihrer "Sündenkartei", daß Heiner Halberstadt zweimal vor der sowjetischen Militär Mission und einmal vor dem amerikanischen Generalkonsulat demonstriert hat. Wir hoffen, daß man sich nun in seinen Vermutungen und Behauptungen nicht noch weiter steigert und vielleicht feststellt, daß Heiner Halberstadt Ihre böswillige Pressekampagne seit Mai dieses Jahres bereits vorausgesehen und deshalb schon im vorigen Herbst "Taktisches Theater" gemacht hat. Vielleicht erinnern Sie sich aber was Demokratie bedeutet und veröffentlichen diesen Brief in seinem vollen Wortlaut."

Offenbach (Main), 17. September 1962 - Vack



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

6.9.62

8.9.62

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

GRUNDGESETZ:

"NIEMAND DARF WEGEN . . . SEINER RELIGIÖSEN ODER POLITISCHEN ANSCHAUUNG BENACHTEILIGT ODER BEVORZUGT WERDEN".

JEDER HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG IN WORT, SCHRIFT UND BILD FREI ZU AUSSERN UND ZU VERBREITEN . . ."

HESSISCHE VERFASSUNG:

"JEDER HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG FREI UND ÖFFENTLICH ZU AUSSERN. DIESES RECHT DARF AUCH DURCH EIN DIENSTVERHÄLTNIS NICHT EINGESCHRÄNKT WERDEN, UND NIEMAND DARF EIN NACHTEIL WIDERFAHREN, WENN ER ES AUSÜBT."

Der Vorsitzende des Arbeitskreises gegen Atomrüstung von Studenten an den Frankfurter Hochschulen, Gunnar Tuschy, richtete am 30. August 1962 ein Schreiben im "Fall Halberstadt" an den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt.

"Wir bitten Sie um Klärung eines beklemmenden Vorgangs in Frankfurts öffentlichem Leben. Werden hier 1962 Opportunismus, Rufmord, Willkür wieder Opfer finden, nachdem sie, einmal geduldet, in der Weimarer Republik schließlich zu Terror und Mord führten?"

Es sollte nicht auch nur zu dem Anschein kommen, als würde, 16 Jahre nach der sowjetischen Zone, auch hier in Frankfurt der zweite Versuch deutscher Demokratie abgebrochen!

Wird aber Herr Halberstadt aus seiner öffentlichen Stellung entlassen, so nicht wegen eines Leihwagens, nicht wegen einer "Affäre Fibag", auch belastet ihn keine Nazi-Vergangenheit, --- sein Verbrechen ist, gegen Verbrechen demonstriert zu haben. Freilich verletzt Halberstadt eine offiziöse - und wie wir glauben undemokratische Denk- und Sprachreglementierung: er beteiligt sich an den Ostermärschen. Wird er aber darum entlassen, so verletzt das die hess. Verfassung (I,1; I,11;), das Grundgesetz der Bundesrepublik (3,3; 4,1), die bitter notwendigen Menschenrechte.

Im Herbst 1961 protestierten Frankfurter Studenten, Professoren und der damalige Rektor der Universität gegen die Wiederaufnahme der sowjetischen Atomversuche. Niemand kam damals auf die Kalbsidee, etwa, der Rektor sei "nicht länger tragbar", oder er habe das Ansehen der Stadt beschädigt.

Der Studentenschaftssprecher erklärte damals auf der Kundgebung, "daß manche Katastrophen nicht stattgefunden hätten, wenn mehr Menschen den Mut gehabt hätten, was Unrecht war, auch Unrecht zu nennen."

Halberstadt hat den Mut, die Herstellung und Erprobung von Atomwaffen im Osten wie im Westen als Verbrechen zu bezeichnen.

Wir appellieren an Sie, Herr Oberbürgermeister, das Unrecht im "Fall Halberstadt" auch Unrecht zu nennen. Legen Sie die tatsächlichen für das Vorgehen des Vorstandes des Vereins "Haus der offenen Tür" entscheidenden Gründe offen. Wir schließen uns der Forderung in der Frankfurter Rundschau vom 20.7. an und erwarten "Klarheit und Wahrheit im Fall Halberstadt".

Offenbach (Main), den 6. September 1962 - Vack



ED 718-30-124

pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

4.9.62
8.9.62

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

GRUNDGESETZ:

"NIEMAND DARF WEGEN . . . SEINER RELIGIÖSEN ODER POLITISCHEN ANSCHAUUNG BENACHTEILIGT ODER BEVORZUGT WERDEN".

"JEDER HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG IN WORT, SCHRIFT UND BILD FREI ZU ÄUSSERN UND ZU VERBREITEN . . ."

HESSISCHE VERFASSUNG:

"JEDERMANN HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG FREI UND ÖFFENTLICH ZU ÄUSSERN. DIESES RECHT DARF AUCH DURCH EIN DIENSTVERHÄLTNIß NICHT EINGESCHRÄNKT WERDEN, UND NIEMAND DARF EIN NACHTEIL WIDERFAHREN, WENN ER ES AUSÜBT."

WIR FORDERN:

"RECHT FÜR HEINER HALBERSTADT"

In seiner August-Nummer hat der westfälische Ausschuss für den Ostermarsch der Atomwaffengegner folgende Stellung im "Fall Halberstadt" eingenommen:

HEINER HALBERSTADT SOLL SEINE STELLUNG VERLIEREN.

Der Verantwortliche des Ostermarschausschusses Mitte, Heiner Halberstadt, der beim diesjährigen Ostermarsch die Abschlussskundgebung auf dem Römerberg in Frankfurt leitete, soll nach einer Hetzkampagne einer Frankfurter Zeitung nun aus seiner Stellung als Geschäftsführer des "Vereins Häuser der Offenen Tür", einer Jugendpflegeeinrichtung der Stadt Frankfurt entfernt werden. Grund: Er hat durch seine Teilnahme an den verschiedenen Anti-Atom-Demonstrationen dem Ansehen der Stadt Frankfurt geschadet. Die Pressemitteilung von der Kündigung des Dienstverhältnisses hat zu einer ganzen Reihe von Protestschreiben an den Frankfurter Magistrat und an Oberbürgermeister Bockelmann geführt. Unter anderem haben 16 britische Unterhausabgeordnete der Labour-Party eine Solidaritätserklärung für Heiner Halberstadt abgegeben.

Rudolf Rolfs, Leiter der Frankfurter "Schmiere" fragt in einem Leserbrief: " . . . Darf ein städtischer Angestellter nicht gegen Atombomben sein? Schließt ein Angestelltervertrag mit der Stadt die eigene Meinung aus? Sollten wir nicht glücklich darüber sein, daß dem Verein "Offene Tür", der für Jugendliche gedacht ist, ein Mensch mit jugendlichem Elan vorsteht? Soll an diese Stelle ein linientreuer Mitläufer treten?"

Bitte lesen Sie dazu Grundgesetz Art. 3 Abs. 3 "Niemand darf wegen . . . seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden. In Fall Halberstadt geht es nicht nur um Heiner Halberstadt, es geht um die Demokratie!

Offenbach (Main), den 4. September 1962 - Vack

ED 718-20-123

Mo 3.9.62

FAZ

FAZ 3.9.62
Demonstration in Offenbach

8. Annähernd tausend Personen haben sich am Samstag an einer Demonstration in Frankfurt beteiligt, zu der der hessische Ausschuss „Ostermarsch der Atomwaffengegner“ aufgerufen hatte. Von ihnen zogen dann mehr als fünfhundert mit Transparenten und Plakaten in Zweierreihen nach Offenbach, um dort an einer Kundgebung teilzunehmen. Wie der Geschäftsführer der hessischen Ostermarschbewegung, Klaus Fack, mitteilte, hatte die Frankfurter Polizei eine Kundgebung in Frankfurt 30 Stunden zuvor verboten, obwohl die Kundgebung schon am 20. August angemeldet gewesen sei. Fack, der sich bei seiner Ansprache ohne Lautsprecheranlage verständlich machen mußte, brach vor Anstrengung auf dem Rednerpodium zusammen und konnte seine Rede erst nach längerer Zeit beenden.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

7. 9. 62

ED 718-20-428

An die
Teilnehmer und Freunde
des Ostermarsches der Atomwaffengegner
= = = = =

Liebe Freunde,

unsere erfolgreiche Veranstaltung zum Anti-Kriegstag ist vorüber. Wir hatten in der letzten Minute durch das Frankfurter Polizeipräsidium noch einmal große Schwierigkeiten gemacht bekommen. Vielleicht waren es gerade diese Schwierigkeiten, die unseren Kampfgeist gegen Atomwaffen ist Ost und West und für Frieden und Demokratie anspornten. Für alle, die verhindert waren, sei in wenig Worten gesagt, daß uns die Frankfurter Behörden vom Römerberg an den Eisernen Steg verbannten, die Benutzung einer Lautsprecheranlage untersagten und die Vorführung unserer Transparente bei der politischen Kriminalpolizei forderten. Der letzten Aufforderung sind wir nicht nachgekommen und es ist bestimmt unserem geordneten und disziplinierten Verhalten zu verdanken, daß wir unsere Transparente trotzdem mitführen durften. Wir haben gegen diese undemokratische Behinderung scharf bei Polizeipräsident und Oberbürgermeister protestiert. Die Abschrift unseres Protestschreibens an Oberbürgermeister Bockelmann (per Eilboten abgesandt und bis heute keine Antwort) fügen wir diesem Rundschreiben bei. Die Beteiligung lag lt. Zeitungsmeldungen bei der Eröffnungskundgebung am Eisernen Steg in Frankfurt bei 1.000 Personen. Am Demonstrationmarsch nach Offenbach nahmen ca. 600 teil und die Schlußkundgebung war von ca. 700 besucht.

Der schwierigste Teil für die Schreiber unserer Rundschreiben ist immer der, der zum finanziellen Stellung nimmt. Der 1. September hat uns vor neue finanzielle Schwierigkeiten gestellt. Unsere entsprechenden Bitten in Rundschreiben "brachte nicht genügend ein". Wir rufen alle Unterstützer des Ostermarsches, die ihren Fördererbeitrag für den 1. September noch nicht überwiesen haben, noch einmal auf, die beigelegte Zählkarte zu benutzen und einen Betrag auf unser Postscheckkonto zu überweisen.

- 2 -

"Aktion 2. Mann"

Ich bitte Sie, ab sofort an folgende Anschrift alle Mitteilungen über den Ostermarsch der Atomwaffengegner zu schicken.

.....
(Name)

.....
(Wohnort)

.....
(Straße)

.....
(Beruf)

.....
(Alter)

.....
Unterschrift

Nach diesem Anti-Kriegstag müssen wir heute schon alle Kräfte auf den Ostermarsch 1963 konzentrieren. Bestimmt werden noch einige Zwischenveranstaltungen stattfinden. Höhe- und Schwerpunkt aber sind der Ostermarsch. Für den Ostermarsch 1963 setzt der Hessische Ausschuss als Ziel eine Verdoppelung der ständigen Ostermarschteilnehmer. Aktion "2. Mann" heißt deshalb die Aufgabe für alle unsere Freunde in den nächsten Monaten. Unter Aktion 2. Mann stellen wir uns vor, daß jeder von uns bemüht ist, einen zweiten, bisher völlig abseits stehenden zu überzeugen und zur Teilnahme zu gewinnen. Wir meinen also nicht jene, die zufällig an Ostern 1962 oder am Anti-Kriegstag verhindert waren, sondern jene, die bisher unserer Bewegung fremd gegenüber standen. Sprechen Sie im Betrieb, im Bekannten- und Freundeskreis über den Ostermarsch. Sprechen Sie über unsere Forderungen und über unsere Sorge um eine friedliche Zukunft. Sprechen Sie offen von den Schwierigkeiten, die bisher gemacht wurden und die uns vielleicht noch entstehen werden. Überzeugen Sie einen zweiten Mann, der mit der gleichen Tatkraft und Zuverlässigkeit zur Ostermarschbewegung steht. Nehmen Sie die Aktion 2. Mann als Ihre wichtigste politische Aufgabe in naher Zukunft.

Mit freundlichen Grüßen!

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

Klaus Vack
(Klaus Vack)

7. 9. 62 VACK

Kann man den Atomkrieg überleben?

Luftschutz heute - Sinn oder Unsinn

Wir laden ein zu einer sachlichen Information und Diskussion:

Dozent Dr. med. habil. Bodo Manstein

der bekannte Experte für Strahlenbiologie

wird in einem interessanten *Lichtbildervortrag* sprechen

über

unsere Chance, durch Luftschutz einen Atomkrieg zu überleben

die Gefahren des Strahlentodes

möglichen Schutz gegen Strahlen

die Gesundheitsschäden durch die Atomversuche

Freitag, den 7. September 1962, 20 Uhr

Gemeindsaal Leerbachstraße (2 Minuten vom Opernplatz)

Veranstalter: Kirchliche Bruderschaft Hessen · Versöhnungsbund e.V. · Deutsche Friedensgesellschaft
Verband der Kriegsdienstverweigerer e.V. · Verantwortlich: Fritz Vilmor, Pfm. · Druck: Willi Plauen



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

1.9.62
3.9.62

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Antikriegsdemonstration in Frankfurt und Offenbach

Am frühen Nachmittag des 1. September eröffnete Klaus Vack am Eisernen Steg in Frankfurt vor rund 700 Teilnehmern eine Kundgebung der Atomwaffengegner zum diesjährigen Antikriegstag. Die Veranstaltung stand unter dem Motto: "Zwei Weltkriege sind mehr als genug". Sie sollte an den 23. Jahrestag des Überfalls auf Polen erinnern und ein Bekenntnis der Atomwaffengegner zu einer Welt ohne Waffen, zu Abrüstung und Frieden ablegen.

In seiner Eröffnungsansprache übte Klaus Vack (Geschäftsführer des Hessischen Ostermarschausschusses) scharfe Kritik an dem Frankfurter Polizeipräsidenten, das versucht hat, mit mehreren undemokratischen Auflagen die öffentliche Wirkung der Veranstaltung weitgehendst einzuschränken. (Siehe Ostermarsch-Pressediens vom 31. Aug. 1962). Klaus Vack protestierte gegen das Versagen des Roms für diese Kundgebung und das Abdrängen zum Eisernen Steg. Zum Verbot, eine Lautsprecheranlage zu benutzen, sagte er: "Die Benutzung einer Lautsprecheranlage wurde untersagt. Begründung gab man keine. Es gibt auch sicher keine Begründung, denn sonst hätten die fleißigen und erfindungsreichen Sachbearbeiter im Polizeipräsidenten bestimmt eine gefunden. Wir freuen uns schon auf kommende Großveranstaltungen in Frankfurt, bei denen sich Redner aller Schattierungen, ja sogar der Herr Oberbürgermeister die Kehle wund schreien, weil ihnen die Benutzung von Lautsprechern untersagt wird."

Zu dem Verlangen des Polizeipräsidenten, die Transparente zu einer Zensur vorzuführen, sagte Vack: "Die Polizei verstößt, wenn sie an dieser Auflage festhält, offen und für jeden erkenntlich gegen Grundgesetz und Hessische Verfassung. Wir sind diesem Ansinnen nicht nachgekommen. Wir können doch einer Auflage, die einer Nötigung nahekommt, nicht folgen." Gegen das spätere Mitführen der Transparente im Zug wurde von den Diensthabenden Beamten nicht eingegriffen.

Als weiterer Redner nahm Herbert Faller, Bundesjugendleiter der deutschen Naturfreundejugend, zum Inhalt des Antikriegstages Stellung. Faller erinnerte an die ungeheuren Verluste des 2. Weltkrieges. Er sagte wörtlich: "Wir erinnern auch daran, daß unser Volk, damals schuldbeladen und vor einem neuen Anfang stehend, daran ging, wieder gut zu machen und wieder aufzubauen. Der Schwur aller Menschen lautete 'Nie wieder Krieg, nie wieder Rüstung, endlich neutral leben wie Schweden und die Schweiz, endlich Frieden haben'".

Nun noch etwas anderes: In den Zeitungen bei denen nicht nur die Schrift schwarz ist, steht fast immer bei Berichten über uns der Satz: 'Es waren in erster Linie Jugendliche.' Man meint das diffamierend, aber - es ist ein Kompliment! Wir wollen darauf achten, daß man immer den Eindruck bekommt, es seien Jugendliche, denn unsere Ostermarsch-Bewegung darf nie ein Ostermarsch-Verein werden. Denken Sie daran, wieviel Popularität wir innerhalb eines Jahres bekommen haben. Bei manchen Journalisten sind wir schon die 'Opposition' schlechthin. Sie kommen sich dedektivisch vor, wenn sie schreiben: 'Unter den Demonstranten sah man junge Leute mit dem Ostermarsch-Abzeichen.' Ist das etwa nichts?

Wir zitieren aus der Rede von Heinz Brakemeyer:
Der Kampf für den Frieden ist der Kampf gegen die Verhältnisse, die den Krieg immer wieder hervorbringen. Die gesellschaftlichen Verhältnisse gründen sich aber auf die wirtschaftliche Produktions- und Austauschweise. Unter dem Gesetz des Profits gerät die Welt in Konflikte. Die Herrschenden brauchen dann eine Ideologie, die ihnen das Recht nur Rüstung gibt. Diese Verhältnisse und diese Ideologie rechtfertigen dann auch dem U.S.A.-Bomberpiloten von Hiroshima gefangen zu halten, weil er den Kampf für den Frieden aufnehmen will. Bei einer solchen Ideologie wird aus Spießler Leibbrandt der Mordbefehl gegen die italienischen Kameraden. Deshalb: wer gegen den Krieg kämpfen will, muß die Verhältnisse ändern, die den Krieg hervorbringen. Der Kampf gegen den Osten ist der Kampf der Demokratie und nicht des Militärs.

Wir zitieren aus der Rede von Dr. Freudenberg:
Wir haben es satt, uns in kleinen Kreisen gegenseitig unsere gute Gesinnung zu versichern. Wir drängen in die staubige politische Arena, um ehrlich kämpfend dem Frieden den Sieg zu gewinnen. Den Christen und Nichtchristen in diesem Kreis rufe ich die stärkende Botschaft zu, die der tapfere Prophet Jeremia von Gott empfing: 'Ich weiß wohl, was ich für Gedanken über euch habe. Gedanken des Friedens und nicht des Leides, daß ich euch gebe das Ende, das ihr wartet.' Und Jesu Geschichte vom Barmherzigen Samariter, die wahre Geschichte unserer Menschenwelt um ihrer Heilung durch tätige Liebe, schließt mit der Forderung: 'Gehe hin und tue desgleichen!'

Offenbach (Main), den 1. September 1962 - Vack

Leider habe sich gezeigt, daß durch den kalten Krieg und die Vorbereitung auf einen Atomkrieg sich dieser Schwur nicht erfüllt habe, sagte Faller weiter. Er erklärte, die Fragen des Atomzeitalters lassen sich nicht durch die Politik der Stärke auf dem Wege von Wettrüsten und Krieg lösen. Es gilt zu verhandeln, statt zu schießen, den Frieden zu wagen, statt den Krieg vorzubereiten. An diesem 1. September 1962 fordern wir darum in Hoffnung auf den Frieden:

Schluß mit dem Wettrüsten in Ost und West;
sofortige und endgültige Einstellung aller Kernwaffenversuche;
Verzicht auf weitere Produktion von Kernwaffen;
Vereinbarung über die Bildung atomwaffenfreier Zonen;
allgemeine kontrollierte Abrüstung und Abschaffung aller vorhandenen Kernwaffen!

Im Anschluß an die Kundgebung setzte sich der Demonstrationmarsch in Bewegung. Die Kundgebungsteilnehmer schlossen sich ausnahmslos an. Man demonstrierte über den Eisernen Steg, Wendelsplatz, Stadtgrenze Frankfurt-Offenbach zur Rudolf-Koch-Schule. In der Aula dieser Schule legten vier Redner ihre Meinung zum Antikriegstag dar. Es sprachen Werner Böwing, Gewerkschaftssekretär aus Solingen, Mitglied des VK-Bundesvorstandes, Rudolf Rolfs, Leiter der Frankfurter Schmiere, Heinz Brakemeier, Geschäftsführer der Sozialistischen Förderer-Gesellschaft des SDS, Pfarrer i.R. Dr. A. Freudenberg aus Bad Vilbel.

Wir zitieren aus der Rede von Werner Böwing:

Sich der Vergangenheit zu erinnern ist 1962 dringlicher denn je. Mitten durch unser Land geht eine Grenze. An dieser Grenze wird geschossen. Wie leicht kann dieser Unfug ein neues Völkermorden beginnen lassen. In Berlin gibt es eine Mauer und diese Mauer ist schlecht. Eine Mauer, die Menschen von Menschen trennt, ist immer schlecht. Aber wer es lieber sieht, daß sich Soldaten der Volksarmee und westliche Polizisten oder Soldaten Feuergefechte liefern, als daß westliche Politiker mit Ulbricht-Funktionären sprechen, der heuchelt, wenn er an der Mauer klagt. Wenn wir diese Mauer verurteilen, dann müssen wir daran denken, daß es schon in Warschau eine Mauer gegeben hat, hinter der jüdische Menschen eingemauert und vernichtet wurden. Ich betone noch einmal, die Mauer ist schlecht, aber viele von denen, die heute in Berlin die Mauer beklagen, haben damals geschwiegen und waren Nutznießer des braunen Systems. Von der Mauer in Warschau führt ein direkter Weg zur Mauer in Berlin. Wer einen Eden- oder Rapacki-Plan abgelehnt hat, eine deutsche Neutralität als halben Landesverrat ansieht und Atomwaffen für die Bundeswehr haben will, ist mitschuldig an der Mauer von Berlin.

Wir zitieren aus der Rede von Rudolf Rolfs:

Wir demonstrieren nicht um Langeweile zu vertreiben. Wir demonstrieren um diesen von äußerlichen Wohlstand Betrunknenen zu zeigen, daß Grundrechte nicht nur schöne Worte sein dürfen, sondern daß Grundrechte die Pflicht in sich bergen, sie zuweilen zu nutzen. Welcher Tag in jüngerer deutscher Geschichte ist geeigneter als der 1. September, der chronologische Höhepunkt einer Mitläufereera. Wenn mir jemand kommt und sagt, man müsse eine Idee mit der Waffe in der Hand verteidigen, so sage ich ihm: 'Ich habe in der Wüste Afrikas ein Holzkreuz gesehen mit der Aufschrift: 17 Soldaten unbekannter Nationalität! Diese Einmütigkeit toter Menschenknochen zeigt den Irrsinn kriegerischer Auseinandersetzung'.

An die
Mitglieder des hessischen
Ausschusses, örtliche Ausschüsse
Verbindungsleute und die befreundeten
Organisationen

31. August 1962

1. 9. 62

Betr.: Unterlagen der Frankfurter Polizei zum Antikriegstag

Liebe Freunde,

heute, 30 Stunden vor Beginn unserer Antikriegskundgebung in Frankfurt haben wir von dem Frankfurter Polizeipräsidium einen endgültigen Bescheid zu unserer Veranstaltung erhalten. In diesem Bescheid versucht man uns wieder mit allen nur möglichen Mitteln Schwierigkeiten zu machen um unsere Demonstration so wirkungslos wie möglich verlaufen zu lassen.

Es war den Verantwortlichen Fritz Amann und Klaus Vack nicht möglich in der Kürze der Zeit mit allen Mitgliedern des hessischen Ausschusses eine Absprache zu treffen. Nach telefonischer Rücksprache mit einigen wenigen wurde veranlaßt, was in dieser Situation zu veranlassen war.

Wir geben Ihnen beigelegt den Pressedienst des Ostermarsches, der heute an die wesentlichsten Zeitungen per Eilboten geht und hoffen, daß Sie sich ein Bild daraus machen können über die gegenwärtige Situation. Hoffentlich arbeitet die Post schnell, damit Sie dieser Brief noch am Samstag früh erreicht. Bis dahin herzliche Grüße.

Ostermarsch der Atombwaffengegner
Hessischer Ausschuss

Klaus Vack
(Klaus Vack)



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

ED 718-20-A32

31.8.62

1.9.62

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

WILL MAN ANTI-KRIEGSDEMONSTRATION IN BÜROKRATISCHEN AUFLAGEN ERSTICKEN?

Undemokratische Auflagen sollen Anti-Kriegstag erschweren.

Von Römerberg an den Eisernen Steg abgedrängt.

Redner müssen in Frankfurt jetzt schreien - Lautsprecher werden nicht mehr genehmigt.

Wollen Sie ein Transparent tragen? - dann bringen Sie es in das Frankfurter Polizeipräsidium, Zimmer 208. Von Zensur kann natürlich keine Rede sein.

Etwas Neues hat man sich im Frankfurter Polizeipräsidium einfallen lassen. Zweimal konnte man durch Formfehler eine Demonstration der Atomwaffengegner anlässlich der amerikanischen Atombombenversuche verbieten. Beim dritten Mal klappte es nicht mehr mit bürokratischen Hintertürchen - die Veranstaltung wurde genehmigt.

Doch man ist erfindertisch und es gibt auch noch andere Wege, um den Atomwaffengegnern Schwierigkeiten zu machen. Einen Bescheid, den die Frankfurter Polizei zur Anti-Kriegskundgebung, die der Ostermarsch der Atomwaffengegner morgen von Frankfurt nach Offenbach durchführt, gegeben hat, läßt die Frage stellen: kennt man im Polizeipräsidium eigentlich den Wesensgehalt der Grundrechte für freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit?

Der Bescheid (auf die Anmeldung der Atomwaffengegner vom 20. 8. 1962, durch das Polizeipräsidium am 31. 8. 1962 ausgehändigt) macht den Veranstaltern drei Auflagen, die wohl einmalig in der Geschichte der Stadt Frankfurt sind.

1. Es wird gefordert, die Kundgebung aus "verkehrlichen Gründen" von Römerberg an den Eisernen Steg zu verlegen.
2. Dem Antrag für diese Kundgebung am Eisernen Steg eine Lautsprecheranlage zu benutzen (Kundgebungsdauer höchstens 25 Minuten), wird nicht stattgegeben.
3. Die Polizei verlangt, daß die zur Verwendung kommenden Transparente ca. 5 Stunden nach Abholung des Bescheides im Polizeipräsidium, Zimmer 208, vorzuzeigen sind.

Die Verantwortlichen für die Anti-Kriegskundgebung konnten schon aus zeitlichen Gründen der letzten Aufforderung auf Vorführung der Transparente nicht nachkommen. Für die gedachten Transparente, die nun einer Zensur unterworfen werden sollen, sind folgende Texte vorgesehen:

- 2 -

- 1) 1. September 1939 - 1962 Mahnruf zum Frieden
- 2) Auch der NATO keine Atomwaffen
- 3) Die Hitler gingen - die Generale blieben
- 4) 1933 Ermächtigungsgesetz - 1939 Krieg - 1962 Notstandsgesetz - was kommt dann?
- 5) Kein Kalter Krieg - Deutscher Beitrag zur Entspannung
- 6) Deutschlands Chance zwischen Ost und West: Koexistenz und Neutralität.

In einem Schreiben an den Polizeipräsidenten Dr. Littmann bedauert der Ostermarsch, daß dem Polizeipräsidenten, der den Bescheid unterzeichnet hat, nicht grundsätzliche verfassungrechtliche Bedenken bei der Erteilung seiner Auflagen gekommen sind. Das Präsidium wurde gebeten, seine Auflagen unverzüglich zu revidieren.

In einem Telegramm hat der Hessische Ausschuß Oberbürgermeister Werner Bockelmann als oberste Polizeibehörde von dem Bescheid in Kenntnis gesetzt. Ausführlich wurde der Oberbürgermeister durch ein Schreiben informiert, daß ihm ebenfalls durch Eilboten zugestellt wurde. Eine Abschrift des Schreibens ist dem Pressedienst beigelegt.

Bis zur Stunde liegt dem Ostermarsch noch keine Stellungnahme der zuständigen Stellen auf seine Einsprüche- und Proteste vor. Der Hessische Ausschuß für den Ostermarsch der Atomwaffengegner wendet sich deshalb an die Presse mit der Bitte die Öffentlichkeit von diesen ungeheuerlichen Auflagen zu informieren. Wenn es heute möglich ist, daß eine oppositionelle Gruppe gezwungen wird, Transparente zur Zensur vorzulegen, dann ist es morgen möglich, daß eine ganze Presse der gleichen Zensur unterworfen wird. Wenn es heute möglich ist, daß man nicht mehr laut seine Meinung sagen darf, dann ist es morgen möglich, daß wir nur noch von Leisetretern umgeben sind. Wenn man heute die Atomwaffengegner an die Peripherie drängen will, werden im Fall eines Atomkrieges - und diesen und nichts anderes wollen wir bekämpfen - die Bomben das Zentrum trotzdem nicht verschonen.

Übrigens, die Demonstration wird stattfinden! Wenn es sein muß, die halbe Strecke auch ohne Transparente, denn die Demokratie fängt glücklicherweise an der Stadtgrenze Offenbach wieder an.

Offenbach, 31. 8. 1962 - Vack

A b s c h r i f t

Herrn
Oberbürgermeister
Werner Bookelmann

6 Frankfurt /M.
Römer

ED 745-20-133

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Bedauerlicherweise reißen die unschönen Briefe nicht ab. Aber wir glauben uns im Recht und können Ihnen deshalb nicht ersparen, sich mit so manchem Unerfreulichem zu beschäftigen. Wir kommen zurück auf unser heutiges Telegramm.

Am 20. 8. 1962 haben wir durch Hilbotenbrief Ihren Polizeipräsidenten eine Kundgebung und Demonstration zum Anti-Kriegstag am 1. September 1962 mitgeteilt. Am 29. 8. 1962 wurde die Genehmigung einer Lautsprecheranlage für die Kundgebung nachgereicht. Am 21. 8. 1962 gaben wir die Anmeldung für die Fortsetzung der Demonstration in Offenbach an das Offenbacher Polizeipräsidium. Herr Oberbürgermeister Dr. Dietrich gab uns unter dem 23. 8. 1962 schriftlich Bescheid, daß die Veranstaltung genehmigt sei.

Heute durften wir uns den unter dem 31. 8. 1962 geschriebenen Bescheid des Polizeipräsidioms Frankfurt abholen. Drei Auflagen dieses Bescheides fordern unseren schärfsten Protest und Widerspruch.

Es wird gefordert, die Kundgebung von Römerberg an den Eisernen Steg zu verlegen.

Die Genehmigung einer Lautsprecheranlage für diese Kundgebung am Eisernen Steg gemäß § 5 der StVO wird nicht erteilt.

Es wird verlangt, die zur Verwendung kommenden Transparente heute zwischen 15 und 16 Uhr (5 Stunden nach Abholung des Bescheides) im Polizeipräsidium, Zimmer 248, vorzuführen.

Sämtliche Auflagen sind einmalig in der Geschichte Frankfurts. Sie zeugen davon, daß mit allen Mitteln versucht wird, die Ostermarschbewegung ihrer Rechte der freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit zu beschneiden.

Die ersten beiden Auflagen schränken das Recht der Versammlungsfreiheit stark und in unbilligen Maße ein. Die Verlegung von Römerberg ist uns unverständlich, nachdem die Polizei bei Fußballspielen, politischen Großveranstaltungen usw. ganz andere Dinge ermöglichen kann. Glücklicherweise hat man uns diese polizeiliche Verlegung bereits vor zwei Tagen telefonisch mitgeteilt, daß wir noch rechtzeitig umdisponieren konnten. Unsere Einstellung auf diese Auflage entkleidet sie deshalb nicht ihres undemokratischen Charakters.

Das Lautsprecherverbot ist untragbar. Wann hat Bundesverteidigungsminister Strauß, ein Gewerkschafts- oder ein Parteisprecher, oder wann haben Sie, verehrter Herr Oberbürgermeister, bei einer öffentlichen Kundgebung versagt bekommen, eine Lautsprecheranlage zu benutzen? Wir bitten Sie, sofort zu veranlassen, daß eine Genehmigung der Lautsprecheranlage erfolgt.

Am tiefsten greift die dritte Auflage in das Grundrecht der freien Meinungsäußerung ein. Das ist Zensur! Wir bedauern, feststellen zu müssen, daß so etwas bisher nur in Diktaturen üblich ist. Wir weisen darauf hin, daß eine derartige Einschränkung der Grundrechte mit den Gepflogenheiten einer demokratischen Ordnung in einer freiheitlichen Stadt nichts mehr zu tun hat.

Wir hoffen, daß Sie, verehrter Herr Oberbürgermeister, Ihre ganze Kraft einsetzen, da die beschämenden Auflagen sofort aufgehoben werden. Wir erwarten Ihre Antwort.

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

gez.: Klaus Vack

A b s c h r i f t

60748-20-134

Herrn
Oberbürgermeister
Werner Bockelmann

6 Frankfurt /M.
Römer

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Bedauerlicherweise reißen die unschönen Briefe nicht ab. Aber wir glauben uns im Recht und können Ihnen deshalb nicht erprehen, sich mit so manchem Unerfreulichen zu beschäftigen. Wir kommen zurück auf unser heutiges Telegramm.

Am 20. 8. 1962 haben wir durch Eilbotenbrief Ihrem Polizeipräsidenten eine Kundgebung und Demonstration zum Anti-Kriegstag am 1. September 1962 mitgeteilt. Am 29. 8. 1962 wurde die Genehmigung einer Lautsprecheranlage für die Kundgebung nachgereicht. Am 21. 8. 1962 gaben wir die Anmeldung für die Fortsetzung der Demonstration in Offenbach an das Offenbacher Polizeipräsidium. Herr Oberbürgermeister Dr. Dietrich gab uns unter dem 23. 8. 1962 schriftlich Bescheid, daß die Veranstaltung genehmigt sei.

Heute durften wir uns den unter dem 31. 8. 1962 geschriebenen Bescheid des Polizeipräsidents Frankfurt abholen. Drei Auflagen dieses Bescheides fordern unseren schärfsten Protest und Widerspruch.

Es wird gefordert, die Kundgebung vom Römerberg an den Eisernen Steg zu verlegen.

Die Genehmigung einer Lautsprecheranlage für diese Kundgebung am Eisernen Steg gemäß § 5 der StVO wird nicht erteilt.

Es wird verlangt, die zur Verwendung kommenden Transparente heute zwischen 15 und 16 Uhr (5 Stunden nach Abholung des Bescheides) im Polizeipräsidium, Zimmer 208, vorzuführen.

Sämtliche Auflagen sind einmalig in der Geschichte Frankfurts. Sie zeugen davon, daß mit allen Mitteln versucht wird, die Ostermarschbewegung ihrer Rechte der freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit zu beschneiden.

Die ersten beiden Auflagen schränken das Recht der Versammlungsfreiheit stark und in unbilligen Maße ein. Die Verlegung vom Römerberg ist uns unverständlich, nachdem die Polizei bei Fußballspielen, politischen Großveranstaltungen usw. ganz andere Dinge ermöglichen kann. Glücklicherweise hat man uns diese politische Verlegung bereits vor zwei Tagen telefonisch mitgeteilt, daß wir noch rechtzeitig undisponieren konnten. Unsere Einstellung auf diese Auflage entkleidet sie deshalb nicht ihres undemokratischen Charakters.

Das Lautsprecherverbot ist untragbar. Wann hat Bundesverteidigungsminister Strauß, ein Gewerkschafts- oder ein Parteisprecher, oder wann haben Sie, verehrter Herr Oberbürgermeister, bei einer öffentlichen Kundgebung versagt bekommen, eine Lautsprecheranlage zu benutzen? Wir bitten Sie, sofort zu veranlassen, daß eine Genehmigung der Lautsprecheranlage erfolgt.

Am tiefsten greift die dritte Auflage in das Grundrecht der freien Meinungsäußerung ein. Das ist Zensur! Wir bedauern, feststellen zu müssen, daß so etwas bisher nur in Diktaturen üblich ist. Wir weisen darauf hin, daß eine derartige Einschränkung der Grundrechte mit den Gepflogenheiten einer demokratischen Ordnung in einer freiheitlichen Stadt nichts mehr zu tun hat.

Wir hoffen, daß Sie, verehrter Herr Oberbürgermeister, Ihre ganze Kraft einsetzen, daß die beschämenden Auflagen sofort aufgehoben werden. Wir erwarten Ihre Antwort.

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

gez.: Klaus Vaack



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

31. 8. 62

31. 8. 62

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

GRUNDGESETZ:

"NIEMAND DARF WEGEN . . . SEINER RELIGIÖSEN ODER POLITISCHEN ANSCHAUUNG BENACHTEILIGT ODER BEVORZUGT WERDEN."

"JEDER HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG IN WORT, SCHRIFT UND BILD FREI ZU AUSSERN UND ZU VERBREITEN . . ."

HESSISCHE VERFASSUNG:

"JEDERMANN HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG FREI UND ÖFFENTLICH ZU AUSSERN. DIESES RECHT DARF AUCH DURCH EIN DIENSTVERHÄLTNISS NICHT BINGESCHRÄNKT WERDEN, UND NIEMAND DARF EIN NACHTEIL WIDERFAHREN, WENN ER ES AUSÜBT."

WIR FORDERN:

"RECHT FÜR HEINER HALBERSTADT"

Am 20. Juli 1962 hat die FRANKFURTER RUNDSCHAU in einem umfangreichen Artikel Klarheit im "Fall Halberstadt" gefordert. Wir berichteten hierüber im Pressediens vom 14. 8. 1962. Auch diese massive Anfrage, die bestimmt nicht von einer "Pro-Halberstadt-Einstellung" getragen war, konnte den Magistrat nicht aus seinem großen Schweigen rühren. Zwischenzeitlich sind in der FRANKFURTER RUNDSCHAU zwei weitere Leserbriefe erschienen und immer noch schweigt man im Römer. Am 7. 8. 1962 schreibt Rudolf Rolfs, der Leiter der Frankfurter SCHMIEBE:

Viele Bürger haben mit Genugtuung gelesen, daß die "Frankfurter Rundschau" versucht ("Hier muß Klarheit gefordert werden!". Ausgabe vom 20.7.), in das dichte Gestrüpp, welches sich offiziellerweise um den "Fall" des Geschäftsführers des Vereins Offene Tür in Frankfurt am Main rankt, eine Gasse zu schlagen. Den unfairen Angriffen und Verleumdungen gegen Halberstadt, der nur von seinem Recht der Meinungsfreiheit Gebrauch macht, wurde in der FR außerordentlich sachlich begegnet. Mein Kompliment!

Mich, als Verehrer des Grundgesetzes, interessiert es jetzt, nachdem viele Tage seit Erscheinen des Artikels verflossen sind, wie die darin zur Antwort aufgeforderten Stellen reagierten. Die FR möge bitte uns Leser darüber orientieren, damit wir wissen, ob sich in diesem Land ein städtischer Angestellter noch eine eigene Meinung lauten darf oder nicht. Es wäre schön, wenn ich mit Überzeugung sagen könnte: "Wir leben schließlich in Frankfurt am Main und nicht in Halberstadt!"

Am 14. 8. 1962 hat die FRANKFURTER RUNDSCHAU einen weiteren Leserbrief, den Herr Arlt, der verantwortlich für den örtlichen Ostermarschausschuß in Offenbach ist, an die Redaktion gegeben hat, veröffentlicht.

- 2 -

Mit sichtlicher Genugtuung habe ich die Bemühungen um Aufklärung des "Falles" Heiner Halberstadt zur Kenntnis genommen und erwarte, daß vom Vorstand des Vereins "Haus der offenen Tür" eine Klarstellung erfolgt, die keinen Zweifel an der Sauberkeit des seinerzeit getroffenen Beschlusses aufkommen läßt. Leider hat bis jetzt eine Stellungnahme auf sich warten lassen. Man darf sich wirklich nicht wundern, wenn sich die Auffassung durchsetzt, daß die in dem Artikel angeführte Mißdeutung, daß nämlich Heiner Halberstadt aus politischen Gründen seine Stellung quittieren soll, der Wahrheit mit mehr Wahrscheinlichkeit entspricht als alle anderen möglichen Gründe. Man darf vom Magistrat der Stadt Frankfurt erwarten, daß er sich dieser Angelegenheit sehr schnell annimmt, damit der gute Ruf, den Frankfurt gerade wegen seiner demokratischen Verwaltung hat, nicht befleckt wird.

Auch wir müssen immer wieder die Frage stellen, wann endlich sagt der Vorsitzende des Vereins "Häuser der offenen Tür", Stadtrat Dr. Prestel, warum kein Vertrauen mehr zu seinem Geschäftsführer Heiner Halberstadt besteht. Wann endlich geben die verantwortlichen Stellen zu, was einige Parteien und Frankfurter Zeitungen seit Wochen erklären: Heiner Halberstadt soll deshalb gehen, weil er von seinem Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hat. Wenn man gegen die Hessische Verfassung und ein wesentliches Grundrecht verstößt, dann sollte man sich auch ehrlich dazu bekennen. Das ist zwar schwer und man gibt zu, daß etliches faul ist in diesem Staat, aber es ist eben ehrlich.

Offenbach a.M., 31. 8. 1962 - Vack



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

30.8.62

31.8.62

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

GRUNDGESETZ:

"NIEMAND DARF WEGEN . . . SEINER RELIGIÖSEN ODER POLITISCHEN ANSCHAUUNG BENACHTEILIGT ODER BEVORZUGT WERDEN."

"JEDER HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG IN WORT, SCHRIFT UND BILD FREI ZU ÄUSSERN UND ZU VERBREITEN . . ."

HESSISCHE VERFASSUNG:

JEDERMANN HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG FREI UND ÖFFENTLICH ZU AUSSERN. DIESES RECHT DARF AUCH DURCH EIN DIENSTVERHÄLTNISS NICHT EINGESCHRÄNKT WERDEN, UND NIEMAND DARF EIN NACHTEIL WIDERFAHREN, WENN ER ES AUSÜBT."

WIR FORDERN:

"RECHT FÜR HEINER HALBERSTADT"

Am 2. 8. 1962 schrieb der Frankfurter Aktionskreis der Friedensverbände an den Magistrat der Stadt Frankfurt:

Wir sind sehr befremdet über die unverständliche, ausweichende Argumentation der Verantwortlichen im Fall Halberstadt.

Es war nach Lage der Dinge der offensichtliche Eindruck entstanden, daß Heiner Halberstadt vom Vorstand des Vereins "Haus der offenen Tür" entlassen werden sollte, nachdem er von verschiedenen Seiten, insbesondere in zwei Frankfurter Zeitungen heftig wegen seiner scharf kritischen Haltung in der Atomaufrüstungsfrage angegriffen worden war. (Die Nachricht von der Absicht seiner Entlassung erschien nur wenige Tage nach den diffamierenden Zeitungsartikeln.) Gleichwohl behaupten sowohl der Vorstand des Verein "Haus der offenen Tür" wie auch der Magistrat der Stadt Frankfurt, daß für seine Entlassung weder Atomgegnerschaft noch Schweigemarsch maßgebend gewesen seien. Gleichzeitig nennt keiner der Verantwortlichen einen Grund, warum Halberstadt nun ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt entlassen werden soll (siehe Frankfurter Rundschau, So. 7. 1962).

Es entsteht bei allen Interessierten, insbesondere in unserem Kreis der Eindruck, daß man nicht wagt, offen gegen das Grundrecht der freien Meinung zu verstoßen, indem man einen entschiedenen Atomwaffengegner aus seiner bisherigen öffentlichen Tätigkeit verdrängt. In Wahrheit weiß man aber keinen anderen realen Grund anzugeben und hüllt sich stattdessen gegenüber der Öffentlichkeit in unverständliches Schweigen über den angeblichen wahren Grund.

Da wir bisher bei verschiedenen Gelegenheiten mit Heiner Halberstadt zusammengearbeitet haben, haben wir wohl ein berechtigtes Interesse daran, endlich eine klare Auskunft über die Gründe seiner Entlassung zu erhalten, über die uns auch Halberstadt selbst nichts mitteilen konnte.

Frankfurter Aktionskreis der Friedensverbände
im Auftrag
gez. Odina Bott
gez. Fritz Vilmar

Offenbach a. M., 30. 8. 1962 - Vaack

Institut für Zeitgeschichte - Archiv



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Zentraler Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und Übersendung eines Belegexemplares:

Am 1. September werden in den meisten größeren Städten der Bundesrepublik Deutschland Ostermarschgruppen mit Mahnwachen, Demonstrationen und Kundgebungen für einen deutschen Beitrag zur Abrüstung eintreten. Der Ostermarsch der Atomwaffengegner, in dem Menschen aller Richtungen zusammenarbeiten, weist wie auch die Gewerkschaftsjugend und die Falken am Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges auf die Gefahren eines neuen Krieges hin.

Der Zentrale Ausschuß des Ostermarsches der Atomwaffengegner erklärt in einem Aufruf zum 1. September:

„Die Kriegsgefahr in Mitteleuropa muß durch konkrete Abrüstungsmaßnahmen gemindert, die Probleme in Deutschland können nur auf politischem Wege gelöst werden. Seit Hiroshima ist der Krieg das Ende aller Dinge. Jeder militärische Konflikt in Mitteleuropa bedeutet das Ende der Existenz des deutschen Volkes. Die Sicherung unseres Lebens ist daher nur durch eine weltweite Zusammenarbeit der Völker, nicht durch Atomwaffen zu erreichen.“

Der Zentrale Ausschuß begrüßt deshalb die Bemühungen der UNO und der neutralen Staaten um eine vollständige Abrüstung und fordert die Großmächte auf, diese Bestrebungen zu unterstützen:

- + keine atomare Bewaffnung von Truppen auf deutschem Boden
- + Vereinbarungen über eine von den Großmächten und der UNO garantierte atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa.

Mit der Verwirklichung dieser Forderungen kann Deutschland wesentlich zu einer weltweiten, kontrollierten Abrüstung und zur Abschaffung jeder atomaren Rüstung beitragen.“

Braunschweig, den 30. 8. 1962 - Büro

31. 8. 62

ED 718-20-138

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 29. 8. 1962
Postfach 648
Waldstraße 99 30. 8. 62

An die

Örtlichen Ausschüsse, die Verbindungsleute
und die befreundeten Organisationen;

dem Hessischen Ausschuß zur Kenntnismahme

=====

Liebe Freunde,

mit unserem Rundschreiben vom 24. 8. 1962 haben wir alle Ostermarsch-
interessenten so rechtzeitig wie möglich von unserer zentralen Kund-
gebung zum Anti-Kriegstag am 1. September informiert. Den Flugblatt-
bestellungen (besonders von Einzelpersonen) entnehmen wir, daß für
diese Veranstaltung ein reges Interesse besteht. Trotzdem richten wir
noch einmal an alle mit diesem Rundschreiben Angesprochenen die Auf-
forderung, bis zuletzt möglichst viel Werbendes für den 1. September
zu tun. Unsere Kundgebung und Demonstration darf nicht zu einem Aus-
druck der Schwäche werden. Sie muß deshalb über den Teilnehmerkreis
aus Frankfurt und Offenbach hinaus auch viele Freunde aus der näheren
und weiteren Umgebung anziehen. Wir hoffen und bitten, daß die weitab-
liegenden Örtlichen Ausschüsse, vor allen Dingen in Nordhessen, PKW's
und Busse organisieren und mit einer großen Delegation nach Frankfurt
und Offenbach kommen.

Bis kommenden Samstag

herzliche Grüße!

Ihr

Klaus Vork



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

DEMONSTRATION DER ATOMWAFFENEGNER ZUM ANTIKRIEGSTAG AM
1. SEPTEMBER 1962.

Der hessische Ausschuss für den Ostermarsch der Atomwaffengegner gibt der Presse beigelegt zwei Flugblätter zum Antikriegstag, der am 1. September 1962 durch eine Demonstration begangen wird. In den Flugblättern sind die politischen Grundgedanken enthalten, die Inhalt der Demonstration und der damit verbundenen Kundgebung sind.

Das Flugblatt mit der schwarzen Druckfarbe gibt außerdem ausführlich Auskunft über die Eröffnungskundgebung, die Demonstration nach Offenbach und die Schlußkundgebung in der Offenbacher Rudolf-Koch-Schule. Der hessische Ostermarsch-ausschuss lädt die interessierte Presse zum Antikriegstag ein, damit sie aus eigenen Anschauungen Bild und Text für die interessierte Öffentlichkeit zusammentragen kann. Zu weiteren telefonischen Auskünften stehen wir gerne zur Verfügung.

Offenbach (Main), den 29. August 1962 - Vack

31. 8. 62

Osternarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 29. 8. 1962
Waldstraße 99
Postfach 648

7. 9. 62 (VILMAR)

ED 718-20-140

An alle
Interessenten für unsere Veranstaltung zum
Anti-Kriegstag am 1. September

Außerordentlich wichtige Mitteilung - bitte sofort lesen !

Liebe Freunde,

am 20. August 1962 haben wir per Hilboten-Einschreiben beim Polizeipräsidium Frankfurt unsere Veranstaltung zum 1. September angemeldet, einen Tag später beim Polizeipräsidium Offenbach und am 23. 8. teilte uns Offenbach bereits mit, daß unsere Veranstaltung in Ordnung gehe. Die Auflagen waren für uns, die wir nun schon viele Veranstaltungen organisiert haben, selbstverständlich.

Am 28. 8. 1962 hat unser Fritz Amann als verantwortlicher Leiter für die Demonstration Herrn Amtmann Pfeiffroth aus dem Polizeipräsidium Frankfurt telefonisch erreicht (mehrere Versuche Herrn Pfeiffroth vorher zu sprechen waren erfolglos). Amtmann Pfeiffroth teilte mit, daß die Veranstaltung in Ordnung gehe, nur - "der Römerberg könne leider an einem verkaufsoffenen Samstag nicht zur Verfügung gestellt werden". Man empfahl uns einen anderen Sammelplatz. Ein großes Wort gelassen ausgesprochen. Für uns bedeutete es, daß unsere Einladungen, unsere 80.000 Flugblätter falsche Angaben trugen.

Alle Versuche, die Polizei zu überzeugen, daß es möglich sein müßte, für einen bestimmten begrenzten Teilnehmerkreis einen Teil des Römerberges zu reservieren, hatten keinen Erfolg. In dem schriftlichen Bescheid -der uns heute noch nicht vorliegt- wird also zu lesen sein, daß unsere Eröffnungskundgebung nicht auf dem Römerberg stattfinden kann. Unser Einspruch kommt gewiß, aber der 1. September ist übermorgen.

Wir haben uns deshalb mit der Polizei "geeignet". Unsere Kundgebung findet nicht auf dem Römerberg, sondern 100 Meter südlich auf dem Platz am Main neben den Eisernen Steg statt. Wir konnten beim besten Willen nicht die gesamte Veranstaltung in Gefahr bringen, denn unser Demonstrationszug soll von Frankfurt nach Offenbach führen und vielen Menschen zeigen und sagen, wofür wir eintreten.

Der Polizei ist es vorerst gelungen, uns vom Zentrum Römerberg an den Rand zu drängen. Eines darf nicht gelingen: unsere Kräfte dadurch zu schwächen! Nach diesen neuen Schwierigkeiten müssen wir genau das Gegenteil beweisen. Nicht 500 wie erwartet dürfen kommen, sondern jeder dieser 500 muß einen Zweiten mitbringen. Es gibt eine "Bürokratie" und es gibt "gewisse Leute", die wir sicher nicht mehr überzeugen können. Es gibt aber bestimmt eine Bevölkerung, die sich unseren Forderungen nicht verschließt. Hier beginnt unsere Aufgabe, von der wir uns durch kein Erschweris abhalten lassen dürfen. Deshalb treffen wir uns alle und mehr denn je am kommenden Samstag um 14.45 Uhr - am Eisernen Steg - mit polizeilicher Erlaubnis.

Mit freundlichen Grüßen!

Osternarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Für Klausur Vaok

Betr: Abzug der LS-Dokumentation

- 1) Für uns bitte 60-70 pro. Marktreife;
falls für Zwecke des Oktoberwortsch. Brau
VK noch weitere Qualitätskriterien, ent-
sprechend mehr (vgl. Text gegen DE 7. A)
- 2) Wenn möglich, bezeichnen
wichtige Seiten in gelb
- 3) zu der erman, fast keine Seite
kleben vor und das Flugblatt

Ich darf Montag mal an; er wäre
sehr schön, wenn ich die Abzüge
Montag abend od. Dienstag haben
würde. Bitte noch kurz an
D. Baum



pressediens

nachrichten zum Ostermarsch der Atomwaffengeegner

28.8.62

31.8.62

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengeegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

GRUNDGESETZ:

NIEMAND DARF WEGEN . . . SEINER RELIGIÖSEN ODER POLITISCHEN ANSCHAUUNG BENACHTEILIGT ODER BEVORZUGT WERDEN".

"JEDER HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG IN WORT, SCHRIFT UND BILD FREI ZU ÄUSSERN UND ZU VERBREITEN . . ."

HESSISCHE VERFASSUNG:

"JEDERMANN HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG FREI UND ÖFFENTLICH ZU ÄUSSERN. DIESES RECHT DARF AUCH DURCH EIN DIENSTVERHÄLTNISS NICHT EINGESCHRÄNKBT WERDEN, UND NIEMAND DARF EIN NACHTEIL WILDERFAHREN, WENN ER ES AUSÜBT."

WIR FORDERN:

"RECHT FÜR HEINER HALBERSTADT"

Am 23. August 1962 richtete der Vorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Hochschulgruppe Frankfurt, das nachstehende Schreiben an Oberbürgermeister Bockalmann:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Wir haben beunruhigt das Kesseltreiben gegen den Geschäftsführer des Vereins "Haus der offenen Tür" Heiner Halberstadt verfolgt und mußten jetzt mit Bestürzung zur Kenntnis nehmen, daß der Vorstand des Vereins "Haus der offenen Tür" als Ergebnis seiner "Untersuchung" Herrn Halberstadt ohne Angabe eines Grundes das Vertrauen abgesprochen und ihm nahegelegt hat, sich nach einem neuen Posten umzusehen.

Die Hintergründe zu dieser Entscheidung sind, auch wenn man sich gehütet hat, sie in wünschenswerter Klarheit auszusprechen, zu offensichtlich, als daß man es sich noch leisten könnte, von einer angeblich mangelnden beruflichen Qualifikation zu sprechen. Herrn Halberstadts aktive Beteiligung an den Protestdemonstrationen der Atomwaffengeegner ist jenen ein Dorn im Auge, die im Widerstand gegen die westliche Rüstungspolitik einen Angriff auf ihre Demokratie sehen. Ganz bewußt will man nicht zur Kenntnis nehmen, daß sich die Protestaktionen der Anhänger des Ostermarsches in gleicher Weise gegen den atomaren Wahnsinn in Ost und West richten. Erst in dieser Woche haben die Anhänger des Ostermarsches erneut gegen die sowjetischen Atombombenversuche demonstriert. Auf der abschließenden Kundgebung hat neben Pfarrer Mochalski auch Herr Halberstadt gesprochen. Es ist bezeichnend, daß die zuständigen städtischen Behörden diese Demonstration vor der sowjetischen Militärmission erlaubten, während eine ähnliche Aktion vor dem amerikanischen Konsulat im Mai, die man völlig unberechtigt Herrn Halberstadt zur Last gelegt hat, mit einem

starken Polizeiaufgebot unterbunden wurde.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, mit der Entlassung Halberstadts aus eindeutig politischen Gründen werden die im Grundgesetz und der Hessischen Verfassung verankerten Grund- und Menschenrechte mit den Füßen getreten:

GG Art. 3/3 "Niemand darf wegen . . . seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden."

Hess. Verfassung Art. 5 "Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten . . ."

Hess. Verfass. Art. 11 "Jedermann hat das Recht, seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. Dieses Recht darf auch durch ein Dienstverhältnis nicht eingeschränkt werden, und niemand darf ein Nachteil widerfahren, wenn er es ausübt."

Das Schweigen im "Fall Halberstadt" spricht für das schlechte Gewissen der Verantwortlichen.

Der Vorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Hochschulgruppe Frankfurt a.M., betrachtet es als einen Verstoß gegen die demokratischen Rechte, sollte Heiner Halberstadt seines Amtes enthoben werden. Wir appellieren an Sie, Herr Oberbürgermeister, den Sachverhalt erneut zu überprüfen. Es liegt im Interesse der Öffentlichkeit, hier Klarheit zu schaffen und einen Beschluß, der im Widerspruch zu Grundgesetz und Verfassung steht, zu revidieren.

Für den Vorstand
der Hochschulgruppe Frankfurt des SDS

Eckard Gauhl	Edgar Weick
1. Vorsitzender	2. Vorsitzender

Offenbach (Main), den 28. 8. 1962 - Vack



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengeegner

27. 8. 62

31. 8. 62

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengeegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

GRUNDGESETZ:

"NIEMAND DARF WEGEN . . . SEINER RELIGIÖSEN ODER POLITISCHEN ANSCHAUUNG BENACHTEILIGT ODER BEVORZUGT WERDEN".

"JEDER HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG IN WORT, SCHRIFT UND BILD FREI ZU ÄUSSERN UND ZU VERBREITEN . . ."

HESSISCHE VERFASSUNG:

"JEDERMANN HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG FREI UND ÖFFENTLICH ZU ÄUSSERN. DIESES RECHT DARF AUCH DURCH EIN DIENSTVERHALTNIS NICHT BINGESCHRÄNKT WERDEN, UND NIEMAND DARF DINK NACHTEIL WIDERFAHREN, WENN ER ES AUSÜBT."

WIR FORDERN:

"RECHT FÜR HEINER HALBERSTADT"

Anfang August 1962 berichteten mehrere Zeitungen über die Erklärung der hessischen FDP zum "Fall Halberstadt". Dieser Erklärung kann man entnehmen, wie die Verleumdung und Verteufelung oppositioneller Kräfte schrittweise vorangetrieben wird. Am Anfang warf man Heiner Halberstadt vor, er habe sich beim Ostermarsch der Atomwaffengeegner exorcisiert. Dann sagte man, er habe aus Anlaß der amerikanischen Atombombenversuche im Mai 1962 gegen das amerikanische Generalkonsulat und damit gegen die deutsch-amerikanische Freundschaftswoche demonstriert. In der FDP-Erklärung wird nun versucht, Heiner Halberstadt eine positive Einstellung zu dem "Regime sowjetzionaler Menschenjäger und Menschenschinder" zu unterstellen. Das einzige Positive an der FDP-Erklärung ist die Feststellung, daß man Heiner Halberstadt aus politischen Gründen aus seinem Amt entfernen will. Damit geben wenigstens die Verfasser der FDP-Erklärung zu, daß sie sich für die in der Hessischen Verfassung und im Grundgesetz festgelegten Grundrechte wenig interessieren. Die FDP sagt, worum es geht, begibt sich aber gleichzeitig jeder Rechte, sich demokratisch zu nennen. Die Verantwortlichen für diese FDP-Erklärung hätten ihren Platz besser in einem autoritären, als in einem demokratischen Staat, denn sie bedienen sich der Mittel dorer, die sie in ihrer Erklärung als "Menschenjäger" bezeichnen. In einer wahrhaftigen Demokratie sollte man eigentlich solchen Leuten "endlich den Laufpaß" geben, denn sie machen nicht nur von ihrem Grundrecht der freien Meinungsäußerung Gebrauch, sondern verfolgen andere, die ebenfalls von diesem Grundrecht Gebrauch machen, mit undemokratischen Repressalien.

Am 4. 8. 1962 berichtete die Oberhessische Presse in Marburg über die FDP-Entscheidung:

FDP dringt auf Trennung von Halberstadt
=====

Frankfurt (LM). Die FDP Hessen dringt darauf, daß der Frankfurter Magistrat dem Geschäftsführer des Vereins "Haus der offenen Tür", der Frankfurter Jugendheime, Heiner Halberstadt, endlich den Laufpaß gibt. "Es kann keine Meinungsverschiedenheiten darüber geben", heißt es in der am Freitag veröffentlichten Forderung der FDP, "daß ein Mann, der dem Regime sowjetzonaler Menschenjäger und Menschenschinder wie Halberstadt gegenübersteht, mit Duldung des Magistrats der Stadt Frankfurt weiterhin in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer des Vereins "Haus der offenen Tür" Einfluß auf die Jugend nehmen darf."

Die gleiche Zeitung veröffentlichte unter dem 20. 8. 1962 folgenden Leserbrief:

Die FDP Hessen forderte den Frankfurter Magistrat am 3. August auf, Heiner Halberstadt, Geschäftsführer der Frankfurter Jugendheime, aus seinem Amt zu entfernen (OP-Meldung vom 4. 8. 1962). Sie warf ihm vor, nicht die richtige Einstellung zum mitteldeutschen Staat zu haben.

Was versteht die hessische FDP unter dieser falschen Einstellung? Sie hat nichts Konkretes gegen Herrn Halberstadt angeführt, sondern ihn lediglich in der Öffentlichkeit einer pro-kommunistischen Haltung bezichtigt. Das ist die Art des Rufmordes, wie er leider oft praktiziert wird.

Erschrecken muß es jeden, dem es um die Erhaltung der demokratischen Rechte zu tun ist, daß eine Partei einen Menschen aus politischen Gründen beruflich benachteiligen will. Wie heißt es doch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland: "Niemand darf wegen seiner religiösen oder politischen Anschauung bevorzugt oder benachteiligt werden." (Art. 3, Abs. 3 GG.)

Sachliche Gründe gegen Heiner Halberstadts Jugendarbeit hat die FDP nicht angeführt. Sie hätte ja auch nur das sagen können, was eine Zeitung Ende vorigen Jahres geschrieben hat: "Seit 6 Jahren stehen für junge Menschen in Frankfurt (M) Türen weit offen: Die Jugendhäuser der offenen Tür in verschiedenen Stadtteilen (z.Z. 6 Häuser) sind Zentren geselliger und schöpferischer Freizeitgestaltung geworden."

Hans-Helmut Thielen

Offenbach (Main), den 27. 8. 1962 - Vack

**Am
ersten September
1939**



um 4.45 Uhr
haben
unsere Truppen
die Grenzen
nach Polen
überschritten

DIE BILANZ

50 Millionen Tote
ein zerstörtes
und
geteiltes Deutschland

Die Sicherung unseres Lebens, des Lebens
einer schnell anwachsenden Menschheit ist nur
durch weltweite Zusammenarbeit der Völker,
nicht aber durch Atomwaffen zu erreichen.

Für einen deutschen Beitrag zur Abrüstung

Am 1. September 1939 begann der 2. Weltkrieg. An den Folgen dieser Katastrophe leiden wir noch heute. Jetzt lebt die Welt erneut in der Sorge, in Deutschland könne ein dritter Weltkrieg beginnen. In unserem eigenen Lande aber greift die Verharmlosung des Krieges, die Gleichgültigkeit ihm gegenüber um sich oder es wird gar schon wieder Kriegsbereitschaft gezüchtet.

Im Zeitalter der Atomwaffen würde ein Krieg unausweichlich zu einer völligen Zerstörung Deutschlands führen, wenn nicht gar zur völligen Vernichtung menschlichen Lebens. Seit Hiroshima ist der Krieg das Ende aller Dinge.

Schon die Vorbereitung auf den Krieg, die sinn- und maßlose Rüstungspolitik in West und Ost gefährdet die zur Sicherung des Lebens der anwachsenden Menschheit notwendige, friedliche Zusammenarbeit der Völker. Die Rüstungsausgaben der beiden Militärblöcke sind heute genauso hoch wie das gesamte Volkseinkommen in den Entwicklungsländern. Während Milliarden für eine Rüstung aufgewendet werden, die die Welt in die Luft zu sprengen vermag, hungern in anderen Teilen der Welt mehr Menschen als je zuvor.

Kriege sind nicht Naturkatastrophen. Kriege werden von Menschen gemacht und können also von Menschen verhindert werden. Angesichts der zwei Weltkriege, die schon von deutschem Boden ausgegangen sind, angesichts der Gefahr eines neuen Konfliktes in Mitteleuropa fordern wir die Bürger unseres Landes gleich welcher Weltanschauung oder Partei auf, sich für einen deutschen Beitrag zur Abrüstung und Entspannung in Mitteleuropa einzusetzen. Ohne unsere Mithilfe kann es in der Welt keinen Frieden geben. Für die Probleme in Deutschland müssen politische Lösungen gefunden werden. Wir schlagen vor:

- ⊗ keine atomare Bewaffnung von Truppen auf deutschem Boden
- ⊗ Vereinbarungen über eine von den Großmächten und der UNO garantierte atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa

Werden diese Forderungen durchgesetzt, dann ist ein wichtiger Beitrag für eine weltweite, kontrollierte Abrüstung und für die Abschaffung jeder atomaren Rüstung geleistet.

Ostermarsch der Atomwaffengegner

24. 8. 62 VAK



Ostermarsch
der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

**Zwei
Weltkriege
sind
mehr
als genug**

ED 718-20-144

Wir rufen die Bevölkerung des Rhein-Main-Gebietes zur

Antikriegsdemonstration

Samstag, 1. September 1962

Treffpunkt: 1. September 1962, 15 Uhr, Römerberg,
Frankfurt am Main
Eröffnungskundgebung: 15 Uhr
Demonstrationsmarsch um 15.30 Uhr

Römerberg, Fator, Eiserner Steg, Mainkai, Schulstraße, Oppenheimer
Straße, Schifferstraße, Darmstädter Landstraße, Wendelsplatz, Offen-
bacher Landstraße, (Stadtgrenze Frankfurt-Offenbach), Frankfurter Straße,
Kaiserstraße, Bismarckstraße, Waldstraße und Schloßstraße.

Schlußkundgebung: 17 Uhr
Rudolf-Koch-Schule, Offenbach am Main, Schloßstraße.

Es sprechen:

Rudolf Rolfs, Leiter der Frankfurter Schmiere
Pfarrer i. R. Dr. A. Freudenberg, Bad-Vilbel
Herbert Faller, Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend
und andere

Mahnruf zum Frieden!

Verflucht sei der Krieg!
Verflucht das Werk der Waffen!
Es hat der Weise nichts mit
diesem Wahn zu schaffen!
Laotse

Wir rufen alle Männer und Frauen, Jungen und Mädchen unseres Landes auf, wie in den vergangenen Jahren den

1. September als Antikriegstag

zu begehen und sich in Gedenkfeiern, Kundgebungen und Demonstrationen zum Frieden, zur Abrüstung und zu einer Welt ohne Waffen zu bekennen. Zu diesem Aufruf fühlen wir uns verpflichtet, weil 23 Jahre nach jenem tragischen 1. September 1939, an dem Hitler-Deutschland Polen überfiel und damit den 2. Weltkrieg auslöste, schon wieder vom Krieg als Möglichkeit gesprochen wird. Dies, obwohl der 2. Weltkrieg erneut bewies, daß durch Krieg keine für die Menschheit nützliche Lösung der Zeitfragen herbeizuführen sind. Mahnend erinnern wir daran, daß

auf den Schlachtfeldern des 2. Weltkrieges 25 Millionen Menschen ihr Leben lassen mußten;

in den Konzentrationslagern 8 Millionen Menschen ermordet wurden;

durch den Abwurf der ersten Atombombe auf Hiroshima und Nagasaki Hunderttausende verbrannten und Opfer radioaktiver Strahlen wurden;

Hunderttausende Städte und Dörfer zerstört wurden;

und Deutschland selbst am 8. Mai 1945, am Tage der bedingungslosen Kapitulation ein Trümmerhaufen war.

Wir erinnern auch daran, daß unser Volk damals schuldbeladen und vor einem neuen Anfang stehend daranging, wieder gutzumachen und wieder aufzubauen. Der Schwur aller Menschen, all ihrer Organisationen und Parteien, ihrer Vereinigung und Institutionen lautete 1945/46: Nie wieder Krieg, nie wieder Rüstung, endlich neutral leben wie Schweden und die Schweiz, endlich Frieden haben.

Heute steht fest, daß dieser Schwur nicht verwirklicht wurde: Deutschland ist in zwei Teile gespalten, in sich feindlich gegenüberstehende Militärblöcke eingefügt und wieder aufgerüstet.

Aus den Erfahrungen des 1. und 2. Weltkrieges lernend, warnen wir nachdrücklich vor dem Weitergehen dieses Weges, denn auf ihm treibt Deutschland der letzten Katastrophe zu, dem 3. Weltkrieg. Heute weiß jeder, daß dieser Krieg ein Atomkrieg wäre und Deutschland das Schlachtfeld. Alles, was sich unser Volk seit 1945 geschaffen hat, wäre verloren. Auferstehen würde die Trümmerwüste von 1945 und alles Leben im Atombombenbägel untergehen.

Dieser Entwicklung zu wehren, halten wir für unsere höchste Pflicht. Zwei Weltkriege waren mehr als genug.

Wir erklären: Die Fragen des Atomzeitalters lassen sich nicht durch Politik der Stärke auf dem Wege von Wettrüsten und Krieg lösen. Es gilt zu verhandeln, statt zu schießen, den Frieden zu wagen, statt den Krieg vorzubereiten. An diesem 1. September 1962 fordern wir darum in Hoffnung auf den Frieden:

- **Schluß mit dem Wettrüsten in Ost und West;**
- **sofortige und endgültige Einstellung aller Kernwaffenversuche;**
- **Verzicht auf weitere Produktion von Kernwaffen;**
- **Vereinbarung über die Bildung atomwaffenfreier Zonen;**
- **allgemeine kontrollierte Abrüstung und Abschaffung aller vorhandenen Kernwaffen!**

Ostermarsch der ED 718-20-145 Atomwaffengegner

Offenbach (Main) 4 - Postfach 648

Hessischer Ausschuß

Verantwortlich: Klaus Vack
Offenbach (Main)

Fritz Amann
Darmstadt

Geschäftsstelle: Offenbach (Main)
Waldstraße 99

Postcheck: Frankfurt (MI) 57648

Datum:

24.8.62
25.8.62

An die Teilnehmer und Freunde
des Ostermarsches der Atom-
waffengegner



Betr.: Veranstaltung zum Antikriegstag

Liebe Freunde,

wir haben Ihnen schon in unserem Rundschreiben vom 16.8.1962 angekündigt, daß der Hessische Ausschuß für den 1. September 1962 (23. Jahrestag des Kriegsbeginns) eine zentrale Veranstaltung plant. Zwischenzeitlich sind alle Vorbereitungen getroffen und wir hoffen nur noch, daß uns die Polizei nicht noch in letzter Minute nicht vorauszusehende Schwierigkeiten zu machen versucht.

Vorgesehen ist Folgendes: Wir treffen uns am 1. September, 14.45 Uhr auf dem Römerberg in Frankfurt (Main), wo um 15 Uhr eine Eröffnungskundgebung unserer Antikriegsveranstaltung stattfindet. Zu dieser Eröffnungskundgebung wird Herbert Faller, Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend, sprechen. Direkt im Anschluß an die Kundgebung beginnen wir einen Demonstrationzug, der von Frankfurt nach Offenbach führt. Wir denken, daß der Zug gegen 17 Uhr bei der Offenbacher Rudolf-Koch-Schule ankommt, in der dann die Hauptkundgebung stattfindet. Die Rudolf-Koch-Schule faßt ca. 5 - 600 Personen. Bisher haben wir

die feste Zusage von Pfarrer i.R. Dr. Freudenberg und von dem Leiter der Frankfurter Schmiere, Rudolf Rolfs als Redner. Darüberhinaus stehen wir in Schriftverkehr mit Frank Allaus, brit. Unterhaus-Abgeordneter, Susanne Leonhard, Autorin des Buches "Gestohlenes Leben" und Prof. Dr. Ossip Flechteln aus Berlin. Wir konnten in der Kürze der Zeit, die uns zur Vorbereitung dieser Veranstaltung blieb, leider noch nicht alle Referenten fest verpflichten, sodaß sich bei den drei Letztgenannten noch eine Veränderung ergeben kann.

Viele Freunde werden fragen, warum vom Zentrum Frankfurt an die Peripherie Offenbach und nicht umgekehrt. Auch hier war es uns leider in der kurzen Vorbereitungszeit nicht möglich, einen geeigneten Tagungsort zu finden. Wir wissen aber, daß wir gerade in Offenbach viele Freunde haben, die am Ostermarsch teilgenommen haben und daß in dieser Stadt bestimmt weitere Kreise ansprechbar sind.

KURATORIUM:

Stefan Andres
Hedwig Born
Benjamin Britten
Canon Collins
Herbert Faller
Prof. Dr. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Gustav Heckmann
Heinz Hilpert
Dr. Robert Jungk
Dr. Erich Kästner
Dr. Arno Kibars
Dr. Heinz Klappenburg
Christel Köpper
Margarethe Lachmund
Dr. Armin Prinz zu Lippe
Prof. Wilhelm Moler
Dr. Bodo Manstein
Prof. Katharina Petersen
Prof. Bertrand Russel
Martin Schröder
Prof. Dr. Johannes Ude
Prof. Dr. Dr. Erik Wanzel
Prof. Dr. Ernst Wolf

b.w.

Unsere Demonstration in dieser Woche gegen die sowjetischen Atombombenversuche war von der Teilnehmerzahl zufriedenstellend. (ca 200 Teilnehmer bei den amerikanischen Versuchen, ca 150 bei den sowjetischen Versuchen, wobei man bedenken muß, daß Ferienzeit ist und Niederrad weit außerhalb, das amerikanische Generalkonsulat im Zentrum liegt.) Wenn man bedenkt, daß beide Veranstaltungen an einem Werktagabend durchgeführt wurden, kann man also mit der Beteiligung zufrieden sein. Für unsere Demonstration zum Antikriegstag ist dies jedoch kein Maßstab. Die Veranstaltung am 1. September muß ein kleiner Ostermarsch sein, sowohl bei der Beteiligung an der Demonstration, als auch an den Kundgebungen. Wir bitten deshalb a l l e unsere Freunde aus ganz Hessen, pünktlich um 14.45 Uhr zum Römerberg zu kommen. Es kommt weiterhin darauf an, daß jeder von Ihnen die beigegeführten Flugblätter verteilt und mindestens einen zweiten Teilnehmer mitbringt. Diese Aktion zweiter Mann sollte überhaupt für jeden Einzelnen von uns bis zum Ostermarsch 1963 eine wichtige Aufgabe sein. Wir müssen stärker und größer werden, nur so haben wir die Möglichkeit, unsere Idee auf die Dauer nachhaltig und erfolgreich zu vertreten.

Einige Freunde haben gefragt, wieso dies alles so spät kommt und ob sich der Ostermarsch wohl an den DGB hängen und auf eigene Veranstaltungen verzichten will. Dies ist eine völlig falsche Auslegung. Zwei Jugendkonferenzen, und zwar die des DGB und der IG-Metall, die von den örtlichen Delegierten, die die praktische Gewerkschaftsjugendarbeit leisten, besucht waren, haben beschlossen, den 1. September gemeinsam mit anderen befreundeten Organisationen als Antikriegstag zu begehen. Der Zentrale Ausschuß und auch der Hessische Ausschuß waren daraufhin der Meinung, daß dies eine breitere Basis sei und für größere und wirkungsvollere demonstrative Veranstaltungen garantiere. Deshalb wurde auf eigene Ostermarsch-Veranstaltungen verzichtet, zumal man ja unter befreundeten Organisationen viele verstehen konnte, die auch im Ostermarsch mitarbeiten, wie Naturfreundejugend, die Kriegsdienstverweigererverbände, religiöse Vereinigungen und Antiatombünde wie das Münchener Komitee gegen Atomrüstung. Nun hat der DGB-Bundesausschuß kurzfristig beschlossen, daß die geplanten Veranstaltungen nicht mit befreundeten Verbänden, nicht in der Öffentlichkeit mit demonstrativem Charakter, sondern in Form von Feierstunden oder internen Saalveranstaltungen durchgeführt werden sollen. Daraufhin blieb dem Ostermarsch keine andere Möglichkeit, als kurzfristig eigene Veranstaltungen im Sinne der Beschlüsse der DGB- und der IG-Metall-Jugendkonferenzen vorzubereiten. Es liegt nun an uns allen, daß wir zeigen, daß der Wille für eine demonstrative Großveranstaltung bei uns lebendig ist.

Zum Schluß noch zwei Hinweise. Die beigegeführten Flugblätter können, so lange Vorrat reicht, von örtlichen Ausschüssen und Einzelnen beim Hessischen Ostermarsch bestellt werden. Wir liefern sofort per Eilboten. Die Flugblätter gibt der Hessische Ausschuß zum Preis von DM 2.50 pro 200 zuzüglich Portokosten ab. (Wegen der Portokosten erst nach Erhalt der Rechnung zahlen.)

Weiterhin möchten wir und müssen wir noch einmal an den zweitletzten Absatz unseres Schreibens vom 16.8.1962 erinnern. Die Veranstaltung zum 1. September und weitere Aktionen können nur dann durchgeführt werden, wenn das Geld dazu da ist. Denken Sie also an einen Fördererbeitrag von 5.-- - 10.-- DM. Unser Postscheckkonto Frankfurt 57 648.

In diesem Sinne erwarten wir Sie zum Antikriegstag am 1.9.1962 um 14.45 Uhr auf dem Römerberg.

Mit freundlichen Grüßen,

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Klaus Vack
(Klaus Vack)



Ostermarsch
der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

**Zwei
Weltkriege
sind
mehr
als genug**

Wir rufen die Bevölkerung des Rhein-Main-Gebietes zur

Antikriegsdemonstration

Samstag, 1. September 1962

**Treffpunkt: 1. September 1962, 15 Uhr, Römerberg,
Frankfurt am Main**

Eröffnungskundgebung: 15 Uhr

Demonstrationsmarsch um 15.30 Uhr

Römerberg, Fator, Eiserner Steg, Mainkai, Schulstraße, Oppenheimer
Straße, Schifferstraße, Darmstädter Landstraße, Wendelsplatz, Offen-
bacher Landstraße, (Stadtgrenze Frankfurt-Offenbach), Frankfurter Straße,
Kaiserstraße, Bismarckstraße, Waldstraße und Schloßstraße.

Schlußkundgebung: 17 Uhr

Rudolf-Koch-Schule, Offenbach am Main, Schloßstraße.

Es sprechen:

Rudolf Rolfs, Leiter der Frankfurter Schmiere

Pfarrer i. R. Dr. A. Freudenberg, Bad-Vilbel

Herbert Fallert, Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend
und andere

Mahnruf zum Frieden!

Verflucht sei der Krieg!
Verflucht das Werk der Waffen!
Es hat der Weise nichts mit
diesem Wahn zu schaffen!
Laalse

Wir rufen alle Männer und Frauen, Jungen und Mädchen unseres Landes auf, wie in den vergangenen Jahren den

1. September als Antikriegstag

zu begehen und sich in Gedankenfeiern, Kundgebungen und Demonstrationen zum Frieden, zur Abrüstung und zu einer Welt ohne Waffen zu bekennen. Zu diesem Aufruf fühlen wir uns verpflichtet, weil 23 Jahre nach jenem tragischen 1. September 1939, an dem Hitler-Deutschland Polen überfiel und damit den 2. Weltkrieg auslöste, schon wieder vom Krieg als Möglichkeit gesprochen wird. Dies, obwohl der 2. Weltkrieg erneut bewies, daß durch Krieg keine für die Menschheit nützliche Lösung der Zeitfragen herbeizuführen sind. Mahnend erinnern wir daran, daß

- auf den Schlachtfeldern des 2. Weltkrieges 25 Millionen Menschen ihr Leben lassen mußten;
- in den Konzentrationslagern 8 Millionen Menschen ermordet wurden;
- durch den Abwurf der ersten Atombombe auf Hiroshima und Nagasaki Hunderttausende verbrannten und Opfer radioaktiver Strahlen wurden;
- Hunderttausende Städte und Dörfer zerstört wurden;
- und Deutschland selbst am 8. Mai 1945, am Tage der bedingungslosen Kapitulation ein Trümmerhaufen war.

Wir erinnern auch daran, daß unser Volk damals schuldbehaftet und vor einem neuen Anfang stehend daranging, wieder gutzumachen und wieder aufzubauen. Der Schwur aller Menschen, all ihrer Organisationen und Parteien, ihrer Vereinigung und Institutionen lautete 1945/46: Nie wieder Krieg, nie wieder Rüstung, endlich neutral leben wie Schweden und die Schweiz, endlich Frieden haben.

Heute steht fest, daß dieser Schwur nicht verwirklicht wurde: Deutschland ist in zwei Teile gespalten, in sich feindlich gegenüberstehende Militärböcke eingefügt und wieder aufgerüstet.

Aus den Erfahrungen des 1. und 2. Weltkrieges lernend, warnen wir nachdrücklich vor dem Weitergehen dieses Weges, denn auf ihm treibt Deutschland der letzten Katastrophe zu, dem 3. Weltkrieg. Heute weiß jeder, daß dieser Krieg ein Atomkrieg wäre und Deutschland das Schlachtfeld. Alles, was sich unser Volk seit 1945 geschaffen hat, wäre verloren. Auferstehen würde die Trümmerwüste von 1945 und alles Leben im Atombombenhagel untergehen.

Dieser Entwicklung zu wehren, halten wir für unsere höchste Pflicht. Zwei Weltkriege waren mehr als genug.

Wir erklären: Die Fragen des Atomzeitalters lassen sich nicht durch Politik der Stärke auf dem Wege von Wettrüsten und Krieg lösen. Es gilt zu verhandeln, statt zu schießen, den Frieden zu wagen, statt den Krieg vorzubereiten. An diesem 1. September 1962 fordern wir darum in Hoffnung auf den Frieden:

- Schluß mit dem Wettrüsten in Ost und West;**
- sofortige und endgültige Einstellung aller Kernwaffenversuche;**
- Verzicht auf weitere Produktion von Kernwaffen;**
- Vereinbarung über die Bildung atomwaffentruer Zonen;**
- allgemeine kontrollierte Abrüstung und Abschaffung aller vorhandenen Kernwaffen!**

**Am
ersten September
1939**



um 4.45 Uhr
haben
unsere Truppen
die Grenzen
nach Polen
überschritten

DIE BILANZ

50 Millionen Tote
ein zerstörtes
und
geteiltes Deutschland

Die Sicherung unseres Lebens, des Lebens
einer schnell anwachsenden Menschheit ist nur
durch weltweite Zusammenarbeit der Völker,
nicht aber durch Atomwaffen zu erreichen.

Für einen deutschen Beitrag zur Abrüstung

Am 1. September 1939 begann der 2. Weltkrieg. An den Folgen dieser Katastrophe leiden wir noch heute. Jetzt lebt die Welt erneut in der Sorge, in Deutschland könne ein dritter Weltkrieg beginnen. In unserem eigenen Lande aber greift die Verharmlosung des Krieges, die Gleichgültigkeit ihm gegenüber um sich oder es wird gar schon wieder Kriegsbereitschaft gezüchtet.

Im Zeitalter der Atomwaffen würde ein Krieg unausweichlich zu einer völligen Zerstörung Deutschlands führen, wenn nicht gar zur völligen Vernichtung menschlichen Lebens. Seit Hiroshima ist der Krieg das Ende aller Dinge.

Schon die Vorbereitung auf den Krieg, die sinn- und maßlose Rüstungspolitik in West und Ost gefährdet die zur Sicherung des Lebens der anwachsenden Menschheit notwendige, friedliche Zusammenarbeit der Völker. Die Rüstungsausgaben der beiden Militärblöcke sind heute genauso hoch wie das gesamte Volkseinkommen in den Entwicklungsländern. Während Milliarden für eine Rüstung aufgewendet werden, die die Welt in die Luft zu sprengen vermag, hungern in anderen Teilen der Welt mehr Menschen als je zuvor.

Kriege sind nicht Naturkatastrophen. Kriege werden von Menschen gemacht und können also von Menschen verhindert werden. Angesichts der zwei Weltkriege, die schon von deutschem Boden ausgegangen sind, angesichts der Gefahr eines neuen Konfliktes in Mitteleuropa fordern wir die Bürger unseres Landes gleich welcher Weltanschauung oder Partei auf, sich für einen deutschen Beitrag zur Abrüstung und Entspannung in Mitteleuropa einzusetzen. Ohne unsere Mithilfe kann es in der Welt keinen Frieden geben. Für die Probleme in Deutschland müssen politische Lösungen gefunden werden. Wir schlagen vor:

- keine atomare Bewaffnung von Truppen auf deutschem Boden
- Vereinbarungen über eine von den Großmächten und der UNO garantierte atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa

Werden diese Forderungen durchgesetzt, dann ist ein wichtiger Beitrag für eine weltweite, kontrollierte Abrüstung und für die Abschaffung jeder atomaren Rüstung geleistet.

Ostermarsch der Atomwaffengegner



pressediensst

nachrichten zum Ostermarsch der atomwaffengeegner

22. 8. 62

24. 8. 62

ED 745-20-148

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengeegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Demonstration gegen die russischen Atomtests

Etwa 120 Menschen waren dem Aufruf des Hessischen Ausschusses für den Ostermarsch der Atomwaffengeegner gefolgt und demonstrierten gegen die gegenwärtigen sowjetischen Kernwaffenversuche vor der Sowjetischen Militärmission in Frankfurt a.M.-Niederrad. Den Demonstranten hatten sich Persönlichkeiten wie Prof. Heydorn, Präsident der Pädagogischen Hochschule in Frankfurt a.M. und Rudolf Rolfs, Leiter des Frankfurter Kabarettts "Die Schmiere", angeschlossen.

Die Demonstration war in erstaunlich kurzer Zeit von den Frankfurter Ordnungsbehörden genehmigt worden. Die Teilnehmer konnten jedoch mit ihren umgehängten Ostermarschschildern nur in weitem Abstand an den Gebäuden der sowjetischen Enklave vorbei marschieren. Die Liegenschaft selbst wurde von einem großen Aufgebot amerikanischer Militärpolizei bewacht.

Bei der anschließenden Kundgebung sprachen Heiner Halberstadt und Pfarrer Herbert Mochalski.

Heiner Halberstadt sagte unter anderem, daß der Protest gegen Kernwaffenversuche jeder Art und jeder Nation unermüdlich bleiben müsse. Viele Menschen hätten zwar den Begriff "Megatonnen" bereits in ihre alltägliche Begriffswelt so übernommen, wie die technischen Begriffe Kilowatt und Pferdestärke. Aber Kinder ohne Augen, mit deformierten Gliedern und Köpfen seien wie eine moderne Version des Mentekels von Belsazar. Der Friede, in dem wir scheinbar unbehelligt leben, würde angesichts der fortgesetzten Kernwaffenversuche immer heißer. Der als steigende Radioaktivität verkleidete Tod schreite unher zwischen Wohnungsneubauten, Verkehrsplanungen und dem Bemühen zur Lösung der sozialen Probleme von heute und morgen. So darf niemandem gestattet werden, diese grausige Schizophrenie zu dulden und deshalb protestiere der Ostermarsch.

Halberstadt verlas dann Ausschnitte aus dem Protestschreiben, das der Zentrale Ausschuß des Ostermarsches der Atomwaffengeegner an den sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow gerichtet hat.

Pfarrer Herbert Mochalski berichtete eingangs seiner kurzen Rede, daß er unterwegs während des Protestmarsches zahlreiche Zuschauer aufgefordert habe, mitzugehen. Unmißverständlich habe man ihm aber zugerufen: "Ich möchte ja, aber es geht beruflich nicht!". Das wäre bezeichnend. Die geistige Gewöhnung an die Bombe, an die fortlaufenden tödlichen Experimente, gehe einher mit dem materiellen Zwang, sich zu fügen, dem systematisch immer mehr Menschen unterworfen werden. Aber gerade deshalb müsse der Ostermarsch Beispiel bleiben und mehr werden

- 2 -

als je zuvor, als ein Zeichen des Mutes oder als eine Verbreitung der Alternative gegen den Tod, der das Leben auf dieser Erde zerstören werde, wenn das Experimentieren in gleicher Weise wie bisher fortgesetzt würde.

Mochalski sagte weiter, er habe an dem "Weltkongreß für allgemeine Abrüstung und Frieden" in Moskau teilgenommen. Bertrand Russell habe an diesen Kongreß eine Botschaft gerichtet, in der es heißt: "Ich möchte, daß jeder Vertreter des Westens bei den Verhandlungen erklärt: 'Ich bin fest überzeugt, daß ein Kernkrieg schlimmer ist, als ein weltweiter Sieg des Kommunismus'. Ich möchte, daß jeder Vertreter des Ostens bei den Verhandlungen erklärt: 'Ich bin fest überzeugt, daß ein Kernkrieg schlimmer ist, als ein weltweiter Sieg des Kapitalismus'. Die Partei, die sich weigert, das zu erklären, wird sich selbst als Feind der Menschheit und als Anhänger der Auslöschung der Menschheit brandmarken." Und N.S. Chrustschow habe selbst hinzugefügt: "Man muß der Wahrheit in die Augen schauen. Die Gefahr eines neuen Weltkrieges besteht. Die Menschheit kann sich in einen solchen Krieg verwickelt sehen, wenn keine entschlossenen Maßnahmen getroffen werden. Die Kriegsvorbereitungen hatten noch nie einen so gigantischen Umfang wie heute. Nach der Schätzung kompetenter westlicher Atomphysiker belaufe sich das "Kerntodespotential" in der Welt von heute auf 250 000 Megatonnen, d.h. auf 250 Milliarden Tonnen Trinitrotoluol. Somit sind pro Einwohner unseres Planeten im Durchschnitt schon über 80 Tonnen Sprengstoff angehäuft. Wie man sieht, ist die Bevölkerung der Erde heutzutage mit diesem Produkt mehr als reichlich versorgt".

Wenn das so sei, fuhr Mochalski fort, und darin dürfe wohl kein Zweifel bestehen, dann müßten diesen einsichtigen Reden nun endlich entsprechende Taten folgen d.h. jeder weitere Testversuch sei ein scheußliches, nicht wieder gutzumachendes Verbrechen an der Menschheit. Ja, - wenn sich eine Frau ihr Kind operativ entfernen läßt, schreie die Kirche "Mord"; wenn es aber um den Mord durch Atomwaffen ginge, schweigen die Glocken.

Mochalski schloß mit den Worten: "Man darf der Menschheit alles opfern, nur nicht den Menschen selbst."

Offenbach /M., 22. 8. 1962 - Vack

die Vorführung der Zuchtstuten zur Prämierung. — Rechts ein Schnappschuß am Rande.

Foto: Kerner

die Karussells, im Festzelt ist Hoch-
fer auf dem großen Rummelplatz. Am
he aus ganz Oberhessen. Die Tierchau
sogar das schmeckende Beiwort „Bad“
alten Tradition.

Die Kühe, Prachtexemplare in den
n. Die Maul- und Klauenseuche geht
n die Pferde über den Platz, stolz und
auf dem großen Parkplatz vorbei, als
Pferdestärken zuschreibt, nur Klein-
weinte eine Frau auf dem Platz. Selbst

en, gravitatisch durch das Gras. Boden-
n, hessen-nassauische Zucht. Kräftig
nen. Sie sind schon in der Lage, einen

Wagen zu ziehen, wie deren viele am Rande standen, Aber sie sind auch Reit-
pferde, elegant und leichtfüßig.

„Susi“ ist die Siegerin in der Beurteilung. Sie ist, so heißt es, das Modell der
bodemländigen Stute. Ein Mannequin unter den Pferden. „Rosalia“ heißt ein an-
deres Tier. „Bescheiden Sie den mütterlichen Ausdruck“, hieß es da. Und dann die
Mütter mit ihren Fohlen. Ein heiteres Spiel.

Fachleute am Rande. Sie kommen aus den oberhessischen Dörfern. Auf ihren
Feldern arbeiten die Traktoren. Aber sie lieben ihre Pferde. „Sissy“ etwa, das
prachtvolle Tier, das nur deshalb keinen ersten Preis bekommen konnte, weil die
Abstammung nicht nachgewiesen ist. Sissy weiß selbst nichts davon. Doch hier
wirkt auch diese Stute, als sei sie sich ihrer Schönheit bewußt.

Die Jugend auf dem Pferde. Ursula führt die Einlage an. Die Jungen hinterher,
Trab und ein kurzer Galopp. Auch für die Jugend ist das Pferd noch lange nicht
unmodern.

S. 5 FNP M. 22.8.62 WL

en überall
iten in Bornheim

Maßnahmen in der Langen Straße nicht
mehr berührt wird und nun Aussicht
ist, daß der Verkehr über die Ufer-
straße ungehindert für einige Zeit flie-
ßen kann. Was dann im nächsten Jahr
wird, bleibt abzuwarten.

Die „Dauerbaustelle“ Zeppelinallee
in der Mündung Sophienstraße geht nun
auch ihrem Ende entgegen. Seit über

einem Jahr wird dort gearbeitet. „Es
war Fleißarbeit, weil wir die Straße
nicht sperren konnten und uns buch-
stäblich 50 Prozent hinterweise vorarbeiten
mussten.“ erklärt das Amt. Zwei Inseln
müssen noch gebaut werden und auch
die Ampeln sind noch zu montieren.
Anfang September hofft man fertig zu
sein.

Protest
in Niederrad

Gegen Atomwaffen

Vor 117 meist jugendlichen Plakat-
trägern der „Ostermarsch-Bewegung
gegen Atomwaffen“ hat am Dienstag-
abend der hessen-nassauische Pfarrer
Herbert Mochalski den sowjetischen
Ministerpräsidenten Chruschtschow und
die Sowjetunion gebeten, die laufenden
Atomwaffentests abzustoßen und „das
Beispiel des Atomstopps von 1958 zu
wiederholen“.

Mochalski sprach nach einem halb-
stündigen Gänsemarsch um einige Häu-
serblöcke im Frankfurter Vorort Nie-
derrad. Der Zug führte auch an der

Sackasse vorbei, an deren Ende die bei
der amerikanischen Armee in Europa
beglaubigte sowjetische Militärmission
liegt. Vor deren Zaun standen vier ame-
rikanische Militärpolizisten.

Der Militärmission hatten die Demon-
stranten einen Brief an Chruschtschow
zur Kenntnis gegeben. Darin heißt es:
„Sie haben während des Kongresses für
allgemeine Abrüstung und Frieden in
Moskau eine Rede gehalten und dabei
eindeutig den Friedenswillen der UdSSR
bekundet. Wie soll man eine solche
Rede ernst nehmen, wenn wenige Tage
später als Demonstration militärischer
Macht neue Atomtests durch Sie ange-
ordnet werden?“ Pfarrer Mochalski,
der zusammen mit dem Geschäftsführer
der Frankfurter Jugendeinrichtungen,
Helner Halberstadt, demonstrierte,
harte sich die Plakatparole gewählt
„Keine Atomwaffen auf deutschem
Boden“.

Der Intendant des Hessischen Rundfunks,
Werner Hess, hat Josef Goshlien mit
Wirkung vom 1. September 1962 zum Leiter
des Ressorts Nachmittagsprogramm in der
Hauptabteilung Fernsehen/Spiel berufen.



neues Gewächs in dem ohnehin so
dick wuchernden Schilderwald. Dies-
mal aber eines, das die Autofahrer als
künftig begrüßen werden, weil sie
eine Änderung der altgewohnten
Verkehrsregelung eigens hingewiesen
und nicht einfach vor vollendete Tat-
en gestellt werden. Dieses Schild
steht an der Südwestecke des Günthers-
parks an den fünf Einmündungen
Rohrbach- und Hartmann-Isch-
straße, Günthersburgallee und Wetter-
straße, die hier zusammenlaufen. Zu-
hätte ein gekrümmter Straßenzug
Vorfahrt, was häufig zu gro-
ßer Verwirrung führte. Übrigens dürf-
te die Schilder wieder verschwinden,
da sie an dieser Stelle ihren Dienst
nicht haben.
Foto: Kerner

Durch die Wälder des Melibocus

Mit dem D-Zug der
Bundesbahn ab Frank-
furt Hauptbahnhof um
8.03 Uhr sind wir um
8.27 Uhr in Darmstadt.
Dort steht auf dem
Bahnhofplatz rechts
ein Bahnbus, mit dem
wir ab 8.40 Uhr auf der
Alten Bergstraße nach
Süden fahren. Um 9.09
Uhr hält der Bus auf
dem Straßenkreuz
Höhlein — Alsbach —
Zwingenberg. Hier
steigen wir aus und
gehen auf der Straße
nach Osten etwa 20
Minuten zum mole-
rischen Städtchen Als-
bach am Rand des
Odenwaldes. Vom Stra-
ßenkreuz inmitten der
Stadt führt eine Straße
an der Kirche vorbei
nach Südosten in den
Wald und in Windun-
gen empor zur Burg-
ruine Alsbach, von wo
man über die weite
Rheinebene bis zur
dunkelgrünen Wand
des 515 Meter hohen
Melibocus schauen
kann.



sicht und den guten
Bergstrüßer Wein ge-
nießen, gehen wir auf
den sehr schönen Wald-
wegen westlich vom
Melibocus-Gipfel zu
dem südlich liegenden,
berühmten Auerbacher
Schloß. Von der Schloß-
ruine Alsbach wandern
wir nach Süden bis zur
zweiten Wegabzwei-
gung nach Südosten, in
die wir einsteigen.
Dann geht es durch die
wilden Wälder des
westlichen Melibocus-
Ranges weiter, immer
abwechselnd rechts-
herum und links herum,
bis wir endlich im Sü-
den hoch überm Walde
die stolze Burg Auer-
bach ragen sehen. Jetzt
noch einige wenige
Wendungen, und wir
dürfen durch das hohe
Tor in den gastlichen
Burghof einziehen, um
uns endlich auszu-
ruhen.

Der Pächter, ein
freundlicher Burgherr,
empfangt uns und
weist auf die Sehens-
würdigkeiten der ur-
alten Raubritterburg
hin. Seine Gemahlin
reist uns die in dem
Innen an die alte Um-
fassungsmauer ange-
bauten Barockschlöß-
chen liegenden Gesell-
schaftsräume für die
prominenten Gäste, aus
denen man eine phan-
tastisch schöne Aus-
sicht über die weite
Rheinebene hat.

Nachdem wir uns
ausgeruht haben, gehen
wir auf einem Serpen-
tinenweg am west-
lichen, bewaldeten
Steilhang hinab in das
freundliche Städtchen
Beinsheim-Auerbach
vom Bundesbahnhof,
von wo wir mit dem
Zug um 15.52 Uhr heim-
fahren und um 20.06
Uhr im Frankfurter
Hauptbahnhof eintraf-
fen.

(Die Fahrtkosten mit
der Bundesbahn be-
tragen mit Schnellzug-
zuschlag bei Hin- und
Rückfahrt je Person 8,80 Mark,
ohne Zuschlag 6,80
Mark.) Dr. v. Str.

Dieser Berg ist mei-
ner zweites Ziel. Nach
einer erholungsvollen Rast,
bei der wir die Fern-

bei den Amst...
Sensa...
Über 4...
Am Dienst...
10. Europame...
an der Ke...
desrenabili...
gen. Übergr...
der Männer...
die Stoffe d...
zung Diefze...
gand in der...
4.500 Min. v...
11201 und...
beide eben...
zeit der Ud...
Den Titel h...
sicherte sich die...
A. Lonsbrough...
30 Metern an d...
früheren 100-m-...
berlin) vorbeiz...
vor der Holländ...
per (252,2). —
3. Tagen der Leip...
Das 100-m-Rück...
wurde erwartun...
van Velsen in 1...
kal schlug in 1...
damit für eine...
Dritte wurde in...
In den Vorläu...
stische Kraulst...
Mit Lind...
Entscheid...
Die Leistenz...
mer macht es...
Eintracht Frank...
Finalspiel beim...
DFB-Pokal in d...
am Samstag 11...
erst in Nürnberg...
Schäfers entset...
Länder, der in...
Leistung zeig...
spielen. (Hv)
Schiedsrichter...
Nürnberg — Ein...
Mitschach (22. 2...
der) an Stelle...
überhauen).
Der Hessische...
nem 1. Progra...
um 18.45 Uhr J...
Neue Pre...
Tipp...
Einme...
Unser System...
erweitert errei...
einen weiteren...
sten Spieltag 3...
Erfolg erzielt w...
berg (gegen Mi...
Frankfurt (gegen...
Hof (gegen die...
Oberhausen (bei...
Hannover (gege...
winnen und vor...
nungen in der 1...
tig getippt sind.
1. FK Pirmasens...
1
2. Ludwigenhafer...
2
3. 1. FC Nürnberg...
1
4. Eintracht Fra...
4
5. SSV Reutlingen...
1
6. Bayern Hof...
1
7. Bor. Mönche...
2
8. Hamburg 07...
2
9. Schwarzweiß...
1
10. Alemannia A...
2
11. Holstein Kiel...
2
12. Arminia Har...
1
13. Südring — 3...
2

Hannover

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Dr. Andreas Buro Braunschweig Röhrfeld 8

ZENTRALER AUSSCHUSS Geschäftsführung Dr. Andreas Buro
Braunschweig
Röhrfeld 8
Fernruf 8 03 02

Verteiler

1. Kuratoren
2. ZA-Mitglieder
3. Regionale u. Landes-Ausschüsse zur Weitergabe an die Örtl. Ausschüsse



Postcheck Hannover 839 043
Dr. Andreas Buro
Sonderkonto
Braunschweig
den

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

ED 718-20-153

21. 8. 62 VAc

Betr.: Anti-Kriegstag am 1. September

Liebe Freunde!

In dem Rundschreiben vom 14. Juli 1962 hatte Herbert Faller Ihnen die Beschlüsse der 5. Bundesjugendkonferenz des DGB und der 6. Jugendkonferenz der IG Metall mitgeteilt, nach denen diese Organisationen mit anderen befreundeten Verbänden zusammen Veranstaltungen zum Anti-Kriegstag am 1. September vorbereiten und durchführen wollten.

Der Ostermarsch hatte deshalb auf eigene Veranstaltungen verzichtet und nur seine Mitglieder aufgefordert, die Veranstaltungen der Gewerkschaft zu unterstützen.

Soeben habe ich nun erfahren, daß der Bundesvorstand des DGB beschlossen hat, Veranstaltungen zum 1. September nur intern durchzuführen. Von örtlichen Gewerkschaftsvertretungen liegt bereits die Nachricht vor, daß der Anti-Kriegstag ganz ausfallen soll. Wie immer dieses Verhalten des DGB-Bundesvorstandes zu beurteilen ist, für den Ostermarsch der Atomwaffengegner ergibt sich daraus die Aufgabe, sofort als alleiniger Veranstalter mit der Vorbereitung von Veranstaltungen zum 1. September zu beginnen. Ich bitte Sie daher, sofort in Ihrem Bereich die Initiative zu ergreifen.

Es ist wichtig, daß wir auch einige größere Veranstaltungen organisieren. Wo dies durch Zusammenlegen von kleineren Aktionen zu erreichen ist, muß eine große Aktion mehreren kleinen vorgezogen werden. Dies dürfte vor allem in dem Gebiet West, in Frankfurt, Stuttgart und im Gebiet um Hamburg möglich sein. Um die Vorarbeiten für die einzelnen Gruppen zu erleichtern, wird der Zentrale Ausschuss 120.000 Flugblätter DIN A 5 drucken lassen (Text umseitig). Einen Teil der Druck- und

b.w.

Versandkosten hierfür übernimmt der ZA, so daß jetzt schon die Kosten auf DM 10,-/1.000 Stck. festgesetzt werden können. Eventuelle Verbilligungen kommen den Ausschüssen zugute. Ich bitte Sie um Ihre sofortige Bestellung.

Mit freundlichem Gruß
Ihr
Gez. Andreas Buro

F l u g b l a t t e x t :

Seite 1: Zeichen

Am 1. SEPTEMBER 1939 um 4.45 Uhr haben unsere Truppen die Grenzen nach Polen überschritten,.....

Die Bilanz: 50 Millionen Tote - ein zerstörtes und geteiltes Deutschland

Die Sicherung unseres Lebens, des Lebens einer schnell anwachsenden Menschheit ist nur durch weltweite Zusammenarbeit der Völker, nicht aber durch Atomwaffen zu erreichen.

Seite 2: FÜR EINEN DEUTSCHEN BEITRAG ZUR ABRÜSTUNG

Am 1. September 1939 begann der 2. Weltkrieg. An den Folgen dieser Katastrophe leiden wir noch heute. Jetzt lebt die Welt erneut in der Sorge, in Deutschland könne ein dritter Weltkrieg beginnen. In unserem eigenen Lande aber greift die Verharmlosung des Krieges, die Gleichgültigkeit ihm gegenüber um sich oder es wird gar schon wieder Kriegsbereitschaft gezüchtet.

Im Zeitalter der Atomwaffen würde ein Krieg unausweichlich zu einer völligen Zerstörung Deutschlands führen, wenn nicht gar zur völligen Vernichtung menschlichen Lebens. Seit Hiroshima ist der Krieg das Ende aller Dinge.

Schon die Vorbereitung auf den Krieg, die sinn- und maßlose Rüstungspolitik in West und Ost gefährdet die zur Sicherung des Lebens der anwachsenden Menschheit notwendige, friedliche Zusammenarbeit der Völker. Die Rüstungsausgaben der beiden Militärblocke sind heute genauso hoch wie das gesamte Volkseinkommen in den Entwicklungsländern. Während Milliarden für eine Rüstung aufgewendet werden, die die Welt in die Luft zu sprengen vermag, hungern in anderen Teilen der Welt mehr Menschen als je zuvor.

Kriege sind nicht Naturkatastrophen. Kriege werden von Menschen gemacht und können also von Menschen verhindert werden. Angesichts der zwei Weltkriege, die schon von deutschem Boden ausgegangen sind, angesichts der Gefahr eines neuen Konfliktes in Mitteleuropa fordern wir die Bürger unseres Landes gleich welcher Weltanschauung oder Partei auf, sich für einen deutschen Beitrag zur Abrüstung und Entspannung in Mitteleuropa einzusetzen. Ohne unsere Mithilfe kann es in der Welt keinen Frieden geben. Für die Probleme in Deutschland müssen politische Lösungen gefunden werden. Wir schlagen vor:

- + keine atomare Bewaffnung von Truppen auf deutschem Boden
- + Vereinbarungen über eine von den Großmächten und der UNO garantierte atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa

Werden diese Forderungen durchgesetzt, dann ist ein wichtiger Beitrag für eine weltweite, kontrollierte Abrüstung und für die Abschaffung jeder atomaren Rüstung geleistet.

O s t e r m a r s c h d e r A t o m w a f f e n g e g n e r

17./20.8.62

21.8.62

Protokoll der Sitzung vom 17. 8. 1962 in Offenbach (Main)

Anwesend: Amann, Andres, Burbach, Faller, Halberstadt, Vack

Tagesordnung:

1. Sowjetische Atomtests
2. Veranstaltung zum 1. 9. 1962
3. Heiner Halberstadt
4. Verschiedenes

Zu Punkt 1

Klaus Vack erinnert an einen Beschluß des Hessischen Ausschusses nach dem bei erneuter Aufnahme von Atomtests durch die Sowjetunion eine Demonstration bei der Sowjetischen Militärmission durchgeführt werden soll. Nachdem bekannt wurde, daß die Sowjetunion die Tests wieder aufgenommen hat, wurde von der Geschäftsstelle eine Demonstration für Dienstag, den 21. August 1962 angemeldet. Die Demonstration ist zwischenzeitlich genehmigt. Ein Rundschreiben an alle Ostermarschfreunde ist bereits verschickt.

Die Demonstration soll in Form eines Zuges wie seinerzeit vor dem amerikanischen Generalkonsulat durchgeführt werden. Sie führt im Gänsemarsch an der Sowjetischen Militärmission vorbei. Zum Abschluß findet eine kurze Kundgebung statt, die von Heiner Halberstadt eröffnet und geleitet wird. Referent ist Pastor Mochalski. Heiner Halberstadt soll überprüfen, ob es zweckmäßig ist, während der Kundgebung das Protestschreiben des Hessischen Ausschusses oder das Protestschreiben des Zentralen Ausschusses (beide wurden über die Sowjetische Botschaft an Ministerpräsident Chruschtschow gerichtet) zu verlesen.

Zu Punkt 2

Klaus Vack berichtet über den Beschluß des DGB-Bundesausschusses, nach dem die von Gewerkschaftsjugend-Kongressen geforderten Veranstaltungen zum 1. September (Anti-Kriegstag) nur intern durchgeführt werden dürfen. Die Beschlüsse der Jugendkonferenzen sahen größere öffentliche Protestkundgebungen vor, so daß der Ostermarsch seinerzeit darauf verzichtet hatte, eigene Veranstaltungen vorzubereiten. Nach dem Beschluß des DGB-Bundesausschusses ist es nunmehr nur möglich, Feierstunden oder kleine Saalveranstaltungen durchzuführen, die auch nicht in der Öffentlichkeit publiziert werden. Außerdem wurde der Gewerkschaftsjugend untersagt, diese Veranstaltungen mit anderen Verbänden durchzuführen.

Aufgrund dieser neuen Situation hat der Zentrale Ausschuß in einem Rundschreiben alle Unterausschüsse aufgefordert, sofort mit der Vorbereitung von Anti-Kriegsveranstaltungen durch den Ostermarsch zu beginnen.

Der Hessische Ausschuß berät die neue Situation und kommt zu folgendem Ergebnis: Am 1. September wird im Raume Frankfurt eine zentrale Anti-Kriegskundgebung für den Hessischen Ostermarsch durchgeführt. Die Veranstaltung soll aus einem Demonstrationzug und einer großen Saalkundgebung bestehen. Für die Saalkundgebung kommt entweder der große Saal im Dominikanerkloster, Frankfurt, oder die Aula des Rudolf-Koch-Gymnasiums, Offenbach, in Frage. Wenn die Kundgebung in Offenbach stattfindet, wird ein Demonstrationsmarsch vom Frankfurter Römer nach Offenbach eingeplant. Pfarrer Andres wird sich sofort mit dem Dominikanerkloster in Verbindung setzen und Klaus Vack berichten, ob dort eine Kundgebung möglich ist. Für die Benutzung des Rudolf-Koch-Gymnasiums in Offenbach liegt bereits eine Zusage vor.

Bei dem Demonstrationzug sollen auch einige Transparente mitgeführt werden, die auf den Anti-Kriegstag hinweisen. Heiner Halberstadt erklärt sich bereit, bis zum 23. 8. 1962 einige Slogans zusammenzustellen. Für die Saalkundgebung ist eine auf die Veranstaltung abgestimmte Dekoration mit Bildmaterial, Transparenten usw. vorgesehen. Heiner Halberstadt übernimmt die entsprechenden Vorbereitungen. Außerdem soll die Saalveranstaltung durch einige Rezitationen umrahmt werden. Als Redner sollen gewonnen werden Rudolf Rolfs, Pfarrer Freudenberg, Prof. Abendroth, Helga Einsele, und evtl. Frank Allaun.

Demonstration und Kundgebung finden am 1. 9. zwischen 15 und 19 Uhr statt. Diese Uhrzeit wird gewählt, damit möglichst viele Freunde, die weit außerhalb Frankfurts wohnen, die Möglichkeit zur An- und Abreise haben.

Zu Punkt 3

Oberbürgermeister Bockelmann hat zwischenzeitlich auf alle Schreiben, die ihm im "Fall Halberstadt" zugegangen sind, ein gleichlautendes Antwortschreiben geschrieben. Mit dem Inhalt dieses Schreibens kann sich der Hessische Ausschuss keinesfalls zufrieden geben, so daß Klaus Vack eine entsprechende Antwort an Oberbürgermeister Bockelmann richtet.

Die Pressedienste im "Fall Halberstadt" werden fortgesetzt. Besonders werden der SDS und die Kirchlichen Gruppen gebeten, noch Briefe oder Protesterklärungen für Halberstadt an den Oberbürgermeister zu richten.

Klaus Vack arbeitet zur Zeit an einer Dokumentation im "Fall Halberstadt", die Anfang September erscheinen wird und allen Freunden des Ostermarsches zugeht. Er verspricht sich damit eine weitere Protestwelle, die sich in entsprechenden Schreiben an den Magistrat, den Verein oder den Oberbürgermeister direkt äußern wird.

Zu Punkt 4

- a) Die nächste Sitzung des Hessischen Ausschusses findet am 12. 9. 1962 um 19.00 Uhr im Haus der Jugend, Frankfurt, statt. Unter Tagesordnungspunkt 1 in der Sitzung soll Heiner Halberstadt einen ausführlichen Bericht über die letzten Sitzungen im Zentralen Ausschuss geben.
- b) Einer Anregung von Horst Maurer, die Rede von Theodor Ebert, Stuttgart, in ca. 2.000 Exemplaren zu kaufen und an die Ostermarschadressen zu verschicken, kann aus finanziellen Erwägungen nicht entsprochen werden.

Für die Protokollführung:
Klaus Vack

Offenbach (Main), den 20. 8. 1962

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

20. 8. 62
605 Offenbach, 17. August 1962
Waldstrasse 99, Postfach 648

ED 718-20-152

Betr.: Repressalie gegen Heiner Halberstadt

Liebe Freunde,

vor einigen Tagen haben wir Ihnen den Pressedienst mit einem Schreiben der IdK Marburg übersandt. Zwischenzeitlich wurden im "Fall Halberstadt" wieder zwei Pressedienste verschickt, die beigefügt sind. Ein besonderer Erfolg ist die Tatsache, daß 16 britische Unterhausabgeordnete eine so eindeutige Erklärung für Herrn Halberstadt abgegeben haben. Heiner Halberstadt erfährt damit internationale Solidarität, die ihn bestimmt bestärkt, seine konsequente Haltung zu bewahren.

Besonders hinweisen möchten wir auf den Pressedienst, der den Artikel der Frankfurter Rundschau wiedergibt. Es wäre nun dringend an der Zeit, daß wir alle Leserbriefe an die Frankfurter Rundschau richten mit dem Tenor, das einer Zeitung wie der Frankfurter Rundschau auf ihre klare Frage "Warum muß Heiner Halberstadt gehen?" eine eindeutige Antwort gebührt. Wir hoffen, daß Sie alle in diesem Sinne etwas unternehmen werden.

Mit freundlichen Grüßen!

Klas Vach

Ostermarsch der ED742-20-153 Atomwaffengegner

Offenbach (Main) 4 · Postfach 648

An alle
Teilnehmer und Freunde
des Ostermarsches der
Atomwaffengegner
= = = = =

Hessischer Ausschuß

Verantwortlich: Klaus Vack
Offenbach (Main)

Fritz Amann
Darmstadt

Geschäftsstelle: Offenbach (Main)
Waldstraße 99

Postcheck: Frankfurt (M) 57648

Datum:

16. 8. 1962
Vs. /H.

20. 8. 62



Liebe Freunde,

vor ca. 14 Tagen sind unsere Urlaubsfreuden wieder einmal ge-
trübt worden, als nun auch die Sowjetunion wieder atomare Ver-
suche in der Atmosphäre vornahm. Nachdem wir unter größeren poli-
zeilichen Schwierigkeiten kurz nach Ostern unsere Protestdemon-
stration gegen die amerikanischen Versuche zustande brachten,
wollen wir auch gegen die erneuten sowjetischen Tests auf die
Straße gehen. Der Hessische Ausschuß hat für kommenden Dienstag
eine Demonstration angemeldet, zu der wir hiermit einladen möchten.

Wir treffen uns am 21. August 1962 um 18.00 Uhr ^{in FRANKFURT} auf dem Bürger-
steig der Rennbahnstraße und zwar am Rosengärtchen (Ecke Trift-
straße, Frauenhofstraße und Rennbahnstraße). Unsere Demonstration
führt durch die Triftstraße, Schwarzwaldstraße, Güntherstraße,
Königslacherstraße (vorbei an der Sowjetischen Militärmission),
Waldestraße, Schwarzwaldstraße, Rennbahnstraße zur Niederräder
Landstraße. Auf dem freien Platz am südlichen Bürgersteig der
Niederräder Landstraße, östlich von der Rennbahnstraße, führen wir
nach Möglichkeit eine kurze Kundgebung durch zu der Pastor
Mochalski spricht, der auch bei den amerikanischen Tests referierte.

Die Demonstration wird im Gänsemarsch durchgeführt. Wir führen
unsere Ostermarschplakate mit, die am Sammelplatz vorhanden sein
werden.

Viele Freunde sind noch in Urlaub; das bedeutet, daß alle "Daheim-
gebliebenen und bereits wieder Zurückgekehrten" an dieser Demon-
stration teilnehmen, damit der Öffentlichkeit eindeutig unser
Protest gegen Atomwaffen und Tests in Ost und West gezeigt wird.
Wir glauben, daß Demonstration und Kundgebung spätestens um
19.30 Uhr beendet sind, was allerdings auch vom pünktlichen Er-
scheinen unserer Freunde abhängt.

Zu den erneuten Atomversuchen der Sowjetunion haben der Zentrale
Ausschuß und auch der Hessische Ausschuß Schreiben an N.S. Chruschtschow
gerichtet. Eine Abschrift dieser Schreiben fügen wir bei. Der Brief
des Hessischen Ausschusses wurde der Sowjetischen Militärmission
abschriftlich übermittelt, die auch von unserer Demonstration in
Kenntnis gesetzt ist.

KURATORIUM:

Stefan Andres
Hedwig Barn
Benjamin Britten
Canon Collins
Herbert Fallar
Prof. Dr. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Gustav Heckmann
Heinz Hilpert
Dr. Robert Jungk
Dr. Erich Kästner
Dr. Arno Klönne
Dr. Heinz Kloppenburg
Christel Küpper
Margarethe Lachmund
Dr. Armin Prinz zu Lippe
Prof. Wilhelm Mäler
Dr. Bodo Manstein
Prof. Katharina Petersen
Prof. Bertrand Russel
Marlin Schröter
Prof. Dr. Johannes Ude
Prof. Dr. Dr. Fritz Wenzel
Prof. Dr. Ernst Wolf

Vor einigen Tagen haben wir definitiv erfahren, daß vom Bundesvorstand des DGB beschlossen wurde, Veranstaltungen zum 1. September nur intern und ohne jegliche öffentliche Propagierung durchzuführen. Es kommt danach nicht zu großen Anti-Kriegsveranstaltungen, die von uns nach den Beschlüssen der DGB-Bundesjugendkonferenz in Berlin und der IG-Metall-Jugendkonferenz in Stuttgart erwartet wurden. Der Zentrale Ausschuß hat deshalb beschlossen, in allen Orten, wo sich eine Möglichkeit ergibt, Veranstaltungen zum 1. September zu gestalten. Der Hessische Ausschuß plant für den 1. September im südhessischen Raum eine Großkundgebung, die den Erfolg unseres Ostermarsches 1962 fortführen soll. Da uns die DGE-Entscheidung erst in diesen Tagen bekannt wurde, sind die Planungen über den Ablauf der Veranstaltung noch nicht abgeschlossen, so daß wir noch keine genaue Information geben können. Wir haben heute an Sie die große Bitte, den 1. September unter allen Umständen für unsere Ostermarschveranstaltung zu reservieren und weitere Freunde zu gewinnen. Wir werden Ihnen bald weitere technische Hinweise geben.

Und nun zum Schluß wieder die finanziellen Probleme. Wir können selbstverständlich für die Veranstaltung zum 1. September nicht wie beim Ostermarsch die Teilnehmer erfassen und eine Teilnehmergebühr kassieren. Für den 1. September und für weitere Planungen ist es jedoch unbedingt erforderlich, daß die Ostermarschkasse wieder aufgefrischt wird. Wir bitten deshalb alle Freunde um einen Fördererbeitrag in einer von uns gedachten Höhe von 5,-- bis 10,-- DM, der sich wohl 4 Monate nach dem Ostermarsch für die Meisten erübrigen lassen dürfte. Der Hessische Ausschuß kann nur weiterarbeiten, wenn nicht nur einzelne, sondern alle, die den Ostermarsch unterstützen, diesen Fördererbeitrag entrichten.

In diesem Sinne und mit dem Versprechen, daß Sie bald wieder von uns hören verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen,

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Klaus Vack
(Klaus Vack)



DM Pf f. Kto.Nr. **57648**
 Absender:

(Gebührensätze
umseien)

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

Zahlkarte

Das Postdeckblatt enthält diesen Absender dem Güterschlepplinger

DM Pf
für Konto

57648

chA Frankfurt (Main)
gezahlt am
Absender
ne, Wohnort, Straße, Hausnummer,
Gebäudeeteil, Stockwerk):

auf DM Pf

(Markbetrag in Buchstaben wiederholen)

..... Deutsche Mark

für

**Ostermarsch
der Atomwaffengegner
— Hessischer Ausschuß —**

Konto Nr.

57648

Postscheckamt

in **6050 Offenbach**

Frankfurt (Main)

.....

Postvermerk

Eingangs-Nr.

ED 718 20-1574

§ 8 I (v1) (K. III)
(PSchO Art. 2)

Verwendungszweck, Bedingung,
Kontozweck, Bestätigungsnummer)

© (S. 6)

Gibt die Name des Annahmestellens, Tag u. Monat

Für Vermerke des Absenders

Eingez. auf **57648** PSchA Ffm
Kto.Nr.

Einlieferungsschein

- Sorgfältig aufbewahren -

..... Deutsche Mark Pf
(in Ziffern)

für

**Ostermarsch
der Atomwaffengegner
— Hessischer Ausschuß —**

in **6050 Offenbach**

Postvermerk

Einlieferungsnummer



Postanschrift

OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGERNER - ZENTRALER AUSSCHUSS -
Geschäftsführung: Dr. Andreas Baro, Braunschweig, Röhrfeld 8

Abschrift eines Briefes des Zentralen Ausschusses an den Ministerpräsidenten der UdSSR, N. S. Chruschtschow, vom 11. 8. 1962 anläßlich der Wiederaufnahme der sowjetischen Atomwaffenversuche.

EO 716-20-108

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Chruschtschow!

Wir bitten Sie, unverzüglich die Atomwaffenversuche in der UdSSR einzustellen, und durch großzügige Zugeständnisse in Fragen der Versuchstopkontrolle zur Schaffung einer Vereinbarung über das Verbot von Kernwaffenversuchen beizutragen. Damit Sie der Welt ein echtes Beispiel konstruktiven Friedenswillen geben.

Wie eine große Verschwörung östlicher und westlicher Militärs nutzt uns die jüngste Geschichte der atomaren Versuchsexplosionen an. Nachdem im vorigen Jahr die UdSSR das freiwillige Versuchsmoratorium gebrochen hatte, um die Stärke der UdSSR zu demonstrieren, wie ziemlich unverhüllt in Ihrer hiesigen Botschaft zum Ausdruck gebracht wurde, haben sich westliche Militärs die Chance sofort zunutze gemacht, um ihrerseits an der Vervollkommnung ihrer Kriegsmaschinerie weiterzuarbeiten. Die UdSSR hat ihnen mit ihren Versuchen dafür die Rechtfertigung geliefert. Die US-Versuche auf den Weihnachts-Inseln haben nun offensichtlich wiederum den östlichen Anhängern militärischer Stärke die Argumente für eine weitere Fortführung von Atombombenversuchen gegeben. Wann dieser Wechselreigen wieder unterbrochen sein wird, ist heute noch nicht abzusehen. Eines ist jedoch sicher, daß danach die Lösung der großen Aufgabe, die Verwirklichung der allgemeinen kontrollierten Abrüstung in noch weitere Ferne gerückt sein wird, als zur Zeit des freiwilligen Moratoriums.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen können die wechselseitig abgegebenen Erklärungen der Regierungen der USA und der UdSSR über das Verbrochene der Atomversuche des anderen Landes nur wie ein Hohn auf den ernstesten Friedenswunsch der Völker dieser Welt empfunden werden.

Der Ostermarsch der Atomwaffengegner begrüßt, daß Sie in Ihrer Rede auf dem Kongreß für allgemeine Abrüstung und Frieden am 10. Juli in Moskau so deutlich dem Friedenswillen der UdSSR Ausdruck verliehen und auch die positive Wirkung einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung herausgestellt haben. Mit großer Freude haben wir Ihre feierliche Erklärung zur Kenntnis genommen: "Wir erklären angesichts der ganzen Welt, daß uns die Politik der Entfesselung eines Weltkrieges um des Sieges der kommunistischen Ideologie willen fremd ist."

Aber Reden, in denen der Friedenswille betont wird, begleiten die kriegerische Geschichte Europas nicht erst seit den Bemühungen des Völkerbundes. Wir, die Vertreter der jungen Generation, sind nicht mehr gewillt, uns mit Reden allein zufrieden zu geben. Wir verlangen von den heutigen Politikern des Ostens und des Westens nicht Reden, sondern Taten des Friedens. Nach Ihrer Rede in Moskau, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Chruschtschow, begannen die neuen Atomwaffenversuche der UdSSR.

Die junge Generation in den westlichen Ländern will nicht mehr nationalistische Parolen folgen und sie ist bereit, für den Frieden Opfer auf sich zu nehmen. Sie fühlt sich aber von den Staatsmännern in Ost und West verraten, da diese ihren Reden keine Taten des Friedens folgen lassen. Durchbrechen Sie diesen Bann! Stellen Sie unverzüglich die Kernwaffenversuche ein! Stimmen Sie einem kontrollierten Versuchsstop zu! Wir sind überzeugt, daß die UdSSR mit ihrer hochentwickelten Technik jede Spionage durch die notwendigen internationalen Kontrollposten verhindern kann.

Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, daß sich die Menschen im Westen, und zwar Arbeiter, Intellektuelle, Bauern und Unternehmer von den östlichen Atombomben genauso bedroht fühlen, wie die Menschen im Gebiet der sozialistischen Staaten durch die westlichen Atombomben. Für die jeweilige Gegenseite gibt es keine Massenvernichtungsmittel, die dem Frieden dienen, sondern nur Waffen, die zum Töten entwickelt, gebaut und bereitgestellt wurden.

Wir glauben, daß jede gegenseitige Bedrohung nur den Ausbruch eines Krieges fördern kann, nicht aber den Frieden. Unser Slogan, mit dem viele tausend westdeutsche Menschen zu Ostern mehrere Tage über die Straßen marschierten und den sie trotz der Verbote immer wieder gezeigt haben, hieß: "Auch Tote sind Mord"! Dieser Slogan gilt sowohl für die sowjetischen wie auch für die amerikanischen Atomwaffenversuche, und nichts überzeugt uns davon, daß östliche Atomwaffenversuche dem Frieden dienen.

Der Ostermarsch der Atomwaffengegner, der unter dem internationalen Symbol der unabhängigen, neutralen Atomwaffengegner kämpft, bemüht sich, das durch den Kalten Krieg gestörte gegenseitige Verständnis und Vertrauen der Menschen im Osten und Westen wieder herzustellen und Menschen aus allen Schichten und Kreisen im Bemühen um eine Entspannung der Weltsituation zusammenzuführen. Der Ostermarsch der Atomwaffengegner ist an keine Partei und an keine Ideologie gebunden, sondern nur an die frei gewählte Verpflichtung, die Zusammenarbeit der Völker zu fördern und die kriegerische Bedrohung der Staaten und die damit verbundene Gefahr der Weltvernichtung zu beseitigen.

In der Bundesrepublik Deutschland treten wir auch jetzt wieder zum Tag des Beginnes des 2. Weltkrieges dafür ein, daß keine atomar bewaffneten Truppen auf deutschem Boden verbleiben, Vereinbarungen über eine von den Großmächten und der UNO garantierte, atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa getroffen werden und eine vollständige, weltweite kontrollierte Abrüstung vereinbart wird und stattfindet.

Wir protestieren daher nicht nur einseitig gegen die Atomwaffenversuche der UdSSR, sondern wenden uns gegen solche tödlichen Experimente in aller Welt. Wir bezeichnen sie als Mord und Vorbereitung zu weiterem Völkermord, gleichgültig ob diese Takte von Ländern des Ost- oder Westblockes ausgeführt werden.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Chruschtschow, die tiefe Sorge zu verstehen, mit der wir uns an Sie wenden, und dementsprechend unseren Anliegen zu begeben.

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuß
gez. Dr. Andreas Buro

OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGER, HESSISCHER AUSSCHUSS

Offenbach (Main), 15. August 1962
Waldstraße 99

ED 748-20-AS6

An den
Ministerpräsidenten der UdSSR
N.S. Chruschtschow

M O S K A U

Über die Botschaft der UdSSR

B O N N

Friedrich-Wilhelm-Str. 8

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Auf Ihre Anordnung wurden nun auch von der UdSSR wieder Atomtests in der Atmosphäre vorgenommen. Wir erklären hierzu unseren entschiedenen Protest und werden diesem Protest auch durch Demonstrationen und aufklärende Aktionen in der Öffentlichkeit Nachdruck verleihen.

Nachdem die Sowjetunion im vergangenen Jahr das freiwillige Versuchemoratorium als erste Atommacht gebrochen hatte, sahen die USA eine Rechtfertigung, auf den Weihnachts-Inseln ebenfalls neue Tests vorzunehmen. Nun scheint die Sowjetunion wieder an der Reihe und das Spiel mit dem Tod nimmt kein Ende. Diese wechselseitigen atomaren Machtdemonstrationen in Ost und West sind ein Verbrechen an Gesundheit und Leben von Millionen unschuldigen Menschen und noch ungeborenen Generationen. Dieses verbrecherische Vergehen straft sämtliche Erklärungen der UdSSR und der USA, die eine Rechtfertigung der jeweils eigenen Tests geben sollen, Lügen.

Wir erklären deshalb auch unverholen unsere Solidarität mit dem amerikanischen Nobelpreisträger Prof. Linus Pauling, der Ihre Regierung beim Generalstaatsanwalt der UdSSR und die Regierung der USA beim US-Gerichtshof in Columbia anklagt und fordert, daß die Kernwaffenversuche in der Atmosphäre ungesetzlich erklärt und untersagt werden. (Die Anklage wird bisher von 186 Persönlichkeiten aus allen Teilen der Welt unterstützt.)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Sie haben während des "Kongresses für allgemeine Abrüstung und Frieden" in Moskau eine Rede gehalten und dabei eindeutig den Friedenswillen der UdSSR bekundet. Wie soll man eine solche Rede ernst nehmen, wenn wenige Tage später als Demonstration militärischer Macht neue Atomtests durch Sie angeordnet werden.

Wir Atomwaffengegner, darunter viele Vertreter der jungen Generation, wollen den Friedensreden der Großen endlich Friedenstaten folgen sehen. Wir fordern Sie deshalb auf, anzudeuten, daß die Atomwaffenversuche Ihres Landes unverzüglich eingestellt werden. Sollte erst gerichtsamtlich festgestellt werden, daß Atomtests Verbrechen sind? Wir hoffen, bitten, fordern, arbeiten und kämpfen, daß die Vernunft vorher siegt!

Mit vorzüglicher Hochachtung!
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss
gez.: Klaus Vack



pressediensst

ED718-20-457

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

16.8.62

20.8.62

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

GRUNDGESETZ:

"NIEMAND DARF WEGEN . . . SEINER RELIGIÖSEN ODER POLITISCHEN ANSCHAUUNG BENACHTEILIGT ODER BEVORZUGT WERDEN".

"JEDER HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG IN WORT, SCHRIFT UND BILD FREI ZU ÄUSSERN UND ZU VERBREITEN . . ."

HESSISCHE VERFASSUNG:

"JEDERMANN HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG FREI UND ÖFFENTLICH ZU ÄUSSERN. DIESSES RECHT DARF AUCH DURCH EIN DIENSTVERHÄLTNIS NICHT EINGESCHRÄNKET WERDEN, UND NIEMAND DARF EIN NACHTEIL WIDERFAHREN, WENN ER ES AUSÜBT."

WIR FORDERN:

"RECHT FÜR HEINER HALBERSTADT"

Der "Fall Halberstadt" gewinnt internationale Bedeutung. 16 britische Unterhausabgeordnete gaben der Pressestelle des Hessischen Ausschusses für den Ostermarsch der Atomwaffengegner eine Solidaritätserklärung für Heiner Halberstadt. Wir geben der Presse diese Erklärung in vollen englischen Wortlaut und die dazugehörige Übersetzung zur Kenntnis:

Der englische Text:

House of Commons,
LONDON, S. W. 1

We have learnt from our friends in Frankfurt that the Chairman of the "House of the Open Door", City Councillor Dr. Prestel, intends to give notice to terminate the employment of his manager, Heiner Halberstadt. (The "House of the Open Door" is an excellent institution run by the Frankfurt City Council to develop the latent talent of young people, e.g. for pottery or photography, outside their normal school hours.)

The reasons given are that Heiner Halberstadt took part in the Easter march against nuclear weapons and also participated in a demonstration against the American nuclear tests.

The undersigned British Members of Parliament have, through the Campaign for Nuclear Disarmament, for some years demonstrated firm opposition to atomic weapons. Some of us took part in the Easter marches in Germany

- 2 -

this year. Frank Allaun who did the Giessen to Frankfort march, had the opportunity of meeting Heiner Halberstadt and can testify that he is an honest and dedicated opponent of nuclear warfare.

We understand that since 1945 the German Federal Republic has laid down, as part of its basic laws, the right of freedom of speech. We hope that this freedom will not be infringed. In our concern for the democratic and peaceful future of Germany we hope that the officers and authorities of the "House of the Open Door" and of the City of Frankfort will not take away the rights of Heiner Halberstadt. We think that Germany should be grateful for such a citizen who is so energetic in the cause of peace.

We feel that the German opponents of nuclear weapons, Young Socialists, Christians and pacifists who took part in the Easter marches are doing much to raise our hopes of a peaceful and democratic Germany.

Yours sincerely,

The letter has been signed by the following Members of Parliament: Frank Allaun, Stan Awberry, Fenner Brockway, Mrs. Joyce Butler, George Craddock, Harold Davies, Michael Foot, Richard Kelley, Ben Parkin, Lawrence Pavitt, John Rankin, Julius Silverman, Mrs. Harriet Slater, Stephen Swingle, William Warbey, Konni Zilliacus.

Der deutsche Text:

"Von unseren Freunden aus Frankfurt haben wir erfahren, daß der Vorsitzende des Vereines "Haus der offenen Tür", Stadtrat Dr. Prestel, das Dienstverhältnis seines Geschäftsführers, Heiner Halberstadt, kündigen will. (Der Verein "Haus der offenen Tür" ist eine ausgezeichnete Einrichtung, getragen vom Magistrat der Stadt Frankfurt, um die verborgenen Talente junger Menschen z.B. auf dem Gebiet des Töpferns oder der Fotografie außerhalb der Schule zu entwickeln.)

Die Gründe sind die Mitarbeit von Heiner Halberstadt beim "Ostermarsch der Atomwaffengegner" und seine Teilnahme an einer Demonstration gegen die amerikanischen Atomtests.

Die unterzeichneten Britischen Unterhausabgeordneten stehen seit Jahren als entschiedene Atomwaffengegner in der Campaign for Nuclear Disarmament. Einige beteiligten sich dieses Jahr an den deutschen Ostermärschen. Frank Allaun, der am Marsch von Gießen nach Frankfurt teilnahm, hatte Gelegenheit, Heiner Halberstadt kennenzulernen und kann bestätigen, daß er ein ehrlicher und entschiedener Atomwaffengegner ist.

Wir wissen, daß nach 1945, als die Bundesrepublik am Boden lag, im Grundgesetz das Recht auf freie Meinungsäußerung verankert wurde. Wir hoffen, daß dieses Recht nicht eingeschränkt wird. In unserer Sorge um eine demokratische und friedliche Zukunft Deutschlands hoffen wir, daß die Verantwortlichen des Vereines "Haus der offenen Tür" und der Stadt Frankfurt Heiner Halberstadt in seinen Rechten nicht beschneiden. Deutschland sollte dankbar sein für einen solchen Bürger, der so energisch für den Frieden eintritt.

Die deutschen Atomwaffengegner, - junge Sozialisten, Christen und Pazifisten - die am Ostermarsch teilnahmen, bestärken sehr unsere Hoffnung auf ein friedliches und demokratisches Deutschland."

Offenbach (Main), 16. 8, 1962 - Vack



pressediensst

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

16.8.62

20.8.62

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Der hessische Ausschuß für den Ostermarsch der Atomwaffengegner protestiert und demonstriert gegen die neuen sowjetischen Atombombenversuche!

Am kommenden Dienstag, dem 21. August 1962 führt der Ostermarsch der Atomwaffengegner eine Protestdemonstration gegen die sowjetischen Atombombenversuche durch. Die Demonstranten treffen sich um 18.00 Uhr in der Rennbahnstrasse am Rosengärtchen, (Ecke Frauenhofstrasse, Triftstrasse, Rennbahnstrasse) und gehen über die Triftstrasse, Schwarzwaldstrasse, Günterstrasse, Königslacherstrasse (vorbei an der sowjetischen Militär-Mission), Waldstrasse, Schwarzwaldstrasse, Rennbahnstrasse, zur Niederräderstrasse, wo auf dem freien Platz am südlichen Bürgersteig eine kurze Kundgebung stattfindet.

Der hessische Ausschuß hat an den sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow ein Schreiben gerichtet, das auch der sowjetischen Militär-Mission in Frankfurt zur Kenntnis gegeben wurde. Das Schreiben hat folgenden Inhalt:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Auf Ihre Anordnung wurden nun auch von der UdSSR wieder Atomtests in der Atmosphäre vorgenommen. Wir erklären hierzu unseren entschiedenen Protest und werden diesem Protest auch durch Demonstrationen und aufklärende Aktionen in der Öffentlichkeit Nachdruck verleihen.

Nachdem die Sowjetunion im vergangenen Jahr das freiwillige Versuchsmoratorium als erste Atommacht gebrochen hatte, sahen die USA eine Rechtfertigung, auf den Weihnachts-Inseln ebenfalls neue Tests vorzunehmen. Nun scheint die Sowjetunion wieder an der Reihe und das Spiel mit dem Tod nimmt kein Ende. Diese wechselseitigen atomaren Machtdemonstrationen in Ost und West sind ein Verbrechen an Gesundheit und Leben von Millionen unschuldigen Menschen und noch ungeborenen Generationen. Dieses verbrecherische Vorgehen straft sämtliche Erklärungen der UdSSR und der USA, die eine Rechtfertigung der jeweils eigenen Tests geben sollen, Lügen.

Wir erklären deshalb auch unverholen unsere Solidarität mit dem amerikanischen Nobelpreisträger Prof. Linus Pauling, der Ihre Regierung beim Generalstaatsanwalt der UdSSR und die Regierung der USA beim US-Gerichtshof in Columblen anklagt und fordert, daß die Kernwaffenversuche in der Atmosphäre ungesetzlich erklärt und untersagt werden. (Die Anklage wird bisher von 186 Persönlichkeiten aus allen Teilen der Welt unterstützt.)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Sie haben während des "Kongresses für allgemeine Abrüstung und Frieden" in Moskau eine Rede gehalten und dabei eindeutig den Friedenswillen der UdSSR bekundet. Wie soll man eine solche Rede ernst nehmen, wenn wenige Tage später als Demonstration militärischer Macht neue Atomtests durch Sie angeordnet werden.

Wir Atomwaffengegner, darunter viele Vertreter der jungen Generation, wollen den Friedensreden der Großen endliche Friedenstaten folgen sehen. Wir fordern Sie deshalb auf, anzuordnen, daß die Atomwaffenversuche Ihres Landes unverzüglich eingestellt werden. Sollte erst gerichtsamtlich festgestellt werden, daß Atomtests Verbrechen sind? Wir hoffen, arbeiten und kämpfen, daß die Vernunft vorher siegt!

Offenbach (Main), den 16. August 1962 - Vack

Ostermarsch der ED 718-20-159 Atomwaffengegner

Offenbach (Main) - Postfach 643

An die
Mitglieder des
Hessischen Ausschuss
für den Ostermarsch
der Atomwaffengegner

=====

Hessischer Ausschuss

Verantwortlich: Klaus Vack
Offenbach (Main)

Fritz Amann
Darmstadt

Geschäftsstelle: Offenbach (Main)
Waldstraße 99

Postcheck: Frankfurt (M) 57648

Datum:

15. 8. 1962

Va./H.

16. 8. 62



Liebe Freunde,

Ich habe vor einigen Tagen definitiv erfahren, daß der Bundesvorstand des DGB beschlossen hat, Veranstaltungen zum 1. September nur intern durchzuführen. Auch aus dem Frankfurter Raum liegt bereits die Nachricht vor, daß die Veranstaltung nicht öffentlich publiziert werden soll. Der Zentrale Ausschuss hat deshalb alle Unterausschüsse aufgefordert, eigene Veranstaltungen zum 1. September zu machen.

Wir müssen uns über unser Vorgehen zum 1. September sofort beraten. Ich lade Sie deshalb für kommenden Freitag, 17. 8. 1962, 19.00 Uhr, in das Büro des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer, Offenbach, Waldstraße 99, ein. Da mehrere Mitglieder des Hessischen Ausschusses in Urlaub sind, ist es sehr wichtig, daß die Zurückgebliebenen an dieser Sitzung teilnehmen.

KURATORIUM:

Stefan Andres
Hedwig Born
Benjamin Britten
Canon Collins
Herbert Faller
Prof. Dr. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Gustav Heckmann
Helinz Hilpert
Dr. Robert Jungk
Dr. Erich Kästner
Dr. Arno Klönne
Dr. Heinz Kloppenburg
Christel Köpper
Margarethe Ladimund
Dr. Armin Prinz zu Lippe
Prof. Wilhelm Maser
Dr. Bodo Manstein
Prof. Katharina Petersen
Prof. Bertrand Russel
Martin Schröter
Prof. Dr. Johannes Ude
Prof. Dr. Dr. Fritz Wenzel
Prof. Dr. Ernst Wolf

Mit freundlichen Grüßen!

Klaus Vack
(Klaus Vack)



pressediensst

ED 717-20-160

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

20. 8. 62

14. 8. 62

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

GRUNDGESETZ:

„NIEMAND DARF WEGEN . . . SEINER RELIGIÖSEN ODER POLITISCHEN ANSCHAUUNG BENACHTEILIGT ODER BEVORZUGT WERDEN“.

„JEDER HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG IN WORT, SCHRIFT UND BILD FREI ZU ÄUSSERN UND ZU VERBREITEN . . .“

HESSISCHE VERFASSUNG:

„JEDERMANN HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG FREI UND ÖFFENTLICH ZU ÄUSSERN. DIESSES RECHT DARF AUCH DURCH EIN DIENSTVERHÄLTNISS NICHT EINGESCHRÄNKT WERDEN, UND NIEMAND DARF EIN NACHTEIL WIDERFAHREN, WENN ER ES AUSÜBT.“

WIR FORDERN:

„RECHT FÜR HEINER HALBERSTADT“

Frankfurter Rundschau fordert Klarheit im "Fall Halberstadt"

Am 20. Juli 1962 hat die Frankfurter Rundschau in einem umfangreichen Artikel von Hans-Jürgen Hoyer unter der Überschrift "Hier muß Klarheit gefordert werden!" an den Verein "Haus der offenen Tür" und an den Magistrat der Stadt Frankfurt die Frage gerichtet: "Warum soll Geschäftsführer Halberstadt vom Verein "Haus der offenen Tür" gehen?". Zur Kenntnisnahme aller Interessierten gegen wir den Artikel wieder:

Einer ebenso festgefahrenen wie verfahrenen Situation sehen sich seit einiger Zeit der Vorstand des Vereins "Haus der offenen Tür e.V." in Frankfurt und jene Gremien gegenüber, die über ihre Vorstandsmitglieder Einfluß auf den Verein haben. Es geht um den Vereinsgeschäftsführer Heinz Halberstadt, einen selbstbewußten, einigen Leuten offensichtlich unbequemen jungen Mann. Er vertritt nach Auffassung mancher Kreise seine (linke) politische Auffassung zu radikal. Man sagt ihm außerdem "Ostkontakte" nach. Schließlich hat er sich mehrfach beim "Ostermarsch der Atomwaffengegner" hervorgetan. Ein Mann also, der das Zeug dazu hat, nicht nur seinen politischen Gegnern ein Dorn im Auge zu sein.

KNALL UND FALL

Dieser Heinz Halberstadt soll nun, nachdem er lange genug ein "Fall" war, auch einen Fall tun. Mit anderen Worten: Er soll aus seiner Stellung verschwinden. Der Vorstand des Vereins hat ihm schriftlich mitgeteilt, daß er sein (des Vorstands) Vertrauen

- 2 -

nicht mehr besitze und sich bis zu einem bestimmten Termin nach einer anderen Position umsehen möge. Tue er das bis dahin nicht, so könne man leider nicht umhin, ihm zu kündigen. So lautet sinngemäß der einstimmig gefaßte Beschluß des Vorstandes, von dessen neun Mitgliedern vier der SPD und - mit dem Vorsitzenden, Stadtrat Prestel - zwei der CDU angehören.

Hätte Halberstadt silberne Löffel gestohlen oder sich anderweitig strafrechtlich schuldig gemacht, hätte er sich dienstliche Verfehlungen zuschulden kommen lassen oder sich als eine ausgesprochene Null in seiner Stellung erwiesen (was wiederum nicht erst nach fünfjähriger Tätigkeit ans Tageslicht dringen dürfte!) - wir würden davon gewiß unterrichtet sein. Solche Vorwürfe aber werden gegen ihn gar nicht erhoben. Welches sind also die wirklichen Gründe für die Maßnahme des Vorstandes? Wir haben sie trotz vieler Bemühungen nicht erfahren können. Man hat uns vielmehr immer wieder versichert, sie seien nicht in Halberstadts politischer Einstellung und Aktivität zu suchen. Wo dann? Man hat eben kein Vertrauen mehr zu ihm, hieß es nur. Kann das genügen?

Der erwähnte Vorstandsbeschluß hat seinen Urhebern inzwischen schon manches Kopfzerbrechen bereitet. Es ist nämlich nicht alles so gelaufen, wie man es erwartet hat oder lieber gesehen hätte. Beispielsweise hat die Tatsache, daß die SPD-Mitglieder des Vorstandes auch gegen Halberstadt gestimmt haben, in maßgebenden SPD-Kreisen nicht etwa nur Zustimmung gefunden. In der Tat kann die Übereinstimmung aller Vorstandsmitglieder in der Frage der Kündigung ohne nähere Begründung als lediglich mit der des mangelnden Vertrauens allzu leicht politisch mißdeutet werden. Vor allem aber verführt das angewandte Verfahren trotz aller gegenteiligen Beteuerungen zu einer weit gefährlicheren Mißdeutung - nämlich der, daß hier ein Mann in seiner Stellung nicht tragbar sei und zum Abtreten gezwungen werden sollte, weil er einer bestimmten politischen Meinung Ausdruck gibt und sie auf seine Weise konsequent vertritt.

Wir meinen daher, es sei dringend notwendig, daß die Verantwortlichen im Fall Halberstadt jedweden Verdacht in dieser Richtung durch konkrete Angaben ausräumen. Sie sind es nämlich, die sich in eine peinliche Situation hineinmanövriert haben. In einer Sache, die man tunlichst von allen Möglichkeiten der politischen Argumentation hätte fernhalten müssen, schafft man dem Betroffenen eine Plattform für die Rolle des politischen Märtyrers - eine Rolle, die ihm zudem noch förmlich auf den Leib geschrieben wird. Mehr noch: Man begibt sich leichtfertig in den Verdacht politischer Intoleranz und Unterdrückung, ohne auch nur einen Finger zu rühren, um ihn zumindest als böswillige Unterstellung weit von sich zu weisen. Und schließlich findet man nichts dabei, daß auf diese Weise fleißig Wasser auf die Mühle derjenigen geschüttet wird, denen man doch gerade das Wasser abgraben will und für die Halberstadt nun aufs Schafott geht. Die Zwickmühle ist vollkommen!

ÖFFENTLICHE ANGELEGENHEIT

Der Verein "Haus der offenen Tür" wird als eine öffentliche Einrichtung der Jugendpflege aus öffentlichen Mitteln stark unterstützt. Die Stadt nimmt erheblichen Einfluß auf ihn; Oberbürgermeister Bockelmann hat erst kürzlich erklärt, es könne der Stadt nicht gleichgültig sein, was im Verein vor sich gehe. Aber auch der Öffentlichkeit wird und darf es nicht gleichgültig sein, zu erfahren, welcher Art die Verfehlungen des Geschäftsführers eines Vereins sind, der die Frankfurter Jugendheime betreut, so daß seine Kündigung gerechtfertigt erscheint. Die Öffentlichkeit wird gewiß Verständnis für jede Korrektheit im Vorgehen gegen ihn haben.

Deshalb fragen wir die Verantwortlichen. Warum muß Halberstadt gehen? Deshalb fordern wir in aller Öffentlichkeit: Klarheit und Wahrheit im "Fall Halberstadt"!

ED 718-10-44

Man kann bestimmt nicht unterstellen, daß Hans-Jürgen Hoyer für Heiner Halberstadt Partei ergreift. Ihm geht es um Klarheit und um die Grundprinzipien der Demokratie. Fast ein Monat ist verstrichen, aber weder der Vorstand des Vereins noch der Magistrat fühlten sich von der Aufforderung der "Frankfurter Rundschau" angesprochen. Man hüllt sich weiterhin in Schweigen, was deutlich macht, daß der wahre Grund für die Repressalie gegen Halberstadt nur seine politische Aktivität beim Ostermarsch der Atomwaffengegner ist. Das darf man allerdings nicht öffentlich bekunden, da man sonst in Konflikt mit der Hessischen Verfassung gerät. Gerade das Verhalten des Vereinsvorstandes und des Magistrates nach dem Rundschau-Artikel veranlaßt den Hessischen Ostermarschausschuß, weiterhin energisch und leidenschaftlich Recht für Heiner Halberstadt zur fordern. Nicht Heiner Halberstadt durch seine Tätigkeit beim Ostermarsch, sondern Verein und Magistrat durch ihre ungeheuerliche Repressalie haben diese Suppe eingebrockt. Man kann es ihnen leider nicht ersparen, sie nun auch auszulöffeln und den Beschluß auf Entlassung von Heiner Halberstadt rückgängig zu machen.

Der Vollständigkeit halber möchten wir noch einen Leserbrief abdrucken, den die "Frankfurter Rundschau" nach ihrem Artikel veröffentlicht hat:

"Warum muß Halberstadt gehen?"

Der Fall Halberstadt, der in dem Artikel "Hier muß Klarheit gefordert werden!" (Ausgabe vom 20. 7.) behandelt wurde, ist in der Tat eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse, weil mit der Entlassung Halberstadts offensichtlich die im Artikel 3 (3) des Grundgesetzes garantierten Freiheiten angetastet werden.

Die Gründe, welche für die Entlassung Halberstadts angeführt werden, sind so fadenscheinig, daß sie als eine Verschleierung angesehen werden müssen. Bekanntlich wurde im Anschluß des Ostermarsch der Atomwaffengegner, zu deren Ausschußmitgliedern Halberstadt gehört, von der CDU-Fraktion im Frankfurter Stadtparlament die Anfrage an den Magistrat gerichtet, ob ein Mann wie Halberstadt für das Amt als Geschäftsführer des Vereins der offenen Tür noch tragbar sei. Es kann also nicht abgeleugnet werden, daß die politische Tätigkeit Halberstadts einer der Hauptgründe für seine Entlassung ist. Er ist ein Opfer des Rufmordes. Die Methode des Rufmordes, die in der Bundesrepublik heute beginnt Schule zu machen, ist eine der übelsten Formen des politischen Kampfes. Sie besteht darin, einen Menschen, der eine Meinung vertritt, die von der politischen Generallinie der Regierung oder einer Partei, abweicht, als Kommunisten zu verdächtigen und ihn so mit einem Festhauch zu umgeben, der zu einer Isolierung und zu seinem schließlichen politischen oder wirtschaftlichen Ruin führt.

Äußerungen der Freiheit des Gewissens und der persönlichen Meinung, eigentlich ein Grundrecht jeder echten Demokratie, werden plötzlich zum Ausdruck einer kommunistischen Gesinnung umgedichtet. Wenn man den Spuren des Rufmordes nachgeht, so findet man, daß sie zu jenen restaurativen Elementen führen, die nichts anderes bezwecken, als unter dem Deckmantel des Antikommunismus die demokratischen Grundrechte aufzuheben. Die Methode des Rufmordes, die unter Mc Carthy in Amerika lange Zeit die gesellschaftliche Atmosphäre vergiftete, ist heute mit Recht in den Staaten als eine negative und ungeeignete Form der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus weitgehend aufgehoben worden. Man hat in den USA erkannt, daß mit dieser Methode die Demokratie ihre eigenen Kinder entläßt und sich dem Terror faschistischer Elemente ausliefert.

In der Bundesrepublik, in der bekanntlich die restaurativen Kräfte sich weitgehend wieder in alle maßgebenden Stellungen eingeschlichen haben, gilt es deshalb besonders den Anfängen des Rufmordes, wie er im Fall Halberstadt vorerzählt wird, im Interesse der Demokratie zu wehren."

Georg Eepp, Frankfurt a.M.

Offenbach (Main), 14. 8. 1962 - Vack

20. 8. 62



pressediens

nachrichten zum Ostermarsch der atomwaffengegner

ED 719-20-162

13.8.62

20.8.62

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Zentraler Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Appell des Zentralen Ausschusses für den Ostermarsch der Atomwaffengegner an den Ministerpräsidenten der UdSSR, N. S. Chruschtschow, vom 11. 8. 1962 anlässlich der Wiederaufnahme der sowjetischen Atomtests.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Chruschtschow!

Wir bitten Sie, unverzüglich die Atomwaffenversuche in der UdSSR einzustellen, und durch großzügige Zugeständnisse in Fragen der Versuchestopkontrolle zur Schaffung einer Vereinbarung über das Verbot von Kernwaffenversuchen beizutragen. Damit würden Sie der Welt ein echtes Beispiel konstruktiven Friedenswillens geben.

Wie eine große Verschwörung östlicher und westlicher Militärs mutet uns die jüngste Geschichte der atomaren Versuchsexplosionen an. Nachdem im vorigen Jahr die UdSSR das freiwillig Versuchsmoratorium gebrochen hatte, um die Stärke der UdSSR zu demonstrieren, wie ziemlich unverhüllt in Ihrer hiesigen Botschaft zum Ausdruck gebracht wurde, haben sich westliche Militärs die Chance sofort zunutze gemacht, um ihrerseits an der Vervollkommnung ihrer Kriegsmaschinerie weiter zu arbeiten. Die UdSSR hat ihnen mit ihren Versuchen dafür die Rechtfertigung geliefert. Die US-Versuche auf den Weihnachts-Inseln haben nun offensichtlich wiederum den östlichen Anhängern militärischer Stärke die Argumente für eine weitere Fortführung von Atombombenversuchen gegeben. Wann dieser Wechselschleifen wieder unterbrochen sein wird, ist heute noch nicht abzusehen. Eines ist jedoch sicher, daß danach die Lösung der großen Aufgabe, die Verwirklichung der allgemeinen kontrollierten Abrüstung in noch weitere Ferne gerückt sein wird, als zur Zeit des freiwilligen Moratoriums.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen können die wechselseitig abgegebenen Erklärungen der Regierungen der USA und der UdSSR über das Verbrechen der Atomversuche des anderen Landes nur wie ein Hohn auf den ernstesten Friedenswunsch der Völker dieser Welt empfunden werden.

Der Ostermarsch der Atomwaffengegner begrüßt, daß Sie in Ihrer Rede auf dem Kongreß für allgemeine Abrüstung und Frieden am 10. Juli in Moskau so deutlich dem Friedenswillen der UdSSR Ausdruck verliehen und auch die positiven Wirkungen einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung herausgestellt haben. Mit großer Freude haben wir Ihre feierliche Erklärung zur Kenntnis genommen: "Wir erklären angesichts der ganzen Welt, daß uns die Politik der Entfesselung eines Weltkrieges um des Sieges der kommunistischen Ideologie willen fremd ist."

Aber Reden, in denen der Friedenswille betont wird, begleiten die kriegerische Geschichte Europas nicht erst seit den Bemühungen des Völkerbundes. Wir, die Vertreter der jungen Generation, sind nicht mehr gewillt, uns mit Reden allein zufrieden zu geben. Wir verlangen von den heutigen Politikern des Ostens und des Westens nicht Reden, sondern Taten des Friedens. Nach Ihrer Rede in Moskau, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Chruschtschow, begannen die neuen Atomwaffenversuche der UdSSR.

Die junge Generation in den westlichen Ländern will nicht mehr nationalistischen Parolen folgen und sie ist bereit, für den Frieden Opfer auf sich zu nehmen. Sie fühlt sich aber von den Staatsmännern in Ost und West verraten, da diese ihren Reden keine Taten des Friedens folgen lassen. Durchbrechen Sie diesen Bann! Stellen Sie unverzüglich die Kernwaffenversuche ein! Stimmen Sie einem kontrollierten Versuchsstopp zu! Wir sind überzeugt, daß die UdSSR mit ihrer hochentwickelten Technik jede Spionage durch die notwendigen internationalen Kontrollposten verhindern kann.

Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, daß sich die Menschen im Westen, und zwar Arbeiter, Intellektuelle, Bauern und Unternehmer von den östlichen Atombomben genauso bedroht fühlen, wie die Menschen im Gebiet der sozialistischen Staaten durch die westlichen Atombomben. Für die jeweilige Gegenseite gibt es keine Massenvernichtungsmittel, die dem Frieden dienen, sondern nur Waffen, die zum Töten entwickelt, gebaut und bereitgestellt wurden.

Wir glauben, daß jede gegenseitige Bedrohung nur den Ausbruch eines Krieges fördern kann, nicht aber den Frieden. Unser Slogan, mit dem viele tausend westdeutsche Menschen zu Ostern mehrere Tage über die Straßen marschierten und den sie trotz der Verbote immer wieder gezeigt haben, hieß: "Auch Tests sind Mord"! Dieser Slogan gilt sowohl für die sowjetischen wie auch für die amerikanischen Atomwaffenversuche, und nichts überzeugt uns davon, daß östliche Atomwaffenversuche dem Frieden dienen.

Der Ostermarsch der Atomwaffengegner, der unter dem internationalen Symbol der unabhängigen, neutralen Atomwaffengegner kämpft, bemüht sich, das durch den Kalten Krieg gestörte gegenseitige Verständnis und Vertrauen der Menschen im Osten und Westen wieder herzustellen und Menschen aus allen Schichten und Kreisen im Bemühen um eine Entspannung der Weltsituation zusammenzuführen. Der Ostermarsch der Atomwaffengegner ist an keine Partei und an keine Ideologie gebunden, sondern nur an die frei gewählte Verpflichtung, die Zusammenarbeit der Völker zu fördern und die kriegerische Bedrohung der Staaten und die damit verbundene Gefahr der Weltvernichtung zu beseitigen.

In der Bundesrepublik Deutschland treten wir auch jetzt wieder zum Tag des Beginnes des 2. Weltkrieges dafür ein, daß keine atomar bewaffneten Truppen auf deutschem Boden verbleiben, Vereinbarungen über eine von den Großmächten und der UNO garantierte, atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa getroffen werden und eine vollständige, weltweite kontrollierte Abrüstung vereinbart wird und stattfindet.

Wir protestieren daher nicht nur einseitig gegen die Atomwaffenversuche der UdSSR, sondern wenden uns gegen solche tödlichen Experimente in aller Welt. Wir bezeichnen sie als Mord und Vorbereitung zu weiterem Völkermord, gleichgültig ob diese Tests von Ländern des Ost- oder Westblockes ausgeführt werden.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Chruschtschow, die tiefe Sorge zu verstehen, mit der wir uns an Sie wenden, und dementsprechend unserem Anliegen zu begegnen.

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuß
gez. Dr. Andreas Buro

Offenbach (Main), den 13. 8. 1962 - Vack

Horst Maurer

6000 Frankfurt 14, 13. 8. 62
Burgstr 47An
Verband der Kriegsdienst-
verweigerer eV
Gruppe Frankfurt

und

Ostermarsch der
Atomwaffengegner
Hessischer AusschussRechnung

Für veranschlagte Portokosten für den Versand von

1931 "Kontakten 8/9" des VK Ffm

zusammen mit ca. 1600 Rundschreiben "Niederrad" des OM

stelle ich in Rechnung:

An VK Ffm:	1159	x	5 Pf	entsprechend Versand als "Massendrucksache"	
				an Empfänger in Frankfurt	
	772	x	6 Pf	entsprechend Versand als "Massendrucksache"	
				an Empfänger in Hessen bzw. Deutschland	
				= DM 57,95 + DM 46,32	= DM 104,27

An OM Offenbach (mit Kopie dieser Rechnung):

1159	x	2 Pf	=	DM 23,18
772	x	1 Pf	=	DM 7,72

DM 30,90
*****als Differenz zu den tat-
sächlich veranschlagten Porto-
kosten von 7 Pf je Brief;dieser reguläre Drucksachen-Versand war nötig geworden,
damit die im Interesse des OM beigelegte Anlage recht-
zeitig und nicht - bedingt durch "Massendrucksache"-Ver-
sand - zu spät die Empfänger erreichte.Ich bitte um Überweisung der Beträge auf mein Postscheckkonto
Ffm 2137 35.Original an VK Ffm
Kopie an OM Offenbach

Horst Maurer 6000 Frankfurt 14, am 11. 8. 62

Burgstr 47

Telefax 20221/4317

Ostermarsch

Klaus Vaack

605 Offenbach 4

Postfach 648

Bodo KLAUS, freies DP Wiesbaden
Klaus Vaack, Versand Do möglich

Lieber Klaus,

ich freue mich, daß es mit Niederrad doch so schnell klappen wird. ARIT meinte, daß der Termin endgültig spätestens Dienstag feststehen wird und dann auch veröffentlicht werden kann.

Ich habe daraufhin nach "großem Kampf" und Verdruß mit ZIMMERMANN unsere KONTAKTE, die am Freitag postfertig gemacht worden sind und heute als Massendrucksache (verbilligt) aufgeliefert werden sollten, festgehalten, um Anfang der Woche noch einen entsprechenden vervielfältigten Schrieb dazuzustecken. Allerdings müßten sie schon wegen der MOCHALSKI-"Moskau"-Ankündigung spätestens Dienstag raus.

Ich hatte sowieso gedacht, daß wir hier an die KONTAKTE-Bezieher gegen Monatsende nochmals extra schreiben und Näheres ankündigen

- 1) Niederrad - 2) "1. 9." - 3) Luftschutz-Podiumsgespräch mit Bodo Manstein (=VILMAR)

(Siehe hierzu beiliegende KONTAKTE 8/9 Seite 3)

Nachdem sich 1) bereits jetzt ergeben hat, wäre es gut, wenn in dem noch jetzt den KONTAKTEN beizulegenden Schrieb auch wenigstens zu 2), vielleicht sogar zu 3) weiteres gesagt werden könnte. Ich bitte Dich, zu 2) Näheres zu erforschen - WER WANN WO WAS macht - ich weiß noch gar nichts, ZIMMERMANN auch nicht. Zu 3) will ich noch Näheres zu finden suchen.

Den Niederrad-Ergänzungs-Schrieb muß ich bis Dienstag abend haben, und zwar bei mir zuhause, wo eben die KONTAKTE liegen. Es werden 1940 Vervielfältigungen gebraucht; notfalls auch nur 1600 (Differenz = Auswärtige). Falls die obigen Punkte 1) - 3) gebracht werden, nimmt man zweckmäßigerweise den Kopf "VK Pfm2, falls nur 1), kann OSTERMARSCH-Bogen genommen werden, Bvtl. genügt auch halber Bogen (A 5).

Im übrigen wird (von ZIMMERMANN) eine Forderung von DM 30,90 Porto-Anteil auf den OSTERMARSCH zukommen; es handelt sich dabei um die Differenz KONTAKTE-Versand als Massendrucksache (zu 5 + 6 Pf) und jetzt - um sicher zu sein, daß Sendungen innerhalb 2 Tagen ankommen - als normale Drucksachen (zu 7 Pf). - Ich habe inzwischen Marken geklebt.

Weiter folgendes: es muß uns nach wie vor angelegen sein, immer und überall zu betonen, daß wir uns auch von den derzeitigen östlichen Machenschaften distanzieren. In dieser Hinsicht gut finde ich eine Rede des Stuttgarters EBERT, die er auf einem dortigen OM gehalten hat und die jetzt gedruckt vorliegt. Ich lege Dir 10 Exemplare bei und bitte um Prüfung der Möglichkeit, 1900 Stück dieser Schrift zum Stückpreis von 1,93 Pf zu übernehmen und an 1) unsere eigenen Leute und 2) bessere Interessenten zu geben. Besonders gut wäre es meines Erachtens, wenn bereits jetzt den Niederrad-Einladungen je ein Exemplar beigelegt würde. - Ich habe hier bei mir 1900 Stück liegen, die sofort verfügbar sind.

Bitte rufe mich Montag an, damit ich weiß, daß und wie der KONTAKTE-Versand klargeht.

Handwritten signature: Gustav Horst

Anlage

KONTAKTE 8/9
10 EBERT: UNSER NEIN

Ich habe darüber nachgedacht, ob ich die KONTAKTE, die am Freitag veröffentlicht werden sollen, heute als Massenandruckwerke (verpflichtet) anfertigen lassen sollte. Am Anfang der Woche noch einen entsprechenden Artikel im "Morgen" zu veröffentlichen. Allerdings müßte ich schon wegen der "MORNING"-Masse "Anhangliche" anfertigen lassen. Ich habe darüber nachgedacht, ob ich die KONTAKTE, die am Freitag veröffentlicht werden sollen, heute als Massenandruckwerke (verpflichtet) anfertigen lassen sollte. Am Anfang der Woche noch einen entsprechenden Artikel im "Morgen" zu veröffentlichen. Allerdings müßte ich schon wegen der "MORNING"-Masse "Anhangliche" anfertigen lassen.

Ich hätte sowieso gedacht, daß wir hier an die KONTAKTE-Besteller gegenwärtig noch mal extra schreiben und ihnen anknüpfen (Niederrad - S. 1. 2. - ?) Aufschluß-Postmassegeschicht mit Hugo Meisels (-VILMAR) (Siehe hierzu beiliegende KONTAKTE 8/9 Seite 3)

Neuerdings (1) bereits jetzt ersehen hat, was es gut, wenn in dem noch jetzt den KONTAKTEN beiliegenden Briefchen auch wenigstens ein (2) vielleicht sogar zu (3) weiteres gesagt werden könnte. Ich bitte dich, an (2) Neues zu erforschen - WER WANN WO WAS macht - Ich will noch gar nicht, ZIMMERHANN auch nicht. (3) will ich noch eher zu finden suchen.

Den Niederrad-Verhältnisse-Schrieb muß ich die Dienstagsabend haben und zwar bei mir zuhause, wo eben die KONTAKTE liegen. Es werden 1940 Verteilungslagen gebracht: kollektiv noch nur 1800 (Differenz = Auswärtige). Falls die obigen Punkte (1) - (3) gebracht werden, nimmt man zweckmäßigerweise den Kopf "IX 21m, falls nur (1), kann OSTERMARSCH-Bogen genommen werden. Evtl. Gemischt auch halber Bogen (A 2).

Im Briefchen wird (von ZIMMERHANN) eine Forderung von 10,00 Pf. Anteil auf den OSTERMARSCH erkommen; es handelt sich dabei um die Differenz KONTAKTE-Versand als Massenandruckwerke (zu 5 + 6 Pf) und jetzt - da sicher zu sein, daß Gedrungen innerhalb 2 Tagen erkommen - als normale Druckarbeiten (zu 7 Pf) - Ich habe inzwischen Marken zu kauft.

Wick

B 883764
882563

DM 30,90

1159 Hfm

ED 713-20-165

184 Umgebung

1353 = 1360 x

578 Post.

1931 = 1950 x
gerüst ?

A 5 gerüst -

1) Niederrad

2) A. 9.

3) 8. 9. (Andres Local)

- 1) Mo Termin
her 1/2
- 2) VK-Büro?
- 3) + Euler?
- 4) 2000/1000 Papier
her
- 5) "Kont. S. 3"
- 6) Handschrift

VERBAND DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER
in der WRI eV - Gruppe Frankfurt

Hans-Thoma-Str 11 I
Telefon 68 10 44

16. 8. 62

Liebe Freunde,

im Anschluß an den Druck der beiliegenden
"Kontakte 8/9" erhalten wir noch die nach-
stehenden Einzelheiten zu den auf Seite 3
der "Kontakte" bereits angekündigten Ver-
anstaltungen bzw. zu einem weiteren Vor-
trag. Wir bitten um Kenntnisnahme und zahl-
reiches Erscheinen.

VERSÖHNUNGSBUND, Gruppe Frankfurt:

Sonntag, 19. 8., 20 Uhr Evangelischer Gemeindesaal
Leerbachstraße 18 (Nähe Opernplatz)

Sir Antony BROOKE, England, spricht zum Thema
"Der Einzelne und der Weltfrieden"

OSTERMARSCHE DER ATOMWAFFENEGNER, Hessischer Ausschuß:

OSTERMARSCHE DER ATOMWAFFENEGNER, Hessischer Ausschuß: (anstelle der
Gewerksch.jug)
Samstag, 1. 9.,

Großaktion zum ANTIKRIEGSTAG - Näheres bitte erfragen über
Offenbach, Postfach 648
Telefon 88 37 64

FRANKFURTER AKTIONSKREIS VON FRIEDENSVERBÄNDEN:

Samstag, 8. 9., 20 Uhr Evangelischer Gemeindesaal,
Leerbachstraße 18 (Nähe Opernplatz)

LUFTSCHUTZ-PODIUMSGESPRÄCH mit Bodo MANSTEIN u. a.

VERBAND DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER; Gruppe Frankfurt
Sonntag, 23. 9., 10 Uhr, Bootshaus "Germania",
Frankfurt-Sachsenhausen, Schaumainkai 65

PROBE-PRÜFUNGS-AUSSCHUSS mit Dr. Wilhelm UDE

Mit freundlichen Grüßen

VK Bgm

Bitte!



pressediensst

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und Übersendung eines Belegexemplares:

GRUNDGESETZ:

"NIEMAND DARF WEGEN . . . SEINER RELIGIÖSEN ODER POLITISCHEN ANSCHAUUNG BENACHTEILIGT ODER BEVORZUGT WERDEN."

"JEDER HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG IN WORT, SCHRIFT UND BILD FREI ZU ÄUSSERN UND ZU VERBREITEN . . ."

HESSISCHE VERFASSUNG:

"JEDERMANN HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG FREI UND ÖFFENTLICH ZU ÄUSSERN. DIESES RECHT DARF AUCH DURCH EIN DIENSTVERHALTNIS NICHT EINGESCHRÄNKT WERDEN, UND NIEMAND DARF EIN NACHTEIL WIDERFAHREN, WENN ER ES AUSÜBT."

WIR FORDERN:

"RECHT FÜR HEINER HALBERSTADT"

Die Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK), Gruppe Marburg richtet ein von Med.-Rat Dr. Fr. Kaufmann unterzeichnetes Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt:

Die Gruppe Marburg (Lahn) in der Internationale der Kriegsdienstgegner ist darüber beunruhigt, daß der Vorstand des Vereins "Haus der offenen Tür" seinen Geschäftsführer Heiner Halberstadt aus dem Amt entfernen will. Ihm wird vorgeworfen, er habe durch sein Mitwirken im Hessischen Ostermarsch-Ausschuß das Ansehen der Stadt Frankfurt geschädigt. Dieser Vorwurf ist völlig unberechtigt, da Herr Halberstadt in einer Organisation mit demokratischer Arbeitsweise und humanitärer Zielsetzung gearbeitet hat und somit keineswegs den Ruf Frankfurts mindern konnte. Daß man nun Herrn Halberstadt seiner eindeutigen demokratischen Haltung wegen diskriminieren will, erfüllt uns mit tiefer Bestürzung. Ist es in Deutschland nun auch im westlichen Teil so weit, daß man nicht gegen den Strom schwimmen kann, ohne im Berufsleben benachteiligt zu werden? Wird schon wieder das unveräußerliche Menschenrecht der freien und öffentlichen Meinungsäußerung mißachtet? Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, überprüfen Sie bitte die Angelegenheit und verhindern Sie eine Diskriminierung des Herrn Halberstadt.

Offenbach (Main), den 10. August 1962 - Vack

11.8.62



pressediensst

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und Übersendung eines Belegexemplares:

GRUNDGESETZ:

"NIEMAND DARF WEGEN . . . SEINER RELIGIÖSEN ODER POLITISCHEN ANSCHAUUNG BENACHTEILIGT ODER BEVORZUGT WERDEN."

"JEDER HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG IN WORT, SCHRIFT UND BILD FREI ZU ÄUSSERN UND ZU VERBREITEN . . ."

HESSISCHE VERFASSUNG:

"JEDERMANN HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG FREI UND ÖFFENTLICH ZU ÄUSSERN. DIESES RECHT DARF AUCH DURCH EIN DIENSTVERHÄLTNIS NICHT EINGESCHRÄNKT WERDEN, UND NIEMAND DARF BEI MACHTEIL WIDERFAHREN, WENN ER ES AUSÜBT."

WIR FORDERN:

"RECHT FÜR HEINER HALBERSTADT"

50 Teilnehmer am Ostermarsch 1962 nach Stuttgart richten ein Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt und fordern Recht für Heiner Halberstadt. Das Schreiben trägt vorwiegend Unterschriften von Mitgliedern und Funktionären aus den Arbeiterjugendverbänden und dem Verband der Kriegsdienstverweigerer:

Mit Bestürzung nehmen die unterzeichneten Teilnehmer am Ostermarsch der Atomwaffengegner in Württemberg durch die "Neue Presse" zur Kenntnis, daß der Magistrat der Stadt Frankfurt dem bewährten Geschäftsführer des "Verein der Offenen Tür", Herrn Heiner Halberstadt, das Dienstverhältnis kündigen wird.

Herr Halberstadt hat - wie wir - beim Ostermarsch der Atomwaffengegner mitgewirkt. Er hat sich damit zu den entschiedenen Atomwaffengegnern in Ost und West bekannt.

Die Kündigung des Vertrauens durch den Vorsitzenden des "Verein der Offenen Tür", Herrn Stadtrat Dr. Prestel und dessen Vorstand dürfte wohl ausschließlich auf diese Tatsache zurückzuführen sein.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, wir brauchen Sie nicht auf das Grundgesetz und die Hessische Verfassung aufmerksam machen, in denen verankert ist, daß jedermann das Recht hat, seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. Des weiteren heißt es: "Dieses Recht darf auch durch ein Dienstverhältnis nicht eingeschränkt werden, und niemand darf ein Nachteil widerfahren, wenn er es ausübt".

Aufmerksam machen wollen wir Sie aber darauf, daß die Kündigung des Dienstverhältnisses von Herrn Heiner Halberstadt einer Repressalie gleichzusetzen ist und dem Ansehen der Stadt Frankfurt einen großen Schaden zufügen würde. Wir bitten Sie freundlich, sich für Herrn Heiner Halberstadt einzusetzen.

Offenbach (Main), 23. Juli 1962 - Vack

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Dr. Andreas Euro Braunschweig Röhfeld 6

ZENTRALER AUSSCHUSS

Geschäftsführung

Dr. Andreas Euro

Braunschweig

Röhfeld 6

Fernruf 366 98

Herrn

Horst Maurer

Frankfurt 14

Burgstr. 47



Postcheck

Hannover 288 848

Dr. Andreas Euro

Sonderkonto

Braunschweig

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

den 22.7.62

23.7.62

Lieber Herr Maurer,

vielen Dank für Ihren Brief mit den vielen Anlagen, die ich soweit gewünscht wieder zurück sende.

Ich bin mir nicht ganz im klaren, ob eine Massenwerbung für Peace News oder die anderen von Ihnen genannten Zeitungen sinnvoll ist, da die meisten ja leider nicht englisch können. Eine gezielte Werbung besonders in Bezug auf PN hielte ich für ganz sinnvoll. Vielleicht versuchen Sie es einmal in Ihrem Rahmen und schreiben mir, welchen Anklang dies findet.

Die Schlipse sind wirklich schlecht gemacht. Ich habe auch schon überlegt, in welcher Form wir den nächsten OM finanzieren können, da ja die Abzeichen im nächsten Jahre nicht mehr so gut gehen werden. Ich glaube aber, wir sollten auf alle Fälle die Dinge, die wir zum Verkauf anbieten, so gut machen, dass man auch hieran merkt, dass der OM nicht wieder ein Aufguss einer alten Sache ist, sondern auch hier die Qualität unserer Bemühungen feststellen kann. Bitte, Überlegen Sie doch auch in Ihrem Kreis, was man tun könnte. Wir werden uns hier auch um geeignete Vorschläge bemühen. Eventuell machen Sie Muster.

Briefaufkleber hat meines Wissens der Hess. Ausschuss auch in diesem Jahre gehabt. Bitte, wenden Sie sich doch in diesen Dingen an Ihren

Osterratsch
der

Landesausschuß, da ich die Detailverteilung nicht auch noch schaffen kann. Diesmal die gewünschten Aufkleber mit Rechnung anbei.

500 x = 4,-

Die Protokolle Ihrer "Gewaltlosen Aktion" schicken Sie bitte, doch auch stets 3 x an Herrn Helmuth Lucht, Braunschweig, Ekbertstr. 8, der sich hier um ähnliche Dinge mit bemüht.

Herzliche Grüße,



Ihr

Andreas Frow

Horst Maurer
Frankfurt 14
Burgstr. 47

22.7.68
23.7.68

Lieber Herr Maurer,

vielen Dank für Ihren Brief mit den vielen Anlagen, die ich soweit geschickt habe. Ich bin mir nicht ganz im Klaren, ob eine Besondere für Lesce News oder die anderen von ihnen gehen lassen sinnvoll ist, da die meisten ja leider nicht englisch können. Eine gestellte Werbung besonders in Bezug auf FW hätte ich für ganz sinnvoll. Viel leicht versuchen Sie es einmal in Ihrem Rahmen und schreiben mir, welchen Anknüpfung dies findet.

Vorgang (3x) W/L
Rechnung + 500 Aufkleber
The Blank back

Die Schläge sind wirklich schlecht gemacht. Ich habe auch schon überlegt in welcher Form wir den nächsten OM Tümpelieren können, da ja die Absichten im nächsten Jahre nicht mehr so gut gehen werden. Ich glaube aber, wir sollten auf alle Fälle die Dinge, die wir zum Verkauf anbieten so gut machen, dass man auch hieran merkt, dass der OM nicht wieder ein Aufwas einer alten Sache ist, sondern auch hier die Qualität unserer Bemühungen feststellen kann. Bitte, überlegen Sie doch auch in Ihrem Kreis, was man tun könnte. Wir werden uns hier auch um geeignete Vorrichtungen bemühen. Eventuell machen Sie Kontakt.

Grüßlichster hat meines Wissens der Hess. Ausschuss auch in diesen Jahre gehört. Bitte, würden Sie sich doch in diesen Tagen an Herrn

Abschrift einer Veröffentlichung
aus der Schrift "Für Demokratie"

Informationen, Kommentare, Presseschau, aus gewerkschaftlicher Sicht

herausgegeben vom Bundesvorstand des DGB

Verantwortlich: Eduard Wald
Düsseldorf, Stromstraße 8

Jahrgang III Nr. 4 Mai 1962

20. 7. 62

(M.J. 68?)

In der Schrift "Für Demokratie" stellt der verantwortliche Redakteur Eduard Wald Material über Verbände, Gruppen, Personen, Zeitungen usw. zusammen. Das Material ist so zusammengestellt, daß vermutlich der Eindruck erweckt werden soll, daß es sich auf links- und rechtsradikale Kreise bezieht. Die Schrift geht an die Funktionäre des DGB und die angeschlossenen Gewerkschaften. Das Material soll nur zur Information und nicht zur Veröffentlichung bestimmt sein. Im oben bezeichneten Heft schreibt Eduard Wald von Seite 7 - 11 unter dem Thema:

"Ostermärsche 1962 mit kommunistischem Ballast"

Die aktiven Kräfte in der Ostermarschbewegung können, was ihre politische Richtung, Tendenz und Absicht anbelangt, keineswegs nach der Zusammensetzung des Zentralen Ausschusses in erster Linie beurteilt werden. Die Mehrheit dieses Ausschusses zeigte auch bei der Vorbereitung der diesjährigen Ostermärsche das Bestreben, sich vor kommunistischer Beeinflussung und Infiltration zu schützen. In dem Arbeitsausschuß jedoch, den der genannte "Zentralausschuß für die Ostermärsche der Atomwaffengegner" im Oktober in Kassel bildete, ist das Kräfteverhältnis durch die Aktivität von Dr. Arno KLÖNNE, Paderborn und Dortmund, und Herbert FALLER, Vorsitzender der Naturfreundejugend bereits ein anderes. Beide Genannten haben in der Vergangenheit wiederholt bewiesen, daß sie durchaus bereit sind, mit kommunistischen und prokommunistischen Kräften und Gruppen zusammenzuarbeiten und zu taktieren.

Noch weniger aber waren die neutralistischen-pazifistischen Funktionäre imstande, das Eindringen von DFU-Funktionären und Anhängern prokommunistischer Gruppen und auch Tarnorganisationen in die regionalen und lokalen Ausschüsse zu verhindern. Hier war denn auch dieser Einfluß weiter stärker und spürbarer als im vergangenen Jahr. Das mußten die Mitglieder des Zentralen Ausschusses, Hans-Konrad TEMPEL und Helga STOLLE aus Hamburg sehr schnell bereits dort erfahren. Zeitweilig drohte eine Spaltung und der schließlich gefundene Kompromiß ging zugunsten der DFU.

Der Regionalausschuß West wird weitgehend beherrscht von dem für das Ruhrgebiet nach britischem Vorbild gebildeten "Komitee der Hundert". Die Initiative bei der Gründung lag bei Dr. KLÖNNE. Führend in diesem Komitee sind außer Dr. KLÖNNE nachstehend eindeutig für die DFU und andere prokommunistische Ziele aktive Personen:

Superintendent SANSS, Selm b./Lünen;
Pfarrer Gottfried WANDERSLEB, Herne;
Pfarrer von OPPEN, Datteln;
Frank WERKMEISTER, Dortmund;
Fritz MEINICKE, Oberhausen;
Manfred FEUSTEL, Duisburg;
Alois STOFF, Essen.

In Nordrhein-Westfalen war nicht nur die Aktivität für die Ostermärsche am stärksten, sondern auch der organisatorische Einfluß prokommunistischer Gruppen und Kräfte in vielen Lokalausschüssen unverkennbar.

Am deutlichsten war das in Düsseldorf der Fall, wo auf "Ostermarsch-Veranstaltungen" laut "Deutsche Volkszeitung" (DdV) vom 9. 2. 1962 unter anderem sprach:

Prof. Albert PFRIMMER, Paris (siehe Personalien) und Ott SCHÖNFELDT, Präsidiumsmitglied des Bundes der Deutschen (BdD).

In nachstehenden Ortsausschüssen war ein prokommunistischer Einfluß vorhanden und nachweisbar:

Aachen, Bottrop, Duisburg, Gevelsberg, Hagen-Haspe, Köln, Münster, Oberhausen, Solingen-Renscheid, Velbert.

DFU-Leute bzw. andere prokommunistische Funktionäre waren auch in einzelnen Landesausschüssen und Regionalausschüssen vertreten, und zwar: Landesausschuß Saar und Rheinland-Pfalz, Landesausschuß Schleswig-Holstein, Regionalausschuß Hessen.

Diese Behauptungen sind durch die Berichte der DFU-nahestehenden Presse ohne Schwierigkeiten zu beweisen.

Leiter der "Marschgruppe Saar" ist Paul WOOD, Saarbrücken, im prokommunistischen Sinne seit langem aktiv. Dem Zentralausschuß kann sicher nicht angekreidet werden, daß die SED samt ihren Trabanten, die Zonenpresse und -Publizistik sich an seine Ruckschöße zu hängen versuchte. Dennoch hätte eine eindeutige und energische Zurückweisung dieser "Unterstützung" dazu beigetragen, die Ostermarschbewegung aus dem Zwielicht herauszubringen. Die eifrigen Aufrüster in der Zone hätten eine solche Haltung zwar ignoriert. Anders wäre es allerdings mit den mannigfaltigen Gruppen, Grüppchen und ihren Zeitungen und Zeitschriften gewesen, die von den Ausschüssen nur zu bereitwillig mit allen möglichen Meldungen und Informationen versorgt wurden.

Ebenso hat - zumindest in der Öffentlichkeit - der Zentralausschuß nichts getan, um die vielen kommunistischen Tarngruppen und prokommunistischen Klubs abzuschütteln, einschließlich eben auch der DFU, die mit Erfolg seine Bemühungen diskreditiert haben. Für alle diese war es doch sozusagen ein gefundenes Fressen, sich wieder einmal als "Friedenskämpfer" auf Kosten ehrbarer Absichten in Szene zu setzen. Voller Stolz weiß das DFU-Organ "Neuer Ruf" (Nr. 4/62) zu berichten, was sich um die Ostermärsche in Württemberg-Baden alles gesammelt hat. Diese "geschlossene" Front sei Vorbild für alle:

Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Friedensverbände -
Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung -
Ausschuß "Ostermarsch der Atomwaffengegner" -
Bund der Deutschen -
Deutsche Friedens-Union -
Internationale der Kriegsdienstgegner -
Landesfriedenskomitee -
Verband der Kriegsdienstverweigerer -
Vereinigung für Frieden und soziale Sicherheit -
Westdeutsche Frauen-Friedens-Bewegung.

Es läßt sich gar nicht aufzählen, was alles noch sich bei den Ostermärschen produziert:

Nach Korrespondenzmeldungen hatte die DFU an ihre Anhänger ausdrücklich Anweisung ergehen lassen, sich an den regionalen und lokalen Ausschüssen aktiv zu beteiligen.

Besondere Aktivität für die Ostermärsche entfalteten die Festivals-Komiteés (Weltjugendfestspiele in Helsinki), die für die Interessen des kommunistischen Weltbund Demokratischer Jugend (WBDJ) sehr aktive Jugendilliustrierte "Elan", die zahlreichen kommunistisch beeinflussten "Jugendclubs" in einzelnen Städten

und vor allem die mit diesen Bestrebungen eng verbundenen Herbert MOCHALSKI und Kirchenpräsident Martin NIEMÖLLER.

Die VVN rührte die Werbetrommel. Die als Nachfolgeorganisation der VVN in Hamburg tätige "Vereinigte Arbeitsgemeinschaft der Naziverfolgten" (VAN) beschloß die Unterstützung der Ostermärsche mit dem Hinweis, "die beginnende Unruhe in der Bevölkerung muß ausgeweitet werden." Die verschiedenen prokommunistischen Antiatomgruppen (Ständiger Kongress", "Junge Aktion" etc.) bis zum "Komitee Volkskunstschaffender gegen den Atomtod", hinter dem die "Studien- und Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der deutschen Volks- und Laienkunst" des alten Sünders im Sinne der Tarnpolitik, Albert RUCK, Bochum, steht, hingen sich natürlich ebenfalls an die Rockschöbe des diesem Ansturm nicht gewachsenen Zentralausschuß.

Eine erhebliche Rolle bei den vielen Veranstaltungen zur Vorbereitung der Märsche spielte der "Ostermarsch-Film 1961", der damals von Leuten um "Elan", "konkret" und der DFU gedreht wurde.

Auch zu ausländischen neutralistischen Gruppen wurden Kontakte zwecks Beteiligung aufgenommen. Folgende Anmeldungen sollen vorgelegen haben: Belgien - 200 Teilnehmer, Dänemark - 200 Teilnehmer, England - 30 Teilnehmer, Holland - 100 Teilnehmer, Norwegen - 50 Teilnehmer, Schweden - 50 Teilnehmer

Der "Neue Ruf" (Januar-Ausgabe 1962) bringt in diesem Zusammenhang eine aufschlußreiche Notiz:

"Der Landesverband Schleswig-Holstein der DFU hat sich tatkräftig in die Vorbereitungen des Ostermarsches der Atomwaffengegner, der 1962 erstmalig auch in Schleswig-Holstein durchgeführt werden soll, eingeschaltet. Das Landesvorstandsmitglied Fritz TECH, Flensburg, hat zwecks Beteiligung auch Kontakte mit Freunden aus den skandinavischen Ländern aufgenommen. Wir bitten alle Mitglieder und Freunde, sich ebenfalls für die Vorbereitung und Durchführung dieser großen Demonstration einzusetzen."

"Ostermärsche" und ähnliche Willenskundgebungen des Pazifismus und Neutralismus sind auch dann nicht geeignet, dem Ziel einer kontrollierten Abrüstung in Ost und West näherzukommen, wenn sie nicht von prokommunistischen Kreisen mißbraucht würden zur Propagierung und Förderung einer einseitigen Abrüstung und zur Schwächung des Verteidigungswillens der Demokratie. Nach allem oben Gesagten war es eine Selbstverständlichkeit, daß sowohl die SPD als auch der DGB sich wiederholt eindeutig gegen eine Beteiligung an den Märschen aussprachen. Auch der Vorsitzende des Arbeitsausschusses, Oberbürgermeister a. D. Max BRAUER, distanzierte sich entschieden von den "in Zwielficht geratene Ostermärschen".

Unterschiedlich blieb die Haltung von Teilen der Sozialistischen Jugend "Die Falken". Der Bundesausschuß der Organisation beschloß in seiner Sitzung vom 25. 2. 1962 in aller Eindeutigkeit:

"Die Mitarbeit in den Ausschüssen des Ostermarsches der Atomwaffengegner, sowie die Unterzeichnung von Aufrufen sind mit der Mitgliedschaft in der SJD - Die Falken nicht vereinbar."

Teile der Organisation opponierten gegen diesen Beschluß und arbeiten in den Ausschüssen mit. Es kam auch zu Solidaritätserklärungen für den aus den "Falken" und der SPD ausgeschlossenen jetzigen Chefredakteur der Zeitschrift "Elan", Bernhard JENDREJEWSKI und die ehem. "Falken"- und jetzigen DFU-Anhänger Manfred FEUSTEL und Erich MEINICKE (NRW). Darauf griff die Organisation energisch durch. In Oberhausen wurden 46, in Hamburg 23, in Frankfurt/M. 22 Angehörige ausgeschlossen.

Die Versuche Lorenz KNORRE vom Präsidium der DFU, früher Bundessekretär der "Falken", die Organisation zu erobern, scheint endgültig fehlgeschlagen.

Es fanden laut Programm 5 Märsche statt, über die die nachstehende Gliederung Aufschluß gibt ("Deutsche Volkszeitung" - BAd - vom 16.3.1962)

Marsch Nord

Ostersonnabend bis Ostermontag - Start: Raketenstützpunkt Bergen-Hohne, Ziel: Hamburg, Bremen und Hannover - Start: Ahrensburg, Ziel: Hamburg (Nähere Auskünfte erteilt: Dr. Baro, Braunschweig, Röhrfeld 8)

Marsch West

Ostersonnabend bis Ostermontag - Start: Duisburg - Strecke: Duisburg, Oberhausen, Essen, Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund - Ziel: Dortmund (Nähere Auskünfte erteilt: Frank Werkmeister, Dortmund-Barop, Stockumer Str.197)

Marsch Mitte

Ostersonnabend bis Ostermontag - Start: Miltenberg, Mannheim, Gießen und Saarbrücken - Ziel: Frankfurt/Main - Strecke: Einzelheiten werden noch bekanntgegeben. (Nähere Auskünfte erteilt Heiner Halberstadt, Frankfurt /M., Röderbergweg 268)

Marsch Südwest

Ostersonnabend bis Ostermontag - Start: Göppingen und Bietigheim - Strecke: Eßlingen, Ludwigsburg, Stuttgart, Ziel: Stuttgart (Nähere Auskünfte erteilt Alfred Riedel, Stuttgart-Bad Cannstatt, Pfalzstr. 69)

Marsch Süd

Ostersonntag und Ostermontag - Start: Dachau, Strecke: Dachau, München-Vororte, München-Stadt, Ziel: München (Nähere Auskünfte erteilen: das Komitee gegen Atomrüstung, München 15, Schwanthaler Str. 64/V und Horst Klaus, Nürnberg, Kartäusergasse 12)

Die Ostermärsche konnten in diesem Jahr, im Gegensatz zum vergangenen, bei außerordentlich günstigen Wetter vonstatten gehen. Die Angaben in der Tagespresse über die Zahl der Teilnehmer an den 19 verschiedenen Marschsäulen, schwankte zwischen 8000 ("Die Welt") bis 15.000 Menschen ("Westdeutsches Tageblatt" - 24. 4. 1962). Im allgemeinen wurde die Zahl von 10.000 genannt, die sich auf Angaben des Zentralen Ausschusses stützen sollen. Dieser hatte im vergangenen Jahr 9.000 Teilnehmer genannt. An den Abschlußkundgebungen in den verschiedenen Großstädten haben nach Angaben des Zentralen Ausschusses rund 50.000 Personen teilgenommen.

Zum Schluß sei hier noch aus dem Kommentar "Die Welt" vom 24. 4. 1962 folgendes zitiert:

"Gewiß waren Anhänger des Zonenregimes in der Minderheit; doch machten sie sich mit giftiger Kritik an allem, was nicht ihre Farbe war, bemerkbar: "DGE? Da war schon mal so'n Verein, der hieß Deutsche Arbeitsfront!" Jenen Marschteilnehmern kam das Wort "Bundesrepublik" nicht über die Lippen; für sie ist es nach östlicher Sprachregelung nur "Westdeutschland"

Die Leiter der Märsche distanzieren sich bei jeder Gelegenheit von solchen Zungenschlag. Ihr Protest richtete sich auch gegen die Bomben des Ostens, und sie betonten, den "Terror" im kommunistischen Machtbereich zu beklagen.

Der größte Kummer der Ostermarschierer war, sie könnten nicht "beachtet" werden. Vielen wäre eine "Bewachung" durch Polizisten aufregender und erstrebenswerter erschienen als der angebotene Schutz. Und als sie am Kasernen- tor zu Bergen mutig den englischen Posten zuriefen: "Ban the bomb - die Bombe abschaffen!" da hörten sie verblüfft und etwas enttäuscht die Antwort. "Ban the bomb", lachten die Tommies gutgelaunt.

- 5 -

Am 1. Mai wird der von den Ostermarschierern geschmähte DGB auf die Straßen ziehen. Auch er wendet sich gegen die Atombewaffnung; aber er stellt dieses Ziel nicht in gefährlicher Isolierung seinen Demonstrationen voran. Er wird sagen, was von den östlichen Machthabern zu halten ist, die beharrlich Abrüstungskontrollen verweigern, um mit der Angst der Menschen vor der Bombe weiter ihre Geschäfte betreiben zu können - an der Berliner Mauer wie einst in Ungarn und Korea. Davon war zu Ostern auf den deutschen Landstraßen nicht die Rede."

Auch in anderen Ländern fanden zu Ostern Kundgebungen, Märsche und Demonstrationen gegen die atomare Bewaffnung statt. An den Abschlußkundgebungen in London und Kopenhagen nahmen je rund 25.000 Menschen teil. 3000 Atomwaffengegner protestierten vor dem UNO-Gebäude in New York gegen weitere Versuchsexplosionen.

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 18. 7. 1962
Waldstraße 99 **20. 7. 62**

ED 748-20-475

Betr.: DGB-Schrift "Für Demokratie"

Liebe Freunde,

die beim DGB erscheinende Schrift "Für Demokratie" hat sich mit dem Ostermarsch der Atomwaffengegner beschäftigt. Der verantwortliche Redakteur, Eduard Wald, veröffentlichte im Mai-Heft eine Zusammenstellung unter dem Titel "Ostermärsche 1962 mit kommunistischem Ballast". Wir geben Ihnen beigefügt eine Abschrift dieses Artikels. "Für die Demokratie" geht als nicht für die Öffentlichkeit bestimmtes Heft an die Funktionäre des DGB und die angeschlossenen Gewerkschaften. Der Zentrale Ausschuss ist ebenfalls von dem Material informiert.

Für uns als Hessischer Ausschuß ergibt sich die Frage, ob wir zum 4. Absatz auf Seite 2 Stellung beziehen wollen. Dort steht, daß im Regionalausschuß Hessen "DFU-Leute bzw. andere prokommunistische Funktionäre vertreten wären". Wir werden uns über "Für die Demokratie" in unserer nächsten Sitzung noch einmal beschäftigen.

Mit freundlichen Grüßen!

Klaus Vack

pl (31.5.)

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 18. 7. 1962
Waldstraße 99

20. 7. 62

ED 718-20-176

Betr.: Repressalie gegen Heiner Halberstadt

Liebe Freunde,

ich gebe Ihnen heute wieder einiges Material zum "Fall Halberstadt". Unsere Mühe hat sich gelohnt und wir haben zwischenzeitlich wieder so viel Material erhalten, daß 3 Pressedienste erscheinen konnten. Uns ist auch bekannt, daß noch viele Freunde in Briefen an den Magistrat herangetreten sind, von denen sie vorerst keine Veröffentlichung wünschen. Wir bitten vor allen Dingen alle Verbände, die im Ostermarsch mitarbeiten und bisher noch nicht an den Magistrat herangetreten sind, dies noch zu tun. Vielleicht gelingt es uns doch noch die zuständigen Stellen zu überzeugen, daß ihr Vorgehen falsch ist und revidiert werden muß. Das wäre der schönste Erfolg, den wir in diesem "persönlichen Fall" um den Ostermarsch erringen könnten.

Wir dürfen Sie noch informieren, daß unsere Geschäftsstelle bis zum 10. August 1962 wegen Urlaub geschlossen ist. Wir haben lediglich einen Notdienst der Flugblatt- und Materialbestellungen erledigt.

Mit freundlichen Grüßen!

Klas Vah

16./18./23. 7.



pressediensst

nachrichten zum Ostermarsch der atomwaffengegner

18.7.62
20.7.62

ED 718-20-177

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und Übersendung eines Belegexemplares:

GRUNDGESETZ:

"NIEMAND DARF WEGEN . . . SEINER RELIGIÖSEN ODER POLITISCHEN ANSCHAUUNG BENACHTEILIGT ODER BEVORZUGT WERDEN."

"JEDER HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG IN WORT, SCHRIFT UND BILD-FREI ZU ÄUSSERN UND ZU VERBREITEN . . ."

HESSISCHE VERFASSUNG:

"JEDERMANN HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG FREI UND ÖFFENTLICH ZU ÄUSSERN. DIESES RECHT DARF AUCH DURCH EIN DIENSTVERHÄLTNISS NICHT EINGESCHRÄNKT WERDEN, UND NIEMAND DARF EIN NACHTEIL WIDERFAHREN, WENN ER ES AUSÜBT."

WIR FORDERN:

"RECHT FÜR HEINER HALBERSTADT"

Einige Freunde des Ostermarsches der Atomwaffengegner die aus der Presse über das Vorgehen des Vorstandes "Verein Haus der offenen Tür" gegen Heiner Halberstadt informiert wurden, haben sich in Briefen an die zuständigen Stellen der Stadt Frankfurt gewendet. Von einigen Schreiben liegen uns Abschriften vor, aus denen wir wieder einige Auszüge zitieren möchten.

Hans-Joachim Arlt, Offenbach, Vorsitzender des Örtlichen Ostermarsch-ausschusses, schreibt an Stadtrat Möller:

Im Rahmen Ihrer Tätigkeit für das Frankfurter Volksbildungshaus hatte ich Gelegenheit, Ihre Bekanntschaft zu machen. Ich erinnere mich noch sehr gut, daß Sie einmal mit berechtigtem Stolz darauf verwiesen, daß Sie nicht zu denen gehören, die das "Godesberger Programm" befürwortet hatten, sondern klar und eindeutig zu Ihrer Meinung gestanden haben.

Die Tatsache, daß Sie in einer so entscheidenden Frage Rückgrat bewiesen haben, ermutigt mich, Sie um Ihre Intervention in einem Falle zu bitten, in dem man seitens der Mehrheitsfraktion im Frankfurter Stadtparlament ganz offensichtlich bereit zu sein scheint, Praktiken einzuführen, die das Beiwort "demokratisch" nicht mehr verdienen, sondern die im Gegenteil sogar in einen Verstoß gegen die hessische Verfassung einzumünden scheinen. Es handelt sich hierbei um den "Fall" Halberstadt.

Hier wird versucht, einem jungen Menschen die politische Initiative auszutreiben, weil er noch den Mut zur eigenen Meinung und Haltung besitzt. Mit einer widerlichen Campagne, zu der sich die bürgerliche Presse Frankfurts hergegeben hat, wurde der Versuch unternommen, den wenigen

- 2 -

Leuten, die sich noch heute zu den Grundsätzen und Zielen der von der SPD ins Leben gerufenen Aktion "Kampf dem Atomtod" bekennen, durch Diskriminierung Schwierigkeiten zu bereiten.

Das Mitglied des Kuratoriums im Ostermarsch der Atomwaffengegner, Oberkirchenrat H. Kloppenburg DD, richtete ein Schreiben an Oberbürgermeister Bockelmann, aus dem wir folgendes zitieren:

"Ich kann mir gar nicht denken, daß ein solcher Beschluß wirklich gefaßt und durchgeführt werden soll. Er würde eine tiefgehende Beunruhigung schaffen und darüber hinaus den Namen der Stadt Frankfurt, die einen so hervorragenden Ruf gerade hinsichtlich ihrer demokratischen Verwaltung hat, auf das empfindlichste schädigen.

Es geht mir aber gar nicht in erster Linie um Frankfurt, Sie könnten mir mit Recht entgegenhalten, daß das die Sorge der Stadtväter und des Oberbürgermeisters sei, sondern es geht m.E. darum, daß man mit Menschen nicht so umgehen kann, wie es hier offenbar geschieht. Was soll den eigentlich werden, wenn dumme Presseangriffe genügen, um ausgezeichnete junge Menschen aus ihrer Arbeit zu vertreiben?"

Der Vorsitzender der Internationale der Kriegsdienstgegner, Gruppe Marburg, Gerd Müller, schrieb ebenfalls an Oberbürgermeister Bockelmann. Wir zitieren:

"Dem Vorstand des Vereins "Haus der offenen Tür" geht es also hier nicht um den Ruf der Stadt Frankfurt. Er will lediglich einem weltanschaulichen Gegner, einem Menschen, der seinem Gewissen folgt und gegen den Strom schwimmt, jeglichen politischen Einfluß nehmen, indem er ihn aus seinem Amt entfernen möchte. Dieser Versuch ist ein ebenso schwerer wie verabscheuungswürdiger Verstoß gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und gegen die hessische Verfassung. . .

Da Sie, sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, die Pflicht haben, die Grundrechte des Menschen zu schützen, bitte ich Sie höflichst, den "Fall Halberstadt" zu überprüfen und eine Verletzung der Grundrechte zu verhindern."

Ein weiterer Brief aus Marburg erreichte uns von Karlheinz Thursax:

"Besonders befremdet mich die Nachricht über eine eventuelle anderweitige Verwendung Herrn Halberstadts. Diese Verhaltensweise des Magistrats der Stadt Frankfurt/Main ist mir unverständlich. War es doch gerade die Stadt Frankfurt, welche sich durch die Entsendung einer Delegation nach Hiroshima über die furchtbaren Folgen atomarer Massenvernichtungsmittel informierte.

Ich hoffe, daß Sie meiner Besorgnis und dem Anlaß meines Schreibens Verstehen entgegenbringen, da ich zu jener Generation gehöre, die durch die faschistische Diktatur um ihre Jugend betrogen wurde und deren Folgen ich noch als Kriegsgefangener in stalinistischem Gewahrsam zu erleiden hatte."

Diese vier Ausschnitte und alles Material, was wir in früheren Pressediensten veröffentlicht haben, zeigt, daß sich immer weitere Kreise demokratisch empfindender Menschen unserer Forderung "Recht für Heiner Halberstadt" anschließen. Wie wir bisher feststellen konnten (wir sind selbstverständlich nicht über den gesamten Schriftwechsel im "Fall Halberstadt" informiert), wurde noch kein Schreiben vom Magistrat, von Oberbürgermeister Bockelmann, von Stadtrat Prestel oder von den anderen Angeschriebenen beantwortet. Vielleicht dürfen wir aber hoffen, daß man noch so viel demokratisches Empfinden hat, diese Schreiben zu lesen. Vielleicht, und das wäre ein unbezahlbarer Gewinn für die freiheitliche Stadt Frankfurt, wird man sich sogar den Argumenten, die aus den Protestschreiben hervorgehen, nicht länger verschließen.

Offenbach (Main), 18. Juli 1962 - Vack



pressediens

nachrichten zum Ostermarsch der atomwaffengegner

16.7.62

20.7.62

ED 718-20-173

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und Übersendung eines Belegexemplares:

GRUNDGESETZ:

"NIEMAND DARF WEGEN . . . SEINER RELIGIÖSEN ODER POLITISCHEN ANSCHAUUNG BENACHTEILIGT ODER BEVORZUGT WERDEN."

"JEDER HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG IN WORT, SCHRIFT UND BILD FREI ZU ÄUSSERN UND ZU VERBREITEN . . ."

HESSISCHE VERFASSUNG:

"JEDERMANN HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG FREI UND ÖFFENTLICH ZU ÄUSSERN. DIESES RECHT DARF AUCH DURCH EIN DIENSTVERHÄLTNIS NICHT EINGESCHRÄNKT WERDEN, UND NIEMAND DARF EIN NACHTEIL WIDERFAHREN, WENN ER ES AUSÜBT."

WIR FORDERN:

"RECHT FÜR HEINER HALBERSTADT"

Der Zentrale Ausschuß für den Ostermarsch der Atomwaffengegner hat sich in einem ausführlichen Schreiben im "Fall Halberstadt" an den Magistrat der Stadt Frankfurt gewendet. Wir zitieren die wesentlichsten Auszüge aus diesem Schreiben:

"Wir sind unterrichtet worden, daß nach einer Pressekampagne der Frankfurter Zeitungen gegen Herrn Heiner Halberstadt der Magistrat der Stadt Frankfurt den Vorsitzenden des Vereins der Offenen Tür, Herrn Stadtrat Dr. Prestel, beauftragt hat, eine Untersuchung über das Verhalten von Herrn Halberstadt vorzunehmen. Bei dieser Untersuchung ist der Vorstand zu der Auffassung gekommen, daß Herr Halberstadt nicht mehr das Vertrauen des Vorstandes besitzt und daher von seinem Amt als Geschäftsführer entfernt werden müsse. . .

Sie werden verstehen, daß der Zentrale Ausschuß des Ostermarsches der Atomwaffengegner, dessen Mitglied Herr Halberstadt ist, an diesen Ereignissen sehr interessiert ist. Der Zentrale Ausschuß stellt die schärfsten Ansprüche an das korrekte Verhalten seiner Mitglieder. Darüber hinaus ist in den Grundsätzen des Ostermarsches der Atomwaffengegner festgelegt, daß die Arbeit im Ostermarsch auf der Basis der Verfassung der Bundesrepublik geleistet wird. Dies beinhaltet also auch, daß wir die Verfassung der Bundesrepublik bejahen und für sie eintreten. . .

Leider haben wir bisher nichts über die konkreten Vorwürfe hören können, die von Seiten des Frankfurter Magistrats bzw. des Vereins der Offenen Tür gegen Herrn Halberstadt erhoben worden sind. Im Gegenteil haben wir aus den Pressemeldungen nur entnommen, daß anscheinend unterschiedliche politische Grundauffassungen eine Rolle spielen, wie sie ja auch auf anderer Ebene in der Ablehnung des Ostermarsches durch die SPD zum

13 Ausdruck gekommen sind. Trotzdem hat die SPD niemals Persönlichkeiten, die im Ostermarsch mitarbeiten, aus ihren Reihen ausgeschlossen. Vielmehr hat sie in letzter Zeit erkannt, daß es sich beim Ostermarsch um eine echte demokratische Initiative von unten handelt, die durchaus eine mögliche Form der Wahrnehmung der demokratischen Rechte darstellt, gleichgültig, wie die einzelnen Parteien auch zu dem Anliegen des Ostermarsches stehen mögen. Daß eine Entlassung von Herrn Halberstadt nur deshalb, weil er im Gegensatz zum Magistrat eine andere politische Auffassung vertritt, ein sklatanter Verstoß gegen die Grundprinzipien unserer freiheitlichen Demokratie wäre, ist Ihnen wie uns gleichermaßen geläufig. Sie werden darin mit uns übereinstimmen, daß es so etwas in Deutschland nicht wieder geben darf und daß alle demokratischen Gruppierungen hierüber wachen müssen."

Offenbach (Main), den 16. Juli 1962 - Vack

Institut für Zeitgeschichte

OMB/4x

15.7.62

Kontakte

7

zu Kriegsdienstverweigerern



10741-22-131



KRIMINALPOLIZEI SAMMELT HEMDEN

30 Mädchen und Jungen wurden während des Kölner SPD-Parteitagés auf dem Messegelände festgenommen, weil sie einen Brief an die Delegierten verteilten." Einer der 30 berichtete: "Eine große Überraschung erlebten einige Gruppen der SPD-DIE FALKEN und ich beim Kölner Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Wir hatten einen Brief August Bebel's 'An meine Genossen in der SPD - zum Kölner Parteitag 1962' zusammengestellt und wollten diesen Brief am Samstag, 26. 5., an die Parteitage-delegierten verteilen. Außerdem wollten wir mit den Delegierten und mit Erich Cillenhauer über den 'neuen' Kurs der SPD diskutieren. Wir wollten den Delegierten unseren Standpunkt zur Notstandsgesetzgebung, zur atomaren Aufrüstung und zur Wehrpflichtverlängerung darlegen." "Besonders wollten wir klarlegen, daß die Notstandsgesetze sich nicht gegen irgendwelche imaginären Feinde von außen richten, sondern in erster Linie gegen die Interessen der Arbeiterjugend, also der Naturfreundejugend, der Falken, der Gewerkschaftsjugend und auch der Gewerkschaften gerichtet sind. Das hatten wir vor - und so ist es uns dabei ergangen:

Wir waren mit etwa 30 Mädchen und Jungen in Kluft, das heißt blaues Hemd mit roten Falken, und gingen bis dicht vor den Eingang zur Messehalle 8, in welcher der Parteitag stattfand. Einige Delegierte nahmen unseren Brief höflich an, andere zerrissen ihn sofort, als sie das Bild August Bebel's auf der Titelseite sahen. Dann forderte uns ein Herr mit der Parteitageplakette am Rockaufschlag auf, das Parteitagegelände zu verlassen. Um seine Legitimation befragt, zeigte er einen Ausweis des Verfassungsschutzes vor. Wir ver-

ließen das eigentliche Parteitagegelände und verteilten auf dem Messegelände dafür weiter. Ein Verantwortlicher des Messegeländes verbot uns auch dieses. So eingeschränkt, sprachen wir die Delegierten an, diskutierten mit ihnen und ließen uns unsere Briefe abfordern:

Auch das ging nicht lange gut, denn jetzt griff die Polizei ein. Polizeibeamte verhafteten uns mit der Bemerkung, unsere Personalien müßten festgestellt werden. Auf der Wache wurden unsere Briefe beschlagnahmt, mit dem Hinweis, das Impressum sei nicht ordnungsgemäß, und die Personalien wurden festgestellt. Was sollte man weiter mit uns tun? Die Beamten der Kriminalpolizei, 14. Kommissariat, berieten. Dann entschieden sie, unsere Kluft müsse herunter. Wir wandten ein, diese sei unser persönliches Eigentum. Es nutze nichts, die Falkenhemden müßten ausgezogen werden. Jetzt durfte die Mehrzahl unserer Delegation, zum größten Teil nur mit Unterhemd und Jacke bekleidet, die Wache verlassen. Zwei Mädchen, die nur Unterwäsche unter der blauen Bluse hatten, durften nach langer Diskussion so gehen, nachdem der Falke abgetrennt war. Eine Quittung für die Hemden und die beschlagnahmten Briefe erhielten wir nicht. Die Hemden sollen uns in einigen Tagen wieder zugeschickt werden. Zwei Freunde wurden noch sechs Stunden festgehalten und verhört.

Empört über diesen Empfang und diese Behandlung beim Kölner SPD-Parteitag trafen wir uns am Kölner Hauptbahnhof wieder. Dort sahen wir dann eine andere Jugendgruppe, die besser empfangen wurde: eine Gruppe der Deutschen Jugend des Ostens, eine Gruppe mit oberschlesischen Trachten, tanzte im Rahmen des Festprogramms des Parteitages. →

In einem Telegramm wandten wir uns am Sonntagmorgen an Erich Ollenhauser: "Lieber Genosse Ollenhauser! Wir wurden am gestrigen Morgen mit Polizeigewalt daran gehindert, den Delegierten und auch Dir unsere Meinung darzulegen. Wir bitten deshalb um eine kurze Aussprache. Gruppen der SJD-Die Falken aus Oberhausen, Hattungen, Hamburg, I. A. Manfred Faustel." Eine Rückantwort (10 Wörter) wurde mit bezahlt. Es kam keine Antwort. Eine Pressenotiz fand ich in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung, wahrscheinlich aufgrund von Angaben des SPD-Pressebüros: "Eine Gruppe von 20 ehemaligen Mitgliedern der verbotenen kommunistischen FDJ wurde von dem KBLner Par- teitag beim Verteilen von kommunisti- schem Propagandamaterial vorübergehend verhaftet."

Wir zitierten aus der "Sozialistischen Jugend-Korrespondenz" 11/62 und wollen annehmen, daß sich die Vorgänge im wesentlichen wie geschildert abgespielt haben. - Von gewissen mehr grundsätzlichen Punkten abgesehen, die gegen die Demonstranten sprechen könnten - wie das Vorgehen in "außerparlamentarischer" Opposition überhaupt oder die formale Nichtbeachtung von Platzrechten -, muß doch auch hier festgestellt werden, daß die Polizeiorgane sich bedenklich vom Wege reiner "Ordnungshüter" entfernen.

Auch in Frankfurt mußten wir in den letzten Wochen die Erfahrung machen, daß die Polizei gewissen radikalen Tendenzen anhängt: der heissische Ostermarsch-Ausschluß hatte und hat noch immer mit spitzfindigen Paragrafenreitereien zu kämpfen, als es darum ging, einen Protestzug gegen amerikanische Atombombenversuche durchzuführen, und andere Gruppen wurden mit unsachlichen Begründungen und formalistischen Tricks gehindert, ihre protestierende Meinung zu der Luftschutz-Werbung zu äußern; Einzelpersonen wurden bei Protestäußerungen polizeilich abgeführt und erhielten Platzverbot bei einer Luftschutz-Werbensanstaltung.

Im Zusammenhang mit Maßnahmen gegen einen leitenden städtischen Bediensteten, der sich aktiv für den Ostermarsch eingesetzt hatte (siehe Artikel "Oberbürgermeister Rockelmann wurde von uns ...", Seite 1), drängt sich uns der Eindruck auf, daß sich nun auch auf untergeordneten und Verwaltungsgebieten ein gewisser "Kalter Krieg" stärker entwickelt und zugleich demokratische Grundlinien verlassen werden. - ganz ohne Notstandsgesetz.

Doch zurück zu der Kölner FALKEN-Aktion: diese war nicht das einzige Mal, daß die "Falken" gegen die derzeitige SPD-Politik angehen. Die SJD-DIE FALKEN hatte sich auf ihren letzten Bundeskonferenzen

in Köln und in Kassel einseitig gegen die neue SPD-Linie gewandt, jedoch versuchten ihre Funktionäre nach wie vor, die Proteste zu ertrotzen und zu ver- harmlosen, um "liebes Kind" bei der SPD zu bleiben; es häuften sich die Aus- schlüsse von einzelnen "Falken" und ganzen Gruppen, weil sie den Oster- marsch unterstützen. - Wann wird auch die FALKEN-Bundesführung klug werden?

Horst Maurer

FINANZ-POLITISCHE

In Frankfurter Tageszeitungen fanden wir in den letzten Wochen drei Berichte, aus denen wir nachstehend "merk- würdig" sinnverwandte Auszüge bringen:

9. 5. 62 FR aus Bonn:

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bun- destages, Vizeadmiral a. D. Heye, schlägt in seinem Tätigkeitsbericht für das Jahr 1961 eine Wehrpflichtsteuer für diejenigen vor, die nicht Soldat sein müssen. Damit soll die ungleiche Behandlung ausgeglichen werden, daß zur Zeit nur ein Teil eines Jahrgangs Soldat sein muß.

14. 6. 62 FAZ aus Schleswig:

Vor zwei Jahren hatte das Landesver- waltungsgesicht das Land Schleswig-Hol- stein dazu verurteilt, dem früheren Staatssekretär und kommissarisch Reichsjustizminister unter Hitler, Dr. Franz Schlegelberger, eine monatliche Pension von etwa 2800 Mark und über 20 000 Mark Nachzahlung zu gewähren. Vor der gleichen Kammer des gleichen Gerichts kämpft jetzt der frühere An- kläger des Preislerschen Volksgericht- hofes, Oberreichsanwalt Dr. Ernst Lautz, um die Pensionsbesüße eines Ge- neralstaatsanwaltes von monatlich etw. 1800 Mark. Diese Bezüge hatten wegfal- len sollen, da man Lautz 1956 die Be- amtenrechte aberkennen wollte. Auf- grund des Widerspruchs von Lautz war bestimmt worden, daß die Pension um die Hälfte zu kürzen sei. Hiergegen legten Bundesanwalt Dr. Güde und das Bundesinnenministerium Beschwerde ein darüber ist noch nicht entschieden. Inzwischen strich das Kieler Finanz- ministerium Lautz die Pension ab 1959 auf monatlich 600 Mark. Diese Kürzung ist jetzt für nichtig erklärt worden. Lautz bekommt wieder 1800 Mark.

14. 6. 62 FAZ aus Bonn:

In der Fragestunde des Bundestages teilte Staatssekretär Nettlage vom Fi- nanzministerium mit, daß es am 1.1.62 in der BRD 8300 Vermögensmillionä- re geben habe, gegenüber 3500 am 1.1.57. Ein Jahreseinkommen von mehr als ein million Mark hätten 1957 459 Person- bezogen, 1954 dagegen nur 110 Person-

OBERBÜRGERMEISTER BOCKELMANN

wurde von uns in einem Schreiben vom 27. 6. gebeten, die Angelegenheit bzw. den Sachverhalt der Kündigung des Geschäftsführers des "Vereins Haus der offenen Tür", Halberstadt, zu überprüfen. Der Vorstand des Vereins hatte festgestellt, Halberstadt "habe nicht mehr sein Vertrauen". Da unmittelbar vorher Halberstadt sich als Leiter der Ostermarsch-Abschlußkundgebung in Frankfurt in Gegensatz zu der derzeitigen SPD-Parteilinie gestellt hatte und verschiedenen CDU-Oberen schon lange ein Dorn im Auge war, drängt sich die Vermutung auf, daß seine Ostermarsch-Aktivität als willkommener Anlaß gewertet wurde, gegen ihn persönlich vorzugehen. Damit liegt jedoch einwandfrei ein Angriff auf verfassungsmäßige Rechte vor, die öffentliche Meinungsäußerung als durch ein Dienstverhältnis nicht einschärkbar bezeichnen.

In diesem Sinn sind dem Oberbürgermeister verschiedene Protestschreiben zugegangen. Wir glauben, daß wir nicht schüttsucht werden, wenn wir eine eindeutige Antwort erwarten!

Kurz-Trotzdem wichtig

+++ Nachdem ein junger österreichischer Teilnehmer des Ostermarsches in München in mehreren österreichischen Zeitungen über berichtet hatte und sich verschiedene dortige Jugendorganisationen zum Thema beschäftigten, besteht die Ansicht, daß sich Ostern 1963 auch in Österreich ein Ostermarsch formieren wird.

+++ Das geplante Schutzraumgesetz des Bundesinnenministers Hscharl sieht Schutzräume mit trümmersicheren Decken für alle Neubauten vor. Schutzraumbau in Altbauten soll freiwillig bleiben.

+++ Die Luftschutz-Werbeausstellung im Frankfurter Römer ist in vier Wochen von zwanzigttausend Personen besucht worden; relativ wenig also.

+++ Der Generalsekretär der UNO, U Thant, bezeichnete die Verlegung von Dienststellen der Vereinten Nationen nach Berlin als möglich, falls die vier Großmächte dies für wünschenswert erachteten.

+++ Der mehrfach verschobene Weltall-Atomversuch der USA ist am 9. Juli durchgeführt worden; eine Zehn-Megatonnen-Wasserstoffbombe wurde in 300 km Höhe gezündet und riß eine Bresche in den van-Allen-Strahlengürtel; unmittlbares Ergebnis war ein Ausfallender Kurzwellensender sowie Funkverbindungen im gesamten pazifischen Raum. Etwa eine halbe Stunde "Mahlreiche" Wissenschaftler rechnen mit wesentlichen Störungen mannigfaltiger Art, die sich grundsätzlich verändernd auf die Erde auswirken können.

SIND SIE BEIM ERSATZTRETTEN?

Dann möchten wir nochmals bitten, daß Sie uns Ihre Dienstanschrift mitteilen damit wir Sie weiterhin regelmäßig mit Information versorgen können. Bitte schicken Sie uns auch gelegentlich Erfahrungsberichte über Ihre Tätigkeit! Im Übrigen: in fast allen größeren Städten bestehen VK-Gruppen, wo Sie gute Freunde finden!

EIN ROTER STEMPSEL "W I C H T I G"

auf unserem KONTAKTE-Versendungs-Umschlag bedeutet, daß Anwesenheit oder Beitragemarke beiliegt!

Wann-Wo-Was ?

- Mo 16. 7. 20 - 21.30 Uhr VK-Büro
Bücherausleihe
- Di 17. 7. 19.30 - 21.30 Uhr Gaststätte "Alte Landkrone"
Neue Kräme 14 - 16. Kolleg
Beratungsabend
- Do 19. 7. Für die Interessenten an
"Gewaltlose Aktion":
19.30 - 22.00 Uhr
Stalburgstraße 38 II-
Arbeitskreis-Treffen
- Di 24. 7. Beratungsabend, wie 17. 7.
- Do 26. 7. "Gewaltlose Aktion" (19.7.)
- Mo 30. 7. Bücherausleihe, wie 16. 7.
- Di 31. 7. Beratung, wie am 17. 7.
- Do 2. 8. "Gewaltlose Aktion" (19.7.)
- Sa-Mo 4.-6.8. Veranstaltungen des
"Ostermarsches" zum
Hiroshima-Tag
- Mo 6. 8. 20 Uhr Gasthaus "Adler",
Okritzel, Schulstraße 2
Beratungsabend (C. Bossack)
- Di 7. 8. Beratungsabend, wie 17. 7.
20 Uhr VK-Büro
"Kontakte"-Klebearbeiten
- Mi 8. 8. 20 Uhr Gewerkschafts-
Jugendheim, Frankfurt,
Untermainkai 56, Raum 5
"Mittwoch-Forum"
mit Diskussion
- Do 9. 8. "Gewaltlose Aktion" (19.7.)
- Fr 10. 8. 19.30 - 22 Uhr VK-Büro
"Kontakte"-Versandarbeiten
- Mo 13. 8. Bücherausleihe, wie 16. 7.
- Di 14. 8. Beratungsabend, wie 17. 7.

BÜROSTUNDEN: JEDEN MONTAG

+++++ 19.30 bis 21.30 Uhr

ERSATZDIENSTPFLICHTIGE GESUCHT!

Das "Soziale Hilfswerk für heilende Erziehung" in Wuppertal-Barmen, Gronaustr. 67, sucht für internationale Arbeitslager Freiwillige sowie für den Dienst in ihrem "Troxler-Haus" (Bildungstüfte für Erwerbsbehinderte) und in einem pädagogisch-therapeutischen Institut (Rudolf-Steiner-Tagesheimschule) Ersatzdienstpflichtige. Interessenten wenden sich wegen näherer Information bitte an obenstehende Anschrift.



"Wieder geht
luftverweht
heute!"

W i t z
aus CONSTANZ
21/1962,
Ende Mai 62

Bitte vormerken:

Ein PROBE-PRÜFUNGS-AUSSCHUSS mit
Dr. Wilhelm Ude vom VK-Bundesvorstand
wird in Frankfurt wieder am
Sonntag, 23. September, zusammentreten.

"DEUTSCHLAND -
WIE GROSS WIRD DEIN NÄCHSTES ELEND?"
(Gilt gleichermaßen für Pankow und Bonn)

Wir empfehlen diese Foto-Postkarten zum
Stückpreis von 25 Pfennig, verwendbar
für alle Gelegenheiten. Weiter sind
noch runde Autoplaketten "MEIN AUTO-
MOBIL BLEIBT ZIVIL" erhältlich, 8 cm Ø,
grau/schwarz, Stück DM 1,50.

Dieses und alles andere Material des
VK ist erhältlich dienstags abends ab
19.30 Uhr in der "Alten Landekrone",
montags abends im VK-Büro und auf Be-
stellung über Telefon 52 46 65 bzw.
Büro 2 46 88 von Freund Dieter Baum
resp. schriftlich über besser Postfach
Pfm-Eschersheim 151.

INFORMIEREN SIE SICH ÜBER ...

- ... die Machtkämpfe innerhalb der algerischen Exilregierung
- ... Verlauf und Echo des "Weltkongresses für allgemeine Abrüstung und Frieden" in Moskau vom 9. - 14. Juli 62 und der "8. Weltjugendfestspiele" in Helsinki vom 28. Juli bis 5. August
- ... die weitere FIBAG-Ausschuf-Arbeit
- ... die Vorgänge um Generalbundesanwalt Tränkel
- ... die Konsequenzen der Regierungsumbildung in Nordrhein-Westfalen

DARÜBER SOLLTEN SIE BESCHIED WISSEN!

KONTAKTE 15. Juli 1962
zu Kriegsdienstverweigerern
Pfm 10, Hans-Thomastr. 11 I.-T 681064
Erscheint monatlich - Verantwortlich:

Aus dem Kommentar des Einsenders:
"Ich war von dieser Art, eine Frage wie
die der Atomgefahr zu behandeln, doch
etwas schockiert. Sollte man nicht den-
ken, daß in einem Staat wie der Bundes-
republik solche makabren Witze verpönt
sind? Oder ist es nur eine konsequente
Folge der geistigen Wiederaufrüstung,
die seit der Gründung der Bundeswehr
deren Verfechtern betrieben wird? ...
Daß eine solche Zeichnung erscheinen
könnte, zeigt doch nur zu deutlich, wie
die allgemeine Einschüchterung in Deut-
sland auf fruchtbaren Boden fällt."

Wer sich seit Jahren mit diesem ganzen
Komplex befaßt, den überrascht so leicht
nichts mehr - man erwartet kaum noch
eine Besserung, sondern nur stete Ver-
schlechterung der Verhältnisse. ...
mitten hinein in das neue Chaos. ...
den - gerade deshalb: es ist die Pflicht
und Schuldigkeit der wenigen Sehenden,
alles in ihren Kräften stehende zu tun
doch noch ein besseres Fahrwasser zu
finden.

Hierher paßt eine zeitgemäße Neufassung
des bekannten Ausspruchs von Marx/Engel
die wir den "Karmatäcker Elmittern" 6/6
entnehmen: "Intellektuelle aller Länder
vereint Euch - die Dummheit der poli-
tischen Funktionäre nimmt kein
Ausmaß an".

WIR EMPFEHLEN:

- Fernsehen: "Jeder stirbt für sich
allein" von Hans Fallada
am 19.7. 21.10 h 1. Progn.
- Buch: Hans-Joachim Winkler:
"Legenden um Hitler"
Colloquium-Verlag DM 2,80
- Zeitschrift: "Werkhefte katholischer
Leien", München
monatlich DM 1,50
"aufwärts", Köln
monatlich DM - 50

Mitteilungen der Gruppe Frankfurt
Verbandes der Kriegsdienstverweigerer
in der WRI eV ("VK") 4. Jahrgang
PaKo PFM 16700 "Verb. der Kriegsdienstv."
Horst Maurer, Fritz Vilmar, beide PFM.

Horst Maurer

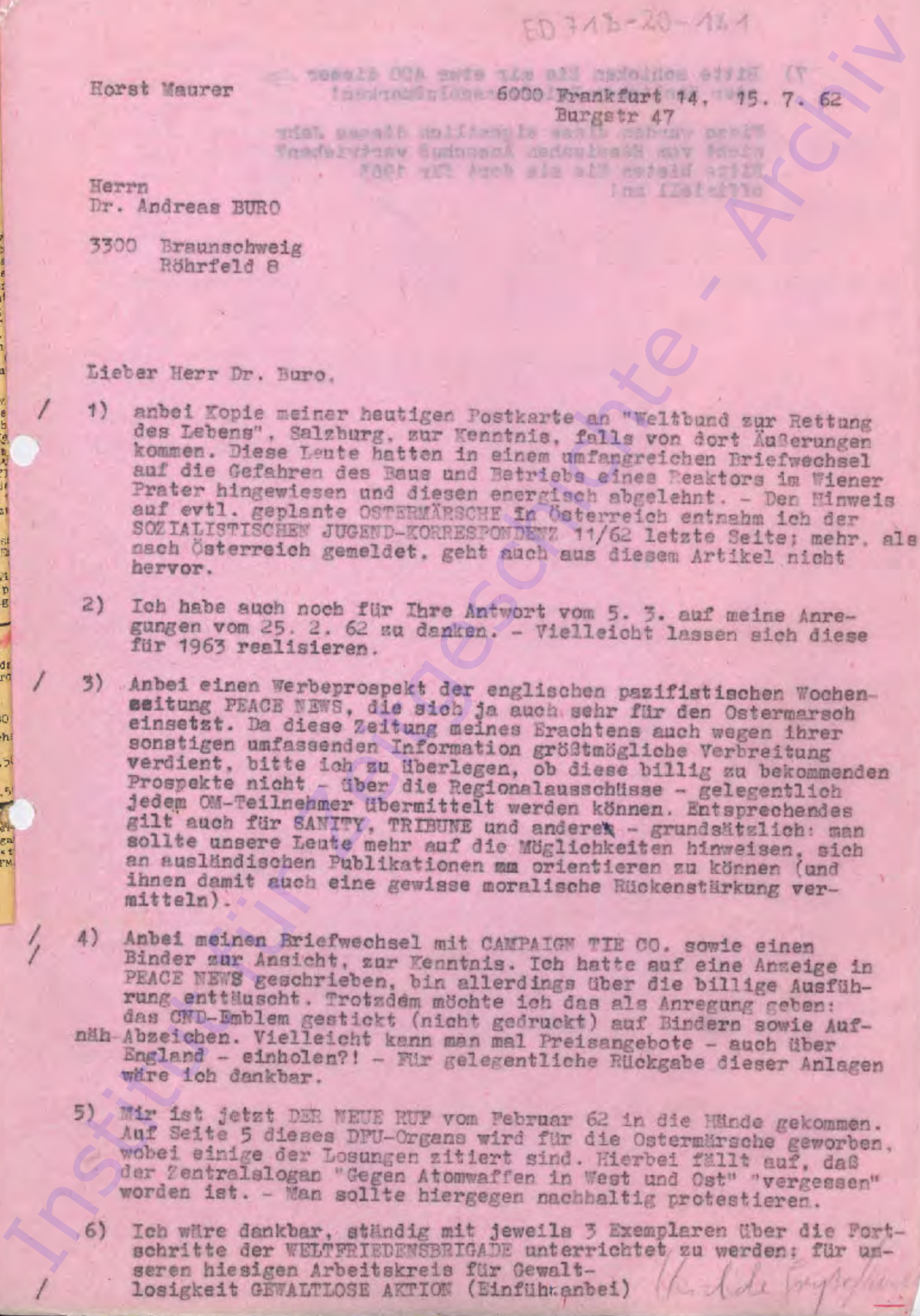
Bitte schicken Sie mir ...
6000 Frankfurt 14, 15. 7. 62
Burgstr 47
Bitte schicken Sie mir ...
1111111111

Herrn
Dr. Andreas BÜRO

3300 Braunschweig
Röhrfeld 8

Lieber Herr Dr. Büro,

- 1) Anbei Kopie meiner heutigen Postkarte an "Weltbund zur Rettung des Lebens", Salzburg, zur Kenntnis, falls von dort Äußerungen kommen. Diese Leute hatten in einem umfangreichen Briefwechsel auf die Gefahren des Baus und Betriebs eines Reaktors im Wiener Prater hingewiesen und diesen energisch abgelehnt. - Den Hinweis auf evtl. geplante OSTERMÄRSCH in Österreich entnahm ich der SOZIALISTISCHEN JUGEND-KORRESPONDENZ 11/62 letzte Seite; mehr, als nach Österreich gemeldet, geht auch aus diesem Artikel nicht hervor.
- 2) Ich habe auch noch für Ihre Antwort vom 5. 3. auf meine Anregungen vom 25. 2. 62 zu danken. - Vielleicht lassen sich diese für 1963 realisieren.
- 3) Anbei einen Werbeprospekt der englischen pazifistischen Wochenzeitung PEACE NEWS, die sich ja auch sehr für den Ostermarsch einsetzt. Da diese Zeitung meines Erachtens auch wegen ihrer sonstigen umfassenden Information größtmögliche Verbreitung verdient, bitte ich zu überlegen, ob diese billig zu bekommenden Prospekte nicht - über die Regionalausschüsse - gelegentlich jedem OM-Teilnehmer übermittelt werden können. Entsprechendes gilt auch für SANITY, TRIBUNE und andere - grundsätzlich: man sollte unsere Leute mehr auf die Möglichkeiten hinweisen, sich an ausländischen Publikationen zu orientieren zu können (und ihnen damit auch eine gewisse moralische Rückenstärkung vermitteln).
- 4) Anbei meinen Briefwechsel mit CAMPAIGN TIE CO. sowie einen Binder zur Ansicht, zur Kenntnis. Ich hatte auf eine Anzeige in PEACE NEWS geschrieben, bin allerdings über die billige Ausführung enttäuscht. Trotzdem möchte ich das als Anregung geben: das GND-Emblem gestickt (nicht gedruckt) auf Bindern sowie Aufhänger-Abzeichen. Vielleicht kann man mal Preisangebote - auch über England - einholen?! - Für gelegentliche Rückgabe dieser Anlagen wäre ich dankbar.
- 5) Mir ist jetzt DER NEUE RUF vom Februar 62 in die Hände gekommen. Auf Seite 5 dieses DPU-Organs wird für die Ostermärsche geworben, wobei einige der Losungen zitiert sind. Hierbei fällt auf, daß der Zentralslogan "Gegen Atomwaffen in West und Ost" "vergessen" worden ist. - Man sollte hiergegen nachhaltig protestieren.
- 6) Ich wäre dankbar, ständig mit jeweils 3 Exemplaren über die Fortschritte der WELTFRIEDENSBRIGADE unterrichtet zu werden; für unseren hiesigen Arbeitskreis für Gewaltlosigkeit GEWALTLOSE AKTION (Einführer) *Horst Maurer*



FD 748-20-147

7) Bitte schicken Sie mir etwa 400 dieser
oder ähnlicher Briefverschlusmarken!

Horst Maurer

Wieso wurden diese eigentlich dieses Jahr
nicht vom Hessischen Ausschuss vertrieben?
Bitte bieten Sie sie dort für 1963
offiziell an!

Herrn
Dr. Andreas Buro
3500 Bismarckstraße
Bühlfeld 8

Lieber Herr Dr. Buro,

1) Anbei Kopie meiner heutigen Postkarte an "Weltbund zur Rettung
des Lebens", Salzburg, zur Kenntnis, falls von dort Änderungen
kommen. Diese Karte hatten in einem umfangreichen Briefwechsel
auf die Gefahr des Baus und Betriebes eines Reaktors in Wismar
Prater hingewiesen und diesen energisch abgelehnt. - Das Hinweis
auf evtl. geplante Ostermärsche in Österreich entsprach ich der
SOZIALISTISCHEN JUGEND-KORRESPONDENZ 11/62 letzte Seite; mehr, als
nach Österreich gemeldet, geht auch aus diesem Artikel nicht
hervor.

2) Ich habe auch noch für Ihre Antwort vom 2. 3. auf meine Anre-
gungen vom 22. 2. 62 zu danken. - Vielleicht lassen sich diese
für 1963 realisieren.

3) Anbei einen Werbeentwurf der englischen pazifistischen Wochen-
zeitung PEACE NEWS, die sich ja auch sehr für den Ostermarsch
einsetzt. Da diese Zeitung meines Wissens auch wegen ihrer
sonstigen umfassenden Informationen (regelmäßige Verbreitung
verdient, bitte ich an Überlegen, ob diese billig zu bekommen
Projekt nicht - über die Regionalausgaben - gelegentlich
Jeden OM-Teilnehmer übermitteln werden können. Entsprechendes
gibt auch für SANITY, TRIBUNE und anderer - grundsätzlich: man
sollte unsere Leute mehr auf die Möglichkeiten hinweisen, sich
an unabhängigen Publikationen zu beteiligen zu können (und
innen damit auch eine gewisse moralische Rückversicherung ver-
mitteln).

4) Anbei meine Briefwechsel mit CAMPAIGN FOR 60, sowie einen
Hinweis zur Ansicht, zur Kenntnis. Ich hatte auf eine Anzeige in
PEACE NEWS geschrieben, die allerdings über die billige Anleihe-
frage enthielt. Trotzdem möchte ich das als Anregung geben:
das GND-Büro gestickt (nicht gedruckt) auf Briefen sowie Auf-
schriften. Vielleicht kann man mal Protokolle auch über
England - einholen! - Für gelegentliche Rückgabe dieser Anlagen
würde ich dankbar.

5) Mir ist jetzt DER NEUE KAMPF vom Februar 62 in die Hände gekommen.
Auf Seite 2 dieses DKU-Organs wird für die Ostermärsche geworben,
wobei einige der Lösungen nicht sind. Hierbei hilft mir das
der Zentralorgan "Gegen Atomwaffen in West und Ost" "vergessen"
worden ist. - Man sollte hiergegen nachdrücklich protestieren.

6) Ich wäre dankbar, ständig mit jeweils 3 Exemplaren über die Fort-
schritte der WELTFRIEDENSBRÜCKE unterrichtet zu werden; für an-
deren diesigen Arbeitskreis für Gewalt-
losigkeit GEWALTLOSE AKTION (Hinzubehalten)

Horst Maurer
6000 Frankfurt 14
Burgstr 47
Deutschland

15. 7. 1962

"Weltbund zur Rettung
des Lebens"
Sektion Österreich

Salzburg
Dornbergstr 19
Österreich

Liebe Freunde.

ED 748-20-182

mit Interesse habe ich dem Sommerheft DER STILLE WEG
Ihren Briefwechsel mit Ihrem Unterrichtsminister bzw.
dem Atominstitut der Österreichischen Hochschulen betr.
den Atomreaktor im Wiener Prater entnommen.

Ich möchte nicht verschmähen, darauf aufmerksam zu machen,
daß im nächsten Jahr möglicherweise auch in Österreich
ein "Ostermarsch der Atomwaffengegner" stattfinden wird,
und zwar möglicherweise auf Initiative des jungen
Österreichers Thomas WALTER, der 1962 am Ostermarsch in
München teilgenommen hatte und hierüber wohl in mehre-
ren österreichischen Zeitungen berichtet hat. - Ich
nehme bestimmt an, daß Sie sich in solche Bemühungen
zur Durchführung eines OSTERMARSCHES auch in Ihrem Land
aktiv einschalten werden. Nachstehend nenne ich die
Anschrift der hiesigen OM-Zentrale, wo man Ihnen gerne
mit Auskunft und Rat zur Verfügung steht:

Ostermarsch der Atomwaffengegner, Zentraler Ausschuß,
Herrn Dr. Andreas BURO, 3300 Braunschweig, Röhrfeld 8

Mit Kopie dieser Karte unterrichte ich Dr. BURO davon,
daß Sie sich evtl. an ihn Herzliche Grüße
wenden werden.

~~☉ an BURO mit 15.8.~~

(12.7.62)
16.7.62

. . . fünf Sekunden
fünf Sekunden brauchte die Atombombe
um in Hiroshima
sechshundertachtzigtausend Menschen zu töten.

Am 6. August 1945
wurden in fünf Sekunden
sechshundertachtzigtausend
Herzschläge
Atemzüge
Hoffnungen
Sehnsüchte
abgebrochen, ausgelöscht.

Mütter - das Kind an der Brust
Männer - am Arbeitsplatz
Kinder - das Püppchen im Arm
zerletzt
zerplatzt
zerrissen
verbrannt
in fünf Sekunden.

Aber der Tod erntet weiter.
Heute ist die Zahl der Todesopfer
auf zweihundertfünfzigtausend angewachsen.
Und alle starben einen sinnlosen Tod.

Aber haben wir nur zu verlieren?
Gibt es nicht mehr?:
Freude, Glück, Sehnsucht
und Hoffnung.

So ist die Trauer um Hiroshima
unser Kampf für das Leben.

Und Du,
der uns fünf Sekunden hörte
fordere mit uns:

Sofortige und endgültige Einstellung aller Kernwaffenversuche
Verzicht auf weitere Produktion von Kernwaffen
Vereinbarung über die Bildung atomwaffenfreier Zonen
Allgemeine kontrollierte Abrüstung und Abschaffung
aller vorhandenen Kernwaffen.



Ostermarsch
der
Atomwaffen-
gegner

Verantwortlich:
Klaus Vack
Druck:
III Pleueln
Offenbach/M

ED 718-20-185



Hallo, Mann an der Maschine
Hallo, Frau in der Küche
Hallo, Du Vorübereilender

Höre zu, fünf Sekunden
Es geht nicht um Waschmittel
Zigaretten
Oder eine neue Sektmarke

Es geht um mehr
Deine Gesundheit

Dein Leben
Deine Zukunft

Höre zu, . . .

Ostermarsch der Atomwaffengegner

ED 743-20-184

Offenbach (Main) 4 - Postfach 548

Hessischer Ausschuß

Verantwortlich: Klaus Vack
Offenbach (Main)

Fritz Amann
Darmstadt

Geschäftsstelle: Offenbach (Main)
Waldstraße 99

Postcheck: Frankfurt (M) 57648

Datum:

12. 7. 1962

16.7.62

An die

Teilnehmer und Freunde
des Ostermarsches der
Atomwaffengegner

=====



Liebe Freunde,

dieser Brief soll nicht dokumentieren, daß der Hessische Ausschuß noch existiert und arbeitet, sondern auf ein geschichtliches Datum hinweisen, das in unserer Arbeit berücksichtigt werden muß.

6. August - Jahrestag des 1. Atombombenabwurfes
auf die japanische Stadt Hiroshima.

Der Zentrale Ausschuß und auch der Hessische Ausschuß sind der Auffassung, daß durch die Urlaubszeit bedingt, leider keine Großveranstaltungen zu diesem Tag möglich sind. Wir glauben auch, daß Atommahnwachen, in möglichst vielen Städten und Gemeinden der Bundesrepublik errichtet, dem Anlaß eher gerecht werden.

Wir schlagen den örtlichen Ausschüssen und dort, wo keine Ausschüsse bestehen, den aktiven Ostermarschteilnehmern vor, für den 6. August in ihrem Heimort eine Mahnwache zu errichten. Die Mahnwache kann man in Form einer großen Tafel, eines Dreieckständers oder auch einer nachgebildeten Bombe aufbauen. Die Tafeln oder Ständer werden mit Aufschriften zur Erinnerung an den 1. Atombombenabwurf versehen. Die Mahnwache sollte möglichst den ganzen Tag, auf jeden Fall aber während der Hauptgeschäftszeiten von 2 - 3 Personen besetzt sein. Diese Freunde tragen Umhängeschilder, damit man sie sofort als zur Mahnwache gehörig erkennen kann. Sie verteilen Flugblätter, die vom Hessischen Ausschuß herausgebracht wurden. Selbstverständlich ist es auch möglich, die Mahnwache bereits am Samstag, den 4. Aug. zu eröffnen und über einige Tage zu besetzen. Die Öffentlichkeit sollte durch eine Pressemeldung, die der örtliche Ausschuß den örtlichen Zeitungen übermittelt, informiert werden.

Rechtsbelehrung: Die Errichtung von Tafeln oder Ständern, sowie das Verteilen von Flugblättern bedarf in mehreren Städten der behördlichen Erlaubnis bzw. einer Anmeldung bei der zuständigen Polizeibehörde!

Beigefügt finden Sie ein Flugblatt für den 6. August 1962, das zum Preis von DM 2,50 für 200 Stück rechtzeitig bei der Geschäftsstelle zu bestellen ist.

KURATORIUM:

Stefan Andres
Hedwig Born
Benjamin Britten
Canon Collins
Herbert Fallert
Prof. Dr. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Gustav Heckmann
Heinz Hilpert
Dr. Robert Jungk
Dr. Erich Kästner
Dr. Arno Klönne
Dr. Heinz Kloppenburg
Christel Küpper
Margarethe Lachmund
Dr. Armin Prinz zu Lippe
Prof. Wilhelm Maler
Dr. Bodo Mansteln
Prof. Katharina Petersen
Prof. Bertrand Russel
Marlin Schröter
Prof. Dr. Johannes Ude
Prof. Dr. Dr. Fritz Wenzel
Prof. Dr. Ernst Wolf

Finanzielle Situation.

Es ist dem Hessischen Ausschuß in diesem Jahr gelungen, seinen finanziellen Verpflichtungen fast vollständig nachzukommen. Lediglich eine kleine Schuld wartet noch auf Deckung. Trotzdem sind wir auch weiterhin auf finanzielle Unterstützung unserer Interessenten angewiesen. Die Spendefreudigkeit ist nach dem Ostermarsch 1962 plötzlich abgerissen und seit dieser Zeit sind kaum neue Gelder eingegangen. Für die Vorbereitung zum 6. August, vor allen Dingen aber auch eine geplante Aktion zum 1. September (Anti-Kriegstag) muß der Hessische Ausschuß wieder genügend Mittel zur Verfügung haben, um wirkungsvoll zu arbeiten. Wir legen deshalb wieder einmal eine Zahlkarte bei und erinnern an unser Postscheckkonto Nr. 57648. Für Ihre Mühe auf diesem Gebiet besonders herzlichen Dank.

An unsere Fotografen

Zur Zeit sind die Vorarbeiten für einen Lichtbildervortrag von unserem hessischen Marsch 1962 angelaufen. Etwa 150 Dia-Aufnahmen und 4 Stunden Original-Tonbandaufnahmen stehen bereits zur Verfügung. Der fertige Lichtbildervortrag wird erheblichen dokumentarischen und werbenden Wert besitzen. Voraussetzung ist jedoch, daß uns die fotografierenden Ostermarschfreunde unterstützen, indem sie uns ihr Diamaterial zunächst einmal kurzfristig zur Durchsicht zur Verfügung stellen. Besonders dringend gesucht werden noch Bilder von der Demonstration vor der Sowjetischen Militärmission und von der Abschlußkundgebung auf dem Römerberg. Wir hoffen, daß unsere Fotofreunde den Wert einer solchen Lichtbildreihe voll ermaßen können und bitten alle Betreffenden, sich bald in der Geschäftsstelle in Offenbach, Waldstraße 99, schriftlich (Postfach 648) oder telefonisch (883764) zu melden. Noch nicht eingerahmte Dias können auch gleich zur Durchsicht dorthin gesandt werden. Soweit dann von uns Bilder verwendet werden sollen, treten wir mit den Fotografen anschließend in Verbindung. Bitte melden Sie sich bald!

Luftschutz - wie groß ist unsere Chance

Angesichts der zur Zeit in vielen Städten der Bundesrepublik veranstalteten Werbewochen des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz und des Bundesluftschutzverbandes, sehen wir uns veranlaßt, Sie noch einmal auf unsere Broschüre "Luftschutz - wie groß ist unsere Chance" hinzuweisen. Bei den sogenannten Aufklärungsveranstaltungen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß unter Vorspiegelung falscher Tatsachen ein Schutz angepriesen wird, der sich im Ernstfall eines Atomkrieges als lächerlich erweisen würde und daß damit die Öffentlichkeit irreführt wird. Diese Irreführung schwächt selbstverständlich die oppositionellen Kräfte, da sich der Bürger noch mehr als bisher in Sicherheit wiegt. Wir sollten den Luftschutzspielereien, überall wo sie aufgeführt werden, energisch entgegentreten. Es empfiehlt sich auch hier wieder Trageschilder anzufertigen, wobei sich besonders die Slogans eignen: "Nur Friede ist Luftschutz", "Wer Bunker baut, denkt an Krieg". Und noch einmal: Immer wieder sollte unsere Broschüre "Luftschutz - wie groß ist unsere Chance" verteilt werden, da sie einfach und verständlich darlegt, daß es nur einen Bevölkerungsschutz gibt: die Politik ohne Bombe.

Damit haben wir Ihnen heute wieder einige Hinweise gegeben und hoffen, daß nun wieder etwas mehr Leben in unsere Bewegung kommt. Über den Anti-Kriegstag am 1. September werden wir Sie demnächst ausführlich informieren.

Mit freundlichen Grüßen!

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Klaus Vork

P.S.: Der Zentrale Ausschuß hat kurz vor dem Ostermarsch Ratschläge, Informationen und Liedertexte für die Teilnehmer herausgegeben, die uns leider so spät erreichten, daß wir sie nicht mehr zum Versand bringen konnten. Wir fügen diese Zettel nun bei, da sie für die Diskussion um den Ostermarsch heute noch interessant sein dürften.

ED 715-20-185

Hallo, Mann an der Maschine
Hallo, Frau in der Küche
Hallo, Du Vorübereilender

Höre zu, fünf Sekunden
Es geht nicht um Waschmittel
Zigaretten
Oder eine neue Sektmarke
Es geht um mehr
Deine Gesundheit
Dein Leben
Deine Zukunft
Höre zu, . . .

. . . fünf Sekunden
fünf Sekunden brauchte die Atombombe
um in Hiroshima
sechshundertachtzigtausend Menschen zu töten.

Am 6. August 1945
wurden in fünf Sekunden
sechshundertachtzigtausend
Herzschläge
Atemzüge
Hoffnungen
Sehnsüchte
abgebrochen, ausgelöscht.

Mütter - das Kind an der Brust
Männer - am Arbeitsplatz
Kinder - das Püppchen im Arm
zerfetzt
zerplatzt
zerrissen
verbrannt
in fünf Sekunden.

Aber der Tod erntet weiter.
Heute ist die Zahl der Todesopfer
auf zweihundertfünfzigtausend angewachsen.
Und alle starben einen sinnlosen Tod.

Aber haben wir nur zu verlieren?
Gibt es nicht mehr?:
Freude, Glück, Sehnsucht
und Hoffnung.

So ist die Trauer um Hiroshima
unser Kampf für das Leben.

Und Du,
der uns fünf Sekunden hörte
fordere mit uns:

Sofortige und endgültige Einstellung aller Kernwaffenversuche
Verzicht auf weitere Produktion von Kernwaffen
Vereinbarung über die Bildung atomwaffenfreier Zonen
Allgemeine kontrollierte Abrüstung und Abschaffung
aller vorhandenen Kernwaffen.



Ostermarsch
der

Atomwaffen-
gegner

Verantwortlich:
Klaus Vack
Druck:
Willi Plaveln
Offenbach-M

OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER - ZENTRALER AUSSCHUSS



Ratschläge, Informationen, Moderatoren für die Teilnehmer am Ostermarsch der Atomwaffengegner

ROTSCHLÄGE

Der Erfolg unserer Aktion hängt nicht in erster Linie von der Zahl der Teilnehmer ab. Es kommt vor allem darauf an, ob wir überzeugen können. Deshalb sollten wir zu unserem Verhalten gelassen und ernsthaften sein und nicht verneinen, was unsere Gegner zur Differenzierung des Ostermarsches ausnutzen könnten.

Der Protest muß vom ersten bis zum letzten Tag vollkommener eindeutig bleiben. Wir fordern den Verzicht auf jegliche militärische Verwendung der Atomenergie in Ost und West. Er darf unter keinen Umständen durch unbefugtes Verhalten zu Gewalttätigkeiten, irgendwelcher Art führen. Die Erfahrungen in anderen Ländern wie in USA und England bei gewaltlosen Demonstrationen und Märschen gegen den Atomkrieg haben gezeigt, daß nur dann ein Erfolg zu erwarten ist, wenn ein solcher Protest unerschrocken, gewaltfrei und mit Würde durchgeführt wird.

Jeder einzelne trägt die für die Gelingen des Ostermarsches die Verantwortung mit und wird deshalb auch dafür sorgen, daß die folgenden Punkte von allen Teilnehmern beachtet werden. Sollten Sie nach eingehender Prüfung der Meinung sein, daß Sie unsere Ratschläge bzw. im Einzelfall nicht folgen können, so bitten wir Sie, nicht an der Aktion teilzunehmen.

1. Selbstdisziplin

Wir erwarten, daß jeder Teilnehmer sich den Anordnungen und Hinweisen des Organisationsausschusses und der Deklar des Marsches in störungsfreier Weise folgt. Insbesondere dann, wenn ihm nicht sofort durchläuterte Anweisung gegeben werden muß, sollte ohne Kritik Folie geleistet werden. Die für den Marsch Verantwortlichen können lediglich bemerken, die ständige Verbindung mit dem Organisationsausschuss halten. Wenn Sie wert sein, daß durch Panik oder besondere Ereignisse eine Störung unserer Demonstration erfolgen könnte, teilen Sie dies bitte sofort dem für Sie zuständigen Ordner mit und versuchen Sie nicht, den Schwarmgeleit im Ablaufgang zu begreifen.

2. Verhalten auf dem Marsch

Störfähiges, fremdfeindliches Verhalten ist die beste Reaktion auf jeden beleidigenden Zutritt oder rassistischen Angriff durch Außenstehende. Niemand darf sich in eine bewußtlose Aggression erlassen, selbst dann nicht, wenn ihm sein Platz oder seine Handlung entgegen werden sollten. Selbstverständlich darf kein Teilnehmer des Marsches selbst Ursache oder Anstifter einer gewalttätigen Handlung sein, es aber irgendwo ein stichtiger Streit ausgebrochen, werden wir ohne Anwendung von Gewalt zu mediativen versuchen, indem wir uns ruhig zwischen die Streitenden stellen, um sie voneinander zu trennen.

Jeder Teilnehmer halte sich an die Abmarschregeln und -pläne. Sofern nicht anders bekanntgegeben, sollte sich jeder einer Meierei ablehnen. Auf den Requiraten darf in keinem Fall Papier und Abfall zurückbleiben.

Besonders beim Durchqueren von Ortschaften und am Zielort ist größte Disziplin geboten. Eine ernst und schweigend marschierende Gruppe wird den größten Eindruck machen. Für eventuelle Sprachschritte werden die Texte rechtzeitig ausgearbeitet.

3. Kleidung und Verpflegung

Jeder Teilnehmer sollte sich auf kalte Witterung einstellen und auch im Regenperioden vorbereitet sein. Dabei muß immer beachtet werden, daß das äußere der Teilnehmer gepflegt und möglichst normal sein sollte.

4. Verhalten der Polizei gegenüber

Den Anordnungen und Hinweisen der Polizei ist selbstverständlich - anfalls man Rücksprache mit den Ordnern - zu folgen. Bei allem ist zu bedenken, daß die Polizeisten in Ausübung ihres Dienstes handeln und deshalb auch mit Recht Verdächtigungen von unserer Seite erwarten dürfen.

5. Zeichen und Plakate

Der Ostermarsch findet unter dem international anerkannten Symbol dererogischen Anti-Atomwaffen-Bewegung statt. Dieses Zeichen steht in Form von Plakaten und Aufzügen in geräuschloser Menge zur Verfügung.

Damit das Anliegen des Marsches nicht mißverstanden oder sonstwie verzerrt kann, bitten der Zentrale Ausschuss, daß kein Teilnehmer die Zeichen, Parolen oder Namensschilder der Organisation, der er angehört, sichtbar mit sich führt.

Erstehen geräuschlos Plakate mit selbstgefassten Texten bereit. Sollte jemand ein eigenes Plakat anfertigen wollen, so muß vorher die Genehmigung des Zentralen Ausschusses eingeholt werden. Es kommt uns sehr darauf an, daß jeder die Notwendigkeit dieser Beschränkung erkennt. Wegen der Möglichkeit eines der "Einschneidung" durch Menschen, denen es nicht um die Abschaffung der Atomwaffen in Ost und West geht, dürfen wir in keiner Weise erspart werden.

INFORMATIONEN ZUM OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER

1. Das Zeichen, unter dem wir marschieren, ist das internationale Zeichen der Atomwaffengegner. Es ist aus dem Zeichen für N und D des internationalen Signalalphabets entstanden. ND = Nuclear Dismantment = Atomäre Abrüstung.

2. Entstehung. Die ersten großen Märsche der unterschiedlichen Atomwaffengegner fanden in England stattgefunden. Besonders bekannt wurde der Marsch von den Atomikern im gesamten Aldermaston nach London zu Ostern jedes Jahres. - Der erste deutsche Ostermarsch wurde von Hans-Konrad Toppel und Helga Stolle und einigen Freunden 1960 organisiert. Er führte von Hamburg, Berlin, Hannover und Braunschweig zu dem NATO-Hauptquartier in Berlin. Die ersten Märsche in Deutschland ereignen werden waren, nach diesem Marsch bildete sich ein Zentraler Ausschuss, der mit Hilfe von Komitee und örtlicher Ausschüsse bereits im 1961 in allen Teilen der Bundesrepublik Märsche von weite und durchführte.

3. Ostermarsch-Aktionen seit 1961: In fast allen größeren Städten der Bundesrepublik wurden Demonstrationen, Märsche oder Versammlungen aufgeführt. In Ostberlin (1. August), der wiederholte der sowjetischen Atomwaffenbau, ebenso, das Anti-Atomprogramm (1. September), und zur Vorbereitung der Märsche 1962 (Zentraler Ausschuss). Der Vorwurf, wir hätten uns nicht deutlich gegen die Aufnahme der Atomenergie durch die Sowjets ausgesprochen, ist unfähig. Keine Organisation in der Bundesrepublik hat sich eindeutig und mit kraftvollen Aktionen hiergegen gewandt.

4. In der ganzen Welt wird mit dem unsern Zeichen identifiziert, z.B. in Dänemark, Deutschland, England, Holland, Italien, Schweden, USA, Canada, Australien, Neuseeland, Belgische und Französische Delegationen nehmen teil.

5. Unter unserem Zeichen wurde 1961 auch der San Francisco-Moskau-Marsch durchgeführt. Er begann im Dezember 1960, führte durch die USA, England, wurde in Frankreich verboten, ging durch Belgien, die Bundesrepublik, die DDR (die Teilnehmer wurden oftmals aus der DDR hinausgeschickt, weil sie zur Zeit der Berlin-Würde darauf bestanden, nach Berlin einzuwandern zu werden), Polen, bis nach Moskau. Auf dem ganzen Marsch wurde die gleichen Flugblätter verteilt, die zur sofortigen Abrüstung aufforderten. Den Abschluss bildete eine Mahnwache auf dem Roten Platz und eine Diskussion in der Moskauer Universität. Für Deutschland wurde der Marsch von Mitgliedern des Ostermarsches organisiert.

6. 1962 finden zu Ostern folgende Märkte statt:

Nord: Von Bergen-Hohne nach Hamburg, Bremen, Hannover. Von Hainschweig, Göttingen, Detmold nach Hannover.
Von Kiel, Rastau/Lübeck nach Hamburg.
West: Von Duisburg über Essen und Dochum nach Dortmund.
Mittel: Von Saarbrücken, Gießen und Mannheim nach Frankfurt.
Südwest: Von Goppingen und Bietfelden nach Stuttgart.
Süd: Von Weidenhofen bei Ingolstadt nach Nürnberg und München. Von Fünstentfelden über Dachau nach München.

7. Organisation. In der Bundesrepublik werden ein Kuratorium, ein Zentraler Ausschuss, Regionale und örtliche Ausschüsse für den Ostermarsch gebildet. Sprecher des Zentralen Ausschusses ist Hans-Konrad Tempel. Kuratoriumsmitglieder sind: Stefan Anders, Hedwig Bach, Benjamin Britten, Canon Collins, Herbert Falter, Helmut Gollwitzer, Gurus Heckmann, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Kippen, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Fritz Amint zur Lippe, Wilhelm Maier, Bodo Marbach, Katharina Petersen, Bertrand Russell, Robert Schall, Martin Schöner, Johannes Ude, Fritz Wenzel, D. E. Wolf.

Jeder gemeinsame Protest ist grundsätzlich ein Protest von einzelnen, nicht von Organisationen und findet auf der Basis der Verfassung statt. Der Ostermarsch ist parteipolitisch neutral.

8. Allgemeine Zielsetzung des Ostermarsches

- Widerstand gegen Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in West und Ost.
- Wir sehen uns vorerstem Gewissen verpflichtet, uns allen uns zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln jede Politik der Gewalt (deren Selbstes Zeichen die Atombombe darstellt) zu bekämpfen, weil durch sie nicht nur die Menschheit schlechter in ihrem Bestand gefährdet ist, sondern auch der einzelne Mensch auf Grund der Menschverachtung der Regierungen entwürdigt und erniedrigt wird.
- Wir erkennen, daß militärisches, mit der atomaren Massenvernichtung verbundene Gewaltdenken und eine unternationale und totalitäre Entwicklung eng miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig stützen und fördern. Daher gilt "Unser Nein zur Bombe" ist ein Ja zur Demokratie, eine Abgabe an politischen Terror und totalitäre Bedrohung. Wir widersetzen uns insbesondere jeder Behinderung unseres Protests gegen die atomare Bewaffnung in West und Ost.

10. Konkrete politische Zielsetzung

- Die Bundesrepublik soll an ihrem Platz ailes tun, damit eine Welt ohne Partei und Haß, ohne Krieg und Unterdrückung entsteht. Die Bundesrepublik soll daher konkrete Vorschläge zur Entspannung und Abtötung ausarbeiten und propagieren. Sie soll den Willen zu Verhandlungen aufbringen, in denen die Bereitschaft zu einer vernünftigen und auch für ihre Nachbarn annehmbaren Politik zum Ausdruck kommt.
- Wir fordern den Verzicht auf jegliche militärische Verwendung der Atomenergie in Ost und West und appellieren mit unserem Marsch an unsere Bundesregierung, durch Verzicht auf eine atomare Aufrüstung mit gutem Beispiel voranzugehen. Insbesondere verlangen wir

Sofortige und endgültige Einstellung aller Kernwaffenversuche
Verzicht auf weitere Produktion von Kernwaffen
Vereinbarungen über die Bildung atomwaffenfreier Zonen
Allgemeine kontrollierte Abtötung und Abschaffung aller vorhandenen Kernwaffen.

LIEDER

1. DAS LIED VON HIROSHIMA (KINOSHITA)

Dort, wo unsere Stadt vernichtet wurde, wo wir bestarrten die Asche unserer Lieben, dort wächst jetzt nur Gras, hüßig und wuchert blaues Unkraut.
Ref.: Todliche Ernte der Atombombenwaffe. Drum auf, Brüder, Schwäger, ihr müßt weinen und sorgen, daß niemals die dritte Bombe kommt!

Saufter Regen träufelt Gift herab vom Himmel, die Fische tragen Tod in die Tiefen des Meeres, Fischweibchen ahnen, die Fischer sind erblindet.

Himmel hängt wie ein Leichentuch darüber, die Sonne ist im Keckel einer Hirschwansen Wolke, keine Vögel fliegen am bläulichen Himmel.

Alles was Menschen mit ihren Händen schufen und mit ihrem Geist zum Ruhm der Welt, in der wir leben, kann verschmutzt werden, im Augenblick vernichtet.

2. HALT, BLEIB STEHN.

Halt, bleib stehen, geh' nicht an uns vorbei
Beachte unsere Warnung! Hör' auf unseren Schrei!
Achte alle Bomben, damit der Krieg gebannt,
und steck' nicht wie der Vogel Straus den Kopf in Wisstemand.
Chorus: Geh mit uns, egal, wer du auch bist,
geh mit uns, Friedliebender oder Cheik!
Geh mit uns, und sei nicht länger blind,
wie es die Mächten der Welt und ihre Helfer sind.

Stehst du nicht die Hungernden der Welt,
stehst du die Probleme nicht, vor die man dich jetzt stellt!
Menschlich denken, das ist deine Pflicht,
wenn du noch sterben willst, deine Kinder wollen's nicht.

Möchtest du, daß diese Welt zerbricht,
die Leiden von HIROSHIMA, rühren sie dich nicht,
Hörst du dem aus diesem Land wirklich nichts gesamt?
Protest! Protest! Bombe weg, bevor sie dich entzweit.

3. STRONTIUM 90

Jeder neue H-Bomben-Versuch
ist ein Reizstoff mehr für dein Leichentuch.
Komm, sei nicht müde, du mußt etwas tun,
es geht um die kommende Generation!
Chorus: Strontium 90, Strontium 90 fällt auf die ganze Welt,
Strontium 90, Strontium 90 vergiftet Flur und Feld,
Denn der Niederschlag fällt auf Mensch und Stadt,
bald strahlen wir wie ein Leuchtstängelblatt!
Schluß mit Strontium 90, es vergiftet alle Welt.

Trink mehr Milch, wird dir gesagt,
doch Milch mit Strontium ist nicht gefragt.
Ich möchte Milch pur, denn ich gläube daran,
daß Strontium 90 mich töten kann.

Experten sagen, du darfst noch mehr,
denn etwas Strontium schadet nicht sehr.
Doch warte nicht darauf, bis es soweit ist,
daß Strontium 90 deinen Leib verflucht.

4. IN IDEM STAAT ...

In jedem Staat gibt es Führer, sie haben politische Macht,
sie besinnen nur sich und ihre Ziele, wir sagen dir Gehuecht!
Sie brauchen dich, ohne dich sind sie nichts,
um sich und der Welt zu beweisen, daß sie klug und vernünftig sind,
halten sie sich Wissenschaftler, die leider klüßlich sind.
Doch sie brauchen auch dich, ohne dich sind sie nichts.

Du bist wurde die BOMBE geboren, sie war der Tod in ihrer Hand,
sie warfen sie ab auf Menschen in einem fremden Land.
Doch sie fragen dich nicht, ohne dich waren sie's.

Aber Du mußt die Rechnung bezahlen, obwohl man dich
niemals gefragt.

Darum müssen wir heute marschieren, wir haben Nein gesagt,
Denn brauchen wir dich, wir zusammen sind stark.

Verantwortlich Dr. Bass, Bismarck, Druck: Münster, Bismarck.



DM Pf f.Kto.Nr. **57648**
Absender:

(Gebührenstellen
umschlag)

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

Zahlkarte

DM Pf auf DM Pf

(Markbetrag in Buchstaben wiederholen)

Deutsche
Mark

für

Konto Nr.

**Ostermarsch
der Atomwaffengegner
— Hessischer Ausschuß —**

57648
Postsparkasse

in **6050 Offenbach**

Frankfurt (Main)

Postvermerk

Eingangs-Nr.

80 7 17 - 20 - 117

© (s. 61)

(St.-Nr., Name und Anschrift, Tag u. Monat)

§ 4 (vi) (K. III)
(PSeG Art. 3)

Für Vermerke des Absenders

Eingeh. auf
Kto.Nr. **57648** PSchA Pfm

Einlieferungsschein

- Sorgfältig aufbewahren -

Deutsche
Mark Pf
(in Ziffern)

für

**Ostermarsch
der Atomwaffengegner
— Hessischer Ausschuß —**

in **6050 Offenbach**

Postvermerk

Einlieferungsnummer

Postannahme



Das Postgebührenzahlzeichen des Absenders dem Empfänger mitzugeben

DM Pf für Konto
57648
Postsparkasse Frankfurt (Main)
Postzahlart
Absender
Name, Wohnort, Straße, Hausnummer,
Gebäudeart, Stockwerk:

Postvermerk
Versandwert, Rechnung,
Postzeichen, Buchungsnummer

An den
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach - 4
Postfach 648

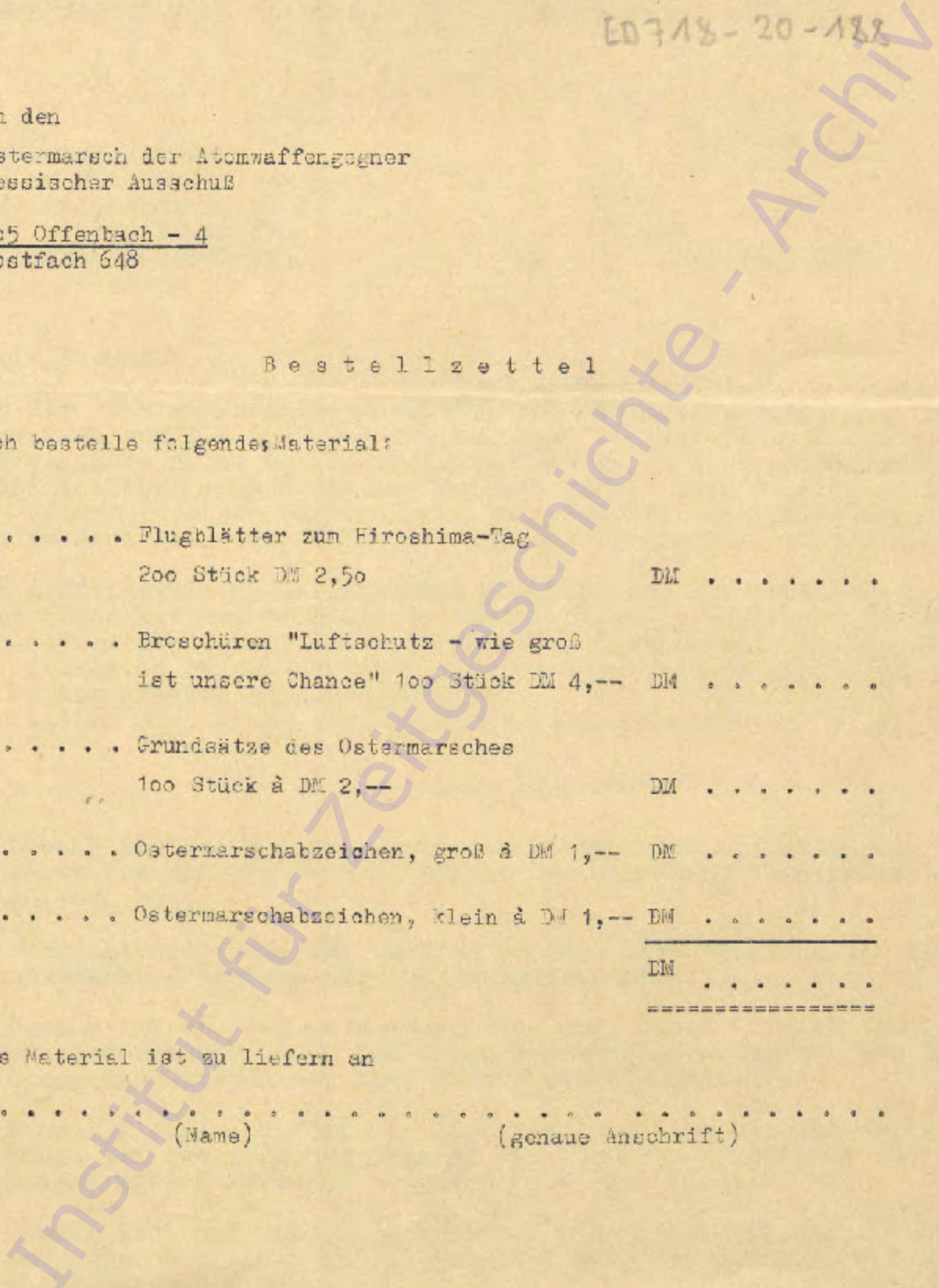
B e s t e l l z e t t e l

Ich bestelle folgendes Material:

- Flugblätter zum Hiroshima-Tag
200 Stück DM 2,50 DM
 - Broschüren "Luftschutz - wie groß
ist unsere Chance" 100 Stück DM 4,-- DM
 - Grundsätze des Ostermarsches
100 Stück à DM 2,-- DM
 - Ostermarschabzeichen, groß à DM 1,-- DM
 - Ostermarschabzeichen, klein à DM 1,-- DM
- _____
 DM
 =====

Das Material ist zu liefern an

. (Name) (genaue Anschrift)



OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENEGNER - ZENTRALER AUSSCHUSS -
Geschäftsführung: Dr. Andreas Buro, Braunschweig, Röhrfeld 8,
Tel. 3 66 92

An den
Zentralen Ausschuss
und an die Regionalen
und Landesausschüsse
zur Weitergabe an die
örtlichen Ausschüsse

ED 718-20-189

7. Juli 1962

20. 7. 62 VACK

Liebe Freunde,

Von der "Deutschen Soldatenzeitung und Nationalzeitung" ist in der Nummer 21 vom 1.6.1962 ein Artikel über den Ostermarsch der Atomwaffengegner unter der Überschrift "Ein roter Osterspaziergang" veröffentlicht worden. Dieser Artikel befaßt sich vorwiegend mit dem Ostermarsch von Bergen-Hohne nach Hamburg. Die Soldatenzeitung hat es sich hier zum Ziele gesetzt, den Ostermarsch zu diffamieren.

Zur Richtigstellung der unwahren Behauptungen der Deutschen Soldatenzeitung hat der Vorsitzende des örtlichen Ausschusses Hamburg des Ostermarsches der Atomwaffengegner, Rechtsanwalt Dr. Pietzcker, die folgenden geschilderten Tatsachen den Behauptungen in dem genannten Artikel entgegengestellt.

Wir bitten Sie, diese Stellungnahme bekanntzumachen.

gez. Dr. Andreas Buro

1. Unwahr ist es, daß der Zentrale Ausschuss des Ostermarsches zu einer Versammlung am 9.4.1962 in der Schule Kielerortallee eingeladen hat.

Wahr ist vielmehr, daß es sich um eine Veranstaltung der Arbeitsgruppe Hamburg des Ostermarsches handelte.

2. Unwahr ist es, daß es beabsichtigt war, diese Veranstaltung zu einem Forum der Hamburger Jugendverbände zu gestalten und daß diese dem Ostermarsch eine Abfuhr erteilt hätten.

Wahr ist vielmehr, daß die Veranstaltung eine Diskussion zwischen Befürwortern und Gegnern der atomaren Bewaffnung und des Demonstrationsmarsches bezweckte und auch erreicht hat.

3. Unwahr ist, daß Hans Konrad Tempel eine ressentimentgeladene Rede gegen alle vom Stapel gelassen hat, die mit seiner Meinung nicht übereinstimmten.

Wahr ist vielmehr, daß Hans Konrad Tempel zur Eröffnung der Veranstaltung und der vorgesehenen Diskussion den Standpunkt der Gegner einer atomaren Rüstung darlegte und begründete und hierbei betonte, daß eine Übereinstimmung in dieser Frage in keiner Weise die sonstigen Verschiedenheiten weltanschaulicher, sozialer, politischer oder religiöser Auffassungen der Atomwaffengegner berühre. Er betonte weiter, daß diese Toleranz jedoch ihre entschiedene Grenze dort finde, wo hinter dem Gedanken der atomaren Abrüstung Interessen diktatorischer Regime verfolgt würden.

4. Unwahr ist, daß Hans Konrad Tempel in bezug auf die Volksbefragung der Schweiz zur Atombewaffnung ausrief: "In Wahlen denkt man sowieso nicht".

Wahr ist vielmehr, daß Hans Konrad Tempel die Tatsache begrüßte, daß eine Nation die Atombewaffnung zum Gegenstand einer Volksabstimmung gemacht hatte.

5. Unwahr ist, daß Hans Konrad Tempel "sich nicht genug tun" konnte, den Antikommunismus lächerlich zu machen und ihn als den seit Jahren erprobten Bürgerschreck bezeichnete, der nur dazu diene, der westdeutschen Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen.

Wahr ist vielmehr, daß Hans Konrad Tempel davor warnte, sich bei Fragen der atomaren Aufrüstung ausschließlich von dem zu engen Gesichtspunkt des Antikommunismus leiten zu lassen und die Möglichkeit einer totalen Vernichtung sowie die Notwendigkeit einer Entspannung aus den Augen zu verlieren.

6. Unwahr ist, daß Frank Werkmeister die "Falken" aufgefordert hat, sich nicht durch die antibolschewistische Hetze von ihren Entschluß, sich am Ostermarsch zu beteiligen, abbringen zu lassen.

Wahr ist vielmehr, daß Frank Werkmeister die Gegner der Atomrüstung aufforderte, sich nicht durch die Verleumdung, der Ostermarsch sei kommunistisch gesteuert, von einer Beteiligung abbringen zu lassen.

7. Unwahr ist, daß in der Aula der Schule Kielerortallee vor der Veranstaltung des Ostermarsches das Organ der VVN "Die Tat" verkauft wurde.

Wahr ist vielmehr, daß eine unhekannte Person den lediglich in drei Fällen erfolgreichen Versuch unternahm, "Die Tat" zu verkaufen, dann jedoch sofort durch die Veranstaltungsleitung unter Erteilung einer scharfen Verwarnung gehindert wurde.

8. Unwahr ist es, daß in einer Zusammenkunft am 10.4.1962 Herr Giza eine Sprachregelung für Diskussionsredner herausgegeben hat und insbesondere die Meinung geäußert hat, der Antikommunismus diene nur der Volksverhetzung.

Wahr ist vielmehr, daß Herr Giza die vom Zentralen Ausschuss festgelegten und gedruckt vorliegenden Grundsätze des Ostermarsches der Atomwaffengegner erläuterte, nach denen gegen die Atombewaffnung sowohl in West als auch in Ost demonstriert wird. Aus diesem Grunde stellte er heraus, daß die Aufgabe des Ostermarsches sich nicht in einer einseitigen Stellungnahme gegen den Kommunismus erschöpfe.

9. Unwahr ist es, daß man auf Herrn Giza einredete, man könne die DDR nicht als terroristisch bezeichnen.

Wahr ist vielmehr, daß ein Teilnehmer die Darlegung des Herrn Giza, man wende sich gegen jeden Terror und jede Diktatur, dahingehend verdeutlichte, daß damit also nicht nur die DDR sondern auch beispielsweise Spanien und Portugal gemeint seien.

10. Unwahr ist es, daß ein Teilnehmer der Versammlung sagte: "In diesem Jahr werde der Ostermarsch noch auf der Basis des Grundgesetzes durchgeführt", und "noch sind wir nicht stark genug, um zum zivilen Ungehorsam aufzurufen".

Wahr ist vielmehr, daß betont wurde, der Ostermarsch bediene sich ausschließlich legaler Mittel auf der Basis des Grundgesetzes, insbesondere sei ein ziviler Ungehorsam für die Ziele des Ostermarsches nicht erforderlich. Die Frage, ob Situationen eintreten könnten, die den zivilen Ungehorsam im Interesse des Friedens erfordern, wurde mangels Aktualität ausdrücklich offengelassen.

11. Unwahr ist, daß auf der Kundgebung am 16.4.1962 die Sowjetzonenfernsehreporter mit Beifall begrüßt wurden.

Wahr ist vielmehr, daß Dr. Jungk Beifall erhielt, als er das Interesse jeglicher öffentlichen Berichterstattung am Ostermarschgedanken begrüßte, aber seinem Bedauern darüber Ausdruck gab, daß im Gegensatz zum Ostzonenfernsehen die westdeutschen Publikationsorgane nicht vertreten seien und hierdurch einer einseitigen Berichterstattung Vorschub leisteten.

12. Unwahr ist, daß Einwände von Zuhörern gegen die Ausführungen Dr. Jungks! über die fraglichen militärischen Aggressionsabsichten der Sowjetunion vom Lachen der Atommarschierer überhört wurde.

Wahr ist vielmehr, daß Dr. Jungk durch disziplinierte Zwischenrufe seiner Gegner daran gehindert wurde, seine Auffassung gegenüber den erhobenen Einwänden sachlich zu begründen.

13. Unwahr ist, daß die Propaganda des Ostermarsches nicht vermocht hat, mehr als 300 Menschen aus dem Raum Groß-Hamburg zusammenzutrommeln.

Wahr ist vielmehr, daß der Ostermarsch mit 300 Menschen begann, zu denen täglich weitere hinzustießen, so daß der Marsch mit 5.000 Menschen endete, die an der Abschlußkundgebung teilnahmen.

14. Unwahr ist, daß die Veranstaltung in Bergen-Belsen nicht pünktlich begann, weil die Aufnahmegeräte des Deutschlandsenders nicht klar waren.

Wahr ist vielmehr, daß die Verzögerung auf dem verspäteten Eintreffen der Bremer Teilnehmer beruhte.

15. Unwahr ist, daß sich "die Friedensfreunde" in die Gastwirtschaft in Reindorf stürzten.

Wahr ist vielmehr, daß nur ein geringer Bruchteil der Marschteilnehmer die Gastwirtschaft aufsuchte, die mit ihren sehr kleinen Räumen nur wenigen Personen Platz bot.

16. Unwahr ist, daß man überall begeisterte Berichte über mittel-deutsche FDJ-Lager hörte.

Wahr ist vielmehr, daß nur ganz vereinzelte Teilnehmer von einem solchen Lager berichteten, während die Gesprächsthemen im wesentlichen sich um völlig andere Dinge drehten.

17. Unwahr ist, daß Marschteilnehmer von den Stühlen rutschten, fallend auf den Tischplatten lagen, aus der Gastwirtschaft torkelten oder brüllend und krakeelend über die Landstraße zogen.

Wahr ist vielmehr, daß kein einziger Marschteilnehmer betrunken war, sondern daß Bewohner des Dorfes sich in dem beschriebenen Maße betrunken hatten, krakeelend durch die Straßen zogen und die Teilnehmer des Ostermarsches belästigten.

18. Unwahr ist es, daß kleine Gruppen der Ostermarschierer an Feldwegen, in Wäldern und teils sogar auf offener Straße "handfest der Liebe nachgegangen sind."

Unwahr ist, daß 40 Mitglieder der "Falken" in einem Zeltlager untergebracht waren.

Unwahr ist, daß die in Zelten übernachteten Ostermarschteilnehmer ein Feuer entzündet und obszöne Redensarten oder anstößige Parodien aufgeführt hätten.

Unwahr ist es, daß die "Funktionäre" der Marschsäule Hamburg das Strohlager nicht mit dem "Fußvolk" geteilt hätten und zum überwiegenden Teil nach Buchholz in Privatquartiere gefahren waren.

Wahr ist vielmehr, daß die Ordner ("Funktionäre") sämtlich auf die Quartiere der übrigen Marschteilnehmer verteilt waren und deren Lager teilten. Kein einziger Marschteilnehmer oder Ordner war in Buchholz untergebracht worden.

Dr. Rolf Pietzoker, 2 Hamburg-Großflottbek, Bernadottestr. 226



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

ED 715-20-194

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und Übersendung eines Belegexemplares:

6. August - Gedenken und Mahnung

Am 6. August jährt sich zum 17. Male jener Tag an dem die fürchterlichste Waffe der Menschheitsgeschichte in wenigen Sekunden über 80.000 Menschenleben vernichtete. Die Atombombe wurde über der japanischen Stadt Hiroshima abgeworfen. Die Zahl der Todesopfer durch diese Bombe ist bis heute von 250.000 angewachsen. Viele Tausend Menschen liegen siech, unheilbar krank darnieder.

Der Ostermarsch der Atomwaffengegner veranstaltet aus diesem Anlaß in vielen hessischen Städten und Gemeinden Mahnwachen zum Jahrestag der Hiroshima-Bombe. Die Mahnwachen sollen die Bevölkerung erinnern an jenes furchtbare Geschick der Stadt Hiroshima und sie auffordern, alle Kräfte für eine friedliche Politik einzusetzen, damit sich ein gleiches Verbrechen nie wiederholt.

Wir sind allen hessischen Zeitungen dankbar, wenn sie neben ihrer Widmung zum 6. August 1962 auch über die Mahnwachen des Ostermarsches der Atomwaffengegner berichten. Zu Ihrer Information legen wir ein Flugblatt bei, das an den Mahnwachen verteilt wird.

Offenbach (Main), 26. Juli 1962 - Vack

20. 7. 62

Horst Maurer
6 Frankfurt 14
Burgstr 47

OSTERMARSCH
605 Offenbach 4

Postfach 648

EDMB-20-192

3. 7. 62

HALBERSTADT

Teile mit, daß auf meine Veranlassung ein Schulrat
DR PRESTEL und evtl. weitere Magistratsmitglieder
im besprochenen Sinn anzusprechen wird, nachdem er
die mir zugegangenen Ausschuß-Unterlagen eingesehen
hat.

Joseph Haase

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Offenbach /M., 2. 7. 1962
Waldstraße 99

3. 7. 62

3. 7.

ED 718-20-193

Betr.: Repressalie gegen Heiner Halberstadt

Liebe Freunde,

am 22. Juni 1962 habe ich Ihnen einiges Material zum "Fall Halberstadt" geschickt und darum gebeten, in persönlichen Briefen an die zuständigen Stellen für Herrn Halberstadt einzutreten. Zwischenzeitlich haben zwei Verbände, die im Ostermarsch mitwirken und zwar die Naturfreundejugend und der Verband der Kriegsdienstverweigerer, an Stadtrat Dr. Frestel bzw. an den Oberbürgermeister geschrieben. Wir haben dies in einem Presseudienst veröffentlicht. Ich füge sie zu Ihrer Information bei.

Außerdem haben auch zwei Freunde Briefe geschrieben und der Geschäftsstelle die Durchschläge zur Verfügung gestellt. Ich darf nun auch die anderen bitten, in irgendeiner Form für Herrn Halberstadt einzutreten und mich von diesem Vorgehen zu informieren.

Für Ihre Bemühungen herzlichen Dank.

Mit freundlichen Grüßen!

Klaus Vark



pressediens

nachrichten zum Ostermarsch der atomwaffengegner

27.6. (2.7.62)

3.7.62

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und Übersendung eines Belegexemplares:

GRUNDSATZ:

"NIEMAND DARF WEGEN . . . SEINER RELIGIÖSEN ODER POLITISCHEN ANSCHAUUNG BENACHTEILIGT ODER BEVORZUGT WERDEN."

"JEDER HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG IN WORT, SCHRIFT UND BILD FREI ZU ÄUSSERN UND ZU VERBREITEN . . ."

HESSISCHE VERFASSUNG:

"JEDERMANN HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG FREI UND ÖFFENTLICH ZU ÄUSSERN. DIESES RECHT DARF AUCH DURCH EIN DIENSTVERHÄLTNISS NICHT BINGESCHRÄNKT WERDEN, UND NIEMAND DARF EIN NACHTEIL WIDERFAHREN, WENN ER ES AUSÜBT."

WIR FORDERN:

"RECHT FÜR HEINER HALBERSTADT"

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer, Gruppe Frankfurt und Gruppe Offenbach, hat in einem Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt zum "Fall Halberstadt" Stellung genommen. Das Schreiben ist unterzeichnet von dem Vorsitzenden der Gruppe Frankfurt, Helmut Zimmermann und dem Vorsitzenden der Gruppe Offenbach, Norbert Winkler. Wir geben der Presse den Inhalt zur Kenntnis:

27.6.62 z/p

"Mit großer Bestürzung haben die südhessischen Kriegsdienstverweigerer zusammengeschlossen in Verband der Kriegsdienstverweigerer idWRI. e.V., Gruppe Frankfurt und Gruppe Offenbach - der "Neuen Presse" entnommen, daß der Magistrat der Stadt Frankfurt dem Geschäftsführer des "Verein Haus der offenen Tür", Heiner Halberstadt, das Dienstverhältnis kündigt. Besonders die Begründung - man wirft Heiner Halberstadt "Kapriolen, die das Ansehen der Stadt mindern" vor - zeigt, wie weit unsere Demokratie schon ohne Notstandsgesetz gekommen ist.

Worum geht es? Herr Halberstadt hat bei den "Ostermarsch der Atomwaffengegner" mitgewirkt und ist in dessen Ausschüssen tätig. Er hat die Ostermarschabschlußkundgebung auf dem Römerberg geleitet. Redner dieser Kundgebung: der katholische Publizist und Schriftsteller, Christian Geißler; der Leiter der Schmiere, Rudolf Rolfs; der britische Unterhausabgeordnete, Frank Allaun; der Pfarrer i.R. Dr. Freudenberg. Aufgrund dieser Tätigkeit, einer Aktivität, die z.B. in England ein selbstverständliches demokratisches Tun darstellt, kommt nun der Vorsitzende des "Verein Haus der offenen Tür", Herr Stadtrat Dr. Prestel und dessen Vorstand zu der Feststellung, Herr Halberstadt habe nicht mehr sein Vertrauen. Der zeitliche Zusammenhang zwischen den unsach-

Original-Kopie
by von lto

10

Insti

lichen Pressemeldungen über Herrn Halberstadt und der Mißtrauens-
erklärung des "Verein Haus der offenen Tür" ist die Ursache, daß
wir an einen wirklich sachlichen Grund für das mangelnde Vertrauen
nicht glauben können. Es entsteht vielmehr der Eindruck, daß die
freie Meinungsäußerung mit persönlichen Repressalien beantwortet
werden soll.

Wir Kriegsdienstverweigerer berufen uns auf das Recht der freien
Gewissensentscheidung. Wir fordern auch die Erhaltung des Rechtes
der freien Meinungsäußerung, wie es im Grundgesetz und der Hessischen
Verfassung verankert ist. Wir protestieren entschieden gegen diese
ersten Versuche, die Grundrechte eines einzelnen oder auch einer po-
litischen Minderheit einzuschränken oder deren Anwendung zu be-
strafen. Täglich erfahren wir aus den Verhältnissen in der "DDR"
was Unfreiheit bedeutet. Deshalb sind wir der Ansicht, daß man den
Anfängen einer Beschneidung der freien Meinungsäußerung auch von
seiten des Magistrats entschieden entgegenzutreten soll.

Sollte eine Überprüfung des Sachverhaltes durch Sie, sehr verehrter
Herr Oberbürgermeister, ergeben, daß wir mit unserer Ansicht irren,
wären wir für entsprechende Unterrichtung sehr verbunden.

Offenbach (Main), den 2. Juli 1962 - Vack



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

ED 748-20-185

28.6.62
3.7.62

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und Übersendung eines Belegexemplares:

GRUNDGESETZ:

"NIEMAND DARF WEGEN . . . SEINER RELIGIÖSEN ODER POLITISCHEN ANSCHAUUNG BENACHTEILIGT ODER BEVORZUGT WERDEN."

"JEDER HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG IN WORT, SCHRIFT UND BILD FREI ZU ÄUSSERN UND ZU VERBREITEN . . ."

HESSISCHE VERFASSUNG:

"JEDERMANN HAT DAS RECHT, SEINE MEINUNG FREI UND ÖFFENTLICH ZU ÄUSSERN. DIESES RECHT DARF AUCH DURCH EIN DIENSTVERHÄLTNIS NICHT EINGESCHRÄNKT WERDEN, UND NIEMAND DARF EIN NACHTEIL WIDERFAHREN, WENN ER ES AUSÜBT."

WIR FORDERN:

"RECHT FÜR HEINER HALBERSTADT"

Die Naturfreundejugend Deutschlands, Landesverband Hessen, hat sich in einem Schreiben an den Vorsitzenden des "Vereins Haus der offenen Tür" und Stadtrat Dr. Prestel gewandt. Wir zitieren dieses Schreiben.

"Aus der Frankfurter Presse haben wir entnommen, daß der Vorstand des "Vereins Haus der offenen Tür" das Vertrauen zu seinem langjährigen Geschäftsführer, Heiner Halberstadt, getrübt sieht und ihn aus seiner Stellung entfernen will. Wir wenden uns an Sie als zuständigen Stadtrat und Vorsitzenden des Vereins mit der dringenden Bitte, die Aufhebung dieser Entscheidung vorzunehmen.

Wir wissen, daß die Repressalien gegen Heiner Halberstadt auf dessen Aktivität beim Ostermarsch der Atomwaffengegner zurückzuführen sind, da direkt nach Ostern durch einen Teil der Frankfurter Presse Wirbel um Heiner Halberstadt entfacht wurde. Da die hessische Naturfreundejugend zum Ostermarsch steht und dessen Zusammensetzung und Zielsetzung sicher etwas besser kennt als jene Presse, müssen wir die Entscheidung des Vorstandes des "Vereins Haus der offenen Tür" als ungerecht, ja als verfassungswidrig ansehen. Wir zitieren die Hessische Verfassung: "Jedermann hat das Recht, seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. Dieses Recht darf auch durch ein Dienstverhältnis nicht eingeschränkt werden, und niemand darf ein Nachteil widerfahren, wenn er es ausübt."

Die durch die "Neue Presse" publizierte Maßregelung von Herrn Halberstadt hat in unserem Jugendverband Empörung ausgelöst. Gerade wir jungen Menschen werden uns nicht damit abfinden, daß die in der Verfassung garantierte Freiheit der öffentlichen Meinungsäußerung in

diesem Maße eingeschränkt wird. Wir treten leidenschaftlich für eine wahrhaftige Demokratie ein und erwarten dies auch von unseren Politikern, die trotz ihres Einflusses genauso den Grundrechten verpflichtet sind, wie der kleine Mann.

Lassen Sie nicht zu, daß einem Mann Unrecht geschieht, nur weil er gegen den Strom schwimmt.

Offenbach (Main), den 28. Juni 1962 - Vack

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Horst Maurer

ED 718-20-196
6000 Frankfurt 14. 23. 6. 62
Burgstr 47

Herrn

Karl Gaukler

6000 Frankfurt
Glauburgstr 24

sol
Wagner Zürich 27.6.

"Fall Halberstadt"

Lieber Herr Gaukler,

Über "Haus der Offenen Tür" oder sonstige Quellen werden Sie von dem sogenannten "Fall Halberstadt" wissen.

Ich würde mich freuen, wenn Sie die Möglichkeit wahrnehmen würden, sich anhand der beigelegten fünf Vervielfältigungen des "Hessischen Ausschusses des Ostermarsches der Atomwaffengegner" (dem ich angehöre) auch von unserer Seite her zu informieren und die "anderen" Argumente zu hören.

Ich erwarte bestimmt nicht von Ihnen, sich bei Herrn Stadtrat Prestel für eine volle Rehabilitierung Halberstadts einzusetzen - das ist zu spät und wäre vielleicht auch nicht richtig. Es wäre jedoch nicht verkehrt, gelegentlich einfach von der Kenntnis der Sache und auch unserer Darlegungen zu sprechen, da allgemein die Tendenz besteht, den ganzen "Fall" mehr oder weniger "geheim" zu halten. - Daß Halberstadts Beiteiligung und Einsatz bei der Ostermarsch-Bewegung nur zum Aufhänger genommen wurde, um den schon seit Jahren Unliebsamen endlich abzuschließen, setze ich als bekannt voraus. Es scheint mir aber jetzt doch um wesentlich mehr als "nur" diesen Mann zu gehen: durch solche Methoden - sicher demnächst gegen andere leitende Leute - soll diese so unliebsame außerparlamentarische und doch nicht kommunistische Opposition "Ostermarsch" auf kaltem Weg liquidiert werden.

Ich rechne mit Ihrem Verständnis, Sie hiermit belästigt zu haben. Für gelegentliche Rückgabe der hier beigelegten Unterlagen bin ich dankbar.

Recht freundl. Grüsse

ED 718-20-197

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Offenbach /M., 22. Juni 1962
Waldstraße 99

Betr.: Briefwechsel in der Beschwerdesache gegen Obermagistratsrat Deha

Liebe Freunde,

wie in der letzten Sitzung des Hessischen Ausschusses versprochen, übergebe ich Ihnen beigelegt eine Abschrift des Briefwechsels mit dem Polizeipräsidium der Stadt Frankfurt. Ich bitte besonders die Freunde, die an der Besprechung teilnehmen sollten, ihrerseits einen persönlichen Beschwerdebrief an Bürgermeister Menzer oder an Polizeipräsident Littmann zu schreiben.

Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie mir eine Abschrift Ihres Schreibens und der eventuell späteren Antwort zukommen lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Klaus Vork

✓ | 3x | 29.5.
5.6.
22.6.

ED 748-20-192

Betr.: "Fall Halberstadt"

Liebe Freunde,

man müßte die Macht der Presse haben; man müßte über den schlechten Charakter jener Journalisten verfügen, die sich seit Wochen an der Verbreitung von Unwahrheiten, Verdrehungen und Halbesängen überbieten. Leider haben wir diese Möglichkeiten nicht und man könnte sagen, leider haben wir noch ein gutes Gewissen.

✓ Ich gebe Ihnen beigelegt die Abschrift eines Artikels aus der "Neuen Presse" und unser Antwortschreiben, das selbstverständlich nicht veröffentlicht wurde. Außerdem finden Sie beigelegt einen Brief, den ich an Oberbürgermeister Bockelmann gerichtet habe.

✓ Das Vorgehen gegen Heiner Halberstadt scheint mir so ernst, daß wir es mit dem bereits Getanen nicht bewenden lassen dürfen. Ich habe deshalb auch noch eine Presseerklärung zusammengestellt, die Sie ebenfalls in der Anlage finden.

Wir sollten den verantwortlichen Herren, auch wenn sie ihre Entscheidung vielleicht nicht mehr revidieren, ein schlechtes Gewissen bereiten. Ich fordere Sie deshalb alle auf, entsprechend Ihrer Möglichkeiten, schriftlich oder im persönlichen Gespräch für Heiner Halberstadt einzutreten. Konzentrieren sollte sich unser Vorhaben auf den Oberbürgermeister, den zuständigen Stadtrat und Vorsitzenden des Vereins "Häuser der Offenen Tür", Dr. Prestel, die Frankfurter SPD-Fraktion und soweit sich Ansatzpunkte ergeben, auf Leserbriefe an Zeitungen, die zum "Fall Halberstadt" Stellung nehmen. Ich darf Sie bitten, mir von allen schriftlichen Dingen eine Abschrift zur Verfügung zu stellen, damit wir von Zeit zu Zeit weitere Pressedienste herausgeben können. Sicher wird das Wenigste dieser Pressedienste veröffentlicht, aber auch hier geht es um das schlechte Gewissen.

Ich fordere noch einmal jeden einzelnen auf, in irgendeiner Form aktiv zu werden. Es geht nicht nur um Heiner Halberstadt (und das wäre schon genug), es geht um den kleinen Rest, der uns noch an Demokratie verblieben ist, es geht um die Bestrebungen des Ostermarsches. Rufen Sie nicht, denn sonst ist morgen ein Anderer dran!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Klaus Vork



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

ED 716-20-199

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und Übersendung eines Belegexemplares:

Der Zentrale Ausschuß für den Ostermarsch der Atomwaffengegner in der Bundesrepublik Deutschland trat am 2./3. Juni in Kassel zu seiner ersten Sitzung nach dem diesjährigen Ostermarsch zusammen. Die stark angewachsene Beteiligung am Ostermarsch in diesem Jahre zeigt, so stellt der Zentrale Ausschuß fest, daß die Sache des Ostermarsches - der unabhängige Protest gegen jede atomare Rüstung in Ost und West - auch in der Bundesrepublik von immer mehr Bürgern verstanden und bejaht wird. Der Zentrale Ausschuß begrüßt insbesondere den Beschluß der Jugendkonferenz der Industriegewerkschaft Metall, der zur Unterstützung des Ostermarsches auffordert. Auch der Beschluß verschiedener Jugendverbände in der Bundesrepublik, den 1. September zum Antikriegstag zu machen, wird vom Zentralen Ausschuß für den Ostermarsch begrüßt. Der Ostermarsch fordert zur Teilnahme an den Veranstaltungen am 1. September auf.

Vertreter des Ostermarsches aus der Bundesrepublik, die den Standpunkt des Ostermarsches Delegationen verschiedener Staaten bei der Genfer Abrüstungskonferenz unterbreiteten, fanden Zustimmung vor allem bei Delegationen der neutralen Staaten und bei Delegierten Kanadas und Belgiens. Auch bei der Konferenz "Für eine Welt ohne Bombe", die Ende des Monats von blockfreien Staaten und unabhängigen Organisationen in Accra/Chana veranstaltet wird, soll ein Vertreter des Ostermarsches die Forderungen der deutschen Atomwaffengegner vorbringen.

In der Bundesrepublik wird der Ostermarsch in den kommenden Monaten seine Meinung noch intensiver und detaillierter an die politisch und parlamentarisch Verantwortlichen herantragen.

Der Zentrale Ausschuß für den Ostermarsch in der Bundesrepublik fordert die Europäische Föderation gegen Atomrüstung auf, initiativ zu werden, damit die Forderungen des Ostermarsches künftig auch in Frankreich und in den Staaten des Warschauer Paktes Ausdruck finden können.

Offenbach (Main), den 22.6.1962 - Dr. Arno Klönne, Paderborn,
Rathenaustr. 77

20.7.62

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Offenbach /Main, 22. 6. 1962
Waldstraße 99
Va. /H.

An den
Oberbürgermeister der
Stadt Frankfurt am Main
z.Hd. des Herrn Polizeipräsidenten

6 Frankfurt
Friedrich-Ebert-Anlage 11

Sehr geehrter Herr Dr. Littmann,

wir danken Ihnen für Ihr Schreiben vom 5. 6. 1962, in dem Sie auf unsere Beschwerde über Obermagistratsrat Deha eingehen. Wir bedauern, daß Sie sich unseren Argumenten verschließen, da wir uns nicht nur über die Tatsache beschwert haben, daß Obermagistratsrat Deha nur zwei Vertreter des Hessischen Ausschusses für den Ostermarsch vorlassen wollte, sondern vor allen Dingen über die Art und Weise, wie er sich gegenüber Herr Vack und Herrn Amann geäußert hat.

Warum ließ man unsere Delegation 45 Minuten warten, obwohl man schon genau wußte, daß mit nur zwei Vertretern gesprochen wird? Wenn man diese Umstände und die Gründe, die Herr Deha für seine Ablehnung vorbrachte, bedenkt, ist die Feststellung, daß wir "keinen Grund zur Klage" hätten, reichlich labidar. Wenn Sie auch uns gegenüber jetzt nicht zugeben möchten, daß das Verhalten von Obermagistratsrat Deha einer öffentlichen Kritik würdig ist, hoffen wir doch, daß Sie sich bemühen, solche Vorfälle in Zukunft zu vermeiden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

gez.: Klaus Vack



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

ED 718-20-204

20. 6. 62

23. 6. 62

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und Übersendung eines Belegexemplares:

Der "Fall Halberstadt".

Gegen das Mitglied des Hessischen Ausschusses für den Ostermarsch der Atomwaffengegner, Heiner Halberstadt, hat ein Teil der Frankfurter Presse nach Ostern in unwahrer und verleumderischer Form Propaganda gemacht. Man hat Heiner Halberstadt Vorwürfe gemacht, auf die wir schon in unserem Pressediens vom 3.5.1962 eingegangen sind. Einen Artikel der "Frankfurter Neuen Presse" in ihrer Ausgabe vom 29.5.1962 ist zu entnehmen, daß sich der verantwortliche Vorstand des Vereins "Häuser der offenen Tür" den meinungsbildenden Machtmitteln der betroffenen Zeitungen gebeugt hat. Der Artikel lautet:

OHNE VERTRAUEN - Fall Halberstadt vor dem Abschluß
Geht der Fall Halberstadt jetzt still und leise zu Ende? Wird der Geschäftsführer des Vereins "Haus der offenen Tür" unbenutzt von der Bühne abtreten, nachdem er mehr als einmal, zuletzt mit der Demonstration gegen Atomversuche vor dem amerikanischen Generalkonsulat in Frankfurt für Wirbel um seine Person und für Theaterdonner gesorgt hatte?
Fast sieht es so aus. Seine Abberufung war gefordert worden. Man machte Heiner Halberstadt in der Öffentlichkeit nicht seine Einstellung zum Vorwurf - sie steht ihm selbstverständlich frei, er darf ihr auch in extremer Weise anhängen, sondern man sagte mit Recht, als Mann, der so eng mit der Frankfurter Stadtverwaltung verbunden ist, dürfe er nicht eine Form wählen, die Frankfurts Ruf schädigt. Es geht nicht, daß der Geschäftsführer des Vereins "Haus der offenen Tür" immer wieder in Kapriolen verfällt, die das Ansehen der Stadt mindern.
Nachdem der Magistrat zugesehen hatte, beauftragte er nach dem letzten Zwischenfall vor einigen Wochen den Vorsitzenden des Vereins "Haus der offenen Tür", Stadtrat Dr. Prestel, mit einer Untersuchung.

Der Bericht liegt jetzt vor. In ihm steht klipp und klar, daß der Vorstand einstimmig zu dem Beschluß gekommen ist, Heiner Halberstadt habe nicht mehr sein Vertrauen. Es wird gesagt, man möge Halberstadt behilflich sein, eine andere Stellung zu finden. Das heißt mit anderen Worten: Halberstadt muß gehen. Nach Lage der Dinge hat er sich das selbst zuzuschreiben. Die Entscheidung konnte nicht anders fallen.

Im Magistrat wurde über den Bericht nicht diskutiert. Es war ausgelegt, niemand nahm dazu das Wort. Offensichtlich versucht die SPD, mit dem Fall Halberstadt intern fertig zu werden. Nach dem Vorstandsbericht dürfte es nur noch eine Frage der Zeit

sein, wann Halberstadt einer anderen Beschäftigung - die durchaus im Rahmen der Stadtverwaltung liegen kann - nachgeht. Eine Beschäftigung, der nicht das politische Gewicht zukommt und die nicht im Blickpunkt des Interesses der Öffentlichkeit liegt, wie die Stelle des Geschäftsführers des Vereins "Haus der offenen Tür".

Lauter oder leiser Abgang; es ist gleich; der Vorhang fällt dann, und der Verein "Haus der offenen Tür" kann unter einem neuen Geschäftsführer seine wichtige Arbeit der Jugenderziehung erfüllen - ohne Halberstadt und dessen Extratouren. AB

Der Hessische Ostermarschausschuß protestiert entschieden gegen die Formulierungen dieses tendenziösen Artikels, aber auch gegen die darin offenbarte Wahrheit, daß man Heiner Halberstadt aus seinem Dienstverhältnis entfernen will. Der Dienstherr "Verein Häuser der offenen Tür" und damit der Magistrat der Stadt Frankfurt verstoßen mit einem solchen Verhalten gegen die Hessische Verfassung und die im Grundgesetz verankerten Grundrechte. Der Ostermarsch hat deshalb an die "Neue Presse" folgenden Leserbrief gerichtet, der selbstverständlich nicht veröffentlicht wurde:

Sehr geehrte Herren,
in Ihrem Artikel "Ohne Vertrauen" behaupten Sie von unserem Ausschußmitglied, Herrn Halberstadt, seine "Kapriolen" minderten das Ansehen der Stadt Frankfurt am Main. Mit "Kapriolen" bezeichnen Sie Herrn Halberstadts Mitwirkung bei den Aktionen des Ostermarsches.

Demgegenüber stellen wir fest, daß der Ostermarsch eine demokratische und internationale Aktion ist, die sich gegen Atomwaffen in Ost und West richtet. In unseren Grundsätzen wurde ausdrücklich festgelegt, daß jeder Protest auf verfassungsmäßiger Basis stattfindet. "Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, eine Absage an politischen Terror und totalitäre Bedrohung".

Herr Halberstadt hat sich keinen Schritt von diesen Grundsätzen entfernt. Er hat unsere Kundgebung auf dem Römerberg geleitet, bei der Rudolf Rolfs, der englische Unterhausabgeordnete Frank Allaun und Pfarrer Freudenberg sprachen und er hat vor dem amerikanischen Generalkonsulat den jungen Atomwaffengegnern mitgeteilt, daß die Demonstration nicht erlaubt sei und deshalb nicht stattfinden könne.

Dieses Verhalten kann das Ansehen der Stadt Frankfurt am Main nicht schädigen. Im Gegenteil, es gehört zu ihrem Ruf als freiheitliche Stadt, daß sie in der Vergangenheit und in der Gegenwart Bürger besitzt, die öffentlich für das Gemeinwohl und für den Frieden eingetreten sind.

Die Hessische Verfassung billigt und schützt ein solches Verhalten. "Jederman hat das Recht, seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. Dieses Recht darf auch durch ein Dienstverhältnis nicht eingeschränkt werden, und niemand darf ein Nachteil widerfahren, wenn er es ausübt."

Wir protestieren gegen Tendenz und Formulierung Ihres Artikels und erinnern daran, daß auch Sie die Luft der Freiheit der Meinung - auch der anderen Meinung - zum Atmen brauchen.

Damit verbleiben wir der Hessische Ausschuß des Ostermarsches der Atomwaffengegner, gez. Klaus Vack, gez. Herbert Faller.

Wie sehr sich der Vorstand des "Vereins Häuser der offenen Tür" mit der "Maßregelung" von Heiner Halberstadt ins Unrecht setzt, wurde auf einer Mitarbeiterversammlung des Vereins deutlich.

Die Angestellten, deren direkter Vorgesetzter Halberstadt ist, haben sich einstimmig hinter ihn gestellt. Sie haben die Behauptungen zurückgewiesen, Heiner Halberstadt habe seine Stellung benutzt, um eine Beeinflussung in seinem politischen Sinne bei seinen Mitarbeitern oder den Jugendlichen, die in den Jugendheimen verkehren, vorzunehmen. Die Mitarbeiter wünschten einmütig, daß Halberstadt ihr Geschäftsführer bleibt.

Von diesen Dingen liest man nichts in der Presse, die Heiner Halberstadt unflätig bespeit, obwohl eigentlich Halberstadts ständige Mitarbeiter am besten über dessen Verhalten informiert sein dürften. Gerade diese Mitarbeiterversammlung hat gezeigt, daß die demokratischen Gepflogenheiten in der Stadt Frankfurt stark infrage gestellt sind, wenn man Heiner Halberstadt seiner Tätigkeit als Geschäftsführer zu entheben versucht.

Offenbach (Main), den 20. Juni 1962 - Vack

Institut für Zeitgeschichte

Protokoll

der Sitzung vom 19. Juni 1962 in Frankfurt am Main

=====

Anwesend: Vaack, Faller, Andres, Farr, Burbach, Winkler, Maurer,
Dr. Schonck, Großmann, Amann,

als Gast: Hepp (DFG)

Tagesordnung:

1. Mitteilungen
2. Bericht von der Sitzung des ZA
3. Zukünftige Arbeit
4. Verschiedenes

Zu Punkt 1

Klaus Vaack berichtet über die Antwort von Polizeipräsident Littmann auf sein Beschwerdeschreiben über Obermagistratsrat Deha. Norbert Winkler schlägt vor, daß sich der Ostermarsch mit dieser Antwort nicht zufrieden gibt und nochmals an Littmann geschrieben wird. Pfarrer Farr wird diese Sache bei einem Gespräch, das er und Pfarrer Welke mit Bürgermeister Menzer führt, nochmals zur Sprache bringen.

Durch das Komitee gegen Atomrüstung in München wurde der EA gebeten, für die Hiroshima-Pilgerer einen Empfang bei OB Bockelmann, Frankfurt, zu veranlassen. Bockelmann mußte aus terminlicher Gründen absagen. Die Pilgerer kamen dann wegen eines Krankheitsfalles nicht in die Bundesrepublik.

Die in der letzten Sitzung beschlossenen Briefe von Herbert Faller an die "Neue Presse" und von Klaus Vaack an den OB sind abgesandt. Antworten liegen keine vor. Ein Gespräch zwischen H. Halberstadt und der "Rundschau" brachte auch keinen Niederschlag in dieser Zeitung. Das Gespräch der Pfarrer mit führenden Persönlichkeiten der Stadt ist noch in der Schwebe. Von Niemöller liegt noch keine Zusage vor.

Es ist zwischenzeitlich klar, daß die SPD ihren Beschluß nicht revidiert hat und der Verein "Häuser der Offenen Tür" als Arbeitgeber nicht gewillt ist, politische Gründe als Kündigungsmotiv anzugeben. Obwohl klar ist, daß Heiner Halberstadt in dieser Lage nicht mehr geholfen werden kann, sollen möglichst viele führenden Persönlichkeiten angesprochen oder angeschrieben werden. Dr. Schonck erklärt sich bereit, mit Stadtrat Prestel nochmals in dieser Sache zu sprechen.

Zu Punkt 2

Herbert Faller gibt einen ausführlichen Bericht über die Sitzung des Zentralen Ausschusses in Kassel und erwähnt besonders

die Kritik am Ostermarsch West (Sprechhöre),

die Kritik am Ostermarsch Nord (schlechtes Verhalten der Schweden, Bericht der Soldatenzeitung),

die positive Aufnahme der Delegation in Genf, besonders bei den neutralen Staaten und bei Kanada,

den Beschluß, auch 1963 wieder verschiedene Märsche in der BR durchzuführen (kein zentraler Marsch),

den Beschluß, daß die Europ. Förderung überprüfen soll, inwieweit Ostermärsche in den Ostblockländern unter den Ostermarsch-Parolen und mit internationaler Beteiligung möglich sind,

den Beschluß, am 1. September nicht neben anderen Organisationen (z.B. der Gewerkschaftsjugend) als Veranstalter aufzutreten,

die Bitte an Größen aus Wirtschaft, Sport etc. im Kuratorium für den Oda mitzuwirken,

die Abgrenzung der Aufgaben zwischen Oda und dem in Nordrhein-Westfalen bestehenden Komitee der Hundert mit dem Ziel, letzteres nicht mehr allzu aktiv werden zu lassen,

den Beschluß, ein grundsätzliches Gespräch im ZA herbeizuführen mit dem Ziel der reinen "Anti"-Demonstration, wie sie der Ostermarsch bis heute darstellt, Gedanken zu konkreten Plänen gegenüberzustellen,

ein Gespräch, das im Oktober mit Parlamentariern aller Parteien in Bonn stattfinden soll.

Es ergibt sich eine ausführliche Diskussion zu Frage, warum der Ostermarsch nicht z.B. mit den Gewerkschaften, die heute nicht beim Oda mitwirken, zusammen Veranstaltungen zum 1. September durchführen kann. Wenn wir die organisatorischen Vorbereitungen und die Durchführung solcher Veranstaltungen anderen Organisationen allein überlassen, geben wir ein Stück des mühsam errungenen Bodens wieder preis. Der ZA soll deshalb gebeten werden, nochmals eingehend über diese Frage zu beraten.

Nach Ansicht des HA sollen dem Kuratorium für den Ostermarsch nur eine begrenzte Anzahl bekannter Atomwaffengegner angehören. Das Kuratorium sollte keine Massensammlung werden.

Eine weitere Diskussion entspinnt sich über die Frage der politischen Festlegung der Ostermarschbewegung. Während nationale Thesen der internationalen Bewegung entgegenstehen, lähmen nur internationale Thesen die örtliche Aktivität. Verallgemeinerung führt zur Unverbindlichkeit. Deshalb sollen nach dem Beispiel der Europ. Förderung Thesen entwickelt werden mit dem Bestreben, daß jeder in seinem Land am aktivsten dafür eintreten kann. Die Ostermarschbewegung muß sich freihalten von Thesen, die die Entwicklung zu einer Partei fördern. Sie muß eine außerparlamentarische Bewegung bleiben.

Die Erklärung des ZA zu den Friedenskonferenzen in Accra und Moskau findet nicht die Billigung des HA. Da die Konferenz in Accra mit der in Moskau nicht zu vergleichen ist, scheint die Formulierung "Der OM begrüßt die Konferenzen . ." sehr fragwürdig. Man hätte besser getan, wie die Engländer gewisse Forderungen aufzustellen, nach deren Erfüllung die Angelegenheit eindeutiger gewesen wäre. Aus diesem Grund soll dem ZA ein Brief geschrieben werden.

Als Konzeption für den Marsch 1963 hält sich der HA an die 1962 erprobte Marschroute Gießen - Frankfurt (entfernungsmäßige Änderungen vorgesehen) für drei Tage und am letzten Tag dazu Hanau - Frankfurt.

Zu Punkt 3

Dem ZA soll vorgeschlagen werden, eine Briefverschlusssmarke herauszubringen mit einem Text zum 6. August (etwas: Nie wieder Hiroshima).

Alle örtlichen Ausschüsse werden aufgefordert, am 6. August Mahnwachen durchzuführen. Flugblätter werden vom HA vorbereitet.

Der 1. September wird unter starker Mitarbeit der OM-Ausschüsse als Antikriegstag durchgeführt.

Als Arbeitsprogramm bis Ostern 1963 wird von Norbert Winkler folgender Vorschlag unterbreitet:

I Adressenauswertung zu Zwecken der Gruppenbildung (örtl. Ausschüsse)

Prominentenerfassung
Schwerpunktbildung
Erfassung anderer Organisationen
Adressenausweitung
Geldsammlung

II Marschvorbereitung:

Route	Gottesdienst
Unterkunft	Veranstaltungen
Busse	Schwerpunkte der Werbung
Verpflegung	Kostenvoranschlag

III Werbung:

Schallplatten
Plakatsäulen
Interpretationsgruppen (Jazz, Sprechchöre, Musik, Spiel,
Film, Lichtbilder, Vorträge)

IV Politische Bildung:

Konzeptfestigkeit (Gewaltfreiheit)
Einsatzfreude
Verlässlichkeit
Schulung

Dieses Programm soll in einen gewissen Zeitrahmen gestellt werden.

Nach längerer Diskussion wird sich der HA einig, zu einem grundsätzlichen Gespräch zusammenzukommen. Thematik:

vormittags: Referat über die Aussprache im ZA
anschl. Diskussion

nachmittags: Grundkonzeption für den Oda 1963 (einf. Referat)
anschl. Diskussion

Als Termin wird der 29. Sept. 1962 festgelegt.

Der Arbeitsausschuß wird evtl. vor den Ferien noch einmal zusammenkommen.
(Pfr. Andres kann nur in der 1. Juliwoche und da nicht Dienstags)

Zu Punkt 4

In der Angelegenheit "Deutsche Jugendgemeinschaft" soll von der Geschäftsstelle nichts unternommen werden. Der HA ist der Auffassung, daß diese Gemeinschaft nicht so bedeutend ist, daß eine Mitarbeit von Nutzen wäre.

Um einen Termin zur Diskussion mit den Jungdemokraten wird sich Heinz Großmann kümmern und der HA erhält Nachricht.

Bemühungen um Schallplatten mit deutschen OM-Liedern werden von Klaus Vack in Zusammenarbeit mit Wilhelm Keller unternommen.

Ende der Sitzung 23.15 Uhr

Für die Protokollführung:

Fritz Amann

OMB Gen. Aussch.

19.6.04 I

Dr. Schenk
 Falter
 Umann
 Burbach
 Winkler
 Vack
 Kopp / DFG ff
 Fetz
 Andres

I. „In letzter Zeit (Vack):
 Brief an MENZER ✓
 LITTMANN bestätigte DEJA

II. „Hiroshima-Rilge“:
 OB VOGEL / München
 + „ / Essen
 letzten Empfang angesagt,
 BOCKELMANN konnte
 v. uns nicht zeitig
 erreicht werden —
 Tournee wurde abgesagt

III. „HALBERSTADT“:
 FARR: Niemöller zieht nicht.
 Freudenberg, Hromecir + Wolke
 wurden auch angesprochen.

FALLER:
 SPD hat Dr. Gollert,
 „Notung“ etc.

② FALLER-Brief an v. ZA-OMB:
 Kenada kommt ... ||
 eigene Zeitschrift ? ||
 Dezentralisierung soll bleiben,
 keinesfalls nur ein OM ||
 Entfernungen sollen klein
 werden, ~ 20-25 km / 3 R ||

Frossmann

Institut für Zeitgeschichte

OM 1 = Ostblock-Ländern?

Gruppen in DDR nfd? (Anker usw.)

Nein/irreal - exist in FOG aus. -

Verbinden. o / SBKD, o / one habe
1 / # = DDR. - Beschluss: Europ. Feder.

o für 12 von OM 2 über
Hilf - e M - K

16.8. " : in für Mahnwachen

19. " : (Falken, 1GM - Jgd ~~11~~ + DGB-Jgd)

12 N - M - N - OMB o 1.1.9.

1. u an Organ. M. o 1.10

12 K u Lff. ~~12~~ o sk;

o N 2 OM o m o

kuratoren neu: Rudolf Kofls
Helga Eisele
Frandenberg

ED 718-20-206

Komm - wo: 11 in 2 NRW -

- 1/2 u a n Atom, o 2 n ~~11~~
Notstandsgesetze ~ M. -

2 20 e 1 e Komm. Es 6 ye.

~ 11. 22 u sfg.

Pro-Punkte σ μ / c, / m "Anti" +
organisch σ OM. ~~off~~ σ
off: direkt. Konkretes

... blinke fährt als nicht-offizielle Teiln.
nach Moskau - "OMB befrist diese ...
- geht gerade nach -

G.P.: Mahnwachen

Winkler: legt Arb. programm vor -
Zeitplan...

VACK: Wochenende-Treffen eines "erweiterten
Kern. Ausschusses" (~ 40 Leute)

| 29.9. / nur Se

Hochzeit Tempel / Halle
Ende März 62

Schallplatte

Litzp. 2 A-OMB: ^{So} 30.6. / ^{So} 1.7. Kanel
16.00 - 15.00

Hermann - Schöff - Haus, Wilhelmshof
Allee 79

Hin: Fuller, Farr, Halberstadt,
? Busbach, ? Frommann, ? Vesch

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Offenbach /M., 16. Juni 1962
Waldstraße 99
Va. /Ha. **23. 6. 62**

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Werner Bockelmann

6 Frankfurt (Main)
Römer

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

vor mir liegt die "Frankfurter Neue Presse" mit ihrem Artikel "Ohne Vertrauen". Dieser Artikel, für dessen gehässige Formulierungen der Magistrat der Stadt Frankfurt nicht verantwortlich gemacht werden kann, beraubt mich allein durch die Tatsache, die er darstellt, meines letzten Vertrauens, des Vertrauens in unsere Demokratie, des Vertrauens in die Wirklichkeit des Grundgesetzes und der Hessischen Verfassung.

Wie weit ist es in Deutschland wieder gekommen? Waren wir vor 17 Jahren noch demokratische Anfänger, so sind wir heute bereits demokratische Aufhörer.

"Der Fall Heiner Halberstadt" wurde von der bürgerlichen Presse hochgespielt, einer Presse, die der Frankfurter SPD-Mehrheit nie wohlgesonnen war. Man tat dies mit der üblichen Methode, indem man Verdrehungen, Verdächtigungen, Verleumdungen und glatte Lügen geschickt mischte und in Verbindung zu Halberstadt's Dienstverhältnis bei der Stadt Frankfurt brachte. Diese Methode ist so alt wie die Menschheit selbst. Man kann von den ewig Gestrigen nicht mehr verlangen.

Was aber ist das Bedrückende, ja das Unbegreifliche an dieser Situation? Daß sich ein sozialdemokratisches Mehrheitsparlament und ein sozialdemokratischer Mehrheitsmagistrat von der bürgerlichen Presse durch eventuell von der CDU lancierte Artikel hinreißen läßt, eine undemokratische Maßnahme zu sanktionieren.

Es heißt in der Hessischen Verfassung: "Jedermann hat das Recht, seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. Dieses Recht darf auch durch ein Dienstverhältnis nicht eingeschränkt werden und niemand darf ein Nachteil widerfahren, wenn er es ausübt."

Diese Hessische Verfassung, geschaffen unter Führung der Sozialdemokraten, wird von Magistrat der Stadt Frankfurt mißachtet, wenn stimmt, was die "Neue Presse" zwischen unsachlichen Zweckformulierungen an Tatsachen im "Fall Halberstadt" berichtet.

Ich habe mich als junger Mensch, der politische Grundhaltung, den Willen zu einer friedlichen Zukunft und den Kampf um Demokratie jedem taktischen Verhalten voranstellt, in den ehrenamtlichen Dienst der Ostermarsch-Bewegung gestellt. Es war dies für mich die konsequente Fortsetzung der Paulskirchenbewegung und von "Kampf dem Atontod", die mich während meiner ersten politischen Gehversuche prägten. Diese Ostermarscharbeit hat mir

viele Illusionen genommen und mich mit Schein und Wirklichkeit unserer Demokratie vertraut gemacht. Es ist schwer, ein guter Demokrat zu sein, sehr schwer. Wer nicht im großen Strom des Konformismus mitschwimmt, muß einen Höllenkampf gegen Windmühlen führen. Alle bitteren Erfahrungen der letzten Jahre werden jedoch übertroffen von dem Vorgehen gegen Heiner Halberstadt. Nun ist Auseinandersetzung mit dem politischen Andersdenkenden der Untoleranz, dem Totalitarismus gewichen. Eine Demokratie erkennt man nicht daran, wie sich die Großen um die Macht raufen, sondern wie eine Minderheit, wie der Einzelne behandelt wird. Was ist das für eine Demokratie, wo der Einzelne wegen seiner nonkonformistischen Haltung um Stellung, Gehalt und Parteibuch bangen muß.

Man scheint, nach den Presseberichten zu urteilen, Heiner Halberstadt vorzuwerfen, er habe den Ruf Frankfurts geschädigt. So lange Heiner Halberstadt von seinen demokratischen Grundrechten Gebrauch macht, wird er dem Ruf Frankfurts kein Leid antun. Wenn aber die Stadt Frankfurt Heiner Halberstadt seiner Rechte beschneidet, dann schädigt sie ihren Ruf selbst. Dann werden nicht nur die Proteste unserer Freunde aus allen Kreisen der Bevölkerung aus dem Inn- und Ausland, sondern gerade die Proteste Außenstehender, die sich nicht mit der Idee der Ostermarschbewegung identifizieren, zeigen, wer im Unrecht ist.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, verschließen Sie Sich nicht dieser Argumente. Tun Sie alles, nicht nur für Heiner Halberstadt, sondern für Recht und Wahrhaftigkeit.

Verzeihen Sie diesen harten Brief, der vielleicht an die falsche Adresse gerichtet wurde, Verzeihen Sie, aber es mußte gesagt werden, bis unsere Politiker wieder den Mut und die Kraft besitzen, um alles zu wagen, wenn es um Gerechtigkeit, egal für wen, geht. Bis dahin, ja bis dahin werden wir weiterarbeiten unter dem Motto "Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie".

In vorzüglicher Hochachtung

Ihr gez.: Klaus Vack

Geschäftsführer beim Hess. Ausschuß
für den Ostermarsch der Atomwaffen-
gegner

Ostermarsch der ED 718-20-209 Atomwaffengegner

Offenbach (Main) 4 · Postfach 638

An den
Hessischen Ausschuß
für den Ostermarsch
der Atomwaffengegner
=====

Hessischer Ausschuß

Verantwortlich: Klaus Vack
Offenbach (Main)

Fritz Armann
Darmstadt

Geschäftsstelle: Offenbach (Main)
Waldstraße 99

Postcheck: Frankfurt (M) 57648



16. 6. 1962

Datum:

Va./An. 18. 6. 62

Liebe Freunde,

von unserer Sitzung am 30.5.1962, oder aus dem Protokoll dieser Sitzung ist Ihnen bekannt, daß die nächste Zusammenkunft des Hessischen Ausschusses für 19. Juni 1962 geplant ist.

Ich lade Sie deshalb für kommenden Dienstag, 19.00 Uhr, in das Haus der Jugend, Frankfurt (Main), Raum 532, Eingang Alte Rittergasse, ein. Ich schlage folgende Tagesordnung vor:

- 1) Bericht über die Sitzung des ZA
- 2) Zukünftige Arbeit
- 3) Verschiedenes.

Obwohl diese Tagesordnung sehr mager aussieht, verbirgt sich dahinter einiges Wesentliche für unsere weitere Ostermarscharbeit. Es ist deshalb dringend notwendig, daß alle Mitglieder des Hessischen Ausschusses an dieser Sitzung teilnehmen.

KURATORIUM

Stefan Andres
Friedwig Born
Benjamin Britten
Canon Collins
Harbert Faller
Prof. Dr. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Gustav Heckmann
Heinz Hilpert
Dr. Robert Jungk
Dr. Erich Köstner
Dr. Arno Klönne
Dr. Heinz Klappenburg
Christel Küpper
Margarethe Lachmund
Dr. Armin Prinz zu Lippe
Prof. Wilhelm Maler
Dr. Bodo Manstein
Prof. Katharina Petersen
Prof. Bertrand Russell
Martin Schröter
Prof. Dr. Johannes Ude
Prof. Dr. Dr. Fritz Wenzel
Prof. Dr. Ernst Wolf

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Vack

DMB/3x

15.6.62

Kontakte

6

zu Kriegsdienstverweigerern



DER OSTERMARSCH WIRD EIN POLITIKUM

von Fritz Vilmar - 2. Teil

In den letzten "Kontakten" habe ich zu zeigen versucht, daß der Ostermarsch auf dem Weg ist, ein Politikum zu werden. Allerdings scheint es mir gerade deswegen wichtig, daß die Ostermärsche hier in Deutschland noch wirksamer gestaltet werden als bisher. Zunächst ein erster Diskussionsbeitrag hierzu.

Zweifellos ist es kein Fehler, daß die besten Ostermarschierer Jugend-

3 R F L A R U M G
IN EIGENER SACHE:

Proteste von Mitgliedern gegen einige kritische Formulierungen

meines letzten Heftartikels veranlassen sich zu folgender ausdrücklicher Erklärung: In meinem Art. hat sollte kein kritisches Detail über "die" Funktionen der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik geführt werden. Welche Funktionen kritisch gemeint waren, das war allerdings dem guten Absicht zu entnehmen; nämlich diejenigen, "die" die 1958 von ihnen selbst inaugurierte Atomkraft-Bewegung heute "verkörtern" und die die Gewerkschaftsjugend politisch zu erdrückigen versuchen. Ich habe wohlbedacht, nicht "die Spitzenfunktionäre", sondern "Einzelmitglieder" geschrieben, nicht "die konformistische Führung", sondern "eine ...". - Das insbesondere die 10 Metall nicht gemeint ist, sollte doch schon allein deswegen klar sein, weil sie selbst vor bestimmten Spitzenfunktionären ständig wegen ihres Konformismus kritisiert wird. In diesem Sinne befindet sich auch mein Artikel in voller Übereinstimmung mit der 1961-Jugendkonferenz, die - entgegen dem DGB-Beschluß! - sich für die aktive Beteiligung an Ostermärschen einsetzt und entschieden hat. (Siehe auch Meldung "10-Metall-Jugend für Ostermarsch", Seite 6)

Fritz Vilmar

liche sind - schließlich sind sie es, denen der Atomkrieg die Zukunft zu zerstören droht - die Zukunft, mit der viele der abgestumpften Märiten schon gar nicht mehr rechnen. Trotzdem muß künftig auch der Anschein vermieden werden, als entwickle sich hier eine neue, militante Art von Jugendbewegung. Dazu einige Vorschläge:

1) Die vorbereitenden Ausschüsse sollten fürs kommende Jahr alles daransetzen, Persönlichkeiten und Gruppen der Märiten Generation bei der Leitung und Teilnahme an der Sache stärker als bisher zu engagieren. Jugendgruppen und ihren Funktionären gebührt uneingeschränkte Anerkennung ihrer monatelangen Vorberitang. Dennoch sollten sie künftig noch stärker bemüht sein, die Leitungskräfte zu erweitern. Oppositionelle Kräfte der Kirche, der Universität, der Publizistik und der freien Berufe müssen stärker einbezogen werden.

2) In engster Zusammenhang damit: der Umfan der 30 bis 40 km langen Gewaltmärsche muß 1963 endlich vermieden werden. Sehr viele ältere potentielle Teilnehmer werden dafür abgeschrieben. Ein abgekämpfter und fußkranker Marschzug macht in den Ortschaften keinen besonders guten Eindruck.

3) Statt der bisherigen zu langen Marschtrecken sollten künftig wie in England an einem Tag auf keinen Fall mehr als 20 km marschiert werden. Wichtiger als das lange Marschieren ist, daß in jedem Ort eine reguläre Kundgebung mit möglichst prominanten Sprechern stattfindet, die von Vortruppen (Lautsprecher, Musik!) gut vorbereitet werden muß. Das bloße Durchlaufen durch die Orte genügt nicht. Es ist zu überlegen, ob man die Marschierer nicht streckenweise mit Omnibussen befördert, um sie länger und wirkungsvoller in verschiedenen Ortschaften einsetzen zu können. Das Spottwort "Wollt Ihr die Feldmäuse

und Feldbusen bekehren?" sollte zu danken geben.

4) Höchstwahrscheinlich ist die Dezentralisierung der Ostermärsche in der Bundesrepublik falsch, mindestens geht sie zu weit. Entscheidend ist, in welchem Maße unsere Demonstrationen künftig von den Massenmedien zur Kenntnis genommen werden. Ohne Zweifel wäre - bis ins Fernsehen hinein - hierzulande ein Eindruck entstanden, der auch in die Berichterstattung eingedrungen wäre, wenn ein einziger Stiermarsch von zehn- bis fünfzehntausend Ostermarschierern nach Frankfurt stattgefunden hätte. Der Kostenausgleich wäre unter anderem dadurch zu schaffen, daß nur 11/2 statt 3 Tage marschiert wird, dafür aber eine unvergleichlich eindrucksvollere Demonstration zustandekommt.

5) Die auf den formal sehr gut (eindeutlich) gestalteten Plakaten verkündeten Ostermarsch-Parolen sind zu vage. In der Bundesrepublik sollte anstelle so absoluter und deshalb schlecht-utopischer Forderungen wie "Die Bombe muß weg" und "Totale Abrüstung" die konkrete Forderung nach einer atomwaffenfreien Entspannungszone in Mitteleuropa treten.

Alles in allem: damit der Ostermarsch 1963 in dem höchsten erreichbaren Maße ein Politikum, ein Faktor der öffentlichen Meinungsbildung wird, müssen rechtzeitig sorgfältige zentrale Organisationsberatungen stattfinden. Die jetzigen Initiatoren - noch einmal: Dank ihnen für ihren mutigen und anopfernden Einsatz - sollten rechtzeitig die gesamte nonkonformistische Elite der Bundesrepublik zur Mitwirkung an diesen zentralen Beratungen und dem nächsten Ostermarsch heranzusuchen versuchen.

LUFTSCHUTZ -

WIE GROSS IST UNSERE CHANCE?

Ein Exemplar dieser vorzüglichen Schrift, an deren Gestaltung der VK wesentlich beteiligt war, finden Sie anbei. Jeder von uns sollte sich diese Argumente gegen den Luftschutzwahnsinn zu eigen machen.

Diese Broschüre muß in der nächsten Zeit noch in großer Zahl verteilt werden. Sie ist zum Stückpreis von 5 Pf bei uns zu bekommen (siehe letzte Seite).

FRAGEN SICH SIE ÜBER DEN AUSGESCHICKTEN LUFTSCHUTZ ?
HABEN SIE UNS DEN AUSGESCHICKTEN LUFTSCHUTZ ?

DER DREIßJÄHRIGE BUNDESKONGRESS DES VK fand am 19./20. Mai in Bielefeld statt. Unsere Gruppe war mit 12 ordentlichen und sechs Gastdelegierten vertreten. Es können in diesem Rahmen nur die wesentlichsten Dinge herausgeriffen werden. Im Übrigen verweise wir auf den Bericht in unserer Verbundzeitschrift "Zivil".

Nachfolger unseres langjährigen 1. Vorsitzenden Wilhelm Keller wurde Herbert Stabenrauch (Wuppertal), der sich unter anderem um das Zustandekommen des diesjährigen Ostermarsches West sehr verdient gemacht hat. 2. Vorsitzender wurde wiederum mit großer Mehrheit Rechtsanwalt Heinrich Hannover, Bremen, und Schatzmeister, ebenfalls durch Wiederwahl, Hans Hampe, Hamburg. Der übrige Vorstand: Böwing, Solingen; Grünig, Frankfurt; Jozani, München; Koper, Köln; Lübbe, Wuppertal; Riedel, Stuttgart; Dr. Udo, Gießen; Vack, Offenburg.

Freund Stabenrauch zeigte in einem Kursreferat den Weg auf vom dogmatischen zum politischen Pazifismus. Früher sei Pazifismus mehr persönliche Gewissenshygiene gewesen, auf bestimmte Kreise und kleine Gruppen beschränkt. Heute sei der Pazifismus auf den richtigen Weg, zu einem politischen Faktum zu werden. - Dr. Udo referierte über den Friedensdienst, der jetzt keine Beschäftigungstheorie mehr sei, sondern sich zu einem echten Soldaten entwickelt habe. Allerdings fehle ihm noch das völkerverbindende Element, das nur durch Auslandseinsatz erreicht werden könne. Auf diesem Gebiet liege eine große Aufgabe gerade auch des VK. - Rechtsanwalt Hannover berichtete über den neuesten Stand der Rechtsprechung auf dem Gebiete der Kriegsdienstverweigerung. "Im VK. Senat des Bundesverwaltungsgerichts wird noch Recht gesprochen". Führt er aus und belacht diesen Satz mit der letzten Grundsatzentscheidung. Nach dieser ist die zum Beweise des Gegenteils von der Glaubwürdigkeit des Antragstellers auszugehen. - Sodann erläuterte Theodor Ebert, Stuttgart, seine Vorstellungen über gewaltfreie Aktionen, unter Hinweis auf die in Stuttgart bereits aktive "Gewaltfreie Fiv. Armee" (siehe hierzu Notiz Seite 2). - Anschließend hielt unser Freund Wilhelm Keller seinen Epilog, mit dem er sich von uns verabschiedete. Er geht aus beruflichen Gründen - und aus keinen anderen - wieder in seine Heimat Osterreich zurück, nachdem er über zehn Jahre in der Bundesrepublik seine zweite Heimat - nicht Vaterland! - gefunden hatte. Er wolle sich nicht entschuldigen für etwaige Fehler, meinte er, sondern wir sollten aus solchen lernen.

Der zweite Tag des Kongresses war der Behandlung der zahlreichen Anträge ge-

widmet, die alle zu erwähnen hier kein Raum ist. Angeführt sei hier ein bedeutungsvoller Antrag der Gruppe Frankfurt, der in nachstehenden Wortlaut angenommen worden ist:

Die Aktionen des VK werden im Jahre 1962 unter dem Motto "Kampf dem Luftschutzwahn" (und allen mit ihm zusammenhängenden Tendenzen der inneren Militarisation - Notstandsgesetzgebung, Zivildienst) gestellt; zu diesem Zweck wird die Theorie und Praxis des gewaltfreien Widerstands - von einigen Gruppen bereits in Angriff genommen - zur Politik des gesamten VK erhoben.

Die Abgrenzung des VK in politischer Hinsicht gegenüber bestimmten Parteien und Gruppen wird bei der nächsten Bundesausschuß-Sitzung genauer ausgearbeitet; klar ist jedenfalls schon jetzt, daß eine Zusammenarbeit mit der CDU/CSU sowie derzeit mit der DFU nicht möglich ist, wohingegen zum Beispiel mit dem Versöhnungsbund, mit der WOMAN und anderen unbedenklich zusammengearbeitet werden kann.

Über eine weitere Verbesserung unserer Zeitschrift "Zivil" soll - ebenfalls gemäß einem Frankfurter Antrag - in einer Bundesausschuß-Sitzung beraten werden.

Vieles konnte auf diesem Bundeskongreß gesagt werden, aber vieles bleibt auch noch zu tun. Es liegt in erster Linie an den relativ selbständigen Gruppen, ob und mit welchem Erfolg es getan wird.
Karl Becker

IG-METALL-JUGEND FÜR OSTERMARSCH

Wir zitieren von der 6. Jugendkonferenz der IG Metall im Mai 62 in Stuttgart:

"Die Delegierten begrüßen jede demokratische Initiative, die zum Ziel hat, die Öffentlichkeit aufzurütteln und aufzufordern zum Widerstand gegen Atomwaffen in Ost und West. Sie grüßen die jungen Menschen, die an dem englischen Aldermaston-Marsch und den Ostermärschen der Atomwaffengegner in der Bundesrepublik teilgenommen haben. - Die jungen Mitglieder der IG Metall fordern wir auf, sich an dieser demokratischen Aktivität zu bekennen und selbst künftig durch ihre Teilnahme zu unterstützen."

Die Jugendkonferenz faßte weiterhin Beschlüsse

- + gegen Notstands- und Notdienstgesetze;
- + gegen die Verlängerung der Wehrpflicht;
- + für einen weiteren Ausbau des 1. September als "Antikriegstag".

"DIE GEWALTFREIE ZIVILARMEE"

Ist der Titel einer Broschüre, die der Stuttgarter "Arbeitskreis für Gewaltfreiheit" zusammengestellt hat. Damit wurde sie bis ins Detail ausgearbeiteter Aktionsplan vorgelegt. In einer Empfehlung an alle VK-Gruppen schreibt der Friedensdienst-Referent im VK-Bundesvorstand, Dr. Ude, unter anderem: "Der Arbeitskreis bereitet gewaltlose Aktionen vor und führt sie durch; er bemüht sich vor allem um die geistige Durchdringung der Problematik des gewaltlosen Kampfes - - Es liegt nicht in der Absicht der Stuttgarter Freunde verbindliche Anweisungen für den gewaltlosen Kampf zu geben. Es ist vielmehr Zweck der Broschüre, unsere Gruppen und Mitglieder zu einem Gedankenaustausch anzuregen..." - Die Broschüre kann zum Stückpreis von 1,- direkt bezogen werden bei Günter ERITZ, 7 Stuttgart-W, Bebelstr. 106, P.O. Box 679 52

Wann-Wo-Was ?

- Di 12. 6. 19.30 - 21.30 Uhr Gaststätte "Alte Landkrone" Neue Kräme 14 - 16. Kolleg Beratungsabend
- Mi 13. 6. 20 Uhr Gewerkschaftsjugendheim, Frankfurt, Untermainkai 66, Raum 5 "Mittwooch-Forum": "Ost - West - Zweiteilung der Welt?" Leitung: Claus Bossack
- Do 14. 6. Für die Interessenten an "Gewaltlose Aktion": 19.30 - 22.00 Uhr Stalburgstraße 38 II Arbeitskreis-Treffen
- Mo 18. 6. 20 - 21.30 Uhr VK-Büro-Bücherausleihe
- Di 19. 6. Beratungsabend, wie 12. 6.
- Di 26. 6. Beratungsabend, wie 12. 6.
- Do 28. 6. "Gewaltlose Aktion" (14.6.)
- Mo 2. 7. Bücherausleihe, wie 18. 6. 20 Uhr Gasthaus Adler, Okrifel, Schulstraße 2 Beratungsabend (C. Bossack)
- Di 3. 7. Beratungsabend, wie 12. 6.
- Do 5. 7. "Gewaltlose Aktion" (14.6.)
- Di 10. 7. Beratungsabend, wie 12. 6. 20 Uhr VK-Büro "Kontakte"-Kleber-Arbeiten
- Mi 11. 7. "Mittwooch-Forum", wie 13.6. Ersatzdienstler-Treffen: "Erfahrungsberichte von Ersatzdienstleistenden"
- Do 12. 7. "Gewaltlose Aktion" (14.6.)
- Fr 13. 7. 19.30 - 22 Uhr VK-Büro "Kontakte"-Versandarbeiten



UNSERE ERSTE ANTI-LUFTSCHUTZ-AKTION

Im Rahmen des "Frankfurter Aktionskreis von Friedensverbänden" verlief - trotz allem - nicht erfolglos. Die Polizei hatte zunächst die geplanten kleinen Demonstrationen (mit rechtlich wohl schwerlich haltbarer Begründung) verboten, dann einen zweiten Demonstrationstrag genehmigt, um ihn in letzter Minute doch wieder abzulehnen. (Die ganze Angelegenheit ist für uns noch keineswegs beendet.)

Einige unserer Freunde kamen jedoch auf die gute Idee, von ihrem staatsbürgerlichen Recht Gebrauch zu machen und - als Einzelpersonen - auf dem Römerberg mit den dortigen Luftschutzpropagandisten zu diskutieren. Man konnte feststellen, daß dadurch eine erhebliche kritische Note in die Veranstaltung hineingebracht wurde. Obwohl Altbundespräsident Professor Theodor Neuss seinerzeit den Grundsatz "Unruhe ist die erste Bürgerpflicht" aufgestellt hat, glaubte die Frankfurter Polizei in einigen Fällen, selbst Einzelpersonen vom Platz weisen zu dürfen.

Wir sagen es ganz offen: nach den bisherigen guten Erfahrungen sind wir momentan mit dem demokratischen Verhalten der Frankfurter Polizeibehörde außerordentlich unzufrieden.

Unsere aktiven Mitglieder werden wir sobald wie möglich zu weiteren Aktionen einladen.

PT

"DIE PRESSE IN DER BUNDESREPUBLIK"

heißt eine Vortragsreihe, die in diesen Wochen von "Referat für politische Bildung" des ASA der Frankfurter Universität durchgeführt wird; Einzelheiten siehe Plakatskolen. Einige der kommenden Vorträge (jeweils 20 Uhr Uni Hörsaal I):
19.6. Fritz René Allemann (DER MOKAT);
"Ein Ausländer sieht die deutsche Presse";
5.7. Paul Wilhelm Wenger (RHEINISCHES MERKUR): "Das deutsch-polnische Verhältnis";
17.7. Seb. Haffner (THE OBSERVER): "Deutsche Presse - britische Presse";
27.7. Hans Bohster (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG): "Außenpolitik und Öffentlichkeit".

FRIEDENS DIENST - ORGANISATIONEN

Es liegen jetzt die Programme der Lager und Aktivitäten für diese Saison des INTERNATIONALEN ZIVILDienstES (TZD) und der AKTION SÜNNEBEICHEN vor. Auch die KÖNIGLICHEN GEMEINSCHAFT DER FREUNDE übersendte uns ihren Plan. Interessenten wender sich bitte an unser Büro.

KONTAKTE

zu Kriegsdienstverweigerern

Ffm 10, Hans-Thomastr. 11 I, T 681044
Erscheint monatlich - Verantwortlich:

15. Juni 1962

KEINE MORALPREDIGT

Wir erwarten Ihre Postkarte, sie genügt und wir schicken Ihnen oder einem ernsthaften Interessenten, den Sie uns namhaft machen, sofort eine Sendung Aufklärungsmaterial über die gesetzliche Kriegsdienstverweigerung. Die Einzelwerbung ist die wirksamste Werbung, und jeder VK-Angehörige sollte sich verpflichtet fühlen, ein neues Mitglied zu gewinnen.

Helfen Sie also mit, auf unser Alltagsgrundrechte aufmerksam zu machen. Die Mitarbeit sollte für jeden Kriegsdienstverweigerer selbstverständlich sein.

Weitere Mitarbeit können Sie dadurch leisten, daß Sie aus der "Reserve" aus dem Hinblick Ihres noch offenen Jahresbeitrages treten. Unser Schatzmeister freut sich, wenn er keine große Mahnaktion durchführen muß. Bitte also noch heute Ihren Answeis überprüfen und rückständige Beiträge auf unser Postcheckkonto Pfm 16700 überweisen. Die Beitragsmärkchen liegen dann den nächsten "Kontakten" bei.

Danken Sie auch daran, daß wir ein Büro eingerichtet haben: Montag 19.30 bis 21.30 Uhr.

HE

"IN DER TODESKURVE"

von Jung/Vilmar ist unentbehrlich für Anti-Luftschutz - Diskussionen - ebenso wie unsere Broschüre "Luftschutz - wie groß ist unsere Chance?", von der Sie mit diesen "Kontakten" ein Exemplar erhalten. Die Broschüren kosten fünf Pfennig.

Dieses und alles andere Material das V ist erhältlich dienstags ab 19.30 Uhr in der "Alten Landkronen", montags ab im VK-Büro und auf Bestellung über Tel. 52 46 65 bzw. Büro 2 16 88 von Freund Echter Baum resp. schriftlich über dessen Postfach FFM-KNIGERSHEIM 131.

WIR EMPFEHLEN:

Film: II. Internationale Filakundewochen - bis 21.6. im B&B

Buch: Robert C. Mackie: "Die Christen und der atomare Krieg" - Furcht Verlag Hamburg

Mitteilungen der Gruppe Frankfurt
Verbandes der Kriegsdienstverweigerern
in der WRI eV ("VK") 4. Jahrgang
PoKo FFM 16700 "Verb. der Kriegsdienstverweigerern"
Horst Maurer, Fritz Vilmar, beide FFM.

A b s c h r i f t

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Offenbach, den 8. Juni 1962
Waldstraße 99 **23. 6. 62**

ED 718-20-212

An die
Frankfurter Neue Presse
Frankfurt am Main

Sehr geehrte Herren!

In Ihrem Artikel "Ohne Vertrauen" behaupten Sie von unserem Ausschußmitglied Herrn Halberstadt, seine "Kapriolen" minderten das Ansehen der Stadt Frankfurt am Main. Mit "Kapriolen" bezeichnen Sie Herrn Halberstadts Mitwirkung bei den Aktionen des Ostermarsches.

Demgegenüber stellen wir fest, daß der Ostermarsch eine demokratische und internationale Aktion ist, die sich gegen Atomwaffen in Ost und West richtet. In unseren Grundsätzen wurde ausdrücklich festgelegt, daß jeder Protest auf verfassungsmäßiger Basis stattfindet. "Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, eine Absage an politischen Terror und totalitäre Bedrohung."

Herr Halberstadt hat sich keinen Schritt von diesen Grundsätzen entfernt. Er hat unsere Kundgebung auf dem Römerberg geleitet, bei der Rudolf Rolfs, der englische Unterhausabgeordnete Frank Allaun und Pfarrer Freudenberg sprachen, und er hat vor dem amerikanischen Generalkonsulat den jungen Atomwaffengegner mitgeteilt, daß die Demonstration nicht erlaubt sei und deshalb nicht stattfinden könne.

Dieses Verhalten kann das Ansehen der Stadt Frankfurt am Main nicht schädigen. Im Gegenteil, es gehört zu ihrem Ruf als freiheitliche Stadt, daß sie in der Vergangenheit und in der Gegenwart Bürger besaß, die öffentlich für das Gemeinwohl und für den Frieden eingetreten sind.

Die Hessische Verfassung billigt und schützt ein solches Verhalten. "Jedermann hat das Recht, seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. Dieses Recht darf auch durch ein Dienstverhältnis nicht eingeschränkt werden, und niemand darf ein Nachteil widerfahren, wenn er es ausübt."

Wir protestieren gegen Tendenz und Formulierung Ihres Artikels und erinnern daran, daß auch Sie die Luft der Freiheit der Meinung - auch der anderen Meinung - zum Atmen brauchen.

Damit verbleiben wir das

Hessische Ausschuß des
Ostermarsches der Atomwaffengegner
gez.: Klaus Vack, gez.: Herbert Fallert

Der Oberbürgermeister
Polizeipräsident

Frankfurt am Main,
Friedrich-Ebert-Anlage 11

An den
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

6c5 Offenbach /Main
Waldstraße 99

Frankfurt /Main, den 5. Juni 1962

Sehr geehrte Herren!

Herr Bürgermeister Menzer hat mir Ihr Schreiben vom 29. 5. 1962 zur Beantwortung zugeleitet. Ich habe die Angelegenheit nachgeprüft, habe jedoch im Ergebnis keinen Anlaß gefunden, daß sachliche und persönliche Verhalten von Herrn Obermagistratsrat Deha zu beanstanden.

Wie ich unterrichtet wurde, war Herr Deha bereit, den Verantwortlichen Ihrer Vereinigung rechtliche Auskunft zu geben. Verantwortlich sind laut Ihrem Briefkopf Herr Vack und Herr Amann. Auch nach meiner Auffassung wäre es ausreichend gewesen, wenn Herr Deha die Fragen dieser beiden Herren beantwortet hätte. Beide Herren hätten dann die Möglichkeit gehabt, die Mitglieder der Vereinigung zu unterrichten. Wie ich weiter unterrichtet wurde, konnte nicht unbegründet vermutet werden, daß beabsichtigt war, eine Diskussion zu führen. Das war nicht der Zweck der Besprechung.

Unter diesen Umständen haben Sie nach meiner Auffassung keinen Grund zur Klage darüber, daß die Besprechung nicht stattgefunden hat.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

gez.: Dr. L i t t m a n n

30.5./5.6.62

6. 6. 62

Protokoll

der Sitzung des Ostermarsches der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß,
am 30. Mai 1962 in Frankfurt/Main

Anwesend: Klaus Vaack, Pfr. Andres, Norbert Winkler, Horst Maurer,
Gisela Burtach, Herbert Faller, Jörg-Dietar Hagedorn,
Pfr. Farr, Fritz Amann

- Tagesordnung:
1. Ostermarsch 1962
 2. Demonstration vor dem Amerikanischen Konsulat
 3. Heiner Halberstadt
 4. Verschiedenes

Zu Punkt 1:

Die Vorbereitungen zum Marsch Gießen-Frankfurt standen in diesem Jahr auf breiterer Basis. Es wurden rund 400.000 Flugblätter in den hessischen Städten und auf der Marschstrecke verteilt. Leider konnten auf der Marschrouten keine örtlichen Ausschüsse gebildet werden, so daß die Verteilung der Flugblätter dort von Gruppen aus Offenbach und Frankfurt vorgenommen werden mußte.

Durch die Aktivität der örtlichen Ausschüsse und auch von Einzelpersonen ist ein beachtlicher Betrag für Agitationsmaterial in die Kasse des Hessischen Ausschusses zurückgeflossen.

Die Vielzahl der Pressemitteilungen, die der Hessische Ausschuß herausgab, blieben ausnahmslos ohne direkten Erfolg.

Mit den Behörden gab es in diesem Jahr keinerlei Schwierigkeiten. Dagegen gab es ungewöhnliche Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Übernachtungsräume.

Die Disziplin der Teilnehmer war vom zweiten Tag an sehr gut. Am ersten Tag waren einige Differenzen zu überwinden.

Der Gottesdienst war in diesem Jahr schlecht besucht. Dies lag daran, daß die Übernachtungsstätten so weit von der Kirche entfernt waren und noch einige organisatorische Aufgaben am Vormittag zu erledigen waren. Im nächsten Jahr soll der Gottesdienst nach Möglichkeit in den Übernachtungsräumen abgehalten werden. Pfr. Farr macht darauf aufmerksam, daß es durchaus möglich ist, alle zum Gottesdienst einzuladen, ohne Zwang zu liturgischen Handlungen.

Die Eröffnungskundgebung in Gießen brachte nicht die gewünschte Begeisterung in die Teilnehmer. Die Veranstaltung in Bad Vilbel war sehr gut, wohl auch wegen der sonst nicht üblichen Form. Die Abschlußkundgebung auf dem Römerberg in Frankfurt war ebenfalls sehr gut.

Als großartigen Erfolg kann der Einsatz der Skiffle-Gruppe am 2. und 3. Tag bezeichnet werden. Dadurch wurden in vielen Orten die Menschen auf den Demonstrationen aufmerksam.

Die finanzielle Seite kann in diesem Jahr ebenfalls als zufriedenstellend angesehen werden. (Vorläufige Bilanz siehe Anlage) Es stehen noch eine Anzahl Rechnungen des Hessischen Ausschusses offen. Vor allem der Frankfurter Ausschuß hat bis heute sehr wenig bezahlt.

Die Gedanken von Fritz Vilmar, die er im nächsten Heft der Kontakte (Mitteilungsblatt des VK Ffm.) über den Ostermarsch veröffentlicht, wurden zur Kenntnis genommen.

Gisela Burbach wünscht, daß künftig vermieden wird, eine gewisse "Ostermarsch-Terminologie" durch unsere Rundschreiben und Erklärungen sowohl bei der Presse als auch bei den Teilnehmern zu erzeugen.

Zu Punkt 2

Klaus Vack erläutert nochmals die durch Rundschreiben bereits bekanntgegebenen Fakten, die zu den Differenzen mit der Frankfurter Polizei wegen der Demonstration vor dem Amerik. Konsulat führten.

Danach war um ein Gespräch mit Verantwortlichen im Polizeipräsidium gebeten worden. Dies wurde zugesagt, aber beim Termin wurde lediglich Klaus Vack und Fritz Amann vorgelassen und nicht die sechs Vertreter des Arbeitsausschusses. Deshalb und weil die Art des Obermagistratsrats Deha jeder Menschlichkeit Hohn sprach, lehnten diese ein Gespräch ab. Der von Klaus Vack an Bürgermeister Menzer gerichtete Brief in dieser Angelegenheit wird vollinhaltlich gebilligt.

Von verschiedenen Mitgliedern des Hessischen Ausschusses war vorher ein Gespräch mit Oberbürgermeister Bockelmann vorgeschlagen worden, in dem politische Fragen um den Ostermarsch erörtert werden sollten. Diese Frage wird zusammen mit Punkt 3 der TO behandelt.

Zu Punkt 3

Es wird die Entwicklung durch die verschiedenen Artikel der Frankfurter Neuen Presse und der FAZ erläutert. Heiner Halberstadt ist inzwischen von seinem Arbeitgeber, Verein Häuser der offenen Tür, vor die Frage gestellt worden, zu kündigen oder gekündigt zu bekommen. Heiner Halberstadt wird nicht selbst kündigen.

Nach längerer Diskussion werden folgende Beschlüsse gefaßt:

Herbert Waller schreibt im Auftrag des Hessischen Ausschusses eine Entgegnung auf den letzten Artikel der Neuen Presse vom 29. Mai "ohne Vertrauen".

Die Pfarrer Farr, Dr. Freudenberg, Mochalski, Welke, Andres, Strohmeier und Kirchenpräsident Niemöller versuchen mit OB Bockelmann in einem Gespräch zum Thema Halberstadt zu kommen.

Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens werden gebeten, ihre Meinung zu dieser Frage in Briefen an den Magistrat kundzutun.

Klaus Vack schreibt im Namen des Hessischen Ausschusses an OB Bockelmann.

Vor neuen Verhandlungen mit der Polizei ist die Antwort von Bürgermeister Menzer abzuwarten.

Zu Punkt 4

Da die Zeit sehr vorgeschritten ist, wird die Sitzung hier abgebrochen. Der Hessische Ausschuss kommt überein, in Falle der Wiederaufnahme sowjetischer Atombombenversuche eine entsprechende Demonstration vor der sowjetischen Militärmission zu veranstalten.

Die nächste Sitzung findet am 19. Juni 1962 um 19.00 Uhr in Frankfurt statt.

Für die Protokollführung:
Fritz Amann

Offenbach (Main), 5. 6. 1962

ED 748-20-215

Z w i s c h e n b i l a n z zum 28. Mai 1962

A Entwicklung

Defizit aus 1961:	DM	1.834,25
Mehreinnahmen 1962:	DM	3.464,50
Vermögensstand am 28.5.	DM	1.630,25
=====		

B. Einnahmen:

Spenden	DM	9.937,33
Teilnehmergebühr	DM	10.090,80
Materialverkauf	DM	3.669,85
=====		
	DM	23.697,98
=====		

C Ausgaben:

Agitation (Flugblätter, Plakate, Abzeichen etc)	DM	10.195,92
Transportkosten	DM	1.890,50
Verpflegung und Übernachtung	DM	5.076,33
Kundgebung und Veranstaltungen	DM	629,--
Bürokosten (Telefon, Porto, Papier etc)	DM	2.044,83
Fahrgelder	DM	345,90
diverse Ausgaben	DM	51,--
=====		
	DM	20.233,48
=====		

D Schulden (unbez. Rechnungen)

Rechtsanwalt Kinast	DM	100,05
Städtereklame Offenbach	DM	230,40
Fa. Hesch (Flugblätter)	DM	638,--
Eohany-Druck (Flugblätter)	DM	1.666,90
Komitee gegen Atomrüstung (Luftschutz- broschüre)	DM	250,--
=====		
	DM	2.885,35
=====		

Offenbach (Main), 28. 5. 1962
Fritz Amann

6. 6. 62

Sozialistische Jugend- Korrespondenz

Herbeexemplar

1.6.62
ED 715-20-215
1962 Nr. 11

8. Jahrgang · 1. Juni-Ausgabe
Einzelpreis 0,50 DM zuzügl. Porto

Kommentare

Berichte

7.7.62
VVK Film/ZI
Informationen

Ostermarsch in Österreich?

Wien. Der junge Österreicher Thomas Walter nahm am Ostermarsch der deutschen Atomwaffengegner in München teil und berichtete über seine Erlebnisse und Eindrücke in mehreren österreichischen Zeitungen. Abschließend an seine ausführlichen Berichte stellt Thomas Walter immer wieder die gleiche Frage: „Ostermarsch — Warum nicht auch durch Österreich?“ und meint dazu:

„Es schließt sich für einen Österreicher, der diese Manifestation des Friedenswillens in der Deutschen Bundesrepublik erlebt hat, eine Frage an: Ist es wirklich möglich, daß auch bei uns in Österreich die vernünftigen Kräfte, die erkannt haben, was ein Atomkrieg bedeuten würde, ungeachtet der welt-

anschaulichen Differenzen, zusammenarbeiten und etwas unternehmen, um den Frieden zu sichern? Unsere Neutralität schützt uns nicht vor radioaktiven Strahlen. Jeder hat eine Chance! Nämlich den Atomkrieg verhindern zu helfen.“

In mehreren Jugendorganisationen wurde der Vorschlag des jungen Österreichers lebhaft diskutiert und nicht abfällig aufgenommen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß zu Ostern 1963 auch durch das neutrale, unabhängige Österreich junge Menschen verschiedener politischer Weltanschauungen marschieren, um gemeinsam für den Frieden und gegen den Atomkrieg zu demonstrieren.

Japans Arbeiter gegen Atombomben

Japan. Der Monat Mai stand in Japan im Zeichen gewaltiger Aktionen für die Erhaltung des Friedens und gegen jedwede Versuche mit Atombomben. Unter Führung der Sozialistischen und Kommunistischen Partei demonstrierten Millionen Arbeiter und Angestellte in Tokio, Hiroshima, Kobe und Nagasaki gegen die amerikanischen Atombombenversuche. In der Nähe von Stützpunkten der US-Armee in Japan und vor den Gebäuden der US-Botschaft fanden eindrucksvolle Protestaktionen und Sitzstreiks statt.

30 000 Delegierte, Vertreter der lokalen SP-, KP- und Gewerkschaftsorganisationen aus dem ganzen Land, protestierten auf einer „Nationalversammlung der Werktätigen für den Frieden“ gegen die Atombombenversuche der USA.

Ein Höhepunkt der Protestaktion gegen Atombombenversuche und für den Frieden war die Abhaltung einer japanischen Schweigeminute am 19. Mai, bei der die Arbeiter und Angestellten im ganzen Land der Opfer der Atombomben gedachten.

OM / Hen. Ansbh.

30. 5. 62

HdJ

I

Veck
Faller
Utmann
Braubach
Winkler
Hagedorn
Andres
Farr

- To: 1) OM 62
 2) Demonstr. USA -
 3) Fall Halbst.
 4) Zuhilfn. Arbeit
 5) Verschied.

① ~ 400 000 Flugbl. verteilt
 + 3700,- Materialverkauf
 600 Anmeldungen
 557 Zahlungen

Giessen ab 700	Paarbr. an 300
Ostheim ab 600	Herman ab 160
Vilbel ab 850	
Ostpark " 1000	
Römer an ~ 1600 (Polizei 1200)	Römer gesamt 4000-6000 (2500 aus Marsch)

otts "dienst
err: frei/
vorbereiten

"ohne historigie" Frommann Hgt war schwach

Ullmann was/ist zufrieden | Vask geht Engl. Remissen.
L schickt 1963 ~ Fenner BROCKWAT

Shiffle frong = ✓ / gut gewesen (300 in Bad Nauheim / Pannenberg)

Pelaf + 23.700,- € 10.000,- Spenden (1961: ~ 5000,-)
 = 12.700,- € 10.000,- Teilnahmegeb.
 = 2.700,- € 3.700,- Materialverk.

OM Hen. ~ 30.000,-
 (1+5000,- Muzaka)
 2000,- Büro
 350,- Fahrgehalt
 600,- ...

Förderergesellschaft " zur Finanzierung ?

May bringt Vilmar - Ausarbeitung 2. Teil - zur Kenntnis - selbstverf. -
"noch Bommeferien grundsätzliche Diskuss. nötig"

"Bewegung für sichtbare Abstrichung" §
als Untertitel ? (für OM d. Ausg)

Kurze Zusammenfassung d. VACK

Schr. an MENZER / Protest. / gut formuliert!
- seit einigen Tagen / noch keine Antwort -

Wochalski wollte 9x BOCKELMANN sprechen /

Für Unterhaltung BOCKELMANN ("B. rönlichkeit")

Mapp. R.
De ha
Kant
MENZER
Stohmaier

Freundberg
Farr
Wochalski
~~Freundberg~~
Kiemöller
Vack
Rofls

"Polit. Diskussion" ?
- Schwierigkeiten mit
Ffdr. Kolizei -

Bedenken: "DFU +
Förderergesellschaft"

als Aufhänger: HALBERSTADT (→ 3)

Sprech auf
Hamer Be-
schreiben:
(entl. nur x)

- x Farr
- x Freundberg
- x Wochalski
- x Welche
- x Andres
- x Stohmaier
- x Kiemöller

3) Fälle: Zitate FAZ + FNP
COU-Anfrage; Beschluss: Kretzel sollte
Vorstd. HdOT Beschluss: Vertrauen gestört
zu Vorstand - bis 30.9.62 # ausscheiden, in
"gegenseit. Einverständnis" - soll auf andere
Position - FNP 29.5.: "Fall H. ~ 2
1/2".

4) OMB Presse-Klarstellung (FNP)
5) Persönlichkeiten (→ 2) bei Bock. für Halb.

Möglichkeiten f. Halb. (v. Stadt bzw. SPD)
a) auf 6/7 - Stelle mit 4-Jehalt (wie jetzt)
b) in Volkshilfen o.ä.
zu 2) oben: Falle gibt Bescheid namens OM/Kern
an FNP

Einzelne Briefe anbeigestellt ... (Einsele, Heydorn, Kofls, Mitscherlich/Humanist. Union, OM/Kern (Woch))

D - Vertagen - § 6.8.
1.9.
zunächst bei neuen Kurmischen.

ED 748-20-219

Nächstes: ~~Mo 18.6.~~ 19.00 h
Di 19.6.

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Frankfurt /M., 29. 5. 1962
Waldstraße 99
Vn. /H.

An den
Bürgermeister
der Stadt Frankfurt

6 Frankfurt
Römer

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Menzer,

wir möchten Sie heute von einem Vorfall unterrichten, der uns sehr ernst und einer schriftlichen Darlegung wert scheint. Ihnen ist bekannt, daß dem Ostermarsch der Atomwaffengegner wegen der Demonstration vor dem Amerikanischen Generalkonsulat gegen die erneuten Atomtests Schwierigkeiten mit der Frankfurter Polizei entstanden sind. Es handelte sich weniger um Schwierigkeiten mit den Beamten, die bei den jeweils geplanten Veranstaltungen anwesend waren, sondern um eine Auslegungsdifferenz des Versammlungsgesetzes mit den verantwortlichen Herren im Polizeipräsidium.

Da wir verhindern wollten, daß in Zukunft wieder Schwierigkeiten entstehen, die möglicherweise auf einen Formfehler unsererseits zurückzuführen sind, haben wir am 28. April 1962 um ein Gespräch zwischen Beamten der Frankfurter Polizei und den Verantwortlichen für den Ostermarsch gebeten. Wir hatten die Verantwortlichen unsererseits nicht näher präzisiert, verstanden darunter aber den Arbeitsausschuß beim Hessischen Ostermarsch-ausschuß. Telefonisch wurde uns durch Amtmann Pfeifroth als Termin der 10. 5. 1962, 10.00 Uhr, genannt. Das Gespräch sollte unter Leitung von Obermagistratsrat Deha geführt werden.

Da die Ostermarscharbeit von uns ehrenamtlich geleistet wird und wir größtenteils in einem terminlich abhängigen Arbeitsverhältnis stehen, haben wir am 9. 5. 1962 noch einmal rückgefragt und erhielten den Termin für den kommenden Tag bestätigt. Wir waren also am 10. 5. 1962, 9.55 Uhr, im Polizeipräsidium um dort zu dem angesetzten Zeitpunkt das gewünschte Gespräch zu führen. Von unserer Seite waren erschienen: Klaus Vack, Fritz Amann, Pfarrer Andres, Norbert Winkler vom Arbeitsausschuß, sowie Rudolf Rolfs, Leiter der Frankfurter Schmiere, der unsere Arbeit sehr stark unterstützt und Jürgen Seifert, der vom SDS am Ostermarsch mitarbeitet und Jura studiert.

Nachdem wir im Vorzimmer unsere Anwesenheit bekundeten, wurde uns mitgeteilt, daß wir uns noch einige Minuten gedulden müßten, da Herr Obermagistratsrat Deha noch in einer Besprechung sei. Diese Besprechung dauerte bis 45 Minuten über den angesetzten Termin, denn um 10.45 Uhr wurden wir vorgelassen. Man teilte uns allerdings sofort mit, daß nur Herr Vack und Herr Amann an dem Gespräch teilnehmen dürften, obwohl 2 Beamte, die ebenfalls an dem Gespräch beteiligt sein sollten, genau wußten, daß wir zu sechst eine Dreiviertelstunde gewartet hatten. Klaus Vack und Fritz Amann begrüßten bei Ihrem Eintritt Obermagistratsrat Deha, der diesen Gruß erwiderte, aber nicht ein einziges Wort der Entschuldigung für die 45 Minuten Verspätung sagte. Klaus Vack legte höflich dar, daß geplant gewesen sei, das Gespräch mit sechs Vertretern des Ostermarsches zu führen. Obermagistratsrat Deha lehnte dies rund-

weg ab; er sei nicht interessiert, ein Gespräch mit einem Saal voller Leute zu führen, es käme dann doch nur zu Streitereien und langen Diskussionen. Er sagte wörtlich: "Sie haben doch bestimmt einen Führer, jede Gruppe hat doch einen Führer und der Führer kann dann den anderen mitteilen, was wir ihm dargelegt haben." Wir klärten Obermagistratsrat Deha auf, daß sich der Ostermarsch demokratisch leite und daß es keinen Führer, sondern einen Arbeitsausschuß, bestehend aus mehreren Personen, gebe. Von seiten der Polizei sollten an dem Gespräch Obermagistratsrat Deha, eine Beamtin und zwei Beamte teilnehmen. Wir legten dar, daß die Polizei auch zu viert sei. Uns wurde erwidert: "Das sind zwei Sachbearbeiter für die verschiedenen Resorts, im übrigen haben ja nicht wir dieses Gespräch gewünscht, sondern Sie wollen etwas von uns und müssen sich deshalb auch mit der von uns als richtig angesehenen Teilnehmerzahl zufrieden geben". Wir mußten uns noch mehrere Sätze, die auf der gleichen Linie liegen, sagen lassen und fanden kein Verständnis für unseren Wunsch, mit mehreren Personen vom Hessischen Ostermarschausschuß dieses Gespräch führen zu dürfen.

Mehrfach konnte man aus den Worten von Obermagistratsrat Deha heraushören, daß er Angst habe, mit uns eine politische Diskussion zu führen. Einerseits hätte er schon an unserer Verduttheit (wir hatten natürlich nicht mit einem solch liebenswürdigem Empfang gerechnet) erkennen können, daß wir nicht die Leute waren, die eine polemische Diskussion wünschten, sondern daß es uns wirklich um sachliche Information ging. Wir hatten einen größeren Kreis gewählt, da die verschiedensten Fragen der Auslegung des Versammlungsgesetzes und der dieses Gesetz ergänzenden Verordnung für uns so schwierig schienen, daß eben zwölf Ohren mehr hören als vier und sechs Hirne mehr erfassen als zwei.

Klaus Vack und Fritz Amann haben unter diesen Umständen auf das Gespräch verzichtet, zumal Obermagistratsrat Deha empfahl, das Versammlungsgesetz zu kaufen, da sei man schon über alles informiert. Wir haben allerdings bei intensivem Durcharbeiten des Versammlungsgesetzes noch keine Verordnung gefunden, nach der das Tragen von Umhängeschildern für Einzelpersonen eine Demonstration und deshalb anmeldepflichtig ist, oder nach der Flugblätter vor der Verteilung angemeldet werden müssen. Uns scheinen deshalb noch immer viele Fragen ungeklärt, die eines Informationsgespräches mit der Polizei bedürfen.

Was uns jedoch am meisten bedrückt, ist die Art und Weise, wie man uns von hohen Beamtenroß behandelt hat. Wir können verstehen, daß ein kleiner Polizeibeamter mit einigen Hundert Mark Gehalt nicht immer alle Dinge überblickt und deshalb unseren Wünschen verschlossen gegenüber gestanden hätte. Daß aber ein Obermagistratsrat, der weltgewandt, menschlich erfahren sein und durch sein Verhalten ein offenes Beamtentum repräsentieren müßte, so mit uns verfahren ist, sollte Sie, Herr Bürgermeister, zu einer Überprüfung und Stellungnahme in dieser Angelegenheit auffordern. Ist eigentlich der Bürger für den Beamten da, oder ist der Beamte für den Bürger da? Ist es nicht Aufgabe des Beamten, sein Wissen, das er sich nur deshalb aneignen konnte, weil ihm der Bürger für diese Arbeit freigestellt und finanziert hat, genauso hilfsbereit und rücksichtsvoll dem Bürger zur Verfügung zu stellen, wie ein Autoschlosser, der einem Buchhalter die komplizierte Maschinerie eines Automotors erklärt. Wenn das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Hessische Verfassung nicht nur ein Stück Papier, sondern mit Leben erfüllt sein sollen, dann ist es Aufgabe des Obermagistratsrates Deha, sich eines anderen Umgangs mit seinen Mitbürgern zu befleißigen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, der Ostermarsch Ausschuss legt keinen Wert darauf, diese Geschichte in der Öffentlichkeit breitzutreten, obwohl wir die notwendigen Möglichkeiten durch Verbindung zu integren Persönlichkeiten aus kulturellen, politischen und kirchlichen Kreisen haben. Wir dürfen Sie aber sicher um aufmerksame Bearbeitung und Beantwortung dieses Briefes bitten.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

gez.: Klaus Vack

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 748-20-122

A b s c h r i f t
aus der
FRANKFURTER NEUEN PRESSE

vom 29. 5. 1962

23. 6. 62

Ohne Vertrauen
=====

Fall Halberstadt vor dem Abschluß

Geht der Fall Halberstadt jetzt still und leise zu Ende? Wird der Geschäftsführer des Vereins "Haus der Offenen Tür" unbemerkt von der Bühne abtreten, nachdem er mehr als einmal, zuletzt mit der Demonstration gegen Atomversuche vor dem amerikanischen Generalkonsulat in Frankfurt für Wirbel um seine Person und für Theaterdonner gesorgt hat?

Fast sieht es so aus. Seine Abberufung war gefordert worden. Man macht Heiner Halberstadt in der Öffentlichkeit nicht seine Einstellung zum Vorwurf - sie steht ihm selbstverständlich frei, er darf ihr auch in extremer Weise anhängen, sondern man sagte mit Recht, als Mann, der so eng mit der Frankfurter Stadtverwaltung verbunden ist, dürfe er nicht eine Form wählen, die Frankfurts Ruf schädigt. Es geht nicht, daß der Geschäftsführer des Vereins "Haus der Offenen Tür" immer wieder in Kapriolen verfällt, die das Ansehen der Stadt mindern.

Nachdem der Magistrat lange zugesehen hatte, beauftragte er nach dem letzten Zwischenfall vor einigen Wochen den Vorsitzenden des Vereins "Haus der Offenen Tür", Stadtrat Dr. Prestel mit einer Untersuchung.

Der Bericht liegt jetzt vor. In ihm steht klipp und klar, daß der Vorstand einstimmig zu dem Entschluß gekommen ist, Heiner Halberstadt habe nicht mehr sein Vertrauen. Es wird gesagt, man möge Halberstadt behilflich sein, eine andere Stellung zu finden.

Das heißt mit anderen Worten: Halberstadt muß gehen. Nach Lage der Dinge hat er sich das selbst zuzuschreiben. Die Entscheidung konnte nicht anders fallen.

Im Magistrat wurde über den Bericht nicht diskutiert. Er war ausgelegt, niemand nahm dazu das Wort. Offensichtlich versucht die SPK mit dem Fall Halberstadt intern fertig zu werden.

Nach dem Vorstandsbericht dürfte es nur noch eine Frage der Zeit sein, wann Halberstadt einer anderen Beschäftigung - die durchaus im Rahmen der Stadtverwaltung liegen kann - nachgeht. Eine Beschäftigung, der nicht das politische Gewicht zukommt und die nicht im Blickpunkt des Interesses der Öffentlichkeit liegt, wie die Stelle des Geschäftsführers des Vereins "Haus der Offenen Tür".

Lauter oder leiser Abgang; es ist gleich; der Vorhang fällt dann, und der Verein "Haus der Offenen Tür" kann unter einem neuen Geschäftsführer seine wichtige Arbeit der Jugenderziehung erfüllen - ohne Halberstadt und dessen Extratouren.

FNP



Das Zürich-Hochhaus mit dem Opernhaus.

Foto: Kerner

umfassende neben dem Opernhaus

aus Glas und Stahl

weihet die neuen Gebäude ein

... des amerikanischen Handelsministeriums ein, das Ausstellungen über die Wirtschaft Amerikas plant und auch für Reisen in die Neue Welt werben wird. Die Frankfurter haben sich längst an das schlanke Hochhaus und den eleganten Langbau gewöhnt. Die Bedenken, daß diese Gebäude das Opernhaus erschlagen würden, sind gegenstandslos geworden. Fast schwerelos wirkt das Hochhaus, es scheint zu schweben, und man sagt nicht...

verkleinern oder vergrößern. Die Mitarbeiter sind in Arbeitsgruppen zusammengefaßt. Wenn man durch die geräumigen Büros geht, die nicht nur von Experten oder Architekten eingerichtet wurden, sondern bei denen auch Psychologen, Akustiker, Techniker und Rationalisierer ein Wort mitreden, meint man, nicht mehr im Jahr 1962 zu sein, sondern vielleicht zwanzig oder dreißig Jahre weiter.

Das Obergeschoß des Langbaues nehmen Küche und Kasino mit Cafeteria und Terrasse für die Angestellten der "Zürich" ein. Man speist über den Dächern der Stadt. Wer von den oberen Geschossen des Hochhauses hinabschaut, hat rundum das erregende und lebendige Frankfurt zu Füßen.

Albert Bechtold

Ohne Vertrauen

Fall Halberstadt vor dem Abschluß

Geht der Fall Halberstadt jetzt still und leise zu Ende? Wird der Geschäftsführer des Vereins „Haus der Offenen Tür“ unbemerkt von der Bühne abtreten, nachdem er mehr als einmal, zuletzt mit der Demonstration gegen Atomversuche vor dem amerikanischen Generalkonsulat in Frankfurt für Wirbel um seine Person und für Theaterdonner gesorgt hatte?

Fast sieht es so aus. Seine Abberufung war gefordert worden. Man machte Heiner Halberstadt in der Öffentlichkeit nicht seine Einstellung zum Vorwurf — sie steht ihm selbstverständlich frei, er darf ihr auch in extremer Weise andrängen, sondern man sagte mit Recht, als Mann, der so eng mit der Frankfurter Stadtverwaltung verbunden ist, dürfe er nicht eine Form wählen, die Frankfurts Ruf schädigt. Es geht nicht, daß der Geschäftsführer des Vereins „Haus der Offenen Tür“ immer wieder in Kapriolen verfällt, die das Ansehen der Stadt mindern.

Nachdem der Magistrat lange zugehört hatte, beauftragte er nach dem letzten Zwischenfall vor einigen Wochen den Vorsitzenden des Vereins „Haus der Offenen Tür“, Stadtrat Dr. Prestel, mit einer Untersuchung.

Der Bericht liegt jetzt vor. In ihm steht klipp und klar, daß der Vorstand einstimmig zu dem Entschluß gekommen ist, Heiner Halberstadt habe nicht mehr sein Vertrauen. Es wird gesagt, man möge Halberstadt behilflich sein, eine andere Stellung zu finden.

Das heißt mit anderen Worten: Halberstadt muß gehen. Nach Lage der Dinge hat er sich das selbst zuzuschreiben. Die Entscheidung konnte nicht anders fallen.

Im Magistrat wurde über den Bericht nicht diskutiert. Er war ausgelegt, niemand nahm dazu das Wort. Offensichtlich versucht die SPD, mit dem Fall Halberstadt intern fertig zu werden.

Nach dem Vorstandsbericht dürfte es nur noch eine Frage der Zeit sein, wann Halberstadt einer anderen Beschäftigung — die durchaus im Rahmen der Stadtverwaltung liegen kann — nachgeht. Eine Beschäftigung, der nicht das politische Gewicht zukommt und die nicht im Blickpunkt des Interesses der Öffentlichkeit liegt, wie die Stelle des Geschäftsführers des Vereins „Haus der Offenen Tür“.

Lauter oder leiser Abgang; es ist gleich; der Vorhang fällt dann, und der Verein „Haus der Offenen Tür“ kann unter einem neuen Geschäftsführer seine wichtige Arbeit der Jugendziehung erfüllen — ohne Halberstadt und dessen Extratouren. AB

Tiermißhandlung

Strafanzeige gegen Rohlinge

Der Frankfurter Tierschutzverein hat gegen die 18 und 20 Jahre alten Bürschen, die in der Nacht zum letzten Samstag im Niedgarten in Rödelheim grausam über 50 Hühner erschlugen, Strafanzeige wegen Tiermißhandlung erstattet. Nach dem Tierschutzgesetz kann Tierquälerei mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und mit Geldstrafe oder mit einer der Strafen geahndet werden.

Wie uns von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt wurde, will man dort prüfen, ob die Rohlinge noch wegen anderer Delikte verfolgt werden können.

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Offenbach (Main) 4 · Postfach 648

An den
Hessischen Ausschuß
für den Ostermarsch
der Atomwaffengegner

=====

Hessischer Ausschuß

Verantwortlich: Klaus Vock
Offenbach (Main)

Fritz Amann
Darmstadt

Geschäftsstelle: Offenbach (Main)
Waldstraße 99

Postcheck: Frankfurt (M) 57648

Datum:

25. 5. 62

24. 5. 1962

Va. /H.



Liebe Freunde,

nachdem wir unsere Demonstration vor dem Amerikanischen Generalkonsulat nun glücklich über die Bühne gebracht haben und wieder zwei Wochen verstrichen sind, ist es notwendig, daß sich der Hessische Ausschuß zu einer Sitzung findet, bei der vor allen Dingen eine Auswertung des Marsches 1962 vorgenommen wird. Ich lade Sie deshalb für Mittwoch, 30.5., 19 Uhr, in das Haus der Jugend, Frankfurt, Eingang Alte Rittergasse, ein.

Einen Vorschlag zur Tagesordnung werde ich in dieser Sitzung geben. Wenn wir einigermaßen ausführlich analysieren wollen, was in den vergangenen Monaten geschehen ist und was in Zukunft weiter geschehen soll, werden wir wohl 3 Stunden für diese Sitzung benötigen. Ich hoffe trotzdem auf Ihr vollzähliges Erscheinen und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Klaus Vock

KURATORIUM

Stefan Andres
Hedwig Born
Benjamin Britten
Canon Collins
Herbert Faller
Prof. Dr. Helmut Gallwitzer
Prof. Dr. Gustav Hedemann
Heinz Hilpert
Dr. Robert Jungk
Dr. Erich Kastner
Dr. Arno Klönne
Dr. Heinz Kloppenburg
Christel Küpper
Margarethe Lachmund
Dr. Armin Prinz zu Lippe
Prof. Wilhelm Maler
Dr. Bodo Manstein
Prof. Katharina Petersen
Prof. Bertrand Russel
Martin Schröter
Prof. Dr. Johannes Ude
Prof. Dr. Dr. Fritz Wenzel
Prof. Dr. Ernst Wolf

ED 718-20-225

(15.5.62)

Fem. VILMAR

brachte die STIMME

(Machalshi) # 10/62

v. 15.5.62

eine gute Ostermarsch-
Zusammenfassung

hebe
ich
nicht!

Kontakte

zu Kriegsdienstverweigerern

OMB/4x

15.5.62

5

ED 348-10-200



DER OSTERMARSCH WIRD EIN POLITIKUM
von Fritz Vilmer - 1. Teil

UNTERMARSCH WUCHS - 1. MIT GEMURKELN

Der 1. Mai ist vielerorts eine Pleite gewesen. DGB und SPD stellten sich Fragen, warum in Frankfurt - und ähnlich ist es in anderen Orten gewesen - auf dem Römerberg kaum mehr als 2000 Menschen zur Maidkundgebung gekommen sind, während 6000 an der Abschlußkundgebung des heftigen Ostermarsches dort teilnahmen. Spitzenfunktionäre der westdeutschen Arbeiterbewegung, die die 1958 von ihnen als st. inaugurierte Atomtod-Bewegung heute verketzern, sollten sich fragen, wie es kommt, daß trotz ihrer "Wardungen" die Teilnehmerzahl an den Ostermärschen sich verdoppelt, zum Teil verdreifacht hat, während die Teilnehmerzahl an den Maidkundgebungen immer mehr zusammenschrumpft. Sie sollten sich fragen, was es zu bedeuten hat, wenn die Bundesjugendkonferenz des DGB in einer noch nie dagewesenen Offenheit gegen die politischen Entmündigungsversuche des DGB-Vorstands rebelliert.

Die Antwort auf diese und ähnliche selbstkritische Fragen, die die Führung der offiziellen Arbeiterbewegung sich heute oder morgen wird stellen müssen, lautet: die Massen, insbesondere die aktiveren Jungen Menschen, kehren einer konformistischen Führung ohne Paraseologie den Rücken. Gerade die junge Generation innerhalb der Arbeitnehmerschaft und der Intelligenz der bemerkt, daß die westdeutsche Arbeiterbewegung auf dem besten Wege ist, ihr Wesen - kritisches Sein - Grundstoff in der bestehenden Gesellschaft zu sein, aufzugeben. Die st. lebenden und denkenden Menschen haben keine Lust, an 1. Mai irgendwo zu stehen und von natotrommen, kandidierten Funktionären sich sozial-



LUFTSCHUTZ-
Aktionen -
siehe Seite 3

politisches Elabla und wlatonische Antikriegsbekennnisse anzuhören. Totale Abrüstung fordert auch Adenauer.

DOPPELT SO STARK WIE 1961

Aber zum Ostermarsch sind viele gekommen, erstaunlicherweise: trotz der massiven Diffamierungen doppelt so viele wie im Jahr zuvor. (A propos Diffamierung: ein Hamburger Theologe sagte vor einiger Zeit: ich bin zwar kein Kommunist, aber wenn ich in dieser Bundesrepublik einmal 14 Tage lang nicht Kommunist genannt werden bin, frage ich mich, ob ich meine staatsbürgerlichen Pflichten vernünftig habe.) Die Tatsache, daß in diesem Jahr statt 8000 etwa 15000 marschiert sind, daß etwa 50000 auf den verschiedenen Kundgebungen zugehört haben, die Tatsache schließlich, daß die Massenmedien nicht wie im vorigen Jahr das Totschweigen haben durchhalten können, sondern von den Märschen und Kundgebungen, wenn auch verniedlichend, berichtet haben, - all das zeigt, daß genau wie in England die Ostermarsch-Bewegung dabei ist, ein Politikum zu werden. Das politisch aktive Volk, die aktive Jugend, ist nicht länger gewillt offiziellen Stillhalteparolen zu folgen. Im Gegenteil: es spricht sich bei einer wachsenden Minderheit herum, daß der Ostermarsch eine gute Sache sein muß, gerade weil offizielle politische und gewerkschaftliche Leitschreiber Favor warnen! - Es ist richtig, worauf Robert Jungk hinweist: daß

in England die Anti-Atom-Bewegung, zur Massenbewegung nicht zuletzt durch die Ostermärsche geworden, seinerzeit entscheidend zum Veto Edens gegen die Anwendung der Atombombe in Indocina beigetragen hat und starke Teile der englischen Arbeiterbewegung in eine antischiedene Atomwaffengegnerchaft geführt hat. Am Ostermontag wurde bekannt, daß der schottische Gewerkschaftstag mit überwältigender Mehrheit wiederum die atomare Ausrüstung Englands abgelehnt hat. Auch in England ist also keineswegs ein Verfall der Anti-Atom-Bewegung festzustellen. 50000 marschierten dort 1962, und 50000 erwarteten sie auf dem Trafalgar Square in London.

Allerdings kommt es nun darauf an - gerade weil der Ostermarsch zu einem nonkonformistischen Politikum wird, das sich anspricht, über kapitalistischer integrierter Mai-Demonstrationen hinauszuwachsen -, die Organisation der Ostermärsche hier in Deutschland noch wirksamer, rüchtern, unromantischer zu gestalten als bisher.

Der 2. Teil dieses Aufsatzes, der im Juni hier erscheint, wird sich kritisch mit den bisherigen Ostermärschen befassen und konkrete Verbesserungsvorschläge bringen. Wir bitten, daß auch unsere Freunde sich überlegen, was und wie besser gemacht werden kann.

DER "OSTERMARSH DER ATOMWAFFENEGNER"

stand gerade in Frankfurt in der letzten Zeit im Feuer einer gezielten diffamierenden und unwahren Berichterstattung besonders durch die FAZ, und zwar speziell wegen einer Demonstration gegen die USA-Atomtests, die erst beim dritten Versuch durchgeföhrt werden konnte. Auch persönliche unbegründete Angriffe gegen einzelne Mitglieder des "Nassischen Ausschuss" wurden vorgetragen.

Wir bitten alle Freunde, die an einer objektiven Unterrichtung "aus erster Hand" interessiert sind, ihre Anschrift direkt an "Ostermarsch, 605 Offenbach 4, Postfach 648" mitzuteilen und um Information zu bitten; bitte Porto-Inkosten nicht vergessen!

Ein abschließendes Flugblatt des diesjährigen Ostermarsches selbst, "Warum wir marschieren", legen wir diesen "Kontakten" zu Ihrer Information bei.

EIN BERICHT ÜBER UNSERE DIESJÄHRIGK
JAHRSHAUPTVERSAMMLUNG LIEGT DIESEN
"KONTAKTEN" BEI - BITTE BRACHTEN!

KINDERLEICHEN NICHT VERGESSEN

Nachstehend bringen wir Ausszüge aus einem Bescheid einer Prüfungsausschusses für Kriegsdienstverweigerer (P-3/79 vom 18. 12. 61, Wiesbaden)

Aus der Antragsbegründung unseres Mitgliedes: "Er habe in den Jahren 1940 bis 1945 als Kind die Grausen des Bombenkrieges in Frankfurt erlebt. Sein Eltern seien dreimal ausgeblutet worden. Er habe nachts in Kleidern schlafen und oft mit seiner Mutter in Luftschutzkellern und Bunkern sitzen müssen. Es sei ein Leben in Angst und Pech gewesen. Er habe gesehen, wie eine Luftmine ein Krankenhaus getroffen hatte, wie Kinderleichen auf Särge aus dem Krankenhaus getragen wurden. Sein Vater habe ihn damals auf den Arm genommen und gesagt, er dürfe niemals diesen Anblick vergessen. Einesmal werde der Krieg vorbei sein, dann dürfe es keine Soldaten mehr geben, die solches Grauen verursachen würden. Später habe er über die Grusel des Krieges und die Verbrechen der Konzentrationslager gelesen und sich Gedanken gemacht. Ihm ta sei er entschlossen, an einer Wiederholung solcher Jahre des Grauens nicht mitschuldig zu werden."

Aus den Aussagen des vorgeladenen Zeugen: "... daß der Antragsteller ein Idealist und ein Mann von Charakter sei, wie man ihn in der heutigen Jugend selten finde. Er habe der Antragsteller und seine Familie in den Bombennächten in Frankfurt kennengelernt. Sie hätten sich schließlich geschworen 'nie wieder Krieg'. Während die meisten Menschen die Schrecken vergessen hätten, sei die Familie des Antragstellers ihrer damaligen Auffassung treugeblieben."

Aus der Begründung der Anerkennung durch den Prüfungsausschuß: "In Würdigung der glaubhafter Darlegung des Zeugen und der Gesamtpersönlichkeit des Antragstellers sowie seines ethischen Verhaltens, wie es aus seiner Mitgliedschaft zur DLRG und aus seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Jugendturnwart hervorgeht, sah es der Prüfungsausschuß als hinreichend erwiesen an, daß der Antragsteller zu den Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen im Sinne des Artikel 4 des Grundgesetzes gehört."

Vom Staat werden viel mehr Verbrechen verübt, als von Einzelpersonen. Unsere Gesellschaft muß sich daher viel weniger vor dem Einzelnen schützen als vor dem Staat.
Albert Camus, 1913-1959

ALS NÄCHSTES ZIEL

in Kampf gegen Rüstung und Kriegsvor-
bereitung werden wir Aktionen gegen
den Luftschutzwahn durchführen bzw.
unterstützen.

Zu einer Zusammenarbeit für solche
Aktionen haben sich Vertreter der
Frankfurter und hessischen Gruppen
höchstensender Organisationen bereit-
erklärt: "Deutsche Friedensgesell-
schaft", "Deutsche Reformjugend",
"Gewaltlose Aktion", "Kirchliche
Bruderschaften", "Ostermarsch der
Atomwaffengegner", "Verband der Krieg-
dienstverweigerer", "Versöhnungsbund",
"World Organization of Mothers of All
Nations (WOMAN)"; weitere Gruppen folgen.

Bereits in den nächsten Tagen werden
aus Anlaß der Luftschutzausstellung
im RMmer (bis 16. Juni!) Protest-
und Aufklärungsaktionen durchgeführt.
Küheres erfahren Sie ab sofort tele-
fonisch über Ffm 6970441 - Grund-
sätzlich: hingehen und diskutieren!

"BEREITSCHAFT ZUR AKTIVEN MITARBEIT"

Der mit den letzten "Kontakten" ver-
schickte Fragebogen ist bis jetzt von
einer Anzahl Freunden zurückgesandt
worden, teilweise mit erfreulichen Ein-
tragungen. Trotzdem stellen wir fest,
daß viele Mitglieder anscheinend immer
noch meinen, die regelmäßige Zahlung
eines Mitgliedsbeitrages sei genug
"Aktivität". Der VK-Vorstand kann und
will sich nicht damit begnügen, eine
große Organisation mit lauter Kartei-
leichen zu haben - "werdet aktiv, ehe
Ihr radioaktiv werdet!" - merken Sie
sogar noch nicht, daß wir bald über-
haupt nicht mehr "aktiv" werden kön-
nen? - Lesen Sie eigentlich unsere
"Kontakte" und "Zivil", beachten Sie
unsere Buch- und Zeitschriftenempfeh-
lungen?

Wann-Wo-Was ?

- Bis 16. Juni RMmerhalle
- LUFTSCHUTZ-Verbeausstellung**
- Di 22. 5. 19.30 - 21.30 Uhr Gast-
stätte "Alte Landskrone"
Neue Kräme 14 - 16, Kolleg.
Beratungabend
- Do 24. 5. Für die Interessenten an
"Gewaltlose Aktion":
19.30 - 22.00 Uhr
Stalburgstraße 30 IT
Arbeitskreis-Treffen
- Mo 28. 5. 20 - 21.30 Uhr VK-Büro
Büchereiservice
- Di 29. 5. Beratungsabend, wie 22. 5.
- Mo 4. 6. 20 Uhr Gasthaus "Adler",
Ulrichal, Schulstraße 2
Beratungsabend (C. Bossack)
- Di 5. 6. Beratungsabend, wie 22. 5.
20 Uhr VK-Büro
"Kontakte"-Kleber-Arbeiten
- Do 7. 6. "Gewaltlose Aktion" (24.5.)
- Fr 8. 6. 19.30 - 22 Uhr VK-Büro
"Kontakte"-Vorausarbeiten
- Di 12. 6. Beratungsabend, wie 22. 5.
- Mi 13. 6. 20 Uhr Gewerkschafts-
Jugendheim, Frankfurt,
Untermainkai 86, Raum 5
"Mittwoch-Forum":
" Ost - West
Zweitteilung der Welt?"
Leitung: Claus Bossack
- Mi 14. 7. "Mittwoch-Forum", wie 13.6.:
Ersatzdienstler-Treffen:
"Erfahrungsberichte von
Ersatzdienstleistenden"

"Der Grundsatz aller Staaten ist Ver-
trauen zur Führung. Die Tat ist stumm,
der Gehorsam blind." Das sei die Tugend,
auf die nach der Meinung des
Hermann-Verteidigers, Rechtsanwalt
Kratz, der Staat allein bauen
kann. "Ob diese Tugend belohnt wird,
hängt vom Erfolg der Politik ab."
FAZ 14. 12. 61

Kurz - Trotzdem wichtig

- ++ Sir Sarvepalli Radhakrishnan, 73,
Religionsphilosoph (Empfänger des deut-
schen Buchhandels-Friedenspreises 1961),
wurde als Nachfolger von R. Brandt zum
Indischen Staatspräsidenten gewählt.
- ++ Die Dauer der französischen mili-
tärpflicht wurde von 27 auf 18 Mo-
nate herabgesetzt.
- ++ Der am 17. 6. 61 aus West-Berlin
verschundene 16-Jährige-Redakteur Heinz
Brandt wurde in der DDR "wegen Spionage"
für 3 Jahren Zuchthaus verurteilt.
- ++ Einer der nächsten USA-Atomversuche
soll einen die Erdkruste umspannenden
Magnetfeld-Büchle stellenweise erzeugen.
Die USA erwarten davon "interessante
wissenschaftliche Erkenntnisse". Gegner
des Projekts, auch in Westeuropa, beto-
nen, daß Sinn und Funktion dieses Mag-
netfeldes wissenschaftlich noch zu un-
bekannt seien, um mit Sicherheit das
Experiment als "völlig gefahrlos" be-
zeichnen zu können.

MKHR MISSBILDUNGEN BEI NEUGEBORENEN

wurden jetzt auf einer Kinderärzte-Tagung bekannt bzw. zugegeben: seit 1958 steigt die Zahl der mit Mißbildungen zur Welt gekommenen Kinder in der Bundesrepublik sprunghaft, z. B. im Bereich der Bonner Kinderklinik 1961 = 5 auf 1000 (1960: 2,7 : 1000). Als Ursache wird das Schlafmittel "Contergan" bezeichnet.

Nach einem Bericht in "Frankfurter Rundschau" 7.5.62 (öba 6.5. Minister)

Aus dem Bericht kann geschlossen werden, daß den Teilnehmern von zwei Kinderärzte-Tagungen in Deutschland der Begriff "Radioaktivität" scheinbar unbekannt ist ...

UNWISSENHEIT, VERDÜMMUNG - oder ANGST?

DAS "FREUNDSCHAFTSHEIM BÜCKEBURG"

- es nennt sich "Internationales Studienhaus" - bringt unter Leitung von Werner Georg Haverbeck und Leslie Rayman noch wie vor ständig Wochen- und Wochenendkurse und -lehrgänge zum Thema Faschismus und internationaler Freundschaft und Friedensarbeit. Die Bedingungen sowie Programme fordern Sie bitte direkt von "Freundschaftsheim, 4967 Bückeburg". Wir alle könnten noch Vieles von dort lernen!

Der "BIBLIOGRAPHISCHE WEGWEISER"

wird nach einem Beschluß des VK-Bundesvorstandes auch weiterhin in unserer Monatszeitschrift "Zivil" erscheinen. Aufgrund einer Umfrage im November in "Kontakte" hatten sich zahlreiche Mitglieder für ein unverändertes Erscheinen ausgesprochen.

INFORMIEREN SIE SICH ÜBER...

- ... die neue Laos-Krise
- ... die wachsenden Kontakte Washington - Moskau und das Mißfallen der Bundesregierung hierüber
- ... eine sich erneut abzeichnende gesundheitliche Schwäche Adenauers und die Maßnahmen unserer Regierung hierauf
- ... die wachsenden Streikunruhen in Spanien und Portugal

DARÜBER SOLLTEN SIE BESCHIED WISSEN!



In Deutschland

"GEDIENTE" VERSATZDIENSTPFLICHTIGE

bitten wir erneut dringend, uns nach Frankfurt zu melden, wann, wo und unter welchen Bedingungen der Dienst geleistet worden ist. Denken Sie daran, daß andere aus Ihren Erfahrungen lernen!

"WER WIRD ALS KRIEGSDIENSTVERWEIGERER ANERKANNT?"

Die wichtigsten Entscheidungen im Rechtsverfahren der Bundesrepublik. Diese vom VK-Bundesvorstand neu herausgebrachte Broschüre von Rüdiger Frank ist zum Preis von DM 2,70 ... uns erhältlich, ebenso noch die Broschüre von Wilhelm Keller "Warum wird den Kriegsdienst verweigern - Gute und schlechte Antworten aus der Praxis der Prüfungsausschüsse", zu DM -1,50.

Dieses und alles andere VK-Material können Sie bekommen dienstags ab 19.00 Uhr in der "Alten Landskron", montags abends im VK-Büro und auf Bestellung über Telefon 524665 bzw. Büro 21608 von Freund Dieter Baum resp. schriftlich über dessen Postfach Pfm-Ebene beim 151.

WIR EMPFEHLEN:

Buch: "Mein Kampf" - Bilddokumentarisch nach Erwin Leisers Film
Fischer-Taschenbuch

Zeitschrift: "Stimme der Gemeinde",
zweiwöchentlich DM

"Blätter für Deutsche internationale Politik"
1961n monatlich DM

KONTAKTE
zu Kriegsdienstverweigerern

15. Mai 1962 Mitteilungen der Gruppe Frankfurt
Verbandes der Kriegsdienstverweigerer
in der WRI eV ("VK") 4. Jahrgang

Ffm 10, Hans-Thomastr. 11 I. T 681044
Erscheint monatlich - Verantwortlich:

Poko FFM 16200 "Verb. der Kriegsdienstverweigerer"
Horst Maurer, Fritz Vilar, beide Frankfurt



In diesen Tagen demonstrierten Gegner des atomaren Massenmordes in fünf westdeutschen Großstädten

Es waren nur einige tausend Menschen, die in Hamburg, Dortmund, Frankfurt, Stuttgart und München gegen den Atom-Wahnsinn protestierten. Es waren nur einige zehntausend, die sich zur gleichen Stunde in London versammelten. Es war ein kleines

Häuflein in Norwegen, eine kleine Gruppe in Dänemark. Aber die wenigen, die da marschierten, sprachen im Namen von Millionen. Millionen, die seit der Wiederaufnahme der Atombombenversuche in Ost und West von der Frage gequält werden: müßten wir nicht et-

REVUE-Bericht von W. David (Fotos) und H. David (Text)

Tausende forderten im Namen von Millionen: Macht endlich Schluß mit dem Atom-Wahnsinn!

Politik ohne Bombe

was tun gegen diesen tödlichen Wettlauf? Müßten wir nicht handeln, ehe es zu spät ist? Millionen wagen noch nicht, ihre Stimme zu erheben. Im Osten nicht, weil man sie zwingen würde, einseitig gegen die westliche Atomrüstung zu protestieren. Im Westen nicht, weil hier die Sorge, als „östlich gesteuert“ zu gelten, die Initiative des einzelnen fast noch stärker lähmt, als es Polizeigewalt vermöchte. Aber diese Sorge ist unbegründet. Die Protestmärsche waren und sind nicht kommunistisch gesteuert. Auch das „Komitee gegen Atomrüstung“ nicht, das die hier

VEITH VERDIENST VERTRAUEN

... denn VEITH und die Sicherheit gehören zusammen.

Autofahrer, die einen sicheren Reifen bevorzugen - spurfest, kurvenfreudig und dabei lauf ruhig - schätzen die Marke VEITH B. F. Goodrich.

Gewissenhaftigkeit und Qualitätsdenken bei allen Phasen der Produktion - vom Material über den Aufbau des Reifens zur Formung und Endkontrolle - das ist wichtig. Hier kommt es auch heute noch auf den Menschen an, sein Wissen und handwerkliches Können.

Erfahrene Fachkräfte - oft seit Jahrzehnten mit den VEITH-Werken im Odenwald verbunden - bauen an modernen Maschinen, nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen, sichere Reifen, denensich der Autofahrer gerne anvertraut.



Gleich Null ist die Chance, einen Atomkrieg zu überleben. Gleich Null ist die Wartezeit bei einem Raketenangriff. Diese Flugschrift der Atomgegner widerlegt die Besser-Beruhigungs-Broschüre „Jeder hat eine Chance“

abgebildete Flugschrift herausgab. Wir im Westen haben die Freiheit, zu demonstrieren. Die drüben können es nicht. Wir also können mitmarschieren für eine Politik ohne Bombe — oder wir können die Marschierer verdächtigen und verleumdern. Wir haben die Wahl. Aber wie lange noch? Schon versucht radioaktiver Regen unsere Felder und Quellen. Der atomare Selbstmord der Menschheit hat begonnen ...

Gegen Atomversuche

Demonstration fand doch statt

Eine Gruppe von etwa 200 Anhängern der Ostermarschbewegung gegen die Atomwaffen zog am Donnerstagabend vom Opernplatz zum Gebäude des amerikanischen Generalkonsulats in der Siesmayerstraße, um gegen die Wiederaufnahme der amerikanischen Atomwaffenversuche zu protestieren. Die Demonstranten gingen auf der dem Generalkonsulat gegenüberliegenden Straßenseite einzeln hintereinander, so daß es an der Ecke Friedrich- und Feldbergstraße sowie am Grüneburgweg zu Verkehrsstockungen kam.

Am Grüneburgpark hielt der frühere Darmstädter Studentenpfarrer und jetzige Chefredakteur der Zeitschrift „Stimme der Gemeinde“, Herbert Mochalski, eine Ansprache, in der er an die Amerikaner appellierte, „als erste endgültig und bedingungslos“ auf jeden weiteren Atomtest zu verzichten.

Die Demonstration der Ostermarschbewegung wurde bereits zweifmal aus formellen Gründen von der Polizei verboten. (Fr.)

Fr 11.5.62

Fftr Neue Presse

ED 718-20-229

Institut für Zeitgeschichte - Archiv



pressediensst

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

ED 748-20-232

15. 5. 62

11.5.62

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und Übersendung eines Belegexemplares:

Protestdemonstration vor dem amerikanischen Generalkonsulat

Gestern führte der Ostermarsch der Atomwaffengegner den schon zweimal geplanten Demonstrationsmarsch gegen die Wiederaufnahme der amerikanischen Atombombenversuche durch. Nachdem das Polizeipräsidium der Stadt Frankfurt diese Veranstaltung zweimal untersagt hatte, war sie bei dem dritten Versuch so "formgerecht" angemeldet, daß ein erneutes Verbot nur schlecht möglich gewesen wäre. Man versuchte jedoch auf andere Weise Einfluß auf die Demonstration zu nehmen und forderte telefonisch den verantwortlichen der Veranstaltung, Klaus Vack, auf, die Teilnehmerzahl auf 100 zu beschränken. Erst auf den energischen Protest, daß eine solche Auflage in keiner Weise zulässig sei und dem Versammlungsgesetz entgegenstehe, wurde sie zurückgenommen.

Daß die versuchte Auflage unbegründet war, zeigte sich bei der gestrigen Demonstration. Rund 300 Teilnehmer waren erschienen und demonstrierten im Gänsemarsch auf dem Bürgersteig. Es kam zu keinerlei Zwischenfällen und jeder, der die Demonstration verfolgte (egal ob Polizei, Teilnehmer oder Zuschauer) muß zugeben, daß der Verkehr nur unerheblich gestört wurde.

Die Marschierer verhielten sich diszipliniert und gingen so schweigend vom Reuterweg über die Bockenheimer Landstraße und die Siesmayerstraße am amerikanischen Generalkonsulat vorbei zum Grüneburgpark.

Obwohl das Konsulat geschlossen war, hat man von dem Ostermarsch ausreichend Kenntnis genommen. So wurde aus mehreren Fenstern gefilmt und fotografiert. Man darf erwähnen, daß dieses Bildmaterial zusammen mit der Protesterklärung des Hessischen Ausschusses den zuständigen Stellen der Vereinigten Staaten zugeleitet wird.

Im Grüneburgpark fand eine kurze Kundgebung statt, bei der Pastor Mochalski sprach. Mochalski verurteilte die Wiederaufnahme der amerikanischen Tests auf das Schärfste und kritisierte,

- 2 -

daß die Bundesregierung laut gegen die sowjetischen Bombenversuche protestiert hätte und die amerikanischen Tests wenige Stunden nach der ersten Explosion als militärisch und politisch notwendig begrüßte. Für die Menschen, die durch die erneute atomare Verseuchung der Luft gefährdet oder getötet würden, sei es uninteressant, ob der radioaktive Niederschlag von sowjetischen, amerikanischen, englischen oder französischen Bomben kommt.

Die Atomwaffengegner haben im vergangenen Herbst leidenschaftlich gegen die sowjetischen Tests und besonders gegen die 50-Megatonnen-Bombe protestiert und nehmen sich heute das gleiche Recht gegen die amerikanischen Versuche heraus.

Zum Schluß seiner Rede sagte Mochalski, daß Christen die ersten gewesen sind, die in Hiroshima und Nagasaki Atombomben auf Menschen abgeworfen haben. Diese große Schuld müßte die Christen auffordern, alle Kräfte für den Frieden einzusetzen und nicht durch neue atomare Gewalttaten neues Elend über die Menschheit zu bringen. Es habe eine Zeit gegeben, wo man sich bemüht habe, aus Menschen Christen zu machen. Heute sei es an der Zeit, daß sich viele Christen wieder auf die Menschlichkeit besinnen.

Die Kundgebung schloß mit einem dringenden Appell an die Weltmächte, alle Versuchsexplosionen sofort einzustellen, keine neuen aufzunehmen und in Genf die Lösung einer allgemeinen kontrollierten Abrüstung anzustreben.

Offenbach (Main), 11. Mai 1962 - Vack

Institut für Zeitgeschichte



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

ED 718-20-231

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und Übersendung eines Belegexemplares:

Was lange währt, wird endlich gut

Zweimal haben die Verantwortlichen vom Ostermarsch der Atomwaffengegner den Versuch unternommen, vor dem Amerikanischen Generalkonsulat gegen die amerikanischen Atombombenversuche zu protestieren (vergl. pressediens vom 3. und 4. Mai 1962). Zweimal hat die Polizei diese Veranstaltung untersagt.

Der Hessische Ausschuß für den Ostermarsch der Atomwaffengegner hat einen dritten Versuch unternommen und am vergangenen Donnerstag eine Demonstration für kommenden Donnerstag angemeldet. Von der Polizei liegt zwischenzeitlich eine telefonische Mitteilung vor, daß die Demonstration in der geplanten Form durchgeführt werden kann. Die Demonstranten treffen sich am kommenden Donnerstag, dem 10. Mai 1962, 18.00 Uhr, im Rotschildpark am Eingang Ecke Reuterweg und Stauffenstraße. Sie werden sich dort formieren und auf dem westlichen Bürgersteig des Reuterweges, dem nördlichen Bürgersteig der Bockenheimer Landstraße und dem östlichen Bürgersteig der Siesmayerstraße, vorbei am Amerikanischen Generalkonsulat zum Grüneburgpark demonstrieren. Am Eingang Grüneburgpark, Siesmayerstraße, Ecke Grüneburgweg findet eine kurze Kundgebung statt, zu der Pastor Mochalski sprechen wird. Es wird mit 150 Demonstranten gerechnet, die Umhängeschilder vom diesjährigen Ostermarsch tragen werden. Verantwortlicher Marschleiter ist der Geschäftsführer des Hessischen Ostermarschausschusses, Klaus Vack.

Offenbach am Main, den 8. Mai 1962 - Vack

9. 5. 62

9. 5. 62

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Offenbach /M., 8. 5. 1962
Waldstraße 99

ED 748-28-231

An den
Hessischen Ausschuß
für den Ostermarsch der
Atomwaffengegner

= = = = =

Liebe Freunde,

aus beigefügter Einladung können Sie ersehen, daß die vom Hessischen Ausschuß für kommenden Donnerstag angesetzte Demonstration durchgeführt werden kann. Heute Vormittag erhalte ich nun auch von der Polizei eine Mitteilung, daß der Durchführung nichts im Wege stehe.

In konsequenter Fortsetzung der Ereignisse wurde jedoch eine Auflage gemacht, die dem bisherigen die Krone aufsetzt. Man teilte mir mit, daß im Hinblick auf die Verkehrssicherheit nicht mehr als 100 Personen an der Demonstration teilnehmen dürfen. Ich habe sofort energisch protestiert und gefragt, wie weit man das Versammlungsgesetz in diesem Sinne zu strapazieren gedenke. Sicher durch meinen Protest einerseits und andererseits nach Lektüre des Kommentars zum Versammlungsgesetz, sah sich die Polizei dann doch veranlaßt, diese Auflage rückgängig zu machen. Interessanterweise dauerte dieser innerpolizeiliche Vorgang nicht länger als 20 Minuten. Das Versammlungsgesetz sieht zwar vor, daß Auflagen gemacht werden können, dem entsprechenden Kommentar kann man jedoch nicht entnehmen, daß die Auflagen so weitgehend sein dürfen.

Ich glaube, ein ernsthaftes Gespräch, nicht nur mit der Polizei, sondern mit den politisch Verantwortlichen, wird immer mehr zu einer dringenden Notwendigkeit.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Vack

Betr.: Wichtige Einladung!

ED 748-20-233

Liebe Freunde,

vielen von Ihnen ist bekannt, daß der Ostermarsch der Atomwaffengegner in den vorgangenen Tagen starken Presseanfeindungen ausgesetzt war. Uns wurde unterstellt, daß wir mit den geplanten Veranstaltungen gegen die amerikanischen Atomtests die deutsch-amerikanische Freundschaftswoche stören wollten. Darüber hinaus haben einige Zeitungen sich nicht gescheut, verleumderisch gegen Einzelpersonen des Ostermarschausschusses vorzugehen und die Gesamtbewegung als "linkeradikal" und Ähnliches zu bezeichnen.

Mit der Polizei hatten wir Schwierigkeiten, die unsere Veranstaltungen gegen die Bombenversuche mit sehr formalistischen Begründungen untersagte.

Wir haben nun äußerst formgerecht für Donnerstag, den 10. 5. 1962, 18.00 Uhr, eine erneute Demonstration angemeldet. Heute, über 48 Stunden nach Anmeldung, liegt uns von der Polizei keine Mitteilung vor, daß der Veranstaltung Auflagen gemacht werden.

Wir laden Sie deshalb für den kommenden Donnerstag, 18.00 Uhr, ein und treffen uns am Eingang des Rothschildparks an der Ecke Reuterweg und Stauffenstraße. Wir werden uns dort formieren und von dem westlichen Bürgersteig des Reuterweges, dem nördlichen Bürgersteig der Bockenheim Landstraße und dem östlichen Bürgersteig der Siesmayerstraße, vorbei am Amerikanischen Generalkonsulat zum Grüneburgpark, demonstrieren. Wir gehen in Gänsemarsch und führen dabei die Tragschilder vom Ostermarsch mit, die am Rothschildpark verteilt werden. Im Grüneburgpark, Ecke Grüneburgweg und Siesmayerstraße führen wir eine kurze Kundgebung durch, zu der Pastor Muchalski sprechen wird. Wir bitten alle Angeschriebenen dringend, zur Demonstration pünktlich um 18.00 Uhr zu erscheinen und weitere Freunde, die sich zu unserer Losung "Widerstand gegen Atomwaffen in Ost und West" bekennen, mitzubringen.

Über die Ereignisse in den letzten Tagen werden wir alle uns bekannten Interessenten des Ostermarsches in den nächsten Tagen in Form einer Denkschrift ausführlich informieren.

Mit freundlichen Grüßen
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Klaus Vack



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner

8. 5. 62

4. 5. 62

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und Übersendung eines Belegexemplares:

Die polizeilichen Gründe für das Verbot einer Demonstration vor dem amerikanischen Generalkonsulat

Nachdem eine für 28. April 1962 geplante Atommahnwache vor dem amerikanischen Generalkonsulat auf polizeiliche Anweisung nicht durchgeführt werden durfte (siehe pressediens vom 3. 5. 1962) hat der Ostermarsch den Versuch unternommen, am Mittwoch, den 2. Mai 1962 eine Demonstration gegen die amerikanischen Atombombenversuche durchzuführen. Die Demonstration sollte sich um 17.30 Uhr auf dem Opernplatz formieren und auf dem nördlichen Bürgersteig der Bockenhheimer Landstraße und dem östlichen Bürgersteig der Siesmayerstraße in Gänsepark führen. Dort war eine kurze Protestkundgebung geplant. Bei der mißglückten Mahnwache am vergangenen Samstag hatten die Verantwortlichen des Hessischen Ausschusses auf der Straße beraten und die Demonstration für Mittwoch geplant. Anwesende Pressevertreter hatten dies aufgenommen und in den Montagsausgaben ihrer Zeitungen darüber berichtet. Unter Hinweis auf die Berichterstattung in der Frankfurter Rundschau, die mit folgendem Satz schließt: „Daraufhin packten die Demonstranten ihre Plakate wieder zusammen und verabredeten sich, am 2. Mai erneut aufzumarschieren, vorher jedoch ihre Aktion ordnungsgemäß bei der Polizei anzumelden,“ unter Hinweis auf diese Pressemeldung verbot das Frankfurter Polizeipräsidium die Demonstration. Das Polizeipräsidium bezog sich auf das Versammlungsgesetz, nachdem eine Demonstration 48 Stunden vor Bekanntgabe bei der zuständigen Behörde angemeldet werden muß.

Der Hessische Ausschuß des Ostermarsches der Atomwaffengegner legte gegen diese Auslegung des Versammlungsgesetzes Widerspruch ein und versuchte, vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs, die gemäß § 80 der Verwaltungsgerichtsordnung versagt worden war, zu erlangen. Der Ostermarsch stellte fest, daß die Presseveröffentlichung nicht als Bekanntgabe durch den Veranstalter der Demonstration im Sinne des Versammlungsgesetzes angesehen werden kann. Dies

- 2 -

könne nur dann der Fall sein, wenn der Antragsteller die Presse ausdrücklich gebeten hat, die geplante Veranstaltung unter Angabe näherer Einzelheiten öffentlich bekanntzumachen. Der Ostermarsch hat die Presse weder zu einer solchen Bekanntgabe aufgefordert, noch offiziell eine Mitteilung über die geplante Veranstaltung an die Presse gegeben.

Vor dem Verwaltungsgericht konnte der Ostermarsch kein Recht finden, da nach der Formulierung in der Presse die Demonstranten am Samstagvormittag unter sich die geplante Veranstaltung ausgemacht hätten und sich deshalb gegenseitig bekanntgegeben hätten, daß die Demonstration stattfindet. Über den Widerspruch hat der Widerspruchsausschuß bisher nicht entschieden.

Der Hessische Ausschuß des Ostermarsches der Atomwaffengegner kann den Anordnungen des Polizeipräsidenten und der Entscheidung des Verwaltungsgerichtes nicht folgen. Er hat sich jedoch der Entscheidung unterworfen und keinen Versuch unternommen, die geplante Demonstration trotzdem durchzuführen.

Besonders bezeichnend ist eine zweite Begründung, die zur Ablehnung der Demonstration führte. Das Polizeipräsidentium teilte mit, daß auch bei einer rechtzeitigen Anmeldung die Demonstration nicht hätte durchgeführt werden können, weil zu der beabsichtigten Zeit eine übermäßige Benutzung öffentlicher Straßen aus verkehrlichen Gründen nicht genehmigt werden könne. Diese Begründung, obwohl geplant war, die Demonstration im Gänsemarsch auf dem Bürgersteig durchzuführen. Bei früheren Veranstaltungen, z.B. einem Protestmarsch der Frankfurter Universität gegen die sowjetischen Atombombenversuche oder ein Protestmarsch der Frankfurter Schulen und Betriebe in Anschluß an den 13. August 1961, die ebenfalls in der Hauptverkehrszeit stattfanden, hatten das Polizeipräsidentium derartige verkehrliche Bedenken nicht in der Entscheidung beeinflusst.

Versammlung der Atomwaffengegner

Nachdem die Demonstration am 2. Mai 1962 verboten war, trafen sich die Atomwaffengegner zu einer Saalveranstaltung in den Frankfurter Gildenstuben. Rund 200 Demonstranten waren erschienen. Klaus Vack legte den Anwesenden die Vorkommnisse der vergangenen Tage ausführlich dar. Es wurde eine gute und sachliche Diskussion geführt, aus der jedoch ein scharfer Protest gegen verschiedene Berichterstattungen Frankfurter Zeitungen und die zweimalige polizeiliche Verhinderung der Demonstration sprach. Die Versammelten beschlossen, ein drittes Mal eine Protestaktion anzumelden und zwar in Form eines Demonstrationzuges.

Offenbach (Main), 4. Mai 1962 - Vack